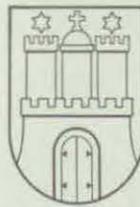


Hamburg in Zahlen



Zeitschrift des
Statistischen Landesamts
der Freien und
Hansestadt Hamburg

Heft 8. 1980

Das Statistische Stichwort	
○ VDS	186
Statistik aktuell	
○ Fast 1000 deutsch- ausländische Heiraten 1979	186
○ Arbeitszeiten und Verdienste in der Industrie	186
○ Nachlassen des Gebraucht- wagenhandels	187
○ Zunahme im Binnenschiffs- verkehr mit Berlin (West)	187
○ Bevölkerungsentwicklung 1979	187
*	
Woran starben die Hamburger 1978?	188
Reform der Bautätigkeitsstatistik und erste Ergebnisse des Jahres 1979	199
Außenhandel über Hamburg überschritt 60-Mrd.-DM-Grenze	203
*	
Das interessiert in Hamburg	
○ Diagramme	204
○ Hamburg heute und gestern	204
○ Statistik der anderen	205
○ Statistische Woche in Hamburg	205
○ Neue Schriften	205
○ Der Draht zum StaLa	205
*	
Hamburger Zahlenspiegel	206
Hamburg im großräumlichen Vergleich	212
Hamburg im Städtevergleich	214
*	
Das wissenschaftliche Veranstal- tungsprogramm der Statistischen Woche 1980 in Hamburg	216

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.
Verlag und Vertrieb:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Erhard Hruschka

Einzelpreis DM 2,50;
Jahresabonnement DM 20,-
Druck: Hermann Kampen, Hamburg 1

ISSN 0017-6877

Das Statistische Stichwort

Vdst

Mit dieser Kurzformel stellt sich der Verband Deutscher Städtestatistiker vor. Gegründet 1879 als „Conferenz der Directoren der statistischen Bureaux deutscher Städte“, ist er derzeit eine Vereinigung von rund 200 Personen, die in dem Fachgebiet von Städtestatistik und Stadtforschung tätig sind.

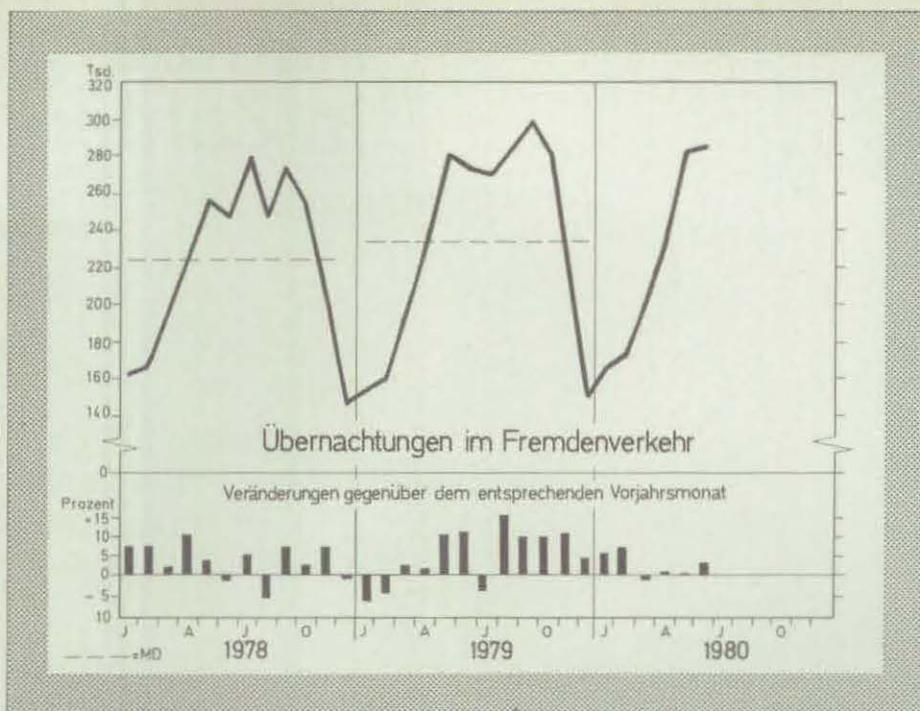
Die Zielsetzungen des Vdst haben sich seit 1879 kaum gewandelt: Erfahrungsaustausch, Ausbau des Städtevergleichs, Erarbeitung von einheitlichen Verfahren für innerkommunale und regionale Strukturuntersuchungen, Organisationsaufgaben für Großzählungen und Wahlen sind bis heute zentrale Themen der in den Städten tätigen Statistiker. Diese wollen den politischen Gremien der Städte und deren Verwaltungen Entscheidungsgrundlagen liefern, damit Dispositionen nach Möglichkeit mit einem Höchstmaß an Rationalität getroffen werden.

Beispiele hierfür sind das Statistische Jahrbuch Deutscher Gemeinden, erstmals 1890 vom Vdst herausgegeben und bis heute ein unverzichtbares Nachschlagewerk über die Daten von 500 Gemeinden, daneben die vom Verband erstellten und vom Deutschen Städtetag veröffentlichten Arbeitshilfen zu verschiedenen Themen kommunaler Aktivität (z. B. Anleitung für Untersuchungen über Wandlungsmotive und zur Imageforschung, für Bevölkerungsprognosen und Strukturanalysen).

Grundlage für die Arbeiten des Verbandes zur Förderung einer optimalen Aufgabenerfüllung seiner Mitglieder ist das Bemühen um Fortbildung in methodischen Fragen, um die Intensivierung der Verbindung zur Wissenschaft und zu benachbarten Disziplinen der Verwaltung; Hierzu leisten seine Ausschüsse eine fruchtbare Arbeit; die Vdst-Arbeitsgemeinschaften sind bestrebt, Erkenntnisse der Verbandsarbeit den Statistikern und Stadtforschern in kleineren Städten zu vermitteln.

Die Mitwirkung an den nur interdisziplinär zu erfüllenden Aufgaben der Stadtentwicklungsplanung, die Übernahme der Funktion der Stadtforschung sowie die verstärkte Nutzung der automatisierten Datenverarbeitung zur kommunalen Informationsbereitstellung sind Aufgaben, die sich der Vdst im Kontakt zur amtlichen Statistik, zur Wissenschaft sowie zur Lehre und Praxis im administrativen Bereich am Beginn des zweiten Jahrhunderts seiner Wirksamkeit vorrangig stellt.

Erhard Hruschka



Statistik aktuell

Fast 1000 deutsch-ausländische Heiraten 1979

1979 haben bei 8296 Eheschließungen in Hamburg 628 deutsche Frauen Ausländer und 346 deutsche Männer Ausländerinnen geheiratet. Vor den hamburgischen Standesämtern wurden auch 128 Ehen geschlossen, bei denen beide Partner Ausländer waren.

Unter den europäischen Ehepartnern deutscher Frauen (insgesamt 302) waren Türken (67), Österreicher (44), Jugoslawen (42) und Italiener (33) besonders häufig.

Nahezu zwei Drittel der 162 asiatischen Männer, die deutsche Frauen geheiratet haben, kamen aus Indien, Indonesien, dem Iran und aus Pakistan. Die 90 afrikanischen Ehepartner stammten zu fast 60 Prozent aus den drei Staaten Ghana, Tunesien und Nigeria. Außerdem schlossen 24 Süd- und Mittelamerikaner sowie 21 Nordamerikaner die Ehe mit deutschen Frauen.

185 europäische Ausländerinnen (unter ihnen 31 Jugoslawinnen, 25 Österreicherinnen und 19 Britinnen) haben deutsche Männer geheiratet. Daneben wurden 67 Asiatinnen, 14 Nord- und 24 Südamerikanerinnen sowie 35 Afrikanerinnen (darunter allein 21 Ghanaerinnen) Ehefrauen deutscher Männer.

Heinz Lohmann

Arbeitszeiten und Verdienste in der Industrie

Im April 1980 betrug die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Industriearbeiter 42,8 Stunden. Im Schiffbau

wurde mit 47,9 Stunden am längsten gearbeitet, es folgten der Stahl- und Leichtmetallbau mit 44,1 Stunden und der Maschinenbau mit 43,2 Stunden. In diesen Industrien wurden auch die meisten Mehrarbeitsstunden geleistet, und zwar 7,9 Stunden, 4,1 Stunden und 3,3 Stunden in der Woche. Die geringste Arbeitszeit wurde im Straßenfahrzeugbau mit 40,9 Stunden festgestellt. Die Ergebnisse zeigen, daß in allen Industriezweigen die 40-Stunden-Woche die Norm ist.

Die höchsten Bruttostundenverdienste wurden in der Druckerei und Vervielfältigungsindustrie gezahlt (18,98 DM), es folgten die Mineralölverarbeitung (18,29 DM) und der Stahl- und Leichtmetallbau (17,53 DM). Den Abschluß bildete die Chemische Industrie mit 13,67 DM. Hier erreichten die Arbeiter weniger als dreiviertel des Stundenlohns der in der Druckerei und Vervielfältigungsindustrie beschäftigten Arbeiter.

Auch die Bruttowochenverdienste waren in der Druckerei und Vervielfältigungsindustrie am höchsten (799 DM). Über 750 DM wurden daneben noch im Stahl- und Leichtmetallbau und in der Mineralölverarbeitung gezahlt. Am wenigsten wurde in der Chemischen Industrie mit 571 DM verdient.

Bei den Frauen betrug die durchschnittliche Wochenarbeitszeit 40,3 Stunden. Eine wesentlich längere Arbeitszeit wurde mit 42,2 Stunden nur für die Fischverarbeitende Industrie errechnet. Hier gab es auch mit 2,6 Stunden die meisten Überstunden. Die niedrigste Arbeitszeit mit 39,9 Stunden wurde in der Feinmechani-

schen und optischen sowie Uhrenindustrie festgestellt. Sowohl in bezug auf die Bruttostunden- als auch die Bruttowochenverdienste der Frauen lag die Druckerei und Vervielfältigungsindustrie an der Spitze (12,64 DM bzw. 513 DM). Es folgten die Chemische Industrie (12,51 DM bzw. 502 DM), die bei den Verdiensten der Arbeiter das Schlußlicht bildete, und die Tabakverarbeitende Industrie (11,31 DM bzw. 452 DM). Am Ende der Skala befand sich die Bekleidungsindustrie mit 8,39 DM bzw. 336 DM. Für den vorstehenden Verdienstvergleich wurden getrennt für Männer und Frauen die zwölf wichtigsten Industriezweige in Hamburg ausgewählt, wobei die Beschäftigtenzahl den Maßstab bildete. Walter Stünkel

Nachlassen des Gebrauchtwagenhandels

133 000 Kraftfahrzeuge – zu fast 94 Prozent waren es Personen- und Kombinationskraftwagen – wechselten 1979 in Hamburg ihren Besitzer. Das Geschäft mit Gebrauchtwagen blieb damit um etwas über fünf Prozent hinter dem Rekordergebnis von 1978 zurück. Der stärkste Rückgang (zehn Prozent) war bei den Personenwagen und Kombis in der Hubraumklasse zwischen 1200 und 1500 Kubikzentimetern zu verzeichnen. Der Gebrauchtwagenmarkt für Lastkraftwagen weist dagegen nur eine geringe Veränderung auf. Rund 4500 Fahrzeuge wurden hier im vergangenen Jahr umgesetzt, was einem Rückgang von einem Prozent entspricht. Walter Queren

Zunahme im Binnenschiffsverkehr mit Berlin (West)

Rund 1,6 Mio. Tonnen Güter wurden 1979 mit Binnenschiffen zwischen dem Hamburger Hafen und Berlin (West) befördert, gut vier Prozent mehr als 1978. Das Ergebnis ist deswegen außergewöhnlich gut, weil diese Transportleistung innerhalb zehn Monaten erbracht wurde; denn während der Monate Januar und Februar 1979 mußte die Oberelbeschiffahrt wegen des starken Frostes völlig eingestellt werden.

Im einkommenden Verkehr wurden 175 000 Tonnen umgeschlagen, elf Prozent weniger als im Vorjahr. Die wichtigsten Güter waren Kupfer, Eisen und Stahl sowie elektrotechnische Erzeugnisse. Bei diesen Gütergruppen waren durch die Ausfälle zu Beginn des Jahres Einbußen zu verzeichnen. Die Verladungen konnten um sieben Prozent gegenüber 1978 gesteigert werden und erreichten knapp 1,4 Mio. Tonnen. Das Schwergewicht im Versand lag mit vier Fünfteln bei Mineralölzeugnissen, die auch vorwiegend zu dem Anstieg beitrugen. Doch eben-

so hatten die um ein gutes Drittel vermehrten Kohlentransporte daran ihren Anteil.

Bemerkenswert ist, daß während der Sommermonate – insbesondere im August – wegen der geringen zulässigen Tauchtiefen auf der Oberelbe ein erheblicher Teil des Verkehrs zwischen Hamburg und Berlin über den Elbe-Seitenkanal und den Mittellandkanal abgewickelt wurde. 1978 waren es 85 000 Tonnen, die – überwiegend im Versand von Hamburg – auf dieser Route befördert wurden, 1979 dagegen über 300 000 Tonnen. Horst Schlie

Bevölkerungsentwicklung 1979

In den letzten Jahren vor 1979 machte der Anteil der Wanderungen an der rückläufigen Bevölkerungszahl jeweils etwa 20 bis 40 Prozent aus. Im vergangenen Jahr dagegen ergab sich die Einwohnerabnahme Hamburgs fast vollständig aus dem zahlenmäßigen Überschuß der Gestorbenen über die Geborenen. Zu dem hohen negativen Saldo in der natürlichen Bevölkerungsentwicklung von 11 038 kam ein geringer Wanderungsverlust von insgesamt 224 Personen. Die Zahl der Hamburger nahm damit insgesamt um 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr ab.

Regional hat sich die Bevölkerung 1979 in unterschiedlicher Weise entwickelt. In allen Bezirken ging die Einwohnerzahl zurück: am stärksten in Hamburg-Nord (1,3 Prozent), in Bergedorf (1,0 Prozent), Altona (0,9 Prozent) und Harburg (0,8 Prozent). Unter dem Durchschnittswert für Hamburg insgesamt lagen die Bezirke Eimsbüttel (0,4 Prozent) und Wandsbek (0,2 Prozent). Nur diese beiden Bezirke hatten 1979 insgesamt gesehen Zuzugsgewinne und zwar von 445 bzw. 1369 Personen, wobei Eimsbüttel sowohl über die Landesgrenze als auch aus Umzügen Gewinne erzielen konnte, während Wandsbek den höchsten Außenwanderungsverlust aller Bezirke durch einen sehr großen Gewinn aus Umzügen mehr als ausglei-

chen konnte.

Auf der anderen Seite zeigten sich in allen Bezirken hohe Gestorbenenüberschüsse. Die absolut höchsten Werte gab es in Hamburg-Nord und Wandsbek mit 3358 bzw. 2118 mehr Gestorbenen als Geborenen. Zusammen stellten diese beiden Bezirke bereits die Hälfte des gesamten negativen Saldos der natürlichen Bevölkerungsbewegung in Hamburg.

Ein Viertel aller hamburgischen Stadtteile nahm in ihrer Bevölkerungszahl zu. Es handelte sich zumeist um Gebiete der Äußeren Stadt mit den höchsten Zuwächsen in Poppenbüttel (+ 795 Personen), Hummelsbüttel (+ 750 Personen), Jenfeld (+ 323 Personen), Neugraben-Fischbek (+ 165 Personen) und Schnelsen (+ 162 Personen). Aber auch andere Stadtteile wie Billbrook (+ 437 Personen), Lokstedt (+ 265 Personen), Altermöhe (+ 220 Personen) und Steilshoop (+ 217 Personen) hatten steigende Bevölkerungszahlen. In der Inneren Stadt gab es Einwohnergewinne in St. Pauli (+ 280 Personen) und St. Georg (+ 153 Personen).

In der Mehrzahl waren diese Bevölkerungsgewinne auf Zuwanderungsüberschüsse – und zwar in erster Linie aus Umzügen innerhalb Hamburgs – zurückzuführen. Gegenüber Gebieten außerhalb der Hansestadt war der Wanderungssaldo dieser Stadtteile zumeist annähernd ausgeglichen oder auch negativ. Von den genannten Stadtteilen machten St. Pauli, St. Georg und Billbrook eine Ausnahme: Ihre Wanderungsgewinne beruhten auf erheblichen Zuzugsüberschüssen von außerhalb Hamburgs. An die anderen Stadtteile dagegen verloren sie deutlich an Bevölkerung. Bei der natürlichen Bevölkerungsbewegung verzeichneten nur zwei Gebiete in Hamburg in nennenswertem Umfang Geborenenüberschüsse: nämlich die Neubau-Stadtteile Steilshoop (+ 110) und Hummelsbüttel (+ 56). Im übrigen Stadtgebiet übertraf in der Mehrzahl der Stadtteile die Zahl der Gestorbenen die der Lebendgeborenen.

Jens Gerhardt

Bevölkerungsstand und -entwicklung 1979

Bezirk	Wohnbevölkerung am 1.1.1979	Zu-(+) bzw. Fortgezogenenüberschuß(-)	davon		Gestorbenenüberschuß	Bevölkerungsabnahme insgesamt	Wohnbevölkerung am 31.12.1979
			über die Landesgrenze	aus Umzügen innerhalb Hamburgs			
Hamburg-Mitte	226 057	- 17	+ 1 937	- 1 954	1 096	1 113	224 944
Altona	235 213	- 620	+ 45	- 665	1 443	2 063	233 150
Eimsbüttel	239 359	+ 445	+ 212	+ 233	1 329	884	238 475
Hamburg-Nord	302 740	- 711	- 86	- 625	3 358	4 069	298 671
Wandsbek	381 442	+ 1 369	- 1 731	+ 3 100	2 118	749	380 693
Bergedorf	88 594	- 316	- 348	+ 32	532	848	87 746
Harburg	190 900	- 374	- 253	- 121	1 162	1 536	189 364
Hamburg insgesamt	1 664 305	- 224	- 224	± 0	11 038	11 262	1 653 043

Woran starben die Hamburger 1978?

Einleitung

Die Beobachtung der Sterblichkeit der Bevölkerung eines bestimmten Gebietes ist sowohl in zeitlicher Hinsicht als im Vergleich mit anderen Gebietsteilen für gesundheits- und umweltpolitische Zwecke unerlässlich und wird seit langer Zeit auch tatsächlich durchgeführt. Sie erteilt – wenn auch mit Einschränkungen – Auskunft über die zum Tode führenden Krankheiten in einer Bevölkerung und vermag somit zu gesundheitlichen, Vorsorge- und seuchenhygienischen Maßnahmen Hinweise zu geben.

Grundlage der amtlichen Todesursachenstatistik in der Bundesrepublik Deutschland sind die ärztlichen Todesbescheinigungen, die in ihrem vertraulichen Teil ausführliche Angaben über die Krankheit oder Verletzung, die den Tod unmittelbar herbeigeführt hat, enthalten und darüber hinaus Angaben über die Krankheiten oder Verletzungen, die dieser unmittelbaren Todesursache ursächlich zugrunde lagen oder vorausgingen. Daneben sind vom Arzt andere wesentliche Krankheiten, die z. Z. des Todes bestanden, einzutragen. In Hamburg werden nicht nur diese Unterlagen ausgewertet, sondern darüber hinaus die Sektionsbefunde im Falle einer Obduktion, die dann an Stelle der klinischen Todesursache in die amtliche Todesursachenstatistik eingehen. Die Angaben über die Todesursache werden im Statistischen Landesamt zusammen mit den übrigen vom Standesbeamten für jeden Sterbefall zu erfassenden Daten ausgewertet.

Die rechtliche Grundlage der Todesursachenstatistik ist das Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 308) in Verbindung mit dem Personenstandsgesetz nebst einiger Durchführungsverordnungen. Für die Aussagefähigkeit der Todesursachenstatistik, vor allem auch für zwischengebietliche Vergleiche innerhalb der Bundesrepublik und internationale Vergleiche, ist die einheitliche Durchführung der Todesursachenstatistik und hier vor allem die Auswahl und die Verschlüsselung der Todesursache von besonderer Bedeutung. Sie erfolgte im Beobachtungszeitraum 1970 bis 1978 nach den Regeln der Weltgesundheitsorganisation (WHO), wie sie in der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD) 1968, 8. Revision, niedergelegt sind.

In der Bundesrepublik wird die amtliche Todesursachenstatistik derzeit noch unikausal aufbereitet, d. h. es wird nur eine Todesursache, und zwar

das Grundleiden, wie es im vertraulichen Teil der Todesbescheinigung angegeben ist, verschlüsselt und geht in die Todesursachenstatistik ein. Dies ist für die Aussagefähigkeit der im folgenden ausgewiesenen Ergebnisse wichtig; denn sie vermögen somit nicht vollständig Auskunft über die Häufigkeit von Krankheiten zu geben. So werden z. B. Nebenkrankheiten nicht mit in der Todesursachenstatistik erfaßt; dies würde einen erheblichen Mehraufwand bedeuten, allerdings andererseits auch eine wesentliche Verbesserung der Aussagefähigkeit der Todesursachenstatistik und ist auf lange Sicht anzustreben.

Möglichst umfassende, genaue und vollständige Angaben auch über die Nebenkrankheiten sind zur Feststellung der exakten Todesursache aus den im vertraulichen Teil der Todesbescheinigung angegebenen Krankheiten wichtig, denn nur so kann die richtige Auswahl des Grundleidens erfolgen. Formal sehen die Regeln der WHO über die Eintragung der Todesursachen vor, daß diese in einer Kausalkette eingetragen werden, die mit der unmittelbar zum Tode führenden Ursache beginnt und retrospektiv zum Grundleiden führt. Das „Grundleiden“ ist:

- a) die Krankheit oder Verletzung, die den Ablauf der direkt zum Tode führenden Krankheitszustände auslöst, oder
- b) die Umstände des Unfalls oder der Gewalteinwirkung, die den tödlichen Ausgang verursachen¹⁾

Zielsetzung der Untersuchung

Da die Todesursachenstatistik auch unter den vorerwähnten einschränkenden Gesichtspunkten zwar recht aufschlußreiche Ergebnisse zu erbringen vermag, dazu aber sehr spezielle und arbeitsaufwendige Einzeluntersuchungen erforderlich sind, beschränkt sich die vorliegende Untersuchung in ihrem ersten Teil auf einen allgemeinen Überblick über die Sterblichkeit der Hamburger Bevölkerung vor allem in den Jahren 1975 bis 1978. Sie bringt darüber hinaus differenziertere Ergebnisse über die Todesursachen, wobei allerdings die besonderen Probleme der Mütter- und Säuglingssterblichkeit ausgeklammert werden, da zu diesem

Problembereich im Statistischen Landesamt gegenwärtig ein besonderer Forschungsauftrag durchgeführt wird, dessen Ergebnisse in einem späteren Beitrag erläutert werden.

Weil ein Vergleich mit anderen Gebieten – hier ist das Bundesgebiet insgesamt und der Stadtstaat Berlin (West) vorgesehen – im Hinblick auf die technische Verarbeitung des Materials einen besonders hohen Aufwand erfordert, können solche Ergebnisse nur in relativ grober Zusammenfassung wiedergegeben werden; sie kennzeichnen dennoch die besondere Situation Hamburgs und können Anlaß geben zu weiteren Überlegungen und Sonderuntersuchungen auf medizinischem und gesundheitspolitischem Gebiet.

Allgemeiner Überblick über die Sterblichkeitsverhältnisse seit 1969

Die Zahl der Sterbefälle von in Hamburg ständig wohnhaften Personen – ohne Totgeborene und nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle sowie gerichtliche Todeserklärungen – hat von 1969 27 213 Sterbefälle bis 1978 24 072 Sterbefälle mit einer unwesentlichen Unterbrechung im Jahr 1973 – die auch für Berlin (West) feststellbar ist – und 1975 in allen drei Gebieten kontinuierlich, und zwar um insgesamt rund 11,5 Prozent, abgenommen.

In Tabelle 1 sind auch die Hamburger enthalten, die – z. B. auf Reisen – außerhalb von Hamburg starben. Diese Zuordnungsregel gilt generell für die deutsche amtliche Todesursachenstatistik. Die Zahl der Sterbefälle in Berlin (West) ist mit 42 382 im Jahr 1969 und 36 060 im Jahr 1978 wesentlich höher als in Hamburg. Auch hier ist die Zahl sogar um rund 15 Prozent seit Beginn des Beobachtungszeitraumes zurückgegangen. Die Sterbefälle im Bundesgebiet verringerten sich demgegenüber im Beobachtungszeitraum nur um knapp drei Prozent.

Bemerkenswert ist die unterschiedliche Geschlechterproportion der Gestorbenen. In Hamburg waren im Jahr 1978 rund 48 Prozent aller Gestorbenen männlichen Geschlechts, der vergleichbare Anteil in Berlin (West) betrug nur 42 Prozent und lag im Bundesdurchschnitt bei 49,2 Prozent. Die Entwicklung seit 1969 in den verglichenen Gebietsteilen ist gleichsinnig verlaufen, und zwar war der Anteil der männlichen Gestorbenen an allen Gestorbenen in Hamburg, Berlin (West) und im Bundesgebiet rückläufig: er betrug zu Beginn der 70er

¹⁾ Christian, W.: Todesursachen der Gestorbenen, Fehlbildung bei Geborenen, Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Band 77, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1980, S. 11.

Tabelle 1 Gestorbene und Sterbeziffern im Bundesgebiet, Hamburg und Berlin (West) 1969 bis 1978

Jahr	Gestorbene insgesamt			Gestorbene auf 1000 Einwohner		
	Bundesgebiet	Hamburg	Berlin (West)	Bundesgebiet	Hamburg	Berlin (West)
1969	744 360	27 215	42 382	12,2	15,0	19,8
1970	734 843	26 561	40 520	12,1	14,8	19,1
1971	730 670	25 900	39 975	11,9	14,5	19,0
1972	731 264	25 786	39 652	11,8	14,5	19,1
1973	731 028	25 873	38 795	11,8	14,7	18,9
1974	727 511	25 291	38 492	11,7	14,5	18,9
1975	749 260	26 099	39 181	12,1	15,1	19,5
1976	733 140	25 300	37 670	11,9	14,8	19,1
1977	704 922	24 294	35 888	11,5	14,4	18,5
1978	723 218	24 072	36 060	11,8	14,4	18,8
darunter Ausländer						
1978	8 044	245	382			

Jahre bis 1973 im Bundesgebiet 50 Prozent oder mehr, während er in den Stadtstaaten schon immer unter 50 Prozent lag und in Berlin (West) am geringsten war.

Diese wenigen Daten und die Betrachtung der allgemeinen Sterbeziffer (Zahl der Gestorbenen auf 1000 der Bevölkerung), die 1978 in Hamburg 14,4, in Berlin (West) 18,8 und im Bundesgebiet nur 11,8 betrug, kennzeichnen bereits die besondere Lage der beiden Stadtstaaten Hamburg und Berlin (West) im Vergleich zum Bundesgebiet. Allerdings ist generell die Zahl der Gestorbenen auf 1000 Einwohner und Jahr seit 1969 bei vorübergehenden Erhöhungen rückläufig gewesen, am stärksten mit rund fünf Prozent in Berlin (West), mit vier Prozent in Hamburg, aber mit nur gut drei Prozent im Bundesdurchschnitt.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, daß der Anteil der Ausländersterbefälle in Hamburg, Berlin (West) und im Bundesdurchschnitt bei etwa ein Prozent lag, Störungen für einen Vergleich durch unterschiedliche Ausländeranteile also nicht gegeben sind.

Interessant ist auch der Vergleich der Zahlen der Gestorbenen je 1000 Einwohner und Jahr in Hamburg mit den Ergebnissen der übrigen Bundesländer; hier lagen 1978 Berlin (West) (18,8) und Hamburg (14,4) weit über dem Bundesdurchschnitt (11,8). Dasselbe gilt – wenn auch in geringerem Ausmaß – für Bremen (12,8), das Saarland (12,3), Schleswig-Holstein (12,1) sowie Rheinland-Pfalz (12,1), während z. B. Baden-Württemberg mit 10,3 den niedrigsten Wert aufweist.

Berücksichtigt man den Altersaufbau und die Geschlechterproportion der Bevölkerung der beiden Großstädte Hamburg und Berlin (West) und der übrigen Bundesländer sowie im Bun-

desdurchschnitt, so könnte unter Umständen davon ausgegangen werden, daß diese Abweichungen durch die unterschiedliche alters- und geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Wohnbevölkerung bedingt sind.

Die weiteren Untersuchungen werden zeigen, ob darüber hinaus bei Berücksichtigung der Differenzen im Alters- und Geschlechtsaufbau Unterschiede in der allgemeinen Sterblichkeit und vor allem auch in der Untergliederung nach Todesursachen bestehen. Hierbei kann jedoch nur rein deskriptiv vorgegangen werden, da die amtliche Todesursachenstatistik keine stringenter Rückbezüge auf eventuell zugrundeliegende Ursachenfaktoren zuläßt, sondern höchstens zu denkbaren Zusammenhängen Anhaltspunkte geben kann, z. B. über den unterschiedlichen Gesundheitszustand der Bevölkerung unter den oben gemachten Einschränkungen, Abweichungen im Gesundheitsversorgungssystem in Stadt und Land oder auch unterschiedliche Umweltbelastungen.

Die Sterblichkeit in Hamburg

Die Sterblichkeit nach Alter und Geschlecht in Hamburg 1978 und früher

1978 starben in Hamburg 11 530 Personen männlichen und 12 542 weiblichen Geschlechts, naturgemäß überwiegend ältere Menschen (siehe Tabelle 2). Dabei waren bei Männern und Frauen erhebliche Unterschiede festzustellen. Rund 38 Prozent aller männlichen, aber fast 54 Prozent aller weiblichen verschiedenen Personen starben zwischen dem 75. und 90. Lebensjahr. Auch bei den über 90jährigen war mit rund sieben Pro-

zent der Anteil dieser Altersgruppe an allen Sterbefällen bei den Frauen höher als bei den Männern mit noch nicht vier Prozent. Demgegenüber waren bei den Männern alle darunterliegenden Altersstufen anteilig stärker besetzt. Rund 20 Prozent der männlichen Sterbefälle entfielen auf die Altersgruppe 40 bis 65 Jahre (Frauen: knapp 13 Prozent) und sechs Prozent auf die unter 40jährigen (weibliche Personen knapp drei Prozent).

Die Verhältnisse in den unmittelbar vorangehenden Jahren waren nicht wesentlich anders. Vergleicht man allerdings mit dem Jahr 1970, dann wird erkennbar, daß die altersmäßige Zusammensetzung der männlichen und weiblichen Sterbefälle 1978 erheblich von der nunmehr anteilmäßig größeren Bedeutung der höheren Altersjahrgänge in der Wohnbevölkerung beeinflusst ist.

Weiter oben war für den Beobachtungszeitraum 1969 bis 1978 ein Rückgang der allgemeinen Sterblichkeit, das heißt der Zahl der Gestorbenen je 1000 Einwohner festgestellt worden. Dies gilt (siehe Tabelle 2) allerdings nur für das männliche Geschlecht. Bei den Frauen ist seit 1970 eine Zunahme der allgemeinen Sterbeziffer im Beobachtungszeitraum eingetreten, die seit 1975 allerdings einen ständigen Rückgang zeigt, 1978 aber noch immer etwas über der Ziffer für 1970 lag.

Bezogen auf die in Hamburg ansässige Wohnbevölkerung gleichen Geschlechts (allgemeine Sterbeziffer) war allerdings die Sterbeziffer der Männer (1978: 1486 je 100 000 Einwohner gleichen Geschlechts) nach wie vor höher als bei den Frauen (1399 je 100 000 Einwohner); die vergleichbaren Ziffern für 1970 lauten 1593 bzw. 1385.

Berücksichtigt man bei der Betrachtung, die in den einzelnen Altersgruppen in Hamburg vorhandene Wohnbevölkerung (siehe Tabelle 2), dann zeigt sich hinsichtlich der Sterblichkeitsentwicklung doch ein differenzierteres Bild. So hat die sog. altersspezifische Sterbeziffer bei der unter 30jährigen Bevölkerung sowie bei den über 50jährigen Männern und über 40jährigen Frauen verglichen mit Anfang des Jahrzehnts zum Teil erheblich abgenommen.

Im wesentlichen bedingt durch die in Hamburg bei tieferer Aufgliederung nach Alter und Geschlecht teilweise geringen jährlichen Sterbefallzahlen sind in der Entwicklung von Jahr zu Jahr vereinzelt Schwankungen aufgetreten. Diese zwischenzeitlichen Erhöhungen der altersspezifischen Sterbeziffern betreffen nur einzelne Altersgruppen, sind jedoch 1978 vermehrt festzustellen, so unter anderem vor allem bei den Männern; in diesem Jahr hat sich auch die allgemeine Sterbeziffer bei den Männern, verglichen mit dem Vorjahr, geringfügig erhöht.

Tabelle 2 Gestorbene Hamburger nach Alter und Geschlecht 1970 und 1975 bis 1978

Jahr	Gestorbene insgesamt	Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren													
		- 1	1-15	15-30	30-40	40-50	50-55	55-60	60-65	65-70	70-75	75-80	80-85	85-90	90 und älter
M ä n n e r															
Gestorbene															
1970	13 183	216	109	257	279	502	533	799	1 475	2 060	2 226	1 959	1 637	954	577
1975	12 541	122	86	205	334	537	470	456	1 120	1 854	2 418	2 124	1 519	883	413
1976	11 979	152	62	237	338	519	475	500	991	1 742	2 257	2 024	1 436	885	381
1977	11 597	111	63	216	317	542	426	528	646	1 648	2 206	2 015	1 417	879	383
1978	11 530	123	49	219	302	558	408	584	706	1 517	2 207	2 127	1 471	839	420
Anteile der Altersgruppen															
1970	100	1,64	0,83	1,95	2,12	3,81	2,33	6,06	11,19	15,63	16,89	14,86	12,42	7,24	2,86
1975	100	0,97	0,69	1,63	2,66	4,28	3,75	3,64	8,93	14,78	19,28	16,94	12,11	7,04	3,29
1976	100	1,10	0,52	1,98	2,82	4,33	3,97	4,17	8,27	14,54	18,84	16,90	11,99	7,39	3,18
1977	100	0,96	0,54	1,86	2,73	4,67	3,67	4,55	7,29	14,21	19,02	17,58	12,22	7,58	3,30
1978	100	1,07	0,42	1,90	2,62	4,84	3,54	5,07	6,12	13,16	19,14	18,45	12,76	7,28	3,64
Gestorbene je 100 000 Einwohner (altersspezifische Sterbeziffern)															
1970	1 593	.	69	150	212	496	991	1 510	2 685	4 343	7 253	10 300	15 064	22 856	36 077
1975	1 565	.	60	124	227	521	1 054	1 463	2 476	4 160	6 860	10 720	15 169	20 752	32 726
1976	1 511	.	45	143	237	489	1 098	1 473	2 398	4 040	6 380	9 951	14 487	20 912	29 650
1977	1 482	.	47	130	250	497	998	1 420	2 341	3 953	6 249	9 512	14 241	21 196	29 571
1978	1 486	.	39	130	225	499	954	1 459	2 285	3 745	6 282	9 640	14 605	20 534	31 988
F r a u e n															
Gestorbene															
1970	13 378	180	79	108	154	414	376	560	958	1 428	2 043	2 539	2 436	1 488	715
1975	13 558	104	50	98	177	342	349	372	815	1 415	1 958	2 610	2 693	1 773	802
1976	13 321	87	48	91	164	365	342	383	720	1 337	1 941	2 457	2 723	1 811	852
1977	12 697	84	48	111	156	293	308	434	626	1 164	1 842	2 411	2 607	1 727	886
1978	12 542	77	38	99	153	323	301	411	587	1 192	1 763	2 297	2 585	1 834	882
Anteile der Altersgruppen															
1970	100	1,35	0,59	0,81	1,15	3,09	2,06	4,19	7,16	10,67	15,27	18,98	18,21	11,12	5,34
1975	100	0,77	0,37	0,72	1,31	2,52	2,57	2,74	6,01	10,44	14,44	19,25	19,86	13,08	5,92
1976	100	0,65	0,36	0,68	1,23	2,74	2,57	2,88	5,40	10,04	14,57	18,44	20,44	13,60	6,40
1977	100	0,66	0,38	0,87	1,23	2,31	2,43	3,42	4,93	9,17	14,51	18,99	20,53	13,60	6,98
1978	100	0,61	0,30	0,79	1,22	2,58	2,40	3,28	4,68	9,50	14,06	18,31	20,61	14,62	7,05
Gestorbene je 100 000 Einwohner (altersspezifische Sterbeziffern)															
1970	1 385	.	52	65	120	526	574	775	1 289	2 205	3 739	6 490	11 663	18 814	29 643
1975	1 466	.	36	62	133	312	543	806	1 241	2 108	3 518	6 183	10 702	18 198	28 319
1976	1 455	.	36	56	128	332	558	759	1 186	2 013	3 449	5 820	10 527	17 863	29 268
1977	1 402	.	38	68	125	265	525	783	1 158	1 781	3 247	5 672	9 781	16 154	29 842
1978	1 399	.	31	60	126	289	528	688	1 245	1 857	3 076	5 347	9 464	16 112	28 333

Für die 30- bis 50jährigen Männer und 30- bis 40jährigen Frauen ist bei vorsichtiger Interpretation des Zahlenmaterials keine wesentliche Veränderung der altersspezifischen Sterbeziffern seit Beginn der 70er Jahre zu verzeichnen; doch ist hier – anders als in den übrigen Altersgruppen – bei starken jährlichen Schwankungen infolge der sehr geringen Sterbefallzahlen eine, wenn auch geringfügige, Erhöhung der Sterbehäufigkeiten nicht ausgeschlossen.

Nach wie vor ist (siehe Schaubild 1) das Sterberisiko der männlichen Bevölkerung in allen Altersgruppen höher als das der weiblichen. Außerdem ist der Anstieg der altersspezifischen Sterbeziffer mit zunehmendem Alter – ausgehend von der Altersgruppe mit geringster Sterblichkeit bei den 1- bis unter 15jährigen – bei der männlichen Bevölkerung wesentlich stärker als bei der gleichaltrigen weib-

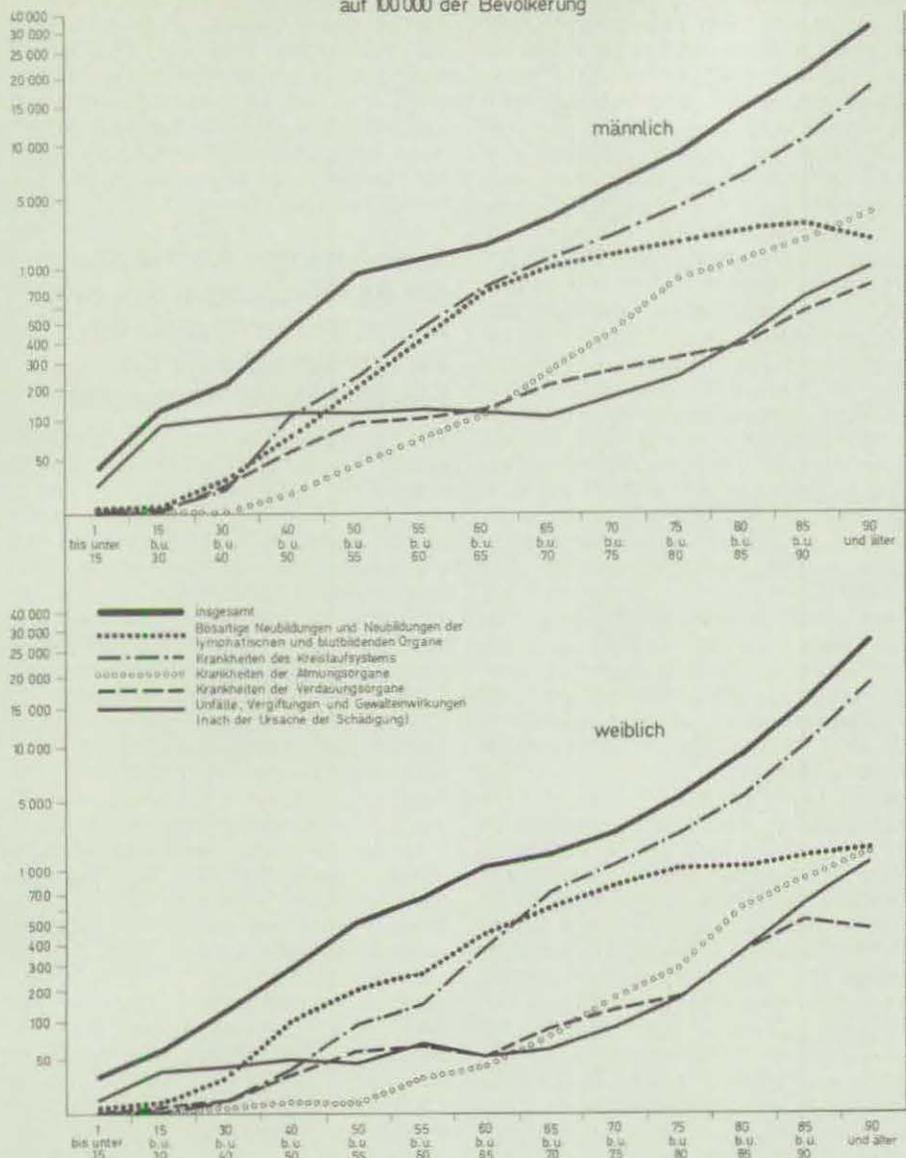
lichen Bevölkerung. Die altersspezifischen Sterbeziffern der männlichen Bevölkerung liegen bis zum 75. Lebensjahr zum Teil etwa doppelt so hoch wie die der weiblichen Bevölkerung; erst in den höheren Lebensjahren findet eine Annäherung statt, wobei allerdings auch bei den 90jährigen und älteren die Sterbeziffer der männlichen Bevölkerung noch höher als die der weiblichen ist.

Die Aussagen über die Sterblichkeitsentwicklung in den verschiedenen Altersgruppen der männlichen und weiblichen Bevölkerung scheinen den aus der allgemeinen Sterbeziffer gewonnenen Aussagen zu widersprechen. Dieses ist jedoch dadurch erklärbar, daß bei der Berechnung der allgemeinen Sterbeziffern nicht die im Altersaufbau der Wohnbevölkerung zwischenzeitlich eingetretenen Veränderungen berücksichtigt werden, die ihrerseits wieder unterschiedlich hohe

jährliche Sterbefallzahlen – selbst bei gleichbleibenden altersspezifischen Sterbeziffern – zur Folge haben. Ein Gesamtüberblick über die Veränderung der Sterblichkeitsverhältnisse in einem bestimmten Gebiet läßt sich demzufolge nur gewinnen, wenn die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung ausgeschaltet werden. Dies ist bei der sogenannten standardisierten Sterbeziffer der Fall (siehe Tabelle 3). Hieraus ergibt sich, daß entgegen der Entwicklung der allgemeinen Sterbeziffer, bei Annahme einer gleichbleibenden Altersstruktur, die Sterblichkeit der Hamburger Bevölkerung beim männlichen wie beim weiblichen Geschlecht seit Beginn der 70er Jahre abgenommen hat und eine kontinuierliche Verringerung auch im Beobachtungszeitraum 1975 bis 1978 bei beiden Geschlechtern zu verzeichnen ist.²⁾

Auch für Berlin (West) und das Bun-

Gestorbene in Hamburg 1978
nach ausgewählten Todesursachen und Altersgruppen
auf 100 000 der Bevölkerung



STATISTISCHES LANDESBÜRO HAMBURG

54 803 L

desgebiet (siehe Tabelle 3) ist seit 1970 ein Rückgang der allgemeinen Sterblichkeit festzustellen. 1978 ist allerdings für das letztgenannte Gebiet bei beiden Geschlechtern und in Berlin (West) für die männlichen Personen eine – vermutlich nur vorübergehende – Erhöhung der standardisierten Sterbeziffern zu verzeichnen. Das bedeutet – wie dargelegt wurde – allerdings nicht, daß sich das Sterberisiko in allen Altersklassen vermindert oder gleichmäßig verringert hätte. Die standardisierte Sterbeziffer ist vielmehr ein zusammenfassender Ausdruck für die Entwicklung im Durchschnitt aller Altersklassen, unabhängig von deren wechselnder Besetzung im Zeitverlauf, wobei in einzelnen Altersstufen auch ein Anstieg der Sterblichkeit denkbar ist.

1) Für die Standardisierung der Sterbeziffer wurde die durchschnittliche Wohnbevölkerung des Bundesgebietes einschließlich Berlin (West) des Jahres 1975 zugrunde gelegt.

Die Todesursachen der Hamburger Verstorbenen

Für gesundheitspolitische Maßnahmen ist die Kenntnis der zum Tode führenden Krankheiten oder sonstigen Umstände von Bedeutung. 1978 waren auf rund 40 Prozent der Todesbescheini-

gungen für verstorbene männliche und rund 49 Prozent der weiblichen Personen Krankheiten des Kreislaufsystems als Todesursache im Sinne der WHO – Regeln angegeben (siehe Anhangtabelle 1). Auf sie entfällt damit vor den bösartigen Neubildungen einschließlich der Neubildungen der lymphatischen und blutbildenden Organe mit gut 23 Prozent bei den männlichen und 21 Prozent bei den weiblichen Verstorbenen der größte Anteil überhaupt. Es folgen in der Reihenfolge der Bedeutung die Krankheiten der Atmungsorgane sowie die Krankheiten der Verdauungsorgane. Doch erreicht der Gesamtanteil dieser beiden Todesursachen an allen Sterbefällen bei den männlichen Verstorbenen nur knapp 13 Prozent und bei den Frauen knapp zehn Prozent, wobei das Gewicht der Krankheiten der Atmungsorgane bei den Männern etwas größer als bei den Frauen ist. Bei knapp zehn Prozent der männlichen und knapp acht Prozent der weiblichen Sterbefälle war die Todesursache auf der Todesbescheinigung nur unzureichend bezeichnet und konnte daher nicht näher zugeordnet werden. Man wird davon ausgehen können, daß es sich hierbei normalerweise um natürliche Todesursachen handelt. Auf jeden Fall ist diese Tatsache für die Analyse der Todesursachenstatistik von großer Bedeutung.

Als Ergebnis ist festzuhalten, daß die Sterbefälle sich auf sehr wenige Todesursachen konzentrieren; alle bisher genannten Todesursachen haben gemessen an allen Sterbefällen bei den Männern immerhin einen Anteil von gut 86 Prozent, bei den Frauen sogar von 87 Prozent. Betrachtet man allein die natürlichen Todesursachen, so ist in der Reihenfolge der Aufzählung als nächstes die Gruppe der Störungen der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten zu erwähnen – vor allem Diabetes mellitus – die aber bei Männern nur einen Anteil von 1,3 Prozent und bei den Frauen von 2,0 Prozent im Jahr 1978 erreichte.

Eine bemerkenswert große Rolle spielen bei Männern wie Frauen die nicht-natürlichen Todesursachen. So starben an den Folgen von Unfällen, Ver-

Tabelle 3 Standardisierte¹⁾ Sterbeziffern je 100 000 Einwohner für Hamburg, das Bundesgebiet und Berlin (West) 1970 und 1975 bis 1978

Jahr	Hamburg		Bundesgebiet		Berlin (West)	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1970	1 313,1	1 202,8	1 304,4	1 260,3	1 416,3	1 300,5
1975	1 273,3	1 146,1	1 257,9	1 169,8	1 457,5	1 275,1
1976	1 225,9	1 114,2	1 217,5	1 125,6	1 405,9	1 237,7
1977	1 192,0	1 050,6	1 161,2	1 055,0	1 362,8	1 180,2
1978	1 185,3	1 027,5	1 174,2	1 059,5	1 392,8	1 171,1

1) Standardisiert auf den Altersaufbau der Durchschnittsbevölkerung des Bundesgebietes insgesamt 1975.

giftungen und Gewalteinwirkungen gut sieben Prozent aller Männer im Jahr 1978 und gut fünf Prozent aller Frauen. Hierzu gehören vor allem Selbstmord und Selbstbeschädigung sowie bei den Männern die Kraftfahrzeugunfälle in und außerhalb des Verkehrs und bei den Frauen Unfälle durch Sturz und — an dritter Stelle — Kraftfahrzeugunfälle.

Vergleicht man mit 1970 so ist 1978 zwar — bei einem allgemeinen Rückgang der Sterbefälle — auch die absolute Zahl der an Krankheiten des Kreislaufsystems und der Verdauungsorgane, sowie an bösartigen Neubildungen Verstorbenen niedriger oder höchstens gleich hoch; doch haben die genannten Todesursachen 1978 eine relativ größere Bedeutung als 1970. So ist der Gesamtanteil dieser drei Todesursachen an allen Todesursachen von 66 Prozent 1970 auf knapp 69 Prozent 1978 bei männlichen bzw. von 70 Prozent im Jahr 1970 auf mehr als 74 Prozent im Jahr 1978 bei den weiblichen Verstorbenen gestiegen. Demgegenüber traten die nichtnatürlichen Todesursachen bei beiden Geschlechtern sowie die Krankheiten der Atmungsorgane bei den Männern (im Durchschnitt der letzten Jahre allerdings auch bei den Frauen) gemessen an allen Todesursachen 1978 seltener auf.

Zu einem wesentlichen Teil sind diese Veränderungen in der Todesursachengliederung durch die Verschiebungen im Altersaufbau der männlichen und weiblichen Wohnbevölkerung bedingt. Wie Anhangtabelle 2 und das Schaubild 1 zeigen, ist das Risiko, an einer bestimmten Todesursache — zum Beispiel einer Kreislauferkrankung oder einer bösartigen Neubildung — zu sterben, in den einzelnen Altersgruppen beim männlichen und weiblichen Geschlecht recht unterschiedlich. In der Tabelle sind die Zahlen der je Jahr an einer bestimmten Todesursache Verstorbenen von 100 000 gleichaltrigen und gleichgeschlechtlichen Lebenden der Wohnbevölkerung wiedergegeben. Es handelt sich hierbei um Durchschnittszahlen für die Jahre 1975 bis 1978, die zusammengefaßt werden mußten, um bei sehr kleinen Fallzahlen für einzelne Todesursachen auftretende Verzerrungen zu vermeiden. Zum besseren Verständnis der Anhangtabelle 2 seien unter Beschränkung auf die Hauptursachen einige Beispiele gegeben: Von 100 000 lebenden 60- bis 65jährigen Männern starben im Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1978 jährlich etwa 880 an Krankheiten des Kreislaufsystems aller Art; hierzu gehören Bluthochdruck, die ischämischen Herzkrankheiten sowie sonstige Formen von Herzkrankheiten, aber auch Hirngefäßkrankheiten und Krankheiten der Arterien, Arteriolen und Kapillaren. Die vergleichbare Zahl bei den Frauen betrug dagegen nur 352. Die größte

Bedeutung hatte für beide Geschlechter in dieser Altersgruppe der akute Herzmuskelinfarkt mit jährlich durchschnittlich 413 Verstorbenen je 100 000 der gleichaltrigen Männer und 109 bei den Frauen. Bei 69 von 100 000 Frauen dieses Alters war die Todesursache ein Unfall, Vergiftungen oder eine Gewalteinwirkung einschl. Selbstmord und Selbstbeschädigung; die vergleichbare Zahl für 100 000 gleichaltrige Männer lag bei 117.

Betrachtet man demgegenüber die Altersgruppe der 30- bis 40jährigen, dann ist festzustellen, daß jährlich durchschnittlich rund 39 je 100 000 gleichaltrige Frauen durch nichtnatürliche Todesursache aus dem Leben scheiden, wohingegen die Kreislauferkrankungen mit knapp 14 je 100 000 kaum eine Rolle spielen. Bei den Männern ist das Verhältnis noch krasser, hier sterben 104 von 100 000 gleichaltrigen Lebenden eines nichtnatürlichen Todes, während nur 21 von 100 000 30- bis unter 40jährigen als Folge einer Kreislauferkrankung aus dem Leben scheiden. Eine größere Bedeutung als die Kreislauferkrankungen haben für diese Altersgruppe die Krankheiten der Verdauungsorgane mit rund 22 auf 100 000 gleichaltrige lebende Männer.

Das 40. Lebensjahr ist für die Männer auch insofern eine kritische Schwelle, als von diesem Alter an die Krankheiten des Kreislaufsystems — darunter vor allem der akute Herzmuskelinfarkt — eine größere Gefahr für das Leben als die bösartigen Neubildungen darstellen. Die größte Bedeutung haben allerdings auch bei den 40- bis 50jährigen Männern noch — wie für die jüngeren Männer und Jugendlichen — nichtnatürlichen Todesursachen, d. h. vor allem Selbstmord sowie Kraftfahrzeug- und sonstige Straßenzugunfälle in und außerhalb des Verkehrs.

Die nichtnatürlichen Todesursachen — vor allem Selbstmord — spielen auch bei den unter 40jährigen Frauen eine große Rolle. Allerdings stellen die bösartigen Neubildungen — vor allem der weiblichen Geschlechtsorgane — ein ungleich größeres Risiko als bei den Männern dar. Vom 40. bis zum 65. Lebensjahr bilden sie überhaupt die größte Gefahr für das Leben der Frau. Erst vom 65. Lebensjahr an treten die Kreislauferkrankungen an die erste Stelle (718 je 100 000 Lebende gegenüber 627 je 100 000 Lebende bei den bösartigen Neubildungen in der Gruppe der 65- bis 70jährigen) und nehmen dann in den höheren Altersgruppen rasch zu.

Die Kreislauferkrankungen stellen eine große, sehr differenzierte Gruppe dar und ihre Zusammensetzung ist auch bei Männern und Frauen nicht gleich. So erlangen vor allem vom 75. Lebensjahr an bei den Frauen die chronisch-ischämischen Herzkrankheiten und die Hirngefäßkrankheiten eine

größere Rolle.

Diese wenigen Beispiele mögen genügen; sie zeigen, daß mit zunehmendem Alter die Gefahr, an einer Krankheit zu sterben zwar im allgemeinen steigt; doch ist die Erhöhung des Risikos bei den einzelnen Krankheiten und nichtnatürlichen Todesursachen recht unterschiedlich und weicht auch bei beiden Geschlechtern zum Teil sehr stark voneinander ab.

Abweichender Altersaufbau der Bevölkerung in den drei Gebietsteilen ist nicht die einzige Ursache für die Sterblichkeitsunterschiede

Für den Vergleich der drei Gebietseinheiten wurde ein vierjähriger Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1978 gebildet. Bei jährlicher Auswertung wäre für die einzelnen Todesursachen bei den Stadtstaaten im Vergleich mit dem Bundesgebiet teilweise mit zu kleinen Fallzahlen zu rechnen gewesen, die bei mehr oder minder starken jährlichen Schwankungen zu falschen Schlußfolgerungen führen könnten.

Der Durchschnittsbildung vorausgegangen war eine Überprüfung der Entwicklung in den Einzeljahren. Für Hamburg wurden weiter oben die jährlichen Veränderungen dargestellt. Die alters- und geschlechtsspezifischen Sterbeziffern für das Bundesgebiet zeigen demgegenüber — vor allem infolge der größeren Fallzahlen — eine stetigere Entwicklung. So hat die Sterblichkeit seit 1975 — einem Jahr relativ hoher Sterblichkeit — bis 1977 in allen Altersgruppen und bei beiden Geschlechtern abgenommen oder ist — so zum Teil bei den unter 40jährigen beiderlei Geschlechts, bei denen die Sterbeziffern ohnehin verhältnismäßig gering sind — mehr oder weniger konstant geblieben. 1978 sind demgegenüber im allgemeinen bei den über 30jährigen Männern und den über 55jährigen Frauen die Sterbehäufigkeiten gegenüber dem Vorjahr angestiegen, wobei allerdings die Werte von 1975 nicht wieder erreicht wurden.

In Berlin ist — hauptsächlich infolge der geringeren Besetzung der einzelnen Altersgruppen — die Entwicklung nicht ganz so kontinuierlich verlaufen. In der Tendenz lassen sich aber auch dort im wesentlichen dieselben Aussagen wie im Bundesdurchschnitt nachweisen. Allerdings sind hier von der Erhöhung der Sterblichkeit im Jahr 1978 im wesentlichen nur die über 70jährigen Frauen betroffen, während die altersspezifischen Sterbeziffern in den übrigen Altersgruppen sich weiterhin verringerten.

Der Vergleich der Sterbeziffern auf 100 000 der Bevölkerung gleichen Alters und Geschlechts im Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1978 (siehe Tabelle 4) zeigt deutlich, daß die ge-

Tabelle 4 Gestorbene auf 100000 Einwohner nach Altersgruppen und Geschlecht für das Bundesgebiet, Hamburg und Berlin (West) im Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1978

Altersgruppe von bis unter Jahren	männlich			weiblich		
	Bundesgebiet	Hamburg	Berlin (West)	Bundesgebiet	Hamburg	Berlin (West)
- 1	1 913,1	1 832,6	1 864,6	1 469,6	1 394,3	1 645,6
1 - 15	49,6	48,0	44,0	35,4	35,3	41,0
15 - 30	144,3	131,7	161,9	58,8	61,5	72,3
30 - 40	204,7	229,8	289,3	105,6	128,0	154,9
40 - 50	469,7	501,4	690,9	250,5	299,4	393,6
50 - 55	897,3	1 021,2	1 227,4	476,1	538,8	661,0
55 - 60	1 398,1	1 453,2	1 852,5	697,1	755,6	979,6
60 - 65	2 368,6	2 384,9	2 912,6	1 119,9	1 207,7	1 428,8
65 - 70	3 903,4	3 979,6	4 552,5	1 880,3	1 941,4	2 189,0
70 - 75	6 371,6	6 442,7	7 219,7	3 411,1	3 320,8	3 712,4
75 - 80	9 824,0	9 939,9	10 887,7	6 190,6	5 753,4	6 404,8
80 - 85	14 867,3	14 626,5	15 715,5	10 955,6	10 103,0	10 691,3
85 - 90	21 673,6	20 849,3	23 191,6	18 112,8	17 030,2	18 093,8
90 und älter	30 694,8	30 925,6	35 728,1	28 620,6	28 938,7	30 805,3
Insgesamt	1 224,4	1 511,3	1 805,0	1 144,8	1 430,7	1 977,3

genwärtig generell höhere jährliche Sterblichkeit in den Stadtstaaten im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt nicht allein durch die abweichende alters- und geschlechtsmäßige Struktur der Wohnbevölkerung bedingt ist. Sieht man einmal von den unter einjährigen Personen ab, ergibt sich für die 1- bis unter 15jährigen im Bundesdurchschnitt bei den Knaben eine vergleichsweise höhere Sterblichkeit als in den Stadtstaaten, während bei den Mädchen Berlin im Beobachtungszeitraum an der Spitze der drei verglichenen Gebietseinheiten steht. Auch bei den 80- bis 90jährigen Frauen ist im Vergleich der beiden Stadtstaaten mit dem Bundesdurchschnitt die Ziffer auf 100 000 der Bevölkerung im Bundesgebiet höher als in den Stadtstaaten.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man die beiden Stadtstaaten miteinander vergleicht oder aber einen Vergleich zwischen Hamburg und dem Bundesgebiet durchführt. Beim Vergleich Hamburgs mit Berlin ist festzustellen, daß nicht nur die allgemeine Sterblichkeit in Berlin bei beiden Geschlechtern höher liegt, sondern daß auch die altersspezifischen Sterbeziffern, das heißt die Zahlen der Gestorbenen bezogen auf die vorhandene Durchschnittsbevölkerung gleichen Alters und Geschlechts, in Berlin generell in allen Altersgruppen bei beiden Geschlechtern höher sind. Eine Ausnahme hiervon bilden nur die 1- bis unter 15jährigen Kinder männlichen Geschlechts. In dieser Altersgruppe mit sehr geringen Sterbefallzahlen sind allerdings die jährlichen Schwankungen recht ausgeprägt. Die höchsten relativen Abweichungen zwischen den altersspezifischen Sterbeziffern Berlins und Hamburgs sind in den Al-

tersgruppen der 15- bis 65jährigen erkennbar. Die größte Differenz ergibt sich bei beiden Geschlechtern in der Altersgruppe der 40- bis unter 50jährigen. Zu diesem Ergebnis ist allerdings anzumerken, daß vermutlich die eigentliche Differenz zwischen Hamburg und Berlin nicht ganz so groß ist wie hier erkennbar wird, da möglicherweise die Berliner Durchschnittsbevölkerung etwas zu niedrig angegeben wurde³⁾. Die große Differenz allerdings läßt den Schluß zu, daß auch bei richtigen Bevölkerungszahlen die Berliner Sterblichkeit über der Hamburger liegt.

Der Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt zeigt für die einzelnen Altersgruppen ein recht unterschiedliches Bild. So ist festzustellen, daß bei den unter 30jährigen und bei den 80- bis 90jährigen männlichen Personen die altersspezifischen Sterbeziffern des Bundes über denen Hamburgs liegen; dasselbe gilt für die unter 15jährigen sowie die 70- bis 90jährigen weiblichen Personen. In allen übrigen Altersgruppen hatte Hamburg im Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1978 eine höhere altersspezifische Sterbeziffer, das heißt es starben auf 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung mehr Personen als im Bundesdurchschnitt. Am größten sind die relativen Abweichungen bei den 30- bis 50jährigen Frauen sowie bei den 50- bis 55jährigen Männern.

Die Tatsache, daß sowohl Hamburg als auch Berlin im allgemeinen eine höhere Sterblichkeit haben als im Bundesdurchschnitt, läßt vermuten, daß die Ursachen gleicher Natur sein

³⁾ Zu der bis heute fortbestehenden Problematik siehe: Stowasser, R./Glowinski, J.: Zur Unterfassung der Westberliner Bevölkerung in der amtlichen Bevölkerungsforschung in den Jahren 1968 bis 1971, erschienen in Berliner Statistik, 28. Jahrgang Heft 3, 1974.

könnten. Die Untergliederung nach Todesursachen kann hierzu möglicherweise weitere Anhaltspunkte liefern.

Die Sterblichkeit nach Todesursachen in Hamburg im Vergleich mit Berlin (West) und dem Bundesgebiet

Auch für die weiteren Untersuchungen wird von den oben erläuterten Entwicklungen in der Sterblichkeit im Zeitraum 1975 bis 1978 abgesehen und eine zusammenfassende Übersicht über die Verhältnisse im Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1978 gegeben, was bei der vorgesehenen differenzierten Aufgliederung nach Krankheiten ohne weiteres zulässig ist. Anhangstabelle 1 zeigt die Stellung Hamburgs im Vergleich mit den beiden anderen Gebietsteilen. Ausgehend von der Gesamtzahl der Sterbefälle ist festzustellen, daß sowohl beim männlichen wie beim weiblichen Geschlecht die Reihenfolge der hauptsächlichsten Todesursachen in Hamburg nicht wesentlich von der der beiden anderen Gebietseinheiten abweicht. Dennoch lassen sich einige - wenn auch verhältnismäßig geringe - Unterschiede nachweisen. So treten in Hamburg die Krankheiten des Kreislaufsystems insgesamt seltener auf, und zwar bei beiden Geschlechtern. Dennoch verstarben sowohl beim männlichen wie beim weiblichen Geschlecht mehr Personen an chronisch-ischämischen Herzkrankheiten und beim weiblichen Geschlecht auch an Herzinfarkt, während beim männlichen Geschlecht die Zahl der Herzinfarkte unter dem Bundesdurchschnitt liegt, jedoch über dem Berliner Anteil. Der geringere Anteil der Kreislauferkrankungen in Hamburg ergibt sich deshalb vor allem aus einer geringeren Zahl von Verstorbenen an sonstigen Formen von Herzkrankheiten, soweit nicht ischämische Herzkrankheiten und Hirngefäßkrankheiten aller Art.

Auch die Bedeutung der Todesursachen Bronchitis und der Krankheiten der Verdauungsorgane (vor allem Krankheiten der Leber, Gallenblase und Bauchspeicheldrüse) ist in Hamburg bei beiden Geschlechtern, gemessen an allen Sterbefällen, geringer als in Berlin oder im Bundesdurchschnitt. Neubildungen aller Art, einschließlich der Neubildungen der lymphatischen und blutbildenden Organe waren vor allem beim männlichen, aber auch beim weiblichen Geschlecht (hier liegt der Anteil allerdings nur geringfügig über dem Bundesdurchschnitt) häufiger als bei den übrigen Gebietsteilen. Für die Analyse der natürlichen Todesursachen ist allerdings auch zu beachten, daß der Anteil der Sterbefälle, für die nur Symptome oder mangelhaft bezeichnete Krankheiten angegeben waren, die also anderweitig nicht einzuordnen sind, (vor allem plötzlicher Tod unbekannter Ursache), relativ hoch ist. Unter den nichtnatür-

lichen Todesursachen, deren Anteil in Hamburg bei den Frauen höher, bei den Männern zwar höher als in Berlin, aber unter dem Bundesdurchschnitt liegt, spielen vor allem Selbstmord und Selbstbeschädigung sowie Unfälle durch Sturz eine Rolle, während der Anteil der Unfälle mit Kraftfahrzeugen inner- und außerhalb des Verkehrs sowie mit sonstigen Straßenfahrzeugen zwar höher als in Berlin, aber unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

Diese wenigen Angaben, so wichtig sie für medizinische und gesundheitsplanerische Zwecke sind, besagen noch nichts über das relative persönliche Risiko an der einen oder anderen Krankheit in Hamburg zu sterben, da bei der Relationsbildung der unterschiedliche Altersaufbau in den drei Gebietsteilen nicht berücksichtigt wurde. Die Analyse der Sterbefälle ist aber nur dann aussagefähig, wenn eine tiefe Aufgliederung nach Todesursachen und nach Alter und Geschlecht erfolgt. Das erschwert dann allerdings eine allgemein orientierte Darstellung. Einen ersten Anhaltspunkt über die unterschiedlichen Sterblichkeitsverhältnisse in den verschiedenen Zeiträumen oder in den verschiedenen Gebieten geben, wie weiter oben schon erläutert, die standardisierten Sterbeziffern, die für Hamburg, Berlin und das Bundesgebiet für die Jahre 1975 bis 1978 errechnet wurden.

Für den Vergleich sollen zunächst die Ziffern für 1978 herangezogen werden (siehe Anhangtabelle 3), wobei — da es sich hier wiederum nur um jährliche Daten handelt — die jährlichen Schwankungen infolge kleiner Fallzahlen, die bei der Berechnung der jährlichen standardisierten Sterbeziffern mit eingehen, berücksichtigt werden müssen. Dieses Verfahren wurde gewählt, da bei Betrachtung einer mehrjährigen Zahlenreihe die tendenzielle Entwicklung mit einiger Sicherheit abgeschätzt werden kann.

Allgemein ist festzustellen, daß die standardisierten Sterbeziffern zu einem wesentlichen Teil die bereits vorher genannten Unterschiede zwischen den Gebietsteilen bestätigen. Auf einige Abweichungen sei jedoch hingewiesen: So ist das Risiko, an einer bösartigen Neubildung einschließlich der lymphatischen und blutbildenden Organe zu sterben, bei Männern wie Frauen in Hamburg nicht generell höher als in den anderen beiden verglichenen Gebieten, sondern liegt bei beiden Geschlechtern in Hamburg zwar höher als im Bundesdurchschnitt, aber niedriger als in Berlin (West). Im übrigen hat sich hier die Situation bei beiden Geschlechtern — verglichen mit 1975 — verbessert. Auch für den akuten Herzmuskelinfarkt bei Männern geben die weiter oben genannten Zahlen nicht die tatsächlichen Verhältnisse wieder, sondern hier ist mit

weitem Abstand Hamburg das Land, wo im Durchschnitt aller Altersklassen die Situation am günstigsten ist. Die standardisierte Sterbeziffer für akuten Herzmuskelinfarkt bei Frauen lag allerdings 1978 in Hamburg höher als in Berlin (West) und im Bundesdurchschnitt, doch hat sich hier die Situation in den vergangenen Jahren ständig verbessert.

Die standardisierte Sterbeziffer für Selbstmord je 100 000 der Bevölkerung ist ein gutes Beispiel dafür, wie stark diese jährlichen Ziffern von kleinen Fallzahlen abhängen. Für die Männer wird man allerdings auch hier sagen können, daß bei jährlichem Vergleich der standardisierten Ziffern Hamburg wie auch Berlin generell über dem Bundesdurchschnitt lagen, wobei immerhin in drei von vier Jahren die Ziffer in Berlin höher als in Hamburg lag.

Der allgemeine Rückgang der Sterblichkeit, wie er sich bei den standardisierten Sterbeziffern auf 100 000 der Bevölkerung ergibt, ist in Hamburg bei beiden Geschlechtern am stärksten gewesen. Untersucht man jedoch die einzelnen Todesursachengruppen, so stellen sich, sowohl hinsichtlich der Geschlechter als auch der verglichenen Gebietseinheiten, recht deutliche Unterschiede heraus. So hat z. B. in Hamburg die Gruppe der Krankheiten der Verdauungsorgane als Todesursache gar nicht abgenommen bzw. sogar beim weiblichen Geschlecht zugenommen. — Möglicherweise ist das eine Folge der sehr geringen Zahl in Hamburg verglichen mit Berlin (West) und dem Bundesdurchschnitt. Der überwiegende Eindruck ist, daß die Sterblichkeit in allen Todesursachengruppen bei beiden Geschlechtern — mit Ausnahme der schon genannten Krankheiten der Verdauungsorgane und mit Abstand der nichtnatürlichen Todesursachen — in Hamburg am meisten abgenommen hat. Die größte Abnahme überhaupt ist für alle drei verglichenen Gebietseinheiten bei den Krankheiten der Atmungsorgane zu verzeichnen.

Schlußbemerkungen

Bei der bisherigen Analyse wurde nur auf die wichtigsten Todesursachengruppen eingegangen, ohne daß Hinweise auf die Ursachen für die zeitliche Entwicklung oder die unterschiedliche Situation in Hamburg, Berlin (West) oder im Bundesgebiet möglich waren. Das vorgelegte Zahlenmaterial bietet allerdings wichtige Anhaltspunkte für differenziertere Untersuchungen, die in enger Zusammenarbeit mit Medizinern durchgeführt werden müssen. Dafür ist vor allem die Situation in den einzelnen Altersklassen wichtig, da sich hieraus Hinweise für Therapie- und Vorsorgemaßnahmen ergeben könnten.

Abschließend wird daher noch kurz

auf die Haupt-Todesursachen für die mittleren Altersgruppen eingegangen, die in Hamburg — verglichen mit dem Bundesdurchschnitt — ein signifikant höheres Sterblichkeitsrisiko aufweisen.

Betrachtet man die Differenzen zwischen den altersspezifischen Sterbeziffern der 30- bis 50jährigen für das Bundesgebiet und Hamburg im Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1978 in der Untergliederung nach Todesursachen, dann wird erkennbar, daß die nichtnatürlichen Todesursachen — darunter vor allem Selbstmord — in Hamburg eine größere Rolle spielten als im Bundesdurchschnitt, während die Unfälle mit Straßenverkehrsfahrzeugen zum Teil unterdurchschnittlich häufig sind. Für die Analyse der natürlichen Todesursachen ist von ausschlaggebender Bedeutung, daß die Fälle mit ungenau gekennzeichnete Todesursache — vor allem plötzlicher Tod unbekannter Ursache — bei Männern wie Frauen in Hamburg zum Teil so hoch wie die gesamte Differenz zwischen Hamburg und dem Bund sind, z. T. vor allem bei den Männern diese sogar überschreiten. So starben im Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1978 z. B. bei den 50- bis 55jährigen Männern 101 je 100 000 der gleichaltrigen Männer in Hamburg mehr als im Bundesgebiet an einer nicht näher bezeichneten Todesursache; die gesamte Übersterblichkeit in Hamburg in dieser Altersgruppe betrug dagegen nur rund 124 je 100 000 Einwohner. Bei den 55- bis 60jährigen Männern ist die vergleichbare Zahl der Fälle ohne genaue Todesursachenangabe in Hamburg sogar um 130 je 100 000 Einwohner höher als im Bund, während in dieser Altersgruppe in Hamburg insgesamt nur 55 je 100 000 Einwohner mehr als im Bundesdurchschnitt verstarben.

Auf der anderen Seite gibt es in Hamburg eine Reihe von Todesursachen, die im Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1978 deutlich seltener vorkamen als im Bund. Hierzu gehören vor allem die Kreislauferkrankungen — mit Ausnahme der chronisch-ischämischen Herzkrankheiten. Auch Krebs ist in Hamburg nicht generell häufiger, sondern in erster Linie bösartige Neubildungen der Luftröhre, Bronchien und Lunge und bei Frauen außerdem des Eierstocks, der Eileiter und des Ligamentum latum.

Diese Ausführungen verdeutlichen, wie wichtig die genaue Ausfüllung der Todesbescheinigungen ist. Hamburg liegt, was die ungenau bezeichneten oder auch nicht eindeutig diagnostizierten Todesursachen angeht, auch über Berlin. Eine Reduzierung der Fälle mit fehlender Angabe zur Todesursache würde erheblich zu einer besseren Aussagefähigkeit der Todesursachenstatistik in Hamburg beitragen.

Barbara Hüttel

Anhangtabelle 1 Gestorbene nach Todesursachen und Geschlecht in Hamburg 1970 und 1978 sowie Anteile der Todesursachen an allen Sterbefällen in Hamburg, Berlin (West) und im Bundesgebiet

ICD-Nr. 1968	Todesursache	Gestorbene									
		männlich					weiblich				
		Hamburg		Bundes- gebiet	Berlin (West)	Hamburg		Bundes- gebiet	Berlin (West)		
		1970	1978	1975/78		1970	1978	1975/78			
		Anzahl		%		Anzahl		%			
000-136	Infektiöse und parasitäre Krankheiten	161	81	0,65	0,96	1,22	80	52	0,41	0,63	0,65
140-209	Bösartige Neubildungen und Neubildungen der lymphatischen und blutbildenden Organe	2 705	2 681	22,68	21,30	20,29	2 646	2 647	20,78	20,75	18,69
151	Bösartige Neubildung des Magens	410	280	2,65	2,97	2,29	327	248	2,17	2,60	1,91
153	Bösartige Neubildung des Dickdarmes ausgenommen Mastdarm	167	179	1,59	1,65	1,51	291	291	2,37	2,36	2,16
154	Bösartige Neubildung des Mastdarmes und der Übergangsstelle des Colon sigmoideum in das Rektum	158	125	1,07	1,15	0,96	157	141	1,04	1,07	0,98
157	Bösartige Neubildung der Bauchspeicheldrüse	109	99	0,92	0,82	0,77	127	120	0,90	0,84	0,76
162	Bösartige Neubildung der Luftröhre, Bronchien und Lunge	816	810	6,77	5,70	6,09	175	217	1,54	0,95	1,35
174	Bösartige Neubildung der Brustdrüse	591	409	5,12	3,14	2,66
180-182	Bösartige Neubildung des Gebärmutterhalses sowie sonstige bösartige Neubildungen der Gebärmutter ohne Chorionepitheliom	179	170	1,40	1,52	1,47
183	Bösartige Neubildung des Eierstocks, der Eileiter und des Ligamentum latum	150	165	1,49	1,22	0,99
185	Bösartige Neubildung der Prostata	225	292	2,24	2,06	1,90
188-189	Bösartige Neubildung der Harnblase sowie sonstiger und nicht näher bestimmter Harnorgane	161	211	1,78	1,43	1,47	95	119	0,84	0,76	0,79
204-207	Lymphatische Leukämie, myeloische Leukämie, monozytäre Leukämie, sonstige und nicht näher bezeichnete Leukämien	66	78	0,65	0,68	0,63	85	81	0,64	0,63	0,55
230-239	Neubildungen unbekanntem Charakters	96	96	0,78	0,81	0,80	111	133	0,97	0,95	0,90
140-239	Neubildungen insgesamt	2 823	2 787	23,55	22,29	21,17	2 776	2 796	21,90	21,81	19,70
240-279	Störungen der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	185	148	1,50	2,10	1,44	423	253	2,63	3,82	2,21
250	Diabetes mellitus	165	122	1,50	1,80	1,30	367	220	2,32	5,37	2,00
280-289	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	23	21	0,16	0,16	0,20	48	34	0,19	0,22	0,27
290-315	Seelische Störungen	54	76	0,66	0,76	2,01	84	71	0,61	0,42	0,98
320-389	Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	139	87	0,79	1,15	0,75	145	109	0,85	1,20	0,67
390-458	Krankheiten des Kreislaufsystems	5 431	4 667	41,41	43,96	42,27	6 136	6 122	48,28	50,16	49,72
400-404	Bluthochdruck	125	117	0,98	1,20	1,71	198	224	1,57	2,41	3,24
410-414	Ischämische Herzkrankheiten	2 581	2 436	21,68	20,91	17,61	2 118	2 689	20,96	18,92	13,19
410	Akuter Myokardinfarkt	1 602	1 425	12,85	12,45	11,87	1 047	1 085	8,53	7,80	7,52
412	Chronische ischämische Herzkrankheiten	931	952	8,43	6,53	5,09	1 071	1 535	11,72	8,25	5,15
420-429	Sonstige Formen von Herzkrankheiten	805	635	5,59	7,00	9,31	1 108	891	7,51	9,72	14,39
430-439	Hirngefäßkrankheiten	1 339	972	8,38	13,44	9,58	1 968	1 554	12,44	16,58	13,36
436	Akute, aber mangelhaft bezeichnete Hirngefäßkrankheiten	673	558	4,80	6,91	6,28	964	859	6,98	9,86	8,65
437	Generalisierte ischämische Hirngefäßkrankheiten	278	163	1,28	2,63	1,29	498	313	2,56	4,38	2,31
440-448	Krankheiten der Arterien, Arteriolen und Kapillaren	325	325	2,98	2,40	2,62	356	480	3,72	2,88	3,32
440	Arteriosklerose	185	186	1,86	1,26	1,47	230	360	2,76	1,89	2,06
460-519	Krankheiten der Atmungsorgane	1 149	899	7,70	7,53	8,44	822	668	5,81	4,81	6,52
480-486	Pneumonie (Lungenentzündung)	344	331	3,27	1,97	3,16	352	381	3,25	2,17	3,36
490-491	Chronische Bronchitis, akute Bronchitis, Bronchielitis
+486	und nicht näher bezeichnete Bronchitis	383	304	2,38	2,95	3,22	168	150	1,07	1,11	1,63
492-493	Emphysem und Asthma	306	188	1,46	1,56	1,22	181	93	0,84	0,63	0,81
520-577	Krankheiten der Verdauungsorgane	577	556	4,72	6,20	7,45	571	551	3,98	4,75	5,69
570-577	Krankheiten der Leber, der Gallenblase und der Bauchspeicheldrüse	316	369	3,03	4,19	4,87	304	332	2,40	2,86	3,31
571	Leberzirrhose	216	292	2,51	3,21	3,76	163	197	1,39	1,52	1,95
580-599	Krankheiten der Harnorgane	180	88	0,86	1,27	1,57	251	141	1,18	1,57	2,08
600-607	Krankheiten der männlichen Geschlechtsorgane	110	41	0,38	0,71	0,89
610-629	Krankheiten der weiblichen Geschlechtsorgane	6	12	0,12	0,05	0,03
630-678	Komplikationen in der Schwangerschaft, bei Entbindung und im Wochenbett	7	3	0,03	0,05	0,03
680-709	Krankheiten der Haut und des Unterhautzellgewebes	2	6	0,03	0,03	0,04	11	6	0,04	0,06	0,07
710-738	Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes	19	17	0,12	0,24	0,15	69	56	0,38	0,62	0,35
740-759	Angeborene Missbildungen	46	33	0,26	0,48	0,36	39	32	0,19	0,39	0,24
760-779	Bestimmte Ursachen der perinatalen Morbidität und Mortalität	146	61	0,54	0,86	0,42	123	34	0,37	0,60	0,24
780-796	Symptome und mangelhaft bezeichnete Krankheiten und Todesursachen, die anderweitig nicht einzuordnen sind	1 091	1 117	9,36	3,45	5,81	910	948	7,61	3,73	5,79
795	Plötzlicher Tod (unbekannter Ursache)	501	494	4,29	0,40	1,00	263	340	2,72	0,23	0,53
E 800-	Unfälle, Vergiftungen und Gewaltwirkungen
E 999	(nach der Ursache der Schädigung)
E 810-	Kraftfahrzeugunfälle im und außerhalb des Verkehrs	1 047	845	7,29	7,83	6,21	877	654	5,42	5,10	4,77
E 827	sowie von sonstigen Straßenfahrzeugen	311	232	1,80	2,87	1,23	181	114	0,95	1,18	0,69
E 880-	Unfälle durch Sturz	189	125	1,18	1,04	0,84	345	249	1,89	1,87	1,48
E 887	
E 950-	Selbstmord und Selbstbeschädigung	355	349	2,98	2,39	2,76	256	215	1,88	1,32	1,41
E 959	
I n s g e s a m t		13 183	11 530	100	100	100	13 378	12 542	100	100	100

Anhangtabelle 2 Sterbeziffern nach Todesursachen und Geschlecht im Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1978

ICD Nr. 1968	Todesursache	Männliche Gestorbene auf 100 000 Einwohner gleichen Alters																
		insgesamt	davon standen im Alter von ... bis unter ... Jahren															
			-1	1-15	15-30	30-40	40-50	50-55	55-60	60-65	65-70	70-75	75-80	80-85	85-90	90u. älter		
000-136	Infektiöse und parasitäre Krankheiten	9,8	37,6	1,5	1,2	2,8	3,5	15,5	19,0	14,3	21,2	41,8	44,4	75,1	65,8	38,7		
140-209	Bösartige Neubildungen und Neubildungen der lymphatischen und blutbildenden Organe	343,0	15,0	6,5	8,6	26,2	84,2	234,8	383,7	718,1	1 115,7	1 712,0	2 420,8	2 916,3	3 092,1	2 730,4		
151	Bösartige Neubildungen des Magens	40,0	-	-	-	3,2	9,1	32,7	61,1	80,7	100,1	187,2	289,0	418,0	472,5	290,5		
153	des Dickdarms ausgenommen des Mastdarms	24,0	-	-	-	1,4	3,7	20,1	20,4	44,9	68,3	136,8	188,2	240,3	173,4	174,3		
154	des Mastdarms und der Übergangsstelle des Colon sigmoideum in das Rektum	16,1	-	-	-	0,7	4,2	8,6	11,2	29,3	51,2	85,1	116,3	155,2	227,3	135,6		
157	der Bauchspeicheldrüse	14,0	-	-	0,2	0,5	5,1	10,3	18,3	31,9	51,8	69,5	95,9	92,6	77,8	58,1		
162	der Luftröhre, Bronchien und Lunge	102,4	-	0,2	0,3	2,7	22,1	68,9	132,1	259,8	396,5	548,7	706,2	655,9	514,4	387,3		
185	der Prostata	35,8	-	-	-	0,5	3,4	9,8	9,8	34,5	82,4	171,6	329,7	490,6	610,0	677,8		
188	der Harnblase	18,6	-	-	-	0,3	0,9	8,6	10,5	34,5	63,0	106,3	148,7	177,7	185,4	232,4		
189	sonstiger und n.n. bez. Harnorgane	8,3	-	0,2	-	0,7	2,8	7,5	11,9	33,2	34,7	35,4	42,0	30,0	23,9	96,8		
204-207	Lymphatische Leukämie, myeloische Leukämie, monozytäre Leukämie, sonstige und n.n. bez. Leukämien	9,8	11,3	2,6	1,7	2,1	4,4	8,6	14,1	14,3	24,7	34,7	63,3	80,1	71,8	77,5		
230-239	Neubildungen unbekanntes Charakters	11,8	-	1,3	0,8	2,0	4,2	5,7	14,8	18,9	36,5	50,3	88,7	100,1	113,6	96,8		
140-239	Neubildungen insgesamt	356,0	15,0	7,7	9,3	28,5	88,6	242,3	399,1	740,3	1 157,2	1 766,6	2 514,4	3 028,9	3 205,7	2 827,3		
240-279	Störungen der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	22,7	15,0	0,7	1,2	2,3	7,4	13,8	18,3	37,1	66,5	112,7	155,9	225,3	233,3	329,2		
250	Diabetes mellitus	19,7	-	-	0,9	1,6	5,6	10,9	14,8	29,9	58,3	103,5	136,7	207,8	227,3	290,5		
280-289	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	2,4	-	0,4	0,6	0,2	0,9	1,1	2,8	3,3	5,9	10,6	16,8	25,0	23,9	38,7		
290-315	Seelische Störungen	10,0	-	-	2,0	7,5	13,5	16,1	19,0	22,1	21,8	17,0	23,2	35,0	83,7	38,7		
320-389	Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	12,0	22,5	2,2	2,0	4,5	6,3	12,6	16,9	18,9	33,0	37,6	75,5	82,6	65,8	77,5		
390-458	Krankheiten des Kreislaufsystems	625,9	15,0	1,7	5,3	21,2	102,1	514,6	488,4	880,3	1 664,0	2 827,2	4 645,0	7 479,7	11 537,1	17 912,5		
400-404	Bluthochdruck	14,8	-	0,2	0,3	0,4	3,3	8,6	4,9	29,9	42,4	68,1	111,5	152,7	233,3	348,6		
410-414	ischämische Herzkrankheiten	327,7	-	-	0,6	9,4	62,1	191,7	329,6	541,1	957,1	1 505,8	2 261,4	3 617,2	5 299,0	7 862,1		
410	Akuter Herzmuskelinfarkt	194,2	-	-	0,5	8,2	50,2	151,0	260,4	412,8	679,8	963,4	1 257,8	1 577,1	1 770,3	1 704,1		
412	Chronische ischämische Herzkrankheiten	127,4	-	-	0,2	0,5	10,2	35,6	55,5	119,8	253,7	512,6	958,0	1 982,6	3 474,9	6 138,7		
420-429	Sonstige Formen von Herzkrankheiten	84,4	7,5	0,9	1,8	3,0	10,0	37,3	35,1	75,5	187,2	357,3	684,6	1 124,0	2 003,6	3 388,8		
430-438	Hirngefäßkrankheiten	126,7	3,8	0,4	1,5	5,2	13,7	43,1	67,5	132,2	289,0	577,1	1 045,6	1 722,2	2 649,5	4 086,0		
436	Akute, aber mangelhaft bezeichnete Hirngefäßkrankheiten	72,6	-	-	0,2	0,9	2,1	16,6	28,1	73,6	169,5	358,7	643,9	1 051,4	1 423,4	1 994,6		
437	Generalisierte ischämische Hirngefäßkrankheiten	19,3	-	-	0,2	0,2	0,7	4,6	4,2	8,5	23,5	68,1	159,5	332,9	645,9	1 316,8		
440-448	Krankheiten der Arterien, Arteriolen und Kapillaren	45,0	3,8	-	0,5	0,5	4,7	9,2	23,2	30,8	102,4	200,6	350,1	618,3	1 040,7	1 839,7		
440	Arteriosklerose	28,2	-	-	-	-	0,9	2,9	7,0	22,1	46,5	100,0	247,0	465,6	825,4	1 646,0		
460-519	Krankheiten der Atmungsorgane	116,4	90,1	3,3	2,9	3,7	14,7	35,0	63,9	128,9	267,2	516,1	932,8	1 539,5	2 440,2	3 698,7		
480-486	Pneumonie (Lungenerkrankung)	49,4	52,6	1,8	1,4	2,3	6,0	17,2	19,0	42,5	97,7	186,4	378,9	743,5	1 291,9	2 052,7		
490-491	Chronische Bronchitis, akute Bronchitis, Bronchiellitis u. n.n. bezeichnete Bronchitis	36,0	-	0,4	0,6	0,4	2,1	9,2	23,9	44,3	90,6	179,4	316,5	438,1	669,9	794,0		
492-493	Emphysem und Asthma	22,0	-	0,6	0,5	0,7	4,0	5,7	14,8	28,0	55,9	115,6	175,1	257,8	358,9	522,9		
520-577	Krankheiten der Verdauungsorgane	71,3	22,5	0,4	2,4	22,3	59,5	101,0	108,2	150,4	191,9	281,4	335,7	413,0	490,4	619,7		
570-577	Krankheiten der Leber, der Gallenblase und der Bauchspeicheldrüse	45,9	-	-	1,2	16,2	47,4	81,5	87,1	115,2	132,4	152,4	161,9	177,7	173,4	271,1		
571	Leberzirrhose	35,0	-	-	0,6	13,7	38,8	71,8	68,2	98,3	110,1	109,2	100,7	100,1	71,8	96,8		
580-599	Krankheiten der Harnorgane	13,0	-	-	0,2	1,4	2,6	3,7	9,1	19,5	31,2	58,5	95,9	160,2	287,1	348,6		
600-607	Krankheiten der männlichen Geschlechtsorgane	5,8	-	-	-	-	0,2	-	1,4	2,6	5,3	17,0	52,8	100,1	275,1	251,7		
680-709	Krankheiten der Haut und des Unterhautzellgewebes	0,4	-	0,4	-	0,2	0,2	-	0,7	0,7	0,6	0,7	1,2	10,0	-	19,4		
710-738	Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes	1,8	-	-	-	-	0,5	2,3	3,5	3,3	5,9	7,8	9,6	17,5	23,9	19,4		
740-759	Angeborene Mißbildungen	4,0	266,6	4,1	1,2	0,9	0,7	0,6	1,4	2,0	2,9	1,4	3,6	2,5	-	-		
760-779	Bestimmte Ursachen der perinatalen Morbidität und Mortalität	8,2	965,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
780-796	Symptome und mangelhaft bezeichnete Krankheiten	141,5	285,4	2,6	11,7	30,3	82,1	138,9	179,2	244,8	378,5	573,5	743,4	1 053,9	1 399,5	3 272,7		
795	Plötzlicher Tod (unbekannter Ursache)	64,8	169,0	0,7	5,7	13,4	46,3	73,5	102,6	117,2	186,6	270,1	353,7	375,5	400,7	348,6		
E 800- E 999	Unfälle, Vergiftungen und Gewalttätigkeiten (nach der Ursache der Schädigung)	110,2	97,6	23,1	91,9	104,1	118,6	121,7	122,3	116,5	126,6	178,6	287,8	378,0	717,7	1 433,0		
E 810- E 827	Kraftfahrzeugunfälle in und außerhalb des Verkehrs sowie von sonstigen Straßenfahrzeugen	27,2	7,5	12,4	32,9	19,9	20,0	25,3	23,2	29,9	33,6	53,2	69,5	80,1	107,7	135,6		
E 880- E 887	Unfälle durch Sturz	17,8	7,5	1,7	3,8	6,4	10,7	9,2	20,4	13,7	25,9	36,2	95,9	185,2	442,6	1 026,3		
E 950- E 959	Selbstmord und Selbstbeschädigung	45,0	-	0,9	35,4	53,6	61,6	63,1	58,3	51,4	51,8	68,8	99,5	95,1	137,6	193,6		
E 960- E 969	Mord, Totschlag und vorsätzliche Verletzung durch eine andere Person	2,8	15,0	1,3	3,3	3,4	3,3	4,0	2,1	1,3	1,8	3,5	1,2	-	6,0	-		
E 970- E 999	Verletzungen durch gesetzliche Maßnahmen und Schadensfälle bei Kriegshandlungen sowie Verletzungen, unbestimmt, ob unbeabsichtigt oder vorsätzlich	2,8	-	0,7	1,8	5,7	3,0	2,9	1,4	3,3	2,4	2,1	7,2	2,5	-	38,7		
	Insgesamt	1 511,3	1 832,6	48,0	151,7	229,8	501,4	1 021,2	1 455,2	2 384,9	3 979,6	6 442,7	9 939,9	14 626,5	20 849,3	30 925,6		
	darunter																	
	Natürliche Todesursachen	1 401,1	1 735,0	24,9	39,8	125,7	382,8	899,5	1 330,9	2 268,4	3 853,0	6 264,1	9 652,1	14 247,7	20 131,6	29 492,6		

Noch: Anhangtabelle 2 Sterbeziffern nach Todesursachen und Geschlecht im Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1978

ICD Nr. 1968	Todesursache	Weibliche Gestorbene auf 100 000 Einwohner gleichen Alters														
		insgesamt	davon standen im Alter von ... bis unter ... Jahren													
			-1	1-15	15-30	30-40	40-50	50-55	55-60	60-65	65-70	70-75	75-80	80-85	85-90	90u.älter
000-136	Infektiöse und parasitäre Krankheiten	5,9	43,6	1,7	0,5	2,4	2,7	4,6	3,8	3,1	8,4	12,8	20,6	33,3	38,1	42,3
140-209	Bösartige Neubildungen und Neubildungen der lymphatischen und blutbildenden Organe	297,3	7,9	4,2	6,8	31,3	103,2	212,6	295,1	460,6	626,7	844,3	1 101,2	1 415,3	1 897,3	2 122,6
151	Bösartige Neubildungen des Magens	31,0	-	-	0,2	2,6	6,1	14,1	17,0	59,6	54,0	87,2	132,4	201,9	271,7	329,8
153	des Dickdarms ausgenommen des Mastdarms	33,9	-	-	-	1,0	7,0	16,2	20,8	43,1	59,3	91,6	147,7	238,1	271,7	346,7
154	des Mastdarms und der Übergangsstelle des Colon sigmoideum in das Rektum	14,9	-	-	-	0,8	2,7	8,3	9,9	22,9	27,7	41,6	61,2	85,7	135,9	143,8
157	der Bauchspeicheldrüse	12,8	-	-	-	0,6	2,9	6,6	9,0	16,7	28,9	38,9	64,7	64,8	73,9	50,7
162	der Luftröhre, Bronchien und Lunge	22,1	-	-	0,2	1,0	5,9	8,7	33,5	44,4	63,1	71,7	78,9	69,5	85,8	67,7
174	der Brustdrüse	44,7	-	-	0,8	7,9	30,3	55,5	60,4	84,4	95,0	113,3	121,2	141,9	221,7	346,7
180	des Gebärmutterhalses	10,7	-	-	0,2	3,7	8,1	16,2	15,6	23,3	18,6	31,4	21,8	34,3	38,1	8,5
182	sonstige bösartige Neubildungen der Gebärmutter ohne Chorionepithelium	9,3	-	-	0,3	0,6	3,2	5,0	16,5	18,0	22,4	20,8	38,8	34,3	52,4	25,4
183	des Eierstocks, der Eileiter und des Ligamentum latum	21,3	-	-	-	1,8	14,7	25,7	41,1	41,3	54,4	58,4	47,7	67,6	57,2	42,3
188	der Harnblase	6,7	-	-	-	-	0,2	1,7	0,5	8,8	15,2	22,6	33,0	42,9	45,3	67,7
189	sonstige u. n.n. bez. Harnorgane	5,3	4,0	0,2	-	0,6	0,7	4,6	5,7	6,6	14,8	19,0	19,4	16,2	31,0	16,9
204-207	Lymphatische Leukämie, myeloische Leukämie, monozytäre Leukämie, sonstige u. n.n. bez. Leukämien	9,1	4,0	2,1	1,5	2,6	3,2	5,0	7,6	12,7	15,6	27,0	31,8	41,0	37,2	25,4
230-239	Neubildungen unbekanntes Charakters	13,9	-	0,6	0,5	2,8	2,7	7,0	8,5	12,7	18,6	36,7	55,3	89,5	147,8	228,3
140-239	Neubildungen insgesamt	313,3	11,9	5,0	7,4	34,3	106,8	220,1	306,9	478,6	648,0	888,6	1 164,2	1 514,3	2 049,8	2 367,9
240-279	Störungen der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoffwechselerkrankungen	37,6	11,9	0,2	0,6	1,6	2,5	7,5	14,2	36,0	63,5	115,9	186,6	270,5	348,0	312,9
250	Diabetes mellitus	33,2	-	0,2	0,6	1,6	0,7	5,0	10,9	29,0	57,8	104,9	167,7	244,8	309,9	262,2
280-289	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	2,7	-	0,2	0,2	-	0,7	2,1	2,8	3,1	1,1	7,5	10,0	18,1	33,4	50,7
290-315	Seelische Störungen	8,7	-	-	0,5	2,0	4,8	9,1	9,0	11,4	10,3	23,9	27,1	35,2	93,0	101,5
320-389	Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	12,1	15,8	1,0	2,3	0,8	6,3	8,3	10,4	20,7	25,1	30,5	43,0	49,5	78,7	33,8
390-458	Krankheiten des Kreislaufsystems	690,7	27,7	1,2	3,9	13,8	45,7	98,6	177,6	351,6	718,7	1 491,3	3 053,6	6 016,2	10 694,8	18 477,8
400-404	Bluthochdruck	22,4	-	0,2	-	0,4	4,1	4,1	10,4	11,0	26,6	45,1	103,0	188,6	336,1	448,2
410-414	ischämische Herzkrankheiten	294,4	-	-	0,2	2,6	11,1	29,8	69,9	149,4	326,9	681,5	1 353,7	2 502,9	4 464,3	7 619,5
410	Akuter Herzmuskelfarkt	122,1	-	-	-	2,6	8,8	21,6	54,3	109,4	218,5	375,7	628,0	837,2	1 120,2	1 175,5
412	Chronische ischämische Herzkrankheiten	167,7	-	-	0,2	-	1,8	5,4	13,7	36,0	104,1	295,2	708,7	1 631,4	3 282,1	6 274,8
420-429	Sonstige Formen von Herzkrankheiten	107,5	15,8	0,8	0,9	1,4	5,9	15,3	26,0	48,8	103,8	203,6	427,9	968,6	1 809,1	3 627,9
430-438	Hirngefäßkrankheiten	178,0	7,9	0,2	0,8	5,9	14,3	25,7	37,8	79,1	157,4	375,3	814,0	1 666,7	2 755,3	4 321,4
436	Akute, aber mangelhaft bezeichnete Hirngefäßkrankheiten	94,1	-	-	-	0,6	2,3	11,2	19,8	41,8	87,0	220,8	465,0	894,3	1 341,9	1 953,5
437	Generalisierte ischämische Hirngefäßkrankheiten	36,6	-	-	-	0,4	0,7	1,2	-	4,4	14,4	55,8	143,0	401,9	777,0	1 361,5
440-448	Krankheiten der Arterien, Arteriolen und Kapillaren	53,3	-	-	0,2	1,0	1,4	5,8	11,8	24,2	39,5	85,9	207,2	461,0	1 060,7	2 164,9
440	Arteriosklerose	39,5	-	-	-	-	0,5	0,8	4,7	9,7	19,4	57,5	153,6	350,5	891,4	1 860,5
460-519	Krankheiten der Atmungsorgane	83,1	71,3	3,5	2,6	4,1	7,9	17,4	28,3	49,2	87,8	178,8	372,6	667,6	1 146,5	2 139,5
480-486	Pneumonie (Lungenentzündung)	46,5	35,7	2,5	1,1	1,6	3,4	7,9	14,2	22,4	40,3	82,3	200,7	412,4	743,7	1 386,9
490-491	Chronische Bronchitis, akute Bronchitis, Bronchiolitis n. n. bezeichnete Bronchiitis	15,3	11,9	0,4	-	0,2	1,4	2,5	7,1	7,9	20,5	40,3	77,1	121,0	166,8	287,5
492-493	Emphysem und Asthma	12,0	-	0,2	1,1	1,6	2,3	5,0	5,2	11,4	19,0	36,7	46,3	76,2	109,6	186,0
520-577	Krankheiten der Verdauungsorgane	57,0	23,8	0,6	3,5	13,0	35,1	54,7	60,0	60,7	90,5	126,6	189,5	318,1	467,2	414,4
570-577	Krankheiten der Leber, der Gallenblase und der Bauchspeicheldrüse	34,4	4,0	0,2	2,5	11,4	29,4	46,0	51,5	42,6	57,0	70,8	94,2	158,1	181,1	143,8
571	Leberzirrhose	20,0	-	-	1,4	9,5	21,7	35,6	41,6	29,9	35,3	40,3	40,0	51,4	59,6	8,5
580-599	Krankheiten der Harnorgane	16,8	-	0,2	0,6	1,6	3,6	2,9	8,5	14,9	24,7	44,3	70,0	127,6	209,7	160,7
610-629	Krankheiten der weiblichen Geschlechtsorgane	1,8	-	-	0,2	0,8	1,1	2,5	1,9	2,2	2,3	4,4	4,7	7,6	9,5	33,8
630-678	Komplikationen in der Schwangerschaft, bei der Entbindung und im Wochenbett	0,5	-	-	1,1	1,8	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
680-709	Krankheiten der Haut und des Unterhautzellgewebes	0,6	-	-	-	0,2	-	0,4	-	0,9	1,1	0,4	3,5	3,8	4,8	25,4
710-738	Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes	5,5	4,0	0,2	-	0,2	1,4	0,4	1,4	4,8	11,4	17,3	21,8	31,4	73,9	50,7
740-759	Angeborene Mißbildungen	2,8	241,6	3,3	0,5	0,4	1,1	0,8	-	0,9	1,9	0,9	-	1,0	2,4	-
760-779	Bestimmte Ursachen der perinatalen Morbidität und Mortalität	5,3	760,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
780-796	Symptome und mangelhaft bezeichnete Krankheiten	108,8	134,7	3,3	4,9	12,2	31,0	53,5	62,3	100,2	169,1	266,0	389,6	617,1	1 063,0	3 306,6
795	Plötzlicher Tod (unbekannter Ursache)	39,0	83,2	1,0	2,3	5,9	15,6	24,5	30,7	49,2	78,3	114,6	151,9	181,9	219,3	321,4
E 800- E 999	Unfälle, Vergiftungen und Gewalteinwirkungen (nach der Ursache der Schädigung)	77,5	47,5	15,2	32,8	39,0	48,2	55,9	68,5	69,4	77,5	111,5	196,6	391,4	717,4	1 420,7
E 810- E 827	Kraftfahrzeugunfälle im und außerhalb des Verkehrs sowie von sonstigen Straßenfahrzeugen	13,5	-	9,4	9,9	7,3	6,8	4,1	10,9	13,6	18,2	27,0	40,6	41,9	54,8	33,8
E 880- E 887	Unfälle durch Sturz	27,0	-	1,3	0,8	1,0	3,0	1,2	2,8	4,4	12,2	31,9	95,9	254,3	569,7	1 285,4
E 930- E 939	Selbstmord und Selbstbeschädigung	26,9	-	-	16,0	21,5	28,1	36,5	39,7	41,8	36,5	37,6	50,6	69,5	71,5	59,2
E 960- E 969	Mord, Mordschlag und vorsätzliche Verletzung durch eine andere Person	1,9	7,9	1,2	1,4	3,0	1,1	2,9	1,9	1,3	1,5	1,3	1,2	5,7	2,4	16,9
E 970- E 999	Verletzungen durch gesetzliche Maßnahmen und Schadensfälle bei Kriegshandlungen sowie Verletzungen, unbestimmt, ob unbeabsichtigt oder vorsätzlich	1,3	-	0,2	1,1	1,8	2,0	2,1	1,9	2,6	1,5	-	1,2	2,9	4,8	8,5
	Insgesamt	1 430,7	1 394,3	35,3	61,5	128,0	299,4	538,8	755,6	1 207,7	1 941,4	3 320,8	5 753,4	10 103,0	17 030,2	28 936,7
	darunter	1 353,2	1 346,8	20,1	28,7	89,0	251,2	482,9	687,1	1 138,3	1 863,9	3 209,3	5 556,8	9 711,6	16 312,8	27 518,0
	Natürliche Todesursachen															

Anhangtabelle 3 Standardisierte Sterbeziffern¹⁾ je 100 000 Einwohner nach Geschlecht und Todesursachen für Hamburg 1975 und 1978 sowie für Berlin (West) und das Bundesgebiet 1978

ICD-Nr. 1968	Todesursache	Gestorbene							
		männlich			weiblich				
		Bundes- gebiet	Berlin (West)	Hamburg	Bundes- gebiet	Berlin (West)	Hamburg		
		1978	1978	1975	1978	1978	1975		
100-136	Infektiöse und parasitäre Krankheiten	10,3	17,7	9,0	8,3	6,5	7,4	5,0	5,9
140-209	Bösartige Neubildungen und Neubildungen der lymphatischen und blutbildenden Organe	256,2	299,9	276,4	281,3	229,5	256,5	233,0	258,5
151	Bösartige Neubildung des Magens	50,9	33,7	28,8	36,3	26,5	24,0	21,5	25,1
153	Bösartige Neubildung des Dickdarms ausgenommen Mastdarm	20,5	21,3	18,0	19,4	26,6	28,2	24,3	26,3
154	Bösartige Neubildung des Mastdarms und der Übergangsstelle des Colon sigmoideum in das Rektum	13,2	15,7	12,9	14,2	11,6	11,6	11,8	12,6
157	Bösartige Neubildung der Bauchspeicheldrüse	10,5	12,8	10,4	11,2	9,8	11,1	10,4	9,0
162	Bösartige Neubildung der Luftröhre, Bronchien und Lunge	70,6	84,6	83,9	85,4	10,9	18,8	19,7	17,2
174	Bösartige Neubildung der Brustdrüse	35,5	41,0	37,7	36,9
180	Bösartige Neubildung des Gebärmutterhalses	7,7	14,3	9,0	9,3
182	Sonstige bösartige Neubildungen der Gebärmutter ohne Chorionepithelium	8,6	8,6	6,9	7,5
183	Bösartige Neubildung des Eierstocks, der Eileiter und des Ligamentum latum	13,8	15,8	14,9	18,1
185	Bösartige Neubildung der Prostata	24,4	24,5	28,0	26,7
188	Bösartige Neubildung der Harnblase	10,4	14,2	15,9	14,9	4,0	5,9	5,3	4,0
189	Bösartige Neubildung sonstiger und nicht näher bestimmter Harnorgane	7,1	6,6	8,0	5,8	4,9	5,5	4,9	4,2
204-207	Lymphatische Leukämie, myeloische Leukämie, monocytäre Leukämie, sonstige und nicht näher bezeichnete Leukämien	8,4	9,2	8,3	9,6	7,1	6,9	7,3	7,5
230-239	Neubildungen unbekanntem Charakters	9,2	10,7	9,9	7,7	9,9	10,5	11,4	9,9
140-239	Neubildungen insgesamt	266,2	301,2	287,4	290,4	240,5	268,3	245,8	250,5
240-279	Störungen der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	22,7	20,4	15,2	19,2	36,8	23,3	20,9	31,6
250	Diabetes mellitus	19,1	18,4	12,3	16,7	32,2	20,9	18,0	28,0
280-289	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	1,8	3,0	2,2	2,2	2,3	2,1	2,8	1,5
290-515	Seelische Störungen	9,9	34,0	8,9	8,7	4,5	18,4	6,1	7,5
520-589	Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	13,8	12,0	9,2	10,5	13,2	9,3	10,1	12,5
390-458	Krankheiten des Kreislaufsystems	518,7	555,9	460,1	509,3	531,3	538,8	470,5	523,1
400-404	Bluthochdruck	13,8	25,4	11,9	9,9	25,5	36,9	17,6	16,2
410-414	Ischämische Herzkrankheiten	254,0	246,3	243,7	269,0	183,9	146,4	205,7	222,1
410	Akuter Herzmuskelfarkt	164,7	169,3	146,2	164,7	87,6	87,1	89,4	96,6
412	Chronische ischämische Herzkrankheiten	77,8	67,5	90,5	99,3	87,0	53,4	112,2	124,2
420-429	Sonstige Formen von Herzkrankheiten	80,1	115,8	60,7	71,2	99,7	151,7	67,2	87,1
430-438	Hirngefäßkrankheiten	151,7	122,8	94,4	102,1	172,9	149,7	117,5	132,8
436	Akute, aber mangelhaft bezeichnete Hirngefäßkrankheiten	79,8	81,6	53,6	56,4	103,2	96,4	65,6	67,1
437	Generalisierte ischämische Hirngefäßkrankheiten	29,5	14,4	15,1	12,1	44,9	21,8	22,5	27,8
440-448	Krankheiten der Arterien, Arteriolen und Kapillaren	27,8	30,3	31,9	33,3	30,0	30,7	35,0	34,4
440	Arteriosklerose	13,2	14,1	17,4	19,8	19,0	14,6	26,0	24,3
460-519	Krankheiten der Atmungsorgane	88,7	108,0	87,8	103,8	49,7	66,4	52,3	72,9
480-486	Pneumonie (Lungenentzündung)	22,2	38,2	31,9	45,7	22,1	31,2	29,0	43,5
490+491	Chronische Bronchitis, akute Bronchitis, Bronchiolitis	36,5	43,8	29,6	31,6	12,1	18,2	10,4	11,4
+466	und nicht näher bezeichnete Bronchitis	18,3	14,7	18,6	18,2	9,0	8,1	7,8	9,3
492+493	Euphysema und Asthma	18,3	14,7	18,6	18,2	9,0	8,1	7,8	9,3
520-577	Krankheiten der Verdauungsorgane	70,4	111,5	59,5	59,5	49,1	72,9	47,7	46,2
570-577	Krankheiten der Leber, der Gallenblase und der Bauchspeicheldrüse	48,8	79,2	40,7	37,4	30,1	47,4	30,2	29,5
571	Leberzirrhose	37,9	65,7	32,6	28,6	16,8	33,1	18,7	17,0
580-599	Krankheiten der Harnorgane	13,7	17,4	8,9	11,5	15,5	20,1	11,4	14,1
600-607	Krankheiten der männlichen Geschlechtsorgane	6,0	3,8	3,8	4,5
610-629	Krankheiten der weiblichen Geschlechtsorgane	0,5	0,2	1,0	1,3
630-678	Komplikationen in der Schwangerschaft, bei Entbindung und im Wochenbett	0,5	1,0	0,3	0,8
680-709	Krankheiten der Haut und des Unterhautzellgewebes	0,4	0,4	0,7	0,2	0,6	0,7	0,5	0,6
710-738	Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes	2,6	1,5	1,6	1,7	6,2	3,6	4,8	5,0
740-759	Angeborene Mißbildungen	5,6	5,5	5,0	5,8	4,4	5,3	4,6	2,7
760-779	Bestimmte Ursachen der perinatalen Morbidität und Mortalität	8,9	5,6	9,9	9,7	5,7	4,6	5,0	8,9
780-796	Symptome und mangelhaft bezeichnete Krankheiten und Todesursachen	40,7	95,8	117,8	125,5	38,7	69,4	79,3	92,8
795	Plötzlicher Tod (unbekannter Ursache)	4,6	25,4	33,3	61,0	2,5	11,4	30,1	34,1
E 800-	Unfälle, Vergiftungen und Gewalteinwirkungen	91,6	99,1	98,7	104,4	53,8	59,2	59,1	68,3
E 999	(nach der Ursache der Schädigung)	91,6	99,1	98,7	104,4	53,8	59,2	59,1	68,3
E 810-	Kraftfahrzeugunfälle in und außerhalb des Verkehrs	33,4	20,0	27,8	26,4	13,1	9,3	10,9	13,4
E 827	sowie von sonstigen Straßenfahrzeugen	11,2	7,8	13,0	16,4	17,3	9,6	18,1	20,0
E 880-	Unfälle durch Sturz	29,3	43,5	40,8	37,7	14,8	20,6	21,6	21,6
E 887		29,3	43,5	40,8	37,7	14,8	20,6	21,6	21,6
E 950-	Selbstmord und Selbstbeschädigung	29,3	43,5	40,8	37,7	14,8	20,6	21,6	21,6
E 959		29,3	43,5	40,8	37,7	14,8	20,6	21,6	21,6
I n g e s a m t		1 174,2	1 392,8	1 185,3	1 273,3	1 059,9	1 171,1	1 027,5	1 146,1

1) Standardisiert auf den Altersaufbau der Durchschnittsbevölkerung des Bundesgebiets 1975.

Reform der Bautätigkeitsstatistik und erste Ergebnisse des Jahres 1979

Anmerkungen zur Methode

Mit Beginn des Jahres 1979 trat nach langjähriger Vorbereitung das Zweite Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit und die Fortschreibung des Wohnungsbestandes in Kraft und löste die gesetzliche Regelung von 1960 ab. Die vorangegangene Bautätigkeitsstatistik entstand in einer Zeit, als es in erster Linie darum ging, die Kriegsfolgen und die durch den Flüchtlingszustrom hervorgerufene Wohnungsnot so schnell wie möglich zu beseitigen; sie war auf die Erfassung der Merkmale ausgerichtet, die hierfür Entscheidungshilfen bieten konnten.

Inzwischen hat sich die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum soweit normalisiert, daß sich die Maßnahmen der Wohnungsbaupolitik vor allem auf qualitative Verbesserungen des Wohnungsbestandes reduzieren sowie auf die Neubauförderung für bestimmte noch nicht optimal untergebrachte Einwohnergruppen beschränken ließen. Daneben haben wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Entwicklungen neue Bedürfnisse geweckt. Man denke in diesem Zusammenhang nur an den Wandel von Ausstattung und Größe der Wohnung sowie an die heutigen Ansprüche im Hinblick auf Lage und Umgebung. Auch hat das Streben nach den „eigenen vier Wänden“ zunehmend an Bedeutung gewonnen. In diesem Zusammenhang finden auch Altbauten stärkeres Interesse, um die Abschreibungsmöglichkeiten nach § 7 b des Einkommensteuergesetzes zu nutzen. Dies wirft aber gleichzeitig Probleme auf, die sich mit Begriffen wie Modernisierung, Instandsetzung und Sanierung nur grob umschreiben lassen.

Diesen Wandlungsprozessen hat sich die neue Bautätigkeitsstatistik angepaßt, so daß jetzt über bauliche Aktivitäten zeitnahe Informationsmaterial für Wirtschaft und Verwaltung sowie Strukturdaten für spezielle Fragen der modernen Regional- und Stadtforschung dargeboten werden kann. So wird der Frage nachgegangen, inwieweit technischer Fortschritt und Automation heute auf dem Bausektor nicht nur neue Baumaterialien, sondern auch moderne Baukonstruktionen Verwendung finden lassen.

1.1 Darstellung des Wohnbereiches verbessert

Um die im Laufe der Zeit gewandelten Wohnformen auch statistisch bes-

ser beobachten zu können, werden heute neben den konventionellen Wohngebäuden auch die Wohnheime z. B. für Berufstätige, Studenten, Pflegepersonal oder ältere Menschen (Altenheime) getrennt nachgewiesen. Die Nachfrage hat sich gerade in diesem Bereich erheblich erhöht, weil mit derartigen Wohneinheiten im Regelfall hohe Serviceleistungen verbunden sind. So hat sich hier ein besonderer Teilwohnungsmarkt herausgebildet. In der Gebäude- und Wohnungszählung des Jahres 1968 wurden Wohnungen in Wohnheimen, wenn sie keine eigenen Küchen hatten, zu schlecht ausgestatteten und „minderwertigen“ Wohngelegenheiten zusammengefaßt. Heute werden für die qualitative Beurteilung auch Kapazität, Ausstattung und Lage der Wohnheime berücksichtigt, Merkmale, die für planerische Aufgaben von Nutzen sind. Nicht zu den Wohnheimen zählen alle Gebäude, in denen nicht das dauerhafte Wohnen im Vordergrund steht wie z. B. bei Erziehungsheimen.

Eine große Lücke in der alten Bautätigkeitsstatistik bestand darin, daß sie keine Daten über Eigentumswohnungen ermittelte, obwohl diese mehr und mehr in der Bauwirtschaft eine große Bedeutung gewonnen haben. Mit Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Bestimmungen wurde diesem Mangel abgeholfen. In der Bautätigkeitsstatistik werden Eigentumswohnungen zum Zeitpunkt der Genehmigung ermittelt. Konkret wird erfragt, ob die zu bauende Wohnung als Eigentumswohnung Verwendung finden soll bzw. ob diese vom Eigentümer oder künftigen Erwerber benutzt wird. Damit ist allerdings nicht auszuschließen, daß die zunächst für die Eigennutzung deklarierten Objekte später in Mietwohnungen umgewandelt werden. Umgekehrt werden Mietwohnungen oft verkauft und vom Erwerber selbst genutzt. Dies ist heute sogar relativ häufig, wobei modernisierte Altbauten im Vordergrund stehen. Zu dieser Entwicklung beigetragen hat die seit einigen Jahren eingeführte Abschreibungsmöglichkeit (§ 7 Einkommensteuergesetz) auch bei alten Gebäuden.

Neu ist auch der Nachweis über Bauvorhaben von Freizeitwohnungen, die in den letzten Jahren eine besondere Bedeutung erlangt haben. Allerdings spielen Ferien- und Wochenendwohnungen weniger in Hamburg als vor allem in ausgesprochenen Touristengebieten eine Rolle.

Um einige Merkmale erweitert wurden

die Fragen nach der Bauausführung und der Ausstattung der Gebäude und Wohnungen. Zu den bisher schon ermittelten Daten über Rauminhalt, Nutz- sowie Wohnfläche kamen aus Sicht der Stadtplanung wichtige Angaben über Grundstücksfläche, Grundfläche (dies ist der Teil der Grundstücksfläche, der von der baulichen Anlage überdeckt wird) und Geschoßfläche (darunter versteht man die nach den Ausmaßen des Gebäudes in allen Vollgeschossen ermittelte Fläche) hinzu.

Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang auch Anzahl und Lage von Pkw-Stellplätzen; die Art der Baukonstruktion (Skelettbau, Massivbau) sowie Informationen über Wasserablauf, Beheizung und Heizenergie, die darüber hinaus über technologische Entwicklungen Aufschluß geben.

1.2 Erweiterter Nachweis des Nichtwohnbaus

Der Nichtwohnbau ist, vor allem seitdem sich beim Wohnungsbau gewisse Sättigungstendenzen abzeichnen, in der Bauwirtschaft beschäftigungspolitisch und im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Geschehens überhaupt ein bedeutender Faktor. Die Reform hat daher den Nichtwohnbau stärker berücksichtigt. Während dieser Bereich bisher nur pauschal nach sechs Gebäudearten differenziert wurde (Anstaltsgebäude, Bürogebäude, landwirtschaftliche Betriebsgebäude, gewerbliche Betriebsgebäude, Schulgebäude und sonstige Nichtwohngebäude), erfolgen die Aufgliederungen jetzt nach einer besonderen Systematik, die 52 Einzelpositionen beinhaltet. Auf dieser Basis kann ein umfassender Nachweis über Infrastruktureinrichtungen erbracht werden, der den verschiedenen Abgrenzungen des Infrastrukturbegriffes Rechnung tragen kann. So können die Nichtwohngebäude heute nach ihrem Verwendungszweck in Gebäude für öffentliche Sicherheit und Ordnung, Kultur und Bildung, Wissenschaft und Forschung, Gesundheit- und Sozialwesen, in Einrichtungen für Freizeit, Erholung und Sport, in Anlagen der Ver- und Entsorgung sowie des Verkehrs- und Nachrichtenwesens unterteilt werden.

1.3 Städtebauliche Kriterien berücksichtigt

Die bisherigen Merkmale zur Lokalisierung des Baugeschehens nach Ortsteil, Straße und Hausnummer wurden durch städtebauliche Kriterien

stark erweitert: Nach dem neuen Gesetz soll die Lage der Bauobjekte im Bereich des Wohn- und Nichtwohnbau nach den Gebietskategorien des Bundesbaugesetzes, der Baunutzungsverordnung und des Städtebauförderungsgesetzes erfaßt werden. Neben den rein technischen Strukturdaten, die die Bautätigkeitsstatistik traditionell und jetzt in noch tieferer Gliederung liefert, stand für raumordnungs- und vor allem baupolitische Entscheidungen die städtebauliche Einordnung der Bauaktivität im Vordergrund. So wird z. B. für neuerrichtete Gebäude festgestellt, ob sie im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungsplanes, innerhalb von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen oder im Außenbereich liegen. Für alle Baumaßnahmen wird ermittelt, ob diese in einem – jeweils auf Basis des Städtebauförderungsgesetzes abgegrenzten – Sanierungs- bzw. Ergänzungsgebiet oder in einem städtebaulichen Entwicklungsbereich liegen. Zusätzliche Merkmale können sich auf das Gebiet selbst bzw. auf die Umgebung beziehen (Wohn-, Kleinsiedlungs- und Dorfgebiet, Gewerbe- und Industriegebiet und andere).

Im Rahmen eines zur Zeit laufenden Gesetzesantrags seitens des Bundesrates sind jedoch Bestrebungen im Gange, den Merkmalskatalog aufgrund erheblicher Erfassungsschwierigkeiten in einigen Bundesländern wieder stark zu reduzieren. Zur Zeit bestehen bei den Einschränkungsberatungen noch unterschiedliche Auffassungen und es bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen die Initiativen in diesem Punkt für die Bautätigkeitsstatistik haben werden.

1.4 Abgangsstatistik verbessert

Für eine Bestandsfortschreibung sind neben der Ermittlung aller Zugänge auch vollständige Daten über den Abgang von Gebäuden und Wohnungen erforderlich. Abgänge werden hervorgerufen durch Brand, Explosionen, Einsturz und Abrisse, die aufgrund von Baumängeln oder im Zuge von Sanierungsmaßnahmen zustande kommen (Totalabgänge). Ein Verlust entsteht aber auch dann, wenn Wohnraum in Nutzraum umgewandelt wird oder wenn die Zahl der Wohnungen sich durch Zusammenlegen vermindert. Die Abgangszählkarte enthält alle notwendigen Lagekriterien (sie sind dem Katalog in der Zugangsstatistik angepaßt) sowie Angaben über die Art und Ursache des Gebäudeverlustes. So wird festgestellt, ob das Gebäude zur Schaffung von öffentlichen Verkehrsflächen, zur Errichtung eines neuen Wohn- bzw. Nichtwohngebäudes, wegen eines außergewöhnlichen Ereignisses oder wegen bauordnungsrechtlicher Unzulässigkeit abgerissen wurde. Registriert wird außerdem Art und Alter der Gebäude

sowie die Zugehörigkeit des Eigentümers zu bestimmten Bauherrengruppen. Durch die im Gegensatz zu früher gesonderte Zählkarte ist damit zu rechnen, daß künftig die durch Nutzungsänderungen zwischen Wohn- und Nichtwohngebäuden (Umwidmungen) hervorgerufene Dunkelziffer bei den Abgängen geringer ausfällt. Zur Sicherung der Vollständigkeit sind in diesem Zusammenhang Kontrollfragen im Baugenehmigungsbogen enthalten. Sie geben darüber Auskunft, ob sich die Nutzungsart geändert hat und ein Abgangsbogen ausgefüllt wurde. Weiterhin unbekannt dürften jedoch die meisten der nicht an Baumaßnahmen gebundenen Umwidmungen bleiben, wenn Wohnungen in gewerbliche Räume umgewandelt werden (z. B. Einrichtung eines Einzelhandelsgeschäftes in einer Wohnung).

1.5 Fertigstellungsergebnisse in erweiterter Form erst ab 1981

Die monatlichen Meldungen über Baugenehmigungen werden ab Januar 1979 nach einem – bundeseinheitlichen – Programm aufbereitet und tabellarisch dargestellt. Die Baufertigstellungen dagegen können zunächst nur nach altem Muster dargeboten werden. Das hat seinen Grund darin, daß eine Vielzahl der fertiggestellten Bauobjekte bereits 1978 oder früher freigegeben wurde und somit im Datenbestand der Statistik noch mit dem alten Merkmalskatalog enthalten sind. Für alle Baufertigstellungen ist deshalb die Umstellung auf 1981 verlegt worden. Dabei ist man davon ausgegangen, daß nach einer Übergangszeit von drei Jahren der alte Fertigstellungsüberhang abgebaut ist und die Umstellung nahtlos in die für das gleiche Jahr geplante Zählung erfolgen kann. Hierdurch wird eine Fortschreibung der Ergebnisse auf Basis der neuen Zählung ermöglicht.

Bei der Vielzahl der Merkmale lassen sich natürlich nicht alle denkbaren Kombinationen realisieren. Das bundeseinheitliche Tabellenprogramm hält eine Fülle von Daten vor, wobei Eckzahlen aus der alten Bautätigkeitsstatistik selbstverständlich fortgeschrieben werden können. Dabei werden monatlich die wichtigsten Informationen vor allem für Zwecke der kurzfristigen Konjunkturbeobachtung über genehmigte und fertiggestellte Wohn- und Nichtwohnbauten bereitgestellt. Die Jahrestabellen sind in erster Linie für Strukturuntersuchungen konzipiert, wobei das Schwergewicht bei den Fertigstellungsergebnissen liegt.

2 Ergebnisse

Nach den methodischen Anmerkungen wird im folgenden ein kurzer Rückblick auf das Jahr 1979 gegeben, wobei die wichtigsten Ergebnisse aus

der neuen Bautätigkeitsstatistik Berücksichtigung finden. Dabei werden weitgehend die Baufertigstellungen und die Baugenehmigungen parallel behandelt. Mit den Baufertigstellungen werden die Bauaktivitäten des vergangenen Jahres nachgewiesen, die Baugenehmigungen reichen dagegen – zumindest teilweise – in das laufende Jahr hinein. Aus Änderungen in der strukturellen Zusammensetzung lassen sich daher gewisse Tendenzen für Entwicklungen auf dem Hamburger Baumarkt erkennen.

2.1 Wohnungsbau 1979 rückläufig

Im Jahr 1979 wurden insgesamt 1700 Wohngebäude und 4100 Wohnungen fertiggestellt – jeweils rund ein Viertel weniger als 1978. Dabei hat sich die durchschnittliche Wohnungsgröße weiterhin erhöht. Während sie 1960 noch 64 m², 1970 knapp 69 m² und auch 1975 erst 76 m² betrug, hat heute die Wohnfläche einer Durchschnittswohnung fast 94 m² erreicht. Dies hängt einmal mit den allgemein gestiegenen Komfortbedürfnissen zusammen, zum anderen aber auch damit, daß heute in der Gesamtzahl der fertiggestellten Wohnungen wesentlich mehr Eigenheime und Eigentumswohnungen enthalten sind als früher. Da diese Wohneinheiten in der Regel wesentlich größer sind als Mietwohnungen, wird der Gesamtdurchschnitt deutlich angehoben. 1979 betrug die mittlere Größe einer Wohnung in Mehrfamilienhäusern knapp 75 m², die eines Einfamilienhauses jedoch fast 123 m².

Von den Wohnungen waren fast 60 Prozent (2400) öffentlich gefördert. Trotz des allgemeinen Rückgangs lag die Zahl der im sozialen Wohnungsbau fertiggestellten Wohnungen um 16 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Der Anstieg ist aber allein auf die Entwicklung bei den Ein- und Zweifamilienhäusern zurückzuführen, deren Zahl sich um mehr als zwei Drittel auf 1040 Einheiten ausgeweitet hat. Dagegen wurde im sozial geförderten Mietwohnungsbau ein Rückgang um sechs Prozent auf 1360 Einheiten registriert.

Ebenfalls nachgelassen hat die Bauaktivität im Nichtwohnbau, und zwar sowohl von der Zahl der Gebäude (– zwölf Prozent) als auch von der Nutzfläche (– 14 Prozent) und – wenn auch nur geringfügig – von der Größe des umbauten Raums (– vier Prozent) her.

Eine ähnliche Entwicklung wie bei den Fertigstellungen insgesamt ergibt sich auch bei den Baugenehmigungen. 1979 wurden 1800 Wohngebäude und knapp 4500 Wohnungen beantragt, ebenfalls gut ein Viertel weniger als 1978. Im Gegensatz zum Vorjahr war 1979 neben dem seit längerem rückläufigen Mietwohnungsbau auch ein Rückgang bei den Eigenheimen

Tabelle 1 **Baufertigstellungen und Baugenehmigungen in Hamburg 1978 und 1979**

Art der Angabe	1979	1978	Veränderung in %
Baufertigstellungen			
Wohngebäude	1 740	2 295	- 24,2
Nichtwohngebäude	404	458	- 11,8
Gebauter Raum (1000 m ³)	3 356	3 476	- 4,0
Nutzfläche (1000 m ²)	528	616	- 14,3
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden ¹⁾	4 091	5 407	- 24,3
dar. öffentl. gefördert absolut	2 459	2 098	+ 16,3
in %	59,7	38,8	x
Baugenehmigungen			
Wohngebäude	1 818	2 499	- 27,2
Ein- und Zweifamilienhäuser	1 626	2 203	- 26,2
Mehrfamilienhäuser ²⁾	192	296	- 35,1
Nichtwohngebäude	363	529	- 31,4
Gebauter Raum (1000 m ³)	3 579	3 711	- 3,6
Nutzfläche (1000 m ²)	537	640	- 16,1
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden ¹⁾	4 461	6 151	- 27,2

1) einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.
2) einschl. Wohnheime.

festzustellen. Während noch vor einem Jahr Meldungen über Bauvorhaben für Ein- und Zweifamilienhäuser ein relativ hohes Ergebnis erreichten, haben diese Genehmigungen nun deutlich nachgelassen: Ihre Zahl hat sich gegenüber 1978 um mehr als ein Viertel auf 1600 Einheiten vermindert. Dies überrascht nicht, denn eine Reihe von Bauvorhaben wurde aufgrund der zur Zeit ungünstigen Finanzierungsbedingungen auf dem Kapitalmarkt aufgeschoben oder gar aufgegeben. Neben den hohen Kapitalkosten hat auch der erhebliche Anstieg bei den Grundstücks- und Erschließungskosten zu dieser Entwicklung beigetragen. Um so mehr muß es überraschen, daß der vergleichsweise kostengünstigere Fertigteilbau in Hamburg einen noch immer relativ niedrigen Anteil aufweist (1979: elf Prozent). Stärker als bei den Eigenheimen ist der Rückgang bei den Mehrfamilienhäusern. Ihre Zahl hat sich um mehr als ein Drittel auf 190 Gebäude und 2400 Wohnungen vermindert. Trotz dieses Rückgangs liegt der Anteil der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern an den Genehmigungen insgesamt bei immerhin noch 55 Prozent.

2.2 Große Bedeutung der privaten Bauherren

Eine Aufgliederung der insgesamt fertiggestellten Wohnungen (einschließlich der relativ wenigen im Nichtwohnbau erstellten Wohneinheiten) zeigt, daß 1979 wesentliche Impulse von den privaten Bauherren ausgegangen sind. Fast 46 Prozent aller Wohnungen wurden von ihnen errichtet. Während Organisationen ohne Erwerbscharakter und öffentliche Bauherren so gut wie keine Rolle im Wohnungsbau spielten (weniger als ein Prozent), lag das Schwergewicht mit 54 Prozent eindeu-

tig bei den Unternehmen. Bezogen auf die Gesamtzahl aller Fertigstellungen nahmen dabei die Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen die Spitzenposition (26 Prozent) ein, gefolgt von den sonstigen Wohnungsunternehmen (13 Prozent) und anderen gewerblichen Unternehmen einschließlich der Immobilienfonds (15 Prozent). Betrachtet man dagegen die Baugenehmigungen des Jahres 1979, so zeigen sich zwar im wesentlichen die gleichen Grundstrukturen, jedoch werden auch Akzentverschiebungen sichtbar. So betrug der Anteil der privaten Haushalte an den Baugenehmigungen „nur“ noch 38 Prozent, wogegen die Unternehmen eine Quote von fast 60 Prozent aufwiesen. Bemerkenswert ist dabei vor allem der hohe Anteil der sonstigen Wohnungsunternehmen, wozu die Gesellschaften und Vereine mit Erwerbscharakter zählen, die auf einen Anteil von 22 Prozent aller genehmigten Wohnungen kamen.

Erhebliche Verschiebungen der vorgenannten Anteile ergeben sich, wenn man die Baugenehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser sowie für Mehrfamilienhäuser getrennt betrachtet. Erwartungsgemäß werden die mit Abstand meisten Wohnungen im Ein- und Zweifamilienhausbau von privaten Bauherren errichtet (77 Prozent). Gemeinnützige Wohnungsunternehmen kamen hier nur auf den relativ bescheidenen Anteil von vier Prozent, während die sonstigen Wohnungsunternehmen 14 Prozent erreichten. Im Mehrfamilienhausbau dominieren dagegen die Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen – sie sind die größten Anbieter von Sozialwohnungen – mit knapp der Hälfte aller Wohnungen vor den sonstigen Wohnungsunternehmen (29 Prozent) und Privatpersonen (zehn Prozent).

2.3 Eigentumswohnungen relativ häufig

Unter den Baugenehmigungen des Jahres 1979 wurden insgesamt 682 Eigentumswohnungen mit knapp

56 000 m² Wohnfläche ausgewiesen. Damit wurde jede siebte Wohnung als Eigentumswohnung – überwiegend in Mehrfamilienhäusern – geplant. Als Bauherren traten vor allem Wohnungsunternehmen in Erscheinung, auf die fast 78 Prozent entfielen. Der Bau von Eigentumswohnungen erwies sich dabei als Domäne der sonstigen Wohnungsunternehmen (43 Prozent). Die Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften hatten nur einen Anteil von 13 Prozent und rangierten damit noch hinter den Immobilienfonds (14 Prozent). Beachtlich ist auch hier das Engagement der privaten Haushalte, die für insgesamt 22 Prozent aller genehmigten Eigentumsmaßnahmen als Bauherren auftraten. Die durchschnittliche Größe von Eigentumswohnungen in Hamburg betrug 1979 82 m². Wesentlich größer waren die von privaten Bauherren beantragten Eigentumswohnungen (95 m²), während die von Wohnungsunternehmen mit knapp 78 m² unter dem Durchschnitt blieben.

2.4 Gliederung nach städtebaulichen Kriterien

Wie bereits im methodischen Teil erwähnt, liegen die Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik nach städtebaulichen Kriterien zunächst nur für die Baugenehmigungen vor. Gliedert man nach den Lagekriterien des Bundesbaugesetzes, so befanden sich 1140 und damit fast zwei Drittel der insgesamt rund 1800 genehmigten Gebäude innerhalb des Geltungsbereichs eines qualifizierten Bebauungsplanes. Daneben spielen nur noch Gebiete innerhalb zusammenhängend bebauter Ortsteile mit einfachem Bebauungsplan eine Rolle (29 Prozent). Für Wohngebäude im Außenbereich oder innerhalb zusammenhängend bebauter Ortsteile ohne Bebauungsplan wurden dagegen nur selten Genehmigungen erteilt. Ähnliche Relationen ergeben sich auf der Grundlage der Baugenehmigungen für neuerrichtete Wohnungen. Allerdings ist hier die Quote für Gebiete im Geltungsbereich

Tabelle 2 **Im Wohn- und Nichtwohnbau fertiggestellte und genehmigte Wohnungen¹⁾ in Hamburg 1979 nach Bauherren**

Bauherr	Fertigstellungen		Genehmigungen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Öffentliche Bauherren	6	0,2	3	0,1
Unternehmen	2 201	53,8	2 646	59,3
davon Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	1 077	26,3	1 227	27,5
Sonstige Wohnungsunternehmen	520	12,7	982	22,0
Sonstige Unternehmen (einschl. Immobilienfonds)	604	14,6	437	9,8
Private Haushalte	1 875	45,8	1 711	38,4
Organisationen ohne Erwerbscharakter	9	0,2	101	2,2
Insgesamt	4 091	100	4 461	100

1) einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.

qualifizierter Bebauungspläne mit 71 Prozent zu Lasten der übrigen Kategorien deutlich höher.

Neu ist auch die Gliederung nach Baugebieten. In einer Großstadt wie Hamburg überrascht es nicht, daß mehr als 92 Prozent aller neuen Wohnungen in reinen Wohngebieten geplant wurden. Dagegen spielen Dorfgebiete, Mischgebiete, Gewerbegebiete und Sondergebiete so gut wie keine Rolle.

Völlig unbedeutend ist die Zahl der Wohnungen, die für förmlich festgelegte Sanierungsgebiete oder Ersatz- bzw. Ergänzungsgebiete genehmigt wurden (0,7 Prozent). Auch auf städtebauliche Entwicklungsbereiche entfielen nur gut sieben Prozent, während die große Masse der Baugenehmigungen für Wohnungen in den übrigen Gebieten der Stadt registriert wurden.

2.5 Größere Gebäude im Nichtwohnbau

Im Nichtwohnbau hat sich die Zahl der fertiggestellten Gebäude von 458 im Jahr 1978 auf 404, d. h. um knapp zwölf Prozent vermindert. Allerdings blieb der umbaute Raum nahezu konstant (- vier Prozent), was auf die Errichtung von Gebäuden weitaus größeren Zuschnitts schließen läßt. Die gegenüber dem Vorjahr um 14 Prozent zurückgegangene Nutzfläche resultiert im wesentlichen aus einer gegenüber dem Vorjahr unter-

schiedlichen Zusammensetzung der Nichtwohngebäude.

Die 1979 neu errichteten Nichtwohngebäude hatten insgesamt eine Nutzfläche von 528 000 m². Am stärksten vertreten waren dabei die nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäude - hierbei handelt es sich hauptsächlich um Handels-, Lager- sowie um Fabrik- und Werkstattgebäude -, auf die 54 Prozent der gesamten Nutzfläche entfielen. Daneben fallen aber auch die in der Gruppe der sonstigen Gebäude zusammengefaßten Schulen, Kindertagesstätten, Sport- und Schwimmhallen sowie von der Nutzfläche her auch die Büro- und Verwaltungsgebäude ins Gewicht.

Insgesamt ergab sich eine durchschnittliche Nutzfläche je Gebäude von 1310 m². Die weitaus höchsten Werte errechneten sich für die Büro- und Verwaltungsgebäude (2630 m²) sowie für die Anstaltsgebäude (2270 m²). Von der Nutzfläche her gesehen relativ klein waren dagegen die sonstigen Gebäude (860 m²) und vor allem die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude (560 m²).

Bei den Baugenehmigungen des Jahres 1979 war der Rückgang bei den Nichtwohngebäuden noch weitaus stärker als bei den Fertigstellungen. Allerdings zeigt sich auch hier, daß, obwohl die Zahl der Gebäude um fast ein Drittel zurückgegangen ist, der umbaute Raum nahezu unverändert blieb. Auch hier deutet einiges auf erheb-

liche Umschichtungen in der Art der geplanten Gebäude hin.

Fast die Hälfte aller 1979 genehmigten Nichtwohnbauten sollen in Fertigteilbauweise errichtet werden; etwa gleich hoch ist die Quote, wenn man den umbauten Raum zugrunde legt. Bemerkenswert ist, daß trotz des Rückgangs bei den Nichtwohngebäuden insgesamt die Zahl der genehmigten Fertigteilgebäude mit etwa 170 Einheiten gegenüber 1978 nahezu konstant blieb. Auf der Basis des umbauten Raumes wurde sogar eine Zunahme um gut ein Drittel registriert; bei der Nutzfläche betrug die Ausweitung mehr als ein Viertel. Relativ häufig werden Fertigbauteile bei Schulgebäuden sowie bei nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden verwendet, die 1979 in erster Linie von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und des Handels angemeldet wurden. Offenbar wirken sich gerade in diesen Bereichen die Vorteile von Normung und Großserienfertigung positiv aus.

Etwa 60 Prozent aller geplanten Nichtwohngebäude liegen im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungsplanes. Weitere 21 Prozent sollen in Gebieten errichtet werden, für die ein einfacher Bebauungsplan aufgestellt ist. Weniger als ein Fünftel aller Bauvorhaben sind in Außenbezirken bzw. in zusammenhängend bebauten Ortsteilen ohne Bebauungsplan vorgesehen.

Erwartungsgemäß entstehen in Hamburg Nichtwohngebäude überwiegend in Gewerbegebieten (51 Prozent). Jeweils knapp zehn Prozent liegen in Mischgebieten, Sondergebieten sowie in dörflichen Gebieten, in denen die Genehmigungen für landwirtschaftliche Betriebsgebäude dominieren. Rund 20 Prozent aller genehmigten Nichtwohngebäude wurden 1979 für Wohngebiete nachgewiesen. Hierbei handelt es sich jedoch fast ausschließlich nicht um Fabrik- und Werkstattbauten, sondern in der Mehrzahl um Garagengebäude sowie um infrastrukturelle Einrichtungen für Bildung, Freizeit, Erholung und Sport.

Johannes Marx/Hans-Eckhard Stegen

Tabelle 3 Im Nichtwohnbau fertiggestellte Gebäude in Hamburg 1979 nach Art der Gebäude

Gebäudeart	Gebäude		Nutzfläche		Durchschnittliche Nutzfläche je Gebäude in m ²
	Anzahl	%	1000 m ²	%	
Anstaltsgebäude	9	2,2	20,4	3,9	2 270
Büro- und Verwaltungsgebäude	35	8,7	92,2	17,5	2 630
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	59	14,6	33,2	6,3	560
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	189	46,8	286,5	54,2	1 520
Sonstige Gebäude	112	27,7	95,8	18,1	860
Insgesamt	404	100	528,2	100	1 310

Soeben erschienen: Deutscher Städtetag, Reihe H: DST-Beiträge zur Statistik und Stadtforschung, Heft 18).

„Beiträge von Statistik und Stadtforschung zur kommunalen Wirtschaftsförderung.“ Köln 1980, 174 S. 9,50 DM mit Texten von:

O. J. Viererbl: Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsförderung als Gegenstand der Stadtforschung

H.-E. Stegen: Wirtschaftsbeobachtung - Daten und Kennziffern

O. Ruchty: Zum Problem von Betriebsbefragungen

R. Döhla und E. J. Richter: Flächen-, Arbeitskräfte- und Infrastrukturbilanzen als Entscheidungshilfen zur Verbesserung der kommunalen Wirtschaftsstruktur

G. Nicolini: Zum Problem der Abgrenzung regionaler Arbeitsmärkte

H. Harfst: Berechnung von Kaufkraft- und Umsatzkennziffern für Einzelhandelsanalysen

Zu beziehen von der Wirtschaftsverwaltungsgesellschaft m. b. H. des Deutschen Städtetages, 5000 Köln 51, Postfach 51 06 20.

Außenhandel über Hamburg überschritt 60-Mrd.-DM-Grenze

Waren im Wert von 62,4 Mrd. DM wurden im Jahr 1979 über den Hamburger Hafen ein- und ausgeführt, 13 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Damit überschritt der Außenhandelsverkehr über Hamburg erstmalig die 60-Mrd.-DM-Grenze. Der Anteil der über den Elbehafen geleiteten Waren am gesamten Warenverkehr der Bundesrepublik mit dem Ausland blieb mit 10,1 Prozent (1978 = 10,2 Prozent) nahezu unverändert, d. h. daß Hamburg seine bisherige Stellung im deutschen Außenhandel halten konnte. Obwohl der Anstieg teilweise – insbesondere auf dem Importsektor – auf die inflationäre Preisentwicklung beim Mineralöl zurückzuführen ist, sind vorwiegend im Massengutbereich auch mengenmäßig hohe Zuwachsraten erzielt worden.

Einfuhr stark vom Ölpreis beeinflusst

Die Einfuhr über Hamburg erreichte einen Warenwert von 34,6 Mrd. DM (6 Mrd. DM mehr als 1978). Die Steigerungsrate betrug 21 Prozent gegenüber 1978 und lag über der für das gesamte Bundesgebiet (knapp 20 Prozent). Allein 40 Prozent der Zunahme entfielen auf die Einfuhr von Mineralöl (Rohes Erdöl und Produkte). Einem mengenmäßigen Anstieg in diesem Bereich von acht Prozent steht eine wertmäßige Steigerung um 69 Prozent gegenüber. Bei den Mineralölprodukten haben sich die Preise sogar fast verdoppelt.

Bei Erzen und Holz wie auch im Bereich der Fertigwaren konnten bei verschiedenen Gütern die Ergebnisse gegenüber dem Vorjahr wesentlich ver-

bessert werden. Hervorzuheben sind hier vor allem Luftfahrzeuge, Textilien, Erzeugnisse des Maschinenbaus und der Elektrotechnik sowie chemische Produkte.

Mehr Fertigwaren in der Ausfuhr

Die Warenausfuhr über Hamburg betrug 27,7 Mrd. DM, knapp fünf Prozent mehr als 1978. Da die Ausfuhr der Bundesrepublik im gleichen Zeitraum um elf Prozent stieg, sank der Anteil des Hamburger Hafens von 9,2 Prozent (1978) auf 8,6 Prozent. Von dem Mehrbetrag von gut einer Mrd. DM gegenüber dem Vorjahr entfielen knapp 90 Prozent auf Fertigwaren. Die Entwicklung innerhalb dieses Sektors verlief jedoch uneinheitlich. Starke Zugängen (vornehmlich bei Luftfahrzeugen, Maschinen und Chemikalien) standen Einbußen bei elektrotechnischen Erzeugnissen und Wasserfahrzeugen gegenüber.

Starker Anstieg im EG-Handel

Der Schwerpunkt des Außenhandels über den Hamburger Hafen liegt eindeutig im überseeischen Bereich: 72 Prozent der Einfuhren und 75 Prozent der Ausfuhren wurden 1979 mit außer-europäischen Ländern abgewickelt. Der Handel mit Europa hat im vergangenen Jahr jedoch beträchtlich an Bedeutung gewonnen. Während die Steigerung im Fernhandel sieben Prozent betrug, konnte im europäischen Bereich ein Anstieg um ein gutes Drittel registriert werden. Ausschlaggebend hierfür war nicht nur der Warenaustausch mit den übrigen EG-Staaten (insbesondere Großbritannien und Frankreich), der um 51 Prozent expan-

dierte, sondern auch der um 39 Prozent gestiegene Handel mit den östlichen Staatshandelsländern. Die Ergebnisse für den europäischen Bereich sind namentlich auch von Preiserhöhungen beim Mineralöl beeinflusst, doch stehen den höheren Werten jeweils auch beachtliche mengenmäßige Steigerungen gegenüber.

Bei einem beträchtlichen Anstieg der Einfuhr aus Afrika (vorwiegend bedingt durch den höheren Erdölpreis) ergab sich auf der Exportseite eine Einbuße. Ausschlaggebend hierfür waren insbesondere geringere Ausfuhren von Maschinen nach Libyen sowie von elektrotechnischen Erzeugnissen nach Nigeria.

Der Zuwachs im Amerika-Handel beruht fast ausschließlich auf verstärkten Einfuhren, in erster Linie aus den USA (Getreide, Ölkuchen, Steinkohlen) und Kanada (Eisenerze, Ölfrüchte). Die Ausfuhr nach dem amerikanischen Kontinent blieb nahezu unverändert, der Export nach den Vereinigten Staaten war sogar um sieben Prozent rückläufig.

Der Warenverkehr mit Asien stellte ein Drittel aller Ein- und Ausfuhren über Hamburg. Hier entwickelten sich beide Richtungen etwa gleich stark (+ 14 bzw. + elf Prozent). Abgesehen von der VR China, aus der 43 Prozent mehr eingeführt wurde (Erze, pharmazeutische Erzeugnisse, Textilien) gab es in der Einfuhr keine herausragenden Ergebnisse. Anders dagegen bei der Ausfuhr: Obwohl gut ein Viertel mehr Waren nach Saudi-Arabien transportiert wurde, war die Bilanz mit den nächstlichen Ländern insgesamt gegenüber dem Vorjahr stark negativ (-21 Prozent). Dies ist sicher mit den politischen Ereignissen im Iran zu sehen. Hatte die Ausfuhr nach dem Iran im Jahr 1978 noch einen Wert von mehr als einer Milliarde DM, so konnten im vergangenen Jahr nur noch Erzeugnisse im Wert von knapp 300 Mio. DM exportiert werden. Eine starke Ausweitung erfuhr dagegen die Ausfuhr nach Fernost. Erwähnenswert ist hier vor allem die VR China, die fast 1,7 Mrd. DM erreichte und ihre Bezüge über Hamburg mehr als verdoppelte. Zu diesem Ergebnis trugen die überproportional gestiegenen Lieferungen von Maschinen am stärksten bei. Jedoch konnten auch bei fast allen übrigen fernöstlichen Handelspartnern (vorwiegend Bezieher hochwertiger Industrieerzeugnisse) zum Teil erhebliche Zuwachsraten registriert werden. Der Handel mit Australien hielt sich mit etwas mehr als zwei Mrd. DM auf dem Niveau des Jahres 1978.

Horst Schlie

Deutscher Außenhandelsverkehr über den Hamburger Hafen 1978 und 1979

Mio DM

Ländergruppe	Einfuhr			Ausfuhr		
	1979	1978	Veränderung in %	1979	1978	Veränderung in %
Europa	9 635	6 617	+ 45,6	6 902	5 754	+ 20,0
davon EG-Länder	4 896	3 041	+ 61,0	3 373	2 423	+ 39,2
Ostblock-Länder	2 521	1 630	+ 54,7	1 438	1 219	+ 18,0
Übrige Länder	2 218	1 946	+ 14,0	2 091	2 112	- 1,0
Afrika	2 352	1 960	+ 20,0	4 932	5 704	- 13,5
Amerika	9 456	8 481	+ 11,5	6 129	6 095	+ 0,6
davon Nord- } Amerika	5 264	4 349	+ 21,0	2 822	3 038	- 7,1
Mittel- } Amerika	1 241	1 201	+ 3,3	747	708	+ 5,5
Süd- } Amerika	2 952	2 931	+ 0,7	2 560	2 349	+ 9,0
Asien	12 406	10 904	+ 13,8	8 451	7 612	+ 11,0
dar. Fernost	9 258	8 214	+ 12,7	4 764	3 405	+ 39,9
Australien, Ozeanien	774	729	+ 6,2	1 255	1 324	- 5,2
Nicht ermittelte Länder, Schiffsbedarf	0	0	x	64	56	+ 14,3
Insgesamt	34 623	28 691	+ 20,7	27 734	26 545	+ 4,5

Hamburg heute und gestern

Ende 1950 waren von der hamburgischen Wohnbevölkerung gut 23 Prozent Kinder und Jugendliche im Alter bis unter 18 Jahren. Etwa zwei Drittel aller Hamburger standen als Erwachsene im Erwerbsalter bis zu 65 Jahren und nur elf Prozent hatten ein Alter von 65 und mehr Jahren. Rund drei Jahrzehnte später ergibt sich das folgende Bild: Nur noch 19 Prozent aller Einwohner sind Kinder und Jugendliche. Auch der Anteil der Hamburger im Alter zwischen 18 und 65 Jahren hat abgenommen; er beträgt jetzt knapp 62 Prozent. Gestiegen ist demgegenüber der Anteil der Personen im Renten- und Pensionsalter auf gut 19 Prozent; damit liegt er sogar geringfügig über dem der Kinder und Jugendlichen.

In Hamburg sind in den vergangenen 30 Jahren 591 505 Kinder lebend geboren worden, im gleichen Zeitraum starben 702 575 Menschen; das summierte sich zu einem Sterbeüberschuß von 111 070 Personen. Von 1950 bis 1979 kamen durchschnittlich in jedem Jahr rund 19 720 Babys lebend zur Welt; der Höchststand konnte 1964 mit 27 738 und die geringste Zahl 1978 mit 12 616 Lebendgeborenen verzeichnet werden. Der Jahresdurchschnitt der Sterbefälle betrug in diesen 30 Jahren 23 420 Menschen; als größte Zahl wurden 1969 27 213 und als Tiefstwert 1950 16 667 Gestorbene ermittelt. In elf Jahren gab es zwischen 1950 und 1979 Geburtenüberschüsse mit dem Maximalwert von 3 879 Personen 1964 und in den restlichen 19 Jahren wurden Sterbeüberschüsse errechnet, deren größte Zahl 1975 12 907 Personen betrug.

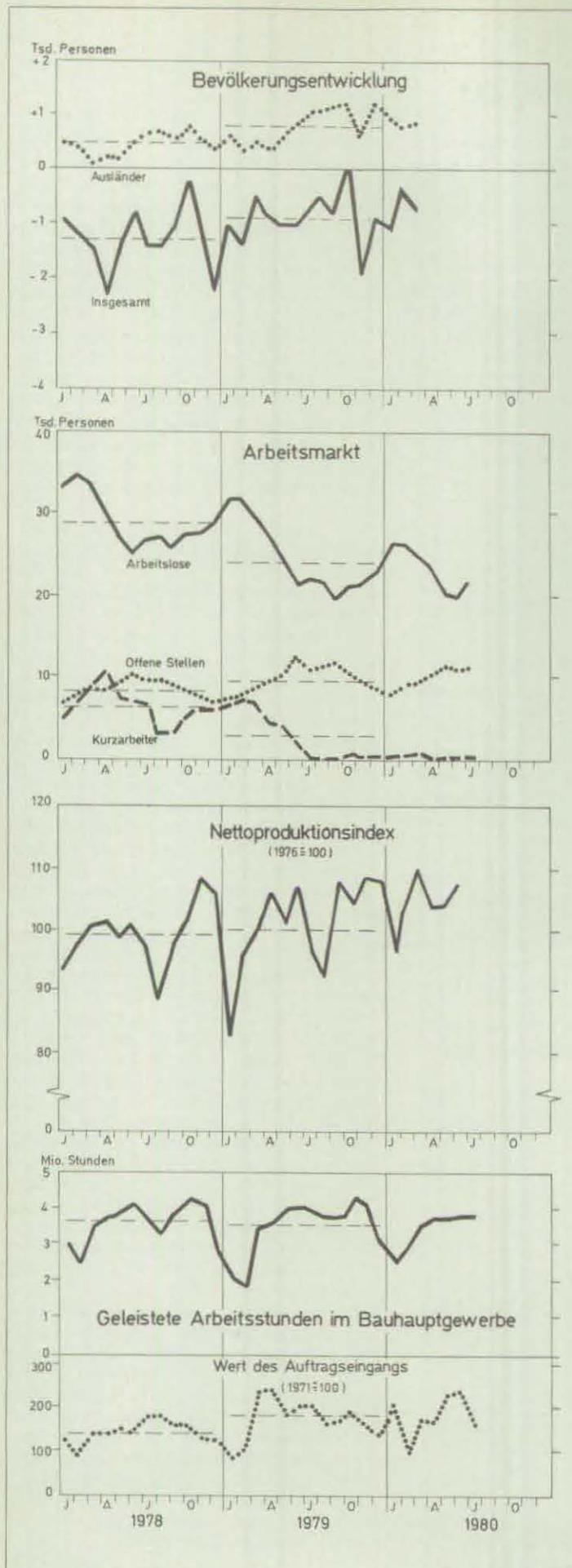
Das durchschnittliche Heiratsalter lediger Frauen und Männer war 1979 in Ham-

burg um fast ein Jahr niedriger als 30 Jahre zuvor und betrug bei den Frauen 24,9 (1950: 25,8) und bei den Männern 27,5 (1950: 28,3) Jahre. Anfang bis Mitte der 60er Jahre hatte dieser Wert einen noch geringeren Stand, als bei den Frauen ein durchschnittliches Heiratsalter von 23,9 und bei den Männern von 26,0 Jahren ermittelt wurde.

Die Nichtehelichenquote, das ist der prozentuale Anteil der nichtehelich Lebendgeborenen an allen Lebendgeborenen, hat in den vergangenen 30 Jahren in Hamburg zwischen 6,4 und 12,7 Prozent geschwankt. In der Zeit von 1950 bis 1955 hatte die Nichtehelichenquote eine Größenordnung von etwa zehn Prozent. Sie sank bis zur Mitte der 60er Jahre auf ihren niedrigsten Stand von 6,4 Prozent und hatte anschließend eine steigende Tendenz bis zur seither höchsten Quote von 12,7 Prozent im Jahr 1979.

In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Zahl der in Hamburg berufstätigen Gynäkologen von 174 um fast 80 Prozent auf 311 erhöht. Im statistischen Durchschnitt hatte damit Ende 1979 jeder Frauenarzt 2850 Patientinnen zu betreuen (1960 war diese Zahl mit 5670 noch fast doppelt so hoch). Facharzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe war 1979 jeder 20. in Hamburg tätige Arzt.

Rund 1,3 Millionen Fußgänger benutzten im vergangenen Jahr den alten – von 1907 bis 1911 erbauten – Hamburger Elbtunnel. Damit ist die Zahl dieser Verkehrsteilnehmer gegenüber 1939 auf weniger als ein Zehntel geschrumpft. Damals wurden fast 16 Millionen Passanten gezählt. Ein noch stärkerer Rückgang ist bei den Radfahrern zu vermerken. Unterquerten vor 40 Jahren noch fast viereinhalb Millionen Radler



auf diesem Weg die Elbe, so wurden hier im letzten Jahr noch nicht einmal 180 000 gezählt.

Eine umgekehrte Entwicklung nahm dagegen der Kraftfahrzeugverkehr. Von 59 000 Personen- und Lastwagen im Jahr 1939 stieg das Verkehrsaufkommen bis 1979 auf genau das Zehnfache.

Statistik der anderen

In ihrem Jahresbericht 1979 zeigt die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt die Entwicklung der Mieten im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau in Hamburg auf. Im 2. Halbjahr 1957 betrug die monatliche Kostenmiete ohne Subvention je m² Wohnfläche 3,30 DM und die vom Mieter zu entrichtende Sozialmiete (Anfangsmiete) 1,50 DM; das war ein Anteil von rund 50 Prozent. Bis zum 2. Halbjahr 1979 erhöhte sich die Kostenmiete auf 17,82 DM und der Mieter mußte mit einer Anfangsmiete von 5,45 DM nur noch einen Anteil von gut 30 Prozent tragen.

Nach Angaben des Arbeitsamtes Hamburg wurden 1979 über 4200 Rehabilitationen behinderter Personen abgeschlossen. Rund zwei Drittel des Personenkreises waren Männer. Die Hälfte der Männer und drei Viertel der Frauen waren unter 25 Jahre alt. Jeweils fast ein Viertel der Rehabilitanden waren durch Amputationen und andere Schäden und Erkrankungen des Stütz- und Bewegungsapparates behindert. Ein weiteres Viertel des Personenkreises war lernbehindert, und drei von zehn Behinderten litten unter seelischen Störungen oder Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane.

Die Zahl der abgeschlossenen Rehabilitationen behinderter Personen lag 1979

dreimal so hoch wie zehn Jahre zuvor.

Statistische Woche 1980 in Hamburg

Die Statistische Woche, eine Gemeinschaftsveranstaltung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker (VDSSt) und der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStG), findet in diesem Jahr vom 2. bis 5. Dezember in Hamburg statt. Tagungsort ist das Congress Centrum.

Neue Schriften

Bolte, Karl Martin; Kappe, Dieter; Schmid, Josef: Bevölkerung. Statistik, Theorie, Geschichte und Politik des Bevölkerungsprozesses. 4. völlig neu überarb. Aufl. Opladen 1980. 212 S. (Unitaschenbücher. 986.)

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Wirtschaftlichkeit und Mietpreisentwicklung bei freifinanzierten und älteren Mietwohnungen. Bonn. 1980. 153 S.

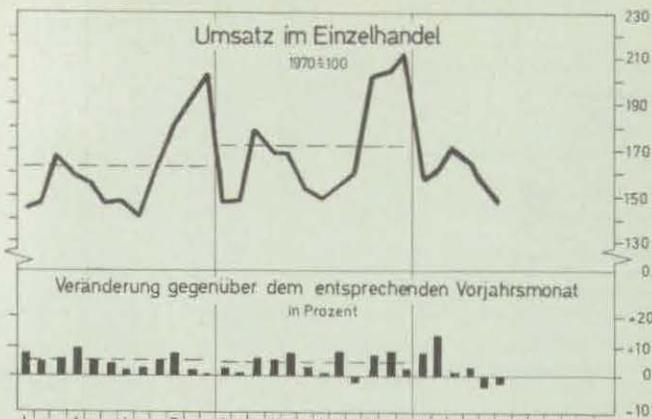
Saterdag, Hermann; Stegmann, Heinz: Jugendliche beim Übergang von Bildungs- in das Beschäftigungssystem. Nürnberg 1980. 235 S. (Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. 41.)

Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: Bevölkerungsstatistik 1978. Luxemburg 1980. 149 S.

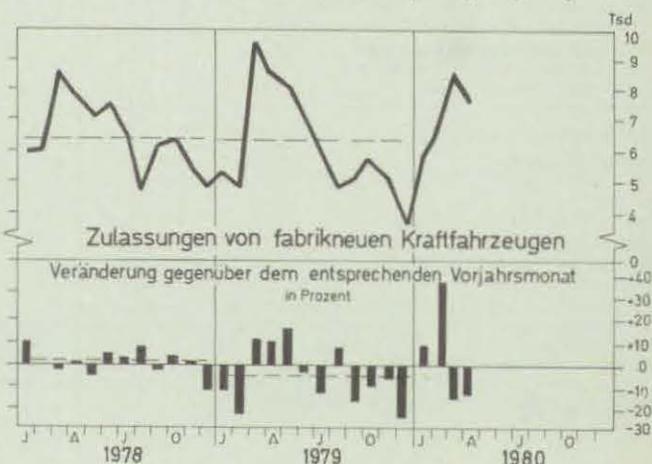
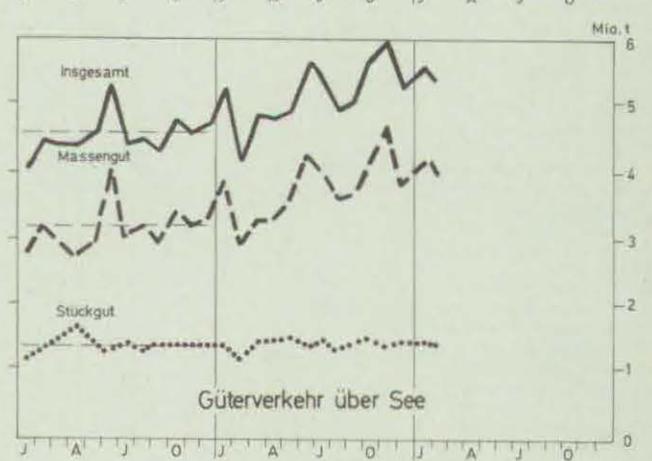
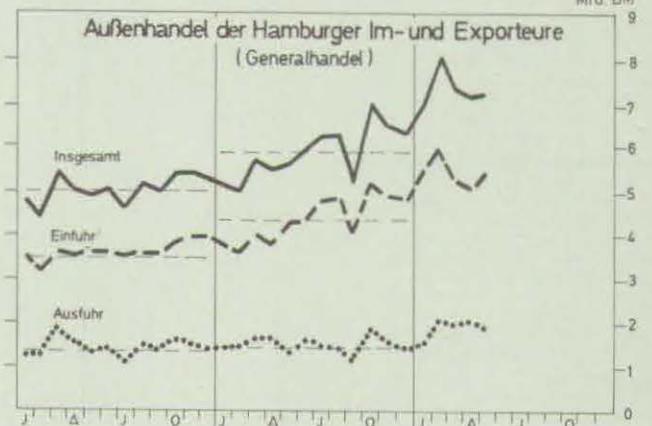
Der Draht zum StaLa

Amtsleiter	3681-710
Auskünfte	3681-738
	644
	768
Veröffentlichungen	3681-719
Bibliothek	3681-742
„Statistische Woche“	3681-637
Für Thema	

„Außenhandel“	3681-819
„Todesursachen“	3681-435
„Bautätigkeit“	3681-830



Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahrsmonat in Prozent



Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahrsmonat in Prozent

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Meteorologische Beobachtungen										
Mittelwerte¹⁾										
Luftdruck	mbar ²⁾	1 014,0	1 013,9	1 013,8	1 006,5	1 012,1	1 016,7	1 020,5	1 012,0	1 016,7
Lufttemperatur	°C	9,1	8,4	- 2,1	3,5	7,6	- 1,9	1,9	3,1	7,8
Relative Luftfeuchtigkeit	%	77,2	78,3	82	80	74	87	88	75	71
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3,2	3,2	3	4	3	3	3	3	3
Bewölkung	„ ⁴⁾	5,8	5,6	5,9	6,3	5,7	6,0	6,0	5,2	4,4
Summenwerte⁵⁾										
Niederschlagshöhe	mm	r 835	764	37,6	59	66,0	40,8	56,0	28	71,1
Sonnenscheindauer	Std	r 1 335	1 363	50	70	112,0	49	54	109	167,8
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	r 110	103	15	11	6	17	17	10	3
Tage mit Niederschlägen	„	r 252	232	21	24	19	23	21	17	18
Bevölkerung										
Bevölkerungsstand⁶⁾										
Wohnbevölkerung	1000	1 672,3	1 658,5	1 661,8	1 661,3	1 660,3	1 652,0	1 651,6	1 651,0	...
und zwar männlich	„	775,6	770,2	771,9	770,9	770,5	768,6	768,6	768,6	...
weiblich	„	896,6	888,3	890,8	890,4	889,8	883,4	883,0	882,4	...
Ausländer	„	122,6	129,7	126,6	126,6	127,5	136,2	137,0	137,9	...
Bezirk Hamburg-Mitte	„	227,0	225,2	225,6	225,7	225,5	225,0	224,7	224,8	...
Bezirk Altona	„	236,5	234,1	234,6	234,6	234,3	232,9	233,0	232,8	...
Bezirk Eimsbüttel	„	241,0	238,7	239,1	238,7	238,6	238,4	238,2	238,0	...
Bezirk Hamburg-Nord	„	304,4	300,3	301,7	301,2	301,1	298,1	297,9	297,6	...
Bezirk Wandsbek	„	382,0	382,0	381,7	382,2	382,0	380,5	380,8	380,9	...
Bezirk Bergedorf	„	89,1	88,1	88,5	88,4	88,3	87,8	87,8	87,9	...
Bezirk Harburg	„	192,3	190,1	190,6	190,5	190,5	189,3	189,2	189,0	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ⁷⁾	Anzahl	664	691	469	674	629	355	651	634	...
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	4,8	5,0	3,7	4,8	4,6	2,5	5,0	4,5	...
* Lebendgeborene ⁸⁾	„	1 051	1 060	1 034	1 015	995	1 040	1 051	1 073	...
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	7,5	7,7	8,1	7,2	7,3	7,4	8,0	7,7	...
* Gestorbene ⁹⁾ (ohne Totgeborene)	„	2 006	1 980	2 269	1 693	2 009	1 917	1 684	2 065	...
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	14,4	14,3	17,8	12,0	14,7	13,7	12,8	14,7	...
* im ersten Lebensjahr Gestorbene	„	17	13	9	7	13	12	12	14	...
* je 1000 Lebendgeborene	„	15,8	12,0	8,8	6,9	13,0	11,5	11,4	13,0	...
* Geborenen- (+)/Gestorbenenüberschuß (-)	„	- 955	- 920	- 1 235	- 678	- 1 014	- 877	- 633	- 992	...
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	- 6,9	- 6,7	- 9,7	- 4,8	- 7,4	- 6,3	- 4,8	- 7,1	...
Wanderungen										
* Zugezogene Personen	„	5 058	5 225	4 131	5 087	4 870	5 760	5 011	5 453	...
* Fortgezogene Personen	„	5 439	5 244	4 316	4 979	4 790	5 936	4 706	5 117	...
* Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-)	„	- 381	- 19	- 185	+ 108	+ 80	- 176	+ 305	+ 336	...
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	„	14 408	11 869	11 565	16 750	9 380	13 760	12 014	13 040	...
Nach Gebieten										
a) Zugezogene aus	„									
Schleswig-Holstein	„	1 429	1 388	1 229	1 592	1 445	1 542	1 454	1 454	...
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	„	971	935	881	1 095	987	1 080	1 033	964	...
Niedersachsen	„	919	879	860	888	849	943	923	939	...
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	„	333	320	346	344	314	398	360	352	...
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	„	1 215	1 173	898	1 258	1 331	1 180	1 041	1 227	...
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	„	1 495	1 785	1 144	1 349	1 245	2 095	1 593	1 833	...
b) Fortgezogen nach	„									
Schleswig-Holstein	„	2 032	2 058	1 624	1 942	1 872	2 318	1 910	1 926	...
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	„	1 562	1 597	1 302	1 477	1 381	1 813	1 456	1 489	...
Niedersachsen	„	1 252	1 149	901	1 079	1 091	1 359	1 052	1 152	...
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	„	667	611	465	567	574	746	544	576	...
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	„	1 137	1 122	963	1 136	1 025	1 211	993	1 105	...
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	„	1 018	915	828	822	802	1 148	751	934	...
c) Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-) gegenüber	„									
Schleswig-Holstein	„	- 603	- 670	- 395	- 350	- 427	- 776	- 456	- 472	...
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	„	- 591	- 662	- 421	- 382	- 394	- 733	- 423	- 525	...
Niedersachsen	„	- 333	- 270	- 41	- 191	- 242	- 416	- 129	- 213	...
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	„	- 334	- 291	- 119	- 223	- 260	- 348	- 184	- 224	...
Umland insgesamt ¹²⁾	„	- 925	- 953	- 540	- 605	- 654	- 1 081	- 607	- 749	...
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	„	+ 78	+ 51	+ 65	+ 122	+ 306	+ 31	+ 48	+ 122	...
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	„	+ 477	+ 870	+ 316	+ 527	+ 443	+ 1 047	+ 842	+ 899	...
Bevölkerungsbewegung insgesamt										
Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (-)	„	- 1 336	- 939	- 1 420	- 570	- 934	- 1 053	- 328	- 656	...
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	- 9,6	- 5,6	- 11,1	4,0	- 6,8	7,5	- 2,5	- 4,7	...
Krankenhäuser und Bäder										
Krankenhäuser¹³⁾										
Patienten	Anzahl	12 873	12 593,6	13 987	13 025	12 611	14 065	13 557	13 397	13 098
Betten ¹⁴⁾	„	15 878	15 651,8	15 684	15 684	15 670	15 351	15 405	15 399	15 377
Bettenausnutzung	%	82,7	83,2	88,0	87,3	80,5	84,8	89,4	88,3	83,3
Öffentliche Bäder										
Besucher insgesamt	Anzahl	720 082	632 879	455 083	637 263	559 885	557 576	579 591	580 193	562 889

¹⁾ errechnet aufgrund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0°C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ anstelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - ⁶⁾ Monatsende; Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung vom 27. Mai 1970. - ⁷⁾ nach dem Ereignisort. - ⁸⁾ von Müttern mit Wohnsitz in Hamburg. - ⁹⁾ mit letztem Wohnsitz in Hamburg. ¹⁰⁾ Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. - ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹²⁾ die sechs angrenzenden Kreise zusammen. - ¹³⁾ Staatliche, freigemeinnützige und private Krankenhäuser in Hamburg ohne psychiatrische Krankenhäuser und ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamtes und des ärztlichen Dienstes der Behörde für Inneres. - ¹⁴⁾ Bestand am Monatsende.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Büchereien und Museen										
Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei) Ausleihungen (Bücher, Kassetten, Spiele, Noten)	Anzahl	654 832	646 863	633 369	749 987	649 030	745 249	719 052	758 829	674 696
Wissenschaftliche Büchereien										
Staats- und Universitätsbibliothek	..									
Ausgeliehene Bände	..	36 125	36 483	33 000	40 332	37 243	41 931	42 995	43 069	45 564
Besucher der Lesesäle	..	7 960	8 521	7 856	8 196	8 645	10 789	9 544	9 224	10 617
HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung	..									
Besucher der Bibliothek und Archive	..	3 884	3 804	3 895	4 293	3 403	4 367	4 488	4 133	4 037
Commerzbibliothek	..									
Ausgeliehene Bände	..	2 932	2 799	2 898	3 401	2 584	3 347	3 190	3 237	2 636
Lesesaalbesucher und Entleiher	..	1 191	1 175	1 214	1 305	1 131	1 335	1 327	1 282	1 060
Staatliche Museen und Schausammlungen										
Besucher insgesamt	..	91 396	93 846	67 278	110 846	100 623	68 182	78 157	101 732	86 071
dar. Hamburger Kunstthale	..	13 736	14 471	6 012	6 653	9 800	9 188	9 252	8 999	10 307
Altonaer Museum in Hamburg,	..									
Norddeutsches Landesmuseum	..	14 606	13 309	8 478	13 624	13 649	27 665	22 473	24 718	14 474
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	..	6 511	8 787	12 558	18 845	8 873	6 341	8 848	11 124	6 948
Heims-Museum	..	10 844	11 281	7 092	13 436	11 157	3 394	4 061	7 996	10 530
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	..	8 390	7 805	1 217	2 694	8 836	1 271	1 854	5 552	9 212
Museum für Hamburgische Geschichte	..	20 294	20 241	10 998	19 544	19 469	12 292	16 140	19 204	18 893
Museum für Kunst und Gewerbe	..	17 090	13 947	13 800	20 078	25 516	3 964	8 177	9 927	9 140
Planetarium	..	6 416	10 245	7 211	17 232	10 493	4 355	7 510	18 450	13 777
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose und Kurzarbeiter										
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	29 107	24 713	31 632	29 648	27 552	26 032	25 841	24 514	22 989
* davon Männer	..	13 847	12 784	17 788	16 288	14 492	12 063	14 161	13 454	12 370
Frauen	..	15 260	11 929	14 044	13 360	13 060	13 969	11 680	11 060	10 619
Arbeitslosenquote	%	4,3	3,6	4,7	4,4	4,0	3,8	3,8	3,6	3,3
Kurzarbeiter	Anzahl	6 319	2 677	7 306	6 923	4 494	373	454	511	284
Arbeitssuchende										
Arbeitssuchende ¹⁾ insgesamt	..	36 192	31 153	39 061	36 912	33 865	32 386	33 052	31 513	29 274
dar. Personen, die Teilzeitarbeit suchen	..	6 124	5 136	6 123	6 193	5 409	5 120	4 950	4 864	4 545
Offene Stellen										
..	..	8 565	9 703	7 814	8 860	9 162	8 414	9 282	9 558	10 972
Landwirtschaft										
Milcherzeugung der landwirtschaftlichen Betriebe										
* Kuhmilch	t	1 399	1 336	1 258	1 686	1 616	1 316	1 260	1 477	1 537
* dar. an Molkereien geliefert	%	94,4	94,1	93,1	94,9	97,2	93,8	94,2	94,8	96,9
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,5	11,9	12,2	14,7	14,6	12,3	12,6	13,8	14,9
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder (ohne Kälber)	1000 SL	4,9	5,2	4,5	4,6	4,8	5,4	4,3	4,6	4,9
* Kälber	..	1,7	2,1	1,7	2,3	2,3	1,9	1,9	2,4	1,9
* Schweine ²⁾	..	18,9	18,5	17,9	18,4	18,7	20,2	19,1	19,4	16,3
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ³⁾	t	3 123	3 218	2 910	2 910	3 152	3 458	3 051	3 220	2 989
* dar. Rinder (ohne Kälber)	..	1 362	1 424	1 244	1 244	1 321	1 507	1 208	1 296	1 357
* Kälber	..	210	254	198	198	274	237	242	302	237
* Schweine	..	1 532	1 521	1 452	1 452	1 535	1 681	1 580	1 592	1 377
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung										
Verarbeitendes Gewerbe⁴⁾ ⁵⁾										
Hauptbeteiligte Wirtschaftszweige										
* Beschäftigte	1000	168	165 872	165 141	165 520	165 099	168	167 850	167 794	167 902
* dar. Arbeiter ⁶⁾	..	99	97 649	96 909	97 678	97 214	98	97 671	98 070	97 844
* Geleistete Arbeiterstunden ⁷⁾	..	14 013	13 862	13 493	14 461	13 672	14 177	14 293	14 319	14 002
* Bruttoehsumme	Mio. DM	235	247	214	228	228	240	237	247	250
* Bruttogehaltssumme	..	240	255	230	237	240	246	245	260	262
* Gesamtumsatz (einschließlich Verbrauchsteuer ⁸⁾)	..	3 964	5 094	4 293	4 925	4 879	5 414	5 584	5 744	6 226
dar. Auslandsumsatz	..	510	563	468	632	510	501	558	659	574
* Kohleverbrauch	1000 tSKE ⁹⁾	3	3	4	3	3	4	3	3	3
* Gasverbrauch ¹⁰⁾	1000 m ³	38 343	40 200	50 662	48 626	41 034	50 234	46 342	47 230	36 728
* Stadt- und Kokereigas	..	578	505	1 139	728	571	529	668	670	639
* Erd- und Erdölgas	..	37 765	39 695	49 523	47 898	40 463	49 705	45 774	46 560	36 089
* Heizölverbrauch	1000 t	47	43	61	54	43	50	46	45	40
* leichtes Heizöl	..	8	8	12	11	8	10	9	8	7
* schweres Heizöl	..	39	36	49	43	35	40	37	37	33
* Stromverbrauch	Mio. kWh	359	378	360	391	366	406	386	402	374

¹⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. – ²⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. – ³⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – ⁴⁾ alle Betriebe der Industrie und des Verarbeitenden Handwerks von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten sowie Betriebe der Industrie und des Verarbeitenden Handwerks mit 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen anderer Wirtschaftsbereiche. – ⁵⁾ einschl. Bergbau. – ⁶⁾ einschl. der gewerblich Auszubildenden. – ⁷⁾ einschl. der Arbeitsstunden der gewerblich Auszubildenden. – ⁸⁾ ohne Umsatzsteuer; einschl. Umsatz aus sonstigen nicht produzierenden Betriebsteilen. – ⁹⁾ 1 t Steinkohleneinheit (1 tSKE) gleich 1 t Steinkohle, Steinkohlenkoks oder -brikett gleich 1,5 t Braunkohlenbrikett. – ¹⁰⁾ umgerechnet auf den oberen Heizwert Ho = 35 169 kJ/m³ (8400 kcal/m³).

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung (Fortsetzung)										
Beteiligte Wirtschaftszweige										
Umsatz aus Eigenerzeugung ¹⁾ 2)	Mio. DM	2 441	2 712	2 331	2 643	2 567	2 850	2 834	3 090	2 906
davon Grundstoff- und Produktionsgüter	"	1 031	1 282	1 100	1 228	1 210	1 551	1 491	1 574	1 420
Investitionsgüter	"	711	717	562	668	628	556	616	750	742
Verbrauchsgüter	"	138	145	130	154	139	138	149	150	140
Nahrungs- und Genußmittel	"	560	569	539	593	590	605	578	615	604
Bauhauptgewerbe³⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	30 510	31 038	29 871	30 723	30 845	30 833	30 850	30 814	30 966
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	24 574	25 042	24 010	24 672	24 835	24 749	24 803	24 767	24 850
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	3 590	3 499	1 725	3 418	3 673	2 426	2 824	3 464	3 782
* davon für Wohnungsbauten	"	984	947	370	906	1 000	584	712	898	1 039
gewerbliche und industrielle Bauten	"	1 293	1 320	800	1 378	1 358	1 047	1 211	1 390	1 426
öffentliche und Verkehrsbauten	"	1 313	1 232	555	1 134	1 315	795	901	1 176	1 317
* Brutto Lohnsumme ⁵⁾	Mio. DM	69,6	74,8	35,8	60,8	71,5	57,5	61,7	71,8	80,7
* Bruttogehaltssumme ⁶⁾	"	16,6	18,2	15,8	16,5	16,8	18,7	17,4	17,2	17,5
* Baugewerblicher Umsatz ⁷⁾	"	214,0	240,1	87,0	148,8	184,6	249,5	144,7	182,9	269,8
davon im Wohnungsbau	"	51,7	59,9	25,7	28,1	52,9	59,7	37,3	39,9	42,4
gewerblichen und industriellen Bau	"	81,4	100,8	37,7	74,6	65,2	113,8	57,4	85,4	102,0
öffentlichen und Verkehrsbau	"	80,9	79,4	23,6	46,1	66,5	76,0	50,0	57,6	125,4
Ausbaugewerbe										
Beschäftigte	Anzahl	10 547	10 710	10 493	10 478	10 475	10 623	10 620	10 596	10 645
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	8 367	8 479	8 272	8 256	8 276	8 393	8 399	8 357	8 462
Geleistete Arbeitsstunden	1000	1 334	1 332	1 191	1 264	1 278	1 289	1 282	1 297	1 305
Brutto Lohnsumme ⁵⁾	Mio. DM	21,1	22,3	18,5	19,1	19,9	22,2	20,6	21,3	22,4
Bruttogehaltssumme ⁶⁾	"	5,7	6,3	5,6	5,7	5,7	6,3	6,2	6,4	6,6
Ausbaugewerblicher Umsatz ⁷⁾	"	59,1	68,6	43,2	48,7	49,2	61,9	52,3	58,5	69,5
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	463	556	714	710	624	749	664	702	696
* Stromverbrauch	"	889	929	1 044	1 050	905	1 160	1 053	1 074	909
* Gaserzeugung (brutto) ⁸⁾	Mio. m ³	17	25	1	8	3	43	10	24	2
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (ohne Ausbaugewerbe)										
Produzierendes Gewerbe	1976=100	99,2	101,5	96,16	100,4	106,4	96,16	102,74	110,1	103,5
davon Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	100,7	109,7	106,68	104,3	108,6	115,10	114,33	115,5	99,6
Investitionsgütergewerbe	"	96,1	93,5	89,46	92,6	96,1	78,77	96,21	108,7	101,4
Verbrauchsgütergewerbe	"	108,9	108,8	107,94	113,8	118,1	94,96	112,37	111,4	106,8
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	"	96,9	91,6	92,14	88,4	103,1	89,58	86,83	91,2	94,7
Bauhauptgewerbe	"	96,0	99,6	50,64	90,2	112,9	68,04	82,91	101,7	116,5
Bau- und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
Wohnbau										
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	208	152	106	121	62	198	135	142	133
* dar. Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen	"	184	138	96	107	56	172	122	124	110
* Rauminhalt	1000 m ³	257	178	105	141	80	218	152	177	213
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	66,9	49,0	30,6	32,2	23,0	61,4	41,6	51,6	60,6
* Wohnfläche	1000 m ²	49	34	20,7	25,4	14	42,0	27	33	43
Nichtwohnbau										
* Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	44	30	19	22	13	40	29	23	26
* Rauminhalt	1000 m ³	309	298	84	387	38	202	202	163	268
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	55,1	49,1	11,5	18,9	4,6	52,3	47,3	19,0	63,3
* Nutzfläche	1000 m ²	59	46	15,6	46,2	7	34,3	40	32	50
Wohnungen										
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	511	372	206	280	144	402	277	355	471
Baufertigstellungen										
Wohnbau										
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	191	145	49	40	41	77	92	94	103
Nichtwohnbau										
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	38	33	4	11	11	10	12	11	16
Rauminhalt	1000 m ³	290	278	11	209	15	71	44	252	58
Wohnungen										
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	451	340	92	132	66	172	192	170	373
Gebäude- und Wohnungsbestand⁹⁾										
Bestand an Wohngebäuden	1000	195	p 197	195	195	195	p 197	p 197	p 197	p 197
Wohnungen	"	778	p 780	779	779	779	p 780	p 780	p 780	p 780

1) einschließlich Bergbau. - 2) ohne Umsatzsteuer, einschließlich Umsatz aus sonstigen nicht produzierenden Betriebssteuern. - 3) nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. - 4) einschließlich Umschüler und Auszubildende. - 5) einschließlich Arbeitgeberzulagen aus Vermögensbildungstarifen. - 6) ohne Umsatzsteuer. - 7) umgerechnet auf den oberen Heizwert Ho = 35.169 kJ/m³ (8400 kcal/m³), ab Januar 1979 einschließlich Saldo aus Einspeisung und Entnahme aus dem Untergrundspeicher. - 8) Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. - 9) ohne Berücksichtigung der Abbrüche.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bau- und Wohnungswesen (Fortsetzung)										
Preisindizes für Bauwerke¹⁾										
Bauleistungen am Bauwerk	1976 = 100	110,5	188,9	113,6	-	-	-	125,2	-	-
Wohngebäude insgesamt	"	110,7	189,2	113,8	-	-	-	125,5	-	-
Ein- und Zweifamiliengebäude	"	110,4	190,3	113,4	-	-	-	125,0	-	-
Mehrfamiliengebäude	"	110,4	182,2	113,4	-	-	-	124,9	-	-
Gemischt genutzte Gebäude	"	109,4	183,3	112,6	-	-	-	123,6	-	-
Bürogebäude	"	109,5	175,9	112,1	-	-	-	123,2	-	-
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wohngeld nach dem Zweiten Wohngeldgesetz										
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	70 045	66 934	67 786	65 326	68 300	67 881	66 425	63 268	62 616
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1000 DM	5 923,7	6 185,0	6 975	6 702	6 122,3	6 184	5 970	5 645	5 603,0
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr										
Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels										
Einzelhandel	1970 = 100	161,7	167,6	139,3	171,1	167,6	156,1	160,4	173,7	165,6
davon Waren verschiedener Art ²⁾	"	175,2	185,6	161,6	196,6	172,3	158,3	168,0	206,0	172,3
Facheinzelhandel	"	157,2	165,4	142,6	171,1	168,2	167,1	162,2	175,0	173,1
Außenhandel										
* Ausfuhr aus dem Land Hamburg ^{3) 4)}	Mio. DM	600	598	531	667	590	636	932	742	655
davon Waren der	"	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Ernährungswirtschaft	"	89	94	93	112	92	79	84	100	85
* Gewerblichen Wirtschaft	"	511	504	438	555	498	557	847	642	570
* davon Rohstoffe	"	4	5	4	5	6	6	6	6	8
* Halbwaren	"	102	108	104	127	119	129	355	205	137
* Fertigwaren	"	405	391	330	423	373	422	486	431	425
* davon Vorerzeugnisse	"	63	75	63	95	83	69	91	82	83
* Enderzeugnisse	"	343	316	267	328	290	353	395	349	342
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern	"	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Europa	"	391	409	371	462	426	469	694	557	462
* dar. EG-Länder	"	261	267	259	304	281	296	510	381	306
Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure ⁵⁾	"	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Einfuhr	"	3 604	4 372	3 574	4 027	3 770	5 465	5 958	5 368	5 136
davon Europa	"	1 519	2 125	1 690	2 024	1 722	2 468	2 792	2 389	2 437
dar. EG-Länder	"	1 114	1 534	1 325	1 490	1 295	1 866	2 007	1 795	1 784
Außereuropa	"	2 085	2 247	1 885	2 003	2 048	2 996	3 166	2 979	2 699
Ausfuhr	"	1 411	1 530	1 423	1 718	1 732	1 624	2 102	1 998	2 060
davon Europa	"	892	1 022	886	1 172	1 258	1 064	1 463	1 461	1 498
dar. EG-Länder	"	595	685	589	794	952	685	1 064	1 030	1 035
Außereuropa	"	519	508	537	546	474	560	639	537	563
Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes										
* Gastgewerbe	1970 = 100	162,8	170,6	144,4	167,3	164,3	159,7	152,4	168,3	174,5
davon Beherbergungsgewerbe	"	161,5	172,8	141,0	167,8	172,9	147,1	153,9	170,6	183,5
Gaststättengewerbe	"	163,1	170,0	145,4	167,1	161,8	163,4	152,0	167,7	171,9
Fremdenverkehr⁶⁾										
* Fremdenmeldungen	1000	126,8	131,8	89,0	116,0	127,8	91,0	97,5	112,6	130,2
* dar. von Auslandsgästen	"	35,7	40,5	23,1	31,8	40,5	22,1	25,8	31,0	41,6
* Fremdenübernachtungen	"	223,2	234,7	159,7	208,7	234,2	162,8	172,8	205,6	236,2
* dar. von Auslandsgästen	"	63,9	72,4	42,8	58,6	73,2	42,2	47,6	58,7	77,6
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Seeschiffsverkehr über See	Anzahl	1 386	1 325	1 046	1 358	1 312	1 460	1 170	1 250	1 375
Angekommene Schiffe	1000 t	4 550	5 221	4 125	4 853	4 772	5 779	5 624	5 701	5 088
Güterverkehr über See	"	3 301	3 897	2 968	3 489	3 548	4 227	4 174	4 173	3 719
davon Empfang	"	649	675	566	689	726	719	661	740	698
dar. Sack- und Stückgut	"	1 249	1 324	1 157	1 365	1 224	1 552	1 450	1 528	1 369
Versand	"	756	768	632	856	754	776	775	774	752
dar. Sack- und Stückgut	"	50 007	53 117	45 723	51 810	53 010	53 852	61 575	61 336	56 571
Umgeschlagene Container ⁷⁾	Anzahl	435	481	397	457	503	484	553	556	536
In Containern umgeschlagene Güter ⁸⁾	1000 t	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	"	392	363	127	296	465	145	237	397	431
* Güterversand	"	560	498	129	444	560	365	497	641	591
Luftverkehr⁹⁾										
Starts und Landungen	Anzahl	5 310	5 445	4 381	5 214	5 283	5 091	4 831	5 395	5 114
Fluggäste	"	330 684	358 539	258 613	351 679	335 162	295 079	298 533	369 485	342 337
Fracht	t	2 077,6	2 206,8	2 041,4	2 501,1	2 119,1	2 134,0	2 423,0	2 733,8	2 298,2
Luftpost	"	596,3	808,7	569,0	742,6	746,1	839,8	851,6	897,9	808,0
Personenbeförderung im Stadtverkehr¹⁰⁾										
Schnell- und Vorortbahnen	1000	26 125	26 746	27 405	25 468	26 037	29 103	27 932	25 102	27 131
Busse und Straßenbahnen	"	22 309	22 620	23 492	22 951	21 831	24 615	23 418	21 688	21 872

¹⁾ für Neubau in konventioneller Bauart. — ²⁾ einschließlich Warenhäuser und Versandhandel. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁴⁾ Nachgewiesen werden nur die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁵⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die von Hamburger Firmen über hamburgische und außerhamburgische Grenzstellen ein- bzw. ausgeführt wurden. — ⁶⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — ⁷⁾ umgerechnet auf 20 Fuß-Basis. — ⁸⁾ einschließlich Eigergewicht der beladenen Container. — ⁹⁾ gewerblicher Verkehr; ohne Transit. — ¹⁰⁾ ausgewählte Verkehrsmittel des Hamburger Verkehrsverbundes.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Verkehr (Fortsetzung)										
Kraftfahrzeuge										
Bestand an registrierten Kraftfahrzeugen ¹⁾	1000	544,0	602,1	586,1	592,7	595,6	601,0	602,9	608,4	611,3
dar. Personenkraftwagen ²⁾	"	489,8	538,6	527,5	532,9	535,0	537,7	539,2	543,5	545,6
je 1000 Einwohner	Anzahl	294	326	317	321	322	-	326	329	329
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	"	6 483	6 254	4 890	9 928	8 622	5 911	6 784	8 486	7 555
* dar. Personenkraftwagen ²⁾	"	5 821	5 520	4 487	8 671	7 561	5 362	5 990	7 237	6 424
* Lastkraftwagen	"	425	431	302	700	471	412	512	609	405
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	933	826	469	632	852	783	655	702	977
* Getötete Personen	"	24	19	8	19	19	19	19	12	15
* Verletzte Personen	"	1 207	1 055	591	802	1 105	994	849	904	1 245
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen³⁾										
* Kredite ⁴⁾ an Nichtbanken insgesamt ⁵⁾	Mio. DM	66 953,3	72 749,0	66 681,3	67 314,7	68 005,2	71 536,5	71 975,2	72 864,3	73 546,2
* dar. Kredite ⁴⁾ an inländische Nichtbanken	"	63 415,7	69 390,1	63 217,7	63 790,9	64 460,3	68 180,4	68 658,7	69 443,6	70 170,0
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschließlich)	"	12 886,4	14 575,6	12 140,5	12 185,9	12 602,9	13 013,7	13 392,7	13 895,2	14 012,3
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	12 557,5	14 444,4	11 954,1	11 969,5	12 391,7	12 840,5	13 345,3	13 830,6	13 879,3
* an öffentliche Haushalte	"	328,9	131,2	186,4	216,4	211,2	173,2	47,4	64,6	133,0
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	6 987,8	7 502,8	7 164,4	7 297,2	7 233,8	7 444,8	7 294,3	7 309,6	7 358,6
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	5 432,2	5 753,1	5 237,1	5 367,8	5 305,8	5 637,4	5 442,0	5 441,0	5 476,6
* an öffentliche Haushalte	"	1 555,6	1 749,7	1 927,3	1 929,4	1 928,0	1 807,4	1 852,3	1 868,6	1 881,8
* Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	43 541,5	47 311,7	43 912,8	44 307,8	44 623,6	47 721,8	47 971,7	48 238,8	48 799,1
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	35 275,5	38 489,9	35 694,1	36 000,6	36 371,5	38 688,2	38 816,5	38 968,6	39 292,7
* an öffentliche Haushalte	"	8 266,0	8 821,8	8 218,7	8 307,2	8 252,1	9 033,6	9 155,2	9 270,2	9 506,4
* Einlagen und aufgenommene Kredite ⁶⁾ von Nichtbanken ⁷⁾	"	45 553,3	47 878,2	44 000,3	43 638,0	44 532,3	45 524,9	46 079,0	45 898,6	45 260,0
* Sichteinlagen und Termingelder	"	30 979,4	32 913,3	29 298,1	28 949,1	29 870,2	30 957,1	31 593,2	31 489,2	30 992,6
* von Unternehmen und Privatpersonen	"	25 250,3	27 299,1	23 632,7	23 400,8	24 086,7	25 514,3	25 916,4	26 080,3	25 750,4
* von öffentlichen Haushalten	"	5 729,1	5 614,2	5 765,4	5 548,3	5 783,5	5 442,7	5 678,8	5 408,9	5 242,2
* Spareinlagen	"	14 573,9	14 764,9	14 702,2	14 688,9	14 662,1	14 567,8	14 485,8	14 409,4	14 267,4
* bei Sparkassen	"	9 185,6	9 424,7	9 267,4	9 256,1	9 230,1	9 334,7	9 302,0	9 232,6	9 144,4
* Gutschriften auf Sparkonten ⁸⁾	"	770,7	745,3	704,8	708,3	668,1	1 029,1	712,0	788,7	850,6
* Lastschriften auf Sparkonten	"	730,9	772,5	631,5	721,6	694,9	1 226,2	794,0	865,1	992,6
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	25	26	26	30	25	21	28	25	38
* Vergleichsverfahren	"	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	419	365	347	414	438	318	329	322	273
* Wechselsumme	Mio. DM	2,9	3,8	3,2	4,9	5,1	2,8	2,4	2,4	2,9
Mahnverfahren										
Anträge auf Erlass eines Mahnbescheides ⁹⁾	Anzahl	26 661	25 032	23 759	27 493	21 172	21 175	24 219	24 873	22 228
Steuern										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
* Gemeinschaftsteuern	Mio. DM	1 111,0	1 355,6	-	-	1 215,9	-	-	-	891,4
* Steuern vom Einkommen	"	638,1	731,1	-	-	646,6	-	-	-	269,6
* Lohnsteuer ¹⁰⁾	"	377,0	396,2	-	-	372,0	-	-	-	206,8
* Veranlagte Einkommensteuer ¹¹⁾	"	149,9	146,0	51,4	225,8	126,4	92,1	8,5	329,8	26,5
* Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ¹²⁾	"	28,9	36,4	9,3	17,0	24,8	16,9	9,0	14,5	32,1
* Körperschaftsteuer ¹³⁾	"	82,4	152,5	-	-	123,4	-	-	-	4,3
* Steuern vom Umsatz	"	472,9	624,5	646,7	464,9	569,4	680,6	754,4	669,0	621,8
* Umsatzsteuer	"	218,6	304,6	346,0	214,7	263,7	339,8	320,1	215,8	193,7
* Einfuhrumsatzsteuer	"	254,3	319,9	300,7	250,2	305,7	340,8	434,3	453,2	428,1
* Bundessteuern	"	909,6	979,8	866,0	649,9	1 084,3	486,1	962,8	700,2	900,2
* Zölle (einschl. EG-Anteilzölle)	"	66,8	71,0	64,5	69,2	72,3	61,6	75,4	70,1	73,0
* Verbrauchsteuern	"	821,3	886,1	759,9	559,1	991,2	403,5	838,0	577,6	803,1
* Landessteuern	"	58,6	60,8	88,8	32,0	40,3	38,7	91,1	35,9	39,9
* Vermögensteuer	"	26,3	23,3	56,6	2,7	4,1	5,7	58,8	2,2	6,3
* Kraftfahrzeugsteuer	"	14,2	17,5	16,9	10,8	15,7	14,6	8,9	8,9	11,6
* Biersteuer	"	2,7	2,7	1,8	2,1	3,0	2,6	2,1	2,2	2,6
* Gemeindesteuern	"	140,9	157,2	232,6	65,1	110,3	118,1	278,5	64,1	36,9
* Grundsteuer A ¹⁴⁾	"	0,1	0,1	-	-	-	-	-	-	-
* Grundsteuer B ¹⁵⁾	"	17,2	17,5	9,2	12,3	20,5	6,3	17,6	15,5	2,9
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ¹⁶⁾	"	102,8	117,7	215,3	50,4	48,0	49,0	249,3	46,7	31,5
* Lohnsummensteuer ¹⁷⁾	"	20,4	21,5	-7,8	2,2	40,6	62,5	10,3	1,5	1,4

¹⁾ im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge; Stand Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und -post; Quelle: Zulassungsstelle für Kraftfahrzeuge. - ²⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. - ³⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. - ⁴⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. - ⁵⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts ist der Stand am 31. 12. und in den Monaten ist der Stand am Monatsende angegeben. - ⁶⁾ einschließlich Zinsgutschriften. - ⁷⁾ bis zum 30. 6. 1977; Zahlungsbefehl. - ⁸⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ⁹⁾ vor Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ¹⁰⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeiträge abgeglichen. - ¹¹⁾ einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - ¹²⁾ vor Abzug der Gewerbesteuerumlage. - ¹³⁾ wird ab 1980 nicht mehr erhoben.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Steuern (Fortsetzung)										
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes ¹⁾	Mio. DM	1 558,7	1 718,0	1 437,3	1 294,6	1 685,3	1 226,2	1 563,2		1 526,8
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	311,8	366,1	195,5	399,1	288,4	341,7	159,8	522,6	279,2
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	319,2	421,5	436,5	313,8	384,3	459,4	509,2	451,6	419,7
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	18,1	20,8	2,9	-	-	-	6,1	-	-
* Steuereinnahmen des Landes	"	382,4	432,7			347,3				43,6
* Anteil an den Steuern vom Einkommen ²⁾	"	254,1	291,7			285,8				25,0
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	51,6	59,3			21,2				28,7
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	18,1	20,8	2,9	-	-	-	6,1	-	-
* Steuereinnahmen der Gemeinde	"	172,1	184,9		180,0					45,6
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁴⁾	"	66,7	78,0	209,4	50,4	48,0	49,0	237,1	46,7	31,5
* Anteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer ⁵⁾	"	492,2	69,3			69,8				8,8
Hamburg verbleibende Steuereinnahmen ⁶⁾	"	492,2	558,2			517,2				76,0
Löhne und Gehälter										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
* männliche Arbeiter	DM	600	641			630	642			680
* dar. Facharbeiter	"	629	672			660	672			715
* weibliche Arbeiter	"	387	411			408	422			433
* dar. Hilfsarbeiter	"	359	382			378	392			397
Bruttostundenverdienste										
* männliche Arbeiter	"	14,14	14,98			14,79	15,09			15,89
* dar. Facharbeiter	"	14,75	15,62			15,41	15,68			16,60
* weibliche Arbeiter	"	9,62	10,17			10,09	10,45			10,73
* dar. Hilfsarbeiter	"	8,87	9,40			9,33	9,67			9,83
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
* männlich	"	3 274	3 513			3 481	3 663			3 795
* weiblich	"	2 378	2 517			2 485	2 588			2 660
Technische Angestellte und Meister										
* männlich	"	3 297	3 503			3 434	3 560			3 719
* weiblich	"	2 270	2 395			2 356	2 436			2 521
Bruttomonatsverdienste in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
* männlich	"	2 884	3 100			3 033	3 193			3 351
* weiblich	"	2 092	2 244			2 183	2 333			2 414
Öffentliche Sicherheit und Ordnung										
Feststellungen der Polizei										
Straftaten insgesamt										
dar. Straftaten wider das Leben	Anzahl	14 813	15 330	11 968	13 361	14 215	16 577	14 631	16 292	15 082
Straftaten wider die sexuelle Selbstbestimmung	"	7	5	7	4	1	8	8	6	7
Straftaten wider die sexuelle Selbstbestimmung	"	186	184	138	163	206	137	206	168	111
Rohheitsdelikte und Straftaten wider die persönliche Freiheit	"	1 024	1 273	1 109	1 229	1 091	1 521	1 377	1 549	1 189
Vermögens- und Fälschungsdelikte	"	1 974	1 875	2 207	1 774	1 692	1 886	1 892	2 452	2 029
Diebstahl	"	9 277	9 516	6 445	7 980	8 885	9 932	8 351	9 135	8 768
dar. unter erschwerenden Umständen	"	5 162	5 322	3 138	4 159	5 023	5 192	4 387	4 675	4 691
Außerdem Verkehrsvergehen	"	1 223	1 137	851	1 279	1 123	983	1 103	1 291	1 097
Einsätze der Berufsfeuerwehren										
Alarmierungen insgesamt										
dar. Feueralarme	"	16 838	17 610	16 861	17 351	16 468	18 098	17 784	17 518	18 332
dar. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	540	577	419	520	671	671	551	908	800
Rettungswageneinsätze	"	143	155	126	138	145	192	133	177	187
dar. für Krankenbeförderungen	"	15 097	15 509	14 563	15 662	14 726	16 245	14 905	15 582	16 134
	"	2 675	2 703	2 740	2 960	2 466	2 863	2 778	2 831	2 715
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren										
	"	185	217	169	166	199	264	194	439	581

¹⁾ ab 1979 ohne EG-Anteil Zölle. - ²⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ³⁾ nach Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ⁴⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - ⁵⁾ Steuereinnahmen des Landes und der Gemeinden und Gemeindeverbände / Länderfinanzausgleich und Lastenausgleichsabgaben (§ 6 LAG).

Hamburg im großräumlichen Vergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtsmonat	Berichtsmonat ¹⁾			
			1979			Hamburg
			Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	
Bevölkerung						
Bevölkerung insgesamt						
Wohnbevölkerung	1000	November	1 653,9	12 182,9	61 435,7	1 666,5
Lebendgeborene	Anzahl	..	1 031	8 575	47 400	1 008
Gestorbene	2 146	12 596	60 338	2 011
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	- 1 115	- 4 021	- 12 938	- 1 003
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze	4 667	28 065	57 944	4 879
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze	5 523	24 706	34 616	5 221
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	- 856	+ 3 359	+ 23 328	+ 342
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	- 1 971	- 662	+ 10 390	- 1 345
Ausländer						
Wohnbevölkerung	1000	September	132,3	515,3	4 143,8	124,0
Lebendgeborene	Anzahl	November	195	709	6 233	181
Gestorbene	16	81	691	20
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	+ 179	+ 628	+ 5 542	+ 161
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze	1 679	7 716	48 063	1 365
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze	1 250	5 000	30 441	1 016
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	+ 429	+ 2 716	+ 17 622	+ 349
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	+ 608	+ 3 344	+ 23 164	+ 510
Arbeitsmarkt						
Arbeitslose	Anzahl	Dezember	22 607	198 637	866 783	28 730
und zwar Männer	11 689	94 179	417 978	14 972
Frauen	10 918	104 458	448 805	13 758
Teilzeitkräfte	3 584	38 016	156 864	4 609
Ausländer	3 152	16 280	101 161	3 671
Arbeitslosenquote	%	..	3,3	4,4	3,8	4,2
Offene Stellen	Anzahl	..	8 476	47 786	268 189	6 922
Kurzarbeiter	234	10 898	80 336	5 925
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)⁵⁾						
Beschäftigte	Anzahl	Dezember	166 125	1 152 482	7 647 841	167 348
Geleistete Arbeiterstunden	1000	..	12 841	106 250	694 851	13 081
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	..	536	3 280	21 457	502
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁶⁾	3 125	14 825	84 493	2 643
Gesamtumsatz ⁷⁾	5 909	19 062	95 339	4 652
darunter Auslandsumsatz	748	4 062	24 758	567
Bauhauptgewerbe						
Beschäftigte	Anzahl	Dezember	30 940	258 735	1 250 594	30 571
Geleistete Arbeitsstunden	1000	..	3 073	24 069	115 926	2 873
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	..	101	579	2 758	85
Baugewerblicher Umsatz ⁷⁾	398	2 627	11 969	392
Fremdenverkehr						
Fremdenmeldungen ⁷⁾	1000	Dezember	85	491	2 738	81
darunter von Auslandsgästen	22	57	379	20
Straßenverkehr						
Zulassungen fabrikneuer Pkw ⁸⁾	Anzahl	Dezember	3 339	25 018	122 478	4 505
Steuern						
Steueraufkommen insgesamt	Mio. DM	Okt.-Dez.	9 485,3	21 362,1	95 338,7	8 008,9
darunter						
Gemeinschaftsteuern	4 786,6	13 759,1	68 898,9	3 592,5
Landesteuern	178,1	747,4	3 937,8	181,3
Gemeindesteuern	530,5	1 813,6	8 656,8	435,5

¹⁾ Bei Bestandsdaten: Stand am Monatsende. - ²⁾ Bei Bestandsdaten: Durchschnitt der nachgewiesenen Monate. - ³⁾ Stand Ende September. - ⁴⁾ Prozentpunkte. - ⁵⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn / -post.

		Jahresbeginn bis Berichtsmontat (einschl.) ¹⁾								
1978		1979			1978			Veränderung 1979 gegenüber 1978 in %		
Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschl. Berlin (West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschl. Berlin (West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschl. Berlin (West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschl. Berlin (West) –
12 182,4	61 331,9	1 658,5	12 177,0	61 357,0	1 672,4	12 187,8	61 325,6	- 0,8	- 0,1	+ 0,1
8 412	43 328	11 726	99 483	532 645	11 608	100 874	530 942	+ 1,0	- 1,4	- 0,3
12 110	57 823	21 565	135 224	648 315	21 713	135 943	660 404	- 0,7	- 0,5	- 1,8
- 3 698	- 14 495	- 9 839	- 35 741	- 115 670	- 10 105	- 35 069	- 129 462			
26 695	46 195	57 779	306 720	618 313	56 708	298 882	538 113	+ 1,9	+ 2,6	+ 14,9
24 830	34 600	58 311	267 964	389 771	60 403	276 274	428 890	- 3,5	- 3,0	- 9,1
+ 1 865	+ 11 595	- 532	+ 38 756	+ 228 542	- 3 695	+ 22 608	+ 109 223			
- 1 833	- 2 900	- 10 371	+ 3 015	+ 112 872	- 13 800	- 12 461	- 20 239			
490,2	3 981,1	³⁾ 132,3	³⁾ 515,3	³⁾ 4 143,8	³⁾ 124,0	³⁾ 490,2	³⁾ 3 981,1	+ 6,7	+ 5,1	+ 4,1
741	5 632	2 118	8 098	68 865	2 132	8 295	69 350	- 0,7	- 2,4	- 0,7
83	652	232	968	7 313	223	980	7 354	+ 4,0	- 1,2	- 0,6
+ 658	+ 4 980	+ 1 886	+ 7 130	+ 61 552	+ 1 909	+ 7 315	+ 61 996			
6 141	36 495	18 478	79 555	506 976	16 285	68 528	428 454	+ 13,5	+ 16,1	+ 18,3
5 143	30 521	11 835	53 812	332 891	12 892	58 679	378 414	- 8,2	- 8,3	- 12,0
+ 998	+ 5 975	+ 6 643	+ 25 743	+ 174 085	+ 3 393	+ 9 849	+ 50 040			
+ 1 656	+ 10 955	+ 8 529	+ 32 873	+ 235 637	+ 5 302	+ 17 164	+ 112 036			
229 146	1 006 721	24 713	198 756	876 137	29 107	222 406	992 948	- 15,1	- 10,6	- 11,8
111 868	494 977	12 784	93 990	416 943	15 260	109 046	488 832	- 16,2	- 13,8	- 14,7
117 278	511 744	11 929	104 766	459 194	13 847	113 360	504 116	- 13,9	- 7,6	- 8,9
45 254	187 355	4 080	40 842	169 913	4 834	45 376	187 314	- 15,6	- 10,0	- 9,3
17 757	108 936	3 205	15 204	93 499	3 596	15 575	103 524	- 10,9	- 2,4	- 9,7
5,1	4,4	3,6	4,4	3,8	4,3	4,9	4,3	⁴⁾ - 0,7	⁴⁾ - 0,5	⁴⁾ - 0,5
39 608	222 303	9 703	58 234	304 016	8 565	47 011	245 555	+ 13,3	+ 23,9	+ 23,8
26 339	126 650	2 677	19 318	87 613	6 319	28 902	190 714	- 57,6	- 33,2	- 54,1
1 142 846	7 576 723	165 872	p 1 147 379	p 7 607 788	168 280	1 147 846	7 584 138	- 1,4	p - 0,0	p + 0,3
108 520	710 420	166 348	p 1 421 852	p 9 253 475	168 159	1 429 233	9 255 996	- 1,1	p - 0,5	p - 0,1
3 074	19 958	6 025	p 36 307	p 238 467	5 695	34 160	223 156	+ 5,8	p + 6,3	p + 6,7
13 890	78 627	32 549			29 291	160 572	901 009	+ 11,1		
17 113	88 036	61 127	p 217 888	p 1 105 451	47 563	193 379	999 929	+ 28,5	p + 12,7	p + 10,6
3 502	23 167	6 754	p 42 401	p 265 577	6 122	39 603	240 341	+ 10,3	p + 7,1	p + 10,5
252 769	1 204 980	30 722	255 999	1 240 207	30 510	250 780	1 190 208	+ 0,7	+ 2,1	+ 4,2
20 313	99 649	41 555	349 491	1 724 241	44 073	361 691	1 687 326	- 3,5	- 3,4	+ 2,2
456	2 241	1 110	7 122	33 853	1 034	6 501	30 418	+ 7,4	+ 9,6	+ 11,3
2 658	11 799	2 972	19 433	92 080	2 568	16 917	77 964	+ 15,7	+ 14,9	+ 18,1
482	2 719	1 582	10 502	52 375	1 521	-10 356	51 164	+ 4,0	+ 1,4	+ 2,4
54	374	486	1 377	8 940	429	1 275	8 663	+ 13,4	+ 8,0	+ 3,2
32 289	154 831	66 242	516 991	2 616 444	69 846	534 519	2 656 678	- 5,2	- 3,3	- 1,5
19 401,6	90 376,9	31 573,0	74 954,4	342 560,4	27 334,9	67 938,5	318 212,7	15,5	10,3	7,7
12 099,1	63 991,9	17 198,8	-49 120,5	245 545,8	14 025,9	43 791,4	225 895,3	22,6	12,2	8,7
716,9	3 793,5	730,1	3 094,7	16 603,2	703,5	2 839,4	15 038,9	3,8	9,0	10,4
1 712,3	9 000,0	1 886,8	7 167,8	35 737,7	1 690,8	6 654,1	34 346,2	11,6	7,7	4,1

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, - ²⁾ ohne Umsatzsteuer, - ³⁾ für Berichtsgemeinden, -

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/ Main	Düssel- dorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bevölkerung													
Wohnbevölkerung ¹⁾	1000	1. Vj. 80 4. Vj. 79	1 651 1 653	1 902	1 300	979	658	631	594	581	555	543	484
darunter Ausländer	%	1. Vj. 80 4. Vj. 79	8,4 8,2	11,1	16,6	13,5	5,8	20,7	11,6	16,9	6,3	9,1	11,0
Lebendgeborene	Anzahl	1. Vj. 80 4. Vj. 79	3 164 3 089	4 189	2 630 2 347	2 355 2 176	1 365 1 295	1 274 1 366	1 172 1 131	1 272 1 248	1 139 1 074	1 155 968	939 r 950
darunter Ausländer	%	1. Vj. 80 4. Vj. 79	18,0 18,2	24,0	28,6 30,0	29,9 29,8	13,3 14,0	38,9 32,3	25,3 r 26,3	32,1 32,9	14,0 14,4	21,8 20,8	23,4 r 23,5
Lebendgeborene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 80 4. Vj. 79	7,8 7,4	8,7	8,2 7,2	9,8 8,8	8,4 7,8	8,2 8,6	8,0 7,5	8,9 8,5	8,3 7,7	8,6 7,1	7,9 7,8
Gestorbene	Anzahl	1. Vj. 80 4. Vj. 79	5 666 6 472	8 851	3 832 2 959	2 960 2 784	2 211 2 245	1 866 2 066	2 049 1 960	1 609 1 550	1 858 1 847	1 867 1 721	1 636 r 1 700
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 80 4. Vj. 79	13,9 15,5	18,5	12,0 9,0	12,3 11,3	13,6 13,5	12,0 13,0	14,0 13,1	11,2 10,6	13,6 13,2	13,9 12,6	13,7 r 13,9
Geborenen- (+) / Gestorbenen- überschuß (-)	Anzahl	1. Vj. 80 4. Vj. 79	- 2 502 - 3 383	- 4 662	- 1 202 - 612	- 605 - 608	- 846 - 950	- 592 - 700	- 877 - 829	- 337 - 302	- 719 - 773	- 712 - 753	- 697 r - 750
Zugezogene Personen	Anzahl	1. Vj. 80 4. Vj. 79	16 224 17 040	19 915	21 267 24 029	11 699 13 331	4 861 5 326	11 047 12 426	7 515 7 902	13 397 12 601	4 616 7 263	7 156 9 078	6 727 r 7 456
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 80 4. Vj. 79	39,9 40,9	41,5	66,4 r 73,3	48,5 54,0	30,0 32,1	71,0 78,1	51,3 52,7	93,6 86,2	33,8 51,8	53,4 66,2	56,4 r 61,1
Fortgezogene Personen	Anzahl	1. Vj. 80 4. Vj. 79	15 759 16 497	17 082	21 508 r 23 998	11 409 11 388	5 306 4 990	10 426 10 930	8 291 7 734	12 552 12 041	5 398 6 941	7 165 7 902	6 366 r 6 969
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 80 4. Vj. 79	38,7 39,6	35,6	67,2 r 73,2	47,3 46,1	32,7 30,0	67,0 68,7	56,7 51,5	87,7 82,3	39,5 49,5	53,5 57,7	53,4 r 57,1
Wanderungs- gewinn (+) / -verlust (-)	Anzahl	1. Vj. 80 4. Vj. 79	+ 465 + 543	+ 2 833	- 241 r + 31	+ 290 + 1 943	- 445 + 336	+ 621 + 1 496	- 776 + 168	+ 845 + 560	- 782 + 322	- 9 + 1 176	+ 361 r + 487
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 80 4. Vj. 79	+ 1,1 + 1,3	+ 5,9	- 0,8 r + 0,1	+ 1,2 + 7,9	- 2,7 + 2,0	+ 4,0 + 9,4	- 5,3 + 1,1	+ 5,9 + 3,8	- 5,7 + 2,3	- 0,1 + 8,6	+ 3,0 r + 4,0
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	Anzahl	1. Vj. 80 4. Vj. 79	- 2 037 - 2 840	- 1 829	- 1 443 r - 581	- 315 + 1 335	- 1 291 - 614	+ 29 + 796	- 1 653 - 661	+ 508 + 258	- 1 501 - 451	- 721 + 423	- 336 r - 263
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 80 4. Vj. 79	- 5,0 - 6,8	- 3,8	- 4,5 r - 1,8	- 1,3 + 5,4	- 8,0 - 3,7	+ 0,2 + 5,0	- 11,3 - 4,4	+ 3,5 + 1,8	- 11,0 - 3,2	- 5,4 + 3,1	- 2,8 r - 2,2
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	Anzahl	1. Vj. 80 4. Vj. 79	38 814 31 249	54 636	24 269 24 465	20 221 20 465	11 291 11 269	10 132 12 329	10 750 10 497	9 792 9 474	11 054	9 817 9 980	9 270 9 591
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 80 4. Vj. 79	95,4 75,0	113,9	75,8 r 74,7	83,8 82,9	69,6 67,8	65,1 77,5	73,5 70,0	68,4 64,8	78,9	73,3 72,8	77,7 78,6
Arbeitsmarkt¹⁾													
Arbeitslose	Anzahl	1. Vj. 80 4. Vj. 79	24 514 22 607	36 418 32 914	+ 21 949 + 21 595	22 922 17 751	13 237 13 112	+ 12 577 + 12 031	9 909 10 272	6 148 5 039	11 643 11 075	14 202 13 676	9 074 8 377
und zwar Männer	..	1. Vj. 80 4. Vj. 79	13 454 11 689	20 863 17 972	+ 9 810 + 9 087	12 712 9 893	8 052 7 970	+ 6 451 + 6 153	5 365 5 539	3 928 2 941	5 837 5 514	6 983 6 804	3 916 3 621
Frauen	..	1. Vj. 80 4. Vj. 79	11 060 10 918	15 555 14 942	+ 12 139 + 12 508	10 210 7 858	5 185 5 142	+ 6 126 + 5 878	4 544 4 733	2 220 2 098	5 806 5 561	7 219 6 872	5 158 4 756
Teilzeitkräfte	..	1. Vj. 80 4. Vj. 79	3 506 3 584	3 373 3 383	+ 4 506 + 4 782	2 723 1 949	1 717 1 767	+ 1 974 + 1 801	1 293 -	627 503	1 938 1 924	2 236 2 237	1 837 1 711
Arbeitslosenquote	%	1. Vj. 80 4. Vj. 79	3,6 3,3	4,6 4,1	2,4 r 2,4	5,7 5,3	5,6 5,5	2,4 r 2,3	3,6 r 3,7	2,2 1,8	5,3 5,0	4,2 4,1	3,8 3,5
Arbeitslose Ausländer	Anzahl	1. Vj. 80 4. Vj. 79	3 758 3 152	6 414 5 476	+ 3 903 + 3 555	5 836 4 375	1 102 1 103	+ 2 980 + 2 736	1 798 1 842	3 093 2 147	1 712 1 516	2 152 2 132	1 915 1 647
Offene Stellen	..	1. Vj. 80 4. Vj. 79	9 558 8 476	9 849 8 462	+ 17 628 + 14 695	5 765 4 147	2 602 1 954	+ 9 133 + 8 522	5 163 4 242	8 383 7 527	3 259 3 375	6 708 4 173	4 739 3 793
Kurzarbeiter	..	1. Vj. 80 4. Vj. 79	511 234	1 413 3 064	+ 605 + 231	15 466 12 721	293 553	+ 924 + 764	50 223	101 182	1 445 1 440	313 820	699 950

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)²⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	1. Vj. 80	167 794	183 823	191 330	127 393	58 071	109 725	p 91 675	131 426	75 267	100 599	98 994
		4. Vj. 79	166 125	182 601	190 725	128 306	60 367	110 427	90 172	130 976	75 694	99 768	99 755
je 1000 Einwohner		1. Vj. 80	102		147	130	88	174	p 154	226	136	185	205
		4. Vj. 79	100	96	146	131	92	175	151	226	136	184	206
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	1. Vj. 80	1 477	1 379	1 736	1 152	510	1 001	p 833	1 250	602	797	730
		4. Vj. 79	1 682	1 535	1 853	1 378	617	1 184	944	1 395	729	935	787
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr		1. Vj. 80	36	30	37	37	36	37	p 37	39	32	32	30
		4. Vj. 79	40	33	39	43	41	43	42	42	38	37	29
Umsatz aus Eigenerzeugung ³⁾	Mio. DM	1. Vj. 80	8 774	5 444	9 105	5 583	2 283	3 857	p 3 514	7 062	3 631	3 561	2 306
		4. Vj. 79	9 109	5 386	9 166	6 243	2 433	3 980	3 847	6 868	3 562	3 579	2 453
Gesamtumsatz ⁴⁾	Mio. DM	1. Vj. 80	16 742	5 714	9 761	6 566	2 596	5 086	p 4 005	7 965	4 212	3 831	2 501
		4. Vj. 79	17 166	5 678	9 891	7 145	2 770	5 268	4 283	7 714	4 163	3 843	2 991
darunter Auslandsumsatz ⁵⁾	Mio. DM	1. Vj. 80	1 718	734	3 185	1 810	318	1 789	p 1 127	2 711	710	1 160	559
		4. Vj. 79	1 900	713	3 072	2 105	404	1 924	1 498	2 664	784	1 191	601
Gesamtumsatz ⁶⁾	1000 DM je Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 80	41		30	27	16	33	p 27	56	31	29	21
		4. Vj. 79	41	12	30	29	17	33	29	53	30	28	25
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr		1. Vj. 80	405	126	207	209	181	188	p 177	246	227	154	102
		4. Vj. 79	410	123	206	221	182	189	188	234	218	153	119
Bauhauptgewerbe²⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	1. Vj. 80	25 801	33 189	37 209	13 691	11 641	18 498	12 910	14 430	10 899	8 955	10 971
		4. Vj. 79	25 887	33 657	37 705	13 546	11 615	18 449	12 854	13 328	10 641	10 201	10 833
Baugewerblicher Umsatz ³⁾	Mio. DM	1. Vj. 80	479	432	663	282	207	448	243	268	173	163	154
		4. Vj. 79	837	813	1 004	382	270	427	389	370	310	297	253
Fremdenverkehr													
Fremdenmeldungen	Anzahl	1. Vj. 80	301 082	276 216	540 521	191 830	49 697	364 841	191 793	113 075	66 144	101 706	101 625
		4. Vj. 79	361 972	322 365	593 429	186 394	49 687	380 329	187 169	119 961	70 895	112 728	132 024
Fremdenübernachtungen	"	1. Vj. 80	541 152	715 966	1 153 723	454 480	108 892	674 532	374 146	285 113	132 158	164 078	217 974
		4. Vj. 79	653 978	797 298	1 232 304	379 804	108 892	678 458	373 803	294 994	142 835	191 896	250 984
darunter von Auslands Gästen	"	1. Vj. 80	148 499	149 116	360 030	126 627	11 837	355 020	122 662	67 039	31 337	24 897	41 977
		4. Vj. 79	197 786	154 128	439 784	112 398	14 500	359 131	137 289	68 690	34 103	46 425	43 543
Fremdenübernachtungen je 1000 Einwohner und 1 Jahr		1. Vj. 80	1 329		3 604	1 884	670	4 333	2 556	1 991	966	1 225	1 827
		4. Vj. 79	1 569	1 663	r 3 761	1 539	r 656	4 264	2 491	2 017	1 019	1 400	2 056
Straßenverkehr													
Zulassung fabrikneuer Pkw	Anzahl	1. Vj. 80	18 589	18 591	16 799		8 047	16 223			6 091	5 345	5 422
		4. Vj. 79	13 166	11 853	11 902		r 5 457	13 379			4 447	3 834	4 464
Steuer-einnahmen													
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital – nach Abzug der Gewerbesteuerumlage u. ohne Lohnsummensteuer	Mio. DM	1. Vj. 80	333	117	197	153	70	244	149	170	72	96	173
		4. Vj. 79	140	38	164	33	5	188	22	63	52	30	– 11
(Gemeindeanteil)	DM je Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 80	818		615	635	43	1 568	1 021	1 185	530	714	1 451
		4. Vj. 79	335	78	r 500	134	33	1 180	144	428	374	221	– 92
Lohn- und Einkommensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	1. Vj. 80	157	109	99	18	10	14	12	10	47	3	47
		4. Vj. 79	242	107	210	167	113	142	135	118	64	110	75
DM je Einwohner und 1 Jahr		1. Vj. 80	385		309	74	62	87	83	67	347	26	398
		4. Vj. 79	582	222	r 641	679	678	895	898	808	457	800	618

¹⁾ am Ende des Berichtszeitraumes. – ²⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ³⁾ ohne Umsatzsteuer. – ⁴⁾ Arbeitsamtsbezirk. – ⁵⁾ einschl. Erkrath, Stadt. – ⁶⁾ einschl. der Städte Erkrath, Mildern und Ratlingen.

DIENSTAG, 2. DEZEMBER 1980

Hauptversammlung des VDSt:
Das kommunale Statistische Informationssystem

1. Informationsgrundlagen der kommunalen Selbstverwaltung – zur Funktion der Statistik in der Kommunalverwaltung –
Stadtrat Dr. Hans-Erhard Haverkampf,
Baudezernent der Stadt Frankfurt am Main
2. Komponenten und Ausbaustufen eines standardisierten Statistischen Informationssystems im kommunalen Bereich
Dipl.-Volkswirt Günter Appel, Berlin
3. Kommunalstatistik und Datenschutz
Dr. Hans-Joachim Kerkau, Berlin
4. Mikrodemographische Analyseverfahren auf der Grundlage der kommunalen Einwohnerdaten
Dipl.-Geograph Elmar Huss, München
5. Bau- und Wohnungswesen
– Die Funktion der Gebäudedatei im Statistischen Informationssystem
Dipl.-Volkswirt Rainer Döhla, Dortmund
– Wohnungsversorgungsanalyse mit Hilfe fortgeschriebener Gebäude und Einwohnerbestände
Professor Dr. Volker Kreibich, Dortmund

MITTWOCH, 3. DEZEMBER 1980

Ausschuß Stadtforschung des VDSt:
Indikatoren als Instrumente der Stadtforschung
– Eine Zwischenbilanz –

1. Zur Funktion von Beobachtungssystemen bei der Informationsbereitstellung für die kommunale Planung
Dipl.-Geograph Erwin Rothgang, Wuppertal
2. Anwendung von Indikatoren im Rahmen der Problemanalyse für kommunale Entwicklungsplanung
Dipl.-Sozialwirt Rainer Duss, Karlsruhe
3. Zielvorstellungen und Indikatoren – dargestellt am Beispiel der Altenplanung in Saarbrücken
Dr. Dietmar Talkenberg, Saarbrücken
4. Ansätze zu einer Erfolgskontrolle – dargestellt am Beispiel der Stadt Osnabrück
Dipl.-Volkswirt Gerd Weßel, Osnabrück

Ausschuß für Unternehmens- und Marktstatistik der DStG:
Arbeitskostenstatistik im internationalen Vergleich
Dipl.-Volkswirt Gustav-Adolf Lohmann, Luxemburg

Ausschuß Neuere statistische Methoden der DStG:
Zeitreihenanalyse

1. Zeitreihenanalyse heute – Ein Überblick –
Professor Dr. Siegfried Heiler, Dortmund

2. Konstruktionsprinzipien digitaler Filter
Professor Dr. Winfried Stier, Bochum
3. Bilineare Modelle in der Zeitreihenanalyse
Dr. Wolfgang Birkenfeld, Bielefeld
4. Saisonbereinigung mittels Kalman-Filterung
Dipl.-Mathematiker Horst Söll, Wiesbaden

Ausschuß für Regionalstatistik der DStG:
Regionalstatistische Probleme und Arbeiten in den Europäischen Gemeinschaften

1. Statistische Probleme einer Regionalpolitik der Europäischen Gemeinschaften
Professor Dr. Peter Treuner, Stuttgart
2. Die regionalstatistischen Arbeiten des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (SAEG)
Dr. Rainer Muthmann, Luxemburg

DONNERSTAG, 4. DEZEMBER 1980

Hauptversammlung der DStG:
Internationale Statistik

1. Grundfragen der internationalen Statistik
Professor Dr. Günter Menges, Heidelberg
2. Gegenwärtige Aktivitäten zur Entwicklung und Harmonisierung der Statistik im internationalen Bereich
Dr. Andreas Kahnert, Genf
3. Aufgaben und Probleme der amtlichen Statistik in der Bundesrepublik Deutschland aus ihren internationalen Kooperationsverpflichtungen
Dr. Günter Hamer, Wiesbaden
4. Methoden der Kaufkraftparitätenberechnung im Zusammenhang mit dem Problem des Realwertvergleichs von Bruttoinlandsprodukten
Dr. Hans-Dieter Färber, Luxemburg

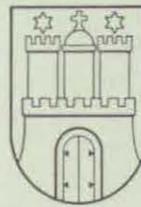
FREITAG, 5. DEZEMBER 1980

Ausschuß für Empirische Wirtschaftsforschung und Angewandte Ökonometrie der DStG:
Internationale Zusammenschlüsse ökonomischer Modelle und Modelle der internationalen monetären Abhängigkeit

1. Zur Problematik internationaler Wirtschaftsprojektionen anhand des OECD-Wachstumszenarios
Professor Dr. Bernd Spahn, Frankfurt
2. Empirisch-analytische Fragestellung im internationalen Kapitalverkehr
Dr. Heinrich Matthes, Frankfurt
3. Ökonometrische Modelle zur Erklärung der Wechselkurse
Dr. Peter Kugler, Basel

Interessenten können nähere Einzelheiten beim Statistischen Landesamt der Freien und Hansestadt Hamburg, Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11, Telefon (040) 36 81-637 erfragen.

Hamburg in Zahlen



Zeitschrift des
Statistischen Landesamts
der Freien und
Hansestadt Hamburg

Heft 9. 1980

Das Statistische Stichwort	
○ Wanderungen	218
Die interessante Zahl	
○ Wanderungsplus für Norddeutschland	218
Statistik aktuell	
○ Einkommen der Haushalte	218
○ Mehr Fahrerlaubnisse	218
○ Deutliche Zunahme des Auftragseingangs	219
○ 16 600 Betten im Beherbergungsgewerbe	219
○ Filmwirtschaft in Hamburg	219
○ Ehescheidungen 1979	219
*	
Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe	220
Mängel an Straßenfahrzeugen	226
*	
Das interessiert in Hamburg	
○ Diagramme	228
○ Hamburg heute und gestern	228
○ Neue Schriften	229
○ Der Draht zum StaLa	229
*	
Hamburger Zahlenspiegel	230
Hamburg im großräumlichen Vergleich	236
Hamburg im Städtevergleich	238

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.
Verlag und Vertrieb:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Erhard Hruschka

Einzelpreis DM 2,50;
Jahresabonnement DM 20,-
Druck: Hermann Kampen, Hamburg 1

ISSN 0017-6877

Das Statistische Stichwort

Wanderungen

Unter Wanderungen versteht man in der Bevölkerungsstatistik die Wohnsitzveränderungen natürlicher Personen, die für ständig oder zumindest für längere Zeit an einen anderen Ort ziehen. Wenn die Wandernden Verwaltungsgrenzen, z. B. der Gemeinden, Bundesländer oder Staaten, überschreiten, spricht man von Außenwanderung; verbleiben sie innerhalb dieser Grenzen, handelt es sich um Binnenwanderungen.

Die Wanderungen gliedern sich in den Strom der Zuzüge von außerhalb in das beobachtete Gebiet, den der Fortzüge aus diesem Raum heraus in andere Gegenden und in innergebietliche Umzüge. Aus Zu- und Fortzügen kann der Wanderungssaldo eines Gebiets errechnet werden, der den Zugzugsgewinn oder Abwanderungsverlust innerhalb einer Periode kennzeichnet.

Die Bedeutung der Wanderungen für die Bevölkerungsentwicklung liegt vor allem darin, daß sie nahezu alle Altersgruppen betreffen und damit relativ schnell erhebliche Veränderungen von Bestand und Struktur der Bevölkerung bewirken können. Zur Beobachtung der Wanderungsbewegung werden deswegen in den Ländern des Bundesgebiets neben Herkunfts- und Zielgemeinde (bei Wanderungen über die Bundesgrenze Herkunfts- bzw. Zielland) Geschlecht, Alter, Familienstand, Erwerbstätigkeit, Staatsangehörigkeit und Religion der Zu- und Fortziehenden erfaßt und ausgewertet. Die Angaben (ohne Name und Anschrift) werden den für die An- und Abmeldung ausgefertigten amtlichen Meldescheinen entnommen. Die Wanderungsstatistik enthält damit alle Wanderungsfälle, also auch Mehrfachumzüge derselben Personen.

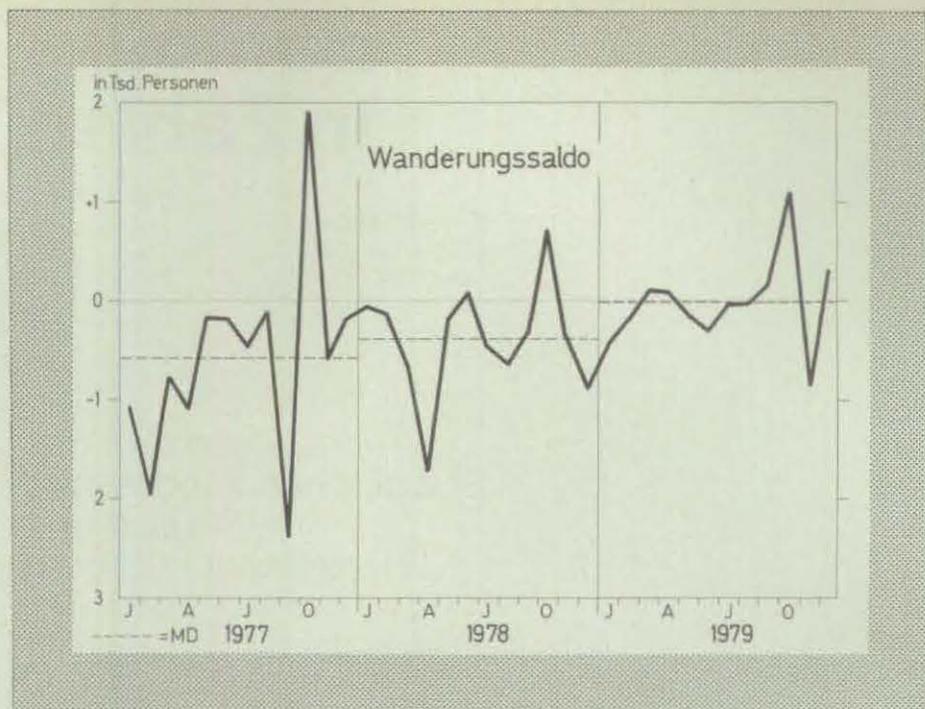
Jens Gerhardt

Die interessante Zahl

Wanderungsplus für Norddeutschland

Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen haben zusammengekommen in den Jahren 1970 bis 1979 einen Einwohnerzuwachs aus Binnenwanderungen von 60 275 Personen zu Lasten der übrigen Bundesländer erzielt. Interessant ist, daß Wanderungsgewinne für Norddeutschland in allen betrachteten Jahren gemeldet werden konnten.

Erhard Hruschka



Statistik aktuell

Einkommen der Haushalte

Bei einer Repräsentativumfrage (Mikrozensus) wurde 1979 auch die Einkommenssituation der rund 800 000 Hamburger Haushalte (ohne die der Landwirtschaft) ermittelt. 70 Prozent aller Hamburger Haushalte hatten danach ein Einkommen unter 2500 DM, wovon aber der weitaus größere Teil, nämlich drei Viertel, über mehr als 1200 DM für den Lebensunterhalt verfügte. 18 Prozent aller Haushalte haben als Einnahmen 2500 DM bis 3000 DM angegeben und fast zwölf Prozent stufen sich in die Einkommensklasse über 3500 DM ein.

Zum Haushaltseinkommen zählen alle monatlichen Nettoeinnahmen der Haushaltsmitglieder aus Erwerbstätigkeit, Renten, Unterstützungen oder Vermögen.

Die Höhe des Einkommens ist vielfach mit der Personenzahl im Haushalt eng verbunden, da oftmals mehrere Haushaltsmitglieder zu den Einnahmen beitragen. So verschieben sich die Anteile der Einkommensklassen bei den Einpersonenhaushalten gegenüber denen mit mehreren Personen stark in die niedrigeren Gruppen. Zwar liegt bei beiden Haushaltstypen mit jeweils rund 50 Prozent der Schwerpunkt in der Klasse zwischen 1200 DM und 2500 DM, doch machen bei den Alleinstehenden die Einkommensbezieher unter 1200 DM weit über 40 Prozent aller Einpersonenhaushalte aus; die Gruppe über 2500 DM ist dagegen nur gering besetzt.

Noch stärker unterscheiden sich die

Einkommensverhältnisse zwischen den alleinstehenden Männern und Frauen. Die allgemein am stärksten besetzte Einkommensgruppe von 1200 DM bis 2500 DM weiß für Männer 61 Prozent aus, während für die Frauen der entsprechende Anteil 47 Prozent beträgt. Fast die Hälfte aller alleinstehenden Frauen hat weniger als 1200 DM für den Lebensunterhalt.

Erwin Schmude

Mehr Fahrerlaubnisse

1979 wurden in Hamburg 39 200 Fahrerlaubnisse erteilt – nahezu vier Prozent mehr als im Jahr zuvor. Hierbei waren zwei Drittel Ersterteilungen von Führerscheinen; bei den übrigen handelt es sich zur Hauptsache um Wiedererteilungen nach vorhergehendem Entzug und um Erweiterungen auf eine andere Fahrerlaubnisklasse. Gut vier Fünftel der Ersterteilungen wurden in der Klasse 3 (Personenkraftwagen und Lastkraftwagen bis 7,5 t) vergeben. Dabei ging jeder zweite neue Führerschein an eine Frau.

In über 7200 Fällen – ungefähr zwei Prozent weniger als im Jahr zuvor, aber wiederum zu fast 85 Prozent wegen Trunkenheit – mußten 1979 die Hamburger Gerichte und Verwaltungsbehörden Maßnahmen anordnen, die das Führen von Kraftfahrzeugen auf öffentlichen Straßen vorübergehend oder auch für immer untersagen. Der Anteil der Frauen an diesen Fällen betrug weniger als acht Prozent.

Walter Queren

Deutliche Zunahme des Auftragseingangs

Das Verarbeitende Gewerbe in Hamburg verzeichnete im ersten Halbjahr 1980 um 8,6 Prozent höhere Auftrags-eingänge als im entsprechenden Vorjahreszeitraum, wobei die Bestellungen aus dem Inland um 9,4 Prozent und aus dem Ausland um 6,3 Prozent zunahmen.

Besonders günstig verlief die Entwicklung im Investitionsgütergewerbe. Durch eine kräftige Ausweitung des Inlandsgeschäftes, woran der Schiffbau maßgeblich beteiligt war, erhöhten sich die Auftragseingänge insgesamt um 9,7 Prozent. Überdurchschnittlich war auch die Ordertätigkeit im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (plus 9,3 Prozent). Im Verbrauchsgütergewerbe erreichten die Auftragseingänge dagegen nur etwas mehr als das Vorjahresniveau (plus 0,3 Prozent). Günther Neuß

16 600 Betten im Beherbergungsgewerbe

Das Hamburger Beherbergungsgewerbe hält zur Zeit in 335 Betrieben für seine Gäste insgesamt 16 600 Betten bereit. Obwohl sich die Zahl der Betriebe seit der letzten Erhebung im Jahr 1979 um zwölf verringerte, konnte die Bettenzahl durch Aus- und Umbau nicht nur gehalten, sondern um über 100 Betten erhöht werden. 29 Hotels haben jeweils über 100 und mehr Betten. Sie verfügen über 44 Prozent der gesamten Übernachtungskapazität. Ein Drittel der Betriebe hat weniger als 20 Betten. Erich Walter

Filmwirtschaft in Hamburg

In Hamburg gibt es 126 Unternehmen der Filmwirtschaft. Sie beschäftigen in zum Teil auswärts gelegenen Betrieben über 2000 Personen und erzielen rund 220 Mio. DM Umsatz. Fast die Hälfte dieser Unternehmen sind im Bereich der Filmherstellung tätig. Mit durchschnittlich fünf Beschäftigten und 1,3 Mio. DM Umsatz handelt es sich um recht umsatzstarke Firmen. Zehn Unternehmen befassen sich mit Verleih und Vertrieb. Hier erzielen siebzig Beschäftigte einen Umsatz von 15 Mio. DM.

Die 47 Filmtheaterunternehmen unterhalten insgesamt 88 Spielstellen innerhalb und außerhalb Hamburgs. Ein Viertel aller Beschäftigten der Filmbranche ist hier tätig und erwirtschaftet

23 Mio. DM. Die für Hamburg wirtschaftlich bedeutendste Sparte bilden die elf Unternehmen, die filmtechnische Betriebe unterhalten. Dieser Bereich, der 1200 Beschäftigte umfaßt, bestreitet mit über 100 Mio. DM Umsatz den größten Teil der ganzen Branche. Erich Walter

Ehescheidungen 1979

Im Jahr 1979 wurden in Hamburg rund 3200 Ehen geschieden. Die Höhe dieser Zahl deutet darauf hin, daß sich die Unsicherheit über Verfahren und Folgen des neuen Scheidungsrechts verminderte. Die Ehescheidungen haben sich gegenüber 1978 fast verdreifacht und rund 55 Prozent der Anzahl des Jahres vor der Reform (1976) erreicht.

Fast alle Ehelösungen sind die Folge von Scheidungen, nur in fünf Fällen handelte es sich 1979 um Aufhebungen oder Nichtigkeitserklärungen. Über zwei Drittel aller geschiedenen Ehen (Fall 1) wurden mit Einverständnis beider Ehegatten über Scheidung, Sorgerecht für gemeinsame Kinder, Unterhaltsansprüche, Ehwohnung und Hausrat nach Ablauf einer Mindesttrennungsdauer von einem Jahr geschieden (§ 1565 Abs. 1 BGB in Verbindung mit [i. V. m.] § 1566 Abs. 1 BGB, § 630 ZPO). In knapp einem Fünftel der Fälle (Fall 2) wurde die Ehe geschieden, weil die Lebensgemeinschaft der Ehegatten seit mindestens einem Jahr nicht mehr bestand und nicht erwartet werden konnte, daß die Ehegatten sie wiederherstellen (§ 1565 Abs. 1 BGB). Bei acht Prozent der Scheidungen (Fall 3) lebten die Ehegatten bereits mehr als drei Jahre getrennt voneinander (§ 1565 Abs. 1 BGB i. V. m. § 1566 Abs. 2 BGB). In weiteren sechs Prozent der Fälle (Fall 4) lebten die Eheleute zwar noch kein ganzes Jahr getrennt, die Fort-

setzung der Ehe hätte jedoch für denjenigen, der die Scheidung beantragte, eine unzumutbare Härte dargestellt aus Gründen, die in der Person des anderen Ehegatten lagen (§ 1565 Abs. 1 BGB i. V. m. § 1566 Abs. 2 BGB).

Überwiegend wurde die Scheidung von der Frau beantragt, und zwar in sechs von zehn Fällen, während der Mann nur halbsooft Antragsteller war und in einem Zehntel der Fälle beide die Scheidung anstrebten. Besonders häufig wurde die Scheidung dann von der Frau betrieben, wenn der Grund beim Manne lag (Fall 4) oder die Lebensgemeinschaft nicht mehr bestand (Fall 2). Bei fast 70 Prozent dieser Art begründeter Scheidungen war die Frau Antragstellerin. Am wenigsten geht das Verfahren auf die Frau zurück (52 Prozent der Fälle), wenn der Scheidungsantrag unter Berufung auf drei Jahre des Getrenntlebens gestellt wird (Fall 3). Der Anteil der Männer unter den Antragstellern erreicht in diesem Fall den höchsten Wert (46 Prozent).

Von beiden Ehegatten zusammen wird das Verfahren am häufigsten nach einem Jahr der Trennung beantragt (Fall 1). Dies ist nicht verwunderlich, da eine Scheidung zu diesem Zeitpunkt ohnehin nur möglich ist, wenn beide Ehegatten einverstanden sind.

Fast die Hälfte aller Scheidungen betraf Ehen, die zehn und mehr Jahre gedauert hatten, jede vierte Trennung wurde im fünften oder einem früheren Ehejahr vollzogen. Die meisten Scheidungen gab es 1979 in Hamburg im fünften Jahr nach der Eheschließung.

55 Prozent aller Ehen waren zum Zeitpunkt der Scheidung kinderlos. In etwas mehr als einem Viertel der Fälle hatten die Ehepaare ein Kind und bei jeder siebenten Ehelösung zwei Kinder. Insgesamt wurden 1979 von der Scheidung ihrer Eltern 2211 Kinder betroffen. Jens Gerhardt

Ehescheidungen 1979 nach Gründen und Antragstellern

Grund	Insgesamt	Das Verfahren wurde beantragt						von beiden
		vom Mann			von der Frau			
		zusammen	ohne Zustimmung der Frau	mit	zusammen	ohne Zustimmung des Mannes	mit	
§ 1565 Abs. 1 BGB i. V. m. § 1566 Abs. 1 BGB	2 148	649	x	649	1 292	x	1 292	207
§ 1565 Abs. 1 BGB	591	160	128	32	396	295	101	35
§ 1565 Abs. 1 BGB i. V. m. § 1566 Abs. 2 BGB	252	116	103	13	130	111	19	6
§ 1565 Abs. 1 BGB i. V. m. § 1565 Abs. 2 BGB	191	51	25	26	130	71	59	10
Aufgrund anderer Vorschriften	1	-	-	-	-	-	-	1
Ehescheidungen insgesamt	3 183	976	256	720	1 948	477	1 471	259

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe

Vorbemerkung

Im Zuge der Reform der Industriestatistik ist wie für das kurzfristige Berichtssystem im Verarbeitenden Gewerbe über Beschäftigte, Auftragseingang, Umsatz und Produktion auch für die jährliche Befragung der Unternehmen bzw. Betriebe über ihre Investitionstätigkeit ein neues Erhebungs- und Aufbereitungskonzept eingerichtet worden. Die Umstellung erfolgte stufenweise, zunächst im Berichtsjahr 1976 mit der Einführung der revidierten Systematik der Wirtschaftszweige in der für das Verarbeitende Gewerbe abgeleiteten Fassung (SYPRO). Dieser erste Schritt war gleichbedeutend mit einer unternehmens- und betriebsorientierten Neufestlegung der Produktionsschwerpunkte für alle einbezogenen Wirtschaftseinheiten und führte zu sehr uneinheitlichen Verschiebungen in der Besetzung der Wirtschaftszweige im Gegensatz zu der bis dahin üblichen Darstellung nach der alten Systematik. Im Berichtsjahr 1977 wurde dann die Erweiterung auf das heute für alle Statistiken im Verarbeitenden Gewerbe gültige Unternehmenskonzept vorgenommen. Außerdem wurde das Verarbeitende Handwerk unmittelbar in die Erhebung einbezogen. Während in den Vorjahren in der Regel nur Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten berücksichtigt wurden und über das Handwerk in einer getrennten Statistik Bericht erstattet wurde, umfaßt der neue Berichtskreis nunmehr alle Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes (Industrie und Verarbeitendes Handwerk) von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten, ergänzt um Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen anderer Wirtschaftsbereiche. Der Systematiksprung von 1975 auf 1976 hat Veränderungen gegenüber der ehemaligen Ergebnisdarbietung bewirkt, die nur unzureichend quantifiziert werden können. Ein Vergleich mit Daten aus früheren Jahren ist deshalb erheblich erschwert, in einigen besonders betroffenen Zweigen praktisch überhaupt nicht möglich. Einen noch deutlicheren Bruch in den Jahreszahlen hat die anschließende Ausweitung des Berichtskreises von 1976 auf 1977 hervorgerufen, über deren Wirkung allerdings globale Informationen vorliegen. So läßt sich beispielsweise abschätzen, daß der heutige Erhebungsumfang durch die Einbeziehung des Verarbeitenden Handwerks um bis zu zwei Fünfteln über der ursprünglichen Unternehmenszahl

liegt. Die Bedeutung des Handwerks innerhalb der Gesamtheit ist jedoch – gemessen am Beschäftigtenanteil (sechs Prozent) oder am Umsatz (ein Prozent) bzw. an den Investitionen (knapp 2,5 Prozent) – verhältnismäßig gering. Andererseits sind die Auswirkungen auf die einzelnen Wirtschaftszweige sehr unterschiedlich. Zumindest in den handwerklich ausgerichteten Branchen, wie dem Straßenfahrzeugbau, der Herstellung von Backwaren oder in der Fleischwarenindustrie, macht sich der Zugang überdurchschnittlich bemerkbar. Noch bedeutsamer ist die allgemeine Berichtskreiserweiterung um die Betriebe mit bis zu 49 tätigen Personen. Legt man die Erhebungsergebnisse aus 1978, das Handwerk eingeschlossen, zugrunde, so fällt etwa die Hälfte der erfaßten Betriebe in diese Kategorie. Sie kommen auf neun Prozent aller Beschäftigten, vier Prozent des Gesamtumsatzes und immerhin fünf Prozent der Investitionssumme. Dies sind bereits Größenordnungen, die für Analysen über einen längeren Zeitraum durchaus von Belang sind und eine Bereinigung des aktuellen Zahlenmaterials erfordern. Läßt man die von Betrieben mit weniger als 50 Mitarbeitern stammenden Daten unberücksichtigt, so dürfte gleichzeitig auch der weitaus größte Teil des hinzugekommenen Handwerks außer Betracht bleiben, das ja überwiegend aus Klein- und Mittelbetrieben besteht. Damit reduziert sich das Problem der Brüche in den Zeitreihen im wesentlichen auf den Systematiksprung im Jahr 1976, so daß die Entwicklung der Investitionstätigkeit nunmehr auch über einen längeren Zeitraum hinweg mit einigermaßen vergleichbarem Material beobachtet werden kann. Die folgende Untersuchung berücksichtigt die methodisch bedingten Veränderungen, indem zur Darstellung der Investitionsstrukturen und der aktuellen Situation der umfassende Datenbestand aus den Jahren 1978 bzw. 1977, für die längerfristige Betrachtung dagegen nur die Angaben von Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten herangezogen werden. Zuvor muß allerdings noch eine weitere Neuerung im Zusammenhang mit der Erhebungs- und Aufbereitungstechnik der Investitionserhebung erwähnt werden, die den Aussagewert wichtiger Beziehungszahlen sowohl grundsätzlich als auch im Vergleich zu den vor 1977 errechneten Werten einschränkt: Zur Entlastung der Berichtspflichtigen wird seit 1977 auf die originäre Erfassung der Beschäftigten- und Umsatzdaten im Rahmen dieser

Statistik verzichtet. Derartige, zum Beispiel zur Ermittlung der Investitionsintensität bzw. der Investitionsquoten benötigte Informationen werden heute durch Übernahme des Septemberwertes (Beschäftigte) bzw. durch Addition der zwölf Monatswerte eines Kalenderjahres aus der kurzfristigen Konjunkturberichterstattung der Betriebe in die Jahreserhebung übernommen. Sie entstammen also einerseits einer Schnellmeldung, die oft auf Schätzungen oder vorläufigen Berechnungen der Unternehmen beruht und stimmen andererseits hinsichtlich der Abrechnungsperiode häufig mit dem der Investitionserhebung zugrundeliegenden Geschäftsjahr und den endgültig bilanzierten Daten nicht überein. Im Einzelfall können sich hieraus bei der Berechnung von Beziehungszahlen beträchtliche Ungenauigkeiten ergeben, über deren Ausmaß jedoch zur Zeit nur wenig Erfahrungen vorliegen. Es ist davon auszugehen, daß durch den Verfahrenswechsel im Jahr 1977 ein zusätzlicher methodischer Bruch in den Zeitreihen über die Entwicklung der auf Beschäftigte und Umsatz bezogenen Investitionstätigkeit entstanden ist.

Hoher Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen 1978

Nach dem Stand vom September 1978 gab es in Hamburg 813 Unternehmen der Industrie und des Verarbeitenden Handwerks mit 20 und mehr Beschäftigten. Sie verzeichneten während ihres 1978 abgelaufenen Geschäftsjahres Bruttoanlageinvestitionen, d. h. Zugänge an erworbenen oder selbst erstellten Sachanlagen ohne Abzug von Wertminderungen (Abschreibungen), in einer Höhe von 1,8 Mrd. DM. Nur schätzungsweise die Hälfte dieses Betrages kam Unternehmensteilen innerhalb der Hamburger Landesgrenzen zugute, da auch diejenigen Aufwendungen enthalten sind, die für firmeneigene Betriebe im übrigen Bundesgebiet und Berlin (West) eingesetzt werden. Andererseits fehlen in dieser Summe die Investitionen für etwa 100 hiesige Niederlassungen von auswärtigen Unternehmen. Eine Aufbereitung aller Unternehmensdaten nach dem Land des jeweiligen Betriebssitzes wird nicht durchgeführt, so daß die Hamburg betreffenden Zahlen für eine regional bezogene Analyse nicht zur Verfügung stehen. Deshalb ist es zur Beurteilung der Investitionstätigkeit im Land Hamburg in Anbetracht der doch erheblichen grenzübergreifenden

Unternehmensverflechtung notwendig, allein von den Erhebungsergebnissen für Betriebe auszugehen.

Die Zahl aller in der Hansestadt ansässigen Niederlassungen des Verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten belief sich 1978 – unabhängig vom Unternehmensstandort – auf 1004 Einheiten. Bei 852 von ihnen wurden in dieser Zeit Aufwendungen für Bruttoanlageinvestitionen im Wert von 1,1 Mrd. DM verbucht. Nicht ganz vier Fünftel davon (über 876 Mio. DM) betrafen Ausrüstungsinvestitionen, also den Kauf von Maschinen, Werk- und Fahrzeugen, sowie Büro- und Geschäftsausstattungen. 225 Mio. DM entfielen auf Bauinvestitionen für Fabrik- oder Verwaltungsgebäude sowie auf den Erwerb von Grundstücken, darunter etwa 4,4 Mio. DM für unbebautes Gelände.

Im Vergleich zu 1977 erhöhten sich die Investitionsausgaben um ungefähr 128 Mio. DM und damit um mehr als 13 Prozent. Geht man von einem nur geringfügigen Preisanstieg für Investitionsgüter aus – der Index der inländischen Erzeugerpreise für diese Warengruppe lag 1978 lediglich um 2,5 Prozent über dem Vorjahresniveau –,

so ergab sich auch real eine relativ kräftige Steigerung des Investitionsvolumens. Ein derartiger jährlicher Zuwachs ist seit Ende 1973 nicht mehr eingetreten. Er spiegelt deutlich die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Aktivität nach der fast vierjährigen Konjunkturlaute wider, die 1978 auch in den zunehmenden Auftragseingangszahlen und im Anschluß daran in einer branchenweise allerdings noch recht unterschiedlichen Produktionsausweitung zum Ausdruck kam. Die zu diesem Zeitpunkt bereits erhöhte Investitionsbereitschaft ist um so beachtlicher, als die Absatzentwicklung (gemessen an den preisbereinigten Umsätzen) 1977 noch nicht wesentlich günstiger verlaufen war als im Jahr zuvor und 1978 sogar wieder leicht rückläufig war. Die als Verhältnis von Anschaffungsaufwand zu Umsatzerlös definierte Investitionsquote wurde dadurch für 1978 um fast ein Zehntel auf 2,3 Prozentpunkte angehoben. Gleichzeitig sank die Zahl der Arbeitskräfte in den Betrieben, 1978 allein um über 2400 Personen auf knapp 171 000 (minus 1,4 Prozent), so daß die auf einen Beschäftigten bezogene Investitionssumme – gewöhnlich als Investitionsintensität bezeichnet – um

knapp 15 Prozent auf 6 445 DM anstieg. Dies läßt den Schluß zu, daß ein erheblicher Teil der Aufwendungen Automatisierungsbemühungen gegolten hat und daß insbesondere die Mehrausgaben im Vergleich zu 1977 auch durch Rationalisierungsbestrebungen induziert waren. Diese Aussage ist allerdings aus dem erhobenen Datenmaterial nicht unmittelbar abzuleiten. Da Abschreibungswerte nicht erfaßt werden und deshalb keine Aufwandsgliederung in Neu- bzw. Ersatzinvestitionen vorgenommen werden kann, entfällt auch jede Möglichkeit, den Umfang von Rationalisierungsmaßnahmen zu schätzen. Ein Hinweis ergibt sich jedoch daraus, daß die Ausrüstungsinvestitionen mit einem Plus von fast 15 Prozent überdurchschnittlich stark aufgestockt wurden. Der Anteil der Ausgaben für Instandhaltung und Auswechslung von maschinellen Anlagen wie auch für den Ersatz des Produktionsfaktors Arbeit, also die allgemein in Richtung auf einen höheren Automatisierungsgrad wirksamen Anschaffungen, dürfte diesmal besonders groß gewesen sein. Demgegenüber gab es bei den Bau- und Grundstücksinvestitionen, die in der Hauptsache den Ausgaben für Ka-

Tabelle 1 **Bruttoanlageinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Hamburg 1978**

Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Wirtschaftsbereich	Betriebe		Beschäftigte am 30. September	Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Bruttoanlageinvestitionen			Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr
	insgesamt	mit Investitionen			insgesamt	je Beschäftigten	im Verhältnis zum Gesamtumsatz	
Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	184	159	43 344	27 385,1	507,5	11 708	1,9	+ 21,1
dar. Mineralölverarbeitung	19	17	10 116	20 927,4	319,3	31 567	1,5	+ 60,5
Verarbeitung von Steinen und Erden	38	29	3 544	367,2	18,5	5 229	5,0	- 4,9
Nicht-Eisen-Metallerzeugung	8	6	4 892	2 052,7	29,5	6 036	1,4	- 33,4
Chemische Industrie	90	82	15 383	2 946,7	99,9	6 495	3,4	+ 2,2
Gummiverarbeitung	10	9	7 170	606,9	26,1	3 643	4,3	- 43,4
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	441	368	86 146	10 374,9	334,0	3 877	3,2	+ 28,3
dar. Stahl- und Leichtmetallbau	48	40	5 594	395,5	12,8	2 288	3,2	- 11,4
Maschinenbau	121	101	18 722	2 100,7	51,3	2 742	2,4	+ 9,5
Straßenfahrzeugbau	53	46	6 842	420,3	26,4	3 853	6,3	- 1,7
Schiffbau	22	19	14 668	1 411,3	78,5	5 352	5,6	+ 70,8
Elektrotechnik	95	82	22 549	4 602,8	84,1	3 731	1,8	+ 11,4
Feinmechanik und Optik	51	46	3 241	376,9	13,6	4 196	3,6	+ 29,9
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	201	170	16 594	1 635,3	61,6	3 712	3,8	- 40,6
dar. Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Schmuck, Füllhaltern	14	12	3 217	294,1	11,2	3 474	3,8	+ 28,8
Holzverarbeitung	21	18	870	89,1	2,6	2 941	2,9	- 91,1
Papier- und Pappeverarbeitung	18	16	1 881	150,8	9,4	5 016	6,3	- 7,6
Druckerei und Vervielfältigung	83	78	6 894	678,1	28,9	4 192	4,3	- 35,1
Herstellung von Kunststoffen	21	15	1 519	157,3	5,4	3 577	3,5	- 9,1
Bekleidungsindustrie	29	21	987	145,0	2,5	2 533	1,7	- 32,5
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	178	155	24 776	8 029,2	198,2	7 999	2,5	+ 4,5
dar. Herstellung von Backwaren	48	40	2 228	153,9	8,9	3 996	5,8	+ 65,8
Herstellung von Süßwaren	10	10	3 518	717,1	44,9	12 767	6,3	+ 194,6
Ölmühlen	4	4	1 411	1 707,9	-21,2	15 035	1,2	- 0,2
Verarbeitung von Kaffee und Tee	10	9	2 074	1 930,4	5,3	2 531	0,3	- 58,3
Herstellung von Futtermitteln	15	14	985	777,4	8,8	8 891	1,1	- 26,3
Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1 004	852	170 860	47 424,5	1 101,3	6 455	2,3	+ 13,2
davon in Betrieben mit								
1 bis 49 Beschäftigten	537	323	15 452	1 942,6	58,3	3 772	3,0	- 9,9
50 " 199 "	303	275	28 321	4 586,3	96,5	3 406	2,1	- 30,8
200 " 499 "	94	87	29 798	9 041,2	206,6	6 933	2,3	+ 0,8
500 " 999 "	42	40	27 824	10 459,9	288,9	10 385	2,8	+ 88,9
1 000 und mehr "	28	27	69 465	21 444,5	451,0	6 492	2,1	+ 9,7

kapazitätserweiterungen zugerechnet werden können, nur eine Expansion um etwa neun Prozent. Dabei lag der Erwerb von zusätzlichem Grund und Boden sogar um beinahe die Hälfte unter dem Vorjahreswert.

Wichtigster Investor war die Mineralölverarbeitung

Die Beteiligung der einzelnen Wirtschaftszweige an der Investitionstätigkeit ist naturgemäß sehr unterschiedlich. Die Branchenstruktur der Betriebsausgaben und deren Veränderung steht unter anderem in Fällen von Mehrbetriebsunternehmen in einem engen Verhältnis zur Finanzkraft und wirtschaftlichen Entwicklung der zum Teil in internationalen Konzernverflechtungen gebundenen Unternehmen. Zur Berücksichtigung dieser Zusammenhänge liegen keine statistischen Angaben vor, so daß die Investitionsdaten der Betriebe hier nur in Abhängigkeit von ihren eigenen Beschäftigten- und Umsatzanteilen am Branchen- und Gesamtergebnis für Betriebe betrachtet werden können. Dabei ist es unerheblich, daß weit mehr als die Hälfte aller erfaßten Niederlassungen Einbetriebsunternehmen darstellt; den entscheidenden Einfluß auf den Umfang der Investitionstätigkeit übt eine relativ kleine Zahl hiesiger Zweigbetriebe von Großunternehmen aus, darunter auch eine Reihe von Hauptverwaltungen ohne Hamburger Produktionsstätten.

Mit einem Absatz im Wert von über 27 Mrd. DM für 1978 war das Grundstoff- und Produktionsgewerbe die umsatzstärkste Wirtschaftshauptgruppe des Verarbeitenden Gewerbes. Die Investitionsausgaben der hierzu rechnenden 184 Betriebe beliefen sich auf mehr als 507 Mio. DM, das sind rund 46 Prozent der Aufwendungen im Verarbeitenden Gewerbe überhaupt. Bei unveränderter Beschäftigtenzahl und einem allerdings überwiegend preisbedingten Umsatzanstieg (plus 15 Prozent) erhöhte sich der Anschaffungswert gegenüber 1977 um ungefähr 21 Prozent. Die Expansion war allein auf die starke Zunahme der Investitionstätigkeit in der Mineralölverarbeitung zurückzuführen, die ihre Ausgaben um drei Fünftel aufgestockt und damit wie üblich den Investitionsschwerpunkt in Hamburg gesetzt hat. Mit beinahe 320 Mio. DM erreichte dieser Zweig einen Anteil von 29 Prozent am neugebildeten Sachkapital aller einbezogenen Firmen und hat seine dominierende Rolle für den Investitionshaushalt des Verarbeitenden Gewerbes gefestigt. Die Mittel wurden insbesondere für die Umrüstung der Produktionsanlagen zur Herstellung umweltfreundlicherer Treibstoffe, aber auch zur Erweiterung der Raffinerie- und Speicherkapazitäten

verwendet. Andere Zweige der Hauptgruppe, wie die Gummiverarbeitung und die Nicht-Eisen-Metallerzeugung, wiesen im Vergleich zu 1977 einen beträchtlichen Rückgang ihrer Anlagenkäufe aus, was auf eine konjunkturell bedingte Abnahme der Investitionsneigung hindeutet. Dies dürfte in gewisser Weise auch für die Chemische Industrie gelten, deren Anschaffungswert nach leichten realen Umsatzeinbußen bei 100 Mio. DM stagnierte. Dieser nach der Elektrotechnik und dem Maschinenbau beschäftigungsintensivste Zweig in Hamburg liegt zwar weiterhin an zweiter Stelle in der Rangfolge aller Branchen, hat aber hinsichtlich der Investitionsintensität gegenüber früher nachgelassen, da gleichzeitig die Zahl der tätigen Personen um fast drei Prozent ausgedehnt wurde. Recht hoch – wenn auch kleiner als 1977 – fiel der Aufwand für Bauinvestitionen aus (nahezu 26 Mio. DM), was ebenso wie der Beschäftigtenzuwachs auf einen gestiegenen Anteil an Erweiterungsmaßnahmen, d. h. auf neugeschaffene Kapazitäten, hindeutet.

Das Investitionsgüterproduzierende Gewerbe ist – gemessen am Arbeitsplatzpotential – die größte Wirtschaftshauptgruppe in Hamburg. Ihre Investitionstätigkeit gilt in der Regel als besonderes Indiz für konjunkturelle Schwankungen, da sich hier die Nachfrage der gesamten Wirtschaft nach Anlagegütern niederschlägt. 1978 waren dieser Hauptgruppe 441 Niederlassungen mit über 86 000 Mitarbeitern zugeordnet. Mit doppelt so viel Arbeitskräften wie in der hiesigen Grundstoffproduktion beschäftigte sie gut die Hälfte aller im Verarbeitenden Gewerbe tätigen Personen, kam aber nur auf etwas mehr als ein Fünftel des Gesamtumsatzes (10,4 Mrd. DM). Der Absatz war sogar gegenüber 1977 leicht rückläufig, was jedoch weniger konjunkturabhängig als durch niedrigere Jahresabschlüsse im Schiffbau und Verlagerung von Produktion im Straßenfahrzeugbau nach außerhalb Hamburgs beeinflusst war. Dennoch lag der Anteil aller Investitionsgüterhersteller am Investitionsvolumen auch 1978 wieder bei 30 Prozent (334 Mio. DM). Im Unterschied zum Vorjahr, einer Periode mit allenthalben noch sehr schwacher Investitionsneigung, hat der allgemeine Konjunkturaufschwung gerade im Investitionsgütersektor eine beträchtliche Erhöhung der Ausgaben ausgelöst. Im Durchschnitt wurde zu gut 28 Prozent mehr investiert, wobei insbesondere die Zunahmen für Bauinvestitionen ins Auge fallen. Ein Drittel des 1978 eingesetzten Kapitals galt Reparatur- und Neubauvorhaben an Gebäuden sowie dem Ankauf von Grundstücken. Dies mögen recht deutliche Anzeichen für eine sich allmählich wieder selbsttragende Investitionsgüterkonjunktur sein. Andererseits ist festzustellen, daß

eine ganze Reihe von Betrieben (über 70) in dem Jahr überhaupt keine Investitionsausgaben gemeldet hat und nicht alle Wirtschaftszweige an der Expansion gleichermaßen beteiligt waren. So verringerten sich die Beträge im Stahl- und Leichtmetallbau sowie im Straßenfahrzeugbau und die zweitwichtigste Branche im Investitionsgütergewerbe, der Maschinenbau, verbuchte nur einen Mehraufwand von knapp zehn Prozent. Auch die Elektrotechnik gehörte nicht zu den Zweigen mit überdurchschnittlichem Investitionswachstum. Lediglich 1,8 Prozent des 1978 erzielten Umsatzerlöses – die weitaus geringste Quote innerhalb der Hauptgruppe – wurde für die Bildung von Anlagevermögen verwendet. Das Elektrogewerbe lag jedoch bei einem absoluten Wert von 84 Mio. DM weiterhin an der Spitze aller Investitionsgüterbetriebe.

Vor allen Dingen wurden hier Ausstattungsinvestitionen getätigt, die nach gesunkener Beschäftigtenzahl und kaum verbesserter Absatzsituation eher Automatisierungs- und Rationalisierungstendenzen vermuten lassen. Mit nur geringfügigem Abstand folgte der Schiffbau, dessen nahezu 79 Mio. DM immerhin zu über zwei Fünfteln auf Kapazitätserweiterungen zurückgehen. In dieser Branche war eine Ausgabenerhöhung im Vergleich zu 1977 von beinahe 71 Prozent zu verzeichnen. Noch steiler stieg die Aufwandssumme im Luftfahrzeugbau an, in dem der Vorjahreswert sogar verdoppelt wurde. Auch dort spielten Erweiterungsinvestitionen zum Ausbau der Produktionsanlagen eine wesentliche Rolle. Beide Zweige waren somit diesmal die wachstumsbestimmenden Faktoren im Investitionsgütersektor.

Wachstumshemmende Wirkung ging vom Verbrauchsgütergewerbe aus, dessen Investitionsaufwand im Verhältnis zu 1977 um etwa 40 Prozent niedriger ausfiel. 1978 erreichte der Anschaffungswert in dieser nach Umsatz und Beschäftigung kleinsten Hauptgruppe nur noch etwas mehr als 61 Mio. DM. Das entsprach einem Anteil von 5,6 Prozent an der Investitionssumme im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Investitionstätigkeit der hiesigen Verbrauchsgüterhersteller in den beiden vorausgegangenen Jahren ausgesprochen rege war, bedingt durch die im Ablauf der Wirtschaftskrise frühzeitig einsetzende Erholung der Nachfrage nach Verbrauchsgütern. Die dominierende Stellung innerhalb dieses Bereiches nimmt in Hamburg das Druckerei- und Vervielfältigungsgewerbe ein. Seine 83 Betriebe bestritten trotz einer Abnahmerate um über ein Drittel beinahe die Hälfte des Investitionswertes (29 Mio. DM), wovon über 90 Prozent auf neue maschinelle Anlagen

entfielen. Dem waren 1976 und 1977 hohe Anteile an Gebäude- und Grundstücksinvestitionen vorausgegangen. Einzige Branche mit gestiegenem Investitionsvolumen ist die sehr heterogen zusammengesetzte Gruppe der Musikinstrumenten-, Spielwaren-, Schmuck- und Füllhalterfabrikanten, die vor allem ihre Ausgaben für Ausstattungsinvestitionen gesteigert haben. Der Zuwachs betrug fast ein Viertel des Aufwands von 1977. Die stärksten Abnahmen im Verarbeitenden Gewerbe überhaupt verzeichneten die Betriebe der Holzverarbeitung. Sie gehörten 1978 auch zu den Zweigen mit den deutlichsten Beschäftigten- und Umsatzeinbußen. Wie im Bekleidungs-gewerbe lag ihr Investitionswert nur noch bei etwa 2,5 Mio. DM.

Die Investitionstätigkeit im Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe blieb insgesamt gegenüber 1977 praktisch unverändert. Die Branchenentwicklung war zwar allgemein von Arbeitsplatz- und Umsatzrückgang gekennzeichnet, verlief aber hinsichtlich des Erwerbs von zusätzlichem Anlagevermögen doch sehr uneinheitlich. Das Wachstum in der Süßwarenproduktion muß hierbei allerdings außer Betracht bleiben; die Verdreifachung der Bruttoanlageinvestitionen wie auch die Zunahmen beim Personal und in den Umsatzwerten ist lediglich die Folge eines Zweigwechsels einer bedeutenden Firma aus dem Bereich der Gemüseverarbeitung in die Herstellung von Süßwaren. Damit stieg diese Gruppe 1978 zu einem der Hauptinvestoren im Nahrungsmittel-gewerbe auf. Ähnliches Gewicht hatten nur die drei Hamburger Brauereien, deren Investitionsvolumen um ein Drittel über dem Vorjahresniveau lag. Dagegen reduzierte der umsatzstärkste Zweig dieser Hauptgruppe, die Kaffeeröstereien, ihren Anschaffungswert um fast drei Fünftel auf nur noch fünf Mio. DM, während die Bäckereien ihre Ausgaben um zwei Drittel auf nicht ganz neun Mio. DM erhöhten. Über zwei Fünftel des Aufwands wurden für Bauinvestitionen eingesetzt. Da auch die Brauereien und die Süßwarenfabrikanten überdurchschnittliche Investitionen für Baumaßnahmen getätigt haben, scheint der Anteil an Erweiterungsinvestitionen – ähnlich wie im Investitionsgütersektor – recht hoch ausgefallen zu sein. Das läßt auch hier Folgeinvestitionen in den kommenden Jahren und damit wieder ansteigende Beträge für zusätzliche bzw. neue maschinelle Anlagen erwarten.

Investitionswachstum und -intensität der Großbetriebe am stärksten

Die Gliederung der erfaßten Firmen nach der Zahl der in ihnen tätigen Personen ermöglicht die Darstellung der Anlagentätigkeit in Relation zur Be-

triebsgrößenstruktur. Eine solche Übersicht erlaubt nicht nur Aussagen über die Konzentration von Beschäftigung, wirtschaftlicher Leistung und Zugang an Bruttoanlagevermögen; hieraus lassen sich auch weitere Einblicke in die Zusammenhänge zwischen Investitionsvolumen und Kapital- bzw. Arbeitsintensität der Produktionsabläufe gewinnen.

Eine grobe Aufteilung der Betriebsdaten aus 1978 in drei Größenklassen ergibt, daß fast 500 der rund 1000 Arbeitsstätten in die Kategorie mit unter 50 Beschäftigten einzustufen waren. Weitere 300 Einheiten hatten zwischen 50 und 199 Mitarbeiter, nur zu 160 Firmen gehörten mehr als 200 Personen. Man kann die beiden unteren Klassen als die Gruppe der Mittelbetriebe bezeichnen, zumal die geringe Menge der hier mitgezählten Zweigniederlassungen mit weniger als 20 Arbeitsplätzen für diese Betrachtung nahezu bedeutungslos ist. Für diese Mittelbetriebe errechnet sich ein Anteil von weit über vier Fünftel aller Betriebe. Auf die größeren Niederlassungen entfielen hingegen nur 16 Prozent der Fälle. Für diese Gruppe ist jedoch noch eine tiefere Gliederung zweckmäßig: 94 Arbeitsstätten unterhielten einen Personalbestand von 200 bis 499 Mitarbeitern und bei 42 Einheiten wurden zwischen 500 bis 999 Arbeitskräfte gezählt. Lediglich 28 eindeutige Großfirmen wiesen 1000 und mehr Arbeitsplätze auf. So gesehen besteht das Verarbeitende Gewerbe in Hamburg überwiegend aus Mittelbetrieben.

Die Verteilung der Beschäftigung sowie der Absatz- und Investitionswerte liefert jedoch ein gänzlich anderes Strukturbild: Die Mittelbetriebe (44 000 tätige Personen) kamen nur auf ein Viertel der Personenzahl und mit 6,5 Mrd. DM sogar nur auf unter 14 Prozent des gesamten Verkaufserlöses. Diesem Umsatzverhältnis entsprach auch ihr Anteil am Investitionsvolumen. Der 1978 eingesetzte Betrag lag bei 155 Mio. DM. Die Betriebe mit mehr als 200 Beschäftigten stellten drei Viertel aller Arbeitskräfte und erwirtschafteten etwa 86 Prozent des Absatzwertes. Dabei verfügten die beiden Gruppen mit 200 bis 999 Personen über ungefähr gleichstarke Beschäftigten- und Umsatzanteile, ihre Beteiligung an der Investitionstätigkeit war aber recht unterschiedlich. Die niedrigere Klasse mit bis zu 499 Arbeitsplätzen besaß nur einen Aufwandsanteil von 19 Prozent (207 Mio. DM), während die nächst höhere Klasse auf über 26 Prozent kam (289 Mio. DM). Den Schwerpunkt innerhalb der Größenklassenrangfolge bildeten die 28 Großfirmen. Mit knapp 70 000 Betriebsangehörigen – das sind rund zwei Fünftel aller im Verarbeitenden Gewerbe Tätigen – erzielten sie über 45 Prozent des Gesamtumsatzes (mehr

als 21 Mrd. DM). Die hier verbuchten Anschaffungen in Höhe von 451 Mio. DM bedeuteten einen Anteil an den Investitionsausgaben von 41 Prozent.

Die Gegenüberstellung zeigt, daß sich die wirtschaftliche Aktivität – gemessen am Arbeitseinsatz, Umsatzergebnis und Investitionsaufwand – auf die wenigen Großfirmen konzentriert hat. Dies ist im Bezug auf die Anlagentätigkeit keine außergewöhnliche Feststellung, da speziell hinter diesen Niederlassungen in der Regel auch die Finanzkraft bedeutender Mehrbetriebsunternehmen steht, in Hamburg vor allem aus den Bereichen der Mineralölverarbeitung, der Chemie und der Elektrotechnik. Sie beeinflussen den Kapitaleinsatz in seiner absoluten Höhe weit stärker, als dies die vielen kleineren, zum Teil als Einbetriebsunternehmen organisierten Firmen aufgrund ungünstiger Finanzierungsmöglichkeiten können. Besondere Aussagefähigkeit bekommt das nach Größenklassen gegliederte Datenmaterial erst im Zeitvergleich. Hier haben sich tatsächlich gegenüber 1977 beträchtliche Verschiebungen ergeben, die für die Beurteilung der konjunkturellen Situation und der Wachstumstendenzen des Verarbeitenden Gewerbes in Hamburg von Interesse sind. So war in der Beschäftigung ein leichtes Plus zugunsten der Niederlassungen mit 500 und mehr tätigen Personen zu verzeichnen, hervorgerufen durch Zugänge in der Chemischen Industrie und im Luftfahrzeugbau. Die Beschäftigtenverteilung über die Größenklassen blieb insgesamt jedoch verhältnismäßig stabil. Demgegenüber gab es in der Umsatzentwicklung Unterschiede. Während die mittleren Betriebe – ausgenommen die kleinen Zweigniederlassungen von Mehrbetriebsunternehmen – durchweg Absatzsteigerungen von nominell sechs bis acht Prozent erzielen konnten, war die Umsatzbewegung bei den größeren Firmen sehr uneinheitlich. Negative Tendenzen zeigten sich vor allem bei den Niederlassungen mit 200 bis 499 Personen, hohe Zunahmen (plus 15 Prozent) meldeten die Betriebe mit 500 bis 999 Arbeitskräften, hier insbesondere Hersteller von Schmuck- und Spielwaren sowie das Druckerei- und Vervielfältigungsgewerbe. Der nur mittelmäßige Umsatzgewinn der Großfirmen war durch die bereits angesprochenen schlechteren Jahresabschlüsse im Schiffbau bedingt. In der Größenklassenstruktur der Umsatzverteilung sind damit nur unwesentliche Veränderungen eingetreten. Immerhin haben die Mittelbetriebe und erst recht die Einheiten mit 500 und mehr Beschäftigten ihre Stellung verbessern können, während die übrigen Betriebsgrößen an Gewicht verloren haben.

Verglichen mit den Arbeitsplatz- und Umsatzverhältnissen hat die Investitionstätigkeit in den zwei Jahren bei den Mittelbetrieben einen ausgesprochen negativen Verlauf genommen. Die Ausgaben für zusätzliches Bruttoanlagevermögen wurden um ein Viertel gekürzt. Nur noch knapp 2,5 Prozent des Umsatzes wurden für diesen Zweck verwendet; 1977 betrug diese Quote noch über drei Prozent. Davon waren in erster Linie Bauinvestitionen und Grundstückskäufe betroffen, also überwiegend wachstumswirksame Anschaffungen. Dies läßt den Schluß zu, daß die Mittelbetriebe – und damit die Mehrheit des Verarbeitenden Gewerbes – auf die konjunkturelle Wiederbelebung noch unzureichend reagiert haben. Zumindest war die Neigung der Firmen sehr gering, bereits zu diesem Zeitpunkt kapitalintensivere Produktionsverfahren einzuführen, das heißt zu automatisieren bzw. zu modernisieren. Bei fast unverändertem Personalbestand nahm das Investitionsvolumen je Beschäftigten sogar um 1000,- DM auf etwa 3450,- DM ab. Ganz offensichtlich standen zur Erhöhung des Outputs auch noch genügend maschinelle Kapazitätsreserven zur Verfügung, so daß der vermeintlich gesunkene Mechanisierungsgrad – wenn überhaupt – nur zu einem sehr geringen Teil auf den verminderten Investitionsaufwand zurückgeführt werden kann. Anders ist die Tendenz bei den größeren Betrieben zu beurteilen. Sie waren bei weitem flexibler in der Anpassung an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, allen voran die Niederlassungen mit 500 bis 999 tätigen Personen. In dieser Größenklasse erhöhten sich die Anschaffungen von Maschinen und Bauten im Durchschnitt um beinahe 90 Prozent, um weit mehr als nach dem damaligen Umsatzplus zu erwarten war, und zwar mit stärkerem Akzent auf den Bauinvestitionen. Die Investitionsquote expandierte von 1,7 auf 2,8 Prozent, den höchsten Wert innerhalb der Größenklassengruppierung. Diese Quote wurde von einzelnen Branchen sogar noch ganz erheblich übertroffen, beispielsweise im Luftfahrzeugbau, im Schiffbau, in der Papier- und Pappeverarbeitung oder bei den Back- und Süßwarenfabriken sowie den Brauereien. Diese Zweige wiesen, wie bereits ausgeführt, die höchsten Wachstumsraten in ihrer Investitionstätigkeit aus. Hierbei waren allerdings auch etliche Großfirmen mitbestimmend.

Errechnet man auch für die größeren Niederlassungen ab 200 Beschäftigten die Investitionsintensität (Investitionssumme je Beschäftigten), so ist festzustellen, daß die Kennzahl für diesen Bereich im Mittel um mehr als das Doppelte über der für die kleineren Firmen lag. Dieser Unterschied erklärt sich vor allen Dingen daraus, daß die

Produktionsverfahren bei den Großbetrieben vom Grundsatz her kapitalaufwendiger sind als bei den übrigen Niederlassungen. Die Mineralölverarbeitung, die Holzverarbeitung, die Ölmühlen und die Brauereien sind hier als Beispiele für hohen Automatisierungsgrad anzuführen, während die meisten Branchen des Investitionsgütergewerbes überwiegend arbeitsintensive Techniken verwenden. Hinsichtlich der doch beträchtlichen Zunahme gegenüber 1977 waren je nach Größenklasse verschiedene Gründe maßgebend: zum einen – und dies betrifft alle Bereiche gleichermaßen – ist der Preisauftrieb für Investitionsgüter zu berücksichtigen, durch den die hinzugekommenen Sachanlagen höher zu bewerten waren. Zum anderen ist der Anstieg in der Größenklasse von 200 bis 499 Beschäftigten ausschließlich auf das Minus in der Zahl der besetzten Arbeitsplätze zurückzuführen. Hier haben Mechanisierungs- und Rationalisierungsvorgänge nur eine geringe Rolle gespielt, zumal auch einige Betriebsabgänge in die nächst folgende Größenklasse zu verzeichnen waren. Ein Teil der überdurchschnittlichen Expansion der Gruppe mit Arbeitsstätten zwischen 500 bis 999 tätigen Personen geht also auf diesen Zugewinn zurück. Dennoch bedeutet die Ausdehnung der Investitionen je Beschäftigten von 5500,- DM im Jahr 1977 auf fast 10400,- DM in einem Jahr, daß in dieser Größenklasse wachstumsfördernde technische Fortschritte in den Produktionsprozessen gemacht worden sind. Der Haupteinfluß kam aus der Elektrotechnik, der Feinmechanik und Optik. Dagegen haben die vergleichsweise mäßigen Zunahmen in der Investitionsintensität der Großfirmen ihre Ursache insbesondere in dem hohen Ausmaß an Ersatzanschaffungen in der Mineralölver-

arbeitung sowie an Erweiterungsinvestitionen im Schiff- und Luftfahrzeugbau.

Entscheidender Wachstumsimpuls seit 1975 aus dem Investitionsgütergewerbe

Der betrieblichen Investitionstätigkeit geht in der Regel ein längerfristiger Entscheidungsprozeß voraus. Die endgültige Entscheidung wird häufig auch unabhängig vom jeweils herrschenden Konjunkturklima getroffen. Speziell Ersatzinvestitionen sind durch den Abschreibungsrhythmus oft um Jahre vorherbestimmt und werden je nach der gerade vorzufindenden Kapitalmarktsituation allenfalls kurzfristig verschoben bzw. vorgezogen. Es ist deshalb davon auszugehen, daß eine Kurzfristanalyse über zwei Kalender- bzw. Geschäftsjahre in Relation zu den Konjunkturdaten dieser Periode die Bewegung der Anlagetätigkeit tendenziell nur unzureichend wiedergeben kann. Hinzu kommt, daß eine Branchen- oder Größenklassendarstellung über eine derart kurze Periode von zufälligen Erscheinungen beeinflusst sein kann, wie sie beispielsweise durch den Zweigwechsel einer einzigen, bedeutenden Firma oder durch Zu- bzw. Abgang eines Betriebes aus einer ansonsten schwach besetzten Gruppe hervorgerufen werden. Es ist daher angebracht, die Beobachtung der Investitionsausgaben auf einen längeren Zeitraum auszudehnen. Wenn man zu diesem Zweck noch Zusammenfassungen von jeweils zwei Jahreswerten vornimmt, können Zufallsschwankungen bis zu einem gewissen Umfang ausgeschaltet und Abweichungen zwischen Kalender- und Geschäftsjahren nivelliert werden, ohne daß dabei die Wiedergabe der charakteristischen ständigen Auf-

Tabelle 2 Entwicklung von Beschäftigung und Bruttoanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe ¹⁾ in Hamburg seit 1970

Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

Zeitraum	Betriebe JD	Beschäftigte		Bruttoanlageinvestitionen			darunter Maschinen ²⁾ im Verhältnis zu den Brutto- anlageinvestitionen JD
		JD	1970 = 100	insgesamt JD	1970 = 100	je Beschäftigten JD	
1971/72	554	193 025	95,9	1 128,6	128,0	5 847	75,6
1973/74	502	180 432	89,6	1 335,8	151,5	7 404	76,3
1975/76	450	160 698	79,8	980,4	111,2	6 101	82,7
1977/78	472	156 466	77,7	975,6	110,6	6 235	79,5

1) bis 1975 einschließlich nach der Systematik der Wirtschaftszweige in der Fassung von 1961, sowie ohne das Verarbeitende Handwerk; ab 1976 nach der revidierten Systematik der Wirtschaftszweige in der Fassung für das Produzierende Gewerbe (Sypro) von 1975.

2) einschl. maschinelle Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung.

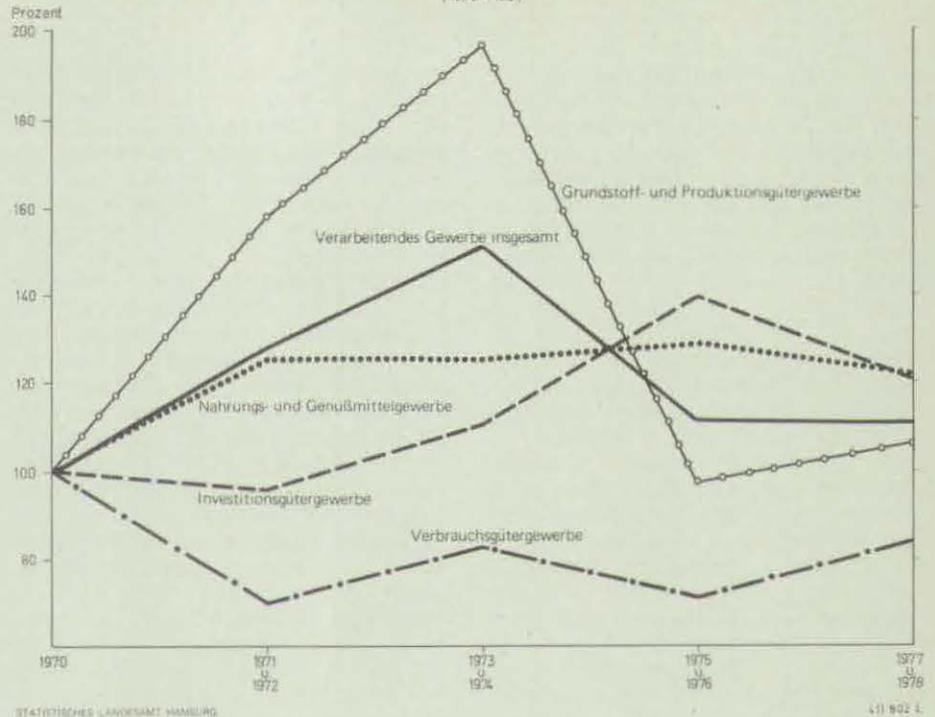
Abwärtsbewegungen im Investitionsverhalten allzu sehr beeinträchtigt wird.

Die Gesamtentwicklung des Verarbeitenden Gewerbes in Hamburg ist seit 1970 gekennzeichnet durch relativ hohe Betriebs- und Arbeitsplatzverluste. Allein bei den Firmen mit 50 und mehr Beschäftigten betrug der Abgang an Niederlassungen über 16 Prozent, der Personalbestand verminderte sich um mehr als ein Fünftel, seit 1976 allerdings mit wesentlich verlangsamter Geschwindigkeit. Die meisten Arbeitsplätze büßte das Investitionsgewerbe ein, verhältnismäßig gering war der Rückgang in der kleinsten Wirtschaftshauptgruppe der Verbrauchsgüterhersteller. Das Investitionsvolumen lag demgegenüber in den hier einbezogenen Jahren stets über dem Ausgangsniveau von 1970. Nach damals rund 882 Mio. DM stieg der Anschaffungswert – ausgenommen im Jahr 1972 – zunächst steil an. Die höchsten Ausgaben von über 1,3 Mrd. DM wurden noch vor Beginn der Wirtschaftskrise in der Periode 1973/74 erzielt. Danach bewegte sich die Investitionstätigkeit im jährlichen Wechsel um die Milliarden-grenze. In dieser Darstellung kommen die Folgen der Konjunkturschwäche in der Mitte der 70er Jahre deutlich zum Ausdruck: während bis 1974 noch von einem Investitionsboom gesprochen werden kann, flaute die Neigung, zusätzliche Anlagegüter zu erwerben, im Anschluß daran spürbar ab. Hieraus kann man entnehmen, daß vor der Zäsur der Einfluß von Kapazitätserweiterungsbestrebungen überwog und der Ausgabenschwerpunkt danach von Ersatzinvestitionen gebildet wurde. Erst 1978 nahmen die Aufwendungen wieder kräftiger zu, was allerdings in der tabellarischen und graphischen Darstellung durch die Zwei-Jahressprünge nicht zum Ausdruck kommt. Der für die Periode von 1977/78 errechnete Durchschnittswert wird auch von dem seit 1970 niedrigsten Investitionsniveau im Jahr 1977 geprägt.

Beschränkt man sich in der branchenmäßigen Analyse auf die vier Wirtschaftshauptgruppen, so zeigen sich sehr unterschiedliche Bestimmungsfaktoren für den Gesamtverlauf der Investitionstätigkeit. Vom Grundstoff- und Produktionsgütersektor und Investitionsgütergewerbe gingen entsprechend den hohen absoluten Werten die stärksten Impulse aus. Das Jahr 1975 stellt für das Einflußverhältnis beider Bereiche jedoch einen Wendepunkt dar: die Anschaffungskurve für die Grundstoffproduktion war bis dahin ausgesprochen steil nach oben gerichtet, fiel während der Wirtschafts- und Energiekrise ebenso abrupt ab und zeigte erst zum Jahr 1978 wieder nennenswerte Erholungstendenzen. Dagegen wies das Investitionsverhalten der Investitionsgüterproduzenten

Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe in Hamburg seit 1970

– Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten –
(1970 = 100)



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

(1) 802 L

bis Ende 1974 nur eine mäßige Aufwärtsentwicklung auf, hatte aber unmittelbar danach und auch 1978 wieder sehr hohes Niveau. Der beachtlich frühe Anstieg in 1975 dokumentiert die spontane Reaktion auf staatliche Investitionsförderungsmaßnahmen, die bei den anderen Wirtschaftshauptgruppen erst ein Jahr später zu beobachten war. Mit dieser gegenläufigen Tendenz der beiden wichtigsten Investorengruppen war das Investitionsgütergewerbe nach 1974 der wesentlichere Faktor im Hinblick auf die wirtschaftliche Wiederbelebung im Verarbeitenden Gewerbe.

Die Bewegung in der Investitionstätigkeit der beiden kleineren Hauptgruppen lassen erkennen, daß sie vom Gesamtablauf in der Regel einerseits nicht sonderlich abgewichen sind, zum anderen aber die Veränderungsrate der Anschaffungswerte auch nur kurzfristig beeinflusst haben. So hatte das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (von der Größenordnung her noch die stärkere Einheit) zwar im Jahr 1971 eine ansprechende Zunahme der Anlagentätigkeit zu verzeichnen, pendelte seitdem jedoch mit geringfügigen jährlichen Abweichungen um das damals erreichte Niveau. Die Verbrauchsgüterhersteller zeigten im Vergleich dazu überaus starke Investitions-

schwankungen und lagen in den meisten Fällen weit unter und nur gelegentlich knapp über dem 1970er Ausgangswert. Derart weite jährliche Ausschläge dürften sich trotz des kleinen Anteils an den Gesamtinvestitionen wachstumshemmend ausgewirkt haben. Diese Wirtschaftshauptgruppe ist im übrigen auch die einzige mit langfristig gesunkener Investitionsintensität. Der Rückgang ist aber nicht so gravierend, um unterstellen zu können, die Verbrauchsgüterfirmen wären in ihren Automatisierungsbestrebungen deutlich hinter der übrigen Wirtschaft zurückgeblieben. Auch im Investitionsgütergewerbe ergaben sich keine besonders hohen Zunahmen bei dieser Kennzahl. Kapitalintensiver erscheinen dagegen die Produktionstechniken im Grundstoffsektor und bei den Niederlassungen des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes geworden zu sein. Bei diesen Betrieben stiegen die Investitionssummen im Acht-Jahresvergleich um durchschnittlich jeweils 3000 DM je Beschäftigten. Dies beruhte zwar nicht allein auf Rationalisierungsmaßnahmen, hat andererseits aber auch zu keiner ausgesprochen großen Ausdehnung des Mechanisierungsgrades im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt geführt.

Jörn-Ulrich Hausherr

Mängel an Straßenfahrzeugen

Im Unfallgeschehen auf den Straßen spielt neben menschlichem Versagen auch der Zustand der Fahrzeuge eine wichtige Rolle. Während die Fahrzeugführer außer beim Führerscheinerwerb nur sporadisch auf ihre Fahrtauglichkeit geprüft werden – im allgemeinen erst, wenn es bereits einen konkreten Anlaß zum Zweifel an der Fahrtauglichkeit gibt –, wird die Verkehrssicherheit von Straßenfahrzeugen mit amtlichen Kennzeichen in regelmäßigen Zeitabständen kontrolliert. So haben die Untersuchungen bei den meisten Fahrzeugen alle 24 Monate, bei den Omnibussen sowie schweren Lastkraftwagen alle zwölf Monate zu erfolgen. Nach den Vorschriften können die Prüfungen von verschiedenen Institutionen durchgeführt werden. In Hamburg ist dies in erster Linie der Technische Überwachungsverein (TÜV). Außerdem sind – allerdings mit kürzeren Zeitabständen – bestimmte Fahrzeughalter, die über einen größeren Wagenpark verfügen, Kfz-Werkstätten und sonstige amtlich anerkannte Überwachungsorganisationen ebenfalls zur Kontrolle befugt. Die Ergebnisse der meisten Fahrzeugüberprüfungen werden vom Kraftfahrtbundesamt veröffentlicht. Nicht einbezogen werden dabei die Angaben über Prüfungen durch Kfz-Werkstätten und Fahrzeughalter, die Untersuchungen in ihren eigenen Betrieben durchführen. Im Jahr 1979 wurden in Hamburg rund 165 000 Prüfungen an Kraftfahrzeugen und Anhängern vorgenommen. Bezieht man diese Zahl auf die in der Hansestadt gemeldeten Straßenfahrzeuge, so kommt man auf rund ein Viertel des Gesamtbestandes. Dabei

ist jedoch zu berücksichtigen, daß Fahrzeuge mit Hamburger Kennzeichen auch Prüfstellen im übrigen Bundesgebiet vorgeführt werden dürfen und im Hamburger Ergebnis ggf. nicht ausgewiesen sind. Umgekehrt können auswärtige Fahrzeuge im Bereich der Hansestadt geprüft werden und in der hiesigen Mängelstatistik enthalten sein. Trotz in den letzten Jahren weit fortgeschrittenen technischen Wissens und trotz regelmäßiger Kontrollen konnte nur jedes dritte Fahrzeug als frei von Mängeln registriert werden. 38 Prozent der Wagen wiesen leichte Mängel auf, die gegen einschlägige Vorschriften verstoßen, aber vorübergehend die sichere Führung des Fahrzeugs nicht ausschließen. Beide Kategorien zusammengenommen ergeben, daß nur rund 70 Prozent als fahrtüchtig gelten können. Andererseits konnte die erfreuliche Tatsache festgestellt werden, daß nur knapp ein Prozent als verkehrsunsicher zu bezeichnen war, d. h. daß ihr Zustand eine sichere Führung im Straßenverkehr nicht mehr gewährleistete. Bei den folgenden Darstellungen ist zu beachten, daß das Gesamtergebnis und damit auch die relativen Anteile je Fahrzeugart durch den hohen Pkw-Bestand bestimmt wird, der über 80 Prozent der Fahrzeuge ausmacht. Die übrigen Fahrzeuge bilden nur verhältnismäßig kleine Anteile. Vergleicht man die Anteile je Mängelart bei den verschiedenen Fahrzeugarten, so schneiden in der Gruppe „keine Mängel“ Kraftfahrzeuganhänger und Kraftträder am besten ab. Dagegen erbrachten die Sonstigen Kraftwagen und Lastkraftwagen deutlich

unterdurchschnittliche Werte. Bei der Gruppe „leichte Mängel“ lagen die zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallenden Kraftomnibusse und Zugmaschinen mit Abstand am ungünstigsten. Auch hier erzielten die Kraftträder die besten Ergebnisse, weisen aber andererseits bei der nächsten Kategorie „erhebliche Mängel“ (das sind solche, deren Beseitigung nicht mehr durch Sichtprüfung, sondern nur durch Untersuchung in einer Prüfstelle festgestellt werden kann) den schlechtesten Wert auf; dagegen stellen die Busse, wie man gut erkennen kann, die weit aus sicherste Fahrzeugart dar.

Bei den Personenkraftwagen sind alle drei Mängelarten ebenso wie bei den Kraftträdern verhältnismäßig gleich stark vertreten. Über 90 Prozent der Fahrzeuge der Rubrik „verkehrsunsicher“ sind Pkw. Hier handelt es sich vermutlich überwiegend um ältere Wagen, die privaten Zwecken dienen und daher nicht die bei gewerblicher Nutzung übliche regelmäßige Wartung erfahren. Ein weiteres Zeichen für die Sicherheit der Kraftomnibusse ist, daß kein einziger Bus als verkehrsunsicher eingestuft werden mußte.

Im Vergleich zu den Prüfungen im Bundesgebiet insgesamt schneiden die Hamburger Wagen viel schlechter ab. Im Bundesgebiet sind fast 44 Prozent der Fahrzeuge ohne Mängel, in Hamburg dagegen nur 33 Prozent. Leichte Mängel kommen im Bundesgebiet mit 32 Prozent, erhebliche mit 24 Prozent vor, in Hamburg allerdings mit 38 Prozent bzw. 28 Prozent. Nicht ganz ein Prozent der geprüften Fahrzeuge in Hamburg ist in einem verkehrsunsicheren Zustand. Dieser Anteil ist allerdings im Bundesgebiet mit 0,2 Prozent noch niedriger.

Bei den 1979 beanstandeten 110 000 Fahrzeugen wurden insgesamt 241 000 Mängel festgestellt. Das waren durchschnittlich 2,2 Mängel je Fahrzeug (Bundesgebiet 2,1).

Die häufigsten Beanstandungen gab es bei den Bremsen, die mehr als ein Viertel aller Mängel ausmachten. Mehr als jedes zweite, mit Mängeln behaftete Fahrzeug war allein wegen der Bremsen nicht in Ordnung. In relativ vielen Fällen wurde eine nicht den Vorschriften entsprechende Beschaffenheit am Fahrgestell und Antrieb sowie an der Beleuchtung festgestellt. Zu erwähnen ist nur noch die für die Fahrsicherheit so wichtige Bereifung, die vier Prozent der Mängel ausmacht und bei acht Prozent der Fahrzeuge unvorschriftsmäßig ist. Die in der Tabelle nicht dargestellten Kategorien fallen für die Gesamtzahl nicht ins Gewicht; so sind Ausstattung und Kennzeichnung nur für spezielle Fahrzeuge von

Tabelle 1 Straßenfahrzeuguntersuchungen in Hamburg nach Fahrzeugart und nach Untersuchungsergebnis 1979

Fahrzeugart	Untersuchungen insgesamt	davon mit dem Ergebnis							
		keine		leichte		erhebliche		Verkehrsunsicher	
		Mängel		Mängel		Mängel		Mängel	
Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Kraftträder 1)	2 267	863	38,1	682	30,1	684	30,1	38	1,7
Personenkraftwagen 2)	136 318	45 617	33,4	50 291	36,9	39 221	28,8	1 189	0,9
Kraftomnibusse	319	104	32,6	172	53,9	43	13,5	-	-
Lastkraftwagen	13 363	3 635	27,2	5 847	43,8	3 835	28,7	46	0,3
Zugmaschinen 3)	2 259	747	33,1	1 126	49,9	385	17,0	1	0
Sonstige Kraftwagen	939	247	26,3	405	43,1	282	30,0	5	0,6
Kraftfahrzeuganhänger	9 515	3 739	39,3	4 021	42,3	1 744	18,3	11	0,1
Fahrzeuge insgesamt	164 980	54 952	33,3	62 544	37,9	46 194	28,0	1 290	0,8

1) einschl. Kleinkraftträder und Fahrräder mit Hilfsmotor.

2) einschl. Kombinationskraftwagen.

3) einschl. Sattelzugmaschinen.

Tabelle 2 Bei Straßenfahrzeuguntersuchungen in Hamburg festgestellte Mängel¹⁾ nach Fahrzeugart und Art der Mängel 1979

Fahrzeugart	Mängel insgesamt	darunter an															
		Ausrüstung ²⁾		Beleuchtungsanlage		Lenkung		Bremsen		Bereifung		Fahrgestell und Antrieb		Feuersicherheit		Geräusch-, Abgasentwicklung	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Krafträder ³⁾	2 822	556	19,7	419	14,8	283	10,0	488	17,3	234	8,3	456	16,2	118	4,2	268	9,5
Personenkraftwagen ⁴⁾	199 026	22 884	11,5	33 906	17,0	17 313	8,7	54 510	27,4	6 621	3,3	41 795	21,0	9 127	4,6	11 577	5,8
Kraftomnibusse	770	59	7,7	115	14,9	19	2,5	95	12,3	44	5,7	90	11,7	2	0,3	14	1,8
Lasterkraftwagen	23 557	4 373	18,6	4 168	17,7	2 030	8,6	5 001	21,2	962	4,1	5 671	24,1	460	2,0	635	3,5
Zugmaschinen ⁵⁾	3 454	729	21,1	741	21,5	242	7,0	680	19,7	156	4,5	747	21,6	63	1,8	79	2,3
Sonstige Kraftfahrzeuge	1 705	340	19,9	324	19,0	177	10,4	353	20,7	85	5,0	307	18,0	44	2,6	75	4,4
Kraftfahrzeuganhänger	9 972	1 879	18,8	1 761	17,7	46	0,5	2 788	27,9	675	6,8	2 665	26,7	59	0,6	7	0,1
Fahrzeuge insgesamt	241 306	30 820	12,8	41 434	17,2	20 110	8,3	63 915	26,5	8 777	3,6	51 731	21,4	9 873	4,1	12 855	5,3

1) Fahrzeuge mit Mängeln verschiedener Art sind unter jeder in Frage kommenden Arten erfasst.

2) Fabrikschild, Kennzeichen, Hupe, Rückspiegel, Blinker usw.

3) einschl. Kleinkrafträder und Fahrräder mit Hilfsmotor.

4) einschl. Kombinationskraftwagen.

5) einschl. Sattelzugmaschinen.

Bedeutung und spielen daher zahlenmäßig keine Rolle.

Verteilt man die Untersuchungsergebnisse auf die einzelnen Fahrzeugarten, dann ergeben sich ganz unterschiedliche Mängelstrukturen. So ist z. B. jedes fünfte Kraftrad fehlerhaft ausgerüstet. Aber auch Bremsen, Fahrgestell und Antrieb sowie Beleuchtungsanlage entsprechen in einem hohen Prozentsatz nicht den Vorschriften. Durch unkorrekte Geräusch- und Abgasentwicklung – zehn Prozent aller Mängel – fallen zwölf Prozent der untersuchten Zweiräder auf. Bei den Personenkraftwagen – das sind 83 Prozent der geprüften Fahrzeuge insgesamt – sind die Bremsen die häufigsten Ursachen für die Beanstandungen. Mit Ausnahme der Kfz-Anhänger treten sie bei dieser Fahrzeugart relativ am meisten auf. Bei 60 Prozent der in unvorschriftsmäßigem Zustand befindlichen Pkw, oder bei 40 Prozent der geprüften Pkw wurden schadhafte Bremsen festgestellt. Viel seltener, aber immerhin noch bei fast jedem dritten der geprüften Pkw, fielen Fahrgestell und Antrieb als defekt auf. Ferner wurde verkehrswidri-

ge Beschaffenheit an der Beleuchtung, der Ausrüstung sowie Lenkung in größerer Anzahl festgestellt.

Eine völlig andere Struktur weisen die Kraftomnibusse auf. Bei ihnen fielen der überaus geringe Anteil an Fehlern bei Ausrüstung, Lenkung, Bremsen oder Fahrgestell und Antrieb auf. Hervorzuheben sind auch die bei der Personenbeförderung besonders wichtigen Werte für Feuersicherheit sowie Geräusch- und Abgasentwicklung. Hier schneiden die Busse mit Abstand am besten von allen Kraftfahrzeugen ab. Andererseits weisen die Omnibusse besonders viele Mängel in der Ausstattung auf, die allerdings nicht unmittelbar die Verkehrssicherheit betreffen. Es handelt sich hier um nicht einwandfreie Ausstattungsgegenstände, die speziell bei Kraftomnibussen vorzufinden sind und in der Tabelle deshalb nicht gesondert nachgewiesen werden, weil sie die übrigen Fahrzeugarten kaum betreffen. Bei den Lastkraftwagen – sie stellen die zweitstärkste Gruppe der geprüften Fahrzeuge dar – waren Fahrgestell und Antrieb überdurchschnittlich fehlerhaft, aber auch Bremsen, Ausrüstung sowie

Beleuchtung waren in relativ hohem Maße nicht einwandfrei.

Die Beanstandungen bei den Zugmaschinen wie bei den sonstigen Kraftfahrzeugen (einschließlich der hier nicht näher aufgeführten Spezialfahrzeuge – z. B. Feuerwehr- und Tankwagen) beziehen sich im wesentlichen auf die fünf Mängelarten Ausrüstung, Beleuchtung, Bremsen, Fahrgestell und Antrieb. Bei den Anhängern überraschen die häufigen Beanstandungen an Bremsen sowie am Fahrgestell. Bei einem Vergleich der festgestellten Mängel in Hamburg mit der Mängelstruktur im Bundesgebiet sind keine großen Unterschiede festzustellen. Nur bei den Bremsen weisen die hier geprüften Fahrzeuge ein wesentlich ungünstigeres Resultat auf. Während in der Hansestadt fehlerhafte Bremsen 27 Prozent der Mängel darstellen, sind es im Bundesgebiet 21 Prozent. Damit wurden in Hamburg 39 Prozent der untersuchten Fahrzeuge wegen unvorschriftsmäßiger Bremsen bemängelt, im Gegensatz zu nur 24 Prozent im Durchschnitt des Bundesgebietes.

Erich Walter

Hamburg heute und gestern

Das Durchschnittsalter der hamburgischen Bevölkerung hat sich in den vergangenen 70 Jahren (jeweiliger Gebietsstand) kontinuierlich erhöht. Bei den Männern stieg es um etwa zehn Jahre von 28,0 auf 38,1 und bei den Frauen sogar um mehr als 14 Jahre von 29,3 auf 43,5 Jahre. Während der Abstand zwischen dem Durchschnittsalter der Männer und Frauen 1910 nur etwas mehr als ein Jahr betrug, belief er sich 1979 auf fast fünfzehn Jahre.

Knapp 450 000 Ehen wurden in den vergangenen 30 Jahren in Hamburg beendet. Die weitaus überwiegende Anzahl – nämlich fast 72 Prozent – ging mit dem Tod eines Ehepartners zuende. Durch rechtskräftige Urteile wurden in dieser Zeit 126 885 Ehen gelöst; darunter 216 Aufhebungen und 239 Nichtigkeitserklärungen.

Die Ehescheidungsrate – das ist die Zahl der Ehescheidungen auf 10 000 Einwohner – ging nach dem hohen Stand in der ersten Nachkriegszeit kontinuierlich zurück und erreichte mit 18,6 im Jahr 1960 den niedrigsten Wert. Seitdem stieg die Ehescheidungsrate mit kleinen Schwankungen wieder an und hatte das Maximum von 35,4 im Jahr 1975.

Die Ehescheidungsreform von 1977 macht die Ergebnisse der Ehescheidungsstatistik der letzten drei Jahre methodisch nicht mit der vorhergehenden Zeit vergleichbar; nach einem erheblichen Rückgang der Ehescheidungen im Jahr 1978 (Ehescheidungsrate 6,8) konnte bereits 1979 wieder eine deutliche Steigerung der Zahl der geschiedenen Ehen festgestellt werden (Ehescheidungsrate 19,2).

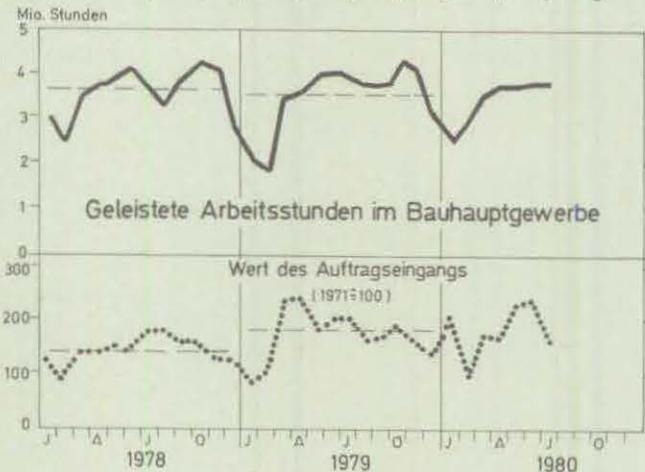
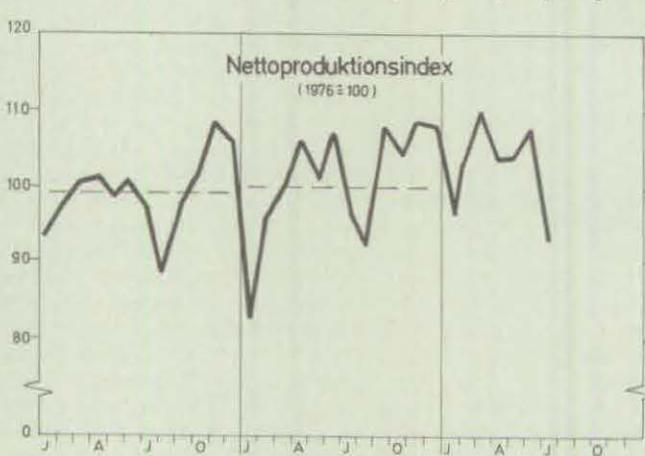
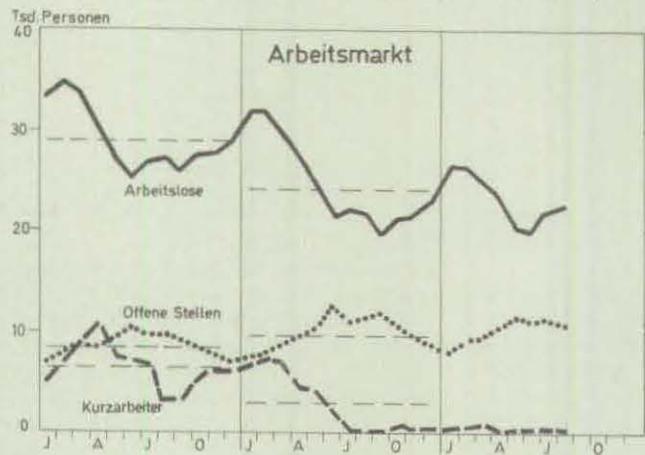
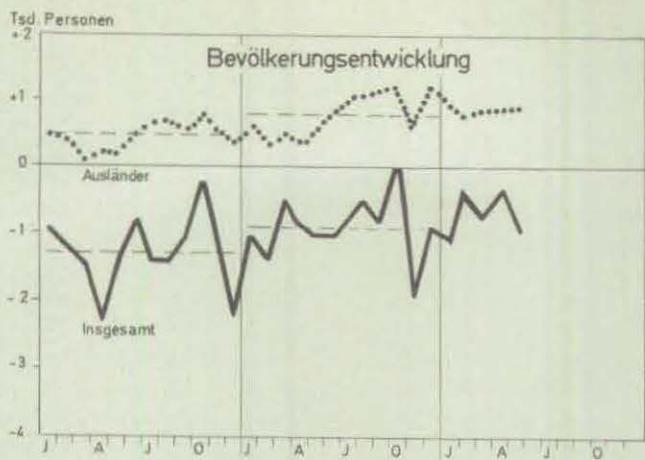
Der Anteil der Totgebore-

nen an der Gesamtzahl aller Geborenen ist in Hamburg seit 1950 erheblich gesunken. Waren von 1000 Geborenen vor 30 Jahren noch 19 Totgeborene, so ging dieser Anteil, der von 1963 bis 1972 um etwa zehn schwankte, bis 1979 auf fünf zurück. Eine gleiche Tendenz ist bei den im ersten Lebensjahr gestorbenen Säuglingen festzustellen: Hier verminderte sich der Anteil, der 1950 bei 44 gestorbenen Säuglingen je 1000 Lebendgeborene gelegen hatte, bis 1979 auf zwölf Säuglinge.

Im Jahr 1970 produzierte die Chemische Industrie Hamburgs 33 000 Kilogramm Seife, Parfüm und andere Körperpflegemittel im Wert von rund 316 Millionen DM. Zehn Jahre später (1979) waren es 44 000 Kilogramm (plus 33 Prozent) mit einem Gesamtwert von über 518 Millionen DM (plus 64 Prozent).

1959 wurden im Hamburger Hafen 6 Mio. t Transitgüter abgefertigt, 1979 waren es dagegen mehr als 14,2 Mio. t. In zwei Jahrzehnten stieg die Durchfuhr somit fast auf das Zweieinhalbfache. Schon 1959 waren die DDR, die CSSR und Österreich die wichtigsten Transitpartner des Hafens; die CSSR hatte mit einer Steigerung auf das Vierfache die höchste Zuwachsrates zu verzeichnen. Die Entwicklung des Transitverkehrs verdeutlicht den kräftig gestiegenen Außenhandel der europäischen Länder, vor allem aber die durch seine geografische Lage begünstigte starke Stellung Hamburgs als bedeutender Transithafen.

Verfünffacht hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten der Versand von Eisen und Stahl über den Hamburger Hafen. 1960 wurden 450 000 t verladen, im vergangenen Jahr nahezu 2,3 Mio. t. Bei den Verschiffungen handel-



te es sich vorwiegend um Rohre (wichtigste Abnehmer waren die Volksrepublik China und die Sowjetunion) sowie um Bleche und Stahlhalbzeug, deren Hauptempfänger Großbritannien war.

Neue Schriften

Boustedt, Olaf: Haushaltsbezogene Auswertung der Wanderungen im suburbanen Raum, dargestellt am Beispiel des Agglomerationsraumes von München. Hannover 1980. 125 S. (Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Arbeitsplanung, Arbeitsmaterial Nr. 31).

Der Verfasser verbindet zwei wichtige, bisher nicht ausreichend behandelte Themen miteinander: die Analyse von Wandervorgängen nach Wanderungsgruppen sowie Untersuchungen des Suburbanisierungsprozesses als zentrifugale Bevölkerungsverteilung innerhalb der Verdichtungsräume. Die Arbeit setzt sich zunächst mit dem Problem der Bildung von Personengruppen aufgrund der Meldescheine auseinander und beschreibt danach die Suburbanisierungstendenz generell sowie am Beispiel der Entwicklung in den USA, Kanada, der Bundesrepublik Deutschland, den bayerischen Verdichtungsräumen sowie den Agglomerationsräumen von München und Hamburg. Dabei bietet der Vergleich der differenziert betrachteten Wanderungsverflechtungen im Stadt-Umlandgebiet der beiden deutschen Millionenstädte interessante Erkenntnisse und Ansätze für weitere Untersuchungen. Für den Raum München wird abschließend das Eingangsthema der Bildung von Wanderungsgruppen aufgegriffen und die Struktur der wandernden Haushalte zwischen der Kernstadt und dem 40-km-Umland nach Größe, Alter und Haushaltstyp untersucht sowie festgestellt, welche räumlichen

Präferenzen im Bereich der Landeshauptstadt München im Falle von Wanderungen bei den einzelnen Haushaltsgrößen und -typen bestehen.

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Auswertung von Satellitenaufnahmen zur Gewinnung von Flächennutzungsdaten. Bonn 1980. 136 S. (Schriftenreihe „Raumordnung“ 06.039.)

Detrez, Hans Werner: Probleme des landseitigen Containerverkehrs. Bremen 1976. 170 S. (Schriften des Bremer Ausschusses für Wirtschaftsforschung. 22)

Dolinski, Urs; Labahn, Klaus-Dieter: Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger – dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes. Berlin 1980. 106 S. (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Sonderh. 132.)

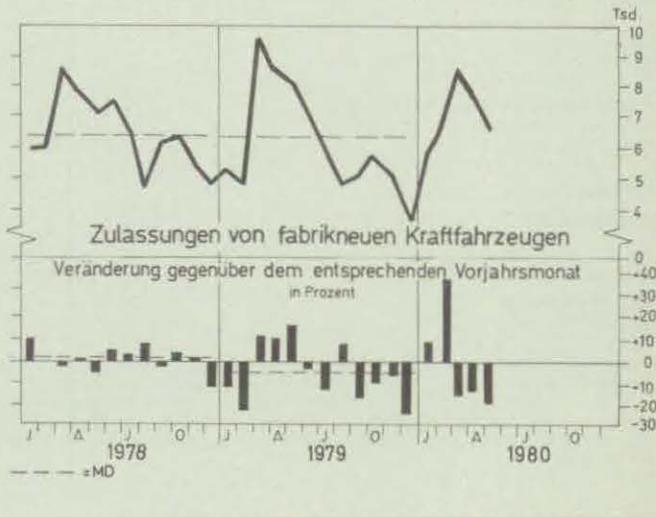
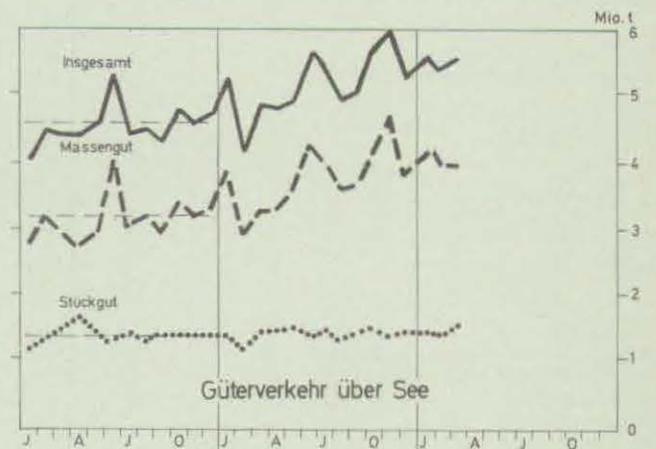
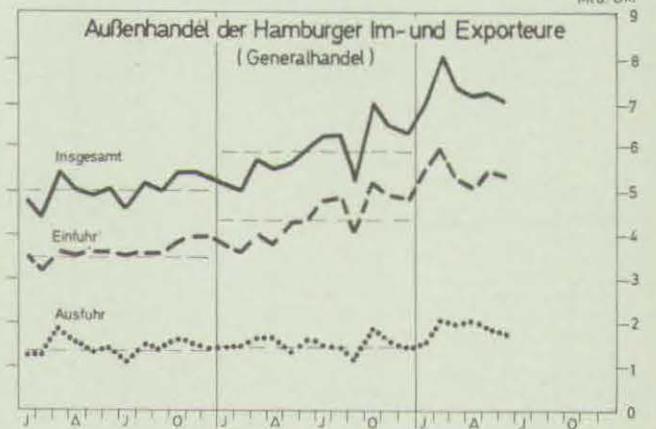
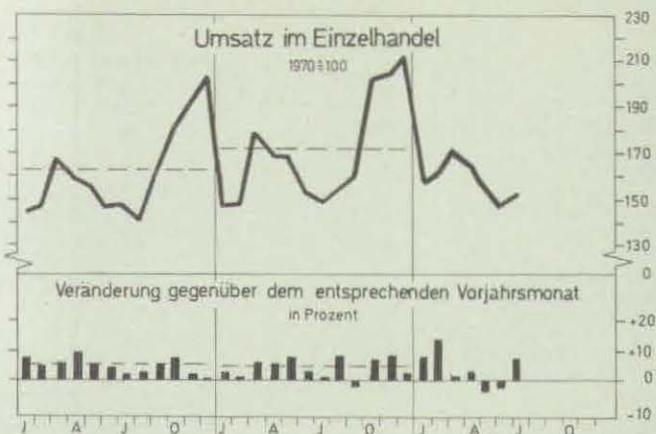
Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Landesplanungsbehörde. Raumordnungsplan für das Land Schleswig-Holstein. Neufassung 1979. Kiel 1979. 152 S. (Landesplanung in Schleswig-Holstein, H. 17.)

Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ESGV. Aggregate 1960–1978. Luxemburg 1980. 178 S.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1979/80. Stuttgart 1980. 123 S.

Der Draht zum StaLa

Amtsleiter	36 81 - 710
Auskünfte	36 81 - 644
	738
	768
Veröffentlichungen	3681-719
Bibliothek	36 81 - 742
Für Thema:	
„Investitionen“	3681 - 829
„Mängel an Kraftfahrzeugen“	36 81 - 797



Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Juni	März	April	Mai
Meteorologische Beobachtungen										
Mittelwerte¹⁾										
Luftdruck	mbar ²⁾	1 014,0	1 013,9	1 012,1	1 016,3	1 017,9	1 012,0	1 016,7	1 017,6	1 011,3
Lufttemperatur	°C	9,1	8,4	7,6	13,2	16,8	3,1	7,8	11,8	16,1
Relative Luftfeuchtigkeit	%	77,2	78,3	74	70	71	75	71	59	73
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3,2	3,2	3	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	„ ⁴⁾	5,8	5,6	5,7	4,7	5,1	5,2	4,4	3,9	4,7
Summenwerte										
Niederschlagshöhe	mm	69,5	63,7	66,0	87,0	37,0	28,0	71,1	13,4	151,0
Sonnenscheindauer	Std.	111,3	113,6	112	203	197	109	168	283	204
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	9,2	8,6	6	1	2	10	3	1	1
Tage mit Niederschlägen	„	21,0	19,3	19	16	15	17	18	10	22
Bevölkerung										
Bevölkerungsstand⁵⁾										
Wohnbevölkerung	1000	1 672,3	1 658,5	1 660,3	1 659,2	1 658,1	1 651,0	1 650,7
und zwar männlich	„	775,6	770,2	770,5	770,2	769,9	768,6	768,7
weiblich	„	896,6	888,3	889,8	889,0	888,2	882,4	882,0
Ausländer	„	122,6	129,7	127,5	128,2	129,1	137,9	138,0
Bezirk Hamburg-Mitte	„	227,0	225,2	225,5	225,2	225,0	224,8
Bezirk Altona	„	236,5	234,1	234,3	234,2	234,0	232,8
Bezirk Eimsbüttel	„	241,0	238,7	238,6	238,7	238,6	238,0
Bezirk Hamburg-Nord	„	304,4	300,3	301,1	300,7	300,4	297,6
Bezirk Wandsbek	„	382,0	382,0	382,0	381,9	381,7	380,9
Bezirk Bergedorf	„	89,1	88,1	88,3	88,2	88,1	87,9
Bezirk Harburg	„	192,3	190,1	190,5	190,3	190,3	189,0
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ⁶⁾	Anzahl	664	691	629	930	844	634	665	1 128	841
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	4,8	5,0	4,6	6,6	6,2	4,5	4,9	8,0	6,2
* Lebendgeborene ⁷⁾	„	1 051	1 060	995	1 155	1 066	1 073	1 108	1 155	1 203
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	7,5	7,7	7,3	8,2	7,8	7,7	8,2	8,2	8,9
* Gestorbene ⁸⁾ (ohne Totgeborene)	„	2 006	1 980	2 009	2 133	1 914	2 065	1 939	1 960	2 076
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	14,4	14,3	14,7	15,1	14,0	14,7	14,3	14,0	15,3
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	„	17	13	13	20	19	14	14	16	12
* je 1000 Lebendgeborene	„	15,8	12,0	13,0	18,3	18,0	13,0	12,6	13,9	10,0
* Geborenen- (+)/Gestorbenenüberschuß (-)	„	- 955	- 920	- 1 014	- 978	- 848	- 992	- 831	- 805	- 873
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	- 6,9	- 6,7	- 7,4	- 6,9	- 6,2	- 7,1	- 6,1	- 5,7	- 6,4
Wanderungen										
* Zugezogene Personen	„	5 058	5 225	4 870	4 756	4 396	5 453	5 508
* Fortgezogene Personen	„	5 439	5 244	4 790	4 907	4 690	5 117	4 981
* Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-)	„	- 381	- 19	+ 80	- 151	- 294	+ 336	+ 527
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	„	14 408	11 869	9 380	11 289	11 177	13 040	11 957
Nach Gebieten										
a) Zugezogene aus										
Schleswig-Holstein	„	1 429	1 388	1 445	1 299	1 117	1 454	1 519
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	„	971	935	987	910	786	964	1 002
Niedersachsen	„	919	879	849	773	693	939	938
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	„	333	320	314	289	275	352	366
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	„	1 215	1 173	1 331	1 089	915	1 227	1 250
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	„	1 495	1 785	1 245	1 595	1 671	1 833	1 801
b) Fortgezogen nach										
Schleswig-Holstein	„	2 032	2 058	1 872	1 957	1 826	1 926	1 851
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	„	1 562	1 597	1 381	1 480	1 417	1 489	1 317
Niedersachsen	„	1 252	1 149	1 091	1 069	1 013	1 152	1 089
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	„	667	611	574	559	554	576	558
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	„	1 137	1 122	1 025	1 067	1 004	1 105	1 208
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	„	1 018	915	802	814	847	934	833
c) Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-) gegenüber										
Schleswig-Holstein	„	- 603	- 670	- 427	- 658	- 709	- 472	- 332
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	„	- 591	- 662	- 394	- 570	- 631	- 525	- 315
Niedersachsen	„	- 333	- 270	- 242	- 296	- 320	- 213	- 151
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	„	- 334	- 291	- 260	- 270	- 279	- 224	- 192
Umland insgesamt ¹¹⁾	„	- 925	- 953	- 654	- 840	- 910	- 749	- 507
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	„	+ 78	+ 51	+ 306	+ 22	+ 89	+ 122	+ 42
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	„	+ 477	+ 870	+ 443	+ 781	+ 824	+ 899	+ 968
Bevölkerungsbewegung insgesamt										
Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (-)	„	- 1 336	- 939	- 934	- 1 129	- 1 142	- 656	- 304
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	- 9,6	- 5,6	- 6,8	- 8,0	- 8,4	- 4,7	- 2,2
Krankenhäuser und Bäder										
Krankenhäuser¹²⁾										
Patienten	Anzahl	12 873	12 593,6	12 611	12 590	12 273	13 397	13 098	11 788	12 880
Betten ¹³⁾	„	15 878	15 651,8	15 670	15 670	15 614	15 399	15 377	15 360	15 357
Bettenausnutzung	%	82,7	83,2	80,5	83,9	81,7	88,3	83,3	82,9	84,7
Öffentliche Bäder										
Besucher insgesamt	Anzahl	720 082	632 879	559 885	868 730	1 010 710	580 193	562 889	624 145	853 855

¹⁾ errechnet aufgrund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0°C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ Monatsende; Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung vom 27. Mai 1970. - ⁶⁾ nach dem Ereignisort. - ⁷⁾ von Müttern mit Wohnsitz in Hamburg. - ⁸⁾ mit letztem Wohnsitz in Hamburg. - ⁹⁾ Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. - ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹¹⁾ die sechs angrenzenden Kreise zusammen. - ¹²⁾ Staatliche, freigemeinnützige und private Krankenhäuser in Hamburg ohne psychiatrische Krankenhäuser und ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamtes und des ärztlichen Dienstes der Behörde für Inneres. - ¹³⁾ Bestand am Monatsende.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Büchereien und Museen										
Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei) Ausleihungen (Bücher, Kassetten, Spiele, Noten)	Anzahl	654 832	646 863	649 030	625 108	605 940	758 829	674 696	698 749	690 687
Wissenschaftliche Büchereien										
Staats- und Universitätsbibliothek	..	36 125	36 483	37 243	40 276	35 937	43 069	45 564	40 810	42 065
Ausgeliehene Bände	..	7 960	8 521	8 645	9 837	7 620	9 224	10 617	9 536	10 515
Besucher der Lesesäle	..	3 884	3 804	3 403	4 407	3 455	4 133	4 037	4 116	3 820
HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung	..	2 932	2 799	2 594	2 985	2 467	3 237	2 636	2 457	2 257
Besucher der Bibliothek und Archive	..	1 191	1 175	1 131	1 152	1 107	1 282	1 060	1 149	1 107
Commerzbibliothek	..									
Ausgeliehene Bände	..									
Lesesaalbesucher und Entleiher	..									
Staatliche Museen und Schausammlungen										
Besucher insgesamt	..	91 396	93 846	100 623	105 159	79 793	101 732	86 071	88 843	78 938
dar: Hamburger Kunsthalle	..	13 736	14 471	9 800	8 618	7 598	8 999	10 307	15 081	11 485
Altonaer Museum in Hamburg,	..									
Norddeutsches Landesmuseum	..	14 606	13 309	13 649	11 713	9 574	24 718	14 474	10 276	4 107
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	..	6 511	8 787	8 873	11 688	6 399	11 124	6 948	4 604	5 509
Heims-Museum	..	10 844	11 281	11 157	12 328	19 634	7 996	10 530	14 526	15 121
dar: Freilichtmuseum am Kiekeberg	..	8 390	7 805	8 836	10 348	18 321	5 552	9 212	13 201	13 899
Museum für Hamburgische Geschichte	..	20 294	20 241	19 469	21 537	21 307	19 204	18 893	21 531	19 854
Museum für Kunst und Gewerbe	..	17 090	13 947	25 516	28 745	6 371	9 927	9 140	7 275	5 785
Planetarium	..	6 416	10 245	10 493	10 530	8 910	18 450	13 777	15 550	17 075
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose und Kurzarbeiter										
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	29 107	24 713	27 552	23 154	21 252	24 514	22 989	20 437	19 992
* davon Männer	..	13 847	12 784	14 492	11 743	10 673	13 454	12 370	10 516	10 219
Frauen	..	15 260	11 929	13 060	11 411	10 579	11 060	10 619	9 921	9 773
Arbeitslosenquote	%	4,3	3,6	4,0	3,4	3,1	3,6	3,3	3,0	2,9
Kurzarbeiter	Anzahl	6 319	2 677	4 494	3 902	1 640	511	284	304	329
Arbeitssuchende										
Arbeitssuchende ¹⁾ insgesamt	..	36 192	31 153	33 865	29 787	28 032	31 513	29 274	27 144	26 743
dar: Personen, die Teilzeitarbeit suchen	..	6 124	5 136	5 409	5 467	4 965	4 864	4 545	4 611	4 500
Offene Stellen										
..	..	8 565	9 703	9 162	10 321	12 758	9 558	10 972	11 383	11 778
Landwirtschaft										
Milcherzeugung der landwirtschaftlichen Betriebe										
* Kuhmilch	t	1 399	1 336	1 616	1 672	1 519	1 477	1 537	1 625	1 501
* dar, an Molkereien geliefert	%	94,4	94,1	97,2	97,5	97,5	94,8	96,9	97,5	98,1
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,5	11,9	14,6	14,6	13,7	13,8	14,9	15,2	14,6
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder (ohne Kälber)	1000 St.	4,9	5,2	4,8	5,0	4,3	4,6	4,9	4,7	4,5
* Kälber	..	1,7	2,1	2,3	2,5	2,0	2,4	1,9	2,5	2,0
* Schweine ²⁾	..	18,9	18,5	18,7	17,3	16,9	19,4	16,3	16,9	18,4
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ³⁾	t	3 123	3 218	3 152	3 102	2 810	3 220	2 989	3 029	3 054
* dar: Rinder (ohne Kälber)	..	1 362	1 424	1 321	1 359	1 198	1 296	1 357	1 284	1 252
* Kälber	..	210	254	274	298	236	302	237	306	250
* Schweine	..	1 532	1 521	1 535	1 430	1 365	1 592	1 377	1 420	1 532
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung										
Verarbeitendes Gewerbe⁴⁾ ⁵⁾										
Hauptbeteiligte Wirtschaftszweige										
* Beschäftigte	1000	168	165 872	165 099	166 873	166 974	167 794	167 902	167 820	167 799
* dar: Arbeiter ⁶⁾	..	99	97 649	97 214	97 320	97 321	98 070	97 844	97 718	97 873
* Geleistete Arbeiterstunden ⁷⁾	..	14 013	13 862	13 672	14 375	13 790	14 319	14 002	13 460	13 278
* Bruttoföhsumme	Mio. DM	235	247	228	251	252	247	250	268	267
* Bruttogehaltssumme	..	240	255	240	255	278	260	262	280	292
* Gesamtumsatz (einschließlich Verbrauchsteuer ⁸⁾)	..	3 964	5 094	4 879	4 988	5 215	5 744	6 226	5 863	5 742
dar: Auslandsumsatz	..	510	563	510	587	559	659	574	542	595
* Kohleverbrauch	1000 tSKE ⁹⁾	3	3	3	3	3	3	3	3	3
* Gasverbrauch ¹⁰⁾	1000 m ³	38 343	40 200	41 034	35 380	32 635	47 230	36 728	37 781	34 884
* Stadt- und Kokereigas	..	578	505	571	512	375	670	639	499	371
* Erd- und Erdölgas	..	37 765	39 695	40 463	34 868	32 260	46 560	36 089	37 282	34 513
* Heizölverbrauch	1000 t	47	43	43	37	37	45	40	40	34
* leichtes Heizöl	..	8	8	8	7	5	8	7	5	4
* schweres Heizöl	..	39	36	35	30	32	37	33	35	30
* Stromverbrauch	Mio. kWh	359	378	366	375	364	402	374	371	370

¹⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. – ²⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. – ³⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – ⁴⁾ alle Betriebe der Industrie und des Verarbeitenden Handwerks von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten sowie Betriebe der Industrie und des Verarbeitenden Handwerks mit 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen anderer Wirtschaftsbereiche. – ⁵⁾ einschl. Bergbau. – ⁶⁾ einschl. der gewerblich Auszubildenden. – ⁷⁾ einschl. der Arbeitsstunden der gewerblich Auszubildenden. – ⁸⁾ ohne Umsatzsteuer; einschl. Umsatz aus sonstigen nicht produzierenden Betriebsteilen. – ⁹⁾ 1 t Steinkohleneinheit (1 tSKE) gleich 1 t Steinkohle, Steinkohlenkoks oder -brikett gleich 1,5 t Braunkohlenbrikett. – ¹⁰⁾ umgerechnet auf den oberen Heizwert Ho = 35 169 kJ/m³ (8400 kcal/m³).

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung (Fortsetzung)										
Beteiligte Wirtschaftszweige										
Umsatz aus Eigenenerzeugung ¹⁾ 2)	Mio. DM	2 441	2 712	2 567	2 623	2 683	3 090	2 906	2 726	2 860
davon Grundstoff- und Produktionsgüter	"	1 031	1 282	1 210	1 205	1 218	1 574	1 420	1 345	1 361
Investitionsgüter	"	711	717	628	708	778	750	742	683	783
Verbrauchsgüter	"	138	145	139	144	147	150	140	142	142
Nahrungs- und Genußmittel	"	560	569	590	566	540	615	604	556	574
Bauhauptgewerbe³⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	30 510	31 036	30 845	31 032	31 150	30 814	30 966	31 099	31 664
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	24 574	25 042	24 835	25 093	25 181	24 767	24 850	24 981	25 480
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	3 590	3 499	3 673	4 075	4 073	3 464	3 782	3 764	3 808
* davon für Wohnungsbauten	"	984	947	1 000	1 168	1 166	898	1 039	1 039	1 085
gewerbliche und industrielle Bauten	"	1 293	1 320	1 358	1 504	1 512	1 390	1 426	1 334	1 381
öffentliche und Verkehrsbauten	"	1 313	1 232	1 315	1 403	1 395	1 176	1 317	1 391	1 342
* Brutto Lohnsumme ⁵⁾	Mio. DM	69,6	74,8	71,5	83,9	85,3	71,8	80,7	86,9	93,8
* Bruttogehaltssumme ⁶⁾	"	16,6	18,2	16,8	17,1	18,1	17,2	17,5	18,6	26,1
* Baugewerblicher Umsatz ⁶⁾	"	214,0	240,1	184,6	205,8	314,8	182,9	269,8	217,4	255,4
davon im Wohnungsbau	"	51,7	59,9	52,9	50,8	101,4	39,9	42,4	45,8	53,0
gewerblichen und industriellen Bau	"	81,4	100,8	65,2	83,7	108,1	85,4	102,0	86,4	107,5
öffentlichen und Verkehrsbau	"	80,9	79,4	66,5	71,3	105,3	57,6	125,4	85,2	94,9
Ausbaugewerbe										
Beschäftigte	Anzahl	10 547	10 710	10 475	10 525	10 550	10 596	10 645	10 624	10 767
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	8 367	8 479	8 276	8 290	8 312	8 387	8 462	8 443	8 542
Geleistete Arbeitsstunden	1000	1 334	1 332	1 278	1 313	1 401	1 297	1 305	1 300	1 315
Brutto Lohnsumme ⁵⁾	Mio. DM	21,1	22,3	19,9	21,5	22,5	21,3	22,4	23,3	24,5
Bruttogehaltssumme ⁶⁾	"	5,7	6,3	5,7	6,1	6,5	6,4	6,6	6,7	7,1
Ausbaugewerblicher Umsatz ⁶⁾	"	59,1	68,6	49,2	27,7	91,2	58,5	69,5	58,5	74,5
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	463	556	624	488	471	702	696	665	571
* Stromverbrauch	"	889	929	905	845	748	1 074	909	837	764
* Gaserzeugung (brutto) ⁷⁾	Mio. m ³	17	25	3	36	53	24	2	58	61
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (ohne Ausbaugewerbe)										
Produzierendes Gewerbe	1976 = 100	99,2	101,5	106,4	100,6	107,1	110,1	103,5	104,3	108,3
davon Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	100,7	109,7	108,6	104,7	114,4	115,5	99,6	104,0	111,5
Investitionsgütergewerbe	"	96,1	93,5	96,1	92,8	98,6	108,7	101,4	98,6	105,6
Verbrauchsgütergewerbe	"	108,9	108,8	118,1	109,2	115,6	111,4	106,8	107,9	112,7
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	"	96,9	91,6	103,1	92,5	95,2	91,2	94,7	93,5	95,1
Bauhauptgewerbe	"	96,0	99,6	112,9	114,0	120,3	101,7	116,5	121,5	117,1
Bau- und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
Wohnbau										
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	208	152	62	174	149	142	133	132	149
dar. Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen	"	184	136	56	164	139	124	110	112	118
* Rauminhalt	1000 m ³	257	178	80	164	142	177	213	147	222
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	66,9	49,0	23,0	46,2	38,5	51,6	60,6	45,3	66,6
* Wohnfläche	1000 m ²	49	34	14	31	27	33	43	27	44
Nichtwohnbau										
* Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	44	30	13	28	21	23	26	28	30
* Rauminhalt	1000 m ³	309	298	38	356	315	163	268	155	206
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	55,1	49,1	4,6	54,1	76,4	19,0	63,3	23,5	73,2
* Nutzfläche	1000 m ²	59	46	7	41	47	32	50	24	35
Wohnungen										
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	511	372	144	344	254	355	471	277	512
Baufertigstellungen										
Wohnbau										
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	191	145	41	94	74	94	103	96	133
Nichtwohnbau										
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	38	33	11	16	14	11	16	18	15
Rauminhalt	1000 m ³	290	278	15	72	77	252	58	385	100
Wohnungen										
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	451	340	66	124	145	170	373	268	436
Gebäude- und Wohnungsbestand⁸⁾										
Bestand an Wohngebäuden	1000	195	p 197	195	195	195	p 197	p 197	p 197	p 197
Wohnungen	"	778	p 780	779	779	779	p 780	p 780	p 780	p 780

¹⁾ einschließlich Bergbau. - ²⁾ ohne Umsatzsteuer - ³⁾ nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. - ⁴⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. - ⁵⁾ einschließlich Arbeitgeberzulagen aus Vermögensbildungstarifen. - ⁶⁾ ohne Umsatzsteuer. - ⁷⁾ umgerechnet auf den oberen Heizwert Ho = 35 169 kJ/m³ (8400 kcal/m³), ab Januar 1979 einschließlich Saldo aus Einspeisung und Entnahme aus dem Unterspeicher. - ⁸⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Juni	März	April	Mai
Bau- und Wohnungswesen (Fortsetzung)										
Preisindizes für Bauwerke¹⁾										
Bauleistungen am Bauwerk										
Wohngebäude insgesamt	1976 = 100	110,5	118,7		118,0					129,9
Ein- und Zweifamiliengebäude	"	110,7	118,8		118,0					130,3
Mehrfamiliengebäude	"	110,4	118,7		118,1					129,8
Gemischt genutzte Gebäude	"	110,4	118,5		117,8					129,5
Bürogebäude	"	109,4	117,3		116,4					127,7
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	109,5	117,2		116,4					127,6
Wohngeld nach dem Zweiten Wohngeldgesetz										
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	70 045	66 934	68 300	67 262	65 367	63 268	62 616	62 858	63 271
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1000 DM	5 923,7	6 185,0	6 122,3	5 994,3	5 771,4	5 645	5 603,0	5 665,4	5 741,8
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr										
Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels										
Einzelhandel	1970 = 100	161,7	167,6	167,6	167,3	151,7	173,7	165,6	155,8	144,4
davon Waren verschiedener Art ²⁾	"	175,2	185,6	172,3	165,7	127,2	206,0	172,3	156,6	139,6
Facheinzelhandel	"	157,2	165,4	168,2	170,2	160,1	175,0	173,1	167,2	157,2
Außenhandel										
* Ausfuhr aus dem Land Hamburg ³⁾ ⁴⁾	Mio. DM	600	598	590	518	656	742	655	671	673
davon Waren der										
* Ernährungswirtschaft	"	89	94	92	92	103	100	85	98	102
* Gewerblichen Wirtschaft	"	511	504	498	426	553	642	570	573	571
* davon Rohstoffe	"	4	5	6	5	6	6	8	8	7
* Halbwaren	"	102	108	119	93	101	205	137	136	142
* Fertigwaren	"	405	391	373	328	446	431	425	429	422
* davon Vorzerzeugnisse	"	63	75	83	72	82	82	83	81	79
* Enderzeugnisse	"	343	316	290	256	364	349	342	346	343
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsändern										
Europa	"	391	409	426	373	467	557	462	486	486
* dar. EG-Länder	"	261	267	281	273	296	381	306	323	322
Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure ⁵⁾										
Einfuhr	"	3 604	4 372	3 770	4 303	4 348	5 368	5 136	5 519	5 340
davon Europa	"	1 519	2 125	1 722	2 048	2 057	2 389	2 437	2 766	2 424
dar. EG-Länder	"	1 114	1 534	1 295	1 525	1 504	1 795	1 784	2 011	1 807
Außereuropa	"	2 085	2 247	2 048	2 255	2 290	2 979	2 699	2 753	2 916
Ausfuhr	"	1 411	1 530	1 732	1 320	1 533	1 998	2 060	1 845	1 828
davon Europa	"	892	1 022	1 258	909	991	1 461	1 498	1 290	1 347
dar. EG-Länder	"	595	685	952	580	645	1 030	1 035	836	904
Außereuropa	"	519	508	474	411	541	537	563	554	481
Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes										
* Gastgewerbe	1970 = 100	162,8	170,6	164,3	183,8	184,9	168,3	174,5	180,1	181,4
davon Beherbergungsgewerbe	"	161,5	172,8	172,9	198,1	195,1	170,6	183,5	202,6	206,9
Gaststättengewerbe	"	163,1	170,0	161,8	179,6	181,8	167,7	171,9	173,5	173,8
Fremdenverkehr⁶⁾										
* Fremdenmeldungen	1000	126,8	131,8	127,8	162,1	156,0	112,6	130,2	154,0	163,0
* dar. von Auslandsgästen	"	35,7	40,5	40,5	48,7	51,0	31,0	41,6	46,0	55,0
* Fremdenübernachtungen	"	223,2	234,7	234,2	281,2	273,0	205,6	236,2	282,0	283,0
* dar. von Auslandsgästen	"	63,9	72,4	73,2	87,9	89,2	58,7	77,6	91,1	99,0
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Schiffsverkehr über See										
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 386	1 325	1 312	1 388	1 431	s 1 250	s 1 375	s 1 345	s 1 365
Güterverkehr über See	1000 t	4 550	5 221	4 772	4 975	5 734	p 5 701	p 5 088	p 5 828	p 4 945
davon Empfang	"	3 301	3 897	3 548	3 644	4 444	p 4 173	p 3 719	p 4 321	p 3 461
dar. Sack- und Stückgut	"	649	675	726	697	686	740	698	844	739
Versand	"	1 249	1 324	1 224	1 330	1 290	p 1 528	p 1 369	p 1 507	p 1 484
dar. Sack- und Stückgut	"	756	768	754	791	783	p 774	p 752	p 825	p 876
Umgeschlagene Container ⁷⁾	Anzahl	50 007	53 117	53 010	54 442	54 189	61 336	56 571	74 716	68 411
in Containern umgeschlagene Güter ⁸⁾	1000 t	435	481	503	503	497	556	536	681	628
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	"	392	363	465	458	413	397	431	p 475	p 400
* Güterversand	"	560	498	560	627	550	641	591	p 546	p 560
Luftverkehr⁹⁾										
Starts und Landungen	Anzahl	5 310	5 445	5 283	5 809	5 859	p 5 395	5 282	p 5 746	p 5 595
Fluggäste	"	330 684	358 539	335 162	404 220	407 278	p 369 485	340 122	p 377 676	p 398 027
Fracht	t	2 077,6	2 206,8	2 119,1	2 308,3	2 078,3	p 2 733,8	2 273,1	p 2 531,4	p 2 314,5
Luftpost	"	596,3	808,7	746,1	832,1	833,6	p 897,9	817,2	p 816,9	p 792,3
Personenbeförderung im Stadtverkehr¹⁰⁾										
Schnell- und Vorortbahnen	1000	26 125	26 746	26 037	27 478	25 103	25 102	27 131	26 686	...
Busse und Straßenbahnen	"	22 309	22 620	21 831	22 954	20 637	21 688	21 872	21 432	...

¹⁾ für Neubau in konventioneller Bauart; - ²⁾ einschließlich Warenhäuser und Versandhandel; - ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt; - ⁴⁾ Nachgewiesen werden nur die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat; - ⁵⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die von Hamburger Firmen über hamburgische und außerhamburgische Grenzstellen ein- bzw. ausgeführt wurden; - ⁶⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere; - ⁷⁾ umgerechnet auf 20 Fuß-Basis; - ⁸⁾ einschließlich Eigengewicht der beladenen Container; - ⁹⁾ gewerblicher Verkehr; ohne Transit; - ¹⁰⁾ ausgewählte Verkehrsmittel des Hamburger Verkehrsverbundes.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Verkehr (Fortsetzung)										
Kraftfahrzeuge										
Bestand an registrierten Kraftfahrzeugen ¹⁾	1000	544,0	602,1	595,6	598,3	601,4	608,4	611,3	645,8	615,8
dar. Personenkraftwagen ²⁾	..	489,8	538,6	535,0	537,0	539,3	543,5	545,6	548,4	548,7
je 1000 Einwohner	Anzahl	294	326	322	324	325	329	331	332	...
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	..	6 483	6 254	8 622	8 261	7 253	8 486	7 555	6 626	6 298
* dar. Personenkraftwagen ²⁾	..	5 821	5 520	7 561	7 250	6 397	7 237	6 424	5 708	5 393
* Lastkraftwagen	..	425	431	471	467	399	609	405	344	413
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	..	933	826	852	997	962	702	977	979	1 180
* Getötete Personen	..	24	19	19	20	21	12	15	19	21
* Verletzte Personen	..	1 207	1 055	1 105	1 260	1 229	904	1 246	1 236	1 767
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen³⁾										
* Kredite ⁴⁾ an Nichtbanken insgesamt ⁵⁾	Mio. DM	66 953,3	72 749,0	68 005,2	68 547,7	69 979,3	72 864,3	73 546,2	74 072,8	74 817,4
* dar. Kredite ⁴⁾ an inländische Nichtbanken	..	63 415,7	69 390,1	64 460,3	64 939,1	66 019,4	69 443,6	70 170,0	70 670,6	71 141,9
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschließlich)	..	12 886,4	14 575,6	12 602,9	12 661,4	13 148,3	13 895,2	14 012,3	14 177,5	14 471,5
* an Unternehmen und Privatpersonen	..	12 557,5	14 444,4	12 391,7	12 465,9	12 930,3	13 830,6	13 879,3	14 042,7	14 356,5
* an öffentliche Haushalte	..	328,9	131,2	211,2	195,5	218,0	64,6	133,0	134,8	115,0
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	..	6 987,8	7 502,8	7 233,8	7 350,5	7 418,3	7 309,6	7 358,6	7 358,1	7 589,3
* an Unternehmen und Privatpersonen	..	5 432,2	5 753,1	5 305,8	5 425,5	5 506,1	5 441,0	5 476,8	5 543,2	5 829,0
* an öffentliche Haushalte	..	1 555,6	1 749,7	1 928,0	1 925,0	1 912,2	1 868,6	1 881,8	1 814,9	1 760,3
* Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	..	43 541,5	47 311,7	44 623,6	44 927,2	45 452,8	48 238,8	48 799,1	49 135,0	49 081,1
* an Unternehmen und Privatpersonen	..	35 275,5	38 489,9	36 371,5	36 703,1	37 058,0	38 968,6	39 292,7	39 501,7	39 472,7
* an öffentliche Haushalte	..	8 266,0	8 821,8	8 252,1	8 224,1	8 394,8	9 270,2	9 506,4	9 633,3	9 608,4
* Einlagen und aufgenommene Kredite ⁴⁾ von Nichtbanken ³⁾	..	45 553,3	47 678,2	44 532,3	44 833,7	45 206,3	45 898,6	45 260,0	45 645,4	45 822,3
* Sichteinlagen und Termingelder	..	30 979,4	32 913,3	29 870,2	30 171,8	30 627,3	31 489,2	30 992,6	31 430,1	31 586,6
* von Unternehmen und Privatpersonen	..	25 250,3	27 299,1	24 086,7	24 260,2	25 007,8	26 080,3	25 750,4	25 886,7	25 959,4
* von öffentlichen Haushalten	..	5 729,1	5 614,2	5 783,5	5 911,6	5 619,5	5 408,9	5 242,2	5 543,4	5 627,2
* Spareinlagen	..	14 573,9	14 764,9	14 662,1	14 661,9	14 579,0	14 409,4	14 267,4	14 216,3	14 235,7
* bei Sparkassen	..	9 185,6	9 424,7	9 230,1	9 234,5	9 205,1	9 232,6	9 144,4	9 108,6	9 135,2
* Gutschriften auf Sparkonten ⁶⁾	..	770,7	745,3	668,1	701,6	700,8	788,7	850,6	726,8	766,8
* Lastschriften auf Sparkonten	..	730,9	772,5	694,9	701,8	783,7	865,1	992,6	777,9	747,4
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	25	26	25	22	22	25	38	23	25
* Vergleichsverfahren
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	..	419	365	438	389	323	322	273	343	319
* Wechselsumme	Mio. DM	2,9	3,8	5,1	3,7	7,0	2,4	2,9	2,7	2,6
Mahnverfahren										
Anträge auf Erlaß eines Mahnbescheides ⁷⁾	Anzahl	26 661	25 032	21 172	24 753	21 626	24 873	22 228	21 914	24 195
Steuern										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
* Gemeinschaftsteuern	Mio. DM	1 111,0	1 355,6	1 215,9	949,2	1 727,3	..	891,4	1 205,7	2 006,5
* Steuern vom Einkommen	..	638,1	731,1	646,6	312,9	1 111,7	..	269,6	574,6	1 276,9
* Lohnsteuer ⁸⁾	..	377,0	396,2	372,0	232,7	468,5	..	206,8	471,3	575,9
* Veranlagte Einkommensteuer ⁹⁾	..	149,9	146,0	126,4	30,4	219,2	329,8	26,5	29,9	303,7
* Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ⁹⁾	..	28,9	36,4	24,8	15,7	32,3	14,5	32,1	33,6	15,1
* Körperschaftsteuer ⁹⁾	..	82,4	152,5	123,4	34,1	391,7	..	4,3	39,9	382,2
* Steuern vom Umsatz	..	472,9	624,5	569,4	636,3	615,6	669,0	621,8	631,1	729,6
* Umsatzsteuer	..	218,6	304,6	263,7	368,6	300,5	215,8	193,7	237,6	268,2
* Einfuhrumsatzsteuer	..	254,3	319,9	305,7	267,8	315,1	453,2	428,1	393,5	461,3
* Bundessteuern	..	909,6	979,8	1 084,3	1 049,8	639,9	..	900,2	1 020,9	1 022,1
* Zölle (einschl. EG-Anteilzölle)	..	66,8	71,0	72,3	72,6	76,0	70,1	73,0	70,3	81,4
* Verbrauchsteuern	..	821,3	886,1	991,2	955,7	543,8	577,6	803,1	925,2	918,3
* Landessteuern	..	58,6	60,8	40,3	84,9	42,0	35,9	39,9	85,4	54,0
* Vermögensteuer	..	26,3	23,3	4,1	51,9	5,8	2,2	6,3	56,6	11,2
* Kraftfahrzeugsteuer	..	14,2	17,5	15,7	16,1	23,1	8,9	11,6	12,4	16,1
* Biersteuer	..	2,7	2,7	3,0	2,7	3,1	2,2	2,6	3,1	3,1
* Gemeindesteuern	..	140,9	157,2	110,3	235,1	103,1	64,1	36,9	293,4	70,4
* Grundsteuer A ¹⁰⁾	..	0,1	0,1
* Grundsteuer B ¹¹⁾	..	17,2	17,5	20,5	19,7	18,2	15,5	2,9	41,1	2,3
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ¹²⁾	..	102,8	117,7	48,0	203,8	81,8	46,7	31,5	252,0	68,2
* Lohnsummensteuer ¹³⁾	..	20,4	21,5	40,6	11,5	2,8	1,5	1,4	0,3	0,2

¹⁾ Im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge; Stand Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und -post; Quelle: Zulassungsstelle für Kraftfahrzeuge. — ²⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ³⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. — ⁴⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ⁵⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts ist der Stand am 31. 12. und in den Monaten ist der Stand am Monatsende angegeben. — ⁶⁾ einschließlich Zinsgutschriften. — ⁷⁾ bis zum 30. 6. 1977; Zahlungsbefehl. — ⁸⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. — ⁹⁾ vor Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. — ¹⁰⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. — ¹¹⁾ einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. — ¹²⁾ vor Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ¹³⁾ wird ab 1980 nicht mehr erhoben.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Juni	März	April	Mai
Steuern (Fortsetzung)										
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes ¹⁾	Mio. DM	1 558,7	1 718,0	1 685,3	1 703,6	1 488,3		1 526,8	1 664,8	2 006,1
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	311,8	366,1	288,4	242,6	507,7	522,6	279,2	249,7	572,5
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	319,2	421,5	384,3	429,5	415,5	451,6	419,7	426,0	492,5
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	18,1	20,8	-	53,6	-	-	-	37,8	-
* Steuereinnahmen des Landes	"	382,4	432,7	347,3	212,7	682,2		43,6	402,1	775,0
* Anteil an den Steuern vom Einkommen ²⁾	"	254,1	291,7	285,8	48,2	504,1		25,0	245,7	569,8
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	51,6	59,3	21,2	26,1	136,1		28,7	33,2	151,2
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	18,1	20,8	-	53,6	-		-	37,8	-
* Steuereinnahmen der Gemeinde	"	172,1	184,9	180,0	147,4	199,4		45,8	292,9	202,3
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁴⁾	"	66,7	76,0	48,0	96,7	81,8	46,7	31,5	176,4	68,2
* Anteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer ⁵⁾	"	492,2	69,3	69,8	19,3	96,3		8,8	75,1	131,9
Hamburg verbleibende Steuereinnahmen ⁵⁾	"	492,2	558,2	517,2	349,6	806,2		76,0	681,8	1 061,7
Löhne und Gehälter										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
* männliche Arbeiter	DM	600	641	630				680		
* dar. Facharbeiter	"	629	672	660				715		
* weibliche Arbeiter	"	387	411	408				433		
* dar. Hilfsarbeiter	"	359	382	378				397		
Bruttostundenverdienste										
* männliche Arbeiter	"	14,14	14,98	14,79				15,89		
* dar. Facharbeiter	"	14,75	15,62	15,41				16,60		
* weibliche Arbeiter	"	9,62	10,17	10,09				10,73		
* dar. Hilfsarbeiter	"	8,87	9,40	9,33				9,83		
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	"							3 795		
* männlich	"	3 274	3 513	3 481				2 660		
* weiblich	"	2 378	2 517	2 485						
Technische Angestellte und Meister	"							3 719		
* männlich	"	3 297	3 503	3 434				2 521		
* weiblich	"	2 270	2 395	2 356						
Bruttomonatsverdienste in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte	"							3 351		
* männlich	"	2 884	3 100	3 033				2 414		
* weiblich	"	2 092	2 244	2 183						
Öffentliche Sicherheit und Ordnung										
Feststellungen der Polizei										
Straftaten insgesamt										
dar. Straftaten wider das Leben	Anzahl	14 813	15 330	14 215	15 962	15 967	16 292	15 082	15 161	16 920
Straftaten wider die sexuelle Selbstbestimmung	"	7	5	1	5	3	6	7	2	8
Rohheitsdelikte und Straftaten wider die persönliche Freiheit	"	186	184	206	218	147	168	111	121	131
Vermögens- und Fälschungsdelikte	"	1 024	1 273	1 091	1 341	1 271	1 549	1 189	1 332	1 506
Diebstahl	"	1 974	1 875	1 692	1 693	1 779	2 452	2 029	1 477	1 741
dar. unter erschwerenden Umständen	"	9 277	9 516	8 885	10 103	10 222	9 135	8 768	9 537	10 757
Außerdem Verkehrsvergehen	"	5 162	5 322	5 023	5 770	6 092	4 675	4 691	5 500	6 344
	"	1 223	1 137	1 123	1 103	1 167	1 291	1 097	1 167	1 120
Einsätze der Berufsfeuerwehren										
Alarmierungen insgesamt										
dar. Feueralarme	"	16 838	17 610	16 468	17 306	17 198	17 518	18 332	18 128	18 141
dar. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	540	577	671	595	556	908	800	816	694
Rettungswageneinsätze	"	143	155	145	133	152	177	187	171	191
dar. für Krankenbeförderungen	"	15 097	15 509	14 726	15 525	15 524	15 582	16 134	16 035	15 795
	"	2 675	2 703	2 466	2 521	2 470	2 831	2 715	2 386	1 837
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren										
	"	185	217	199	228	257	439	581	395	568

¹⁾ ab 1979 ohne EG-Anteil Zölle. - ²⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ³⁾ nach Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ⁴⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - ⁵⁾ Steuereinnahmen des Landes und der Gemeinden und Gemeindeverbände / Länderfinanzausgleich und Lastenausgleichsabgaben (§ 6 LAG).

Hamburg im großräumlichen Vergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtsmonat	Berichtsmonat ¹⁾			
			1979			Hamburg
			Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	
Bevölkerung						
Bevölkerung insgesamt						
Wohnbevölkerung	1000	Dezember	1 653,0	12 181,3	61 439,3	1 664,3
Lebendgeborene	Anzahl	"	996	9 326	49 239	1 008
Gestorbene	"	"	2 195	13 322	63 417	2 359
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	"	- 1 199	- 3 996	- 14 178	- 1 351
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze	"	"	4 920	23 871	48 403	3 985
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze	"	"	4 612	20 753	30 942	4 869
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	"	"	+ 308	+ 3 118	+ 17 461	- 884
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	"	"	- 891	- 878	+ 3 283	- 2 235
Ausländer						
Wohnbevölkerung	1000	September	132,3	515,3	4 143,8	124,0
Lebendgeborene	Anzahl	Dezember	184	809	6 695	176
Gestorbene	"	"	21	95	780	22
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	"	+ 163	+ 714	+ 5 915	+ 154
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze	"	"	1 979	6 792	38 941	1 094
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze	"	"	992	3 989	27 261	935
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	"	"	+ 987	+ 2 803	+ 11 680	+ 159
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	"	"	+ 1 150	+ 3 517	+ 17 595	+ 313
Arbeitsmarkt						
Arbeitslose	Anzahl	Dezember	22 607	198 637	866 783	28 730
und zwar Männer	"	"	11 689	94 179	417 978	14 972
Frauen	"	"	10 918	104 458	448 805	13 758
Teilzeitkräfte	"	"	3 584	38 016	156 864	4 609
Ausländer	"	"	3 152	16 280	101 161	3 671
Arbeitslosenquote	%	"	3,3	4,4	3,8	4,2
Offene Stellen	Anzahl	"	8 476	47 786	268 189	6 922
Kurzarbeiter	"	"	234	10 898	80 336	5 925
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)⁵⁾						
Beschäftigte	Anzahl	Dezember	166 125	1 152 482	7 647 841	167 348
Geleistete Arbeiterstunden	1000	"	12 841	106 250	694 851	13 081
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	536	3 280	21 457	502
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁶⁾	"	"	3 125	14 825	84 493	2 643
Gesamtumsatz ⁷⁾	"	"	5 909	19 062	95 339	4 652
darunter Auslandsumsatz	"	"	748	4 062	24 758	567
Bauhauptgewerbe						
Beschäftigte	Anzahl	Dezember	30 940	258 735	1 250 594	30 571
Geleistete Arbeitsstunden	1000	"	3 073	24 069	115 926	2 873
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	101	579	2 758	85
Baugewerblicher Umsatz ⁸⁾	"	"	398	2 627	11 969	392
Fremdenverkehr						
Fremdenmeldungen ¹⁾	1000	Dezember	85	491	2 738	81
darunter von Auslandsgästen	"	"	22	57	379	20
Straßenverkehr						
Zulassungen fabrikneuer Pkw ⁸⁾	Anzahl	Dezember	3 339	25 018	122 478	4 505
Steuern						
Steueraufkommen insgesamt	Mio. DM	Okt.-Dez.	9 485,3	21 362,1	95 338,7	8 008,9
darunter						
Gemeinschaftsteuern	"	"	4 786,6	13 759,1	68 898,9	3 592,5
Landessteuern	"	"	178,1	747,4	3 937,8	181,3
Gemeindesteuern	"	"	530,5	1 813,6	8 656,8	435,5

¹⁾ Bei Bestandsdaten: Stand am Monatsende. - ²⁾ Bei Bestandsdaten: Durchschnitt der nachgewiesenen Monate. - ³⁾ Stand Ende September. - ⁴⁾ Prozentpunkte. - ⁵⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn / -post.

Jahresbeginn bis Berichtsmonat (einschl.) ²⁾										
1978		1979			1978			Veränderung 1979 gegenüber 1978 in %		
Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschl. Berlin (West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschl. Berlin (West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschl. Berlin (West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschl. Berlin (West) –
12 179,0	61 321,7	1 658,1	12 177,4 p	61 363,9	1 671,7	12 187,1	61 325,2	- 0,8	- 0,1 p	+ 0,1
9 301	45 526	12 722	108 809	581 884	12 616	110 175	576 468	+ 0,8	- 1,2	+ 0,9
13 920	62 814	23 760	148 546	711 732	24 072	149 863	723 218	- 1,3	- 0,9	- 1,6
- 4 619	- 17 288	- 11 038	- 39 737	- 129 848	- 11 456	- 39 688	- 146 750			
22 741	37 791	62 699	330 591	666 716	60 693	321 623	575 904	+ 3,3	+ 2,8	+ 15,8
21 484	31 638	62 923	288 717	420 713	65 272	297 758	460 528	- 3,6	- 3,0	- 8,6
+ 1 257	+ 6 153	- 224	+ 41 874	+ 246 003	- 4 579	+ 23 865	+ 115 376			
- 3 362	- 11 135	- 11 262	+ 2 137	+ 116 155	- 16 035	- 15 823	- 31 374			
490,2	3 981,1	132,3	515,3	4 143,8	124,0	490,2	3 981,1	+ 6,7	+ 5,1	+ 4,1
756	5 643	2 302	8 907	75 560	2 308	9 051	74 993	- 0,3	- 1,6	+ 0,8
98	690	253	1 063	8 093	245	1 078	8 044	+ 3,3	- 1,4	+ 0,6
+ 658	+ 4 953	+ 2 049	+ 7 844	+ 67 467	+ 2 063	+ 7 973	+ 66 949			
5 088	28 270	20 457	86 347	545 917	17 379	73 616	456 724	+ 17,7	+ 17,3	+ 19,5
4 347	27 582	12 827	57 801	360 152	13 827	63 026	405 996	- 7,2	- 6,3	- 11,3
+ 741	+ 688	+ 7 630	+ 28 546	+ 185 765	+ 3 552	+ 10 590	+ 50 728			
+ 1 399	+ 5 641	+ 9 679	+ 36 390	+ 253 232	+ 5 615	+ 18 563	+ 117 677			
229 146	1 006 721	24 713	198 756	876 137	29 107	222 406	992 948	- 15,1	- 10,6	- 11,8
111 868	494 977	12 784	93 990	416 943	15 260	109 046	488 832	- 16,2	- 13,8	- 14,7
117 278	511 744	11 929	104 766	459 194	13 847	113 360	504 116	- 13,9	- 7,6	- 8,9
45 254	187 355	4 080	40 842	169 913	4 834	45 376	187 314	- 15,6	- 10,0	- 9,3
17 757	108 936	3 205	15 204	93 499	3 596	15 575	103 524	- 10,9	- 2,4	- 9,7
5,1	4,4	3,6	4,4	3,8	4,3	4,9	4,3	⁴⁾ - 0,7	⁴⁾ - 0,5	⁴⁾ - 0,5
39 608	222 303	9 703	58 234	304 016	8 565	47 011	245 555	+ 13,3	+ 23,9	+ 23,8
26 339	126 650	2 677	19 318	87 613	6 319	28 902	190 714	- 57,6	- 33,2	- 54,1
1 142 846	7 576 723	165 872 p	1 147 379 p	7 607 788 p	168 280	1 147 846	7 584 138	- 1,4 p	- 0,0 p	+ 0,3 p
108 520	710 420	166 348	1 421 852 p	9 253 475 p	168 159	1 429 233	9 265 996	- 1,1 p	- 0,5 p	- 0,1 p
3 074	19 958	6 025 p	36 307 p	238 467 p	5 695	34 160	223 156	+ 5,8 p	+ 6,3 p	+ 6,7 p
13 890	78 627	32 549			29 291	160 572	901 009	+ 11,1		
17 113	88 036	61 127 p	217 888 p	1 105 451 p	47 563	193 379	999 929	+ 28,5 p	+ 12,7 p	+ 10,6 p
3 502	23 167	6 754 p	42 401 p	265 577 p	6 122	39 603	240 341	+ 10,3 p	+ 7,1 p	+ 10,5 p
252 769	1 204 980	30 722	255 999	1 240 207	30 510	250 780	1 190 208	+ 0,7	+ 2,1	+ 4,2
20 313	99 649	41 555	349 491	1 724 241	44 073	361 691	1 687 326	- 3,5	- 3,4	+ 2,2
456	2 241	1 110	7 122	33 853	1 034	6 501	30 418	+ 7,4	+ 9,6	+ 11,3
2 658	11 799	2 972	19 433	92 080	2 568	16 917	77 984	+ 15,7	+ 14,9	+ 18,1
482	2 719	1 582	10 502	52 375	1 521	10 356	51 164	+ 4,0	+ 1,4	+ 2,4
54	374	486	1 377	8 940	429	1 275	8 663	+ 13,4	+ 8,0	+ 3,2
32 289	154 831	66 242	516 891	2 616 444	69 846	534 519	2 656 678	- 5,2	- 3,3	- 1,5
19 401,6	90 376,9	31 573,0	74 954,4	342 560,4	27 334,9	67 938,5	318 212,7	15,5	10,3	7,7
12 099,1	63 991,9	17 198,8	49 120,5	245 545,8	14 025,9	43 791,4	225 895,3	22,6	12,2	8,7
716,9	3 793,5	730,1	3 094,7	16 603,2	703,5	2 839,4	15 038,9	3,8	9,0	10,4
1 712,3	9 000,0	1 886,8	7 167,8	35 737,7	1 690,8	6 654,1	34 346,2	11,6	7,7	4,1

²⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ³⁾ ohne Umsatzsteuer. – ⁴⁾ für Berichtsgemeinden. –

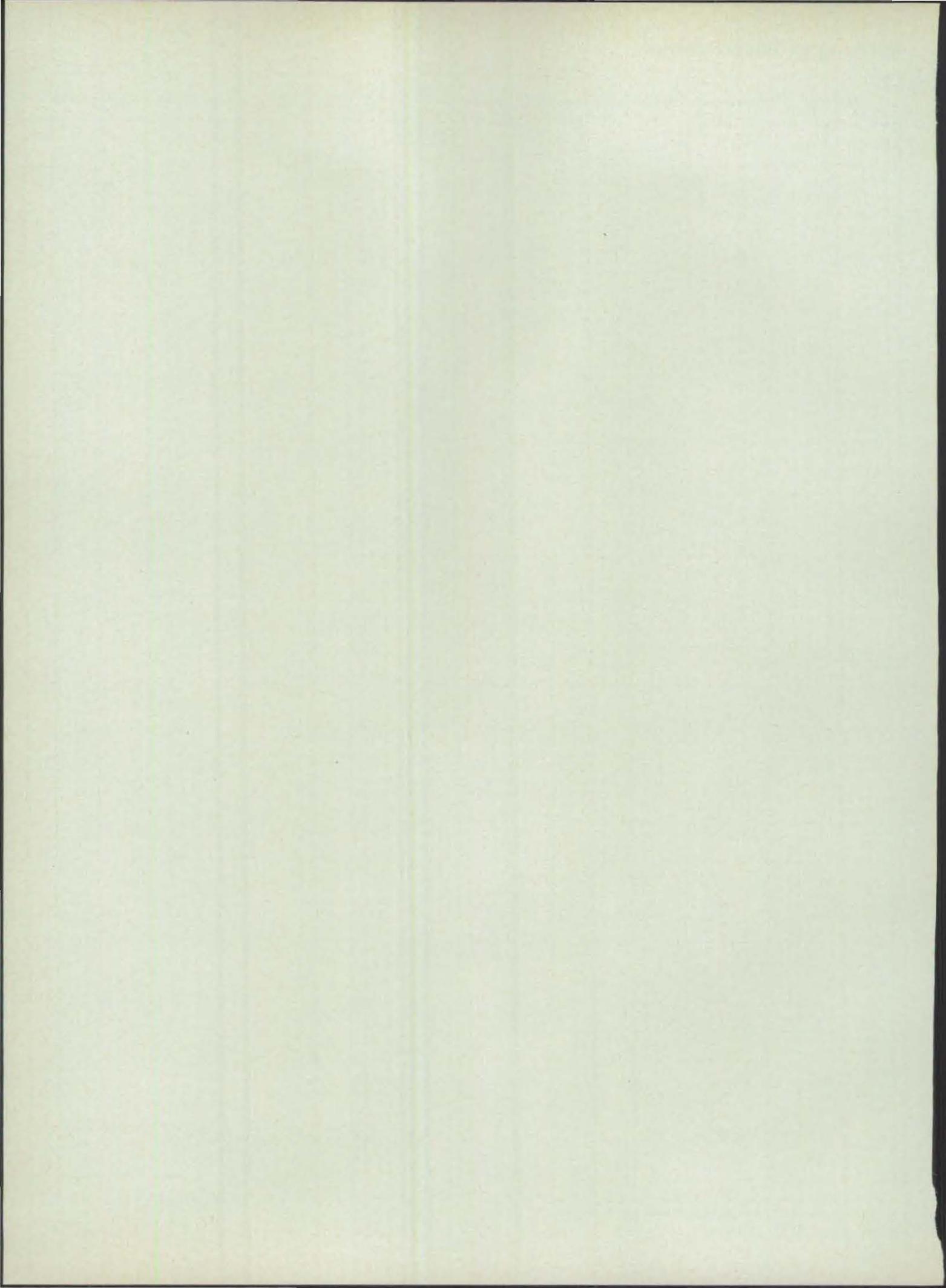
Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bevölkerung													
Wohnbevölkerung ¹⁾	1000	1. Vj. 80 4. Vj. 79	1 651 1 653	1 902	1 298 1 300	979 979	658 659	631 631	594 595	581 580	555 556	543 544	484 484
darunter Ausländer	%	1. Vj. 80 4. Vj. 79	8,4 8,2	11,1	16,6 16,6	13,5 13,3	5,8 5,6	20,7 20,4	11,6 11,4	16,9 16,6	6,3 5,7	9,1 8,9	11,0 10,8
Lebendgeborene	Anzahl	1. Vj. 80 4. Vj. 79	3 164 3 089	4 189	2 630 2 347	2 355 2 176	1 365 1 295	1 274 1 366	1 172 1 131	1 272 1 248	1 139 1 074	1 155 968	939 950
darunter Ausländer	%	1. Vj. 80 4. Vj. 79	18,0 18,2	24,0	28,6 30,0	29,9 29,8	13,3 14,0	38,9 32,3	25,3 26,3	32,1 32,9	14,0 14,4	21,8 20,8	23,4 23,5
Lebendgeborene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 80 4. Vj. 79	7,8 7,4	8,7	8,2 7,2	9,8 8,8	8,4 7,8	8,2 8,6	8,0 7,5	8,9 8,5	8,3 7,7	8,6 7,1	7,9 7,8
Gestorbene	Anzahl	1. Vj. 80 4. Vj. 79	5 666 6 472	8 851	3 832 2 959	2 960 2 784	2 211 2 245	1 866 2 066	2 049 1 960	1 609 1 550	1 858 1 847	1 867 1 721	1 636 1 700
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 80 4. Vj. 79	13,9 15,5	18,5	12,0 9,0	12,3 11,3	13,6 13,5	12,0 13,0	14,0 13,1	11,2 10,6	13,6 13,2	13,9 12,6	13,7 13,9
Geborenen- (+) / Gestorbenen-überschuß (-)	Anzahl	1. Vj. 80 4. Vj. 79	- 2 502 - 3 383	- 4 662	- 1 202 - 612	- 605 - 608	- 846 - 950	- 592 - 700	- 877 - 829	- 337 - 302	- 719 - 773	- 712 - 753	- 697 - 750
Zugezogene Personen	Anzahl	1. Vj. 80 4. Vj. 79	16 224 17 040	19 915	21 267 24 029	11 699 13 331	4 861 5 326	11 047 12 426	7 515 7 902	13 397 12 601	4 616 7 263	7 156 9 078	6 727 7 456
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 80 4. Vj. 79	39,9 40,9	41,5	66,4 73,3	48,5 54,0	30,0 32,1	71,0 78,1	51,3 52,7	93,6 86,2	33,8 51,8	53,4 66,2	56,4 61,1
Fortgezogene Personen	Anzahl	1. Vj. 80 4. Vj. 79	15 759 16 497	17 082	21 508 23 998	11 409 11 388	5 306 4 990	10 426 10 930	8 291 7 734	12 552 12 041	5 398 6 941	7 165 7 902	6 366 6 969
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 80 4. Vj. 79	38,7 39,6	35,6	67,2 73,2	47,3 46,1	32,7 30,0	67,0 68,7	56,7 51,5	87,7 82,3	39,5 49,5	53,5 57,7	53,4 57,1
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	Anzahl	1. Vj. 80 4. Vj. 79	+ 465 + 543	+ 2 833	+ 241 + 31	+ 290 + 1 943	- 445 + 336	+ 621 + 1 496	- 776 + 168	+ 845 + 560	- 782 + 322	+ 9 + 1 176	+ 361 + 487
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 80 4. Vj. 79	+ 1,1 + 1,3	+ 5,9	- 0,8 + 0,1	+ 1,2 + 7,9	- 2,7 + 2,0	+ 4,0 + 9,4	- 5,3 + 1,1	+ 5,9 + 3,8	- 5,7 + 2,3	- 0,1 + 8,6	+ 3,0 + 4,0
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	Anzahl	1. Vj. 80 4. Vj. 79	- 2 037 - 2 840	- 1 829	- 1 443 - 581	- 315 + 1 335	- 1 291 - 614	+ 29 + 796	- 1 653 - 661	+ 508 + 258	- 1 501 - 451	- 721 + 423	- 336 - 263
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 80 4. Vj. 79	- 5,0 - 6,8	- 3,8	- 4,5 - 1,8	+ 1,3 + 5,4	- 8,0 - 3,7	+ 0,2 + 5,0	- 11,3 - 4,4	+ 3,5 + 1,8	- 11,0 - 3,2	- 5,4 + 3,1	- 2,8 - 2,2
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	Anzahl	1. Vj. 80 4. Vj. 79	38 814 31 249	54 636	24 269 24 465	20 221 20 465	11 291 11 269	10 132 12 329	10 750 10 497	9 792 9 474	11 054	9 817 9 980	9 270 9 591
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 80 4. Vj. 79	95,4 75,0	113,9	75,8 74,7	83,8 82,9	69,6 67,8	65,1 77,5	73,5 70,0	68,4 64,8	78,9	73,3 72,8	77,7 78,6
Arbeitsmarkt¹⁾													
Arbeitslose	Anzahl	1. Vj. 80 4. Vj. 79	24 514 22 607	36 418 32 914	21 949 21 595	22 922 17 751	13 237 13 112	12 577 12 031	9 909 10 272	6 148 5 039	11 643 11 075	14 202 13 676	9 074 8 377
und zwar Männer	"	1. Vj. 80 4. Vj. 79	13 454 11 689	20 863 17 972	9 810 9 087	12 712 9 893	8 052 7 970	6 451 6 153	5 365 5 539	3 928 2 941	5 837 5 514	6 983 6 804	3 916 3 621
Frauen	"	1. Vj. 80 4. Vj. 79	11 060 10 918	15 555 14 942	12 139 12 508	10 210 7 858	5 185 5 142	6 126 5 878	4 544 4 733	2 220 2 098	5 806 5 561	7 219 6 872	5 158 4 756
Teilzeitkräfte	"	1. Vj. 80 4. Vj. 79	3 506 3 584	3 373 3 383	4 506 4 782	2 723 1 949	1 717 1 767	1 974 1 801	1 293	627 503	1 938 1 924	2 236 2 237	1 837 1 711
Arbeitslosenquote	%	1. Vj. 80 4. Vj. 79	3,6 3,3	4,6 4,1	2,4 2,4	5,7 5,3	5,6 5,5	2,4 2,3	3,6 3,7	2,2 1,8	5,3 5,0	4,2 4,1	3,8 3,5
Arbeitslose Ausländer	Anzahl	1. Vj. 80 4. Vj. 79	3 758 3 152	6 414 5 476	3 903 3 555	5 836 4 375	1 102 1 103	2 980 2 736	1 798 1 842	3 093 2 147	1 712 1 516	2 152 2 132	1 915 1 647
Offene Stellen	"	1. Vj. 80 4. Vj. 79	9 558 8 476	9 849 8 462	17 628 14 695	5 765 4 147	2 602 1 954	9 133 8 522	5 163 4 242	8 383 7 527	3 259 3 375	6 708 4 173	4 739 3 793
Kurzarbeiter	"	1. Vj. 80 4. Vj. 79	511 234	1 413 3 064	605 231	15 466 12 721	293 553	924 764	50 223	101 182	1 445 1 440	313 820	699 950

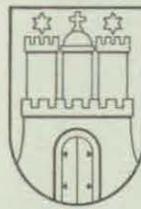
Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)²⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	1. Vj. 80	167 794	183 823	191 330	127 393	58 071	109 725	p 91 675	131 426	75 267	100 599	98 994
		4. Vj. 79	166 125	182 601	190 725	128 306	60 367	110 427	90 172	130 976	75 694	99 768	99 755
	je 1000 Einwohner	1. Vj. 80	102		147	130	88	174	p 154	226	136	185	205
		4. Vj. 79	100	96	146	131	92	175	151	226	136	184	206
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	1. Vj. 80	1 477	1 379	1 736	1 152	510	1 001	p 833	1 250	602	797	730
		4. Vj. 79	1 682	1 535	1 853	1 378	617	1 184	944	1 395	729	935	787
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr		1. Vj. 80	36	30	37	37	36	37	p 37	39	32	32	30
		4. Vj. 79	40	33	39	43	41	43	42	42	38	37	29
Umsatz aus Eigenerzeugung ³⁾	Mio. DM	1. Vj. 80	8 774	5 444	9 105	5 583	2 283	3 857	p 3 514	7 062	3 631	3 561	2 306
		4. Vj. 79	9 109	5 386	9 166	6 243	2 433	3 980	3 847	6 868	3 562	3 579	2 453
Gesamtumsatz ⁴⁾	Mio. DM	1. Vj. 80	16 742	5 714	9 761	6 566	2 596	5 086	p 4 005	7 965	4 212	3 831	2 501
		4. Vj. 79	17 166	5 678	9 891	7 145	2 770	5 268	4 283	7 714	4 163	3 843	2 991
darunter Auslandsumsatz ⁵⁾	Mio. DM	1. Vj. 80	1 718	734	3 185	1 810	318	1 789	p 1 127	2 711	710	1 160	559
		4. Vj. 79	1 900	713	3 072	2 105	404	1 924	1 498	2 664	784	1 191	601
Gesamtumsatz ⁶⁾	1000 DM je Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 80	41		30	27	16	33	p 27	58	31	29	21
		4. Vj. 79	41	12	30	29	17	33	29	53	30	28	25
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr		1. Vj. 80	405	126	207	209	181	188	p 177	246	227	154	102
		4. Vj. 79	410	123	206	221	182	189	188	234	218	153	119
Bauhauptgewerbe²⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	1. Vj. 80	25 801	33 189	37 209	13 691	11 641	18 498	12 910	14 430	10 899	8 955	10 971
		4. Vj. 79	25 887	33 657	37 705	13 546	11 615	18 449	12 854	13 328	10 641	10 201	10 833
Baugewerblicher Umsatz ³⁾	Mio. DM	1. Vj. 80	479	432	663	282	207	448	243	268	173	163	154
		4. Vj. 79	837	813	1 004	382	270	427	389	370	310	297	253
Fremdenverkehr													
Fremdenmeldungen	Anzahl	1. Vj. 80	301 082	276 216	540 521	191 830	49 697	364 841	191 793	113 075	66 144	101 706	101 625
		4. Vj. 79	361 972	322 365	593 429	186 394	49 687	380 329	187 169	119 961	70 895	112 728	132 024
Fremdenübernachtungen	"	1. Vj. 80	541 152	715 966	1 153 723	454 480	108 892	674 532	374 146	285 113	132 158	164 078	217 974
		4. Vj. 79	653 978	797 298	1 232 304	379 804	108 892	678 458	373 803	294 994	142 835	191 896	250 984
darunter von Auslands Gästen	"	1. Vj. 80	148 499	149 116	360 030	126 627	11 837	355 020	122 662	67 039	31 337	24 897	41 977
		4. Vj. 79	197 786	154 128	439 784	112 398	14 500	359 131	137 289	68 690	34 103	46 425	43 543
Fremdenübernachtungen je 1000 Einwohner und 1 Jahr		1. Vj. 80	1 329		3 604	1 884	670	4 333	2 556	1 991	966	1 225	1 827
		4. Vj. 79	1 569	1 663	3 761	1 539	656	4 264	2 491	2 017	1 019	1 400	2 056
Straßenverkehr													
Zulassung fabrikneuer Pkw	Anzahl	1. Vj. 80	18 589	18 591	16 799		8 047	16 223			6 091	5 345	5 422
		4. Vj. 79	13 166	11 853	11 902		5 457	13 379			4 447	3 834	4 464
Steuer-einnahmen													
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital – nach Abzug der Gewerbesteuerumlage u. ohne Lohnsummensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	1. Vj. 80	333	117	197	153	70	244	149	170	72	96	173
		4. Vj. 79	140	38	164	33	5	188	22	63	52	30	11
DM je Einwohner und 1 Jahr		1. Vj. 80	818		615	635	43	1 568	1 021	1 185	530	714	1 451
		4. Vj. 79	335	78	500	134	33	1 180	144	428	374	221	92
Lohn- und Einkommensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	1. Vj. 80	157	109	99	18	10	14	12	10	47	3	47
		4. Vj. 79	242	107	210	167	113	142	135	118	64	110	75
DM je Einwohner und 1 Jahr		1. Vj. 80	385		309	74	62	87	83	67	347	26	398
		4. Vj. 79	582	222	641	679	678	895	898	808	457	800	618

¹⁾ am Ende des Berichtszeitraumes. – ²⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ³⁾ ohne Umsatzsteuer. – ⁴⁾ Arbeitsamtsbezirk. – ⁵⁾ einschl. Erkrath, Stadt. – ⁶⁾ einschl. der Städte Erkrath, Mildern und Ratingen.



Hamburg in Zahlen



Zeitschrift des
Statistischen Landesamts
der Freien und
Hansestadt Hamburg

Heft 10. 1980

In eigener Sache	
○ Mehr als ein Zunfttreffen	242
Statistik aktuell	
○ Im ersten Halbjahr 1980...	242
○ Bevölkerungsentwicklung in der „Inneren“ und „Äußeren“ Stadt	242
○ Anteil der Rentner erhöht	243
○ 2745 Millionäre	243
○ Patienten in Krankenhäusern	243
○ Flaggen von 95 Staaten im Hafen	243
○ Getreideboom im Ostblocktransit	244
○ Wasserversorgung in Hamburg	244
○ Die meisten Betriebe des Bau- hauptgewerbes im Bezirk Wandsbek	244
○ Umsatzplus bei Fahrrädern und Möbeln	244
○ Flüssiggasabsatz gestiegen	244
*	
Die Bundestagswahl am 5. Oktober 1980 in Hamburg	245
Bundestagswahl 1980: Ergebnisse nach Gebietstypen	256
ANPAS: Ein Modell für kleinräumige Bevölkerungs- prognosen	258
*	
Das interessiert in Hamburg	
○ Diagramme	264
○ Hamburg heute und gestern	264
○ Statistik der anderen	264
○ Zur Person	265
○ Neue Schriften	265
○ Der Draht zum StaLa	265
*	
Hamburger Zahlenspiegel	266
Hamburg im großräumlichen Vergleich	272
Hamburg im Städtevergleich	274

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.
Verlag und Vertrieb:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Erhard Hruschka

Einzelpreis DM 2,50;
Jahresabonnement DM 20,-
Druck: Hermann Kampen, Hamburg 1

ISSN 0017-6877

Mehr als ein Zunfttreffen

Wenn sich vom 1. bis 5. Dezember rund 500 Statistiker aus dem In- und Ausland zur ‚Statistischen Woche 1980‘ in Hamburg treffen, so darf diese Tagung nicht mit dem Maß für den berufsständischen Kongreß, die Veranstaltung eines speziellen wissenschaftlichen Fachgebiets oder die Leistungsschau eines technischen Bereichs gemessen werden. Die ‚Statistische Woche‘ vereinigt Vertreter und Partner der Fachdisziplin Statistik aus Bund, Ländern und Kommunen, von den Hochschulen, aus einer großen Zahl von Wirtschaftsbereichen, Verbänden, Forschungsinstitutionen, internationalen und nationalen Gremien, den Medien sowie den Konsumenten und kritischen Betrachtern der Statistik.

Der Anspruch der Statistiker, die Datengrundlagen für planmäßiges Handeln und eine rationale Fundierung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Entscheidungen bereitstellen zu können, sofern ihre Kapazität in den richtigen Dimensionen an der rechten Stelle eingesetzt wird, gilt heute in verstärktem Maße. Ihre Information über beobachtete Entwicklungen im strukturellen Zusammenhang, die Darstellung und Analyse eines Ist-Zustandes sowie die Prognose zukünftiger Tendenzen müssen heute mehr denn je als eine Aufgabe angesehen werden, ohne deren möglichst perfekte Erfüllung praktische und ideelle Fundamente nicht errichtet werden sollten. Mit dem Ziel, bei unterschiedlicher Aufgabenstellung methodisch Neues zu erarbeiten, Erfahrungen auszutauschen, Informationen zu geben und zu erhalten, Verfahren zu diskutieren, vereinigt die Hamburger Tagung die Statistiker und vermittelt gleichzeitig den Kontakt zum Vertreter anderer Disziplinen, ohne den die seit Jahrzehnten erfolgreiche Veranstaltung nur begrenzten Sinn hätte.

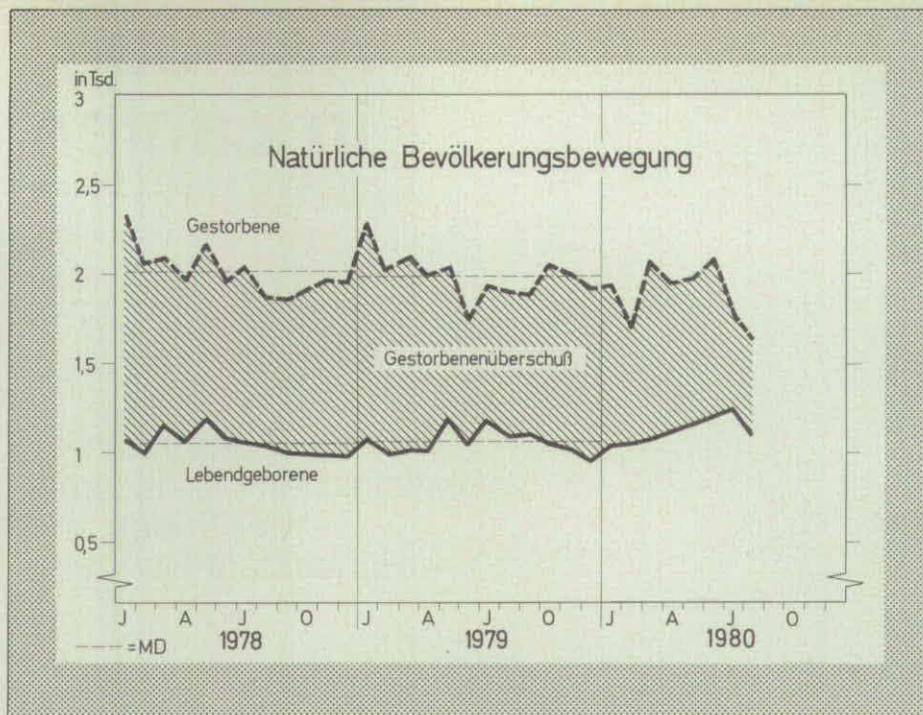
— Themengruppen wie Statistische Informationssysteme, Indikatoren als Instrumente der Stadtforschung, Statistik und Datenschutz

— Arbeitsansätze aus dem Bereich der neueren statistischen Methoden, der empirischen Wirtschaftsforschung

— Präsentationen aus den Aufgabengebieten der regionalen und internationalen Statistik

zeigen einen Teil des von den Veranstaltern, dem Verband Deutscher Städtestatistiker sowie der Deutschen Statistischen Gesellschaft, vorbereiteten Programms.

Erhard Hruschka



Statistik aktuell

Im ersten Halbjahr 1980

... fast zehn Prozent mehr Eheschließungen. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden in Hamburg 4274 Ehen geschlossen; das sind 358 oder 9,1 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Damit lag die Relation „Ehen je 1000 Einwohner“ bei 5,2 – im ersten Halbjahr 1979 wurden nur 4,7 Heiraten je 1000 Einwohner gezählt.

... knapp sechs Prozent mehr Geborene. Die Zahl der Lebendgeborenen stieg um 5,7 Prozent. Von Januar bis Juni 1980 wurden insgesamt 6630 Kinder geboren, 360 mehr als in den entsprechenden Vorjahresmonaten. Die bereits im zweiten Halbjahr 1979 zu beobachtende Geburtenzunahme – fast drei Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr – hat sich damit verstärkt fortgesetzt. Der Anteil der nicht-ehelich Geborenen an allen Geborenen ist leicht gestiegen. Während von Januar bis Juni 1979 noch 125 nicht-eheliche Kinder auf 1000 Neugeborene entfielen, belief sich diese Zahl in den ersten sechs Monaten 1980 auf 131. Absolut kamen von den 6630 Lebendgeborenen 871 nichtehelich zur Welt. 1979 waren es 785 von 6270.

... konstante Zahl der Gestorbenen. Mit 11 641 lag die Zahl der Todesfälle fast gleichauf mit der aus der ersten Jahreshälfte 1979 (11 634). Der Überschuß der Gestorbenen über die Geborenen verringerte sich um 6,6 Prozent auf 5011 (erstes Halbjahr 1979: 5364). Die Anzahl der gestorbenen Säuglinge betrug 80; von Januar bis Juni 1979 sind 78 Kinder im ersten Lebensjahr gestorben. Heinz Lohmann

Bevölkerungsentwicklung in der „Inneren“ und „Äußerer“ Stadt

Die Verringerung des Abwanderungsüberschusses Hamburgs in den letzten drei Jahren (1977 – 6968, 1978 – 4579, 1979 – 224 Personen) läßt sich ausschließlich auf die günstige Entwicklung des Wanderungssaldos der „Inneren Stadt“ gegenüber Gebieten außerhalb der Landesgrenze zurückführen. In diesem Raum, der auf dem Nordufer der Elbe liegt und die vom ehemaligen Wallring umgebene City und die innerhalb eines Halbkreises von ca. sechs km daran angrenzenden meist alten Wohngebiete umfaßt, wurde 1977 noch ein negativer Wanderungssaldo von 1121 Personen gegenüber außerhamburgischen Gebieten ermittelt. 1978 konnte bereits ein positiver Saldo (+ 1195) und 1979 sogar ein Wanderungsgewinn von 3087 Personen registriert werden. Daß der Bevölkerungsstand in den drei Jahren trotzdem um 26 012 Einwohner abnahm, lag einmal an der gegenüber Gesamthamburg höheren Sterberate – der Überschuß der Gestorbenen über die Geborenen belief sich auf 14 227 bzw. 9,0 je 1000 Einwohner – und zum anderen am Bevölkerungsaustausch innerhalb der Hansestadt: per Saldo zogen 14 946 Einwohner der „Inneren Stadt“ in die Stadtteile der „Äußerer Stadt“. Trotz des Wanderungsgewinns gegenüber außerhamburgischen Gebieten nahm somit die Bevölkerung der „Inneren Stadt“ in den letzten drei Jahren um 4,8 Pro-

zent ab; die Abnahme ergab sich zu 55 Prozent aus einem Sterbeüberschuß und zu 45 Prozent aus dem Wanderungsverlust.

Eine zumindest was die Wanderungsbewegung betrifft völlig gegenläufige Entwicklung konnte in der „Äußeren Stadt“ beobachtet werden. In allen drei Jahren wurde ein erheblicher Wanderungsverlust gegenüber außerhamburgischen Gebieten festgestellt, der sich allerdings von 5847 (1977) über 5774 (1978) auf 3311 (1979) verringerte und in diesen drei Jahren eine Gesamtsumme von 14 932 mehr Fort- als Zugezogenen erreichte. Daß der Bevölkerungsverlust der „Äußeren Stadt“ trotz dieser Abwanderung nur insgesamt 19 560 betrug und mit 1,7 Prozent weit unter dem der „Inneren Stadt“ lag, ist darauf zurückzuführen, daß einmal der Sterbeüberschuß mit 19 574 Personen oder nur 5,7 je 1000 Einwohner relativ niedrig lag und zum anderen per Saldo ein genau so hoher Wanderungsgewinn aus Umzügen (+ 14 946) aus der „Inneren Stadt“ wie Wanderungsverlust gegenüber außerhamburgischen Gebieten zu verzeichnen war. Es ergibt sich also für die „Äußere Stadt“ eine Bevölkerungsabnahme von 19 560 Personen, die völlig dem Gestorbenenüberschuß entspricht.

Hinsichtlich der Wanderungen liegt die Vermutung nahe, daß die Einwohner der „Inneren Stadt“ – aus welchen Gründen auch immer – in die Randgebiete, also in die „Äußere Stadt“ ziehen und die dort bisher wohnhaften Personen sich außerhalb Hamburgs, und zwar überwiegend im unmittelbaren Nahbereich der Stadt, ein neues Domizil suchen.

Erste Ergebnisse einer Auswertung der Wanderungen von Ausländern und Deutschen nach Herkunfts- und Zielgebieten – vorerst beschränkt auf die „Innere Stadt“ und nur auf das Jahr 1979 – bestätigen die Hypothese, daß es überwiegend die ausländische Bevölkerung ist, die in die weniger wohnungsfreundlichen Gebiete der „Inneren Stadt“ zieht. Der zu Anfang erwähnte Wanderungsgewinn mit außerhamburgischen Gebieten im vergangenen Jahr in Höhe von 3087 Personen für die „Innere Stadt“ setzt sich zusammen aus einer Abnahme um 952 Deutsche und einer Zunahme um 4039 Ausländer. Durch den Fortzugsüberschuß der Deutschen aus der „Inneren Stadt“ in Höhe von etwa 4350 Personen wurde dort – rein rechnerisch – der Wohnraum für die über 4000 ausländischen Bürger frei. Auch bei den bereits in Hamburg wohnenden Ausländern besteht der Trend, die „Innere Stadt“ zu verlassen; 1979 verlor sie durch Umzüge per Saldo 915 ausländische Bürger an die „Äußere Stadt“.

Heinz Lohmann

Anteil der Rentner erhöht

Über 44 Prozent der Hamburger Bevölkerung gehen einer Erwerbstätigkeit nach, aber nur gut 40 Prozent bestreiten ihren Lebensunterhalt überwiegend von ihrem beruflichen Einkommen. Diese Diskrepanz ist bei den Frauen größer als bei den Männern, da Frauen vielfach eine Teilzeitbeschäftigung annehmen: 34 Prozent der weiblichen Bevölkerung Hamburgs stehen im Erwerbsleben, doch nur knapp 29 Prozent haben angegeben, daß das Einkommen dem überwiegenden Lebensunterhalt dient.

Auch 18 Jahre früher, im Jahr 1961, als die Erwerbstätigenquote für die Hamburger Wohnbevölkerung um vier Prozentpunkte höher als heute lag, hatte der Gesamtanteil derjenigen, die sich vom Arbeitseinkommen auch überwiegend selbst unterhalten haben, eine ähnliche Größe. Wesentlich verändert hat sich dagegen der Bevölkerungsanteil, der hauptsächlich von eigener Rente, Pension oder Unterstützung lebt. Im Jahr 1961 waren dies gut 16 Prozent, heute dagegen mehr als 23 Prozent. Dabei muß allerdings bedacht werden, daß die Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung gegenwärtig häufiger sind als 1961.

Der Prozentsatz der Personen, die kein oder nur ein geringes Einkommen haben, also von Angehörigen finanziell abhängig sind, hat gegenüber dem Vergleichszeitpunkt leicht abgenommen (1979: 36 Prozent, 1961: rund 39 Prozent). Allem Anschein nach sind zwischenzeitlich erworbene Rentenansprüche realisiert worden; außerdem ist infolge des Geburtenrückgangs die Zahl der zu unterhaltenden Kinder erheblich gesunken. Erwin Schmude

2745 Millionäre

Die Vermögensteuerstatistik 1977 zeigt in ihren jetzt vorliegenden ersten Ergebnissen, daß sich die Zahl der Vermögensmillionäre in der Hansestadt seit 1974 um 588 Personen/Haushalte vergrößert hat. Damit ist der Bestand innerhalb von drei Jahren um mehr als ein Viertel auf 2745 angewachsen. Das ihnen gehörende Gesamtvermögen vermehrte sich sogar um fast ein Drittel und erreichte den Betrag von 10,4 Milliarden DM. Im Durchschnitt kann jeder einzelne Millionär den Gegenwert von 3,8 Millionen DM sein eigen nennen. Auf ein Vermögen von jeweils zehn Millionen DM oder mehr kommen 137 der 2745 Personen/Haushalte, zehn davon verfügen über 100 Millionen DM Vermögen.

Von den insgesamt 12,3 Milliarden DM Rohvermögen sämtlicher Millionäre entfallen 40,7 Prozent auf das Son-

stige Vermögen (Kapitalforderungen, Zahlungsmittel, Sparguthaben, Anteile an Kapitalgesellschaften u. a. m.), 38,2 Prozent auf das Betriebsvermögen, 21,0 Prozent auf das Grundvermögen und lediglich 0,1 Prozent auf das Land- und forstwirtschaftliche Vermögen.

Ganz überwiegend gehen die Vermögensmillionäre (2162) einer Erwerbstätigkeit nach, hauptsächlich als Selbstständige. Der Typ des Großvermögensbesitzers oder Rentiers, der ausschließlich von der Rendite der Aktivposten seines Vermögens zehrt, taucht in Hamburg – die ehemals erwerbstätigen Rentner und Pensionäre nicht mitgerechnet – nur 283mal auf.

Francisco Villalaz

Patienten in Krankenhäusern

In den 50 Hamburger Krankenhäusern für Akutkranke wurden im letzten Jahr mehr als 315 000 Kranke stationär behandelt. Berücksichtigt man hierbei, daß unter den stationär behandelten Kranken etwa 61 200 ihren Wohnsitz außerhalb Hamburgs hatten (davon allein in Schleswig-Holstein 38 000 und in Niedersachsen 18 000), bedeutet dies, daß rechnerisch jeder sechste Hamburger im abgelaufenen Jahr in ein Krankenhaus für Akutkranke aufgenommen werden mußte.

Die durchschnittliche Bettenausnutzung in Krankenhäusern für Akutkranke belief sich auf 81,5 Prozent. Die seit 1970 (78,0 Prozent) zu beobachtende bessere Ausnutzung des Bettenangebots hat sich damit auch im vergangenen Jahr fortgesetzt.

Neben der Versorgung für Akutkranke mußten sich 1979 in fünf Krankenhäusern der Sonderversorgung fast 10 000 Personen einer Behandlung unterziehen.

Das Bettenangebot aller Krankenhäuser in Hamburg hat sich gegenüber 1970 um fünf Prozent auf 19 068 verringert. Bedingt durch die Bevölkerungsabnahme in dieser Zeit ist das Angebot an Krankenhausbetten je 10 000 Einwohner fast unverändert geblieben (1970 = 94, 1979 = 95). Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß noch bis 1974 ein Anstieg und ab 1975 ein kontinuierlicher Rückgang zu verzeichnen war.

Henry Köster

Flaggen von 95 Staaten im Hafen

Knapp 16 000 Schiffe liefen im Jahr 1979 Hamburg an. Sie löschten und luden nahezu 63 Mio. t Güter, 15 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Trotz zunehmender Ausfluggung standen nach wie vor Schiffe aus der Bundesrepublik Deutschland an der Spitze der 95 Nationen, die im vergangenen Jahr den Hafen bedienten. 16 Prozent der

umgeschlagenen Gütermenge wurden auf Schiffen der deutschen Handelsflotte befördert. Gegenüber 1978 war der Anteil leicht rückläufig, obwohl die absolute Gütermenge um mehr als 600 000 t angestiegen war. Die folgenden Plätze belegten – wie schon in den Vorjahren – die Flaggen Großbritannien und Liberia. Liberianische Schiffe konnten ihren Anteil am Güterverkehr von zehn auf knapp 13 Prozent verbessern. Die Aktivitäten beider Flotten – insbesondere die der liberianischen – liegen zu einem großen Teil in der Abwicklung von Massenguttransporten. Sie waren daher in der einkommenden Fahrt führend (Liberia 16 Prozent, Großbritannien 15 Prozent), während die deutsche Flagge mit elf Prozent die dritte Stelle einnahm. Insgesamt gesehen rangierten auf den nächsten Plätzen unverändert Griechenland, die Sowjetunion, Norwegen und die Niederlande.

Horst Schlie

Getreideboom im Ostblocktransit

2,65 Mio. t Getreide wurden im ersten Halbjahr 1980 im Transit über Hamburg für die Ostblockstaaten umgeschlagen. Das war mehr als das Siebeneinhalbfache der Menge, die im gleichen Zeitraum des Vorjahres über den Hafen abgewickelt wurde. Selbst das Ergebnis des gesamten Jahres 1979 (rund zwei Mio. t) wurde weit übertroffen. Damit hat sich die bereits in der zweiten Jahreshälfte 1979 abzeichnende Tendenz noch verstärkt fortgesetzt.

Das weitaus bedeutendste Lieferland war mit einem Anteil von 92 Prozent die USA. Nahezu neun Zehntel der gelöschten Menge entfiel auf Mais, der Rest überwiegend auf Weizen. Hauptbezieherland war die DDR, für die fast 1,5 Mio. t bestimmt waren. Die CSSR führte mehr als 700 000 t ein. Die Sowjetunion, die bereits im zweiten Halbjahr 1979 mehr als 250 000 t über Hamburg bezogen hatte, trat ebenfalls noch stärker in den Vordergrund. Rund 500 000 t – zu zwei Dritteln aus den USA – wurden in den ersten sechs Monaten 1980 für sowjetische Empfänger gelöscht. Diese Entwicklung ist umso bemerkenswerter, als bis einschließlich 1978 nur verschwindend geringe Getreidetransporte für die UdSSR über den Hamburger Hafen geleitet wurden. Horst Schlie

Wasserversorgung in Hamburg

Im Jahr 1979 förderten die Hamburger Wasserwerke 157,3 Mio. m³ Grund-

wasser; aus Seen, Flüssen und Teichen wurden 1,6 Mio. m³ Oberflächenwasser entnommen. Hauptabnehmer waren die privaten Haushalte und das Kleingewerbe, sie kauften ca. 109,1 Mio. m³ Wasser. Großverbraucher dagegen, in der Hauptsache Industriebetriebe, entnahmen dem öffentlichen Wasserversorgungsnetz nur etwa 15,2 Mio. m³, förderten zusätzlich aber rund 400 Mio. m³ in eigener Regie. Überwiegend wird dieses eigengeforderte Wasser für Kühlzwecke verwendet und in der Regel an der Entnahmestelle auch wieder abgeleitet.

Von den insgesamt geförderten 158,9 Mio. m³ Wasser speisten die Wasserwerke 149,1 m³ ins Verbundnetz. Hier von wurden 135,4 Mio. m³ im Stadtgebiet verbraucht, während 13,6 Mio. m³ für die Versorgung von Gemeinden im Hamburger Umland bestimmt waren.

Rüdiger Lenthe

Die meisten Betriebe des Bauhauptgewerbes im Bezirks Wandsbek

In Hamburg gibt es rund 1100 Betriebe des Bauhauptgewerbes mit mehr als 31 000 tätigen Personen. Die regionale Verteilung der Firmen über das Stadtgebiet ist relativ ungleichmäßig. In Wandsbek, dem von der Zahl der Einwohner größten Bezirk, haben mehr als ein Viertel aller Unternehmen ihren Sitz. Sie beschäftigen jedoch nur wenig mehr als ein Fünftel der im Bauhauptgewerbe tätigen Arbeitskräfte. Damit liegt die mittlere Betriebsgröße unter dem Gesamtdurchschnitt Hamburgs. Nach der Zahl der Niederlassungen und der Personen nimmt Bergedorf in der Reihe der Bezirke den letzten Platz ein. Dort gibt es nur 80 Arbeitsstätten mit etwa 1500 Beschäftigten. 50 Betriebe mehr befinden sich im Bezirk Hamburg-Mitte, dessen Gewicht – gemessen an der Beschäftigtenzahl von mehr als 6500 – aber bedeutend höher ausfällt. Mit einer mittleren Betriebsgröße von 51 Personen sind hier die größten Bauunternehmen in der Hansestadt anzutreffen. Rüdiger Lenthe

Umsatzplus bei Fahrrädern und Möbeln

Im Hamburger Einzelhandel stieg in den ersten acht Monaten 1980 das Verkaufsergebnis gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um fünf Prozent; unter Berücksichtigung der Preissteigerung ergibt sich real jedoch nur ein stagnierender Umsatz. Hamburg liegt damit hinter der Entwicklung im Bundesgebiet leicht zurück. Bei den verschiedenen Betriebsformen im Einzelhandel hatten die Warenhäu-

ser mit nominal zwei Prozent den geringsten Umsatzzuwachs, während der Absatz im Versandhandel um neun Prozent stieg.

Trotz der allgemeinen Kaufzurückhaltung gab es in einigen Branchen eine rege Nachfrage. So wurde bei Fahrrädern und Mopeds ein gegenüber dem Vorjahr um 18 Prozent höherer Umsatz verzeichnet. Möbel wurden um 17 Prozent mehr als im Vorjahr verkauft. Auch bei Textilwaren sowie bei Hausrat und Wohnbedarf wurden elf bzw. 14 Prozent überdurchschnittliche Steigerungsraten erzielt. Nach dem hohen Zuwachs der Vorjahre ergab sich dagegen im Kraftfahrzeughandel ein deutliches Umsatzminus. Erich Walter

Flüssiggasabsatz gestiegen

Flüssiggas – handelsüblich unter den Produktbezeichnungen Propan und Butan – gewinnt als Handelsware auf dem Energiemarkt zunehmend an Bedeutung. Im Hamburger Raum weisen hierauf die seit einiger Zeit steigenden Absatzzahlen der hiesigen Flüssiggasverkaufsgesellschaften hin. Sie veräußerten beispielsweise 1979 im gesamten Bundesgebiet rund 43 600 t Flüssiggas, fast 27 Prozent mehr als im Vorjahr. Hauptabsatzgebiete waren Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Der Verkauf in diese Länder erhöhte sich um jeweils über ein Drittel auf 24 000 t bzw. 15 000 t.

Mit 20 100 t stellten die privaten Haushalte die wichtigste Verbrauchergruppe im Umland. Besonders in den ländlichen Gegenden dieser Region bietet das Flüssiggas mit einem Heizwert, der nur geringfügig unter dem des Heizöls liegt, eine interessante Alternative für die Beheizung nicht ganzjährig bewohnter Ferien- und Wochenendhäuser und abseits erschlossener Siedlungsgebiete gelegener Wohngebäude. Im Raum Niedersachsen spielt auch der hohe Bedarf an Campinggas für Heiz- und Kochzwecke eine Rolle. Zweitgrößter Abnehmer in den beiden Nachbarländern waren die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes (12 200 t). In diesem Wirtschaftssektor wird Flüssiggas vor allem von Klein- und Mittelbetrieben zur Werkstattbeheizung und Warmwasserbereitung, in der metallverarbeitenden Industrie aber auch zum Schneidbrennen benutzt.

In die Hansestadt selbst lieferten die Hamburger Handelsfirmen nur etwa 3000 t Gas. Die Letztverbraucher bezogen jedoch weitere 5100 t von auswärtigen Händlern, überwiegend aus Nordrhein-Westfalen. Mit knapp zwei Dritteln der insgesamt verbrauchten Menge liegen auch hier die Haushalte an erster Stelle, darunter eine Reihe von Kleingartenbesitzern.

Jörn-Ulrich Hausherr

Die Bundestagswahl am 5. Oktober 1980 in Hamburg

Parteien und Kandidaten

Zur Wahl des 9. Deutschen Bundestages am 5. Oktober 1980 hatte der Landeswahlausschuß in Hamburg die Landeslisten der folgenden Parteien zugelassen:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)
Freie Demokratische Partei (F.D.P.)
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
DIE GRÜNEN (GRÜNE)
Europäische Arbeiterpartei (EAP)
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)
VOLKSFRONT (V)

Nicht zugelassen wurden die Landeslisten der „Aktion Soziale Gemeinschaft (ASG)“ und der „CHRISTLICHEN PARTEI (CP)“; beide Parteien konnten nicht die erforderliche Anzahl von 1288 Unterstützungsunterschriften vorlegen.

Von den insgesamt neun Parteien, die 1980 in Hamburg an der Bundestagswahl teilnahmen, hatten sich sieben auch 1976 zur Wahl gestellt, erstmals an einer Bundestagswahl beteiligten sich die GRÜNEN und die VOLKSFRONT. Vier Jahre zuvor hatten sich im ganzen zehn Parteien um die Stimmen der Hamburger Wähler beworben; aus dem Kreis dieser Parteien sind die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), die Gruppe Internationale Marxisten (GIM) sowie die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) zur Wahl des Jahres 1980 nicht angetreten.

Mit Ausnahme der NPD hatten 1980 alle Parteien mit zugelassenen Landeslisten auch Direktkandidaten in den Wahlkreisen aufgestellt. SPD, CDU, F.D.P., DKP, KBW und VOLKSFRONT bewarben sich in sämtlichen Hamburger Wahlkreisen um Direktmandate. Die GRÜNEN waren im Wahlkreis Hamburg-Wandsbek nicht zugelassen worden, kandidierten jedoch in allen übrigen Hamburger Wahlkreisen. Die EAP hatte in Hamburg nur für die Wahlkreise Mitte, Eimsbüttel und

Wandsbek Direktkandidaten benannt.

Um Bundestagsmandate für das Land Hamburg kandidierten 1980 insgesamt 111 Bewerber; das waren elf weniger als bei der vorangegangenen Bundestagswahl. Der Anteil der Frauen an den Bewerbern ist gegenüber 1976 von 18 auf 29 Prozent gestiegen. Mehr als jeder zweite Bundestagskandidat stand ausschließlich auf der Landesliste seiner Partei, jeder dritte hatte einen Listenplatz und bewarb sich zugleich um ein Direktmandat, und jeder achte kandidierte nur im Wahlkreis.

Das Durchschnittsalter der Hamburger Bewerber um einen Bundestagssitz lag 1980 bei 41 Jahren und war damit geringfügig niedriger als bei der Wahl des Jahres 1976. Verjüngt hat sich die Kandidatenmannschaft der SPD, deren durchschnittliches Alter sich um drei Jahre auf 46 Jahre verringerte. Deutlich älter als 1976 waren im Durchschnitt die Kandidaten der CDU (44 gegenüber 39 Jahren) und ebenso der F.D.P., für deren Wahlbewerber sich 1980 ein durchschnitt-

Tabelle 1 Wahlbewerber bei den Bundestagswahlen 1976 und 1980 in Hamburg

Merkmal	Jahr	Bewerber		darunter							
		insgesamt	dar. Frauen	SPD		CDU		F.D.P.		GRÜNE	
				insgesamt	dar. Frauen						
Bewerber insgesamt	1980	111	32	19	8	14	2	11	2	10	3
	1976	122	22	20	4	25	2	14	3	-	-
davon											
im Alter von ... bis unter ... Jahre											
- 30	1980	17	7	-	-	1	-	-	-	2	1
	1976	28	4	-	-	5	-	2	-	-	-
30 - 40	1980	37	12	5	4	2	-	2	-	6	1
	1976	34	6	3	-	11	1	5	2	-	-
40 - 50	1980	34	9	10	3	7	1	6	2	1	-
	1976	27	6	10	4	6	-	4	1	-	-
50 - 60	1980	15	3	2	1	3	1	2	-	-	-
	1976	21	3	6	-	1	1	3	-	-	-
60 und älter	1980	8	1	2	-	1	-	1	-	1	1
	1976	12	3	1	-	2	-	-	-	-	-
Durchschnittliches Alter	1980	41	38	46	41	44	46	47	44	38	44
	1976	42	43	49	45	39	46	41	38	-	-
Von den Bewerbern kandidierten sowohl im Wahlkreis als auch auf der Landesliste	1980	37	8	7	-	7	-	6	2	1	1
	1976	46	5	8	-	8	1	6	1	-	-
ausschließlich im Wahlkreis	1980	14	4	-	-	-	-	1	-	5	1
	1976	12	1	-	-	-	-	2	1	-	-
ausschließlich auf der Landesliste	1980	60	20	12	8	7	2	4	-	4	1
	1976	64	16	12	4	17	1	6	1	-	-

Tabelle 2 Wahlberechtigte 1976 und 1980 sowie Wahlbezirke 1980 in den Hamburger Bundestagswahlkreisen

Gebiet	Wahlberechtigte			Wahlbezirke	Durchschnittliche Zahl der Wahlberechtigten je Wahlbezirk
	1980	1976 1)	Veränderung in %		
Wahlkreis 12: Hamburg-Mitte	176 223	192 611	- 8,5	231	763
Wahlkreis 13: Hamburg-Altona	176 236	182 904	- 3,6	218	808
Wahlkreis 14: Hamburg-Eimsbüttel	178 963	184 509	- 3,0	211	848
Wahlkreis 15: Hamburg-Nord	196 466	198 159	- 0,8	244	805
Wahlkreis 16: Hamburg-Wandsbek	196 460	197 203	- 0,4	235	836
Wahlkreis 17: Hamburg-Bergedorf	182 082	180 748	+ 0,7	211	863
Wahlkreis 18: Hamburg-Harburg	146 905	151 339	- 2,9	184	798
H a m b u r g	1 253 335	1 287 473	- 2,6	1 534	817

1) umgerechnet auf die Wahlkreiseinteilung 1980.

liches Alter von 47 Jahren und 1976 von 41 Jahren errechnete. Von allen Hamburger Bundestagskandidaten hatte jeder dritte ein Alter zwischen 40 und 50 Jahren, bei den Kandidaten der drei großen Parteien war dies jeder zweite.

Wahlkreise und Wahlbezirke

Die Gliederung des Hamburger Stadtgebiets in Wahlkreise hatte sich zur Bundestagswahl 1980 erheblich geändert. Um die im Laufe der Zeit vielfach entstandenen Unterschiede in den Einwohnerzahlen der Wahlkreise abzubauen, wurden 1979 bundesweit zahlreiche Wahlkreise in Anpassung an die Bevölkerungsentwicklung neu abgegrenzt. Für Hamburg brachte diese Neueinteilung aufgrund der gesunkenen Einwohnerzahl der Stadt eine Verminderung der Anzahl der Wahlkreise von acht auf sieben mit sich. Als Folge der Abgabe eines Hamburger Wahlkreises wurde – neben geringfügigen Grenzänderungen der Wahlkreise Hamburg-Altona und Hamburg-Harburg – das bisher die vier Wahlkreise Hamburg-Mitte, Hamburg-

Nord I und II sowie Hamburg-Wandsbek umfassende Gebiet zu drei Wahlkreisen umgegliedert; die Namen der Wahlkreise blieben erhalten, lediglich die Ziffern I und II, die früher zur Unterscheidung der beiden Wahlkreise Hamburg-Nord notwendig waren, sind entfallen.

Gegenüber der Wahl des Jahres 1976 ist die Zahl der Wahlberechtigten in Hamburg um 2,6 Prozent auf 1,253 Mio. zurückgegangen. Entsprechend konnte die Anzahl der Wahlbezirke leicht reduziert werden. 1980 waren in Hamburg 1534 Wahlbezirke eingerichtet, vier Jahre zuvor 1572. Im Durchschnitt hatte 1980 jeder Wahlbezirk 816 Wahlberechtigte, annähernd ebenso viele wie 1976.

Bei der Abwicklung der Bundestagswahl 1980 brauchte in wesentlich geringerem Umfang als 1976 auf die Mithilfe von Bürgern zurückgegriffen zu werden. Durch Änderung des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung war ein vereinfachtes Verfahren bei der Stimmzählung eingeführt und – damit zusammenhängend – die Mindestgröße der Wahlvorstände auf

sieben (statt zuvor neun) Personen herabgesetzt worden. In Hamburg betrug die Zahl der für die Durchführung der Wahl insgesamt tätigen ehrenamtlichen Helfer, die sich bei der letzten Bundestagswahl auf rund 19 000 belief, 1980 nur noch etwa 15 000 Personen.

Landesergebnis

Nach dem amtlichen Endergebnis der Bundestagswahl vom 5. Oktober 1980, wie es der Landeswahlausschuß in seiner Sitzung am 15. Oktober 1980 festgestellt hat, errang die SPD in Hamburg 51,7 Prozent der gültigen Zweitstimmen. Die CDU erreichte 31,2 Prozent, die F.D.P. 14,1 Prozent und die Partei der GRÜNEN 2,3 Prozent. Auf die übrigen fünf der insgesamt neun zugelassenen Landeslisten entfiel im ganzen lediglich ein Stimmenanteil von 0,7 Prozent. An der Wahl beteiligten sich 1,113 Mio. oder 88,8 Prozent der wahlberechtigten Hamburger.

Herausragendstes Ergebnis war dabei die im Vergleich zur Bundestagswahl 1976 nach Zahl und Anteil beträchtlich gestiegene Stimmabgabe für die F.D.P. Die Liberalen erhielten 1980 nahezu 37 000 Zweitstimmen mehr als vier Jahre zuvor und verbesserten ihre Stimmenquote um 3,9 Prozentpunkte. Daß gegenüber 1976 die Zahl der Wahlberechtigten abgenommen und zudem die Wahlbeteiligung nachgelassen hat – insgesamt gab es 1980 in Hamburg annähernd 60 000 Wähler weniger als bei der vorangegangenen Bundestagswahl – verleiht dem Stimmenzuwachs der F.D.P. ein zusätzliches Gewicht. Das Alternativprogramm der GRÜNEN, die erstmals bei einer Bundestagswahl auftraten, war für immerhin gut 25 000 Wähler attraktiv. Alle übrigen Parteien hatten im Verhältnis zu 1976 Einbußen hinzuneh-

Tabelle 3 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei den Bundestagswahlen 1976 und 1980 in Hamburg

Merkmal	Erststimmen				Zweitstimmen			
	Anzahl		%		Anzahl		%	
	1980	1976	1980	1976	1980	1976	1980	1976
Wahlberechtigte	1 253 335	1 287 473	100	100	1 253 335	1 287 473	100	100
Wähler	1 113 199	1 173 082	88,8	91,1	1 113 199	1 173 082	88,8	91,1
Ungültige Stimmen	9 918	6 661	1) 0,9	1) 0,6	6 731	4 995	1) 0,6	1) 0,4
Gültige Stimmen	1 103 300	1 166 421	100	100	1 106 468	1 168 087	100	100
davon								
SPD	605 062	632 991	54,8	54,3	572 157	614 284	51,7	52,6
CDU	357 260	420 932	32,4	36,1	345 005	418 994	31,2	35,9
F.D.P.	105 027	94 599	9,5	8,1	155 701	118 969	14,1	10,2
DKP	6 911	11 650	0,6	1,0	5 488	9 028	0,5	0,8
GRÜNE	27 161	-	2,5	-	25 278	-	2,3	-
EAP	302	126	0,0	0,0	201	226	0,0	0,0
KBW	583	1 193	0,1	0,1	403	949	0,0	0,1
NPD	-	2 714	-	0,2	1 742	2 724	0,2	0,2
V	994	-	0,1	-	493	-	0,0	-
übrige Parteien	-	2 216	-	0,2	-	2 913	-	0,3

1) in % der Erst- bzw. Zweitstimmen.

men. Für die SPD stimmten 42 000 Wähler weniger als 1976; der sozialdemokratische Anteil an den Zweitstimmen sank geringfügig um 0,9 Prozentpunkte. Beträchtlich höher waren die Verluste der CDU, deren Stimmenanteile sich um 4,7 Prozentpunkte und deren Wählerzahl sich um 74 000 verminderte. Die Parteien der extremen Linken und Rechten haben von ihrer schon früher nur sehr kleinen Wählerschaft 1980 jeweils einen merklichen Teil verloren.

Wahlkreisergebnisse

Die Kreiswahlausschüsse haben das amtliche Endergebnis der Wahl zum 9. Deutschen Bundestag für die sieben Hamburger Wahlkreise am 10. Oktober 1980 festgestellt. Die hauptsächlichen Resultate lassen sich wie folgt zusammenfassen:

In den Wahlkreisen Hamburg-Harburg, Hamburg-Mitte und Hamburg-Bergedorf erzielte die SPD überdurchschnittlich hohe Anteile von Zweitstimmen, in Hamburg-Wandsbek, Hamburg-Eimsbüttel, Hamburg-Altona und Hamburg-Nord blieb die Stimmabgabe für die Sozialdemokraten zum Teil deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Ihre niedrigsten Stimmenanteile in den Hamburger Wahlkreisen hatte die SPD mit 45,8 Prozent in Hamburg-Nord und 48,5 Prozent in Hamburg-Altona, ihre höchsten Anteilswerte beliefen sich auf 57,6 Prozent in Hamburg-Harburg und 56,4 Prozent in Hamburg-Mitte.

Mit geringen SPD-Quoten korrespondieren vergleichsweise hohe Zweit-

stimmenanteile von CDU und F.D.P. und umgekehrt. Die CDU verzeichnete ihre besten Resultate in Hamburg-Nord und Hamburg-Altona, ihre schwächsten Ergebnisse in Hamburg-Mitte und Hamburg-Harburg. Der Spitzenwert für die CDU belief sich auf 34,4 Prozent im Wahlkreis Hamburg-Nord, und ihr zweitgünstigstes Wahlkreisergebnis erreichte diese Partei in Hamburg-Altona; demgegenüber gaben der CDU in Hamburg-Mitte und Hamburg-Harburg mit 28,4 bzw. 28,7 Prozent die wenigsten Wähler ihre Stimme.

In den beiden zuletzt genannten Wahlkreisen schnitt auch die F.D.P. am unvorteilhaftesten ab. Zweitstimmenanteile von 11,5 Prozent in Hamburg-Harburg und 11,8 Prozent in Hamburg-Mitte waren bei der Wahl des Jahres 1980 das Wahlkreisinimum für die Hamburger Liberalen. In Hamburg-Nord konnte die F.D.P. hingegen jede sechste Zweitstimme für sich gewinnen und erzielte hier mit 16,5 Prozent ihr höchstes Ergebnis aller sieben Wahlkreise. Günstiger als im Landesdurchschnitt fielen die Anteilswerte für die F.D.P. auch in Hamburg-Wandsbek, Hamburg-Eimsbüttel und Hamburg-Altona aus.

Für die GRÜNEN lagen die Stimmenanteile zwischen 1,6 Prozent im Wahlkreis Hamburg-Harburg und 3,0 Prozent in Hamburg-Eimsbüttel.

Regionale Unterschiede bestehen ebenso hinsichtlich der 1980 im Vergleich zu 1976 von den einzelnen Parteien gewonnenen oder verlorenen Stimmenanteile. So erlitt die SPD, für die die Wahl des Jahres 1980 im Lan-

desdurchschnitt einen Stimmenverlust von 0,9 Prozentpunkten erbrachte, in Hamburg-Wandsbek keine anteilmäßigen Einbußen; im Wahlkreis Hamburg-Altona dagegen betrug ihr Stimmenminus 1,5 und in Hamburg-Nord 1,4 Prozentpunkte.

Die CDU hat in keinem Wahlkreis ihre Stimmenanteile von 1976 wieder erreichen können. Ihre Verluste, die für Hamburg im ganzen 4,7 Prozentpunkte betragen, waren in den Wahlkreisen Hamburg-Eimsbüttel (5,7 Prozentpunkte) sowie Hamburg-Nord und Hamburg-Wandsbek (jeweils 5,3 Prozentpunkte) spürbar höher, in Hamburg-Harburg mit 3,2 Prozentpunkten indessen nicht unwesentlich niedriger als im Gesamtdurchschnitt Hamburgs.

Stimmenanteile hinzugewonnen hat demgegenüber in allen Wahlkreisen die Hamburger F.D.P. Am stärksten war die Zunahme mit 4,8 Prozentpunkten im Wahlkreis Hamburg-Nord, am wenigsten verbesserten sich die Stimmenanteile der F.D.P. mit 3,0 Prozentpunkten in Hamburg-Mitte und 3,4 Prozentpunkten in Hamburg-Harburg. In den anderen Wahlkreisen erreichte die F.D.P. Stimmengewinne, die sehr wenig nach oben oder nach unten von dem 3,9 Prozentpunkte ausmachenden Stimmengewinn dieser Partei in Hamburg abwichen.

Im Hinblick auf die Wahlbeteiligung gab es zwischen den sieben Wahlkreisen keine großen Unterschiede. Allenfalls der Wahlkreis Hamburg-Mitte war durch ein etwas unterdurchschnittliches Wählerinteresse gekennzeichnet; in diesem Wahlkreis haben 85,7

Tabelle 4a **Stimmabgabe in den Hamburger Wahlkreisen bei den Bundestagswahlen 1976 und 1980**

Erststimmen

Gebiet	Gültige Erststimmen insgesamt		darunter für die							
			SPD		CDU		F.D.P.		GRÜNEN	
	1980	1976 1)	1980	1976 1)	1980	1976 1)	1980	1976 1)	1980	1976 1)
absolut										
Wahlkreis 12: Hamburg-Mitte	149 350	170 540	85 916	97 461	43 692	56 154	14 096	13 960	4 329	-
Wahlkreis 13: Hamburg-Altona	154 387	164 551	77 769	84 186	54 120	63 768	15 958	13 725	5 370	-
Wahlkreis 14: Hamburg-Eimsbüttel	157 066	166 655	82 526	87 070	51 380	61 704	15 422	14 673	6 197	-
Wahlkreis 15: Hamburg-Nord	176 471	181 960	87 631	90 629	63 145	72 818	18 787	15 536	5 483	-
Wahlkreis 16: Hamburg-Wandsbek	174 973	180 398	95 403	94 288	57 943	66 323	19 982	17 513	-	-
Wahlkreis 17: Hamburg-Bergedorf	161 050	164 581	98 804	98 286	48 160	55 617	9 904	8 756	3 329	-
Wahlkreis 18: Hamburg-Harburg	129 984	137 736	77 013	81 071	38 820	44 548	10 878	10 436	2 453	-
H a m b u r g	1 103 281	1 166 421	605 062	632 991	357 260	420 932	105 027	94 599	27 161	-
%										
Wahlkreis 12: Hamburg-Mitte	100	100	57,5	57,2	29,3	32,9	9,4	8,2	2,9	-
Wahlkreis 13: Hamburg-Altona	100	100	50,4	51,2	35,1	38,8	10,3	8,3	3,5	-
Wahlkreis 14: Hamburg-Eimsbüttel	100	100	52,5	52,2	32,7	37,0	9,8	8,8	3,9	-
Wahlkreis 15: Hamburg-Nord	100	100	49,7	49,8	35,8	40,0	10,6	8,5	3,1	-
Wahlkreis 16: Hamburg-Wandsbek	100	100	54,5	52,3	33,1	36,8	11,4	9,7	-	-
Wahlkreis 17: Hamburg-Bergedorf	100	100	61,3	59,7	29,9	33,8	6,1	5,3	2,1	-
Wahlkreis 18: Hamburg-Harburg	100	100	59,2	58,9	29,9	32,3	8,4	7,6	1,9	-
H a m b u r g	100	100	54,8	54,3	32,4	36,1	9,5	8,1	2,5	-

1) umgerechnet auf die Wahlkreiseinteilung 1980.

Tabelle 4b Stimmabgabe in den Hamburger Wahlkreisen bei den Bundestagswahlen 1976 und 1980

Zweitstimmen

Gebiet	Gültige Zweitstimmen insgesamt		darunter für die							
			SPD		CDU		F.D.P.		GRÜNEN	
	1980	1976 ¹⁾	1980	1976 ¹⁾	1980	1976 ¹⁾	1980	1976 ¹⁾	1980	1976 ¹⁾
absolut										
Wahlkreis 12: Hamburg-Mitte	149 843	170 831	84 507	96 990	42 609	56 109	17 651	14 947	3 727	-
Wahlkreis 13: Hamburg-Altona	154 786	164 763	75 075	82 305	51 857	62 627	22 543	17 452	4 089	-
Wahlkreis 14: Hamburg-Eimsbüttel	157 453	166 941	78 606	83 962	49 116	61 526	23 522	18 635	4 758	-
Wahlkreis 15: Hamburg-Nord	176 869	182 253	81 026	85 994	60 888	72 311	29 144	21 331	4 476	-
Wahlkreis 16: Hamburg-Wandsbek	175 999	180 685	89 946	92 411	55 107	66 104	26 560	20 176	3 320	-
Wahlkreis 17: Hamburg-Bergedorf	161 243	164 703	87 990	91 418	48 057	56 260	21 308	15 221	2 878	-
Wahlkreis 18: Hamburg-Harburg	130 275	137 911	75 007	81 204	37 371	44 057	14 973	11 207	2 030	-
H a m b u r g	1 106 468	1 168 087	572 157	614 284	345 005	418 994	155 701	118 969	25 278	-
%										
Wahlkreis 12: Hamburg-Mitte	100	100	56,4	56,8	28,4	32,8	11,8	8,8	2,5	-
Wahlkreis 13: Hamburg-Altona	100	100	48,5	50,0	33,5	38,0	14,6	10,6	2,6	-
Wahlkreis 14: Hamburg-Eimsbüttel	100	100	49,9	50,3	31,2	36,9	14,9	11,2	3,0	-
Wahlkreis 15: Hamburg-Nord	100	100	45,8	47,2	34,4	39,7	16,5	11,7	2,5	-
Wahlkreis 16: Hamburg-Wandsbek	100	100	51,1	51,1	31,3	36,6	15,1	11,2	1,9	-
Wahlkreis 17: Hamburg-Bergedorf	100	100	54,6	55,5	29,8	34,2	13,2	9,2	1,8	-
Wahlkreis 18: Hamburg-Harburg	100	100	57,6	58,9	28,7	31,9	11,5	8,1	1,6	-
H a m b u r g	100	100	51,7	52,6	31,2	35,9	14,1	10,2	2,3	-

1) umgerechnet auf die Wahlkreiseinteilung 1980.

Prozent der Wahlberechtigten ihr Stimmrecht ausgeübt, während im städtischen Gesamtdurchschnitt 88,8 Prozent der Wahlberechtigten auch gewählt haben. In den übrigen Wahlkreisen errechnete sich eine Wahlbeteiligung zwischen 90,5 Prozent in Hamburg-Nord und 88,5 Prozent in Hamburg-Altona und Hamburg-Eimsbüttel. Gegenüber 1976 haben in allen Wahlkreisen relativ weniger Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht; der Rückgang der Wahlbeteiligung erreichte in Hamburg-Mitte 3,5 Prozentpunkte, belief sich im übrigen aber auf Werte in der Nähe des bei 2,3 Prozentpunkten liegenden Landesdurchschnitts.

Tabelle 5 Wahlbeteiligung in den Hamburger Bundestagswahlkreisen 1976 und 1980

Gebiet	Wahlbeteiligung in %	
	1980	1976 ¹⁾
Wahlkreis 12: Hamburg-Mitte	85,7	89,2
Wahlkreis 13: Hamburg-Altona	88,5	90,1
Wahlkreis 14: Hamburg-Eimsbüttel	88,5	90,9
Wahlkreis 15: Hamburg-Nord	90,5	92,4
Wahlkreis 16: Hamburg-Wandsbek	90,0	92,0
Wahlkreis 17: Hamburg-Bergedorf	89,1	91,5
Wahlkreis 18: Hamburg-Harburg	89,2	91,5
H a m b u r g	88,8	91,1

1) umgerechnet auf die Wahlkreiseinteilung 1980.

Stadtteilergebnisse

Die schon bei früheren Wahlen beobachtete hohe Korrelation zwischen den Sozialstrukturen und den Stimmenanteilen von Parteien in den Stadtteilen zeigte sich auch bei der Bundestagswahl 1980.

Die SPD erzielte besonders hohe Prozentwerte an Zweitstimmen in den Hafens- und hafennahen Industriegebieten (etwa auf der Veddel 69,4 Prozent, in Hamm-Süd 68,2 Prozent, Rothenburgsort 67,2 Prozent, Wilhelmsburg 66,1 Prozent), in citynahen traditionellen Arbeiterwohngebieten (beispielsweise Neustadt 63,6 Prozent, St. Pauli 63,1 Prozent) sowie in Stadtvierteln mit hohen Anteilen an Neubauten des sozialen Wohnungsbaus (wie Dulsberg 62,6 Prozent, Lurup 62,4 Prozent, Billstedt 61,0 Prozent, Steilshoop und Horn mit je 60,6 Prozent). Außerordentlich niedrig waren die auf die SPD entfallenden Stimmenanteile in den Elbvororten und den Walddörfern. Die Stimmenquoten der Sozialdemokraten in Othmarschen, Groß Flottbek, Nienstedten und Blankenese lagen deutlich unter der 30-Prozent-Marke. Von der CDU wurden hohe Stimmenanteile in den ländlichen Stadtteilen des Bezirks Bergedorf, in den Walddörfern, den Elbvororten und den „besseren“ Wohngebieten an der Alster erreicht. Zum Beispiel gaben in Wohldorf-Ohlstedt 55,4 Prozent der Wähler ihre Stimme der CDU, in Oth-

marschen und Nienstedten waren dies je 52,1 Prozent, in Wellingsbüttel 49,9 Prozent. Auf ihre niedrigsten Stimmenanteile kam die CDU in den oben genannten Hochburgen der SPD; dort blieben die CDU-Quoten oftmals unter 25 Prozent.

In den Stadtteilen, in denen vergleichsweise viele Wähler für die CDU stimmten, bekam auch die F.D.P. überdurchschnittlich hohe Stimmenanteile. Über 20 Prozent betrug der Anteil der F.D.P.-Wähler in Groß Flottbek, Rissen, Blankenese, Othmarschen, Nienstedten, Volksdorf, Wellingsbüttel, Duvenstedt, Poppenbüttel, Lemsahl-Mellingstedt und Sasel. Ihre geringsten Stimmenanteile hatte die F.D.P. mit weniger als acht Prozent in Hafens- und Industriegebieten, mit 8,3 Prozent in St. Pauli und 8,6 Prozent in Wilhelmsburg zu registrieren.

Die prozentualen Stimmengewinne und -verluste, die sich für die Parteien im Hamburger Durchschnitt ergaben, sind ihrer Tendenz nach auch in den Stadtteilen der Hansestadt zu beobachten: Die F.D.P. konnte ihren Zweitstimmenanteil in allen Stadtteilen gegenüber 1976 verbessern, während die CDU mit Ausnahme von Altenwerder durchgehend unter ihrem Ergebnis der vorangegangenen Bundestagswahl lag. Die geringsten Änderungen hatte die SPD zu verzeichnen. Bei einem Vergleich sämtlicher Stadtteilergebnisse zeigt sich, daß die SPD in einem Viertel aller Ge-

Tabelle 6 Zweitstimmenanteile der SPD, CDU, F.D.P. und der GRÜNEN bei der Bundestagswahl 1980
in den Hamburger Stadtteilen
ohne Briefwahl

Stadtteil	Zweitstimmenanteil						
	SPD		CDU		F.D.P.		GRÜNE
	%	Veränderung gegenüber 1976 in Prozentpunkten	%	Veränderung gegenüber 1976 in Prozentpunkten	%	Veränderung gegenüber 1976 in Prozentpunkten	%
Hamburg-Altstadt	49,5	- 2,1	33,0	- 3,8	13,3	3,9	2,9
Neustadt	63,7	- 2,4	22,2	- 3,3	9,1	3,1	3,7
St.Pauli	63,1	- 2,4	22,5	- 3,6	8,3	2,8	4,9
St.Georg	53,0	- 0,8	29,6	- 5,2	10,7	2,3	4,7
Klostertor	55,0	- 1,8	26,6	- 4,5	12,7	3,5	5,4
Hammerbrook	57,3	1,3	30,2	- 4,8	11,2	3,3	1,3
Borgfelde	51,2	0,4	33,0	- 4,9	13,2	3,4	1,8
Hamm-Nord	51,4	1,8	32,1	- 6,4	13,7	3,1	1,9
Hamm-Mitte	59,3	0,2	27,9	- 3,5	10,2	1,8	1,9
Hamm-Süd	68,2	- 1,0	19,7	- 2,6	9,7	3,0	1,6
Horn	60,6	- 1,7	25,1	- 3,3	11,9	4,0	1,6
Billstedt	61,0	- 1,4	24,0	- 4,0	12,7	4,2	1,5
Billbrook	68,6	0,8	21,6	- 3,9	7,8	2,5	1,0
Rothenburgsort	67,2	- 0,9	22,1	- 2,2	9,0	2,7	1,0
Yeddel	69,4	- 2,8	21,5	- 0,9	7,0	3,0	1,1
Kleiner Grasbrook und Steinwerder	73,7	- 0,5	18,5	- 1,7	5,9	0,8	1,0
Finkenwerder und Waltershof	60,1	- 1,6	26,2	- 4,0	11,3	4,0	1,8
Altona-Altstadt	60,6	- 1,5	24,9	- 3,4	9,8	2,5	3,6
Altona-Nord	60,1	- 1,2	24,7	- 4,5	10,3	2,7	3,5
Ottensen	57,5	- 1,7	25,3	- 4,9	11,9	3,4	4,0
Bahrenfeld	57,5	- 0,8	27,3	- 3,9	12,4	3,3	1,9
Groß Flottbek	28,4	- 1,7	45,5	- 7,8	23,2	7,6	2,4
Othmarschen	23,4	- 3,0	52,1	- 6,8	21,8	7,9	2,3
Lurup	62,4	- 0,4	24,3	- 3,3	11,0	2,7	1,6
Osdorf	49,5	- 0,7	32,7	- 4,6	14,9	3,9	2,0
Nienstedten	24,7	- 3,3	52,1	- 5,2	20,7	7,1	2,3
Blankenese	26,7	- 2,6	48,4	- 5,8	22,1	6,7	2,5
Iserbrook	50,8	- 2,1	30,3	- 4,1	16,1	4,5	2,4
Sülldorf	45,3	- 1,7	36,0	- 4,2	16,3	4,4	2,0
Rissen	34,0	- 2,4	41,1	- 6,3	22,2	6,7	2,5
Eimsbüttel	57,4	- 1,4	24,4	- 5,1	12,0	2,8	4,6
Rotherbaum	43,8	- 1,6	31,7	- 7,5	17,0	4,9	5,8
Harvestehude	36,3	0,5	39,7	- 8,4	19,9	5,3	3,3
Hoheluft-West	53,4	- 1,1	27,3	- 5,5	14,4	3,7	3,7
Lokstedt	47,5	0,1	33,1	- 6,9	16,5	4,8	2,1
Niendorf	47,2	0,0	33,2	- 5,6	17,2	4,4	1,9
Schnelsee	48,2	0,4	32,4	- 6,5	17,2	4,9	1,6
Eidelstedt	56,2	- 0,8	27,8	- 4,2	13,7	3,8	1,7
Stellingen	53,8	0,0	30,1	- 4,8	13,6	3,5	1,9
Hoheluft-Ost	54,6	- 0,7	25,9	- 5,6	14,9	4,0	3,5
Eppendorf	49,6	- 2,1	29,1	- 6,3	16,0	5,4	3,8
Groß Borstel	53,8	- 1,3	29,8	- 4,0	13,7	4,1	1,9
Alsterdorf	42,9	- 0,2	38,6	- 5,9	16,0	4,5	2,0
Winterhude	51,0	- 0,9	30,2	- 5,8	14,8	4,6	2,9
Uhlenhorst	41,1	- 0,9	37,8	- 6,3	17,6	5,1	2,7
Hohenfelde	45,9	- 0,1	34,6	- 6,6	15,7	4,5	2,9
Barmbek-Süd	58,7	- 0,2	26,4	- 4,3	11,8	3,0	2,2
Dulsberg	62,6	- 1,8	23,4	- 3,5	10,8	3,5	2,0
Barmbek-Nord	60,2	- 0,3	25,1	- 4,6	12,0	3,4	2,0
Ohlsdorf	49,5	1,6	31,7	- 7,1	16,2	3,9	2,1
Fuhlsbüttel	45,1	0,6	35,2	- 7,1	17,0	5,0	2,0
Langenhorn	53,4	0,3	29,3	- 5,5	14,7	4,0	1,9
Eilbek	49,2	1,4	34,4	- 5,9	14,2	3,2	1,8
Wandsbek	56,8	0,1	27,7	- 4,4	13,2	3,1	1,8
Marienthal	34,1	- 1,9	45,8	- 5,0	17,9	5,6	1,8
Jenfeld	57,7	- 1,3	26,5	- 3,9	13,1	3,6	1,7
Tonnendorf	49,7	- 0,8	32,4	- 5,4	15,4	4,8	2,1
Farmsen-Berne	56,7	- 0,8	26,8	- 4,4	13,9	3,9	1,9
Bramfeld	55,3	- 1,2	28,5	- 4,0	14,0	4,2	1,5
Steilshoop	60,6	- 2,5	23,1	- 2,6	13,6	3,6	1,9
Wellingsbüttel	25,8	- 2,7	49,9	- 5,6	21,4	6,4	2,4
Sasel	40,3	- 2,2	36,6	- 5,4	20,4	5,9	2,2
Poppenbüttel	40,3	- 0,8	36,3	- 7,9	21,1	7,3	2,0
Hummelsbüttel	46,8	4,7	32,5	- 10,4	18,3	4,5	1,8
Lemsahl-Mellingstedt	34,1	- 2,3	42,1	- 5,5	20,4	5,3	3,3
Duvenstedt	36,0	- 0,8	40,5	- 7,3	21,3	6,9	1,7
Wohldorf-Ohlstedt	25,8	- 3,9	55,4	- 0,5	15,2	1,6	3,0
Bergstedt	44,1	- 1,4	34,8	- 4,9	18,1	4,4	2,4
Volkendorf	31,8	- 2,6	40,7	- 7,0	24,2	7,4	2,8
Rahlstedt	48,2	- 0,8	32,5	- 5,5	16,9	4,9	1,8
Lohbrügge	55,7	- 2,4	27,6	- 3,3	14,5	4,3	1,8
Bergedorf	54,4	- 1,9	28,8	- 3,9	13,8	4,1	2,3
Curslack	36,2	- 1,3	47,2	- 5,8	14,4	5,2	1,8
Altengamme	43,8	- 0,4	41,4	- 5,4	12,4	4,9	2,0
Neuengamme	37,9	- 0,3	47,8	- 5,4	12,5	4,7	1,5
Kirchwerder	41,2	- 0,5	43,9	- 6,3	13,2	5,6	1,4
Ochsenwerder	36,9	2,3	50,3	- 6,7	11,8	4,1	1,0
Reitbrook	32,5	- 1,5	51,8	- 5,9	12,3	6,1	3,0
Allermöhe	50,2	8,0	32,0	- 14,3	14,7	4,6	2,4
Billwerder	57,8	1,5	29,2	- 7,7	10,0	4,0	2,4
Moorfleet	50,0	- 2,6	35,5	- 2,8	11,3	3,4	3,0
Tatenberg	34,4	- 4,9	50,3	- 4,1	15,0	9,0	0,3
Spadenland	32,6	2,5	51,7	- 8,8	11,5	4,5	1,1

Noch: Tabelle 6 **Zweitstimmenanteile der SPD, CDU, F.D.P. und der GRÜNEN bei der Bundestagswahl 1980 in den Hamburger Stadtteilen ohne Briefwahl**

Stadtteil	Zweitstimmenanteil						
	SPD		CDU		F.D.P.		GRÜNE
	%	Veränderung gegenüber 1976 in Prozentpunkten	%	Veränderung gegenüber 1976 in Prozentpunkten	%	Veränderung gegenüber 1976 in Prozentpunkten	%
Harburg	60,8	- 1,3	27,2	- 3,0	9,3	3,0	1,8
Neuland, Gut Moor	57,2	1,8	32,3	- 3,3	9,2	2,4	0,8
Wilstorf	61,3	- 0,7	25,6	- 2,9	11,0	2,4	1,4
Rönneburg	51,0	- 1,9	29,9	- 5,8	16,4	5,6	1,7
Langenbek	48,2	1,4	34,3	- 6,3	15,2	3,8	1,6
Sinstorf	51,6	- 2,5	33,1	- 4,6	13,3	6,0	1,3
Marmstorf	50,3	- 2,5	30,4	- 4,1	17,2	5,6	1,5
Eißendorf	54,1	- 2,9	31,3	- 1,7	12,5	3,5	1,5
Heimfeld	56,8	- 1,0	29,2	- 3,9	11,4	3,4	1,9
Wilhelmsburg	66,1	- 1,5	23,3	- 2,5	8,6	3,1	1,2
Altenwerder	19,1	- 20,3	55,9	3,5	10,3	2,7	13,2
Moorburg	48,6	- 0,7	40,5	- 3,6	8,3	2,1	2,4
Hausbruch	56,6	- 0,6	28,6	- 3,8	12,6	3,3	1,5
Neugraben-Fischbek	55,8	- 3,1	27,6	- 2,9	14,4	4,6	1,7
Francop	43,7	0,0	43,3	- 2,1	10,7	0,0	1,8
Neuenfelde	50,4	- 2,0	36,0	- 2,8	11,8	3,8	1,5
Cranz	52,8	2,2	30,8	- 8,5	14,3	4,5	1,4

bietsteile, die weit über die Stadt gestreut sind, eine Zunahme ihres Zweitstimmenanteils verbuchen konnte. Verluste unter 2,5 Prozentpunkten hatte die SPD in mehr als der Hälfte aller Stadtteile hinzunehmen. Stärkere Rückgänge, wenn auch ohne Ausnahme in einer Größenordnung unter fünf Prozentpunkten, waren insbesondere in bevorzugten Wohngebieten der äußeren Stadt festzustellen (Elbvororte, Wellingsbüttel, Volksdorf, Wohldorf-Ohlstedt und an der Südgrenze des Bezirks Harburg).

Die CDU hat 1980 in nahezu der Hälfte aller Stadtteile mehr als fünf Prozentpunkte ihres Stimmenanteils von 1976 verloren, und zwar in fast allen Gebieten mit sehr guter und guter Wohnlage und in den landwirtschaftlich genutzten Teilen des Bezirks Bergedorf.

Die F.D.P. konnte insbesondere in Stadtteilen mit hohem Wohnwert Zunahmen von über fünf Prozentpunkten gegenüber der Bundestagswahl 1976 erzielen.

Ins Auge fällt ein vom allgemeinen Trend abweichendes Wählerverhalten in Wohldorf-Ohlstedt, wo die CDU ihren Stimmenanteil im Gegensatz zu allen anderen guten Wohngebieten annähernd hielt und die F.D.P. ihren Anteil nur geringfügig erhöhen konnte.

Die Partei der GRÜNEN hat lediglich in Rotherbaum, Klostertor und Altenwerder mehr als fünf Prozent der Zweitstimmen auf sich ziehen können.

Briefwahl

Außerordentlich viele Wähler nutzten bei der Bundestagswahl 1980 die Möglichkeit zur brieflichen Stimmabgabe. Fast 173 000 Hamburger haben ihre Entscheidung auf dem Stimmzettel

nicht erst am Sonntag in der Wahlkabine, sondern bereits vor dem eigentlichen Wahltag getroffen. Gegenüber 1976 ist die Zahl der Briefwähler um 3,4 Prozent gewachsen. Die Anzahl der Bürger, die ihre Stimme in Wahllokalen abgaben, war 1980 dagegen um 6,5 Prozent niedriger als vier Jahre zuvor.

Im ganzen haben 15,5 Prozent aller Wähler 1980 per Brief gewählt. Besonders hoch lag die Briefwahlquote in den Wahlkreisen Hamburg-Nord mit 18,0 Prozent und Hamburg-Altona mit 16,9 Prozent. Relativ niedrige Briefwähleranteile wurden in den Wahlkreisen Hamburg-Bergedorf und Hamburg-Harburg mit 13,0 bzw. 12,0 Prozent festgestellt.

Aus den Ergebnissen früherer Wahlen konnte für die Briefwahl immer eine bemerkenswerte Konstanz der Unterschiede in den Stimmenverhältnissen gegenüber der Urnenwahl abgeleitet werden. Durchweg erhielt nämlich die SPD unter den Briefwählern einen niedrigeren Anteil als bei den Urnen-

wählern, CDU und F.D.P. hatten hingegen bei der Briefwahl stets einen höheren Anteil als bei den in den Wahllokalen abgegebenen Stimmen. Für die SPD und die CDU blieb dies auch bei der Wahl des Jahres 1980 so. Die F.D.P. allerdings erzielte unter den Urnenwählern in allen Hamburger Wahlkreisen deutlich höhere Stimmenanteile als bei der Briefwahl. Über die Ursachen dieser Änderung in der Stimmenstruktur läßt sich Konkretes nicht sagen. Es wäre aber denkbar, daß die F.D.P.-Gewinne bei der Urnenwahl erst kurz vor dem eigentlichen Wahltag ausgelöst wurden, möglicherweise aus Gründen, die bei der vorzeitigen Abgabe der Stimmzettel per Briefwahl für die Wähler noch nicht relevant waren.

Auffällig ist, daß 1980 die Briefwahlunterlagen bereits zu Beginn der Ausgabefrist in erheblich größerem Umfang abgefordert worden waren als bei früheren Wahlen. Drei Viertel aller Briefwahlunterlagen waren bereits bis zum zwölften Tage vor der Wahl aus-

Tabelle 7 **Briefwähler und übrige Wahlscheinwähler in den Hamburger Bundestagswahlkreisen 1980**

Gebiet	Briefwähler			Übrige Wahlscheinwähler
	Anzahl	in % der		
		Wahlberechtigten	Wähler	
Wahlkreis 12: Hamburg-Mitte	23 733	13,5	15,7	81
Wahlkreis 13: Hamburg-Altona	26 431	15,0	16,9	141
Wahlkreis 14: Hamburg-Eimsbüttel	26 025	14,5	16,4	149
Wahlkreis 15: Hamburg-Nord	31 984	16,3	18,0	189
Wahlkreis 16: Hamburg-Wandsbek	27 519	14,0	15,6	120
Wahlkreis 17: Hamburg-Bergedorf	21 084	11,6	13,0	92
Wahlkreis 18: Hamburg-Harburg	15 788	10,7	12,0	46
H a m b u r g				
dagegen 1980	172 564	13,8	15,5	818
dagegen 1976	166 966	13,0	14,2	1 485

gegeben worden. Nach Feststellungen anlässlich der Bundestagswahl 1976, die sicherlich auch 1980 noch Gültigkeit haben, laufen die Wahlbriefe recht schnell wieder zurück. Das bedeutet, daß viele Wähler bereits früh eine politische Entscheidung treffen, die von möglichen aktuellen Diskussionen unmittelbar vor dem Wahltag nicht mehr beeinflusst wird.

Die Verschiebung der Wähleranteile für die F.D.P. bei der Urnenwahl läßt vermuten, daß diese Partei noch kurzfristig Wähler mobilisieren konnte, die erst kurz vor oder am Wahlsonntag eine Entscheidung zugunsten der Freien Demokraten trafen. Vergleicht man die erreichten Stimmenanteile bei der Briefwahl und in den Wahllokalen miteinander, so war die Präferenz für die F.D.P. bei den Urnenwählern gegenüber den Briefwählern besonders ausgeprägt im Wahlkreis Hamburg-Wandsbek (der Stimmenanteil in Wahllokalen lag etwa 15 Prozent höher als bei den Briefwählern), aber auch in den Wahlkreisen Hamburg-Nord und Hamburg-Bergedorf war noch ein Vorsprung von gut einem Zehntel gegenüber der Briefwahl zu

Tabelle 8 Zweitstimmenanteile der SPD, CDU, F.D.P. und der GRÜNEN bei den Bundestagswahlen 1976 und 1980 in Hamburg nach Urnen- und Briefwahl

Partei	Wahlart	Zweitstimmenanteil in %	
		1980	1976
SPD	Urnenwahl	52,8	54,0
	Briefwahl	45,7	44,0
	Urnen- und Briefwahl zusammen	51,7	52,6
CDU	Urnenwahl	30,0	34,6
	Briefwahl	37,6	45,5
	Urnen- und Briefwahl zusammen	31,2	35,8
F.D.P.	Urnenwahl	14,2	10,0
	Briefwahl	15,3	11,2
	Urnen- und Briefwahl zusammen	14,1	10,2
GRÜNE	Urnenwahl	2,2	-
	Briefwahl	2,6	-
	Urnen- und Briefwahl zusammen	2,3	-

registrieren. Sehr eng zusammen lagen hingegen die entsprechenden Stimmenanteile der F.D.P. im Wahlkreis Hamburg-Altona.

Betrachtet man die Relation der im Wahllokal abgegebenen Stimmen zu den Briefwahlvoten auch für die anderen Parteien, so hielten sich die Unterschiede bei der SPD in sehr engen Grenzen – mit Ausnahme des Wahlkreises Hamburg-Altona, wo die Stimmenquote in den Wahllokalen den Anteil an den Briefwahlstimmen um ein Viertel übertraf.

Erheblich größere Abweichungen zeigten sich bei den Stimmenquoten der CDU, deren Anteile bei der Briefwahl um rund ein Viertel über denen bei der Urnenwahl lagen. Am stärksten wurde dieses Übergewicht deutlich im

Wahlkreis Hamburg-Altona (fast ein Drittel mehr), am schwächsten war es ausgeprägt im Wahlkreis Hamburg-Bergedorf.

Die aus dem Gesamtergebnis bekannte Tendenz der Wählerentscheidungen für die Parteien – geringere Stimmenanteile als bei der vorigen Bundestagswahl für SPD und CDU, höhere für die F.D.P. – kam durchgängig sowohl bei der Urnenwahl als auch bei der Briefwahl zum Ausdruck.

Stimmensplitting

Die dem Wähler bei Bundestagswahlen zustehenden zwei Stimmen werden bekanntlich nicht immer einheitlich abgegeben. 1972 war erstmals eine deutliche Aufforderung der Koalitionspartner SPD und F.D.P. an den Wähler ergangen, durch Stimmensplitting zwischen den beiden Parteien den Wahlkreiskandidaten der SPD zu wählen und gleichzeitig der F.D.P. über die Zweitstimme zu einem relativ hohen Stimmenanteil zu verhelfen. 1976 zeigten alle Parteien im Wahlkampf eine verstärkte Tendenz, den Wählern die ungeteilte Stimmenabgabe zu empfehlen, d. h. Erst- und Zweitstimme derselben Partei zu geben. Bei der Bundestagswahl 1980 – vor allem in der letzten Phase des Wahlkampfes – machten alle Parteien ihren Anspruch auf „Mehrheiten“ dadurch geltend, daß sie die entscheidende Bedeutung der Zweitstimme verstärkt herausstellten.

Betrachtet man die Ergebnisse der Wahl des Jahres 1980, so hatten SPD und CDU durchweg höhere Anteile bei den Erststimmen als bei den Zweitstimmen. Die F.D.P. erreichte absolut und relativ mehr Zweitstimmen; sie konnte bei allgemeinem Stimmenzuwachs diesen Zweitstimmenvorsprung gegenüber der Wahl des Jahres 1976 auch erheblich verbessern. Damals lag die Zahl der für die F.D.P. abgegebenen Zweitstimmen etwa ein Viertel über der Zahl der Erststimmen; 1980 aber überstiegen die Zweitstimmen die Erststimmen um beinahe die Hälfte. Für SPD und CDU wurde bei einem Stimmenrückgang im ganzen jeweils auch eine Verringerung der Relation Zweitstimmen zu Erststimmen in der Form registriert, daß die Erststimmen mehr an Gewicht gewannen. Dieser Effekt war bei der CDU etwas stärker ausgeprägt als bei der SPD. Vergleicht man hierzu die erzielten Stimmen für Wahlkreisbewerber und Landeslisten, so ist festzustellen, daß die CDU zusammengenommen 3,6 Prozent mehr Erst- als Zweitstimmen gewann, die SPD 5,8 Prozent mehr. 1976 lagen die Zahlen der Erst- und Zweitstimmen für die CDU noch recht dicht beieinander. Damals hatte die SPD aber schon drei Prozent mehr Stimmen für ihre Direktkandidaten erhalten als für die Landesliste. Per Sal-

do haben demnach in beiden Wahlen die Wähler der CDU seltener ihre Stimmen gesplittet als die Wähler der SPD. Am wenigsten unterschieden sich die Ergebnisse der Erst- und Zweitstimmen für die CDU im Wahlkreis Hamburg-Bergedorf. Dort gewann andererseits der Kandidat der SPD (Bundeskanzler Schmidt) fast zwölf Prozent mehr Stimmen als seine Partei. Gleichzeitig erreichte in diesem Wahlkreis die F.D.P. mehr als doppelt soviel Zweit- wie Erststimmen.

Mandatsverteilung

Nach der Verringerung der Zahl der Wahlkreise hatten nur noch sieben Hamburger Bewerber die Möglichkeit, ein Direktmandat zu erringen. Alle Direktmandate wurden 1980 von der SPD gewonnen. CDU und F.D.P. erhielten ihre Abgeordnetensitze über die Verrechnung der erzielten Stimmen nach den Landeslisten. Die gewählten hamburgischen Abgeordneten für den 9. Deutschen Bundestag sind

für die SPD: Helmut Schmidt, Herbert Wehner, Dr. Hans Apel, Freimut Duve, Alfons Pawelczyk, Horst Gobrecht, Peter Paterna

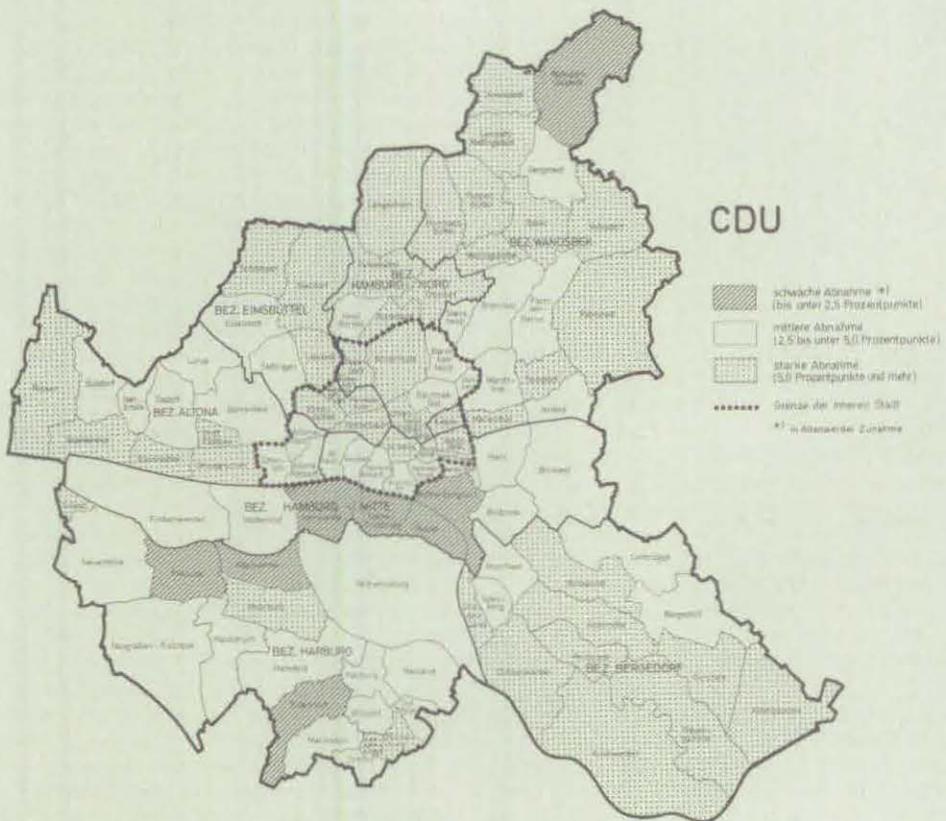
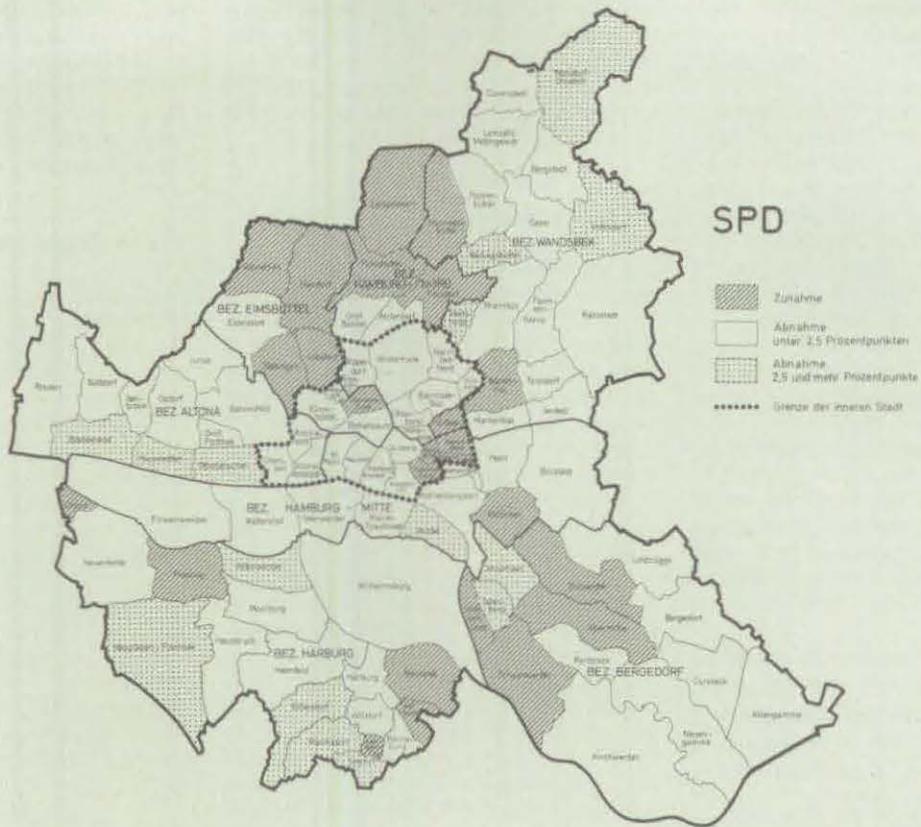
für die CDU: Jürgen Echternach, Volker Rühle, Klaus Francke, Dirk Fischer für die F.D.P.: Helga Schuchardt, Rainer Funke

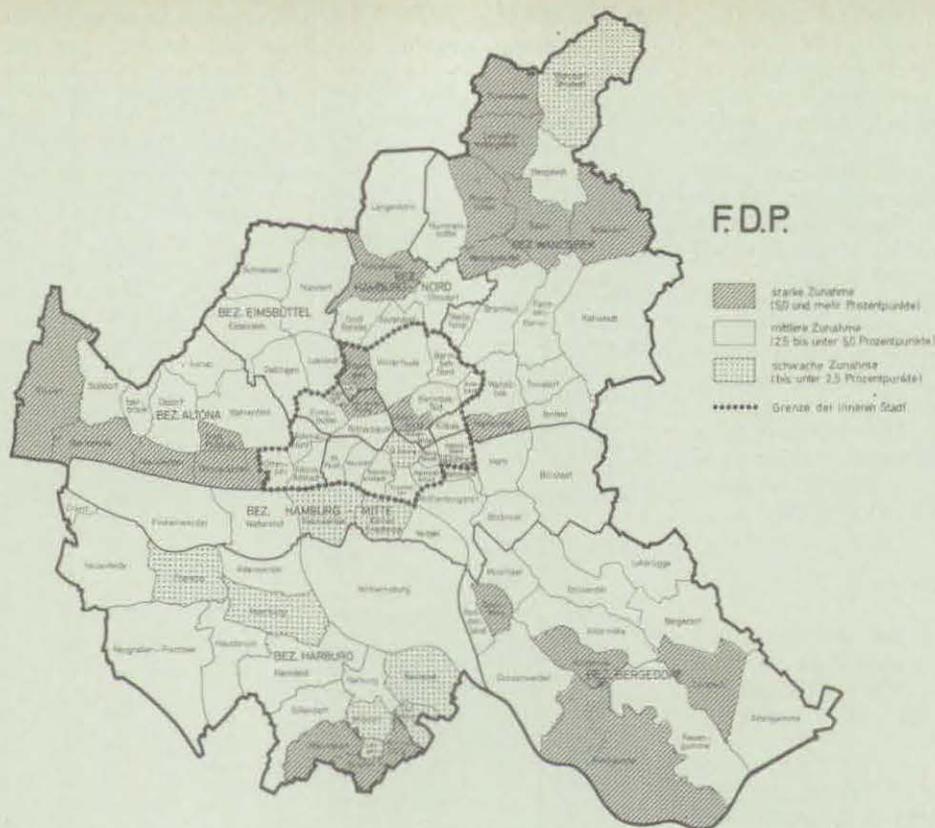
Die Hamburger SPD entsendet statt bisher acht nur noch sieben Abgeordnete, die CDU vier statt bisher fünf. Die F.D.P. gewinnt ein Mandat hinzu und hat nunmehr zwei Bundestagsabgeordnete.

Die Frage, ob Hamburg trotz Abgabe eines Wahlkreises gleichwohl wieder mit 14 Abgeordneten wie in der achten Legislaturperiode im Bundestag vertreten sein würde, war ein vor der Wahl vielerorts diskutiertes Thema. In Anbetracht des Wahlsystems, das die Abgeordnetenzahl von den im Land abgegebenen Zweitstimmen für die Parteien abhängig macht, hing die Chance für ein 14. Hamburger Mandat im wesentlichen von der Wahlbeteiligung ab.

Bereits 1976 mußte Hamburg sich mit einer gegenüber der vorausgegangenen Legislaturperiode um zwei verminderten Abgeordnetenzahl bescheiden. Damals hätte unter bestimmten für die Parteien unterschiedlichen Annahmen eine Wahlbeteiligung zwischen 92,7 und 94,9 Prozent einen zusätzlichen Sitz für Hamburg in den Bereich des Möglichen gerückt. Es kann auch jetzt wieder rechnerisch geprüft werden, ob eine höhere Wahlbeteiligung ein weiteres Mandat gesichert hätte. Nach dem für die Sitzverteilung auf Parteien und Länder im d'Hondtschen Verfahren maßgeblichen Rechenvorgang hätte Hamburg jeweils einen höheren Restwert (Höchstzahl)

Die Hamburger Stadtteile nach der Veränderung der Zweitstimmenanteile
für die im Bundestag vertretenen Parteien
- Bundestagswahl 1980 gegenüber 1976 -





STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

2 401 L

behalten müssen als für den jeweils zuletzt vergebenen Sitz der einzelnen Parteien erforderlich war. Die theoretischen Möglichkeiten sollen an Beispielen deutlich gemacht werden:

— Die Verteilung der der SPD nach den Zweitstimmen zufallenden 217 Mandate im Bundestag wies den letzten Sitz auf eine Höchstzahl von 72 973 der Landesliste Nordrhein-Westfalen zu. Dieses 217. SPD-Mandat wäre als achter Sitz für Hamburg nur dann zugeteilt worden, wenn Hamburg einen um mindestens 1 höheren Restwert gehabt hätte. Das wäre bei insgesamt 72 973 mal 8 = 583 784 Zweitstimmen für die SPD in Hamburg möglich gewesen — bei ansonsten unverändertem Stimmverhalten für andere Parteien und in den übrigen Ländern. Gegenüber den tatsächlich erreichten Stimmenzahlen fehlten also 11 627 Stimmen. Nimmt man an, daß diese fehlenden Stimmen durch eine höhere Wahlbeteiligung erreichbar waren,

wobei alle zusätzlichen Wähler dann selbstverständlich die SPD hätten unterstützen müssen, so hätten in Hamburg 89,8 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgeben müssen. Das entspräche einer nur um einen Prozentpunkt höheren Wahlbeteiligung als tatsächlich registriert wurde.

— Die CDU konnte ihren 174. Abgeordnetensitz aus der niedersächsischen Landesliste besetzen. Einen zusätzlichen Hamburger Kandidaten hätte die CDU theoretisch zu Lasten Niedersachsens bei 72 762 mal 5 = 363 810 Zweitstimmen erhalten können. Bei insgesamt 345 005 CDU-Zweitstimmen in Hamburg wären demnach für diese Partei 18 805 Stimmen mehr erforderlich gewesen; die Wahlbeteiligung hätte bei 90,3 Prozent liegen müssen.

— Ein drittes Mandat für die Hamburger F.D.P. wäre nur bei einer Wahlbeteiligung von 93,2 Prozent zu er-

reichen gewesen. Die Liberalen hätten bei unveränderten Stimmenverhältnissen außerhalb Hamburgs und ohne Umverteilung der gültigen Stimmen für andere Parteien in Hamburg 54 587 Wähler zusätzlich mobilisieren müssen.

Modellmäßig wäre demnach die SPD über eine geringfügig höhere Wahlbeteiligung möglicherweise zu einem weiteren Mandat gekommen, wenn sie 52,8 Prozent der gültigen Zweitstimmen auf sich hätte vereinen können. Sie hatte unter den drei Parteien die günstigsten Voraussetzungen für einen zusätzlichen Abgeordneten. Es hätte lediglich eines Gewinns von zusätzlich 2,0 Prozent der tatsächlich errungenen Zweitstimmen bedurft. Die CDU hätte schon 5,5 Prozent mehr Zweitstimmen erhalten müssen. Ihr wäre bei stärkerer Wahlbeteiligung ein weiterer Abgeordnetensitz mit 32,9 Prozent der gültigen Zweitstimmen zugefallen. Für beide theoretischen Fälle hätte die Wahlbeteiligung durchaus

noch hinter dem Ergebnis von 1976 (91,1 Prozent) zurückbleiben können. Für die F.D.P. allerdings wäre neben den sonstigen Voraussetzungen in Hamburg eine erheblich höhere Wahlbeteiligung als bei der Bundestagswahl 1976 erforderlich gewesen, damit sie ihre Zweitstimmen um die für ein zusätzliches Mandat erforderlichen 35,0 Prozent auf einen Anteil von 19,0 Prozent hätte ausweiten können. Es sei betont, daß sich an den Mehrheiten in der 9. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages nichts geändert hätte, wenn einer dieser modellmäßig errechneten Fälle tatsächlich eingetreten wäre. Alle für Hamburg berechneten Zusatzmandate wären der jeweiligen Partei in einem anderen Bundesland abgezogen worden.

Regionalvergleich

Im folgenden soll der Ausgang der Bundestagswahl in Hamburg mit den Wahlergebnissen in anderen Großstädten und den übrigen Bundesländern verglichen werden.

In elf der zwölf größten Städte der Bundesrepublik (ohne Berlin) war 1980 die SPD dem Zweitstimmenanteil nach die stärkste Partei; in München war dies die CSU. Der Stimmenanteil der Hamburger Sozialdemokraten von 51,7 Prozent wurde nur von den SPD-Quoten in den Ruhrgebietsstädten Duisburg, Dortmund und Essen übertroffen. Stimmenverluste in Höhe von rund einem Prozentpunkt gegenüber 1976 gab es wie in Hamburg für die SPD in Köln und Dortmund; in Stuttgart, Bremen und Nürnberg waren die Verluste etwas höher als in Hamburg. Leichte Gewinne erzielte die SPD in München, Essen, Frankfurt, Düsseldorf und Hannover. Von den Bundesländern hatten als einzige die Stadtstaaten Hamburg und Bremen 1980 eine über 50 Prozent liegende Quote von SPD-Stimmen. Nennenswerte Änderungen sind bei den Stimmenanteilen der Sozialdemokraten in den Bundesländern zumeist nicht eingetreten; im Saarland gewann die SPD 2,2 Prozentpunkte, in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz etwas über einen Prozentpunkt hinzu. Einen Verlust von 1,5 Prozentpunkten verzeichnete die SPD des Landes Bremen.

Die Unionsparteien haben 1980 in allen Großstädten und Bundesländern Stimmen eingebüßt. In den Städten war das Stimmenminus der CDU am höchsten in Düsseldorf, Hannover und Hamburg (4,9 bis 4,7 Prozentpunkte). Auf nur 1,4 Prozentpunkte belief sich der Rückgang der CSU in Nürnberg. Im Ländervergleich hatte die CDU in Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit 5,9 bzw. 5,2 Prozentpunkten ihre größten Minuswerte hinzunehmen. Auch in Baden-Württemberg überstieg der Rückgang des Anteils der CDU-Stimmen mit 4,8 Prozentpunkten den

Tabelle 9 Stimmabgabe bei den Bundestagswahlen 1976 und 1980 in den größten deutschen Städten und den Ländern

Gebiet	Jahr	Wahlbeteiligung in %	Von 1000 gültigen Zweitstimmen entfielen auf				
			SPD	CDU/CSU	F.D.P.	GRÜNE	übrige Parteien
Hamburg	1980	88,8	517	312	141	23	8
	1976	91,1	526	359	102	-	14
München	1980	84,7	409	434	134	16	7
	1976	86,4	405	472	111	-	12
Köln	1980	84,8	479	367	132	16	6
	1976	86,9	486	403	101	-	10
Essen	1980	87,6	561	319	104	10	5
	1976	90,2	556	362	73	-	9
Frankfurt a.M.	1980	86,2	453	394	120	23	9
	1976	89,0	447	431	105	-	16
Dortmund	1980	88,4	590	300	89	14	7
	1976	90,9	593	330	67	-	10
Düsseldorf	1980	87,4	458	392	128	15	4
	1976	89,2	453	441	96	-	10
Stuttgart	1980	87,3	416	388	172	19	5
	1976	89,3	432	429	128	-	11
Duisburg	1980	87,0	611	283	89	10	4
	1976	90,5	617	311	63	-	9
Bremen (Stadt)	1980	88,6	513	291	158	28	11
	1976	90,8	533	326	123	-	17
Hannover	1980	88,7	515	339	123	18	5
	1976	90,7	509	387	96	-	8
Nürnberg	1980	86,3	456	418	100	17	9
	1976	88,2	476	432	79	-	14
Schleswig-Holstein	1980	89,0	467	389	127	14	4
	1976	90,6	464	441	88	-	7
Niedersachsen	1980	89,3	469	398	113	16	4
	1976	91,4	457	457	79	-	7
Bremen (Land)	1980	87,8	525	288	151	27	10
	1976	90,0	540	325	118	-	16
Nordrhein-Westfalen	1980	89,0	468	406	109	12	5
	1976	91,3	469	445	78	-	8
Hessen	1980	89,9	464	406	106	18	5
	1976	91,9	457	448	85	-	10
Rheinland-Pfalz	1980	89,9	428	456	98	14	5
	1976	91,5	417	499	76	-	9
Baden-Württemberg	1980	86,6	372	485	120	18	4
	1976	89,1	366	533	91	-	10
Bayern	1980	87,6	327	576	78	13	5
	1976	89,6	328	600	62	-	10
Saarland	1980	90,6	483	423	78	11	6
	1976	92,9	461	462	66	-	11
Bundesrepublik Deutschland	1980	88,6	429	445	106	15	5
	1976	90,7	426	486	79	-	9

Stimmenverlust dieser Partei in Hamburg. Die bayerische CSU sah sich Einbußen von nur 2,3 Prozentpunkten gegenüber. Dem Gesamtanteil nach konnte die CDU in Hamburg mit 31,2 Prozent im ganzen relativ wenige Wähler auf sich vereinen; außer in Duisburg, Bremen und Dortmund war der Stimmenanteil der Unionsparteien in allen Großstädten höher als in Hamburg. Betrachtet man die Bundesländer, so erreichen die Stimmenanteile der CDU in allen Flächenländern merklich über den Ergebnissen der Stadtstaaten Hamburg und Bremen liegende Werte.

Recht erfolgreich abgeschnitten hat

1980 die Hamburger F.D.P. Sie erzielte 14,1 Prozent der Zweitstimmen und verbesserte ihren Wähleranteil gegenüber dem Jahr 1976 um 3,9 Prozentpunkte. Einen größeren Stimmenanteil als in Hamburg bekamen die Freien Demokraten lediglich in den Städten Stuttgart, Bremen und Köln; in Köln und Stuttgart fielen auch die Stimmenzunahmen dieser Partei noch höher aus als in Hamburg. Im Vergleich der Bundesländer hat die F.D.P. in Hamburg den zweithöchsten Anteil an Zweitstimmen (nach Bremen) und die höchste Rate des Stimmenwachses (gemeinsam mit Schleswig-Holstein) verbuchen können. Die

F.D.P. verzeichnete Gewinne in sämtlichen Großstädten und Bundesländern.

Im Bundesgebiet insgesamt kamen 1980 auf die SPD 42,9 Prozent, auf die Unionsparteien 44,5 Prozent und auf

die F.D.P. 10,6 Prozent der Zweitstimmen; damit mußten die Oppositionsparteien CDU/CSU einen Stimmenrückgang gegenüber 1976 um 4,1 Prozentpunkte in Kauf nehmen, von den Regierungsparteien erreichte die SPD

einen geringfügigen Zuwachs von 0,3 und die F.D.P. eine deutliche Zunahme von 2,7 Prozentpunkten.

Dieter Buch
Klaus Kamp
Joachim Müller

Soeben erschienen: Deutscher Städtetag, Reihe H: DST-Beiträge zur Statistik und Stadtforschung, Heft 18).

„Beiträge von Statistik und Stadtforschung zur kommunalen Wirtschaftsförderung.“ Köln 1980, 174 S. 9,50 DM mit Texten von:

O. J. Viererbl: Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsförderung als Gegenstand der Stadtforschung

H.-E. Stegen: Wirtschaftsbeobachtung – Daten und Kennziffern

O. Ruchty: Zum Problem von Betriebsbefragungen

R. Döhla und E. J. Richter: Flächen-, Arbeitskräfte- und Infrastrukturbilanzen als Entscheidungshilfen zur Verbesserung der kommunalen Wirtschaftsstruktur

G. Nicolini: Zum Problem der Abgrenzung regionaler Arbeitsmärkte

H. Harfst: Berechnung von Kaufkraft- und Umsatzkennziffern für Einzelhandelsanalysen

Zu beziehen von der Wirtschaftsverwaltungsgesellschaft m. b. H. des Deutschen Städtetages, 5000 Köln 51, Postfach 51 06 20.

Bundestagswahl 1980: Ergebnisse nach Gebietstypen

Ausgangspunkt der Analyse ist eine Stichprobe von 32 aus 1534 Wahlbezirken. Sämtliche dieser 32 Stichprobenbezirke sind von der Bürgerchaftswahl 1974 bis zur Bundestagswahl 1980 in ihrem Zuschnitt nicht verändert worden; besonderes Gewicht wurde auf eine möglichst gleichmäßige regionale Verteilung der Stichprobenbezirke gelegt.

Um zu Aussagen zu kommen, die für alle Hamburger Wahlbezirke als gültig angesehen werden können, wurden mit Hilfe eines mathematisch-statistischen Verfahrens (Clusteranalyse) vier Gebietstypen (Cluster) bestimmt. Jeder der 32 Wahlbezirke gehört zu genau einem Gebietstyp. Hinsichtlich ihres Wahlverhaltens ähnliche Wahlbezirke sind im selben Gebietstyp, einander unähnliche in verschiedenen Gebietstypen zu finden. Als Datengrundlage dienten die Anteile der Nicht-, SPD-, CDU-, F.D.P.- und 'Rest'-Wähler an der Zahl der Wahlberechtigten (ohne Inhaber von Wahlscheinen) bei den Wahlen von 1974 bis 1979. Aufgrund der verwendeten Methode der Stichprobenziehung kann man davon ausgehen, daß auch bei einer Klassifikation auf der Grundlage aller Hamburger Wahlbezirke nicht wesentlich andere Gebietstypen zu erwarten gewesen wären.

Die Tabelle enthält Informationen über das Wählerverhalten in den vier Gebietstypen. Um verschiedene Wahlen mit unterschiedlichen Wahlbeteiligungen sinnvoll miteinander vergleichen

zu können, wurden die Anteilswerte der Parteien nicht als Prozentanteil an den gültigen Stimmen berechnet, sondern auf die Zahl der Wahlberechtigten bezogen (ohne Inhaber von Wahlscheinen). Damit läßt sich der Einfluß der Wahlbeteiligung auf das Wahlergebnis korrekt feststellen. Außerdem wurden die Prozentzahlen als Abweichungen vom Landesergebnis (geschätzt durch den entsprechenden Wert der Stichprobe) dargestellt. Die Tabelle enthält somit nur noch die lokale Komponente des Wählerverhaltens.

Die vier Gebietstypen sollen entsprechend den Daten der Tabelle wie folgt beschrieben werden:

Gebietstyp (GT) 1: Hochburgen von CDU und F.D.P.; stark unterdurchschnittliche Ergebnisse für die SPD, unterdurchschnittliche Nichtwähleranteile.

Gebietstyp (GT) 2: Durchschnitt

Gebietstyp (GT) 3: Hochburgen der GRÜNEN und der Nichtwähler, CDU und F.D.P. stark unter dem Landesdurchschnitt.

Gebietstyp (GT) 4: Hochburgen der SPD; CDU und F.D.P., GRÜNE und Nichtwähler unterdurchschnittlich.

Ergebnisse:

Eine Betrachtung des Abschneidens der Parteien mit ihren Zweitstimmen-

anteilen im Verhältnis zu vorhergegangenen Wahlen zeigt: Mit zunehmender Ausgangsstärke sind die Ergebnisse der SPD im Vergleich zu früheren Wahlen besser, der CDU jedoch schlechter.

Insbesondere gilt, daß sich SPD und CDU im Gebietstyp 4 am relativ besten behauptet haben: Die SPD damit in ihren Hochburgen, die CDU in den Gebieten mit traditionell schwachen Anteilen. Die F.D.P. war ausschließlich in ihren bisherigen Hochburgen (GT 1) besonders erfolgreich; in allen anderen Gebietstypen schnitt sie im Vergleich zu den vorhergehenden Wahlen schlechter ab.

Da im Gebietstyp 1 Hochburgen von CDU und F.D.P. mit stark unterdurchschnittlichen Ergebnissen der SPD zusammenfallen, kann vermutet werden, daß hier der direkte Wählerstrom von SPD und CDU zur F.D.P. am größten war, während diese Partei in den anderen Gebietstypen wesentlich weniger Wähler der beiden großen Parteien an sich ziehen konnte.

Betrachtet man abschließend die Relation der Wahlbeteiligung zu den Prozentanteilen der Parteien, so lassen sich nur für die Gebietstypen 1 und 3 Aussagen machen und hier auch nur für die SPD.

Für beide Gebietstypen gilt: Je höher im zeitlichen Vergleich die Wahlbeteiligung liegt, desto besser schneidet die SPD ab.

Andreas Kohlsche

Anhang zu Bundestagswahl 1980; Ergebnisse nach Gebietstypen

Gebiets-typ	Wahl	Von den Wahlberechtigten entfielen in % auf (Abweichung vom Landesdurchschnitt ±)				 Nichtwähler				
		Nicht-wähler	SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE	SPD Bü 74	CDU B 76 E/Z	F.D.P. Bü 78	GRÜNE E 79	GRÜNE B 80 E/Z
1	Bü 74	- 4,1	- 10,8	+ 13,6	+ 1,8	/	+ 15				
	B 76 E Z	- 2,6	- 11,8 - 13,2	+ 13,3 + 13,1	+ 1,6 + 2,9	/	+ 10				
	Bü 78	- 5,2	- 8,6	+ 13,2	+ 1,5	- 0,4	+ 5				
	E 79	- 5,9	- 7,3	+ 11,3	+ 1,8	+ 0,5	0				
	B 80 E Z	- 2,9	- 10,8 - 12,2	+ 12,0 + 10,7	+ 2,0 + 4,6	+ 0,2 0,0	- 5				
2	Bü 74	- 2,3	+ 2,4	0,0	+ 0,3	/	+ 15				
	B 76 E Z	- 1,6	+ 1,8 + 1,9	- 0,5 - 0,6	+ 0,4 + 0,2	/	+ 10				
	Bü 78	- 1,6	+ 2,2	0,0	0,0	- 0,6	+ 5				
	E 79	- 1,8	+ 2,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	0				
	B 80 E Z	- 0,8	+ 1,3 + 1,9	- 0,6 - 0,4	+ 0,8 - 0,2	- 0,7 - 0,5	- 5				
3	Bü 74	+ 10,8	- 0,2	- 10,3	- 1,7	/	+ 15				
	B 76 E Z	+ 7,4	+ 2,0 + 3,2	- 9,0 - 8,8	- 1,4 - 2,7	/	+ 10				
	Bü 78	+ 11,7	- 2,6	- 10,6	- 1,1	+ 2,3	+ 5				
	E 79	+ 13,4	- 3,5	- 9,6	- 1,7	+ 0,7	0				
	B 80 E Z	+ 8,1	+ 1,4 + 2,0	- 9,5 - 8,9	- 3,1 - 3,9	+ 2,7 + 2,1	- 5				
4	Bü 74	- 3,0	+ 11,4	- 6,6	- 1,5	/	+ 15				
	B 76 E Z	- 2,2	+ 12,1 + 12,1	- 7,9 - 7,7	- 1,6 - 1,9	/	+ 10				
	Bü 78	- 2,6	+ 12,1	- 7,8	- 0,7	- 0,9	+ 5				
	E 79	- 2,1	+ 11,0	- 6,6	- 1,3	- 0,8	0				
	B 80 E Z	- 3,3	+ 12,8 + 12,5	- 6,3 - 5,7	- 1,7 - 2,6	- 1,2 - 1,0	- 5				

Bü = Bürgerschaftswahl; B = Bundestagswahl; E = Europawahl; E/Z = Erststimmen, Zweitstimmen

ANPAS: Ein Modell für kleinräumige Bevölkerungsprognosen

Grundlage für Infrastrukturplanungen

Die Planung von städtischen Infrastruktureinrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Altentagesstätten basiert in der Regel auf Vorausschätzungen der sogenannten Bedarfsträger und ihrer räumlichen Verteilung im Stadtgebiet. Bedarfsträger für den Grundschulbereich sind alle Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren, Altentagesstätten werden von Mitbürgern im Rentenalter genutzt. Die Entwicklung des Bedarfs hängt neben anderen Faktoren primär von der kleinräumigen Einwohnerentwicklung ab. Damit ergibt sich die Notwendigkeit einer altersgegliederten Vorausschätzung der Bewohner von Stadtteilen oder Planungsregionen.

Für eine kurzfristige Raumplanung im Schulbereich z. B. kann man die Bedarfsträger der nächsten Jahre aus dem gegenwärtigen Bestand an unter sechsjährigen Kindern und der vorhandenen Schülerzahl ableiten. Für eine weiter vorausschauende Planung von regionalen Infrastruktureinrichtungen müssen neben der reinen Alterung der gegenwärtigen Bevölkerung – z. B. Hineinwachsen der Kleinkinder in das schulpflichtige Alter – zusätzlich die Veränderung der Einwohnerzahl durch Geburten, Zu- und Fortzüge und der Einfluß der Sterblichkeit auf die Jahrgangsbesetzung berücksichtigt werden.

Die Entwicklung von Einwohnerzahl und -struktur eines Stadtteils wird im einzelnen von folgenden demographischen Komponenten bestimmt:

- Alterung der Bevölkerung
 - Geburtenhäufigkeit nach Alter der Frauen
 - Sterblichkeit nach Alter und Geschlecht
 - Wanderungssaldo nach Alter und Geschlecht
- } natürliche Bevölkerungsentwicklung

Bei großräumigen Bevölkerungsprozessen dominiert gewöhnlich der Einfluß der natürlichen Komponenten. So nahm die Bevölkerung Hamburgs durch die natürliche Bevölkerungsbeziehung in der letzten Dekade jährlich um etwa 11 000 Einwohner ab, weil infolge der heute in allen deutschen Großstädten zu beobachtenden sehr niedrigen Geburtenhäufigkeit die Zahl der Lebendgeborenen nicht hoch genug war, um die Sterbefälle zu kompensieren. Die jährlichen Wanderungsverluste der Hansestadt beliefen sich dagegen seit 1970 im Mittel nur auf 3500 Personen.

Wenn man die Einwohnerentwicklung auf der Ebene von Stadtteilen betrachtet, nimmt der Einfluß der Wanderungen auf den Bevölkerungsaufbau gewöhnlich zu, weil neben den Wanderungen über die Stadtgrenze zusätzliche innerstädtische Umzüge das Wanderungsvolumen vergrößern. Eine kleinräumige Vorausschätzung von Wanderungseinflüssen wird dabei sehr schwierig. Da außerdem Schätzfehler bei der Ziffernberechnung für kleine Bevölkerungszahlen generell zunehmen, ist eine Prognose der Bevölkerung von Stadtteilen mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Von daher wird es verständlich, daß einige Bevölkerungswissenschaftler die Durchführung kleinräumiger Vorausschätzungen ablehnen, was dann aber zur Folge hat, daß Infrastrukturplaner aus dem Zwang ihrer Aufgabenstellung heraus eigene Schätzungen nach sehr groben und meist nicht einheitlichen Verfahren vornehmen.

Um diese Tendenz einzudämmen, werden in Hamburg kleinräumige altersgegliederte Bevölkerungsvorausschätzungen zentral im Statistischen Landesamt durchgeführt. Die Rechnungen werden, wie auch andere Prognosen für die Hamburger Verwaltung, im interbehördlichen Basisdatenausschuß unter Federführung des Planungsstabes der Senatskanzlei abgestimmt. Sie orientieren sich an den für Hamburg insgesamt erstellten Vorausschätzungen; ihre Ergebnisse werden als allgemeine Basis für längerfristige Infrastrukturplanungen festgelegt. Gewissen Unsicherheiten der Ergebnisse wird durch die Berechnung einer unteren und einer oberen Variante mit einer relativ großen Bandbreite Rechnung getragen. Die kleinräumige Bevölkerungsvorausschätzung wird alle zwei Jahre fortgeschrieben, um von den Eingabedaten abweichende Entwicklungen in der jüngsten Zeit berücksichtigen zu können.

Das ANPAS-Modell

Kleinräumige altersgegliederte Bevölkerungsprognosen werden im Statistischen Landesamt mit Hilfe des Computerprogramms ANPAS erstellt¹⁾. Voraussetzung für die Berechnungen ist eine nach Alter und Geschlecht gegliederte gesamtstädtische Bevölkerungsprognose, auf die im Rahmen einer rechnerischen ANPASSUNG die Summe der einzeln bestimmten Stadtteilsergebnisse ausgerichtet wird.

¹⁾ Die Modellidee stützt sich auf Vorarbeiten von Hans-Joachim Fläschner im Planungsstab (Senatskanzlei).

Die Komponenten der natürlichen Bevölkerungsentwicklung werden im Modell durch die Verwendung von auf den einzelnen Stadtteil bezogenen altersgegliederten Fruchtbarkeitsziffern und von alters- und geschlechtsspezifischen Sterbeziffern differenziert abgebildet. Anstelle eines Modellteils zur detaillierten Wiedergabe von Außenwanderungen und der Wanderungsverflechtungen zwischen Stadtteilen, der beachtliche methodische und technische Schwierigkeiten enthalten würde, tritt ein mehrstufiges Schätzverfahren:

- Der Beitrag von Wanderungen zur Veränderung der Einwohnerzahl eines Stadtteils wird über eine Einwohnerkapazitätsberechnung aus dem Wohnungsbestand abgeschätzt (siehe unten). Dabei wird nur der gegenwärtig vorhandene Wohnungsbestand des Stadtteils abzüglich voraussichtlicher Wohnungsabgänge im Vorausschätzungszeitraum zugrunde gelegt („Altbauwohnungen“).
- Der gesamte Wohnungsneubau im Vorausschätzungszeitraum ergibt sich als Datum aus dem politischen Planungsbereich („Neubauwohnungen“) und wird nicht auf Stadtteile aufgliedert, sondern in einem fiktiven Neubaustadtteil gesammelt.
- Die Summe der Einwohnerkapazitäten aller Stadtteile und des Neubauvolumens wird an die vorgegebene Einwohnerprognose der Stadt angepaßt.

Aus dieser Schätzung erhält man unter Berücksichtigung möglicher künftiger Wanderungen für Stadtteile relativ zuverlässige Gesamtbevölkerungszahlen ohne Gliederung nach dem Alter. Daneben sind aus der Berechnung der natürlichen Komponenten Einwohnerzahlen mit einer Altersstruktur verfügbar.

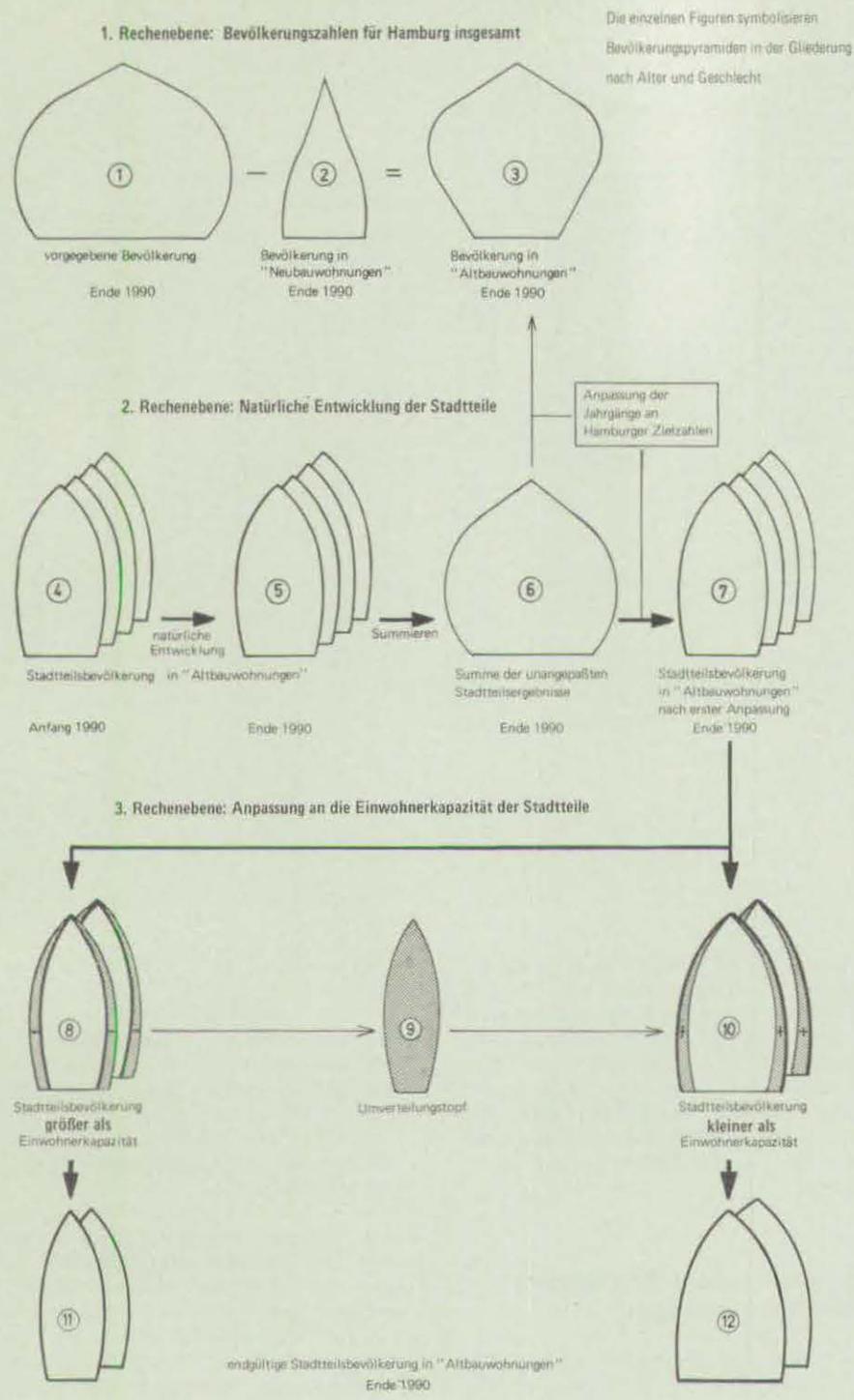
Die Verknüpfung zwischen

- der altersgegliederten Bevölkerungsprognose für die gesamte Stadt
- der natürlichen altersgegliederten Bevölkerungsentwicklung in Stadtteilen
- der Einwohnerkapazität der Stadtteile ohne Altersangaben

erfolgt über einen Anpassungs- und Umverteilungsmechanismus.

Der gesamte Rechenvorgang ist in **Schaubild 1** skizziert:

Modellstruktur von ANPAS



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

2/3 801 K

Aus der altersgegliederten Gesamtprognose für Hamburg (1) und der autonom berechneten altersgegliederten Bevölkerung in „Neubauwohnungen“ (2) wird die altersgegliederte Bevölkerung in „Altbauwohnungen“ für Hamburg insgesamt (3) als Differenz ermittelt. Die Bevölkerung in „Altbauwohnungen“ ist die Anpassungs-

zielgröße für die Summe der altersgegliederten Stadtteilergebnisse (6). Für die Stadtteile werden die altersgegliederten Jahresanfangsbevölkerungen der einzelnen Stadtteile (4) gemäß den natürlichen Entwicklungskomponenten (also ohne Wanderungen) auf das Jahresende fortgeschrieben (5).

Die Ergebnisse werden an die Zielzahl der Bevölkerung in „Altbauwohnungen“ (3) jahrgangswise angepaßt (7). Durch diese Anpassung werden demographische Effekte der Außenwanderung der Gesamtprognose (1) und der innerstädtischen Umzüge in „Neubauwohnungen“ (2) quasi mit altersspezifischen Mobilitätsziffern, die für alle Stadtteile gleich sind, kleinräumig verteilt. Die Ergebnisse der Anpassung stimmen noch nicht notwendig mit der Einwohnerkapazität der Stadtteile überein. Differenzen können als innerstädtische Wanderungssalden (ohne Umzüge in „Neubauwohnungen“, die bereits abgedeckt sind) interpretiert werden. Die Abweichungen werden durch einen zweiten Anpassungsprozeß ausgeglichen. Als erstes wird die Bevölkerungszahl in allen Stadtteilen, deren vorläufige Einwohnerzahl (7) größer ist als die Einwohnerkapazität, bei Konstanz der prozentualen Altersgliederung auf den Umfang der Kapazität reduziert (8). Damit liegt für diese Stadtteilsgruppe bereits das endgültige Vorausschätzungsergebnis (11) fest. Die abgespaltenen Personenzahlen werden nach dem Alter im sogenannten „Umverteilungstopf“ angesammelt (9). Schließlich wird die Bevölkerung der verbleibenden Stadtteile, deren vorläufige Einwohnerzahl (7) kleiner ist als ihre Einwohnerkapazität, aus dem „Umverteilungstopf“ (entsprechend der Altersgliederung in diesem Reservoir) auf die Höhe ihrer Einwohnerkapazität aufgefüllt (10). Die endgültigen Ergebnisse (12) liegen damit auch für diese Stadtteilsgruppe fest. Nach Abschluß der Rechnungen ist der „Umverteilungstopf“ wieder leer, da die Gesamtsumme der Stadtteilsbevölkerungen durch die Umverteilung in der letzten Anpassungsstufe nicht mehr verändert wird. Der skizzierte Rechenvorgang wird für jedes einzelne Vorausschätzungsjahr wiederholt.

Einwohnerkapazität des Altbauwohnungsbestandes der Stadtteile

Für die Schätzung der zukünftigen Einwohnerkapazität der Stadtteile wird die Entwicklung der Bruttowohnfläche je Bewohner von Wohnungen in den einzelnen Stadtteilen als Leitvariable verwendet. Das Schätzverfahren gliedert sich in einen Analyse- und einen Vorausschätzungsteil. Die Wohnflächenentwicklung (Spalte 13 in Schaubild 2) der Vergangenheit wurde zunächst im Stadtteilsvergleich analysiert. Dabei ergab sich mit Ausnahme von Stadtteilen, in denen im Beobachtungszeitraum viele Neubauwohnungen errichtet wurden, in allen Gebieten infolge sinkender Haushaltsgrößen ein fast linearer An-

Schätzung von Einwohnerreckzahlen für Stadtteile (Computerdruck)

VERSION: N4B2A3T2

ALTRAUBEVOELKERUNG = N4B2

WOHNUNGSABGAENGE = A3

TREND = T2

FAKTOREN = 1 UND 2

GEBIETSEINHEIT NR. 61

SASEL

DEN 19.8.1980

JAHR	WOHNUNGEN					BRUTTOWOHNFL. IN WOHNUNGEN					WOHNBEVOELKERUNG					BRUTTOWOHNFL. JE BEWOHNER					HAUSH.-GRÖSSE					PROZENTI					
	BESTAND I		ABGANG I		ZUGANG I		AM I		31.12. I		BESTAND I		ABGANG I		ZUGANG I		AM I		31.12. I		IN I		INS- I		HAUSH. I		HAUSH. I		EIN- I		PERSONEN I
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
1968	0	0	6341	0	0	480800	260	637	80	717	17858	18575	26,9	75,8	2,82	2,65	3,04	19,2													
1969	106	1	6446	12800	83	493517	233	560	80	640	17996	18626	27,4	76,6	2,79	2,62	3,02	19,6													
1970	95	0	6541	11134	0	504651	207	486	80	566	17978	18544	28,1	77,2	2,75	2,60	3,00	20,0													
1971	109	6	6643	12500	501	516650	180	415	80	495	18030	18525	28,7	77,8	2,71	2,58	2,98	20,4													
1972	90	6	6727	12700	484	528866	154	346	80	426	17998	18384	29,5	78,6	2,67	2,55	2,96	20,8													
1973	256	14	6969	19100	701	547264	127	280	80	360	17760	18120	31,7	79,3	2,50	2,50	2,92	21,7													
1974	123	17	7075	15213	1102	561375	101	216	80	296	17719	18015	32,3	80,2	2,48	2,48	2,90	22,1													
1975	83	9	7149	12399	434	573340	74	156	80	236	17731	17967	32,9	80,8	2,46	2,46	2,88	22,5													
1976	116	24	7241	13568	1804	585104	48	97	80	177	17801	17978	33,4	81,2	2,43	2,43	2,86	23,0													
1977	67	20	7288	8246	1520	591830	21	42	80	122	17722	17844	33,2	81,2	2,44	2,43	2,86	23,0													
*1977	67	20	7288	8246	1520	591830	21	42	80	122	17808	17930	33,2	81,2	2,44	2,43	2,86	23,0													
1978	0	16	7272	0	1191	590640	20	39	80	119	17513	17632	33,7	81,2	2,41	2,41	2,84	23,5													
1979	0	16	7257	0	1191	589449	19	37	80	117	17221	17338	34,2	81,2	2,37	2,38	2,82	23,9													
1980	0	16	7241	0	1191	588258	17	34	80	114	16941	17055	34,7	81,2	2,34	2,36	2,80	24,4													
1981	0	16	7225	0	1191	587068	16	32	80	112	16675	16787	35,2	81,3	2,31	2,34	2,78	24,9													
1982	0	16	7210	0	1191	585877	15	29	80	109	16421	16530	35,7	81,3	2,28	2,31	2,76	25,4													
1983	0	16	7194	0	1191	584686	14	27	80	107	16182	16289	36,1	81,3	2,25	2,29	2,74	26,0													
1984	0	16	7178	0	1191	583496	13	25	80	105	15957	16062	36,6	81,3	2,22	2,26	2,72	26,5													
1985	0	16	7163	0	1191	582305	12	22	80	102	15747	15849	37,0	81,3	2,20	2,24	2,70	27,0													
1986	0	16	7147	0	1191	581114	10	20	80	100	15530	15631	37,4	81,3	2,17	2,22	2,68	27,6													
1987	0	16	7131	0	1191	579924	9	18	80	98	15327	15425	37,8	81,3	2,15	2,19	2,66	28,2													
1988	0	16	7116	0	1191	578733	8	15	80	95	15137	15232	38,2	81,3	2,13	2,17	2,64	28,8													
1989	0	16	7100	0	1191	577542	7	13	80	93	14961	15054	38,6	81,3	2,11	2,14	2,62	29,4													
1990	0	16	7084	0	1191	576352	6	11	80	91	14797	14888	39,0	81,4	2,09	2,12	2,60	30,0													
1991	0	16	7069	0	1191	575161	5	9	80	89	14636	14725	39,3	81,4	2,07	2,10	2,58	30,6													
1992	0	16	7053	0	1191	573970	3	6	80	86	14478	14564	39,6	81,4	2,05	2,07	2,56	31,2													
1993	0	16	7037	0	1191	572780	2	4	80	84	14322	14406	40,0	81,4	2,04	2,05	2,54	31,9													
1994	0	16	7022	0	1191	571589	1	2	80	82	14169	14251	40,3	81,4	2,02	2,02	2,52	32,6													
1995	0	16	7006	0	1191	570398	0	0	80	80	14016	14096	40,7	81,4	2,00	2,00	2,50	33,3													

* an die Einwohnerdatei angepaßte Zahlen

STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

2/3 802 K

stieg der Wohnfläche je Bewohner, wobei jedoch das Anfangsniveau und der jährliche Anstieg größere Unterschiede zwischen den Stadtteilen aufwies. Daher war es vertretbar, als erste Näherung auch für den Vorausschätzungszeitraum eine Fortsetzung der linearen Zunahme der Wohnflächen zu unterstellen.

Aus der linear extrapolierten Wohnfläche je Bewohner (Spalte 13) und dem im Vorausschätzungszeitraum fortgeschriebenen Wohnflächenbestand (Spalte 6) wurde die Einwohnerkapazität der Wohnungen (Spalte 11), und daraus durch Addition der voraussichtlichen Bevölkerung außerhalb der Wohnungen, die Einwohnerkapazität insgesamt ermittelt. Diese vorläufigen Kapazitätswerte wurden proportional an die Hamburger Gesamtbevölkerung in „Altbauwohnungen“ angepaßt. Die Plausibilität der Ergebnisse wurde insbesondere anhand von Angaben über Wohnungsbelegung und Haushaltsstruktur (Spalten 14 – 18) überprüft.

Die endgültigen Kapazitätswerte nach Anpassung zeigten, daß einer Bevölkerungsentwicklung gemäß der unteren Variante der Bevölkerungsprognose für Hamburg insgesamt in

Verbindung mit einem hohen Neubauvolumen in Zukunft auch ein linearer Wohnflächenanstieg entsprechen würde, während sich bei Realisierung der oberen Variante der gesamten Einwohnerprognose in Verbindung mit einem kleinen Neubauvolumen der Zuwachs an Wohnflächen je Bewohner von „Altbauwohnungen“ halbieren müßte.

Altersstruktur der Bevölkerung in Neubauwohnungen

Als „Neubauwohnungen“ gelten alle Wohneinheiten, die im Vorausschätzungszeitraum erstmalig bezogen werden. Ausgehend von vorgegebenen Neubauraten wurde die Einwohnerkapazität aller „Neubauwohnungen“ mit Hilfe einer durchschnittlichen Haushaltsgröße bei Erstbezug mit der Annahme einer Verringerung der Personenzahl in jedem weiteren Jahr um konstant zwei Prozent festgelegt.

Für die Bestimmung der Altersgliederung der Bewohner von „Neubauwohnungen“ ist auf der Grundlage umfangreicher Untersuchungen über die Entwicklung der Altersgliederung in konkret beobachtbaren Neubaugebie-

ten folgender Ansatz verwendet worden:

– Die prozentuale Altersgliederung der Bewohner von Neubauwohnungen zum Zeitpunkt des Erstbezuges steht in einem im Zeitablauf stabilen Verhältnis zur prozentualen Altersgliederung der Gesamtbevölkerung von Hamburg.

– Die Relation bei Erstbezug verändert sich mit dem Alter des Neubaugebietes, und zwar weisen die Veränderungen mit zunehmendem Alter der Neubauwohnungen die Tendenz zu einer Annäherung an der relativen Altersgliederung an den Stadtdurchschnitt auf. Die Dominanz junger Ehepaare mit Kindern bei Erstbezug wird durch Umzüge allmählich abgeschwächt. Die Effekte der Alterung der Erstbezugsbevölkerung bleiben aber langfristig erkennbar.

Zur Ermittlung der altersgegliederten Bevölkerung in Neubauwohnungen wurden die an Vergangenheitsdaten beobachteten durchschnittlichen Relationen zwischen der Altersgliederung der Bewohner von Neubauwohnungen und der Altersgliederung der Hamburger Gesamtbevölkerung nach Glättung

für den Vorausschätzungszeitraum übernommen und auf die Einwohnerkapazität der „Neubauwohnungen“ in Abhängigkeit von deren Baualter über den Prognosezeitraum hinweg angewendet.

Erläuterung der Modelleigenschaften an Beispielen

Die spezifischen Eigenschaften des ANPAS-Modells lassen sich am einfachsten an einigen unterschiedlich strukturierten Stadtteilen erläutern.

Zu den Schaubildern 3a und b wurden für vier ausgewählte Stadtteile in der oberen Reihe von Graphiken die Altersgliederung der Bevölkerung am Anfang und am Ende des Vorausschätzungszeitraumes dargestellt. Man erkennt an markanten Punkten des Altersaufbaus sehr deutlich

- wie sich die Kurven infolge der Alterung um 18 Jahre gegeneinander verschieben
- wie die Kurve für 1995 in ihrem Gesamtniveau, z. B. in Steilshoop, erheblich unter dem der Kurve für 1977 liegt, wenn die Einwohnerkapazität durch Auflockerung der Wohnungsbelegung stärker zurückgeht
- wie anfangs dominierende Besetzungen in hohen Altersjahren durch Sterbefälle abgebaut werden (Hamm-Nord).

In der zweiten und dritten Reihe von Graphiken in den Schaubildern 3a und b werden für 1977 bzw. 1995 die prozentualen Altersgliederungen der Stadtteile mit dem Hamburger Durchschnitt verglichen. Aus den Kurven für 1977 lassen sich die gegenwärtigen Besonderheiten im Altersaufbau der Stadtteile klar erkennen. Aus den Kurven für 1995 ist abzulesen, wie das ANPAS-Modell auf diese Besonderheiten im Altersaufbau reagiert.

In dem von 1971 bis etwa 1975 bezogenen Neubaustadtteil Steilshoop dominieren 1977 junge Ehepaare mit Kindern. Die anfänglichen Besonderheiten des Altersaufbaus werden im Modell bis 1995 zu einem Teil abgebaut.

Die Bevölkerung in dem Einfamilienhausgebiet S a s e l weist 1977, abgesehen von einem etwas höheren Anteil älterer Kinder und einer unterdurchschnittlichen Besetzung bei den 20- bis 30jährigen, eine an allen Stadtteilen gemessene normale Altersstruktur auf. Der Altersaufbau stimmt bis auf die Geburtsjahrgänge mit den ge-

nannten Abweichungen auch in 1995 mit dem Stadtdurchschnitt überein.

E p p e n d o r f ist ein typisches besseres Wohngebiet der Inneren Stadt mit einem hohen Anteil von jüngeren Einzelpersonen. Hier wird in der Entwicklung von 1977 bis 1995 ein Effekt des ANPAS-Modells deutlich, der die künftige Entwicklung vermutlich verzerrt: 1977 ist die Altersgruppe der 20- bis 35jährigen überdurchschnittlich besetzt. Es handelt sich hierbei überwiegend um hochmobile junge Einpersonenhaushalte, die erst vor kurzem zugezogen sind und nach einiger Zeit Eppendorf wieder verlassen, z. B. wegen Beendigung des Studiums oder anlässlich der Eheschließung. Die genannte Altersgruppe ist folglich in Eppendorf nicht der Alterung unterworfen, da nach einem Rotationsprinzip in den meisten Fällen eine Abwanderung bis zum Alter 30 erfolgt, während vom Alter 20 an ein Ersatz durch Zuzüge stattfindet. In Abweichung vom Rotationsprinzip verbleiben die relevanten Jahrgänge nach dem ANPAS-Modell fälschlich in Eppendorf und wachsen hier in ein höheres Alter hinauf, und entsprechend erfolgt in den jüngeren Altersgruppen keine Zuwanderung, was an einer Unterbesetzung bei den 20- bis 35jährigen um 1995 zu erkennen ist. Diese Beobachtung trifft auch auf andere ähnlich strukturierte Stadtteile zu. Sie gilt in gewissem Umfang vermutlich auch für Stadtteile der Äußeren Stadt wie S a s e l und Steilshoop, hier nur mit umgekehrten Vorzeichen, weil die Abwanderungstendenz volljährig gewordener lediger Kinder etwa in die Innere Stadt ebenfalls nicht richtig wiedergegeben wird. Fazit: Selektive Wanderungen von jungen Einzelpersonen werden im ANPAS-Modell offenbar nicht voll abgebildet.

H a m m - N o r d ist ein stark überalterter Stadtteil der Inneren Stadt. Die Überalterung wird bis 1995 fast ganz durch Sterbefälle abgebaut. Dadurch sinkt die Einwohnerzahl im Modell erst einmal stark unter das Niveau der Einwohnerkapazität. Im Zuge der modellinternen Bevölkerungsverteilung zwischen den Stadtteilen werden die altersbedingten Abgänge durch Zuführung von Personen aus dem „Umverteilungstopf“ z. T. ersetzt. Es handelt sich hierbei um jüngere Ehe-

¹⁾ Der Programmteil zur Ermittlung der Einwohnerkapazitäten ist in der dialogfähigen Programmiersprache APL geschrieben worden, um alternative Ansätze über Wohnflächenentwicklungen bequem durchrechnen und die diversen Änderungswünsche schnell verarbeiten zu können. Die übrigen Programmteile wurden wegen des hohen Speicherplatzbedarfs in FORTRAN programmiert.

paare mit Kindern, so daß sich der Altersaufbau von Hamm-Nord bis 1995 im Modell tendenziell normalisiert. Dieser Ersatz von Altersabgängen ist durchaus als plausibel anzusehen. Zusammenfassend kann man die Ergebnisse kleinräumiger Prognosen nach dem ANPAS-Modell wie folgt charakterisieren:

- Stadtteile mit einem durchschnittlichen Altersaufbau entsprechen auch am Ende der Vorausschätzungsperiode dem Stadtdurchschnitt
- Stadtteile mit anfänglich vom Durchschnitt abweichender Altersstruktur nähern sich durch den Anpassungsprozeß in der Regel dem Durchschnitt an
- Die Effekte der innerstädtischen Umzüge von Ehepaaren mit Kindern werden vermutlich richtig wiedergegeben
- Die Auswirkungen der selektiven Wanderung jüngerer Einzelpersonen werden nicht adäquat abgebildet. Das hat zur Folge, daß in den Stadtteilen mit einer dadurch verzerrten Anzahl von jüngeren Frauen auch die im Modell im Vorausschätzungszeitraum geborenen Kinder etwas zu hoch bzw. zu niedrig ausgewiesen werden.

Ausblick

Das ANPAS-Modell bildet die natürliche Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsvorgänge, an denen alle Altersgruppen gleichermaßen beteiligt sind, adäquat ab, die Dynamik selektiver Wanderungen insbesondere von jungen Einzelpersonen, wird hingegen nicht voll wiedergegeben. In Kenntnis dieses Nachteils und seiner Auswirkungen sind daher vor Einsatz von ANPAS aus einer Analyse der demographischen Strukturen die Gebiete mit möglicherweise stärker verzerrten Ergebnissen zu bestimmen. Dann liefert ANPAS zusammen mit einer kritischen Beurteilung der Ergebnisse brauchbare Unterlagen für Infrastrukturplanungen.

Es wird angestrebt, in das nach dem Baukastensystem aufgebaute Rechenmodell später ein Unterprogramm für die Abbildung selektiver Wanderungen einzufügen – die Anschlußstellen sind im Programm bereits vorgesehen²⁾.

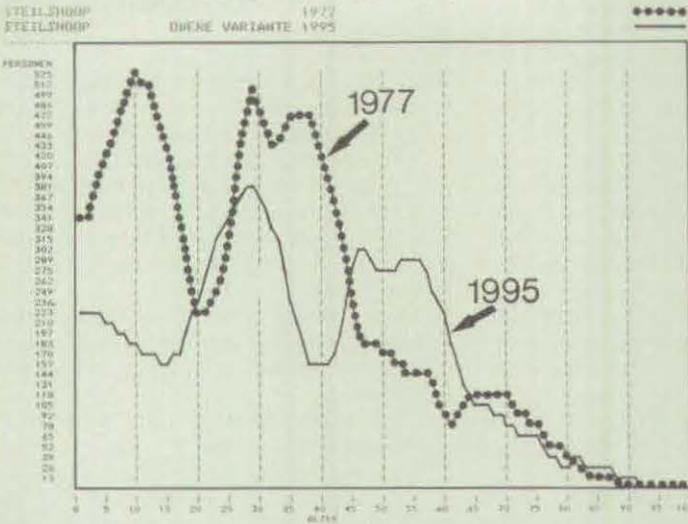
Zuvor sind allerdings noch weitere Untersuchungen vonnöten, um die Fehlschätzungsrisiken von Wanderungsmodellen zu minimieren.

Joachim Müller

Ergebnisse der kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung für ausgewählte Stadtteile

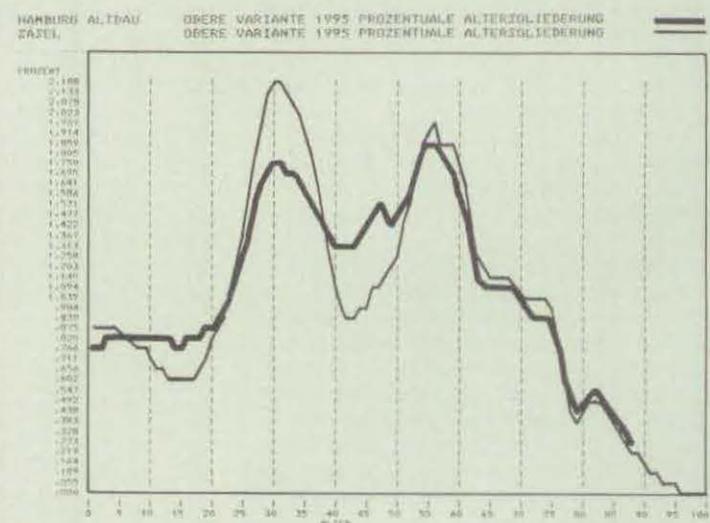
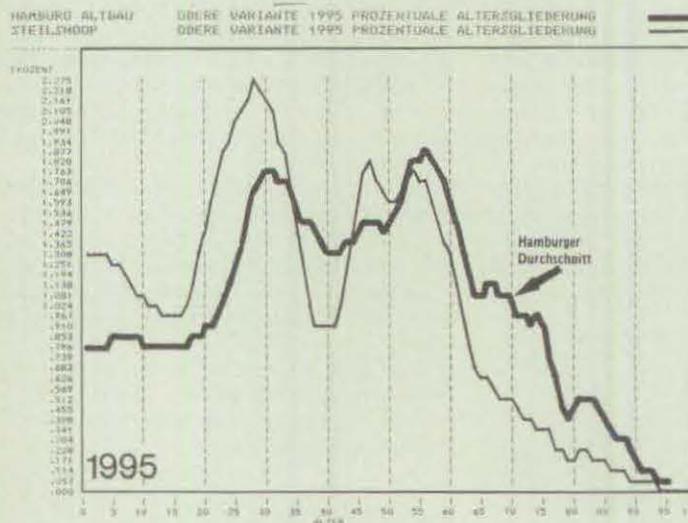
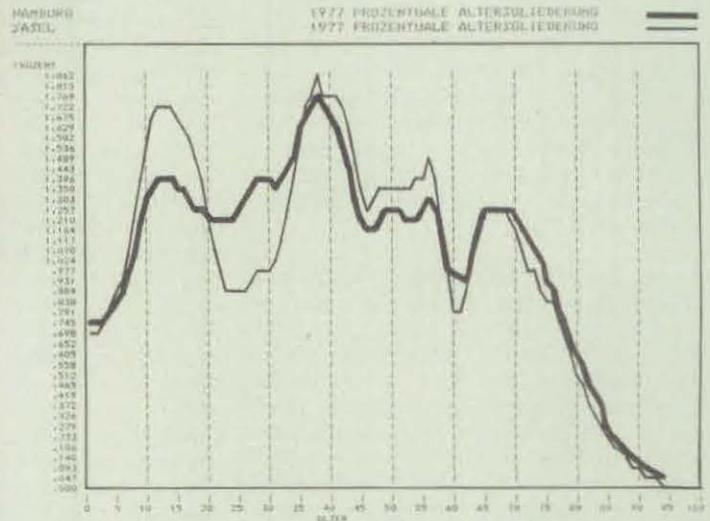
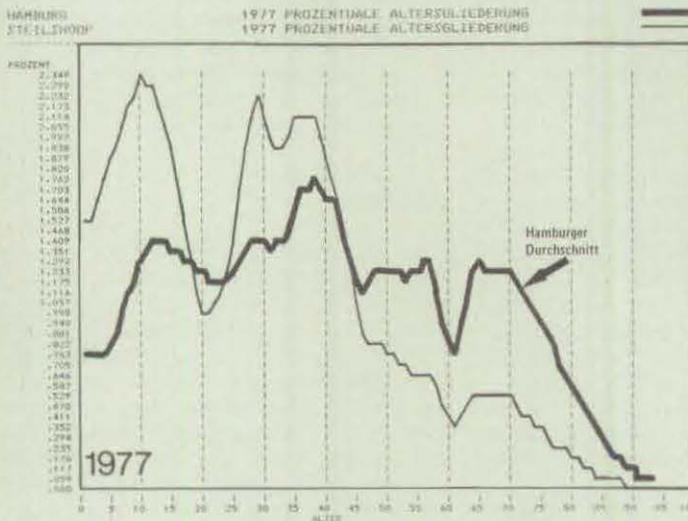
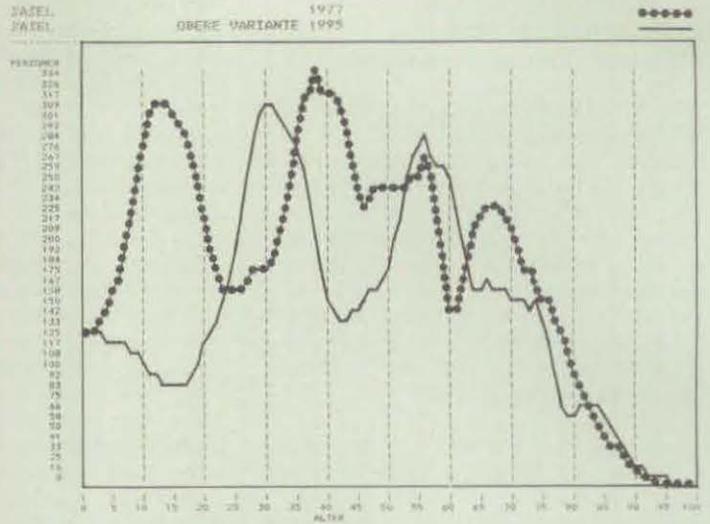
Stellshoop

Verdichteter Wohnungneubau in der äußeren Stadt



Sasel

Einfamilienhausgebiet in der äußeren Stadt



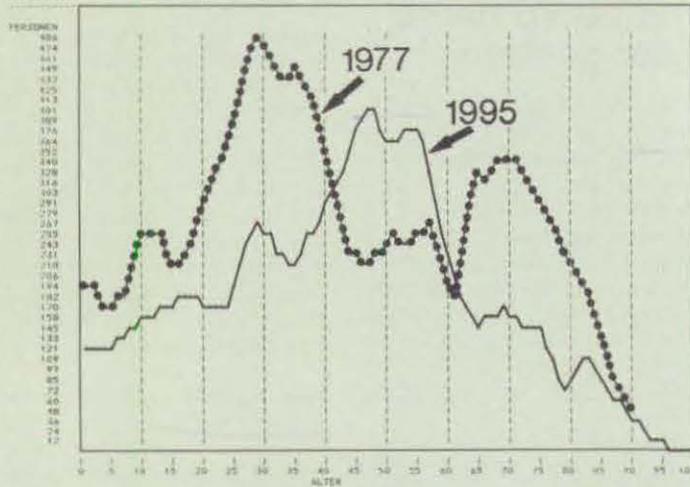
Ergebnisse der kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung für ausgewählte Stadtteile

Eppendorf

Verdichtetes Wohngebiet der inneren Stadt in Universitätsnähe

EPENDORF
EPENDORF

1977
OBERE VARIANTE 1995

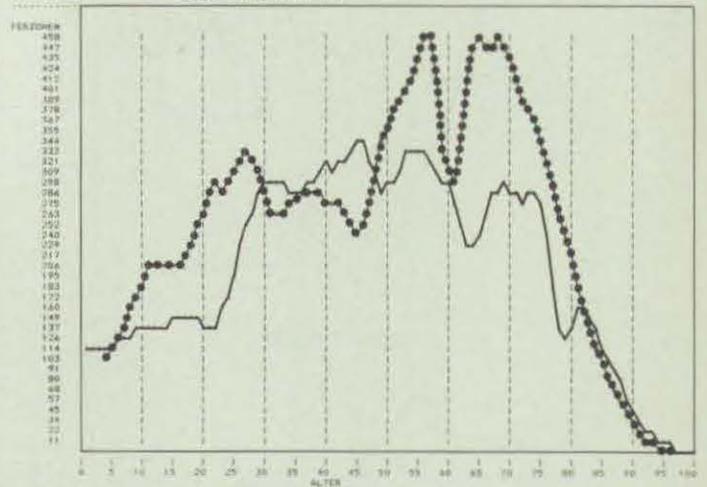


Hamm-Nord

Verdichtetes Wohngebiet der inneren Stadt mit niedrigem Anteil junger Familien

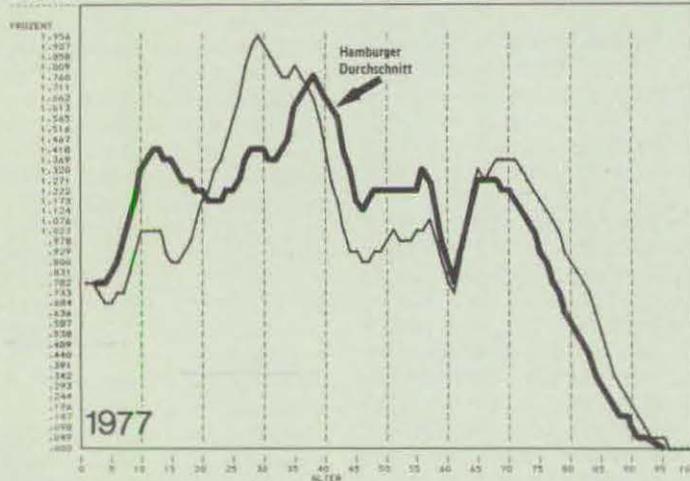
HAMM NORD
HAMM NORD

1977
OBERE VARIANTE 1995



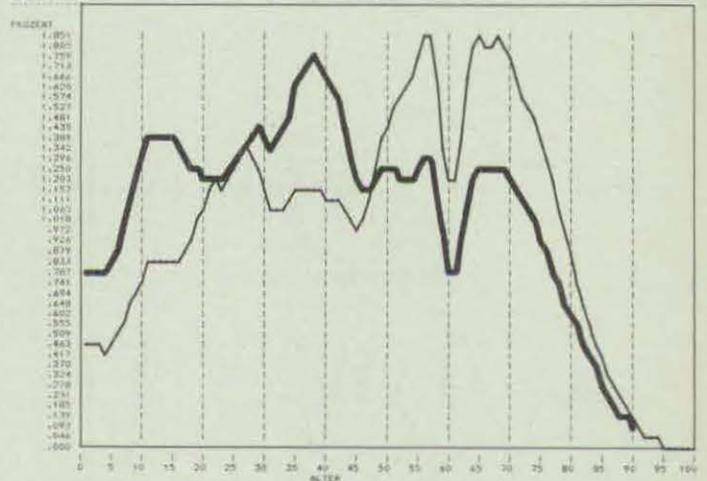
HAMBURG
EPENDORF

1977 PROZENTUALE ALTERSGLIEDERUNG
1977 PROZENTUALE ALTERSGLIEDERUNG



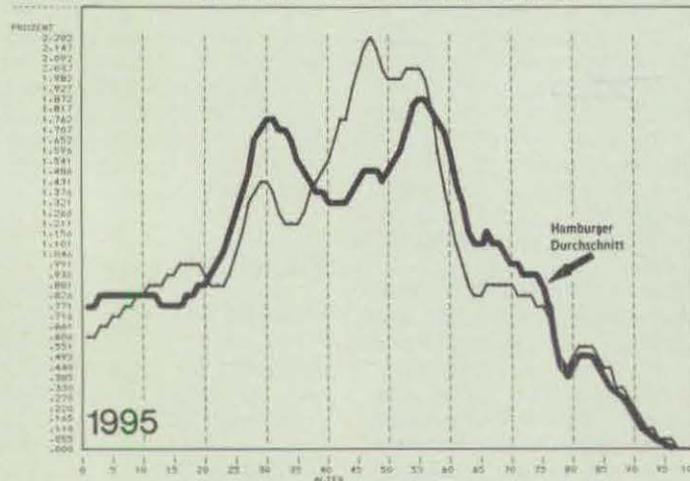
HAMBURG
HAMM NORD

1977 PROZENTUALE ALTERSGLIEDERUNG
1977 PROZENTUALE ALTERSGLIEDERUNG



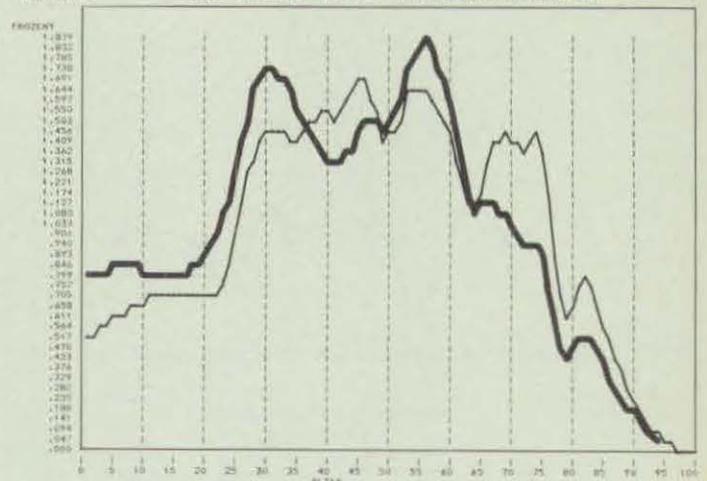
HAMBURG
EPENDORF

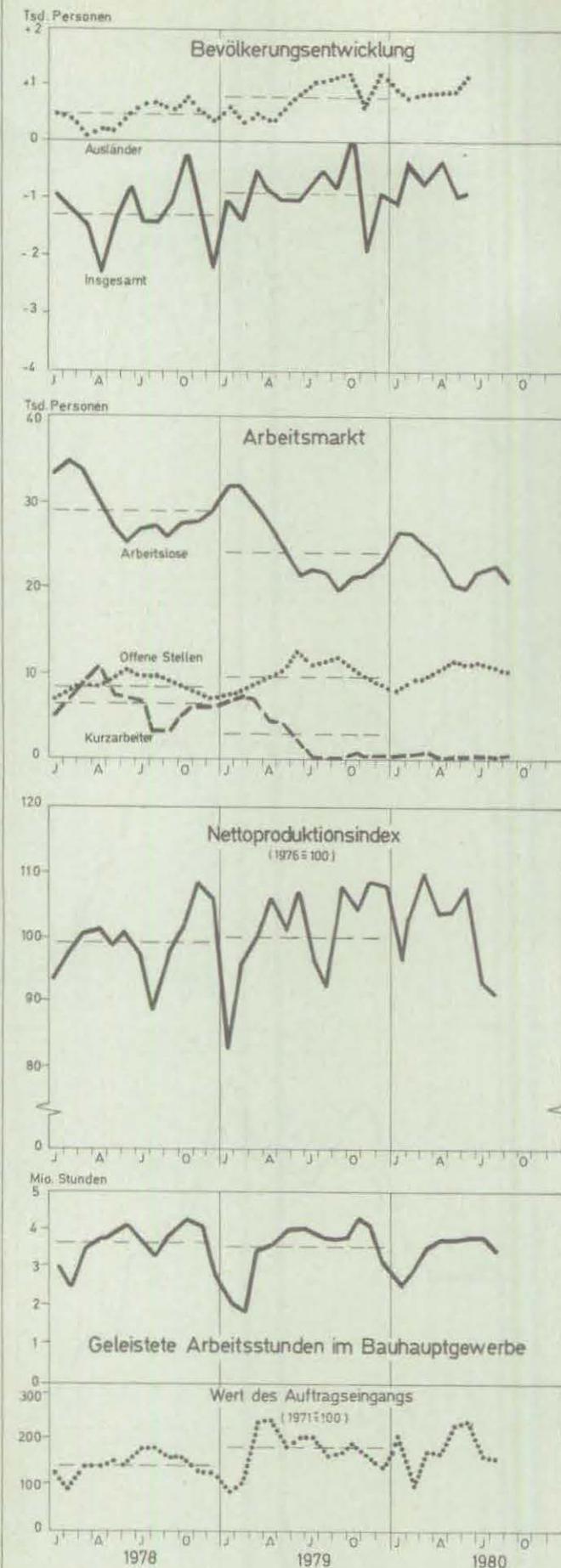
OBERE VARIANTE 1995 PROZENTUALE ALTERSGLIEDERUNG
OBERE VARIANTE 1995 PROZENTUALE ALTERSGLIEDERUNG



HAMBURG
HAMM NORD

OBERE VARIANTE 1995 PROZENTUALE ALTERSGLIEDERUNG
OBERE VARIANTE 1995 PROZENTUALE ALTERSGLIEDERUNG





Hamburg heute und gestern

Der Anteil der über 75jährigen an der hamburgischen Wohnbevölkerung ist in den vergangenen 30 Jahren von 3,1 Prozent auf 7,6 Prozent gestiegen.

Die Sterbeziffer (Gestorbene auf 1000 der Bevölkerung) erhöhte sich in dieser Zeit von 10,5 auf 14,3; mit einem Wert von 15,1 lag sie im Jahr 1975 am höchsten.

Ebenfalls erheblich verändert hat sich zwischen 1950 und 1979 die Zahl der männlichen Gestorbenen, die auf 100 weibliche Gestorbene entfielen. Bis 1968 lag diese Relation bei über 100 mit einem Höchstwert von 111,6 im Jahr 1960; anschließend ist sie fast kontinuierlich auf 87,4 (1979) gefallen. Auch dieses Phänomen hängt eng mit dem Altersaufbau der Wohnbevölkerung zusammen, da im allgemeinen im Alter bis etwa 70 bis 75 Jahre mehr männliche als weibliche Personen sterben, nehmen bei steigendem Anteil der älteren Menschen naturgemäß die Anzahl und auch die Sterbefälle der Frauen zu.

Vor 25 Jahren arbeiteten die hamburgischen Industriearbeiter durchschnittlich 49,8 Stunden in der Woche. 1965, zehn Jahre später, war dieser Wert auf 45,5 Stunden gesunken. Im letzten Jahr betrug die durchschnittliche Zahl der bezahlten Wochenstunden 42,6.

Die Arbeitszeit der Industriearbeiterinnen ist stets geringer als die ihrer männlichen Kollegen; die Hauptursache hierfür dürfte sein, daß Mehrarbeitsstunden überwiegend von Männern geleistet werden. 1955 waren die Industriearbeiterinnen in Hamburg durchschnittlich 46,1 Stunden in der Woche tätig; 1965 waren es 42,2 Stunden, und 1979 ging dieser Wert auf 40,4 Stunden zurück.

In Hamburg gab es vor 30 Jahren 104 000 Fernsprechhauptanschlüsse. Damit kamen auf 1000 Einwohner 65 Telefone. Zehn Jahre später waren in der Hansestadt 269 000 Telefonanschlüsse vorhanden, 1970 bereits 672 000. Der Ausbau des Fernsprechnetzes ging ständig weiter, so daß heute mit insgesamt 880 000 auf 1000 Einwohner 532 Fernsprechanlüsse entfallen.

Die ständig zunehmende Motorisierung hat auch den Gebrauchtwagenmarkt eine immer größer werdende Bedeutung erlangen lassen. Vor 25 Jahren wechselten in Hamburg rund 26 000 Kraftfahrzeuge ihren Besitzer, 1979 war die Zahl der Besitzumschreibungen auf 133 000 oder mehr als das Fünffache gestiegen. Der Anteil der Personenkraftwagen vergrößerte sich dabei von fast 58 auf gut 87 Prozent.

Noch vor 13 Jahren spielten japanische Personenkraftwagen in Hamburg keine Rolle; 1967 befanden sich unter den Kraftfahrzeug-Zulassungen nur 83 japanische Pkw. Ab 1972 wuchs dann die Zahl der Autos aus Japan von Jahr zu Jahr erheblich. Diese Fahrzeuge finden hier eine so rege Nachfrage, daß im Jahr 1979 mit 3850 neuzugelassenen Fahrzeugen ihr Anteil an allen neu in den Verkehr gebrachten Pkw auf fast sechs Prozent gestiegen ist.

Statistik der anderen

Anlässlich der Fachkonferenz des Deutschen Städtetages „Ausländische Mitbürger in unseren Städten“ im Oktober 1980 in Bochum erschienen in den DST-Beiträgen zur Statistik und Stadtforschung, Reihe H, Heft 19, von Gerald Kreißig bearbeitete „Statistische Materialien zur Ausländerfrage“. Das Heft bietet ein kurzge-

faßtes Gesamtbild über Struktur und Lebensbereiche der Ausländer, soweit sie statistisch erfaßt sind. Dargestellt wurden u. a. ihre zahlenmäßige Entwicklung aufgrund von Wanderungen sowie Geburten und Sterbefällen seit 1970, ihre derzeitige Struktur nach Staatsangehörigkeit, Alter und Familienstand, ihre Wohnverhältnisse, Angaben über ausländische Schüler und Studenten, Arbeitnehmer und Sozialhilfeempfänger, die Straffälligkeit von Ausländern, die Zahl von Asylbewerbern sowie von Einbürgerungen.

Die Daten und Diagramme beziehen sich im wesentlichen auf das gesamte Bundesgebiet. Die Verteilung der Ausländer nach Gemeindegrößenklassen und Ausländerzahlen für Großstädte runden die Materialien ab.

Zur Person



Dr. Hildegard Bartels, unter deren Vorsitz die Deutsche Statistische Gesellschaft ihre diesjährige wissenschaftliche Tagung über „Internationale Statistik“ im Rahmen der Statistischen Woche vorbereitet hat, wird sich der Mitgliederversammlung der DSTG am 4. Dezember 1980 in Hamburg nicht zur Wiederwahl stellen.

Frau Dr. Bartels, die von 1972 bis zu ihrer Pensionierung Ende 1979 Präsidentin des Statistischen Bun-

desamtes und Bundeswahlleiterin war, trat der DSTG 1948 bei. Dem Vorstand der Gesellschaft gehört sie seit 1968 an. 1972 wurde sie stellvertretende Vorsitzende, 1976 Vorsitzende. Auf ihre Anregung gehen zahlreiche Themen zurück, mit denen sich die DSTG in ihren Hauptversammlungen und Fortbildungskursen beschäftigte.

Neue Schriften

Bundesministerium für Wirtschaft: Wirtschaftspolitische Implikationen eines Bevölkerungsrückgangs. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim BMWI. Bonn 1980. 67, 3 S.

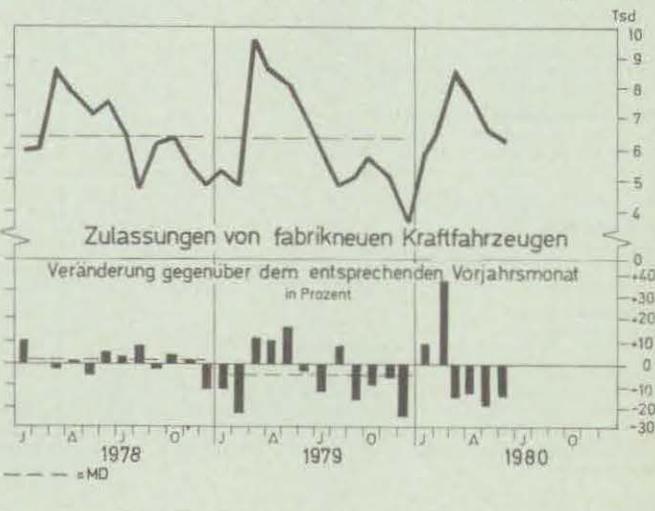
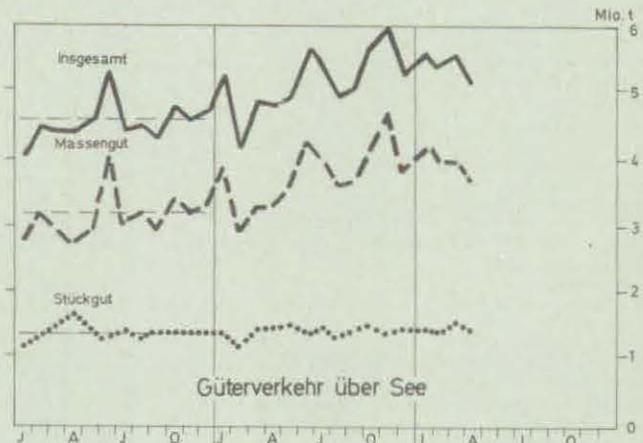
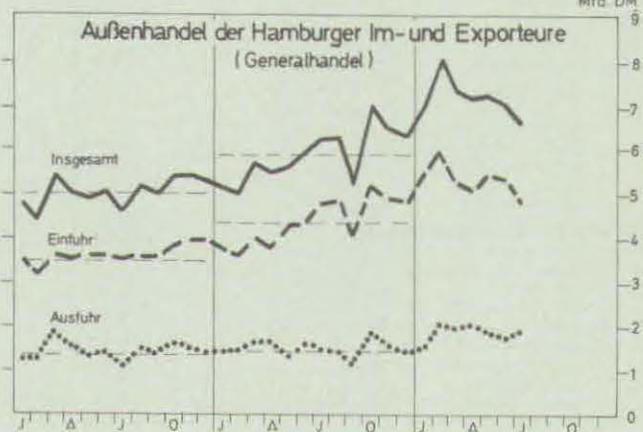
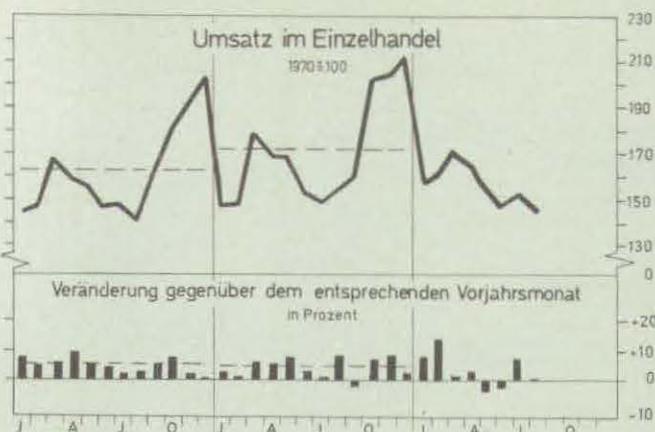
Frohn, Joachim (Hrsg.): Methodik und Anwendung ökonomischer Entscheidungsmodelle. Göttingen 1980. 158 S. (Sonderhefte zum Allgemeinen Statistischen Archiv. H. 16.)

Mueller, Rolf A.: Matrizenmodelle und Zustandsschätzung zur Bevölkerungsprognose. Karlsruhe 1980. 84 S.

Zur Problematik der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Karl-Hermann Hübler u. a. Hannover: Schroedel 1980. IX, 150 S. (Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Abhandlungen. Bd. 80.)

Der Draht zum StaLa

Amtsleiter	3681-710
Auskünfte	3681-738
	644
	768
Veröffentlichungen	3681-719
Bibliothek	3681-742
Für Thema:	
„Bundestagswahl“	3681-768
„Wahlergebnisse nach Gebietstypen“	3681-710
„ANPAS“	3681-784



Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli
Meteorologische Beobachtungen										
Mittelwerte¹⁾										
Luftdruck	mbar ²⁾	1 014,0	1 013,9	1 017,9	1 016,7	1 013,7	1 017,6	1 011,3	1 011,5	1 014,6
Lufttemperatur	°C	9,1	8,4	16,8	15,4	16,6	11,8	16,1	16,2	17,4
Relative Luftfeuchtigkeit	%	77,2	78,3	71	77	74	59	73	80	75
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3,2	3,2	3	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	5,8	5,6	5,1	6,0	5,5	3,9	4,7	5,7	5,1
Summenwerte										
Niederschlagshöhe	mm	69,6	63,7	37	83	95	13	151	159	117
Sonnenscheindauer	Std.	111,3	113,6	197	156	159	283	204	136	170
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	9,2	8,6	2	2	1	1	1	2	2
Tage mit Niederschlägen	"	21,0	19,3	15	23	16	10	22	25	21
Bevölkerung										
Bevölkerungsstand⁵⁾										
Wohnbevölkerung	1000	1 672,3	1 658,5	1 658,1	1 657,2	1 656,7	1 649,8	1 648,8
und zwar männlich	"	775,6	770,2	769,9	769,8	769,6	768,4	768,1
weiblich	"	896,6	888,3	888,2	887,4	887,1	881,4	880,7
Ausländer	"	122,6	129,7	129,1	130,1	131,1	139,6	140,8
Bezirk Hamburg-Mitte	"	227,0	225,2	225,0	225,0	224,9	224,6	224,8
Bezirk Altona	"	236,5	234,1	234,0	233,9	233,9	232,8	232,6
Bezirk Eimsbüttel	"	241,0	238,7	238,6	238,4	238,4	237,7	237,7
Bezirk Hamburg-Nord	"	304,4	300,3	300,4	300,2	299,6	297,5	297,3
Bezirk Wandsbek	"	382,0	382,0	381,7	381,6	381,8	380,7	379,9
Bezirk Bergedorf	"	89,1	88,1	88,1	88,1	88,1	87,8	87,8
Bezirk Harburg	"	192,3	190,1	190,3	190,0	190,0	188,7	188,7
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ⁶⁾	Anzahl	664	691	644	765	881	1 128	841
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,8	5,0	6,2	5,4	6,3	8,0	6,2
* Lebendgeborene ⁷⁾	"	1 051	1 060	1 066	1 146	1 103	1 155	1 203
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	7,5	7,7	7,8	8,1	7,8	8,2	8,9
* Gestorbene ⁸⁾ (ohne Totgeborene)	"	2 006	1 980	1 914	1 886	1 592	1 960	2 076
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,4	14,3	14,0	13,4	11,3	14,0	15,3
* im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	7	13	19	5	13	16	12
* je 1000 Lebendgeborene	"	15,8	12,0	18,0	4,4	12,2	14,4	10,7
* Geborenen- (+)/Gestorbenenüberschuß (-)	"	- 955	- 920	- 848	- 740	- 489	- 805	- 873
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 6,9	- 6,7	- 6,2	- 5,3	- 3,5	- 5,7	- 6,4
Wanderungen										
* Zugezogene Personen	"	5 058	5 225	4 396	5 819	5 762	4 548	4 982
* Fortgezogene Personen	"	5 439	5 244	4 690	5 859	5 781	4 689	5 023
* Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-)	"	- 381	- 19	- 294	- 40	- 19	- 141	- 41
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	"	14 408	11 869	11 177	12 298	11 760	11 100	10 914
Nach Gebieten										
a) Zugezogene aus	"	1 429	1 388	1 117	1 479	1 452	1 183	1 195
Schleswig-Holstein	"	971	935	786	968	968	864	823
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	919	879	693	904	898	662	762
Niedersachsen	"	333	320	275	308	334	238	293
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 215	1 173	915	1 242	1 208	1 067	1 013
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 495	1 785	1 671	2 194	2 204	1 636	2 012
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	2 032	2 058	1 826	2 372	2 302	1 905	1 999
b) Fortgezogen nach	"	1 562	1 597	1 417	1 857	1 798	1 439	1 512
Schleswig-Holstein	"	1 252	1 149	1 013	1 245	1 221	1 020	1 151
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	667	611	554	657	650	509	642
Niedersachsen	"	1 137	1 122	1 004	1 203	1 217	1 089	1 017
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 018	915	847	1 039	1 041	675	856
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	- 603	- 670	- 709	- 893	- 850	- 722	- 804
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	- 591	- 662	- 631	- 889	- 830	- 575	- 689
c) Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-) gegenüber	"	- 333	- 270	- 320	- 341	- 323	- 358	- 389
Schleswig-Holstein	"	- 334	- 291	- 279	- 349	- 316	- 271	- 349
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	- 925	- 953	- 910	- 1 238	- 1 146	- 846	- 1 038
Niedersachsen	"	+ 78	+ 51	+ 89	+ 39	+ 9	+ 22	+ 4
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	+ 477	+ 870	+ 824	+ 1 155	+ 1 163	+ 961	+ 1 156
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	- 1 336	- 939	- 1 142	- 780	- 508	- 946	- 914
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	- 9,6	- 5,6	- 8,4	- 5,5	- 3,6	- 6,7	- 6,7
Bevölkerungsbewegung insgesamt										
Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (-)	"	- 1 336	- 939	- 1 142	- 780	- 508	- 946	- 914
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 9,6	- 5,6	- 8,4	- 5,5	- 3,6	- 6,7	- 6,7
Krankenhäuser und Bäder										
Krankenhäuser¹²⁾										
Patienten	Anzahl	12 873	12 593,6	12 273	12 413	12 132	11 788	12 880	12 415	11 956
Betten ¹³⁾	"	15 878	15 651,8	15 614	15 615	15 635	15 360	15 357	15 365	15 347
Bettenausnutzung	%	82,7	83,2	81,7	82,2	79,6	82,9	84,7	83,3	78,5
Öffentliche Bäder										
Besucher insgesamt	Anzahl	720 082	632 879	1 010 710	634 322	755 968	624 145	853 855	739 376	802 497

¹⁾ errechnet aufgrund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0°C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ Monatsende, Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung vom 27. Mai 1970. - ⁶⁾ nach dem Ereignisort. - ⁷⁾ von Müttern mit Wohnsitz in Hamburg. - ⁸⁾ mit letztem Wohnsitz in Hamburg. ⁹⁾ Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. - ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹¹⁾ die sechs angrenzenden Kreise zusammen. - ¹²⁾ Staatliche, freigemeinnützige und private Krankenhäuser in Hamburg ohne psychiatrische Krankenhäuser und ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamtes und des ärztlichen Dienstes der Behörde für Inneres. - ¹³⁾ Bestand am Monatsende.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Büchereien und Museen										
Öffentliche Büchereien (einschl. Musikbücherei) Ausleihungen (Bücher, Kassetten, Spiele, Noten)	Anzahl	654 832	646 863	605 940	605 003	480 988	698 749	690 687	644 689	479 685
Wissenschaftliche Büchereien										
Staats- und Universitätsbibliothek	..	36 125	36 483	35 937	33 256	33 878	40 810	42 065	40 624	30 755
Ausgeliene Bände	..	7 960	8 521	7 620	9 113	7 182	9 536	10 515	10 249	6 804
Besucher der Lesesäle	..	3 884	3 804	3 455	3 370	3 371	4 116	3 820	3 897	2 991
HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung	..	2 932	2 799	2 467	3 096	2 756	2 457	2 257	3 015	2 671
Besucher der Bibliothek und Archive	..	1 191	1 175	1 107	1 209	1 110	1 149	1 107	1 331	1 277
Commerzbibliothek	..									
Ausgeliene Bände	..									
Lesesaalbesucher und Entleiher	..									
Staatliche Museen und Schausammlungen										
Besucher insgesamt	..	91 396	93 846	79 793	108 922	86 224	88 843	78 936	95 854	83 602
dar. Hamburger Kunsthalle	..	13 736	14 471	7 598	16 579	13 076	15 081	11 485	10 269	8 250
Allonaer Museum in Hamburg	..									
Norddeutsches Landesmuseum	..	14 606	13 309	9 574	15 885	13 319	10 276	4 107	4 000	3 837
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	..	6 511	8 787	6 399	11 294	6 131	4 604	5 509	8 188	5 455
Helms-Museum	..	10 844	11 281	19 634	14 849	12 950	14 526	15 121	13 710	10 755
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	..	8 390	7 805	18 321	13 085	12 081	13 201	13 899	11 885	9 936
Museum für Hamburgische Geschichte	..	20 294	20 241	21 307	28 317	25 109	21 531	19 854	26 150	25 100
Museum für Kunst und Gewerbe	..	17 090	13 947	6 371	7 961	5 084	7 275	5 785	10 931	8 987
Planetarium	..	6 416	10 245	8 910	11 814	8 921	15 550	17 075	20 468	20 049
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose und Kurzarbeiter										
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	29 107	24 713	21 252	21 976	21 597	20 437	19 992	21 857	21 967
* davon Frauen	..	15 260	11 929	10 579	11 484	11 107	9 921	9 773	10 954	10 862
Männer	..	13 847	12 784	10 673	10 492	10 490	10 516	10 219	10 903	11 105
Arbeitslosenquote	%	4,3	3,6	3,1	3,2	3,1	3,0	2,9	3,2	3,2
Kurzarbeiter	Anzahl	6 319	2 677	1 640	25	22	304	329	180	201
Arbeitssuchende										
Arbeitssuchende ¹⁾ insgesamt	..	36 192	31 153	28 032	29 031	27 986	27 144	26 743	28 856	28 394
dar. Personen, die Teilzeitarbeit suchen	..	6 124	5 136	4 965	4 692	4 457	4 611	4 500	3 910	4 084
Offene Stellen	..	8 565	9 703	12 758	11 030	11 109	11 383	11 778	11 368	10 469
Landwirtschaft										
Milcherzeugung der landwirtschaftlichen Betriebe										
* Kuhmilch	t	1 399	1 336	1 519	1 326	1 111	1 625	1 501	1 257	1 078
* dar. an Molkereien geliefert	%	94,4	94,1	97,5	96,5	93,8	97,5	98,1	97,1	94,6
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,5	11,9	13,7	11,6	9,7	15,2	14,6	11,8	10,1
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder (ohne Kälber)	1000 St.	4,9	5,2	4,3	4,7	5,4	4,7	4,5	4,9	4,8
* Kälber	..	1,7	2,1	2,0	2,1	2,0	2,5	2,0	1,4	1,7
* Schweine ²⁾	..	18,9	18,5	16,9	17,7	17,4	16,9	18,4	16,4	16,7
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ³⁾	t	3 123	3 218	2 810	3 010	3 183	3 029	3 054	2 909	2 912
* dar. Rinder (ohne Kälber)	..	1 362	1 424	1 198	1 286	1 451	1 284	1 252	1 351	1 284
Kälber	..	210	254	236	256	269	306	250	179	229
Schweine	..	1 532	1 521	1 365	1 454	1 441	1 420	1 532	1 358	1 370
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung										
Verarbeitendes Gewerbe⁴⁾										
Hauptbeteiligte Wirtschaftszweige										
* Beschäftigte	1000	168	165 872	166 974	167 687	167 961	167 820	167 799	168 366	168 535
* dar. Arbeiter ⁵⁾	..	99	97 649	97 321	97 837	97 962	97 718	97 873	98 305	98 491
* Geleistete Arbeiterstunden ⁶⁾	..	14 013	13 862	13 790	13 412	13 122	13 460	13 278	13 290	12 455
* Bruttoflohnsumme	Mio. DM	235	247	252	252	257	268	267	272	267
* Bruttogehaltssumme	..	240	255	278	259	256	280	292	271	268
* Gesamtumsatz (einschließlich Verbrauchsteuer ⁷⁾)	..	3 964	5 094	5 215	4 907	5 072	5 863	5 742	5 449	5 532
dar. Auslandsumsatz	..	510	563	559	511	531	542	595	578	591
* Kohleverbrauch	1000 tSKE ⁸⁾	3	3	3	3	3	3	3	4	3
* Gasverbrauch ⁹⁾	1000 m ³	38 343	40 200	32 635	34 617	32 569	37 781	34 884	33 266	27 180
* Stadt- und Kokereigas	..	578	505	375	320	304	499	371	308	328
* Erd- und Erdölgas	..	37 765	39 695	32 260	34 297	32 265	37 282	34 513	32 958	26 852
* Heizölverbrauch	1000 t	47	43	37	34	31	40	34	33	34
* leichtes Heizöl	..	8	8	5	4	4	5	4	3	3
* schweres Heizöl	..	39	36	32	30	27	35	30	30	31
* Stromverbrauch	Mio. kWh	359	378	364	380	379	371	370	382	366

¹⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. – ²⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. – ³⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – ⁴⁾ alle Betriebe der Industrie und des Verarbeitenden Handwerks von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten sowie Betriebe der Industrie und des Verarbeitenden Handwerks mit 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen anderer Wirtschaftsbereiche. – ⁵⁾ einschl. Bergbau. – ⁶⁾ einschl. der gewerblich Auszubildenden. – ⁷⁾ einschl. der Arbeitsstunden der gewerblich Auszubildenden. – ⁸⁾ ohne Umsatzsteuer; einschl. Umsatz aus sonstigen nicht produzierenden Betriebsteilen. – ⁹⁾ 1 t Steinkohleneinheit (1 tSKE) gleich 1 t Steinkohle, Steinkohlenkoks oder -brikett gleich 1,5 t Braunkohlenbrikett. – ¹⁰⁾ umgerechnet auf den oberen Heizwert Ho = 35 169 kJ/m³ (8400 kcal/m³).

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1976	1979	1979			1980				
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung (Fortsetzung)											
Beteiligte Wirtschaftszweige											
Umsatz aus Eigenerzeugung ¹⁾ 2)	Mio. DM	2 441	2 712	2 683	2 618	2 707	2 726	2 860	2 953	2 736	
davon Grundstoff- und Produktionsgüter	"	1 031	1 282	1 218	1 283	1 372	1 345	1 361	1 419	1 377	
Investitionsgüter	"	711	717	778	643	646	683	783	798	696	
Verbrauchsgüter	"	138	145	147	135	150	142	142	136	135	
Nahrungs- und Genussmittel	"	560	569	540	558	539	556	574	600	528	
Bauhauptgewerbe³⁾											
* Beschäftigte	Anzahl	30 510	31 036	31 150	31 246	31 694	31 099	31 664	31 150	31 467	
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	24 574	25 042	25 181	25 260	25 505	24 981	25 480	25 012	25 309	
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	3 590	3 499	4 073	3 815	3 729	3 764	3 808	3 693	3 365	
* davon für Wohnungsbauten	"	984	947	1 166	987	1 047	1 039	1 085	1 046	907	
gewerbliche und industrielle Bauten	"	1 293	1 320	1 512	1 454	1 365	1 334	1 381	1 335	1 261	
* öffentliche und Verkehrsbauten	"	1 313	1 232	1 395	1 374	1 317	1 391	1 342	1 312	1 197	
* Bruttolohnsumme ⁵⁾	Mio. DM	69,6	74,8	85,3	83,3	82,8	86,9	93,8	88,5	83,1	
* Bruttogehaltssumme ⁶⁾	"	16,6	18,2	18,1	18,3	18,8	18,6	26,1	20,6	20,3	
* Baugewerblicher Umsatz ⁷⁾	"	214,0	240,1	314,8	268,2	228,9	217,4	255,4	356,3	293,7	
davon im Wohnungsbau	"	51,7	59,9	101,4	64,7	67,4	45,8	53,0	94,4	62,5	
gewerblichen und industriellen Bau	"	81,4	100,8	108,1	113,8	75,2	86,4	107,5	130,2	135,6	
öffentlichen und Verkehrsbau	"	80,9	79,4	105,3	89,7	86,3	85,2	94,9	131,7	95,6	
Ausbaugewerbe											
Beschäftigte	Anzahl	10 547	10 710	10 550	10 725	10 912	10 624	10 767	10 718	10 871	
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	8 367	8 479	8 312	8 481	8 663	8 443	8 542	8 497	8 665	
Geleistete Arbeitsstunden	1000	1 334	1 332	1 401	1 331	1 314	1 300	1 315	1 330	1 275	
Bruttolohnsumme ⁵⁾	Mio. DM	21,1	22,3	22,5	23,7	24,4	23,3	24,5	25,9	25,2	
Bruttogehaltssumme ⁶⁾	"	5,7	6,3	6,5	6,8	6,3	6,7	7,1	7,0	6,9	
Ausbaugewerblicher Umsatz ⁷⁾	"	59,1	68,6	91,2	92,5	57,3	58,5	74,5	87,0	68,5	
Öffentliche Energieversorgung											
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	463	556	471	422	319	665	571	384	323	
* Stromverbrauch	"	889	929	748	785	771	837	764	816	770	
* Gaserzeugung (brutto) ⁸⁾	Mio. m ³	17	25	53	57	65	58	61	42	67	
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (ohne Ausbaugewerbe)											
Produzierendes Gewerbe	1976=100	99,2	101,5	107,1	95,4	91,9	104,3	108,3	92,7	91,0	
davon Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	100,7	109,7	114,4	110,2	111,1	104,0	111,5	102,3	96,1	
Investitionsgütergewerbe	"	96,1	93,5	98,6	79,0	75,9	98,6	105,6	86,0	90,4	
Verbrauchsgütergewerbe	"	108,9	108,8	116,6	95,1	100,7	107,9	112,7	86,7	94,3	
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	96,9	91,6	95,2	89,1	78,2	93,5	95,1	84,5	80,2	
Bauhauptgewerbe	"	96,0	99,6	120,3	102,8	96,7	121,5	117,1	98,7	98,4	
Bau- und Wohnungswesen											
Baugenehmigungen											
Wohnbau											
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	208	152	149	188	148	132	149	163	97	
* dar. Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen	"	184	136	139	171	123	112	118	147	82	
* Rauminhalt	1000 m ³	257	178	142	199	169	147	222	210	153	
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	66,9	49,0	38,5	55,7	50,7	45,3	66,6	62,5	45,0	
* Wohnfläche	1000 m ²	49	34	27	38	35	27	44	36	29	
Nichtwohnbau											
* Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	44	30	21	40	41	28	30	40	39	
* Rauminhalt	1000 m ³	309	298	315	597	231	155	206	287	478	
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	55,1	49,1	76,4	63,5	40,3	23,5	73,2	59,6	59,7	
* Nutzfläche	1000 m ²	59	46	47	66	37	24	35	46	69	
Wohnungen											
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	511	372	254	375	348	277	512	387	368	
Baufertigstellungen											
Wohnbau											
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	191	145	74	77	77	96	133	113	92	
Nichtwohnbau											
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	38	33	14	13	18	18	15	16	27	
Rauminhalt	1000 m ³	290	278	77	334	155	385	100	137	146	
Wohnungen											
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	451	340	145	185	266	268	436	269	247	
Gebäude- und Wohnungsbestand⁹⁾											
Bestand an Wohngebäuden	1000	195	197	195	195	195	197	197	197	197	
Wohnungen	"	778	780	779	779	780	780	782	782	782	

1) einschließlich Bergbau. — 2) ohne Umsatzsteuer. — 3) nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. — 4) einschließlich Umschüler und Auszubildende. — 5) einschließlich Arbeitgeberzulagen aus Vermögensbildungstarifen. — 6) ohne Umsatzsteuer. — 7) umgerechnet auf den oberen Heizwert $H_o = 35\ 169\ \text{kJ/m}^3$ (8400 kcal/m³), ab Januar 1979 einschließlich Saldo aus Einspeisung und Entnahme aus dem Untergrundspeicher. — 8) Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bau- und Wohnungswesen (Fortsetzung)										
Preisindizes für Bauwerke¹⁾										
Bauleistungen am Bauwerk	1976 = 100	110,5	118,7			120,7	129,9			131,6
Wohngebäude insgesamt	"	110,7	118,8			120,6	130,3			132,0
Ein- und Zweifamiliengebäude	"	110,4	118,7			120,8	129,8			131,4
Mehrfamiliengebäude	"	110,4	118,5			120,6	129,5			131,2
Gemischt genutzte Gebäude	"	109,4	117,3			119,2	127,7			129,1
Bürogebäude	"	109,5	117,2			119,3	127,6			129,6
Gewerbliche Betriebsgebäude	"									
Wohngeld nach dem Zweiten Wohngeldgesetz										
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	70 045	66 934	65 367	67 723	66 966	62 858	63 271	62 419	62 163
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1000 DM	5 923,7	6 185,0	5 771,4	6 084,8	5 960,2	5 665,4	5 741,8	5 645,5	5 602,1
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr										
Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels										
Einzelhandel	1970 = 100	161,7	167,6	151,7	141,7	152,2	155,8	144,4	153,1	145,4
davon Waren verschiedener Art ²⁾	"	175,2	185,6	127,2	146,0	170,5	156,6	139,6	157,3	160,8
Facheinzelhandel	"	157,2	165,4	160,1	150,8	147,3	167,2	157,2	163,0	150,5
Außenhandel										
* Ausfuhr aus dem Land Hamburg ³⁾ 4)	Mio. DM	600	598	656	641	601	671	673	666	646
davon Waren der	"									
* Ernährungswirtschaft	"	89	94	103	110	89	98	102	106	83
* Gewerblichen Wirtschaft	"	511	504	553	531	511	573	571	561	564
* davon Rohstoffe	"	4	5	6	5	6	8	7	5	6
* Halbwaren	"	102	108	101	131	116	136	142	136	147
* Fertigwaren	"	405	391	446	394	390	429	422	419	411
* davon Vorerzeugnisse	"	63	75	82	79	75	81	79	69	75
* Enderzeugnisse	"	343	316	364	315	315	348	343	350	335
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern	"									
Europa	"	391	409	467	431	408	486	486	470	449
* dar. EG-Länder	"	261	267	296	283	255	323	322	287	287
Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure ⁵⁾	"									
Einfuhr	"	3 604	4 372	4 348	4 791	4 914	5 519	5 340	4 822	...
davon Europa	"	1 519	2 125	2 057	2 411	2 416	2 766	2 424	2 205	...
dar. EG-Länder	"	1 114	1 534	1 504	1 692	1 666	2 011	1 807	1 611	...
Außereuropa	"	2 085	2 247	2 290	2 380	2 498	2 753	2 916	2 617	...
Ausfuhr	"	1 411	1 530	1 533	1 533	1 427	1 845	1 828	1 931	...
davon Europa	"	892	1 022	991	991	935	1 290	1 347	1 340	...
dar. EG-Länder	"	595	685	645	645	562	836	904	830	...
Außereuropa	"	519	508	541	542	492	554	481	591	...
Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes										
* Gastgewerbe	1970 = 100	162,8	170,6	184,9	165,1	173,6	180,1	181,4	173,7	165,5
davon Beherbergungsgewerbe	"	161,5	172,8	195,1	165,4	171,4	202,6	206,9	189,9	186,4
Gaststättengewerbe	"	163,1	170,0	181,8	165,0	174,3	173,5	173,8	168,9	159,3
Fremdenverkehr⁶⁾										
* Fremdenmeldungen	1000	126,8	131,8	156,0	157,0	157,0	154,0	163,0	169	159
* dar. von Auslands Gästen	"	35,7	40,5	51,0	57,0	54,0	48,0	55,0	65	54
* Fremdenübernachtungen	"	223,2	234,7	273,0	270,0	283,0	282,0	283,0	288	290
* dar. von Auslands Gästen	"	63,9	72,4	89,2	93,0	94,0	91,1	99,0	112	103
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Schiffsverkehr über See										
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 386	1 325	1 431	1 364	1 342	1 390	s 1 365	s 1 250	s 1 225
Güterverkehr über See	1000 t	4 550	5 221	5 734	5 475	4 991	5 739	p 4 945	p 5 058	p 5 122
davon Empfang	"	3 301	3 897	4 444	4 189	3 655	4 255	p 3 461	p 3 687	p 3 714
dar. Sack- und Stückgut	"	649	675	686	716	611	850	p 739	p 731	p 639
Versand	"	1 249	1 324	1 290	1 287	1 335	1 484	p 1 484	p 1 371	p 1 408
dar. Sack- und Stückgut	"	756	768	783	794	745	830	p 876	p 838	p 743
Umgeschlagene Container ⁷⁾	Anzahl	50 007	53 117	54 189	51 260	53 577	74 716	68 411	72 886	61 194
In Containern umgeschlagene Güter ⁸⁾	1000 t	435	481	497	474	466	681	628	623	506
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	"	392	363	413	466	432	479	p 400	408	p 410
* Güterversand	"	560	498	550	570	538	546	p 560	590	p 520
Luftverkehr⁹⁾										
Starts und Landungen	Anzahl	5 310	5 445	5 859	6 216	6 379	5 724	p 5 595	p 6 165	p 6 231
Fluggäste	"	330 684	358 539	407 278	381 454	408 128	377 002	p 398 027	p 389 360	p 396 718
Fracht	t	2 077,6	2 206,8	2 078,3	2 103,6	2 139,1	2 517,9	p 2 314,5	p 2 408,4	p 2 241,4
Luftpost	"	596,3	808,7	833,6	856,1	870,1	814,2	p 792,3	p 921,1	p 847,5
Personenbeförderung im Stadtverkehr¹⁰⁾										
Schnell- und Vorortbahnen	1000	26 125	26 746	25 103	24 215	24 513	26 686	24 692	25 218	24 812
Busse und Straßenbahnen	"	22 309	22 620	20 637	20 743	19 551	21 432	19 755	20 754	19 248

¹⁾ für Neubau in konventioneller Bauart. - ²⁾ einschließlich Warenhäuser und Versandhandel. - ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. - ⁴⁾ Nachgewiesen werden nur die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. - ⁵⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die von Hamburger Firmen über hamburgische und außerhamburgische Grenzstellen ein- bzw. ausgeführt wurden. - ⁶⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. - ⁷⁾ umgerechnet auf 20 Fuß-Basis. - ⁸⁾ einschließlich Eigengewicht der beladenen Container. - ⁹⁾ gewerblicher Verkehr; ohne Transit. - ¹⁰⁾ ausgewählte Verkehrsmittel des Hamburger Verkehrsverbundes.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mal	Juni	Juli	August
Verkehr (Fortsetzung)										
Kraftfahrzeuge										
Bestand an registrierten Kraftfahrzeugen ¹⁾	1000	544,0	602,1	601,4	600,9	599,2	645,8	615,8	614,8	616,0
dar. Personenkraftwagen ²⁾	..	489,8	538,6	539,3	538,4	536,4	548,4	548,7	547,3	549,4
je 1000 Einwohner	Anzahl	294	326	325	325	324	332	333
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	..	6 483	6 254	7 253	5 896	4 850	6 626	6 298	p 5 536	p 4 727
* dar. Personenkraftwagen ²⁾	..	5 821	5 520	6 397	5 188	4 059	5 708	5 393	p 4 949	p 3 984
* Lastkraftwagen	..	425	431	399	341	498	344	413	p 436	p 392
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	..	933	826	962	917	801	980	1 184	p 1 048	p 893
* Getötete Personen	..	24	19	21	21	14	19	21	p 16	p 18
* Verletzte Personen	..	1 207	1 055	1 229	1 171	1 031	1 240	1 514	p 1 337	p 1 137
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen³⁾										
* Kredite ⁴⁾ an Nichtbanken insgesamt ⁵⁾	Mio. DM	66 953,3	72 749,0	69 979,3	69 834,0	69 856,8	74 072,8	74 817,4	74 510,0	74 542,4
* dar. Kredite ⁴⁾ an inländische Nichtbanken	..	63 415,7	69 390,1	66 019,4	66 268,3	66 394,1	70 670,6	71 141,9	70 808,4	70 801,6
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschließlich)	..	12 886,4	14 575,6	13 148,3	12 914,7	12 709,9	14 177,5	14 471,5	13 954,0	13 713,3
* an Unternehmen und Privatpersonen	..	12 557,5	14 444,4	12 930,3	12 690,2	12 520,0	14 042,7	14 356,5	13 784,7	13 595,2
* an öffentliche Haushalte	..	328,9	131,2	218,0	224,5	189,9	134,8	115,0	169,3	118,1
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	..	6 987,8	7 502,8	7 418,3	7 543,3	7 491,0	7 358,1	7 589,3	7 542,8	7 545,5
* an Unternehmen und Privatpersonen	..	5 432,2	5 753,1	5 506,1	5 646,9	5 626,8	5 543,2	5 829,0	5 803,8	5 821,3
* an öffentliche Haushalte	..	1 555,6	1 749,7	1 912,2	1 896,4	1 864,2	1 814,9	1 760,3	1 739,0	1 724,2
* Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	..	43 541,5	47 311,7	45 452,8	45 810,3	46 193,2	49 135,0	49 081,1	49 311,6	49 542,8
* an Unternehmen und Privatpersonen	..	35 275,5	38 489,9	37 058,0	37 379,5	37 675,9	39 501,7	39 472,7	39 647,4	39 701,5
* an öffentliche Haushalte	..	8 266,0	8 821,8	8 394,8	8 430,8	8 517,3	9 633,3	9 608,4	9 664,2	9 841,3
* Einlagen und aufgenommene Kredite ⁴⁾ von Nichtbanken ⁶⁾	..	45 553,3	47 678,2	45 206,3	45 095,6	44 791,5	45 646,4	45 822,3	45 934,4	45 119,2
* Sichteinlagen und Termineinlagen	..	30 979,4	32 913,3	30 627,3	30 642,8	30 381,5	31 430,1	31 586,6	31 779,4	30 936,2
* von Unternehmen und Privatpersonen	..	25 250,3	27 299,1	25 007,8	25 176,5	24 715,2	25 886,7	25 959,4	26 377,9	25 809,3
* von öffentlichen Haushalten	..	5 729,1	5 614,2	5 619,5	5 466,3	5 543,4	5 627,2	5 401,9	5 126,9	5 126,9
* Spareinlagen	..	14 573,9	14 764,9	14 579,0	14 452,8	14 410,0	14 216,3	14 235,7	14 154,6	14 183,0
* bei Sparkassen	..	9 185,6	9 424,7	9 205,1	9 162,9	9 148,1	9 108,6	9 135,2	9 102,4	9 117,5
* Gutschriften auf Sparkonten ⁶⁾	..	770,7	745,3	700,8	865,5	723,9	726,8	766,8	949,7	699,3
* Lastschriften auf Sparkonten	..	730,9	772,5	783,7	991,7	766,7	777,9	747,4	1 022,5	678,3
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	25	26	22	36	20	23	25	31	11
* Vergleichsverfahren	2	..
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	..	419	365	323	348	331	343	319	367	326
* Wechselsumme	Mio. DM	2,9	3,8	7,0	2,6	3,5	2,7	2,6	3,3	2,6
Mahnverfahren										
Anträge auf Erlaß eines Mahnbescheides ⁷⁾	Anzahl	26 661	25 032	21 626	24 183	25 255	21 914	24 195	25 731	22 299
Steuern										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
* Gemeinschaftsteuern	Mio. DM	1 111,0	1 355,6	1 727,3	r 1 174,9	1 193,9	1 205,7	2 006,5	1 026,5	1 248,7
* Steuern vom Einkommen	..	638,1	731,1	1 111,7	r 553,2	642,2	574,6	1 276,9	499,3	681,8
* Lohnsteuer ⁸⁾	..	377,0	396,2	468,5	r 304,8	473,4	471,3	575,9	302,9	493,0
* Veranlagte Einkommensteuer ⁹⁾	..	149,9	146,0	219,2	178,1	44,5	29,9	303,7	82,9	16,8
* Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ⁹⁾	..	28,9	36,4	32,3	152,1	114,3	33,6	15,1	223,5	139,2
* Körperschaftsteuer ⁹⁾ ¹⁰⁾	..	82,4	152,5	391,7	- 81,8	10,0	39,9	382,2	- 109,9	32,9
* Steuern vom Umsatz	..	472,9	624,5	615,6	621,8	551,7	631,1	729,8	527,2	566,9
* Umsatzsteuer	..	218,6	304,6	300,5	299,4	235,2	237,6	268,2	127,7	164,5
* Einfuhrumsatzsteuer	..	254,3	319,9	315,1	322,3	316,5	393,5	461,3	399,5	402,4
* Bundessteuern	..	909,6	979,8	639,9	1 260,2	1 200,0	1 020,9	1 022,1	1 005,0	970,8
* Zölle (einschl. EG-Anteilzölle)	..	66,8	71,0	76,0	68,2	72,0	70,3	81,4	81,8	80,1
* Verbrauchsteuern	..	821,3	886,1	543,8	1 171,5	1 102,7	925,2	918,3	900,4	860,2
* Landessteuern	..	58,6	60,8	42,0	58,2	111,8	85,4	54,0	46,8	103,9
* Vermögensteuer	..	26,3	23,3	5,8	8,5	60,2	56,6	11,2	1,7	63,9
* Kraftfahrzeugsteuer	..	14,2	17,5	23,1	19,3	28,3	12,4	16,1	24,7	16,7
* Biersteuer	..	2,7	2,7	3,1	r 2,9	2,8	3,1	3,1	2,9	2,9
* Gemeindesteuern	..	140,9	157,2	103,1	r 112,9	295,5	293,4	70,4	41,1	301,9
* Grundsteuer A ¹⁰⁾	..	0,1	0,1
* Grundsteuer B ¹¹⁾	..	17,2	17,5	18,2	7,4	44,3	41,1	2,3	24,7	43,6
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ¹²⁾	..	102,8	117,7	81,8	53,6	234,7	252,0	68,2	16,0	257,3
* Lohnsummensteuer ¹³⁾	..	20,4	21,5	2,8	51,7	15,3	0,3	0,2	0,3	0,2

¹⁾ Im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge; Stand Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und -post; Quelle: Zulassungsstelle für Kraftfahrzeuge. - ²⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. - ³⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. - ⁴⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. - ⁵⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts ist der Stand am 31. 12. und in den Monaten ist der Stand am Monatsende angegeben. - ⁶⁾ einschließlich Zinsgutschriften. - ⁷⁾ bis zum 30. 6. 1977: Zahlungsbefehl. - ⁸⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ⁹⁾ vor Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ¹⁰⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeiträge abgeglichen. - ¹¹⁾ einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - ¹²⁾ vor Abzug der Gewerbesteuerumlage. - ¹³⁾ wird ab 1980 nicht mehr erhoben.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli
Steuern (Fortsetzung)										
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes ¹⁾	Mio. DM	1 558,7	1 718,0	1 488,3	1 980,7	1 846,0	1 664,8	2 006,1	1 668,2	1 616,5
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	311,8	366,1	507,7	368,0	284,8	249,7	572,5	388,4	302,7
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	319,2	421,5	415,5	419,7	372,4	426,0	492,5	355,8	382,6
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	18,1	20,8	—	—	59,8	37,8	—	—	38,6
* Steuereinnahmen des Landes	"	382,4	432,7	682,2	216,8	472,9	402,1	775,0	154,3	465,3
* Anteil an den Steuern vom Einkommen ²⁾ 3)	"	254,1	291,7	504,1	133,0	284,8	245,7	569,8	78,3	292,0
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	51,6	59,3	136,1	25,5	16,5	33,2	151,2	29,2	30,8
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	18,1	20,8	—	—	59,8	37,8	—	—	38,6
* Steuereinnahmen der Gemeinde	"	172,1	184,9	199,4	162,2	248,5	292,9	202,3	69,0	301,1
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁴⁾	"	66,7	76,0	81,8	53,6	115,2	176,4	68,2	16,0	180,1
* Anteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer ²⁾ 3)	"	492,2	69,3	96,3	49,2	72,5	75,1	131,9	27,9	76,3
Hamburg verbleibende Steuereinnahmen ⁵⁾	"	492,2	558,2	806,2	368,0	709,9	681,8	1 061,7	210,0	753,1
Löhne und Gehälter										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
* männliche Arbeiter	DM	600	641	—	650	—	—	—	698	—
* dar. Facharbeiter	"	629	672	—	683	—	—	—	732	—
* weibliche Arbeiter	"	387	411	—	416	—	—	—	448	—
* dar. Hilfsarbeiter	"	359	382	—	388	—	—	—	413	—
Bruttostundenverdienste										
* männliche Arbeiter	"	14,14	14,98	—	15,18	—	—	—	16,39	—
* dar. Facharbeiter	"	14,75	15,62	—	15,86	—	—	—	17,12	—
* weibliche Arbeiter	"	9,62	10,17	—	10,29	—	—	—	11,12	—
* dar. Hilfsarbeiter	"	8,87	9,40	—	9,57	—	—	—	10,22	—
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
* männlich	"	3 274	3 513	—	3 536	—	—	—	3 883	—
* weiblich	"	2 378	2 517	—	2 537	—	—	—	2 737	—
Technische Angestellte und Meister										
* männlich	"	3 297	3 503	—	3 532	—	—	—	3 812	—
* weiblich	"	2 270	2 395	—	2 424	—	—	—	2 592	—
Bruttomonatsverdienste in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
* männlich	"	2 884	3 100	—	3 130	—	—	—	3 348	—
* weiblich	"	2 092	2 244	—	2 264	—	—	—	2 435	—
Öffentliche Sicherheit und Ordnung										
Feststellungen der Polizei										
Straftaten insgesamt										
dar. Straftaten wider das Leben	Anzahl	14 813	15 330	15 967	19 168	15 529	15 161	16 920	20 551	15 797
Straftaten wider die sexuelle Selbstbestimmung	"	7	5	3	9	4	2	8	11	3
Rohheitsdelikte und Straftaten wider die persönliche Freiheit	"	186	184	147	349	132	121	131	199	112
Vermögens- und Fälschungsdelikte	"	1 024	1 273	1 271	1 487	1 371	1 332	1 506	1 668	1 529
Diebstahl	"	1 974	1 875	1 779	1 737	1 747	1 477	1 741	1 923	1 849
dar. unter erschwerenden Umständen	"	9 277	9 516	10 222	12 812	9 688	9 537	10 757	13 501	9 741
Außerdem Verkehrsvergehen	"	5 162	5 322	6 092	7 592	5 414	5 500	6 344	8 486	5 702
	"	1 223	1 137	1 167	1 304	1 270	1 167	1 120	1 351	1 155
Einsätze der Berufsfeuerwehren										
Alarmierungen insgesamt										
dar. Feueralarme	"	16 838	17 610	17 198	16 738	16 836	18 128	18 141	17 818	17 140
dar. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	540	577	556	506	497	816	694	564	502
Rettungswageneinsätze	"	143	155	152	130	150	171	191	181	130
dar. für Krankentransporte	"	15 097	15 509	15 524	14 969	15 042	16 035	15 795	15 795	15 236
	"	2 675	2 703	2 470	2 593	2 668	2 386	1 837	1 837	2 114
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren										
	"	185	217	257	202	257	395	568	464	376

¹⁾ ab 1979 ohne EG-Anteil Zölle. — ²⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. — ³⁾ nach Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. — ⁴⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁵⁾ Steuereinnahmen des Landes und der Gemeinden und Gemeindeverbände ./ Länderfinanzausgleich und Lastenausgleichsabgaben (§ 6 LAG).

Hamburg im großräumlichen Vergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtsmonat	Berichtsmonat ¹⁾			
			1980			Hamburg
			Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschl. Berlin (West) –	
Bevölkerung						
Bevölkerung insgesamt						
Wohnbevölkerung	1000	Januar	1 652,0	12 183,0	61 464,1	1 663,3
Lebendgeborene	Anzahl	..	1 040	8 948	52 076	1 005
Gestorbene	1 917	12 396	64 201	1 616
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	- 877	- 3 448	- 12 125	- 611
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze	5 760	30 067	68 741	5 019
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze	5 936	24 765	31 854	5 442
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	- 176	+ 5 302	+ 36 887	- 423
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	- 1 053	+ 1 854	+ 24 762	- 1 034
Ausländer						
Wohnbevölkerung	1000	September	132,3
Lebendgeborene	Anzahl	Januar	160	654	5 891	174
Gestorbene	18	57	615	15
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	+ 142	+ 597	+ 5 276	+ 159
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze	2 022	8 558	57 212	1 478
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze	1 268	4 640	27 663	1 003
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	+ 754	+ 3 918	+ 29 549	+ 475
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	+ 896	+ 4 515	+ 34 825	+ 634
Arbeitsmarkt						
Arbeitslose	Anzahl	Januar	26 032	233 638	1 036 519	31 637
und zwar Männer	13 969	121 580	557 357	17 259
Frauen	12 063	112 058	479 162	14 378
Teilzeitkräfte	3 925	39 952	165 637	4 891
Ausländer	3 808	18 784	115 426	4 033
Arbeitslosenquote	%	..	3,8	5,2	4,5	4,7
Offene Stellen	Anzahl	..	8 414	50 545	282 225	7 370
Kurzarbeiter	373	9 391	98 091	6 517
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)⁵⁾						
Beschäftigte	Anzahl	Januar	167 573	1 151 551	7 630 768	167 029
Geleistete Arbeiterstunden	1000	..	14 177	123 148	791 096	14 029
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	..	486	2 919	19 364	456
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁶⁾	2 850	15 165	84 791	2 379
Gesamtumsatz ⁷⁾	5 414	19 037	94 601	4 267
darunter Auslandsumsatz	501	3 600	22 150	447
Bauhauptgewerbe						
Beschäftigte	Anzahl	Januar	30 833	253 321	1 208 282	30 115
Geleistete Arbeitsstunden	1000	..	2 426	17 358	91 748	2 000
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	..	77	405	2 060	58
Baugewerblicher Umsatz ⁸⁾	249	1 008	5 706	197
Fremdenverkehr						
Fremdenmeldungen ¹⁾	1000	Januar	91	469	2 836	86
darunter von Auslandsgästen	22	53	416	21
Straßenverkehr						
Zulassungen fabrikneuer Pkw ⁸⁾	Anzahl	Januar	5 362	38 514	198 518	4 950
Steuern						
Steueraufkommen insgesamt	Mio. DM	Jan.-März	7 133,4	18 283,2	85 969,1	6 282,8
darunter						
Gemeinschaftsteuern	4 389,2	12 704,6	63 782,6	3 852,6
Landesteuern	165,6	705,1	3 743,9	160,9
Gemeindesteuern	460,8	1 867,4	9 499,1	392,0

¹⁾ Bei Bestandsdaten: Stand am Monatsende. – ²⁾ Bei Bestandsdaten: Durchschnitt der nachgewiesenen Monate. – ³⁾ Stand Ende September. – ⁴⁾ Prozentpunkte. – ⁵⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn / -post.

Jahresbeginn bis Berichtsmoat (einschl.) ²⁾										
1979		1980			1979			Veränderung 1980 gegenüber 1979 in %		
Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschl. Berlin (West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschl. Berlin (West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschl. Berlin (West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschl. Berlin (West) –
12 177,7	61 322,6	1 652,0	12 183,0	61 464,1	1 663,3	12 177,7	61 322,6	- 0,7	+ 0,0	+ 0,2
8 312	45 671	1 040	8 948	52 076	1 005	8 312	45 671	+ 3,5	+ 7,7	+ 14,0
12 358	62 436	1 917	12 396	64 201	1 616	12 358	62 436	+ 18,6	+ 0,3	+ 2,8
- 4 046	- 16 765	- 877	- 3 448	- 12 125	- 611	- 4 046	- 16 765			
25 484	47 787	5 760	30 067	68 741	5 019	25 484	47 787	+ 14,8	+ 18,0	+ 43,8
22 807	30 039	5 936	24 765	31 854	5 442	22 807	30 039	+ 9,1	+ 8,6	+ 6,0
+ 2 677	+ 17 748	- 176	+ 5 302	+ 36 887	- 423	+ 2 677	+ 17 748			
- 1 369	+ 983	- 1 053	+ 1 854	+ 24 762	- 1 034	- 1 369	+ 983			
515,3	4 143,8	132,3 ³⁾	515,3 ³⁾	4 143,8
586	5 497	160	654	5 891	174	586	5 497	- 8,0	+ 11,6	+ 7,2
77	655	18	57	615	15	77	655	+ 20,0	- 26,0	- 6,1
+ 509	+ 4 842	+ 142	+ 597	+ 5 276	+ 159	+ 509	+ 4 842			
5 815	39 088	2 022	8 558	57 212	1 478	5 815	39 088	+ 36,8	+ 47,2	+ 46,4
4 544	25 994	1 268	4 640	27 863	1 003	4 544	25 994	+ 26,4	+ 2,1	+ 6,4
+ 1 271	+ 13 094	+ 754	+ 3 918	+ 29 549	+ 475	+ 1 271	+ 13 094			
+ 1 780	+ 17 936	+ 896	+ 4 515	+ 34 865	+ 634	+ 1 780	+ 17 936			
265 866	1 171 353	26 032	233 638	1 036 519	31 637	265 866	1 171 353	- 17,7	- 12,1	- 11,5
144 255	645 194	13 969	121 580	557 357	17 259	144 255	645 194	- 19,1	- 15,7	- 13,6
121 611	526 159	12 063	112 058	479 162	14 378	121 611	526 159	- 16,1	- 7,9	- 8,9
46 819	192 746	3 925	39 952	165 637	4 891	46 819	192 746	- 19,8	- 14,7	- 14,1
19 856	119 120	3 808	18 784	115 426	4 033	19 856	119 120	- 5,6	- 5,4	- 3,1
6,0	5,1	3,8	5,2	4,5	4,7	6,0	5,1	- 0,9	- 0,8	- 0,6
43 286	237 760	8 414	50 545	282 225	7 370	43 286	237 760	+ 14,2	+ 16,8	+ 18,7
31 029	134 914	373	9 391	98 091	6 617	31 029	134 914	- 94,4	- 69,7	- 27,3
1 133 067	7 542 815	167 573	1 151 551	7 630 768	167 029	1 133 067	7 542 815	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,2
120 336	784 843	14 177	123 148	791 096	14 029	120 336	784 843	+ 1,1	+ 2,3	+ 0,8
2 754	18 365	486	2 919	19 364	456	2 754	18 365	+ 6,6	+ 6,0	+ 5,4
12 763	73 200	2 850	15 165	84 791	2 379	12 763	73 200	+ 19,8	+ 18,8	+ 15,8
15 778	81 284	5 414	19 037	94 601	4 267	15 778	81 284	+ 26,9	+ 20,7	+ 16,4
2 812	18 595	501	3 600	22 150	447	2 812	18 595	+ 12,1	+ 28,0	+ 19,1
246 336	1 157 826	30 722	255 999	1 240 207	30 510	250 780	1 190 208	+ 0,7	+ 2,1	+ 4,2
11 732	60 111	41 555	349 491	1 724 241	43 073	361 691	1 687 326	- 3,5	- 3,4	+ 2,2
270	1 366	1 110	7 122	33 853	1 034	6 501	30 418	+ 7,4	+ 9,6	+ 11,3
847	4 145	2 972	19 433	92 080	2 568	16 917	77 984	+ 15,7	+ 14,9	+ 18,1
440	2 679	91	469	2 836	86	440	2 679	+ 5,2	+ 6,6	+ 5,9
48	380	22	53	416	21	48	380	+ 3,5	+ 10,4	+ 9,6
36 770	197 805	5 362	38 514	198 518	4 950	36 770	197 805	+ 8,3	+ 4,7	+ 0,4
16 277,1	79 315,4	7 133,4	18 283,2	85 969,1	6 282,8	16 277,1	79 315,4	13,5	12,3	8,4
11 160,9	57 874,7	4 389,2	12 704,6	63 782,6	3 852,6	11 160,9	57 874,7	13,9	13,8	10,2
726,3	4 058,0	165,6	705,1	3 743,9	160,9	726,3	4 058,0	2,9	- 2,9	- 7,7
1 617,7	8 550,9	460,8	1 867,4	9 499,1	392,0	1 617,7	8 550,9	17,6	15,4	11,1

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ²⁾ ohne Umsatzsteuer. – ³⁾ für Berichtsgemeinden. –

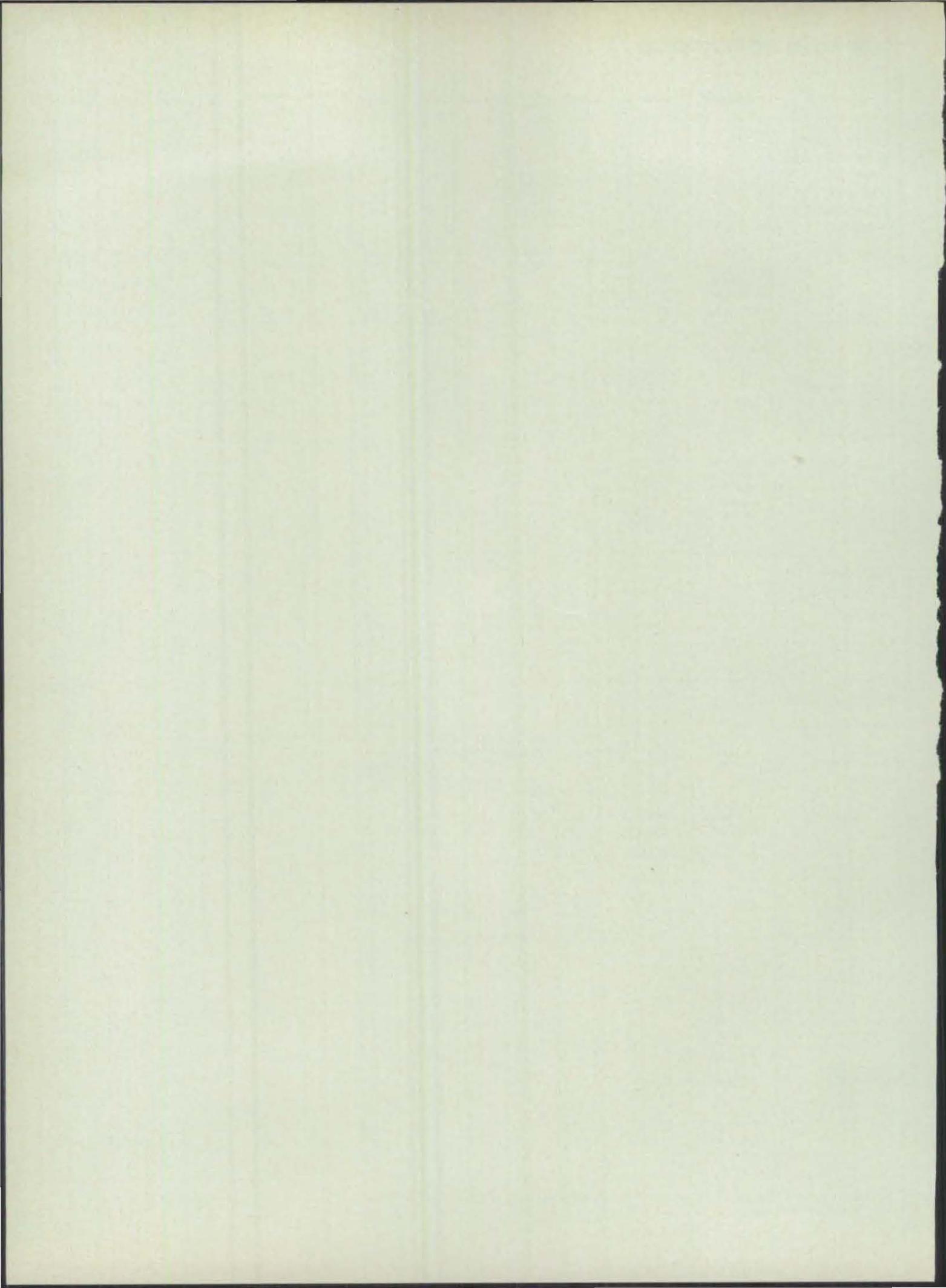
Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bevölkerung													
Wohnbevölkerung ¹⁾	1000	2. Vj. 80 1. Vj. 80	1 649 1 651	1 899 1 899	p 1 300 1 298	979 979	656 658	632 631	592 594	581 581	556 555	543 543	484 484
darunter Ausländer	%	2. Vj. 80 1. Vj. 80	8,5 8,4	11,6 11,6	p 16,8 16,6	13,7 13,5	5,9 5,8	20,9 20,6	11,7 11,6	17,2 16,9	6,1 6,3	9,4 9,1	11,3 11,0
Lebendgeborene	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	3 466 3 164	4 655 4 325	2 500 2 630	2 523 2 355	1 303 1 365	1 522 1 274	1 172 1 172	1 309 1 272	1 126 1 139	1 089 1 155	1 007 939
darunter Ausländer	%	2. Vj. 80 1. Vj. 80	18,5 18,0	23,5 23,7	28,2 28,6	30,5 29,9	15,0 13,3	40,1 38,9	26,2 25,3	30,0 32,1	15,2 14,0	25,8 21,8	24,1 23,4
Lebendgeborene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80 1. Vj. 80	8,4 7,8	9,8 9,2	p 7,7 8,2	10,3 9,8	8,0 8,4	9,7 8,2	7,9 8,0	9,0 8,9	8,1 8,3	8,0 8,6	8,3 7,9
Gestorbene	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	5 975 5 666	8 300 9 148	3 355 3 832	2 817 2 960	2 105 2 211	1 959 1 866	1 922 2 049	1 519 1 609	1 687 1 858	1 798 1 867	1 518 1 636
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80 1. Vj. 80	14,5 13,9	17,5 19,5	p 10,3 12,0	11,5 12,3	12,9 13,6	12,4 12,0	13,0 14,0	10,5 11,2	12,2 13,6	13,3 13,9	12,6 13,7
Geborenen- (+) / Gestorbenen-überschuß (-)	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	- 2 509 - 2 502	- 3 645 - 4 823	- 855 - 1 202	- 294 - 605	- 802 - 846	- 437 - 592	- 750 - 877	- 210 - 337	- 561 - 719	- 709 - 712	- 511 - 697
Zugezogene Personen	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	15 038 16 224	20 042 17 876	20 180 21 267	11 404 11 699	4 716 4 861	11 301 11 047	6 979 7 515	10 006 13 397	7 768 4 616	7 956 7 156	5 768 6 727
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80 1. Vj. 80	36,6 39,9	42,3 38,2	p 62,3 66,4	46,7 48,5	28,8 30,0	71,8 71,0	47,2 51,3	69,1 93,6	56,1 33,8	58,8 53,4	47,8 56,4
Fortgezogene Personen	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	14 693 15 759	16 944 15 819	p 17 358 21 508	11 017 11 409	5 279 5 306	10 687 10 426	7 345 8 291	9 797 12 552	6 129 5 398	7 061 7 165	4 898 6 366
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80 1. Vj. 80	35,7 38,7	35,8 33,8	p 53,5 67,2	45,1 47,3	32,3 32,7	67,9 67,0	49,7 56,7	67,7 87,7	44,2 39,5	52,1 53,5	40,6 53,4
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	+ 345 + 465	+ 3 098 + 2 057	p+2822 - 241	+ 387 + 290	- 563 - 445	+ 614 + 621	- 366 - 776	+ 209 + 845	+ 1 639 - 782	+ 895 - 9	+ 870 + 361
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80 1. Vj. 80	+ 0,8 + 1,1	+ 6,5 + 4,4	+ 8,7 - 0,8	+ 1,6 + 1,2	- 3,4 - 2,7	+ 3,9 + 4,0	- 2,5 - 5,3	+ 1,4 + 5,9	+ 11,8 - 5,7	+ 6,6 - 0,1	+ 7,2 + 3,0
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	- 2 164 - 2 037	- 547 - 2 766	p+1967 - 1 443	+ 93 - 315	- 1 365 - 1 291	+ 177 + 29	- 1 116 - 1 653	- 1 + 508	+ 1 078 - 1 501	+ 186 - 721	+ 359 - 336
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80 1. Vj. 80	- 5,3 - 5,0	- 1,2 - 5,9	p+ 6,1 - 4,5	+ 0,4 - 1,3	- 8,3 - 8,0	+ 1,1 + 0,2	- 7,6 - 11,3	- 0,0 + 3,5	+ 7,8 - 11,0	+ 1,4 - 5,4	+ 3,0 2,8
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	33 971 38 814	52 594 56 979	21 328 24 269	19 229 20 221	10 949 11 291	11 825 10 132	10 286 10 750	9 080 9 792	11 160 9 842	10 509 9 817	7 558 9 270
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80 1. Vj. 80	82,6 95,4	111,1 121,7	p 65,8 75,8	78,8 83,8	66,9 69,6	75,1 65,1	69,6 73,5	62,7 68,4	80,6 72,0	77,6 73,3	62,6 77,7
Arbeitsmarkt¹⁾													
Arbeitslose	Anzahl	1. Vj. 80 1. Vj. 80	19 992 24 514	30 470 36 418	^{a)} 20 525 ^{a)} 21 949	23 378 22 922	13 145 13 237	^{a)} 12 123 ^{a)} 12 577	^{b)} 10 415 ^{b)} 9 909	5 057 6 148	10 910 11 643	13 423 14 202	8 697 9 074
und zwar Männer	"	2. Vj. 80 1. Vj. 80	10 219 13 454	15 963 20 863	^{a)} 8 357 ^{a)} 9 810	12 860 12 712	7 782 8 052	^{a)} 6 067 ^{a)} 6 451	^{b)} 5 607 ^{b)} 5 365	3 023 3 928	5 370 5 837	6 352 6 983	3 685 3 916
Frauen	"	2. Vj. 80 1. Vj. 80	9 773 11 060	14 507 15 555	^{a)} 12 168 ^{a)} 12 139	10 518 10 210	5 363 5 185	^{a)} 6 056 ^{a)} 6 126	^{b)} 4 808 ^{b)} 4 544	2 034 2 220	5 540 5 806	7 071 7 219	5 012 5 158
Teilzeitkräfte	"	2. Vj. 80 1. Vj. 80	3 210 3 506	3 381 3 373	^{a)} 4 584 ^{a)} 4 506	2 759 2 723	1 786 1 717	^{a)} 1 879 ^{a)} 1 974	^{b)} 1 374 ^{b)} 1 293	501 627	1 878 1 938	2 293 2 236	1 857 1 837
Arbeitslosenquote	%	2. Vj. 80 1. Vj. 80	2,9 3,6	3,8 4,6	^{a)} 2,3 ^{a)} 2,4	5,8 5,7	5,6 5,6	^{a)} 2,3 ^{a)} 2,4	^{a)} 3,8 ^{a)} 3,6	1,8 2,2	4,9 5,3	4,0 4,2	3,7 3,8
Arbeitslose Ausländer	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	2 931 3 758	4 725 6 414	^{a)} 3 358 ^{a)} 3 903	6 084 5 836	1 138 1 102	^{a)} 2 669 ^{a)} 2 980	^{b)} 1 910 ^{b)} 1 798	2 114 3 093	1 636 1 712	1 723 2 152	1 951 1 915
Offene Stellen	"	2. Vj. 80 1. Vj. 80	11 778 9 558	12 809 9 849	^{a)} 19 695 ^{a)} 17 628	6 222 5 765	2 795 2 602	^{a)} 10 605 ^{a)} 9 133	^{b)} 5 972 ^{b)} 5 163	9 966 8 383	4 109 3 259	5 857 6 708	5 459 4 739
Kutzarbeiter	"	2. Vj. 80 1. Vj. 80	329 511	743 1 413	^{a)} 704 ^{a)} 605	16 330 15 466	127 293	^{a)} 982 ^{a)} 924	^{b)} 68 ^{b)} 50	25 101	1 260 1 445	25 313	955 699

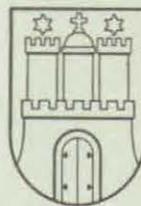
Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)²⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	2. Vj. 80	167 799	182 172	190 433	125 789	57 567	108 964	p 91 371	132 570	75 047	99 942	98 237
		1. Vj. 80	167 794	183 823	191 330	127 393	58 071	109 725	91 675	131 426	75 267	100 599	98 994
je 1000 Einwohner	Anzahl	2. Vj. 80	102	96	146	129	88	173	p 154	228	135	184	203
		1. Vj. 80	102	97	147	130	88	174	154	226	136	185	205
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	2. Vj. 80	1 620	1 482	1 814	1 242	534	1 118	p 938	1 394	645	863	769
		1. Vj. 80	1 477	1 379	1 736	1 152	510	1 001	833	1 250	602	797	730
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	Anzahl	2. Vj. 80	39	33	38	40	37	41	p 41	42	34	35	31
		1. Vj. 80	36	30	37	37	36	37	37	39	32	32	30
Umsatz aus Eigenerzeugung ³⁾	Mio. DM	2. Vj. 80	8 492	5 156	8 782	5 778	2 347	3 843	p 3 487	6 772	3 512	3 421	1 937
		1. Vj. 80	8 774	5 444	9 105	5 583	2 283	3 857	3 514	7 062	3 631	3 561	2 306
Gesamtumsatz ³⁾	Mio. DM	2. Vj. 80	17 831	5 432	9 472	6 821	2 711	5 221	p 3 927	7 634	3 990	3 704	2 936
		1. Vj. 80	16 742	5 714	9 761	6 566	2 596	5 086	4 005	7 965	4 212	3 831	2 501
darunter Auslandsumsatz ³⁾	Mio. DM	2. Vj. 80	1 712	457	3 175	1 907	341	1 818	p 1 223	2 450	614	1 157	659
		1. Vj. 80	1 718	734	3 185	1 810	318	1 789	1 127	2 711	710	1 160	559
Gesamtumsatz ³⁾	1000 DM je Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80	43	11	p 29	28	17	33	p 27	53	29	27	24
		1. Vj. 80	41	12	30	27	16	33	27	56	31	29	21
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	Anzahl	2. Vj. 80	426	120	199	218	189	192	p 172	231	213	149	120
		1. Vj. 80	405	126	207	209	181	188	177	246	227	154	102
Bauhauptgewerbe²⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	2. Vj. 80	26 142	33 943	38 593	13 678	11 796	18 378	p 12 460	14 523	10 837	9 206	10 384
		1. Vj. 80	25 801	33 189	37 209	13 691	11 641	18 498	12 910	14 430	10 899	8 955	10 971
Baugewerblicher Umsatz ³⁾	Mio. DM	2. Vj. 80	648	607	984	382	213	409	p 368	348	254	247	217
		1. Vj. 80	497	432	663	282	207	448	243	268	173	163	154
Fremdenverkehr													
Fremdenmeldungen	Anzahl	2. Vj. 80	447 527	399 199	646 354	246 037	45 505	412 313	183 800	119 351	76 767	133 656	131 616
		1. Vj. 80	301 082	276 216	540 521	191 830	49 697	364 841	191 793	113 075	66 144	101 706	101 625
Fremdenübernachtungen	Anzahl	2. Vj. 80	801 274	1 025 954	1 352 853	457 731	96 412	783 002	349 522	301 969	155 770	218 855	236 153
		1. Vj. 80	541 152	715 966	1 153 723	454 480	108 892	674 532	374 146	285 113	132 158	164 078	217 974
darunter von Auslands Gästen	Anzahl	2. Vj. 80	268 032	196 554	524 896	185 154	14 775	439 729	128 838	84 273	39 520	53 704	54 171
		1. Vj. 80	148 499	149 116	360 030	126 627	11 837	355 020	122 662	67 039	31 337	24 897	41 977
Fremdenübernachtungen je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	2. Vj. 80	1 949	2 167	p 4 173	1 876	589	4 973	2 366	2 086	1 124	1 616	1 956
		1. Vj. 80	1 329	1 529	3 604	1 884	670	4 333	2 556	1 991	966	1 225	1 827
Straßenverkehr													
Zulassung fabrikneuer Pkw	Anzahl	2. Vj. 80	17 525	16 109	18 135	..	7 867	16 691	5 683	6 058	5 602
		1. Vj. 80	18 589	15 869	16 799	..	8 047	16 223	6 091	5 345	5 422
Steuer-einnahmen													
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital – nach Abzug der Gewerbesteuerumlage u. ohne Lohnsummensteuer	Mio. DM	2. Vj. 80	276	95	225	171	59	213	109	103	73	84	110
		1. Vj. 80	333	117	197	153	70	244	149	170	72	96	173
DM je Einwohner und 1 Jahr (Gemeindeanteil)	Anzahl	2. Vj. 80	672	200	p 694	699	360	1 355	736	710	526	621	908
		1. Vj. 80	818	250	615	635	435	1 568	1 021	1 185	530	714	1 451
Lohn- und Einkommensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	2. Vj. 80	216	75	143	85	59	73	70	81	60	54	37
		1. Vj. 80	157	109	99	18	10	14	12	10	47	3	47
DM je Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	2. Vj. 80	525	159	p 440	350	358	464	475	561	431	401	303
		1. Vj. 80	385	232	309	74	62	87	83	67	347	26	398

¹⁾ am Ende des Berichtszeitraumes. – ²⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ³⁾ ohne Umsatzsteuer. – ⁴⁾ Arbeitsamtsbezirk. – ⁵⁾ einschl. Erkrath, Stadt ohne Hochdahl.



Hamburg in Zahlen



Zeitschrift des
Statistischen Landesamts
der Freien und
Hansestadt Hamburg

Heft 11. 1980

Das Statistische Stichwort	
○ Bruttowertschöpfung / Bruttoinlandsprodukt	278
Die interessante Zahl	
○ Kommunikation	278
Statistik aktuell	
○ Ausländische Arbeitnehmer 1979	278
○ Schul- und Berufsausbildung der Hamburger	278
○ Geburtenhoch im Frühjahr und Sommer	279
○ Entwicklung der deutschen und ausländischen Bevölkerung in den nord- deutschen Ländern 1979	279
○ Wieder mehr Ausländerübernachtungen	280
○ Zahl der Gefangenen leicht verringert	280
○ Hoher Anteil Hamburgs im Korea-Handel	280
○ Umsatzsteigerung im Verarbeitenden Gewerbe	280
○ Abwasser und Siele	280
*	
Wanderungen im großstädtischen Raum – dargestellt am Beispiel Hamburg	281
Personalfluktuatoin im öffentlichen Dienst	286
*	
Das interessiert in Hamburg	
○ Diagramme	292
○ Hamburg heute und gestern	292
○ Statistik der anderen	292
○ Bevorstehende Erhebungen	293
○ Neue Schriften	293
○ Der Draht zum StaLa	293
*	
Hamburger Zahlenspiegel	294
Hamburg im großräumlichen Vergleich	300
Hamburg im Städtevergleich	302

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.
Verlag und Vertrieb:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Erhard Hruschka

Einzelpreis DM 2,50;
Jahresabonnement DM 20,-
Druck: Hermann Kampen, Hamburg 1

ISSN 0017-6877

In eigener Sache

Bruttowertschöpfung/ Bruttoinlandsprodukt

Die Bruttowertschöpfung umfaßt die in den Betrieben eines (bestimmten) Gebietes erbrachte wirtschaftliche Leistung der einzelnen Wirtschaftsbe- reiche, nämlich den Wert aller in der betreffenden Periode produzierten Waren und Dienstleistungen (Brutto- produktionswert) abzüglich des Wertes der bei der Produktion verbrauchten Güter und der von anderen Wirt- schaftseinheiten bzw. dem Staat in Anspruch genommenen Dienstleistun- gen. Im englischen Begriff „value added“ kommt dies plastisch zum Ausdruck. Unter Einbeziehung der Einfuhrabgaben ergibt sich das Bruttoinlandsprodukt. Beide Begriffe las- sen sich sowohl „brutto“ als auch „netto“ (d. h. nach Abzug der Ab- schreibungen) berechnen und darstel- len. Auch können beide Größen zu Marktpreisen oder zu Faktorkosten, d. h. entweder einschließlich oder ohne Produktionssteuern (abzüglich Subventionen) nachgewiesen werden. Bruttowertschöpfung und Bruttoin- landsprodukt werden in jeweiligen (laufenden) und in konstanten Preisen (Basisjahr zur Zeit 1970) gerechnet.

Erich Böhm

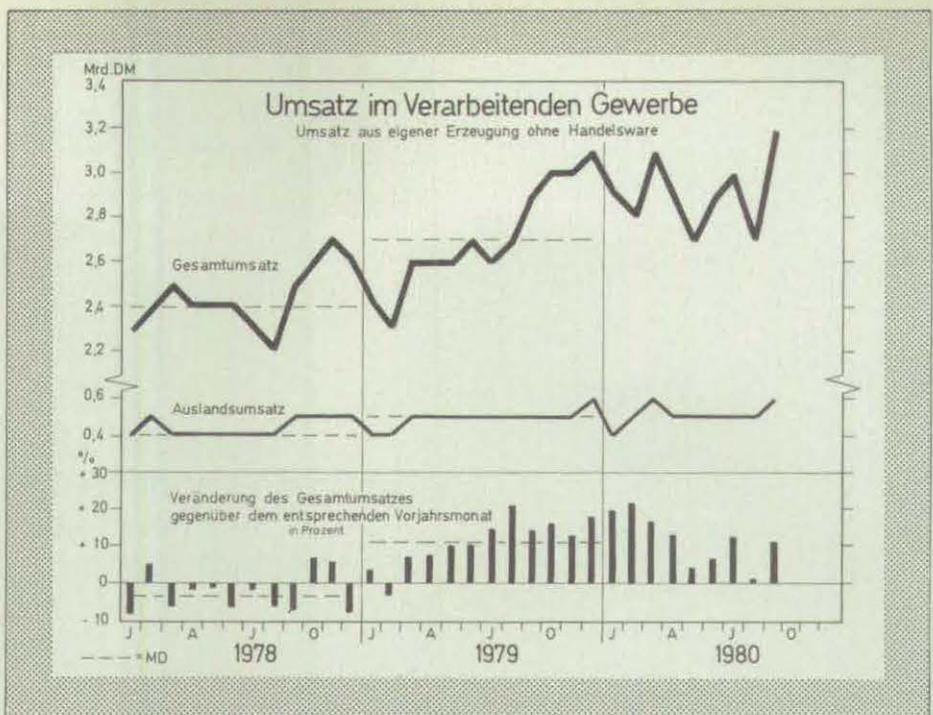
Die interessante Zahl

Kommunikation

Ein Blick in die Statistik zeigt die Än- derungen der Wege des privaten und geschäftlichen Kontakts sowie der be- nutzten Medien schon in relativ kur- zen Zeitspannen. So ist im Bereich der OPD Hamburg die Zahl der nach dem In- und Ausland aufgegebenen Tele- gramme von 1960 bis 1979 von rund 2,5 Millionen auf knapp 680 000 Stück zurückgegangen. Die Briefsendungen konnten in den 19 Jahren einen Zu- wachs um fast ein Viertel (von ca. 650 Mio. auf rund 809 Mio. Stück) verzeichnen, wobei die Menge der Drucksachen und Wurfsendungen das Maß des Wachstums bestimmten. Geradezu explosiv war die Zunahme des Fernschreibverkehrs und der Telefongespräche mit dem In- und Ausland:

- Die Zahl der Telexanschlüsse er- reichte nach der in Gebühren ge- messenen Nutzung eine Steigerung auf fast das Sechsfache.
- Von 877 Millionen auf 4,3 Milliarden Gebühreneinheiten, also auf rund das Fünffache, stieg der Telefonver- kehr.

Erhard Hruschka



Statistik aktuell

Ausländische Arbeitnehmer 1979

Von den am Jahresende 1979 in Ham- burg tätigen 65 000 sozialversiche- rungspflichtig beschäftigten Auslän- dern waren über 52 000 zwischen 25 und 50 Jahren alt, knapp 8000 waren jünger und nicht ganz 5000 älter. Vier von fünf ausländischen Arbeitnehmern sind Arbeiter, jeder Fünfte steht im Angestelltenverhältnis.

In der Gliederung nach Wirtschaftsbe- reichen entfallen über 28 000 auf das Produzierende Gewerbe und 18 500 auf den Bereich Handel und Verkehr, rund 500 sind in der Land- und Forst- wirtschaft beschäftigt und weitere gut 18 000 gehen in den übrigen Wirt- schaftsbereichen ihrer Tätigkeit nach.

Der Anteil der Ausländer an allen Be- schäftigten liegt insgesamt bei acht- einhalb Prozent, in der Land- und Forstwirtschaft sind ausländische Ar- beitnehmer mit dreizehn, im Produzie- renden Gewerbe mit zwölf, im Handel und Verkehr mit über sieben und in den übrigen Wirtschaftsbereichen mit sechseinhalb Prozent vertreten. Von den 24 000 Arbeitnehmern im Gaststät- ten- und Beherbergungsgewerbe ist beinahe jeder vierte ein Ausländer.

Die Anwerbeländer Griechenland, Ju- goslawien, Portugal, Spanien und Tür- kei stellen mit 39 200 den höchsten Anteil der Ausländer, fast jeder zweite davon ist türkischer Nationalität. Knapp 8000 oder jeder achte ist Ange- höriger der EG-Staaten, die Italiener stellen aus dieser Gruppe mit 40 Pro- zent das größte Kontingent.

Insgesamt gab es Ende 1979 in Ham-

burg 765 400 sozialversicherungs- pflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Zahl der deutschen Angestellten und Ar- beiter um 0,6 Prozent, die Anzahl der ausländischen Arbeitnehmer um 5,5 Prozent zugenommen. Heinz Lohmann

Schul- und Berufsaus- bildung der Hamburger

Der Bildungsstatus der Bevölkerung wird im allgemeinen bei Volkszählun- gen festgestellt. Die Zwischenperioden werden durch Stichprobenumfragen im Rahmen des Mikrozensus überbrückt, der sich ebenfalls von Zeit zu Zeit mit dieser Thematik beschäftigt. Die letzten Ergebnisse aus dem Jahr 1978 haben folgendes Bild vermittelt:

1 343 000 Einwohner, das sind 80 Pro- zent der Hamburger Bevölkerung, ha- ben ihre Schulausbildung beendet; die restlichen 20 Prozent sind Kinder in noch nicht schulpflichtigem Alter (knapp fünf Prozent) und Personen, die sich zur Zeit der Erhebung noch in einer schulischen Ausbildung befan- den.

Von den Personen mit beendeter Aus- bildung an allgemeinbildenden Schu- len haben 67 Prozent ihren höchsten Schulabschluß an einer Volks-/Haupt- schule erreicht; bei Frauen und Mäd- chen ist dieser Anteil etwas höher (69 Prozent) als bei den Männern (64 Pro- zent). Über einen Realschulabschluß verfügen 22 Prozent der Einwohner; der Anteil von Frauen mit mittlerer Reife liegt gleichfalls leicht über der entsprechenden Quote bei den Män- nern. Abitur und Fachhochschulreife

haben elf Prozent der Hamburger. Hier zeigt die Häufigkeitsverteilung zwischen Männern und Frauen einen erheblichen Unterschied: 15 Prozent aller Männer mit abgeschlossener Schulbildung besitzen ein Reifezeugnis, unter den Frauen sind es acht Prozent. Die nach der allgemeinbildenden Schule zum Beruf weiterführende Ausbildung konzentriert sich mit dem Anteilswert von über 55 Prozent auf die Lehr- und Anlernausbildung oder einen Bildungsgang an einer Berufsfachschule. Diese Ausbildung ist weit stärker unter den Männern (62 Prozent) als unter den Frauen (50 Prozent) vorhanden.

Eine gleiche Tendenz zeichnet sich unter den Absolventen von Hochschulen/Universitäten ab. Insgesamt haben viereinhalb Prozent einen Hochschulabschluß erworben, sechs Prozent der Männer und drei Prozent der Frauen.

Die Abschlüsse an Fachschulen, Fachhochschulen oder gleichwertige Ausbildungen nehmen noch einen Umfang von nahezu sechs Prozent ein, worunter der Anteil bei den Männern mehr als dreimal so hoch liegt wie bei den Frauen.

Von der gesamten hamburgischen Bevölkerung, die allgemeinbildende Schulen beendet hatte, haben zwei Drittel eine berufliche Qualifikation durch praktische Ausbildung und/oder Schule/Hochschule erworben; unter den Männern waren es gut drei Viertel, unter den Frauen mehr als die Hälfte.

Erwin Schmude

Geburtenhoch im Frühjahr und Sommer

In den Jahren 1969 bis 1979 waren regelmäßig in den Monaten des ersten Halbjahres zum Teil deutlich mehr Lebendgeborene registriert worden, als ein der Tagesanzahl entsprechend errechneter Wert für diese Monate durchschnittlich im Kalenderjahr ergeben hätte. Der Mai und der Juni wiesen nur in jeweils einem, der Februar in zwei, der Januar und März in drei und der April in vier der insgesamt elf Jahre eine unter dem zu erwartenden Ergebnis liegende Geborenenzahl auf.

In jeweils drei der elf Jahre lagen mit zumeist rund zehn bis 15 Prozent Übersoll der März, Mai und Juni an der Spitze der geburtenreichen Monate. In den beiden übrigen Jahren wurde das Geburtenhoch im Februar festgestellt.

Der Spätsommer und Herbst zählten in den genannten Jahren zur geburtenärmeren Zeit. Der August und September lagen sechs- bzw. siebenmal, der Oktober neunmal und der November und Dezember sogar jedesmal in den elf Jahren unter dem durchschnittlich errechneten Monatswert.

In sieben Jahren seit 1969 war allein

der Dezember mit häufig zwölf bis 15 Prozent weniger Lebendgeborenen, als erwartet werden konnte, der geburtenschwächste Monat. Je zweimal lag das Geburtentief im Oktober und November.

Jens Gerhardt

Entwicklung der deutschen und ausländischen Bevölkerung in den norddeutschen Ländern 1979

Im vergangenen Jahr wurden in den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen zusammen 108 810 Geburten und 148 550 Sterbefälle registriert. Der Sterbeüberschuß von 39 740 Personen konnte durch einen etwas höheren Wanderungsgewinn — resultierend aus 330 590 Zu- und 288 720 Fortzügen über die Grenzen der jeweiligen Länder —, der sich auf 41 870 Personen belief, aufgefangen werden. Die Region Norddeutschland hatte damit einen Bevölkerungsgewinn von 2130 Einwohnern. Bei einer getrennten Betrachtung der Deutschen und der Ausländer zeigt sich allerdings, daß diese Gesamtzunahme überwiegend durch hohe Geburtenüberschüsse und überproportionale Wanderungsgewinne der ausländischen Bevölkerung erzielt wurde. Mit 8910 Geburten und nur 1060 Sterbefällen sowie 86 350 Zu- bei 57 800 Fortzügen führte der Geburtenüberschuß von 7850 und der Zuzugsüberschuß von 28 550 zu einer Zunahme der Ausländer von 36 400 Personen. Zwar konnte auch bei den Deutschen ein Wanderungsüberschuß von 13 320 festgestellt werden (244 240 Zu- und 230 920 Fortzüge), jedoch wurde diese positive Bilanz durch einen aus nur 99 900 Geburten, aber 147 490 Sterbefällen entstandenen Sterbeüberschuß von 47 590 in einen Gesamtverlust von 34 270 deutschen Einwohnern umgewandelt. Auf 8,2 Prozent aller Geburten und 0,7 Prozent aller Sterbefälle sowie 26,1 Prozent der Zu- und 20,0 Prozent der Fortzüge belief sich der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtentwicklung der Region Norddeutschland.

Die beiden Flächenländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen konnten hinsichtlich der Wanderungen sowohl bei den Deutschen als auch bei den Ausländern nicht unerhebliche Gewinne verzeichnen. Schleswig-Holstein erzielte bei einem Anteil der Ausländer von 18,6 Prozent bei den Zu- und von 16,7 Prozent bei den Fortzügen einen Zuwanderungsüberschuß von 4200 Ausländern und 12 110 Deutschen, d. h., jeder Vierte per Saldo Zugewanderte hat eine ausländische Staatsangehörigkeit. In Niedersachsen, wo das Wanderungsvolumen mehr als doppelt so hoch war wie im

nördlichen Nachbarland, wurde mit einem erheblich größeren Anteil der Ausländer (27,1 Prozent bei den Zu- und 21,4 Prozent bei den Fortzügen) ein Wanderungsgewinn von 14 550 Ausländern und 11 260 Deutschen festgestellt, weit über die Hälfte der per Saldo Zugewanderten sind also Ausländer.

In den beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen konnte im Gegensatz zu den Flächenländern keine positive Wanderungsbilanz gezogen werden. Bremen glich mit einem Zuzugsüberschuß der ausländischen Bevölkerung in Höhe von 2160 Personen — der Anteil der Ausländer an den Zu- und Fortzügen betrug 26,5 bzw. 19,6 Prozent — den Fortzugsüberschuß der Deutschen (—2190) bis auf einen geringen Minussaldo von 30 Personen fast aus.

Auch in Hamburg — hier war das Wanderungsvolumen gut doppelt so groß wie in Bremen — wurde mit —220 ein fast ausgeglichener Saldo erreicht; bei dem von allen Ländern höchsten Ausländeranteil von 32,6 Prozent bei den Zuzügen und einem Anteil von 20,4 Prozent bei den Fortzügen betrug die Zunahme der Ausländer 7630 und die Abnahme der deutschen Bevölkerung 7850 Personen.

In bezug auf die natürliche Entwicklung ist in allen vier Ländern der gleiche Tatbestand festzustellen: hohen Sterbeüberschüssen der deutschen Bevölkerung stehen relativ hohe Geburtenüberschüsse der Ausländer gegenüber. Schleswig-Holstein mit einem Geborenenüberschuß von 1120 Ausländern und einem Sterbeüberschuß von 9710 Deutschen (insgesamt —8590) und Niedersachsen (+3910 Ausländer, —20 890 Deutsche = gesamt —16 980) haben mit 5,8 bzw. 6,6 Prozent einen gegenüber den Stadtstaaten relativ niedrigen Anteil an Ausländergeburten. In Bremen wurde mit einem Plussaldo von 770 Ausländern und einem Minussaldo von 3910 Deutschen bei einem Ausländeranteil von fast 15 Prozent ein Gesamtverlust von 3140 Personen festgestellt, während Hamburg mit einem Anteil von über 18 Prozent einen ausländischen Geburtenüberschuß von 2050 und einen deutschen Sterbeüberschuß von 13 090 (Gesamtverlust 11 040) registrierte. Der Anteil der gestorbenen Ausländer an den Sterbefällen insgesamt spielte in allen vier Küstenländern mit einem Wert zwischen 0,6 Prozent in den Flächenländern und 0,8 Prozent in Bremen sowie 1,1 Prozent in Hamburg hinsichtlich der Gesamtentwicklung keine Rolle.

Von den vier Küstenländern hatte lediglich Schleswig-Holstein sowohl bei der ausländischen als auch bei der deutschen Bevölkerung einen Zuwachs zu verzeichnen, der sich zusammen auf 7720 Personen belief. Der in Niedersachsen durch die Zunahme

an Ausländern (18 460) und die Abnahme an Deutschen (-9630) verbleibende Bevölkerungsgewinn von 8830 Personen bedeutet für die Flächenländer eine Gesamtzunahme von 16 550 Einwohnern.

In Hamburg und Bremen wurde mit +9680 bzw. +2930 bei den Ausländern und -20 940 bzw. -6100 bei den Deutschen ein Gesamtverlust von 14 430 Einwohnern festgestellt (Hamburg -11 260, Bremen -3 170) der, zusammen mit der Zunahme in den Flächenländern, zu einer bereits am Anfang erwähnten Gesamtveränderung von +2130 Einwohnern für die Region Norddeutschland führte.

Heinz Lohmann

Wieder mehr Ausländer-übernachtungen

In den ersten neun Monaten des Jahres 1980 hat die Zahl der Übernachtungen in den Hamburger Beherbergungsbetrieben gegenüber 1979 um fast vier Prozent zugenommen. Dieses gute Ergebnis ist überwiegend auf den verstärkten Zustrom ausländischer Gäste zurückzuführen, während die Übernachtungszahl der Besucher aus der Bundesrepublik stagnierte. Besonders von Reisenden aus Schweden, Großbritannien, Japan sowie den USA - für den Fremdenverkehr Hamburgs wichtige Länder - konnten im Vergleich zum Vorjahr mehr Übernachtungen verzeichnet werden.

Erich Walter

Zahl der Gefangenen leicht verringert

Zur Vollstreckung der strafgerichtlich verhängten Freiheitsstrafen verfügt Hamburg gegenwärtig über zwölf Vollzugsanstalten, in denen am 31. März dieses Jahres 1873 Strafgefangene und Sicherungsverwahrte einsitzen mußten, 1668 verbüßten Freiheitsstrafen, 183 Jugendstrafen und bei 22 Personen war Sicherungsverwahrung angeordnet. Gegenüber dem gleichen Stichtag des Vorjahres hat sich damit die Zahl der Einsitzenden um 41 oder zwei Prozent verringert.

Bei vier von zehn Strafgefangenen betrug die Dauer der Freiheits- oder Jugendstrafe bis zu einem Jahr, bei jeweils knapp einem Fünftel aller Einsitzenden lag die Strafdauer zwischen mehr als einem Jahr bis einschließlich zwei Jahren bzw. zwischen mehr als zwei bis einschließlich fünf Jahren und bei 17 Prozent betrug die Strafdauer mehr als fünf bis einschließlich fünfzehn Jahre. Lebenslängliche Freiheitsstrafen hatten 69 Personen zu verbüßen.

Vier von fünf Gefangenen waren vorbestraft, darunter mehr als zwei Fünftel fünfmal oder häufiger. Gut ein Drit-

tel aller Inhaftierten ist wegen Diebstahl und Unterschlagung verurteilt worden. Es folgen die wegen Raub und Erpressung (18 Prozent), wegen Straftaten gegen das Leben (zehn Prozent) und wegen Betrug und Untreue (sieben Prozent) Verurteilten.

Siebzig Prozent der Gefangenen waren 25 bis unter 45 Jahre alt. Lediglich neun hatten bereits das 65. Lebensjahr überschritten. Mehr als die Hälfte der Gefangenen war ledig, gut ein Viertel geschieden und ein Fünftel verheiratet. Fast jeder dritte Einsitzende hatte keinen festen Wohnsitz. Die Zahl der nichtdeutschen Straftäter belief sich auf 97.

Henry Köster

Hoher Anteil Hamburgs im Korea-Handel

Neben Japan und der Volksrepublik China entwickelt sich die Republik Korea immer mehr zu einem der wichtigsten Handelspartner in Fernost. 1979 wurden Waren im Wert von 1,44 Mrd. DM im Handel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea über den Hamburger Hafen geleitet. Das waren 28 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Mit einem Anteil von 46 Prozent am gesamten Warenverkehr der Bundesrepublik blieb Hamburg der wichtigste Umschlagplatz für die Abwicklung dieser Transporte. Bei der Einfuhr betrug der Anteil des Elbehafens sogar 56 Prozent.

Vom Import (insgesamt 919 Mio. DM) entfiel mehr als ein Drittel auf Strick- und Wirkwaren sowie Textilien. Doch auch bei elektrotechnischen Erzeugnissen und Lederwaren wurden nennenswerte Umsätze erzielt.

Auf der Exportseite dominierten eindeutig die Erzeugnisse des Maschinenbaus, auf die mehr als die Hälfte des gesamten Ausfuhrwertes entfielen. Daneben spielten vor allem die Verschiffungen von elektrotechnischen Waren, Kraftfahrzeugen und Luftfahrzeugen eine Rolle.

Kennzeichnend für den Außenhandel mit Korea ist das in beiden Verkehrsrichtungen hohe, im Laufe der letzten Jahre stark gestiegene Aufkommen an containerfähigen Gütern. So ist es nicht verwunderlich, daß die Transporte zwischen Hamburg und dem bedeutendsten Seehafen der Republik Korea (Pusan) zunehmend in Containern abgewickelt werden. 1979 betrug der Anteil der in Containern beförderten Waren bereits 90 Prozent.

Horst Schlie

Umsatzsteigerung im Verarbeitenden Gewerbe

Das Verarbeitende Gewerbe in Hamburg (Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Be-

schäftigten) erzielte von Januar bis September 1980 Umsätze in Höhe von über 26 Mrd. DM. Das waren nominal zwölf Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres 1979. Der Inlandsumsatz stieg dabei etwas stärker (plus zwölf Prozent) als der Auslandsumsatz (plus zehn Prozent). In fast allen Branchen ergaben sich im bisherigen Jahresverlauf bessere Ergebnisse als im Vorjahr. Besonders kräftig war der Aufschwung in der Grundstoff- und Produktionsgüterherstellung. Das hier erreichte Umsatzplus von nominal 18 Prozent beruhte vor allem auf Zunahmen in der Nichteisen-Metallerzeugung und in der Mineralölverarbeitung, war hier jedoch in besonderem Maße durch Preissteigerungen auf den Rohstoffmärkten beeinflusst.

Im Investitionsgütergewerbe betrug der Zuwachs 8,3 Prozent. Mit Ausnahme des Schiffbaus und der Elektrotechnik, deren Absatzwerte in etwa konstant blieben, verzeichneten die übrigen Zweige zum Teil recht beachtliche Umsatzerfolge. Am größten waren sie im Stahl- und Leichtmetallbau sowie in der Feinmechanik und Optik. Die Nahrungs- und Genussmittelhersteller vergrößerten ihre Umsätze insgesamt um gut drei Prozent. Die Steigerungsraten lagen im allgemeinen zwischen fünf und zehn Prozent über dem Vorjahresniveau, bei den Brauereien sogar um gut 20 Prozent darüber.

Nahezu unverändert war die Umsatzsituation im Verbrauchsgütersektor. Starke Einbußen im Textilgewerbe und im Bekleidungssektor wurden durch Absatzerfolge der Hersteller von Kunststoffwaren und von Musikinstrumenten, Spielwaren und Füllhaltern ausgeglichen.

Günther Neuß

Abwasser und Siele

Durch die hamburgischen Siedlungsgebiete strömten 1979 rund 175 Mio. m³ Abwasser, darunter nicht ganz acht Mio. m³ aus den Randgemeinden. Niederschlagswasser ist in diesen Zahlen enthalten. Von dem Gesamtaufkommen wurden mehr als 169 Mio. m³ in den fünf hamburgischen Klärwerken biologisch behandelt und frei von Schadstoffen überwiegend in die Elbe geleitet. In Hamburg stammten schätzungsweise 60 Mio. m³ Abwasser von Gewerbebetrieben. Aus Privathaushalten kamen etwa 107 Mio. m³; daraus errechnet sich eine Jahresmenge von rund 65 m³ pro Einwohner.

Ende 1979 waren für die Abwasserentsorgung 3064 km getrennte Schmutz- und Regenwassersiele und 1278 km gemischte Kanalisationsleitungen vorhanden. Während die Schmutz- und Regenwasserkanäle nach 1975 um etwa 210 km ausgebaut wurden, verringerte sich das Netz der Mischkanalisation in den letzten vier Jahren um nahezu 40 km.

Rüdiger Lenthe

oder ob das Etikett der „Stadtflucht“ in diesem Falle in unzutreffender Weise verwendet wird. Das erscheint dann gegeben, wenn man unter dem diskutierten Begriff auch die Wahl von Wohnstandorten durch Personen versteht, die sich für ein Leben und Arbeiten in einer bestimmten Stadtregion entschieden haben und lediglich innerhalb dieses Raumes entsprechend ihrer Präferenzskala, ihren persönlichen Kosten-Nutzen-Überlegungen und ihrer Stellung im Familienzyklus über administrative Grenzen hinweg den Wohnsitz wechseln.

Die dabei verwendeten Ansätze zur Untersuchung von Bevölkerungsbewegungen basieren nicht auf absoluten Werten wie etwa den jährlichen Fortzügen aus einem Gebiet, sondern auf Salden, z. B. der Differenz von Geborenen und Gestorbenen pro Raum und Jahr. Diese bilanzieren zwar Bewegungen, können über die der Saldierung zugrundeliegenden Größenordnungen selbst jedoch keine Feststellungen treffen. Die unterschiedlichen Ergebnisse zeigt folgende Gegenüberstellung:

Im betrachteten Zeitraum 1967 bis 1979 lag das höchste Jahresergebnis von Fortzügen aus Hamburg bei 85 304 im Jahr 1971. Die Summe der Fortzüge geht seither fast stetig zurück; sie lag z. B. bei 70 069 im Jahr 1975, 65 272 (1978) und 62 923 im Jahr 1979. Diese Rückgänge werden von den Wanderungssalden der Vergleichsjahre nicht in gleichem Maße widergespiegelt. Die entsprechenden Werte lauten: - 3756 (1971), - 3512 (1975), - 4579 (1978) und - 224 (1979). Wenn die weiteren Untersuchungen dennoch auf der Grundlage von Salden und nicht von absoluten Werten erfolgen, so geschieht das besonders deshalb, weil sich im betrachteten Zeitraum das Wanderungsvolumen (also Zuzüge plus Wegzüge) stark vermindert hat und mit den Fortzügen auch die Zuzüge nach Hamburg abgenommen haben, wodurch die Aussagekraft der Einzelentwicklung der Fortzüge stark relativiert wird.

Die weiteren Darstellungen zum gewählten Thema stellen - nach einem Blick auf vergleichbare Großstädte - neben dem Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg drei weitere, Hamburg einschließende, aber unterschiedlich definierte und abgegrenzte Umlandräume vor. Es handelt sich einmal um die „Region Hamburg“, die außer dem Gebiet der Kernstadt die schleswig-holsteinischen Kreise Herzogtum Lauenburg, Pinneberg, Segeberg und Stormarn sowie die niedersächsischen Landkreise Harburg und Stade umfaßt. Neben dieser größten verwendeten Raumeinheit wird zum weiteren der „Umkreis Hamburg“ betrachtet, der alle Gemeinden und hamburgischen Ortsteile im Abstand von 40 km um den Hamburger Rat-

hausmarkt einschließt und sich in fünf Entfernungszonen gliedert. Schließlich ist die Stadt Hamburg mit den an ihr Gebiet direkt angrenzenden neun schleswig-holsteinischen und vier niedersächsischen Nahbereichen unter der Bezeichnung „Nahraum Hamburg“ Gegenstand der Untersuchung (siehe Schaubild).

Bevölkerungsentwicklung Hamburgs und ausgewählter Großstädte

Hamburg hatte in den Jahren 1967 bis 1979 einen Bevölkerungsverlust von 176 561 Personen. Diese Gesamtveränderung ergibt sich aus

- den für Hamburg stets negativen, aber zum Teil stark differierenden Salden der Bevölkerungsveränderung in den 13 Jahren,
- den dabei unterschiedlichen, von 1968 bis 1979 immer gegenläufigen Bewegungen der Deutschen und Ausländer,
- den Salden der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungen (auch hier zu trennen nach Deutschen und Ausländern),
- der unterschiedlichen Entwicklung der Wanderungssalden zwischen verschiedenen Herkunfts- und Zielgebieten sowie auch hier von Deutschen und Ausländern.

Da sich dieser Beitrag mit Wanderungen befassen will, sind zunächst die Ergebnisse der natürlichen Bevölkerungsbewegung, also Geburten und Sterbefälle, aus der Rechnung zu eliminieren. Für Hamburg verbleiben danach von dem festgestellten Negativsaldo von 176 561 Personen für die Jahre von 1967 bis 1979 unterschiedliche, meist jedoch negative Wanderungssalden, die für die Gesamtzeit betrachtet einen Abwanderungsüberschuß von 59 212 Personen ergeben, während der viel höhere negative Überschuß der Gestorbenen über die Geborenen in der untersuchten Periode immerhin 117 349 Personen ausmacht. Die entsprechenden Zahlen für die zum Vergleich herangezogenen Großstädte lauten:

Stadt	Gestorbenen-Überschuß	Wanderungsgewinn(+) bzw. -verlust(-)
Berlin (West)	253 767	- 21 871
Hamburg	117 349	- 59 212
München	21 421	+ 141 629
Essen	31 509	- 45 931
Frankfurt/Main	24 059	- 61 502
Düsseldorf	26 779	- 74 298
Stuttgart	2 088	- 42 364

Die Übersicht zeigt durchgängig Überschüsse der Gestorbenen über die Geborenen in den Vergleichsstädten. Als Rest bleibt ein für die Städte - mit einer Ausnahme³⁾ - negativer Wanderungssaldo, dem jetzt weiter nachzugehen ist.

Wanderungssalden für Hamburg

Die Hansestadt Hamburg hatte in den 13 betrachteten Jahren elfmal einen negativen Wanderungssaldo, wobei in den beiden „Überschujahren“ 1969 und 1970 die Bewegung der Ausländer den Ausschlag für das positive Ergebnis lieferte.

Gliedert man die Wanderungen von Personen über Hamburgs Landesgrenzen nach Nationalitäten sowie nach Herkunfts- und Zielgebieten, so bietet sich nach Tabelle 1 folgender Überblick:

Hamburg hatte für den gesamten Zeitraum und jedes einzelne Jahr einen negativen Wanderungssaldo für Deutsche gegenüber dem „Rest der Welt“, während sich für Ausländer - mit Ausnahme der Jahre 1967, 1975 und 1976 Zuwanderungsüberschüsse ergaben.

Unterscheidet man weiter - um zu aussagefähigen Ergebnissen nach Herkunfts- und Zielgebieten zu gelangen - für die Deutschen nach den Wanderungsbeziehungen zu den sechs Randkreisen (Umlandwanderung) sowie den Fernwanderungen, so zeigt sich folgendes Bild:

- Die Umlandwanderung weist hohe jährliche Negativsalden für Hamburg aus (in der Größenordnung zwischen - 9284 Personen 1975 und - 16 261 Personen 1972).
- Die Fernwanderung bringt dagegen für die Hansestadt in der Mehrzahl der Jahre Zuwanderungsüberschüsse der Deutschen gegenüber dem „restlichen Bundesgebiet“, den Ländern außerhalb der Bundesrepublik sowie den ungeklärten Fällen.
- Die jährlichen Hamburger Wanderungsverluste gegenüber dem Umland übertreffen für die Deutschen die Gewinnsalden aus den Fernwanderungen.

Bei den Wanderungsrichtungen der Ausländer dominieren in allen Relationen und in fast allen Jahren die positiven Salden für Hamburg.

Wanderungsmotive

Zahlreiche Motivuntersuchungen von zu- und abgewanderten Personen, die deutsche Großstädte in den vergangenen zwei Jahrzehnten angestellt

³⁾ Der hohe positive Wanderungssaldo für München ist auf die beträchtlichen Zuzugsüberschüsse in den Jahren 1967 bis 1972 (+ 153 733) zurückzuführen.

Tabelle 1 Salden der Bevölkerungsbewegung für Hamburg

Merkmal \ Jahr	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
Bevölkerungsveränderung													
Deutsche	-13 033	-15 434	-20 052	-21 716	-25 151	-27 456	-30 663	-22 874	-17 368	-19 695	-21 001	-21 650	-20 941
Ausländer	- 1 682	+ 5 703	+14 288	+15 966	+13 132	+12 029	+16 070	+ 5 055	+ 949	+ 927	+ 2 726	+ 5 615	+ 9 679
Insgesamt	-14 715	- 9 731	- 5 764	- 5 752	-12 019	-15 407	-14 593	-17 819	-16 419	-18 768	-18 275	-16 035	-11 262
Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung													
Deutsche	- 426	- 3 328	- 7 232	- 9 485	- 9 978	-12 491	-14 299	-14 078	-15 050	-13 714	-13 388	-13 519	-13 087
Ausländer	+ 948	+ 998	+ 1 058	+ 1 314	+ 1 715	+ 1 928	+ 2 092	+ 2 322	+ 2 143	+ 2 015	+ 2 081	+ 2 063	+ 2 049
Insgesamt	+ 522	- 2 330	- 6 174	- 8 171	- 8 263	-10 563	-12 207	-11 756	-12 907	-11 699	-11 307	-11 456	-11 038
Wanderungssaldo													
Deutsche	-12 607	-12 106	-12 820	-12 233	-15 173	-14 945	-16 364	- 8 796	- 2 318	- 5 981	- 7 613	- 8 131	- 7 854
Ausländer	- 2 630	+ 4 703	+13 230	+14 652	+11 417	+10 101	+13 978	+ 2 733	- 1 194	- 1 088	+ 645	+ 3 552	+ 7 630
Insgesamt	-15 237	- 7 403	+ 410	+ 2 419	- 3 756	- 4 844	- 2 386	- 6 063	- 3 512	- 7 069	- 6 968	- 4 579	- 224
Wanderungssaldo insgesamt													
gegenüber sechs Randkreisen	-12 022	-11 958	-12 656	-12 787	-16 458	-16 163	-15 928	-11 912	- 8 654	- 8 914	-11 221	-11 108	-11 437
restliches Bundesgebiet	+ 948	+ 527	+ 79	- 664	- 1 315	- 2 125	- 3 666	+ 1 704	+ 3 621	+ 2 181	+ 1 909	+ 814	+ 777
außerhalb des Bundesgebiets	- 4 675	+ 3 570	+12 185	+14 955	+13 110	+10 827	+14 153	+ 1 959	- 1 876	- 1 260	+ 1 420	+ 4 929	+ 9 766
ungeklärt und ohne Angabe	+ 512	+ 458	+ 802	+ 875	+ 907	+ 2 617	+ 3 055	+ 2 186	+ 3 377	+ 932	+ 924	+ 786	+ 670
Insgesamt	-15 237	- 7 403	+ 410	+ 2 419	- 3 756	- 4 844	- 2 386	- 6 063	- 3 512	- 7 069	- 6 968	- 4 579	- 224
Wanderungssaldo der Deutschen													
gegenüber sechs Randkreisen	-12 915	-12 902	-13 742	-13 089	-16 093	-16 261	-16 015	-12 194	- 9 284	- 9 592	-11 539	-11 093	-11 175
restliches Bundesgebiet	+ 63	+ 190	- 470	- 1 010	- 1 663	- 2 412	- 3 910	+ 748	+ 2 808	+ 1 175	+ 1 415	+ 697	+ 976
außerhalb des Bundesgebiets	- 216	+ 216	+ 675	+ 1 135	+ 1 825	+ 1 729	+ 1 214	+ 779	+ 1 296	+ 1 677	+ 1 713	+ 1 623	+ 1 797
ungeklärt und ohne Angabe	+ 461	+ 390	+ 717	+ 731	+ 758	+ 1 999	+ 2 347	+ 1 871	+ 2 862	+ 759	+ 798	+ 642	+ 548
Deutsche zusammen	-12 607	-12 106	-12 820	-12 233	-15 173	-14 945	-16 364	- 8 796	- 2 318	- 5 981	- 7 613	- 8 131	- 7 854
Wanderungssaldo der Ausländer													
gegenüber sechs Randkreisen	+ 893	+ 944	+ 1 086	+ 302	- 365	+ 98	+ 87	+ 282	+ 650	+ 678	+ 318	- 15	- 262
restliches Bundesgebiet	+ 885	+ 337	+ 549	+ 346	+ 348	+ 287	+ 244	+ 956	+ 813	+ 1 006	+ 494	+ 117	- 199
außerhalb des Bundesgebiets	- 4 459	+ 3 354	+11 510	+13 060	+11 285	+ 9 098	+12 939	+ 1 180	- 3 172	- 2 945	- 293	+ 3 306	+ 7 969
ungeklärt und ohne Angabe	+ 51	+ 68	+ 85	+ 144	+ 149	+ 618	+ 708	+ 315	+ 515	+ 173	+ 126	+ 144	+ 122
Ausländer zusammen	- 2 630	+ 4 703	+13 230	+14 652	+11 417	+10 101	+13 978	+ 2 733	- 1 194	- 1 088	+ 645	+ 3 552	+ 7 630

haben, zeigen ein in etwa bundesweit übereinstimmendes Wanderungsverhalten:

- Die sogenannten Fernwanderungen sind überwiegend arbeitsplatzbedingt, das heißt eine Fernwanderung wird in erster Linie dann unternommen, wenn ein Arbeitsplatzwechsel vollzogen oder ein Ausbildungsplatz aufgesucht oder aufgegeben wurde.
- Bei den Nahwanderungen dominieren eindeutig die Motive zur Verbesserung der Wohnsituation. Man verbleibt in der Regel im Bereich des bisherigen großstädtischen Wohnortes, im urbanen Lebensraum, und behält häufig den Arbeitsplatz in der Kernstadt bei. Gesucht wird eine Wohnlage, eine Lebensumgebung, ein Gebäude, die den eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen besser entsprechen als die Gegebenheiten des bisherigen Standortes.

Bevölkerungsentwicklung im Stadt-Umland-Bereich Hamburgs

Erster Gegenstand der Untersuchung von Bevölkerungsbewegungen nach der Betrachtung des Stadtgebiets von Hamburg ist die räumlich und von der Bevölkerungszahl größte Einheit, die Region Hamburg mit über 2,8 Millionen Einwohnern. In dieser aus Hamburg sowie den vier schleswig-holsteinischen und zwei niedersächsischen Randkreisen gebildeten Raumeinheit gab es die in Tabelle 2 dargestellten Bevölkerungsveränderungen.

Die Region Hamburg hat also trotz der dargestellten negativen Salden beider Faktoren der Bevölkerungsbewegung ihres Teilgebiets Stadt Hamburg in acht von 13 betrachteten Jahren einen Einwohnerzuwachs erzielt und weist seit 1968 jährliche Wanderungsgewinne auf. Der Wanderungs-

Tabelle 2 Salden der natürlichen Bevölkerungsbewegung und Wanderungen in der Region Hamburg

Jahr	Geburten- überschuß(+) bzw. -defizit (-)	Wanderungs- gewinn(+) bzw. -verlust(-)
1967	+ 8 179	- 3 333
1968	+ 3 937	+ 9 941
1969	- 1 609	+ 19 564
1970	- 5 498	+ 23 695
1971	- 6 048	+ 23 417
1972	- 10 382	+ 18 743
1973	- 12 963	+ 22 337
1974	- 12 747	+ 9 947
1975	- 14 907	+ 7 705
1976	- 13 343	+ 4 814
1977	- 12 545	+ 8 982
1978	- 13 276	+ 10 491
1979	- 12 966	+ 16 186
1967 - 1979	- 104 168	+ 172 489

saldo von insgesamt + 172 489 Personen schließt den oben errechneten Abwanderungsüberschuß Hamburgs in Höhe von 59 212 mit ein, so daß die sechs Randkreise allein auf einen Wanderungsgewinn von 231 701 Personen kommen. Diese Entwicklung macht den Attraktivitätsüberschuß der Region Hamburg im ausgewählten Zeitraum deutlich, der auch durch den stark gewachsenen Wohnungsbestand⁴⁾ und die Zunahme der Zahl (sozialversicherungspflichtig) beschäftigten Arbeitnehmer in der Region Hamburg seit 1975⁵⁾ dokumentiert wird.

Die zweitgrößte Raumeinheit im Stadt-Umland-Gebiet mit einer Wohnbevölkerung von mehr als 2,6 Millionen unter Einschluß der Freien und Hansestadt Hamburg ist der durch den 40 km-Radius bestimmte Umkreis Hamburg. Durch die Aufgliederung in fünf Entfernungszonen um das Zentrum „Rathausmarkt Hamburg“ wird nicht nur eine Betrachtung der Bevölkerungsbewegung im Gesamt-raum, sondern auch eine Darstellung der unterschiedlichen Entwicklung in den einzelnen Zonen möglich. Der Überblick über sämtliche Bevölkerungsbewegungen im Umkreis Hamburg von 1967 bis 1979 zeigt – wie

Tabelle 3 Salden der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungen im Umkreis Hamburg
Hamburg u. Gemeinden bis 40 km

Jahr	Geburten- überschuß(+) bzw. -defizit (-)	Wanderungs- gewinn(+) bzw. -verlust(-)
1967	+ 7 110	- 1 819
1968	+ 2 999	+ 9 307
1969	- 2 079	+ 17 932
1970	- 5 569	+ 23 038
1971	- 6 046	+ 21 376
1972	- 10 106	+ 15 898
1973	- 12 323	+ 18 482
1974	- 12 169	+ 8 199
1975	- 13 990	+ 6 424
1976	- 12 468	+ 2 972
1977	- 11 886	+ 6 683
1978	- 12 446	+ 7 811
1979	- 12 145	+ 13 900
1967 - 1979	- 101 138	+ 150 205

⁴⁾ Geschätzter Zuwachs 1967 bis 1979: 285 000 Wohnungen.

⁵⁾ Frühere Angaben liegen nicht vor. Die Zahl der (sozialversicherungspflichtig) beschäftigten Arbeitnehmer in der Region Hamburg stieg von 1 022 837 (30. 9. 1975) auf 1 042 195 (30. 9. 1979) Personen.

bei der oben dargestellten Region Hamburg – ein Geburtendefizit seit 1969, gleichzeitig jedoch Wanderungsgewinne für alle betrachteten Jahre außer 1967; dies auch hier trotz der negativen Wanderungssalden des einbezogenen Teilgebiets Stadt Hamburg. Über die gesamte Zeit hinweg ergibt sich – im Vergleich zur räumlich größeren und bevölkerungsstärkeren Region Hamburg – ein etwas geringerer Überschuß der Zu- über die Fortzüge in Höhe von immerhin 150 205 Personen und für acht von 13 Jahren Bevölkerungszunahmen des Umkreises Hamburg insgesamt.

Die Aufgliederung dieser Entwicklung nach Entfernungszonen im Umkreis Hamburg zeigt folgendes Bild:

Entfernungszone	Wanderungs- gewinn(+) bzw. -verlust(-)	darunter mit Hamburg
bis 5 km	- 100 605	- 105 814
5 " 10 "	- 3 328	+ 29 587
10 " 20 "	+ 125 408	+ 153 891
20 " 30 "	+ 81 597	+ 55 586
30 " 40 "	+ 47 133	+ 22 729
Umkreis Hamburg	+ 150 205	+ 155 979

Danach ist als interessantes Ergebnis festzustellen, daß die Wanderungsverluste des gesamten Umkreises fast ausschließlich im engsten Innenstadtbereich von Hamburg auftreten. Hier liegen die Kernstadtprobleme der Hansestadt, die hamburgische Stadtentwicklungspolitik hat hier ihren wichtigsten Ansatzpunkt. Schon die – ebenfalls nur hamburgische Gebiet einschließende – Entfernungszone fünf bis zehn km hat für die Jahre 1967 bis 1979 ein fast ausgeglichenes Ergebnis, während die einzige „gemischte“ Zone (Hamburger Ortsteile und Umlandgemeinden) sowie die weiter vom Mittelpunkt entfernten Zonen durchweg deutlich positive Entwicklungen zeigen. Die Gemeinden des Umkreises Hamburg außerhalb der Kernstadt erzielten einen Wanderungsgewinn in Höhe von 209 402 Personen. Davon kamen allein 155 979 Einwohner aus Hamburg; der „Außengewinn“ betrug demnach 53 423 Personen. Betrachtet man den Nahraum Hamburg, bestehend aus Hamburg und den an die Stadt direkt angrenzenden 13 Nahbereichen der Nachbarländer, so ist dieser mit rund 2,15 Millionen Einwohnern kleiner als Region oder Umkreis Hamburg. Er bietet wegen der relativen Annäherung an die Einwohnerzahl Hamburgs ebenso wie die Entfernungszonen des Umkreises Hamburg einen guten Ein-

blick in Richtung und Intensität der Wanderungen.

Die Übersicht über die Entwicklung der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungen 1967 bis 1979 in Tabelle 4 zeigt das tendenziell für Region und Umkreis gleichgelagerte Bild: Geburtendefizite in der Größenordnung von knapp über 100 000 Personen und Wanderungsüberschüsse in elf der untersuchten 13 Jahre, wobei für den Nahraum allerdings nur in vier Jahren Zunahmen der Einwohnerzahlen verzeichnet werden konnten.

Der Nahraum hat von 1967 bis 1979 insgesamt einen positiven Wanderungssaldo von 54 229 Personen erzielt. Neben dem Wanderungsverlust Hamburgs in Höhe von 59 212 Personen besteht das Gesamtergebnis aus einem Wanderungsgewinn der 13 schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Nahbereiche von 113 441 Personen.

Tabelle 4 Salden der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungen im Nahraum Hamburg
Hamburg und
13 angrenzende Nahbereiche

Jahr	Geburten- überschuß(+) bzw. -defizit (-)	Wanderungs- gewinn(+) bzw. -verlust(-)
1967	+ 4 083	- 8 059
1968	- 608	+ 3 438
1969	- 3 895	+ 10 754
1970	- 6 660	+ 14 207
1971	- 6 832	+ 11 116
1972	- 10 188	+ 5 115
1973	- 12 278	+ 6 925
1974	- 11 891	+ 1 323
1975	- 13 235	+ 1 252
1976	- 11 856	- 2 322
1977	- 11 369	+ 95
1978	- 11 888	+ 2 392
1979	- 11 423	+ 7 993
1967 - 1979	- 106 824	+ 54 229

Die außerhamburgischen Gebiete des Nahraums haben dabei einen „Außen- und einen Innengewinn“: Ihre Einwohnerzuwächse kommen sowohl aus Hamburg als auch aus dem „Rest der Welt“.

Raumbilanzen 1967 bis 1979

Die dargestellte Bevölkerungsentwicklung im Stadt-Umland-Bereich Hamburgs führte in den 13 Jahren zu folgenden räumlichen Bevölkerungsschiebungen:

- Die Region Hamburg hatte insgesamt einen Wanderungsgewinn von 172 489 Personen. Die sechs Kreise außerhalb der Region Hamburg erzielten einen positiven Wanderungssaldo in Höhe von 231 701 Personen. Dieser setzt sich zusammen aus einem Wanderungsüberschuß gegenüber Hamburg von 161 198 Personen und einem „Außengewinn“ in Höhe von 70 503 Einwohnern.
- Im Umkreis Hamburg erzielten bei einem Wanderungsgewinn von 150 205 Personen die nichthamburgischen Teile in den Jahren 1967 bis 1979 einen Zuwanderungsüberschuß von 209 402 Personen. Davon kamen per Saldo 155 979 Einwohner aus Hamburg und 53 423 Personen aus den übrigen Gebieten („Außengewinn“).
- Für den Nahraum Hamburg ergab sich ein Wanderungsgewinn von 54 229 Personen. Dabei übertreffen in den direkt an Hamburg angrenzenden Nahbereichen die positiven Wanderungssalden von 113 441 Personen den Zuwanderungsüberschuß aus Hamburg (100 549 Einwohner); der „Außengewinn“ der ausgewählten Nahbereiche beläuft sich demnach auf 12 892 Personen.
- Hamburg in seinen administrativen Grenzen hatte einen Abwanderungsverlust per Saldo in Höhe von 59 212 Personen. Davon zogen 161 198

mehr Bürger in die Gemeinden der Region als daher kamen, 4790 Personen betrug der Wanderungsüberschuß gegenüber dem restlichen Bundesgebiet, 79 095 Personen gegenüber den Ländern außerhalb der Bundesrepublik und auf die ungeklärten Fälle entfielen 18 101 Personen zugunsten Hamburgs.

Fazit: Regionaler Bedeutungszuwachs mit „Kernstadtflucht“?

Die Zuwanderungsüberschüsse der Region, des Umkreises und des Nahraums Hamburg, die sämtlich das Gebiet der Kernstadt mit einschließen, belegen den Bedeutungszuwachs des Großraums Hamburg in den Jahren 1967 bis 1979. Besonders bei der Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung in den Entfernungszonen des Umkreises Hamburg wird deutlich, daß der Bürger hauptsächlich innerhalb des gewählten Raumes seine Standortentscheidungen trifft und sich dabei wohl an zentrumsnahen oder -fernen Gebieten orientiert, offensichtlich nicht jedoch an administrativen Grenzen.

Die Bürger Hamburgs und der Gemeinden seiner Umgebung haben in bestimmten Lebensabschnitten Entscheidungen hinsichtlich der Anpassung

ihrer Wohnsituation an die sich ändernden Gegebenheiten im Rahmen des Familienzyklus, der Familiengröße, des zur Verfügung stehenden Einkommens und weiterer Einflußfaktoren zu treffen. Sie werden bei Überlegungen über Änderung oder Nichtänderung des derzeitigen Wohnstandortes zwar immer ihre eigenen Kosten-Nutzen-Rechnungen und ihre persönlichen Präferenzen hinsichtlich der Entfernung zum Arbeitsplatz, zu Einkaufszentren, zu Kultur- und Freizeitgelegenheiten in ihr Entscheidungskalkül einbringen, normalerweise jedoch nicht die Überschreitung von Verwaltungsgrenzen als ein Problem ansehen. Für den Hamburger Privathaushalt ist damit beispielsweise nicht nur das Gebiet seiner Stadt, sondern ein in der Regel weit größerer Raum Entscheidungsobjekt für mögliche Standortveränderungen des Wohnens. Betrachten wir unter diesem Gesichtspunkt den urbanen Lebensraum Hamburg in einer der oben verwendeten Abgrenzungen und mit den festgestellten Bevölkerungsdaten, so wird zweierlei deutlich: einmal die fortbestehende und noch wachsende Bedeutung des vielseitigen Metropolraumes Hamburg, zum anderen die Feststellung einer negativen Bevölkerungsentwicklung der Kernstadt, die wichtiger Gegenstand der hamburgischen Stadtentwicklungspolitik ist.

Erhard Hruschka

Personalfluktuationsstatistik im öffentlichen Dienst

1 Allgemeine und methodische Vorbemerkungen

Von einem Ausnahmeexperiment im Rahmen der Personalstrukturstatistik 1968 einmal abgesehen, hat es erst die 1973 stattgefundene Novellierung des Finanzstatistischen Gesetzes vom 6. Juni 1960¹⁾ unternommen, als prinzipielle Neuerung auf dem Gebiet der amtlichen Personalstatistik eine Statistik des Personalwechsels einzuführen: Vorher auf rein komparativ-statistischer Basis organisiert, bekam die Personalstatistik nun eine dynamische Komponente zur Seite gestellt; das Personal wurde von da an nicht mehr allein in seinem Bestand, sondern in dreijährlichem Turnus²⁾ auch in seiner Bewegung, in Form von Zu- und Abgängen, empirisch untersucht. Die Zeit war reif dazu. Heute kann eine vorausplanende Personalpolitik nicht mehr auf Informationen über den durch die Personalfluktuationsstatistik entstehenden Personalersatzbedarf und auf eine Diagnose der Arbeitsplatzwechselursachen verzichten. Des weiteren spielen natürlich auch die rapide ansteigenden Ausbildungs- und Einarbeitungskosten für Mitarbeiter mit qualifizierten Arbeitsplätzen eine entscheidende Rolle, die die Personalverwaltungen bestrebt sein lassen nach dem Optimum zwischen Mobilität und Kontinuität zu suchen. Im Grunde genommen stellt das Problem des Personalwechsels keinesfalls ein Novum in der Wirtschaftsgeschichte dar: Man denke nur an das Gesellenwandern des Mittelalters.

Ständiges Programm der Personalfluktuationsstatistik bilden detaillierte Angaben über die Personalzu- und -abgänge nach ausgewählten Motiven kombiniert mit Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Geschlecht, ein Datenkomplex somit, der nicht sämtliche – so fehlen beispielsweise die Merkmale „ausgeübter Beruf“ sowie als Maß für die Belegschaftsstabilität die „Betriebszugehörigkeitsdauer“ – wohl aber sehr relevante, an eine aussagefähige Personalwechselstatistik zu stellende Sachanforderungen erfüllt. Für die Referenzperiode 1978/79 wurden darüber hinaus die staatlichen Aufgabenbereiche ermittelt, bei denen sich die Personalbewegungen schwerpunktmäßig abspielen.

Nachdem sich die erste den öffentlichen Dienst betreffende Personalfluktuationsstatistik gemäß Finanzstatistischem Gesetz auf die Zeitspanne vom 1. 7. 1975 bis 30. 6. 1976 erstreckte, bezog sich die hier in Rede stehende zweite auf den Zeitraum 1. 7. 1978 bis 30. 6. 1979. Die Registrierung der Personalbewegungen erfolgt immer über ein ganzes Jahr hinweg; wollte man kürzere Zeiträume zugrundelegen, bestünde die Gefahr, daß die Ergebnisse durch saisonal bedingte Schwankungen beeinflußt sein könnten. Beginn und Ende der Berichtsperioden stehen in Verbindung mit den Stichtagen der Personalbestandsstatistiken, was die Plausibilitätskontrolle der prozeßstatistischen Resultate erleichtert. Datenquelle war die maschinell gespeicherte und laufend fortgeschriebene Personalstrukturdatei des Senatsamtes für den Verwaltungsdienst, die aus den Abrechnungsbeständen der Lohn- und Gehaltsbänder gewonnen wird.

Entsprechend der Vielschichtigkeit des Untersuchungsobjekts sind auch die zu seiner Kennzeichnung in Theorie und Praxis geprägten Begriffsbildungen mannigfaltig: Personalfluktuationsstatistik, Personalwechsel, Arbeitsplatzwechsel, Arbeitnehmermobilität u. a. m. Die unterschiedlichen Bezeichnungen werden hier weitgehend synonym verwendet. Ihr Aussagegehalt ist ein doppelter, sie beinhalten die Abgangs- wie die Zugangsseite, was nicht ausschließt, daß bei separater Darlegung von Zu- und Abgängen die eine oder andere Bezeichnung ebenfalls benutzt wird. Im Fachschrifttum versteht man gelegentlich darunter nur die Personalabgänge, denen allerdings auch die Statistik ihr Hauptaugenmerk zuwendet. Zur Abgrenzung des Erhebungsbereichs wäre anzumerken, daß neben der Hoheitsverwaltung die öffentlichen Wirtschaftsbetriebe lt. Anhang zum hamburgischen Stellenplan (z. B. Staatsgüter, Großmärkte, Vereinigung städtischer Kinder- und Jugendheime e. V.) einbezogen worden sind. Beide zusammengefaßt ergeben den öffentlichen Dienst bzw. die öffentliche Verwaltung im Sinne der Statistik. Daraus wird allerdings insofern lediglich ein Ausschnitt repräsentiert, als die Personalwechselstatistik ausschließlich die Vollbeschäftigten zu Adressaten hat; nur am Rande erfolgt eine Berücksichtigung der Teilzeitbeschäftigten, nämlich dann, wenn diese in ein Vollbeschäftigungsverhältnis überwechseln (Zugang) oder umgekehrt, wenn aus dem Kreise der Vollbeschäftigten Bedienstete ausscheiden, weil sie nur noch Teilzeitarbeit verrichten möchten.

Die gesamte Verwaltung Hamburgs wurde als ein Betrieb und als eine einzige Berichtsstelle aufgefaßt. Alle internen Personalbewegungen, wie etwa Übergänge von einer Behörde zur anderen, gehörten demzufolge zum innerbetrieblichen Arbeitsplatzwechsel, sie blieben von der Erhebung grundsätzlich ausgespart. Gezählt wurden die Ab- und Zugänge, die den Personalbestand der Berichtsstelle im ganzen veränderten.

2 Ergebnisse

Der Personalbestand des öffentlichen Dienstes ist eine sog. offene Gesamtheit. Er ist im Zeitablauf ständig Zugängen (Neueinstellungen von Arbeitnehmern, Beamten und Richtern) und Abgängen (Beendigung des Dienstverhältnisses) ausgesetzt, die ihn, je nachdem was überwiegt, verringern oder vergrößern und seine strukturelle Zusammensetzung verändern können. Am 30. 6. 1978 bestand Hamburgs Personalausstattung einschließlich der genannten Wirtschaftsbetriebe u. a. aus rund 89 500 vollbeschäftigten Bediensteten.

Mehr Kommen als Gehen im öffentlichen Dienst

Der öffentliche Dienst ist bekanntermaßen ein sicherer und krisenfester Arbeitsbereich. Aber auch dort herrscht ein reges Kommen und Gehen, wobei das Kommen dominiert. So übertrafen 1978/79 die Zugänge im Personalbestand der Hansestadt dessen Abgänge.

Von den während zwölf Monaten insgesamt gezählten rund 19 400 Fluktuationsfällen entfielen rund 8300 auf Abgänge, aber rund 11 000 auf Zugänge. Exakter ausgedrückt: Der Personalbestand wurde im Berichtsjahr um netto 2704 Bedienstete aufgestockt, ein Ergebnis, das methodisch erstmals voll mit der Differenz zwischen den entsprechenden Stichtagszahlen (30. 6. 1978 und 30. 6. 1979) aus der Personalstandstatistik abgestimmt ist. Was die Fluktuationszahlen besagen, wird viel klarer, wenn man sie am Personalbestand mißt (30. 6. 1978). Danach sind 9,4 Prozent aller hauptberuflich Vollbeschäftigten ausgeschieden; gleichzeitig sind jedoch 12,5 Prozent in die öffentliche Verwaltung neu eingetreten. Der Saldo dieser beiden Bewegungsmassen gibt den Zugängen mit 3,1 Prozentpunkten ein deutliches Übergewicht. Unzweifelhaft ist es in Anbetracht von Kosteneffekten ein für die staatliche Personalwirtschaft unbe-

¹⁾ Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Finanzstatistik vom 12. Juli 1973, BGBl. I, S. 773.

²⁾ Periodizität durch 1. Statistikbereinigungsgesetz vom 14. März 1980, BGBl. I, S. 294, von drei auf sechs Jahre verlängert.

Tabelle 1 **Personalfluktuations von Vollbeschäftigten im öffentlichen Dienst vom 1. Juli 1978 bis 30. Juni 1979 nach Dienstverhältnis, Laufbahngruppe und Geschlecht**

Dienstverhältnis Laufbahngruppe Geschlecht	Personalabgänge		Personalszugänge		Saldo	
	Anzahl	in % des jeweiligen Personalbestands	Anzahl	in % des jeweiligen Personalbestands	Anzahl	in % des jeweiligen Personalbestands
Beamte und Richter						
höherer Dienst	1 557	10,6	1 801	12,5	+ 244	+ 1,7
gehobener Dienst	304	3,0	359	3,5	+ 55	+ 0,5
mittlerer Dienst	407	3,1	914	7,0	+ 507	+ 3,9
einfacher Dienst	10	4,8	-	-	- 10	- 4,8
Zusammen	2 278	6,0	3 074	8,1	+ 796	+ 2,1
davon männlich	1 423	5,1	1 850	6,6	+ 427	+ 1,5
weiblich	855	8,9	1 224	12,7	+ 369	+ 3,8
Angestellte						
höherer Dienst	576	15,8	701	19,3	+ 125	+ 3,4
gehobener Dienst	450	6,8	458	6,7	- 12	- 0,2
mittlerer Dienst	3 263	12,4	4 424	16,8	+ 1 161	+ 4,4
einfacher Dienst	681	27,2	1 018	40,7	+ 337	+ 13,5
Zusammen	4 970	12,7	6 581	16,8	+ 1 611	+ 4,1
davon männlich	1 843	10,9	2 248	13,3	+ 405	+ 2,4
weiblich	3 127	14,1	4 333	19,5	+ 1 206	+ 5,4
Arbeiter						
Zusammen	1 091	9,2	1 388	11,8	+ 297	+ 2,5
davon männlich	744	8,0	1 003	10,8	+ 259	+ 2,8
weiblich	347	13,8	385	15,3	+ 38	+ 1,5
Insgesamt						
Zusammen	8 339	9,4	11 043	12,5	+ 2 704	+ 3,1
davon männlich	4 010	7,4	5 101	9,4	+ 1 091	+ 2,0
weiblich	4 329	12,6	5 942	17,3	+ 1 613	+ 4,7

dingt in das Kalkül einzubeziehender Tatbestand, wenn durchschnittlich beinahe jeder zehnte Bedienstete seinen Arbeitsplatz aufgegeben hat. Denn bei der Beendigung des Dienstverhältnisses aus welchen Gründen auch immer, der Anwerbung und Einstellung einer Ersatzkraft, der Einarbeitung usw. fallen je nach Qualifikation der Bediensteten mehr oder weniger hohe Kosten an.

Abgangs- wie Zugangsfrequenz der Frauen wesentlich höher als die der Männer

Nachfolgende differenzierte Betrachtung der Gesamtdurchschnitte dient der strukturellen Untersuchung der Personalfluktuations. Als erster Schritt in dieser Richtung sollen die Ergebnisse unterteilt nach dem Geschlecht analysiert werden.

Es zeigt sich, daß der Arbeitsplatzwechsel bei der weiblichen Belegschaft den bei der männlichen absolut und relativ übersteigt, was an und für sich nicht überrascht, da junge Frauen ja infolge Mutterschaft und Familienbetreuung aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden und unter Umständen später erneut eine berufliche Tätigkeit aufnehmen; erstere hatte rund 10 300 Personalwechselfälle zu verzeichnen, letztere rund 9100. Die Fluktuationskennzahlen – Ab- und Zugänge in Prozent des zutreffenden Personalbestands – demonstrieren einen noch sehr viel augenfälligeren Geschlechterunterschied.

So betrug der Abstand der Abgangsfrequenz der Frauen von der der Männer 5,2 Prozentpunkte und das Gegenstück, die Zugangsfrequenz, hatte ein um 7,9 Prozentpunkte höheres Niveau. Das führte dazu, daß sich der Bestand an männlichem Personal nur um 2,0 Prozent, der an weiblichem Personal dagegen um 4,7 Prozent ausweitete. Diese Divergenz im Fluktuationsgrad von weiblichen und männlichen Angehörigen des öffentlichen Dienstes stellt kein einmaliges Phänomen dar, sie war vielmehr schon anläßlich der zwei vorangegangenen Erhebungen eindeutig zu konstatieren. Die mehr speziellen Erklärungsgründe hierfür sind bei den diversen Arbeitsplatzwechselursachen zu suchen, auf die noch näher eingegangen wird. Zuvor jedoch ein Blick auf die Merkmale „Dienstverhältnis“ und „Laufbahngruppe“, die das Fluktuationsgefüge ebenfalls in charakteristischer Weise prägen.

Merklich geringere Abgangsintensität bei der Beamten- und Richterschaft

Die Bediensteten der Freien und Hansestadt Hamburg gliedern sich in vier Statusgruppen: Beamte, Richter, Angestellte und Arbeiter. Während Beamte und Richter je für sich in einem besonderen öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis zum Dienstherrn stehen, werden Angestellte und Arbeiter als Arbeitnehmer aufgrund eines privatrechtlichen Arbeitsvertrages

beschäftigt. Dessen ungeachtet wird der Begriff „Arbeitnehmer“ hier für alle vier Statusgruppen gemeinsam verwendet. Die Beamten und Richter werden zu einer Gruppe zusammengefaßt, da die Anzahl der Richter zu klein ist.

Das Gesamtkollektiv der gut 19 000 Personalwechselfälle verteilt sich zu 59,6 Prozent auf Angestellte, zu 27,6 Prozent auf Beamte und Richter sowie zu 12,8 Prozent auf Arbeiter. Die echte Abstufung nach dem Dienstverhältnis ergibt sich aber aus den Fluktuationskennzahlen, weil erst sie den eigentlichen Vergleich ermöglichen. Danach herrscht bei den Angestellten mit einer Intensität von 12,7 Prozent die stärkste Abgangsmobilität, die Arbeiter nehmen mit 9,3 Prozent eine mittlere Position ein, während bei den Beamten und Richtern sich die Verhältnisse mit 6,0 Prozent naturgemäß als relativ stabil erwiesen. Analog gestaltet sich die Reihenfolge der Zugangsintensitäten. Auch diese festgestellten graduellen Unterschiede in den Frequenzen sind offensichtlich keine vorübergehende Erscheinung, denn die früheren Zählungen beweisen ihre weitgehende Konstanz. Am frappantesten weicht die Fluktuations der Beamten und Richter von der der zwei anderen Statusgruppen nach unten ab. Das ist natürlich zu einem Gutteil auf die spezielle Rechtsnatur ihrer Dienstverhältnisse zurückzuführen: der typische Beamte ist eben Beamter auf Lebenszeit. Wird innerhalb des Dienstverhältnisses noch das Geschlecht zur Unterteilung herangezogen, dann erhärtet sich die oben schon getroffene Feststellung von überproportionaler Personalbewegung bei den Frauen dadurch, daß diese durchweg in sämtlichen Statusgruppen auftritt, und zwar am ausgeprägtesten bei den weiblichen Angestellten: Jede siebente unter ihnen hat 1978/79 ihren Arbeitsplatz aufgegeben und jede fünfte wurde neu eingestellt.

Überdurchschnittliche Fluktuationsquoten im höheren Dienst

Zur Untersuchung der Frage, ob der Arbeitsplatzwechsel eventuell auch etwas mit der unterschiedlichen Qualifikation des Personals zu tun hat, stehen nach Laufbahngruppen gegliederte Resultate zur Verfügung.

Eine Beamtenlaufbahn umfaßt alle Ämter derselben Fachrichtung, welche die gleiche Vorbildung und Ausbildung voraussetzen; zur Laufbahn gehören auch Vorbereitungsdienst und Probezeit. Die Laufbahnen sind der Laufbahngruppe des einfachen, des mittleren, des gehobenen oder des höheren Dienstes zugeordnet. Eine Einteilung der Angestellten in Laufbahngruppen gibt es hingegen nicht, sie werden aber ihrer Funktion gemäß weitgehend den Beamten vergleichbar

eingestuft, so daß bestimmte Vergütungsgruppen mit den Besoldungsgruppen einer Beamtenlaufbahn korrespondieren (§ 11 BAT). Bei den Arbeitern schließlich kennt man diese Klassifizierung überhaupt nicht.

Während mittlerer und gehobener Dienst bei den Beamten nahezu den gleich niedrigen Anteil von Abgängen an ihrem jeweiligen Personalbestand ausweisen und im Vergleich dazu der einfache Dienst auch nicht völlig aus dem Rahmen fällt, bietet der höhere Dienst ein davon abweichendes Bild: dessen Fluktuationsquote erreicht gegenüber der des mittleren wie gehobenen Dienstes ein mehr als dreieinhalbmal so hohes Niveau. Diese anomale Beamtenaustrittsrate hat ihren Grund in der Abgrenzung des erfaßten Personalwechsels. Es sind nämlich u. a. einbezogen Rechtsreferendare, Studienreferendare, Baureferendare, die als Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst stehen; ihr Beamtenverhältnis endet kraft ausdrücklicher Regelung im Zusammenhang mit der Ablegung der vorgeschriebenen Prüfung. Ihre spätere Neueinstellung wird andererseits als Zugang registriert. Neben den Beamten haben auch die Angestellten im höheren Dienst eine überhöhte Fluktuationsrate. Dies ist hauptsächlich dadurch bedingt, daß die Fluktuation der Medizinalassistenten, die ihre Ausbildung mit dem Staatsexamen abschließen, und der angestellten Assistenzärzte, die nach Sammlung klinischer Erfahrungen eine Allgemein- oder Facharztpraxis übernehmen, definitionsgemäß mitberücksichtigt wurde. Bemerkenswert ist weiter die Tatsache, daß gut jeder vierte Angestellte im einfachen Dienst ausgeschieden ist. Hierbei dürften eine Rol-

le spielen die zahlreichen Angestellten mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen, ferner das besonders fluktuationsanfällige nicht examinierte Krankenpflegepersonal, das ebenfalls oft nur aushilfsweise beschäftigt wird. Die Abgänge mit den Zugängen bilanziert ergeben Einstellungsüberschüsse in allen Laufbahngruppen, außer bei den Beamten des einfachen sowie den Angestellten des gehobenen Dienstes. Den schwächsten Überschuß erzielte bei der Beamtenschaft die gehobene, bei der Angestelltenschaft die höhere Laufbahngruppe.

Männliche Beamte zeichnen sich durch die längste, weibliche Angestellte durch die kürzeste durchschnittliche Beschäftigungsdauer aus

Wie eingangs bereits kurz erwähnt, fehlt das Merkmal „Betriebszugehörigkeitsdauer“ oder „Beschäftigungsdauer“ im Programm der Personalfluktuationsstatistik. Um trotzdem einen ungefähren Anhaltspunkt für die Größenordnung der Zeitspanne zwischen Beginn und Ende des Arbeitsverhältnisses als Indikator für das Arbeitsplatzwechselgeschehen und die Belegschaftsstabilität gewinnen zu können, wurde behelfsweise eine Kennzahl zur Berechnung der mittleren Verweildauer³⁾ herangezogen. Als Schätzergebnis kam heraus, daß die männlichen Beamten mit 17,2 Jahren durchschnittlich die längste, die weib-

$$^3) \bar{d} = \frac{2 \bar{b} (\bar{t} - 1)}{A + E}$$

\bar{d} = durchschnittliche Verweildauer
 \bar{b} = durchschnittlicher Personalbestand
 A = Zahl der Personalabgänge
 E = Zahl der Personalzugänge

lichen Angestellten mit 6,0 Jahren dagegen durchschnittlich die kürzeste Beschäftigungsspanne beim öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg hatten. Die Betriebszugehörigkeitsdauer sämtlicher vollbeschäftigten Bediensteten betrug im Mittel 9,2 Jahre, die aller Beamten und Richter 14,1 Jahre, die der Arbeiter 9,5 Jahre und die der Angestellten 6,8 Jahre. Männliches Personal hatte im Durchschnitt eine 11,9jährige Beschäftigungsspanne, weibliches eine 6,7jährige Beschäftigungsspanne zu verzeichnen. Stellt man diese Ergebnisse den Abgangsdaten gegenüber, zeigt sich, daß beide Indikatoren negativ miteinander korreliert sind, mit anderen Worten, ihre Tendenz ist gegenläufig: je länger die ausgewiesene mittlere Betriebszugehörigkeitsdauer, desto niedriger die korrespondierende Abgangsrate und umgekehrt.

Zahlreiche direkte Ursachen für den Personalwechsel

Eine zweckrationale, auf Kontrolle und Beeinflussung der Arbeitsplatzwechselvorgänge sowie deren Folgen ausgerichtete Personalpolitik ist auf mehr als die statistische Erfassung der Fluktuationsfrequenzen angewiesen. Hohe Fluktuationszahlen können ein Warnsignal für die Personalleitung sein, daß im betrieblichen Organismus etwas nicht stimmt. Um optimale Maßnahmen zur Steuerung des Personalwechsels hinsichtlich seines Ausmaßes und seiner Wirkungsrichtung ergreifen zu können, müssen aber vor allem die Personalwechselfaktive diagnostizierbar sein. So kommt es nicht von ungefähr, daß der Verursachungs-

Tabelle 2 Personalfluktuation von Vollbeschäftigten im öffentlichen Dienst vom 1. Juli 1978 bis 30. Juni 1979 nach Verursachungsgründen und Dienstverhältnis

Verursachungsgrund des Personalab- bzw. Personalzugangs	Beamte und Richter		Angestellte		Arbeiter		Insgesamt	
	Anzahl	in % der Ab- bzw. Zugänge	Anzahl	in % der Ab- bzw. Zugänge	Anzahl	in % der Ab- bzw. Zugänge	Anzahl	in % der Ab- bzw. Zugänge
Personalabgänge insgesamt	2 278	100	4 970	100	1 091	100	8 339	100
davon vor Erreichen einer Altersgrenze	1 936	85,0	4 258	85,7	917	84,1	7 111	85,3
davon durch Tod	62	2,7	98	2,0	53	4,9	213	2,6
durch vorzeitige Dienst-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit	154	6,8	186	3,8	93	8,5	435	5,2
durch Wechsel von Voll- in Teilzeitbeschäftigung	41	1,8	184	3,7	35	3,2	260	3,1
durch Beendigung des Dienstverhältnisses zum Dienstherrn	1 679	73,7	3 788	76,2	736	67,5	6 203	74,4
dar. durch Wechsel zu anderen öffentlichen Dienstherrn	165	7,2	111	2,2	5	0,5	281	3,4
nach Erreichen einer Altersgrenze	342	15,0	712	14,3	174	15,9	1 228	14,7
Personalzugänge insgesamt	3 074	100	6 581	100	1 388	100	11 043	100
dar. durch Wechsel von anderen öffentlichen Dienstherrn	371	12,1	766	11,7	47	3,4	1 186	10,7
durch Wechsel von Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung	19	0,6	152	2,3	50	3,6	221	2,0

komplex das konstitutive Hauptstück der Fluktuationsstatistik bildet.

Die für die Statistik systematisierten Abgangsgründe basieren auf einer Einteilung in zwei Obergruppen: Abgänge vor Erreichen einer Altersgrenze – Abgänge nach Erreichen einer Altersgrenze. Intern wurden diese beiden Obergruppen noch weiter differenziert nach biologischen und nichtbiologischen Ausscheidungsgründen. Zu ersteren, also den naturbedingten Anlässen zur Beendigung des Dienstverhältnisses, zählen das Ableben, die vorzeitige Dienst-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit und das Erreichen einer Altersgrenze schlechthin. Zu den nichtbiologischen Faktoren rechnet die Beendigung des Dienstverhältnisses zur Berichtsstelle infolge Versetzung, dauerhafter Abordnung, Entlassung, Kündigung, Fristablauf bei Zeitverträgen, Beendigung des Ausbildungsverhältnisses bei gleichzeitigem Weggang von der Berichtsstelle: dies gilt auch dann, wenn der Auszubildende nach Abschluß der Ausbildung kraft ausdrücklicher Regelung ausscheidet und später beim bisherigen oder einem anderen Dienstherrn neu eingestellt wird (z. B. Rechtsreferendare). Sodann gehört noch hierzu die Übernahme eines bisher Vollbeschäftigten in ein Teilbeschäftigtenverhältnis innerhalb der Berichtsstelle.

Bei den Personalzugängen wurde danach gefragt, ob ein Wechsel von einem Teilzeit- in ein Vollzeitbeschäftigtenverhältnis bei der gleichen Berichtsstelle vorliege oder ob es sich um einen Zugang von einem anderen Dienstherrn (Bund, Land, Gemeinde, rechtlich selbständiges öffentliches Wirtschaftsunternehmen, sonstiger öffentlicher Arbeitgeber) oder um sonstige Zugänge (Neueinstellung von Kräften außerhalb des öffentlichen Dienstes auch zum Zweck der Ausbildung) handle.

Die zu erfassenden Fluktuationsmotive waren derart definiert, daß sie sich weitgehend aus den Sachvorgängen heraus objektiv feststellen ließen. Auf spezielle Austritts- oder Einstellungsinterviews seitens der Personalabteilungen konnte infolgedessen verzichtet werden.

Das meiste Personal scheidet vor Erreichen einer Altersgrenze aus

Tabelle 2 vermittelt eine verblüffende Erkenntnis: die Dominanz der Personalabgänge, die sich vor dem Erreichen einer Altersgrenze ereignen. Das ist deshalb auf den ersten Blick erstaunlich, weil doch nach allgemeiner Vorstellung nicht das Ausscheiden vor, sondern nach Überschreitung der Altersgrenze eigentlich den Normalfall darstellen müßte. Stattdessen entfallen von den insgesamt 8339 Abgängen 7111 oder 85,3 Prozent auf die Fälle

vor Erreichen einer Altersgrenze und nur 1228 Fälle bzw. 14,7 Prozent auf die nach Erreichen einer Altersgrenze. Zum großen Teil ist das mit der strukturellen Zusammensetzung der erfaßten Fluktuationsfälle erklärbar. Die Masse davon hat nämlich zum Abgangsgrund die Beendigung ihres Dienstverhältnisses zum Dienstherrn, worunter wiederum der Fristablauf bei Zeitverträgen sowie die Beendigung des Dienstverhältnisses kraft ausdrücklicher Regelung mit Abschluß der Ausbildung (z. B. Rechtsreferendare) die Hauptrolle spielen dürften. Daneben fallen noch besonders fluktuationsanfällige Beschäftigungsbereiche, wie der Krankenpflagedienst, ins Gewicht. Auch die früheren statistischen Erhebungen hatten in ihren Ergebnissen diese starke Disproportion zwischen den Personalabgängen vor und nach Erreichen einer Altersgrenze herausgestellt.

Verhältnismäßig wenig Personalabgänge vor Erreichen einer Altersgrenze aus naturbedingten Anlässen

Beinahe neun von zehn Abgängen aus dem öffentlichen Dienst Hamburgs vor Erreichen einer Altersgrenze sind der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses mit dem Dienstherrn zuzuschreiben; zuzüglich der 3,1 Prozent, die den Wechsel von der Voll- zur Teilzeittätigkeit ausmachen, ist es sogar ein Prozentanteil von 91, der von den diversen nichtbiologischen Ursachen gestellt wird. Das Gegenstück, die biologischen oder natürlichen Ursachen, kommen insgesamt 648 mal vor, was einer Quote von lediglich neun Prozent entspricht. Noch bevor eine der gesetzlichen Altersgrenzen

erreicht wurde, starben 1978/79 213 Bedienstete (3,0 Prozent); 435 (6,1 Prozent) wurden wegen chronischer Erkrankung oder Unfall vorzeitig dienst-, berufs- bzw. erwerbsunfähig. Zwar schieben sich je nach gegebenem Dienstverhältnis diese oder jene Abgangsmotive mehr in den Vordergrund, von Totalabweichungen im Verursachungsgefüge kann jedoch keinesfalls die Rede sein. Im Falle der Unterscheidung „vor oder nach Erreichen einer Altersgrenze“ liegen die Mobilitätsanteile von Beamten/Richtern, Angestellten und Arbeitern sogar nahezu auf gleichem Niveau. Hingegen ist die Streubreite der Abgänge aus natürlichen Anlässen (Tod, vorzeitige Dienst-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit) ausgeprägter: Bezogen auf die Personalabgänge vor Erreichen einer Altersgrenze hatten die Angestellten mit 6,7 Prozent hier die niedrigste, die Arbeiter mit 15,9 Prozent die höchste Frequenz zu verzeichnen, die Beamten liegen mit 11,2 Prozent im Mittelfeld.

Neun von zehn Frauen scheiden vor Erreichen einer Altersgrenze aus

Signifikante Unterschiede bestehen bei den Fluktuationszahlen des männlichen und weiblichen Personals. Absolut wie relativ betrachtet übertreffen zunächst die Abgänge weiblicher Bediensteter vor Erreichen einer Altersgrenze die der Männer um einiges. Im Endeffekt scheiden neun von zehn Frauen ganz aus den Diensten der Hansestadt aus, bevor sie eine Altersgrenze erreicht haben. Dabei spielen biologische Gründe eine völlig untergeordnete quantitative Rolle (4,7 Prozent), ganz im Gegensatz zu den Männern (14,5 Prozent).

Tabelle 3 Personalfluktuations von Vollbeschäftigten im öffentlichen Dienst vom 1. Juli 1978 bis 30. Juni 1979 nach Verursachungsgründen und Geschlecht

Verursachungsgrund des Personalab- bzw. Personalzugangs	Männliches Personal		Weibliches Personal	
	Anzahl	in % der Ab- bzw. Zugänge	Anzahl	in % der Ab- bzw. Zugänge
Personalabgänge insgesamt	4 010	100	4 329	100
davon vor Erreichen einer Altersgrenze	3 221	80,3	3 890	89,9
davon durch Tod	172	4,3	41	0,9
durch vorzeitige Dienst-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit	294	7,3	141	3,3
durch Wechsel von Voll- in Teilzeitbeschäftigung	37	0,9	223	5,2
durch Beendigung des Dienstverhältnisses zum Dienstherrn	2 718	67,8	3 485	80,5
dar. durch Wechsel zu anderen öffentlichen Dienstherrn	157	3,9	124	2,9
nach Erreichen einer Altersgrenze	789	19,7	439	10,1
Personalzugänge insgesamt	5 101	100	5 942	100
dar. durch Wechsel von anderen öffentlichen Dienstherrn	573	11,2	613	10,3
durch Wechsel von Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung	40	0,8	181	3,0

Tabelle 4 Personalabgänge von Vollbeschäftigten im öffentlichen Dienst vom 1. Juli 1978 bis 30. Juni 1979 nach Altersgrenzen, Altersstufen, Geschlecht und Dienstverhältnis

Altersgrenze — Altersstufe	Personalabgänge						davon					
	zusammen		davon				Beamte und Richter		Angestellte		Arbeiter	
			männliches Personal		weibliches Personal							
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Abgänge nach Erreichen einer Altersgrenze davon	1 228	100	789	100	439	100	342	100	712	100	174	100
allgemeine Altersgrenze (65. Lebensjahr und später)	233	19,0	174	22,1	59	13,4	84	24,6	116	16,3	33	19,0
vor der allgemeinen Altersgrenze auf Antrag	909	74,0	530	67,2	379	86,3	175	51,2	593	83,3	141	81,0
davon im Alter von ... bis unter ... Jahre												
60 - 61	267	21,7	-	-	267	60,8	-	-	225	31,6	42	24,1
61 - 62	25	2,0	-	-	25	5,7	-	-	23	3,2	2	1,1
62 - 63	178	14,5	132	16,7	46	10,5	97	28,4	71	10,0	10	5,7
63 - 64	367	29,9	341	43,2	26	5,9	42	12,3	245	34,4	80	46,0
64 - 65	72	5,9	57	7,2	15	3,4	36	10,5	29	4,1	7	4,0
Besondere Altersgrenze (60. Lebensjahr und darunter)	86	7,0	85	10,8	1	0,2	83	24,3	3	0,4	-	-

Ein Übergang von der Voll- zur Teilzeitbeschäftigung kommt unter den Frauen rund sechs mal so häufig vor wie unter den Männern. Die stärkste Bedeutung hat die Beendigung des Dienstverhältnisses zum Dienstherrn z. B. durch Versetzung, Entlassung, Kündigung oder Zeitablauf. In 2718 Fällen, das sind gut vier Fünftel der Personalabgänge vor Erreichen der Altersgrenze, endete das Dienstverhältnis aus besagtem Grunde bei den Männern, aber in 3485 Fällen, was neun Zehnteln der Personalabgänge vor Erreichen der Altersgrenze entspricht, bei den Frauen. Persönliche, familiäre Motive dürften bei der Mehrheit der Mitarbeiterinnen ausschlaggebend gewesen sein, die auf eigenen Entschluß hin den Staatsdienst quittiert haben. Zunächst ledig, dann jung verheiratet, arbeiten viele Frauen bis zur Geburt ihres ersten Kindes, scheiden ihrer Mutterpflichten und Hausfrauenaufgaben wegen aus dem Arbeitsleben aus und nehmen vielleicht irgendwann wieder die Berufstätigkeit auf.

Nur 1,4 Prozent der Beschäftigten schied altershalber aus

Zur neuerdings immer wieder in der öffentlichen Diskussion in Verbindung mit dem Schlagwort „flexible Altersgrenze“ erhobenen Forderung der vorzeitigen Zurrücksetzung zwecks Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze sind die Resultate der Personalwechselstatistik, die den Aspekt der Altersgrenzen berücksichtigen, besonders informativ. Im Tabellenprogramm wurde deshalb der Abgangsgrund „nach Erreichen einer Altersgrenze“ so zerlegt, daß zwischen den Abgängen nach

Überschreiten der allgemeinen Altersgrenze (65. Lebensjahr und später) und denen nach Überschreiten der besonderen Altersgrenze (60. Lebensjahr und darunter) sowie den Abgängen vor der allgemeinen Altersgrenze auf Antrag, gegliedert nach Altersstufen, unterschieden werden kann. Die total 1228 während des Berichtsjahrs 1978/79 nach Erreichen einer Altersgrenze in den Ruhestand eingetretenen Bediensteten machen nur einen ganz geringen Bruchteil aller Vollbeschäftigten aus (1,4 Prozent). Diese Quote wird sich bei dem derzeitigen Altersaufbau des Personalkörpers kaum wesentlich verändern, da bei der letzten Erhebung des Personals nach dem Alter (1977) fast 55 Prozent aller Vollbeschäftigten 40 Jahre oder jünger waren. Wenn man die Möglichkeit einer Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze anvisiert, muß auch dieser limitierende Tatbestand ins Kalkül einbezogen werden. Zum Vergleich sei erwähnt, daß die Anzahl der vor Erreichen jedweder Altersgrenze Ausgeschiedenen in Relation zum Bestand an Vollbeschäftigten immerhin die Acht-Prozent-Marke erreicht.

Aufweichung der allgemeinen Altersgrenze

Die Verteilung der erfaßten Personalabgänge auf die gesetzlich fixierten Altersgrenzen dokumentiert in aller Deutlichkeit die Aufweichung der allgemeinen Altersgrenze (65. Lebensjahr und später). Auf sie entfallen nur 19,0 Prozent, auf sämtliche Abgänge nach Erreichen einer anderen Altersgrenze die komplementären 81,0 Pro-

zent der Fälle; zehn Jahre früher betrug das Verhältnis noch 68,4 zu 31,6 Prozent.

Die weiblichen Angestellten und Arbeiter machen überwiegend von ihrem Recht Gebrauch, auf Antrag mit dem vollendeten 60. Lebensjahr aus dem aktiven Dienst auszuscheiden. Eine besondere Antragsaltersgrenze existiert ferner bei den Beamten, welche das 62. Lebensjahr vollendet haben, sie können auf ihren Antrag auch ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden: sofern keine dienstlichen Gründe entgegenstehen. Entsprechend dieser Regelung entfallen 27 Prozent der nach Erreichen einer Altersgrenze ausgeschiedenen Beamten auf die Altersstufe 62 bis unter 63 Jahre. Angestellte und Arbeiter können auf Antrag mit dem vollendeten 63. Lebensjahr ebenfalls vorzeitig den aktiven Dienst quittieren; 43,2 Prozent des nach Erreichen einer Altersgrenze zusammen ausgeschiedenen männlichen Personals haben diese Möglichkeit genutzt. Richter gehen allgemein mit dem vollendeten 65. Lebensjahr in Pension, 1978/79 noch Übergangsregelung. Für Hochschullehrer bildet ebenfalls das vollendete 65. Lebensjahr die allgemeine Altersgrenze (1978/79 noch 68. Lebensjahr); für ordentliche Professoren besteht im Rahmen einer Übergangsregelung die Möglichkeit der Emeritierung statt des Eintritts in den Ruhestand. Die besondere Altersgrenze (60. Lebensjahr und darunter) ist den Beamten bei Polizei, Feuerwehr und in bestimmten Bereichen des Strafvollzugs vorbehalten; in Hamburg bildet für diese Beamten das vollendete 60. Lebensjahr eine Altersgrenze.

Zum Abschluß noch ein kurzer Blick auf Fluktuationsergebnisse nach ausgewählten Aufgabenbereichen. Einige wenige quantitative Schwerpunkte zeichnen sich ab. Den größten Anteil an den 19 382 Fluktuationsfällen überhaupt hat der Aufgabenbereich „Gesundheit, Sport und Erholung“ (22,4 Prozent), der hauptsächlich die staatlichen Krankenhäuser (ohne Universi-

tätsklinik Eppendorf) beinhaltet; allein auf letztere ist faktisch jeder fünfte Mobilitätsfall zurückzuführen. Nächster Schwerpunkt ist der Aufgabenbereich „Hochschulen“ (21,8 Prozent), dem das Universitätskrankenhaus Eppendorf (8,2 Prozent) zugehört. Mit weitem Abstand folgen die Aufgabenbereiche „Schulen“ (6,7 Prozent), „Politische Führung und zentrale Verwaltung“

(5,5 Prozent) sowie „Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeausgaben, Wiedergutmachung“ (5,4 Prozent). Richtet sich das Augenmerk lediglich auf die Teilgröße „Abgangsquote“, so ist deren quantitative Ausprägung derjenigen der dargestellten Gesamtfluktuationsquote in den Aufgabenbereichen stark angeglichen.

Francisco Villalaz

Hamburg heute und gestern

Im Jahr 1900 wurden in Hamburg über 320 000 Fremde gezählt, die Unterkunft in Gasthöfen und Herbergen gefunden hatten. Darüber hinaus fanden im gleichen Jahr mehr als 10 000 Seeleute Quartier bei sogenannten Schlafbaasen; das waren Gastwirte, die den Fahrenden nicht nur einen neuen Heuervertrag vermittelten, sondern auch für vorübergehende Schlafmöglichkeiten sorgten. Heute – 80 Jahre später – werden in den Hamburger Hotels, Pensionen und Gasthöfen jährlich 1,5 Mio. Gäste und mehr aus aller Herren Länder aufgenommen, wobei die Zahl der Übernachtungen schon fast die Drei-Millionen-Grenze erreicht.

Ende 1979 waren 836 Seeschiffe mit mehr als 5,7 Mio. BRT im Hamburger Schiffsregister eingetragen. Die durchschnittliche Größe je Fahrzeug betrug 6830 BRT. 125 Jahre zuvor, am Jahresende 1854, bestand Hamburgs „Rhedereiflotte“ aus 456 Schiffen mit 120 000 BRT (Durchschnittsgröße 263 BRT). Von diesen Fahrzeugen hatten 346 einen mit Kupferplatten, 37 einen mit Platten aus Zink beschlagenen hölzernen Rumpf; lediglich zehn Schiffe waren bereits aus Eisen konstruiert.

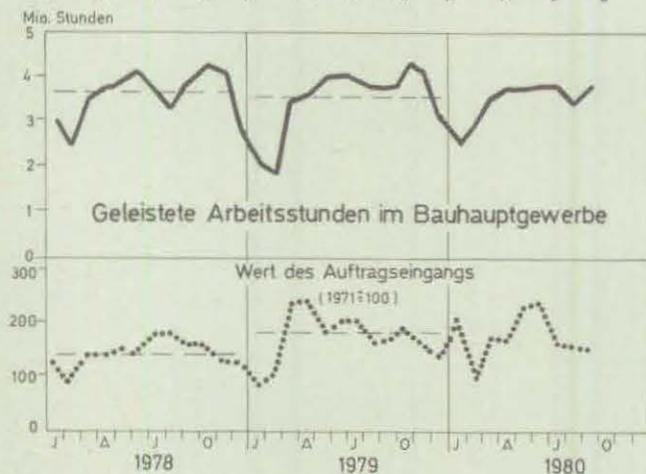
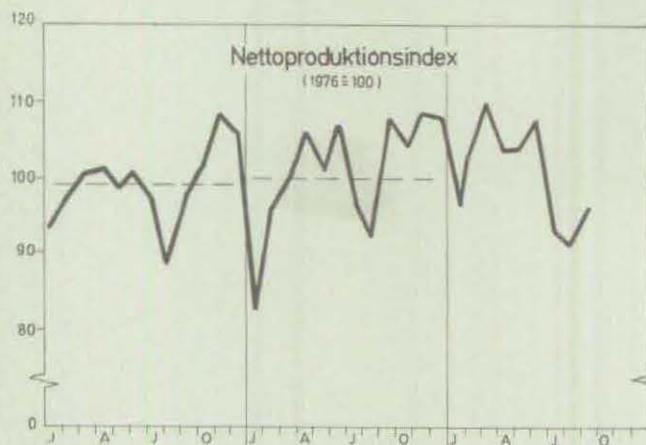
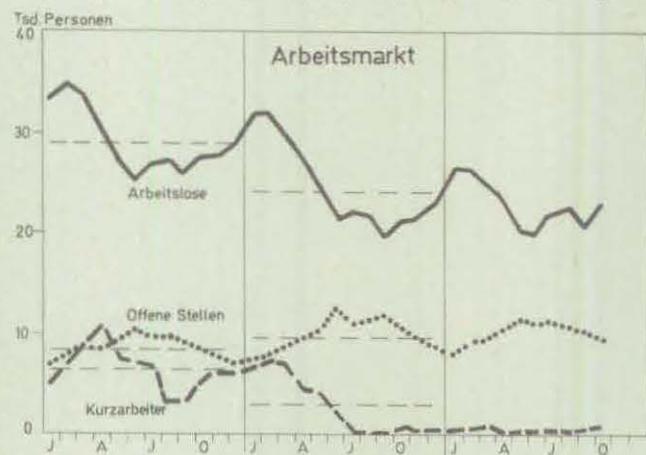
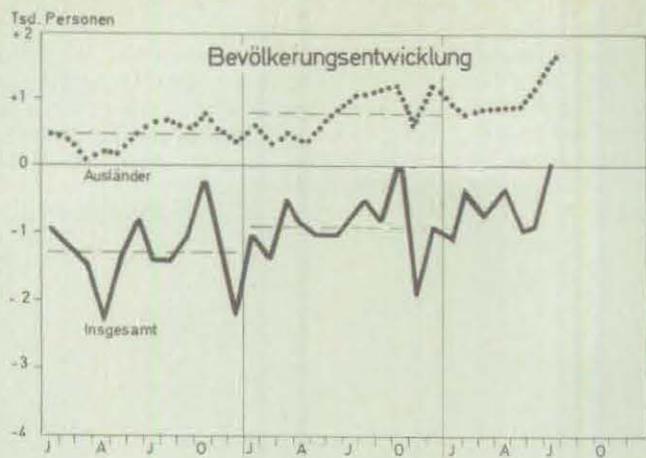
Statistik der anderen

Vom Tokyo Metropolitan Government wurde vor kurzem die 18. Ausgabe der „Statistics of World Large Cities 1980“ herausgegeben. In dieser Broschüre sind zahlreiche Angaben über alle Millionenstädte der Erde enthalten. Auch wenn nicht sämtliche Daten für das gleiche Basisjahr (1978) vorliegen und die Zahlenangaben sich teilweise auf städ-

tische Agglomerationen beziehen, ergeben sich doch interessante Vergleichsmöglichkeiten. So wird beispielsweise die Möglichkeit eröffnet, für einen großen Teil dieser Städte den Pkw-Besatz, d. h. die Zahl der Personalfahrzeuge je 1000 Einwohner, zu berechnen, eine Kennziffer, die u. a. als Wohlstandsindikator geeignet ist.

Nach dem Tokyoter Jahrbuch ist die autoreichste Stadt der Welt Los Angeles. In dieser extrem weiträumigen Stadt ohne öffentliche Massenverkehrsmittel übersteigt die Zahl der registrierten Pkw die der Einwohner. Auch Detroit rechnet mit einem Pkw-Besatz von 780 (bereits 1969) zu den Ausnahmeerscheinungen. Als verkehrsreichste Stadt Europas erscheint Paris mit etwa 500 Pkw je 1000 Einwohner. Ebenso hoch dürfte auch die Motorisierung in Montreal fortgeschritten sein. Den fünften Rang nimmt Mailand ein. Auf den Plätzen sechs bis neun folgen dicht aufeinander München (332), Barcelona (325), Chicago (324) und Hamburg (323). Auf den ersten 16 Plätzen liegen nur nordamerikanische und westeuropäische Großstädte. Mit Nagoya (206) folgt die erste asiatische Millionenstadt auf Rang 17 und mit Prag (192) die erste osteuropäische auf dem 18. Platz.

Der geringste Pkw-Besatz wird erwartungsgemäß in den Bevölkerungsballungen der asiatischen Großstädte registriert. Dabei liegen die indischen und südkoreanischen Städte sämtlich unter einem Wert von 30. Eine Ausnahme bilden in Asien lediglich die hochindustrialisierten Städte Japans. Extrem groß ist das Gefälle in Südamerika. Während Sao Paulo mit 169, Rio mit 133 und Recife mit 95 relativ hohe Besatzziffern erreichen, liegt Bogota mit nur drei Fahrzeugen je 1000 Einwohner am Ende der Skala.



Bevorstehende Erhebungen

Am 1. Januar 1981 tritt das neue Gesetz über die Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr in Kraft. Die für Hamburg wichtigen und gegenüber den bisherigen Regelungen neuen Bestimmungen betreffen in erster Linie die Kapazitätserhebungen. Diese Erhebungen im Abstand von sechs Jahren – die erste mit Stichtag 1. Januar 1981 – erfassen neben dem Umfang des Angebots zukünftig auch die Ausstattung der Beherbergungsbetriebe und -räume sowie die Übernachtungspreise. Auf diese Weise wird erstmalig in der amtlichen Statistik das Angebot im Fremdenverkehr qualitativ und preislich bundeseinheitlich durchleuchtet, so daß eine Gegenüberstellung vergleichbarer Gebiete, wie zum Beispiel der Großstädte, möglich wird.

Neue Schriften

Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften hat für die 52 Regionen der EG und ihre 112 Grundverwaltungseinheiten zahlreiche Daten aus den Bereichen Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Lebensbedingungen veröffentlicht. In der Bundesrepublik Deutschland sind Regionen die elf Länder und Grundverwaltungseinheiten die Regierungsbezirke. Aus dem Bereich „Bevölkerung“ werden Bestand und Bewegung, zum Teil auch in der Zeitreihe von 1950 bis 1977, nachgewiesen. Darüber hinaus gibt es Strukturangaben zu Altersgruppen und Geschlecht. Im Abschnitt „Erwerbstätigkeit“ sind hauptsächlich Daten über Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen, Stellung im Beruf und Altersgruppen, über Arbeitslose und auch Erwerbsquoten zusammengestellt. Der Teil „Lebensbedingungen“ enthält u. a. Daten und Kennziffern zum Wohnungs-, Unterrichts- und

Gesundheitswesen, zu Volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen, zur Ausstattung der Haushalte und zum Stundenverdienst der Arbeiter.

Deutscher Städtetag: Statistische Materialien zur Ausländerfrage. Bearb. von Gerald Kreißig. Köln 1980. 47 S. (Reihe H. DST-Beiträge zur Statistik und Stadtforschung, H. 19.)

Mirbach, Th.: Riemer, H.-J.: Untersuchung der Gründe für die überdurchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit in Hamburg. Gutachten. Erstellt im Auftrag der Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales durch: Hamburger Institut für Theoretische und Angewandte Sozialwissenschaft. Hamburg 1980. 151, LIVS.

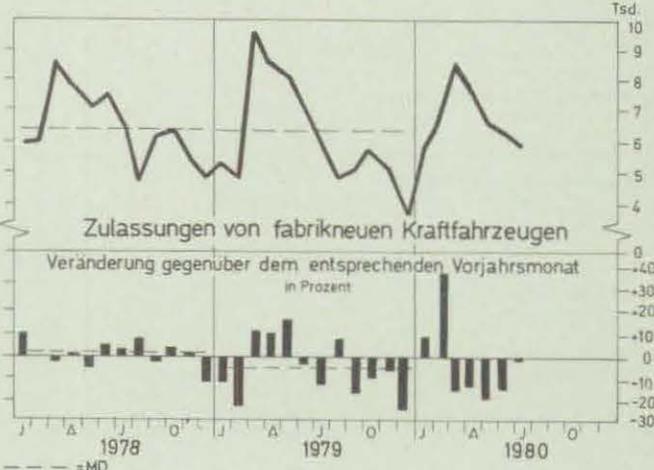
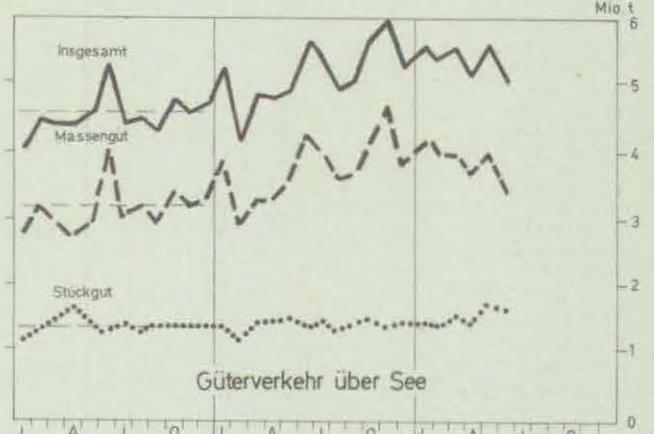
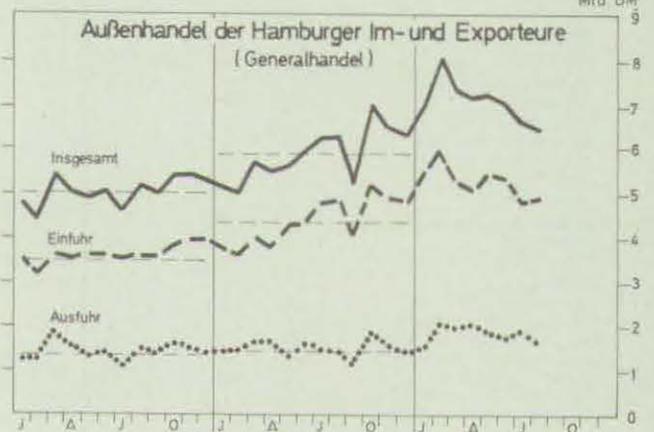
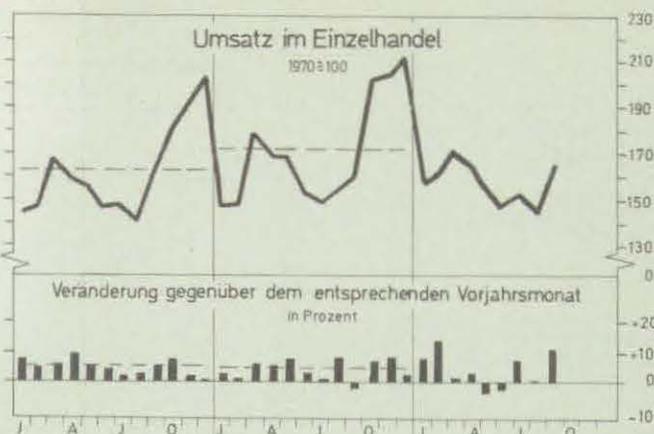
Schaffranek, Manfred: Wirtschafts- und Bevölkerungsstatistik. Stuttgart: Kohlhammer 1980. 206 S. (Schaeffers Grundriß des Rechts und der Wirtschaft. Abt. 3: Wirtschaftswissenschaften. Bd. 100.)

Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: Regionalstatistik. Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Lebensbedingungen. 1977. Luxemburg 1979. 353 S.

Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: Sozialindikatoren für die Europäische Gemeinschaft 1960–1978. Luxemburg 1980. 235 S.

Der Draht zum StaLa

Amtsleiter	3681-710
Auskünfte	3681-738
	644
	768
Veröffentlichungen	3681-719
Bibliothek	3681-742
Für Thema:	
„Wanderungen“	3681-710
„Personalfluktuation“	3681-713



Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt			Juli	August	September	Juni	Juli	August
Meteorologische Beobachtungen										
Mittelwerte¹⁾										
Luftdruck	mbar ²⁾	1 014,0	1 013,9	1 016,7	1 013,7	1 019,1	1 011,3	1 011,5	1 014,6	1 018,3
Lufttemperatur	°C	9,1	8,4	15,4	16,6	14,3	16,1	16,2	17,4	15,1
Relative Luftfeuchtigkeit	%	77,2	78,3	77	74	77	73	80	75	79
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3,2	3,2	3	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	„	5,8	5,6	6,0	5,5	4,7	4,7	5,7	5,1	4,2
Summenwerte										
Niederschlagshöhe	mm	69,6	63,7	83	95	39,0	151	159	117	74,0
Sonnenscheindauer	Std.	111,3	113,6	156	159	157	204	136	170	180
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	9,2	8,6	2	1	5	1	2	2	2
Tage mit Niederschlägen	„	21,0	19,3	23	16	15	22	25	21	16
Bevölkerung										
Bevölkerungsstand⁴⁾										
Wohnbevölkerung	1000	1 672,3	1 658,5	1 857,2	1 656,7	1 655,8	1 648,8	1 648,9
und zwar männlich	„	775,6	770,2	769,8	769,6	769,4	768,1	768,5
weiblich	„	896,6	888,3	887,4	887,1	886,4	880,7	880,4
Ausländer	„	122,6	129,7	130,1	131,1	132,2	140,8	142,4
Bezirk Hamburg-Mitte	„	227,0	225,2	225,0	224,9	225,0	224,8	225,2
Bezirk Altona	„	236,5	234,1	233,9	233,9	233,7	232,6	232,6
Bezirk Eimsbüttel	„	241,0	238,7	238,4	238,4	238,4	237,7	237,6
Bezirk Hamburg-Nord	„	304,4	300,3	300,2	299,6	299,3	297,3	296,8
Bezirk Wandsbek	„	382,0	382,0	381,6	381,8	381,6	379,9	380,2
Bezirk Bergedorf	„	89,1	88,1	88,1	88,1	88,0	87,8	87,8
Bezirk Harburg	„	192,3	190,1	190,0	190,0	189,8	188,7	188,7
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ⁵⁾	Anzahl	664	691	765	881	692	841	756
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	4,8	5,0	5,4	6,3	5,1	6,2	5,4
* Lebendgeborene ⁶⁾	„	1 051	1 060	1 146	1 103	1 114	1 203	1 242
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	7,5	7,7	8,1	7,8	8,2	8,9	8,9
* Gestorbene ⁷⁾ (ohne Totgeborene)	„	2 006	1 980	1 886	1 592	2 176	2 076	1 764
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	14,4	14,3	13,4	11,3	16,0	15,3	12,6
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	„	17	13	5	13	17	12	12
* je 1000 Lebendgeborene	„	15,8	12,0	4,4	12,2	15,5	10,7	9,7
* Geborenen- (+)/Gestorbenenüberschuß (-)	„	- 955	- 920	- 740	- 489	- 1 062	- 873	- 522
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	- 6,9	- 6,7	- 5,3	- 3,5	- 7,8	- 6,4	- 3,7
Wanderungen										
* Zugezogene Personen	„	5 058	5 225	5 819	5 762	5 819	4 982	6 999
* Fortgezogene Personen	„	5 439	5 244	5 859	5 781	5 662	5 023	6 025
* Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-)	„	- 381	- 19	- 40	- 19	+ 157	- 41	+ 574
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	„	14 408	11 869	12 298	11 760	13 140	10 914	9 582
Nach Gebieten										
a) Zugezogene aus	„
Schleswig-Holstein	„	1 429	1 388	1 479	1 452	1 455	1 195	1 519
dar. angrenzende Kreise ⁸⁾	„	971	935	968	968	889	823	988
Niedersachsen	„	919	879	904	896	951	762	920
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	„	333	320	308	334	327	293	323
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	„	1 215	1 173	1 242	1 208	1 149	1 013	1 344
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	„	1 495	1 785	2 194	2 204	2 264	2 012	2 816
b) Fortgezogen nach	„
Schleswig-Holstein	„	2 032	2 058	2 372	2 302	2 034	1 999	2 249
dar. angrenzende Kreise ⁸⁾	„	1 562	1 597	1 857	1 798	1 508	1 512	1 682
Niedersachsen	„	1 252	1 149	1 245	1 221	1 341	1 151	1 384
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	„	667	611	657	650	723	642	749
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	„	1 137	1 122	1 203	1 217	1 216	1 017	1 289
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	„	1 018	915	1 039	1 041	1 071	856	1 103
c) Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-) gegenüber	„
Schleswig-Holstein	„	- 603	- 670	- 893	- 850	- 579	- 804	- 730
dar. angrenzende Kreise ⁸⁾	„	- 591	- 662	- 889	- 830	- 619	- 689	- 694
Niedersachsen	„	- 333	- 270	- 341	- 323	- 390	- 389	- 464
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	„	- 334	- 291	- 349	- 316	- 396	- 349	- 426
Umland insgesamt ¹¹⁾	„	- 925	- 953	- 1 238	- 1 146	- 1 015	- 1 038	- 1 120
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	„	+ 78	+ 51	+ 39	- 9	- 67	- 4	+ 55
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	„	+ 477	+ 870	+ 1 155	+ 1 163	+ 1 193	+ 1 156	+ 1 713
Bevölkerungsbewegung insgesamt										
Bevölkerungszunahme (+) / -abnahme (-)	„	- 1 336	- 939	- 780	- 508	- 905	- 914	+ 52
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	- 9,6	- 5,6	- 5,5	- 3,6	- 6,6	- 6,7	+ 0,4
Krankenhäuser und Bäder										
Krankenhäuser¹²⁾										
Patienten	Anzahl	12 873	12 593,6	12 413	12 132	12 571	12 880	12 415	11 956	12 992
Betten ¹³⁾	„	15 878	15 651,8	15 615	15 635	15 639	15 357	15 365	15 347	15 291
Bettenausnutzung	%	82,7	83,2	82,2	79,6	82,7	84,7	83,3	78,5	82,7
Öffentliche Bäder										
Besucher insgesamt	Anzahl	720 082	632 879	634 322	755 968	653 537	853 855	739 376	802 497	643 212

¹⁾ errechnet aufgrund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0°C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bevölkerungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ Monatsende; Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung vom 27. Mai 1970. - ⁶⁾ nach dem Ereignisort. - ⁷⁾ von Müttern mit Wohnsitz in Hamburg. - ⁸⁾ mit letztem Wohnsitz in Hamburg. ⁹⁾ Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. - ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹¹⁾ die sechs angrenzenden Kreise zusammen. - ¹²⁾ Staatliche, freigemeinnützige und private Krankenhäuser in Hamburg ohne psychiatrische Krankenhäuser und ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamtes und des ärztlichen Dienstes der Behörde für Inneres. - ¹³⁾ Bestand am Monatsende.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt		Jul	August	September	Juni	Jul	August	September
Büchereien und Museen										
Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei) Ausleihungen (Bücher, Kassetten, Spiele, Noten)	Anzahl	654 832	646 863	605 003	480 988	638 231	690 687	644 689	479 685	694 249
Wissenschaftliche Büchereien										
Staats- und Universitätsbibliothek	..	36 125	36 483	33 256	33 878	32 160	42 065	40 624	30 755	41 538
Ausgeliene Bände	..	7 960	8 521	9 113	7 182	8 182	10 515	10 249	6 804	8 339
Besucher der Lesesäle	..	3 884	3 804	3 370	3 371	3 484	3 820	3 897	2 991	4 330
HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung	..	2 932	2 799	3 096	2 756	2 663	2 257	3 015	2 671	2 435
Besucher der Bibliothek und Archive	..	1 191	1 175	1 209	1 110	1 129	1 107	1 331	1 277	1 145
Commerzbibliothek	..									
Ausgeliene Bände	..									
Lesesaalbesucher und Entleiher	..									
Staatliche Museen und Schausammlungen										
Besucher insgesamt	..	91 396	93 846	108 922	86 224	78 676	78 936	95 854	83 602	75 707
dar: Hamburger Kunsthalle	..	13 736	14 471	16 579	13 076	9 530	11 485	10 269	8 250	8 177
Altonaer Museum in Hamburg,	..									
Norddeutsches Landesmuseum	..	14 606	13 309	15 885	13 319	10 021	4 107	4 000	3 837	4 853
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	..	6 511	8 787	11 294	6 131	5 247	5 509	8 188	5 455	5 627
Helms-Museum	..	10 844	11 281	14 849	12 950	15 369	15 121	13 710	10 755	13 102
dar: Freilichtmuseum am Kiekeberg	..	8 390	7 805	13 085	12 081	12 569	13 899	11 885	9 936	11 723
Museum für Hamburgische Geschichte	..	20 294	20 241	28 317	25 109	22 650	19 854	26 150	25 100	22 407
Museum für Kunst und Gewerbe	..	17 090	13 947	7 961	5 084	5 541	5 785	10 931	8 987	8 747
Planetarium	..	6 416	10 245	11 814	8 921	8 879	17 075	20 468	20 049	11 185
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose und Kurzarbeiter										
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	29 107	24 713	21 976	21 597	19 801	19 992	21 857	21 967	20 703
* davon Männer	..	15 260	11 929	11 484	11 107	9 552	9 773	10 954	10 862	10 684
Frauen	..	13 847	12 784	10 492	10 490	10 249	10 219	10 903	11 105	10 019
Arbeitslosenquote	%	4,3	3,6	3,2	3,1	2,9	2,9	3,2	3,2	3,0
Kurzarbeiter	Anzahl	6 319	2 677	25	22	40	329	180	201	283
Arbeitssuchende										
Arbeitssuchende ¹⁾ insgesamt	..	36 192	31 153	29 031	27 986	26 227	26 743	28 856	28 394	27 401
dar: Personen, die Teilzeitarbeit suchen	..	6 124	5 136	4 692	4 457	4 306	4 500	3 910	4 084	4 035
Offene Stellen										
..	..	8 565	9 703	11 030	11 109	10 861	11 778	11 368	10 469	10 127
Landwirtschaft										
Milcherzeugung der landwirtschaftlichen Betriebe										
* Kuhmilch	t	1 399	1 336	1 326	1 111	1 053	1 501	1 257	1 078	1 012
* dar: an Molkereien geliefert	%	94,4	94,1	96,5	93,8	89,3	98,1	97,1	94,6	89,5
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,5	11,9	11,6	9,7	9,5	14,6	11,8	10,1	9,8
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder (ohne Kälber)	1000 St.	4,9	5,2	4,7	5,4	5,8	4,5	4,9	4,8	7,5
* Kälber	..	1,7	2,1	2,1	2,0	1,7	2,0	1,4	1,7	1,9
* Schweine ²⁾	..	18,9	18,5	17,7	17,4	17,7	18,4	16,4	16,7	18,5
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ³⁾	t	3 123	3 218	3 010	3 183	3 265	3 054	2 909	2 912	3 893
* dar: Rinder (ohne Kälber)	..	1 362	1 424	1 286	1 451	1 566	1 252	1 351	1 284	2 068
* Kälber	..	210	254	256	269	219	250	179	229	255
* Schweine	..	1 532	1 521	1 454	1 441	1 462	1 532	1 358	1 370	1 537
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung										
Verarbeitendes Gewerbe⁴⁾										
Hauptbeteiligte Wirtschaftszweige										
* Beschäftigte	1000	168	165 872	167 687	167 961	168 653	167 799	168 366	168 535	169 463
* dar: Arbeiter ⁵⁾	..	99	97 649	97 837	97 962	98 569	97 873	98 305	98 491	98 991
* Geleistete Arbeiterstunden ⁷⁾	..	14 013	13 862	13 412	13 122	13 395	13 278	13 290	12 455	14 010
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	235	247	252	257	235	267	272	267	264
* Bruttogehaltssumme	..	240	255	259	256	246	292	271	268	261
* Gesamtumsatz (einschließlich Verbrauchsteuer) ⁸⁾	..	3 964	5 094	4 907	5 072	5 414	5 742	5 449	5 532	6 208
dar: Auslandsumsatz	..	510	563	511	531	610	595	578	591	688
* Kohleverbrauch	1000 tSKE ⁹⁾	3	3	3	3	3	3	4	3	3
* Gasverbrauch ¹⁰⁾	1000 m ³	38 343	40 200	34 617	32 569	33 649	34 884	33 266	27 180	29 915
* Stadt- und Kokereigas	..	578	505	320	304	288	371	308	328	319
* Erd- und Erdölgas	..	37 765	39 695	34 297	32 265	33 361	34 513	32 958	26 852	29 596
* Heizölverbrauch	1000 t	47	43	34	31	31	34	33	34	35
* leichtes Heizöl	..	8	8	4	4	5	4	3	3	4
* schweres Heizöl	..	39	36	30	27	27	30	30	31	31
* Stromverbrauch	Mio. kWh	359	378	380	379	373	370	362	366	363

¹⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. – ²⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. – ³⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – ⁴⁾ alle Betriebe der Industrie und des Verarbeitenden Handwerks von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten sowie Betriebe der Industrie und des Verarbeitenden Handwerks mit 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen anderer Wirtschaftsbereiche. – ⁵⁾ einschl. Bergbau. – ⁶⁾ einschl. der gewerblich Auszubildenden. – ⁷⁾ einschl. der Arbeitsstunden der gewerblich Auszubildenden. – ⁸⁾ ohne Umsatzsteuer; einschl. Umsatz aus sonstigen nicht produzierenden Betriebsstellen. – ⁹⁾ 1 t Steinkohleneinheit (1 tSKE) gleich 1 t Steinkohle, Steinkohlenskokk oder -brikett gleich 1,5 t Braunkohlenbrikett. – ¹⁰⁾ umgerechnet auf den oberen Heizwert Ho = 35 169 kJ/m³ (8400 kcal/m³).

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980				
		Monatsdurchschnitt			July	August	September	June	July	August	September
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung (Fortsetzung)											
Beteiligte Wirtschaftszweige											
Umsatz aus Eigenerzeugung ^{1) 2)}	Mio. DM	2 441	2 712	2 618	2 707	2 885	2 860	2 953	2 736	3 205	
davon Grundstoff- und Produktionsgüter	"	1 031	1 282	1 283	1 372	1 380	1 361	1 419	1 377	1 602	
Investitionsgüter	"	711	717	643	646	843	783	798	696	888	
Verbrauchsgüter	"	138	145	135	150	146	142	136	135	157	
Nahrungs- und Genussmittel	"	560	569	558	539	517	574	600	528	558	
Bauhauptgewerbe³⁾											
* Beschäftigte	Anzahl	30 510	31 036	31 246	31 694	31 694	31 664	31 150	31 467	31 443	
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	24 574	25 042	25 260	25 505	25 670	25 480	25 012	25 309	25 300	
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	3 590	3 499	3 815	3 729	3 873	3 808	3 693	3 365	3 802	
* davon für Wohnungsbauten	"	984	947	987	1 047	1 065	1 085	1 046	907	1 046	
gewerbliche und industrielle Bauten	"	1 293	1 320	1 454	1 365	1 390	1 381	1 335	1 261	1 381	
öffentliche und Verkehrsbauten	"	1 313	1 232	1 374	1 317	1 480	1 342	1 312	1 197	1 375	
* Bruttoolohnsumme ⁵⁾	Mio. DM	69,6	74,8	83,3	82,8	82,6	93,8	88,5	83,1	87,5	
* Bruttogehaltssumme ⁶⁾	"	16,6	18,2	18,3	18,8	17,9	26,1	20,6	20,3	19,5	
* Baugewerblicher Umsatz ⁷⁾	"	214,0	240,1	268,2	228,9	276,9	255,4	356,3	293,7	323,5	
davon im Wohnungsbau	"	51,7	59,9	64,7	67,4	65,2	53,0	94,4	62,5	66,9	
gewerblichen und industriellen Bau	"	81,4	100,8	113,8	75,2	137,0	107,5	130,2	135,6	109,6	
öffentlichen und Verkehrsbau	"	80,9	79,4	89,7	86,3	74,7	94,9	131,7	95,6	147,0	
Ausbaugewerbe											
Beschäftigte	Anzahl	10 547	10 710	10 725	10 912	10 967	10 767	10 718	10 871	10 991	
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	8 367	8 479	8 481	8 663	8 737	8 542	8 497	8 665	8 773	
Geleistete Arbeitsstunden	1000	1 334	1 332	1 331	1 314	1 377	1 315	1 330	1 275	1 374	
Bruttoolohnsumme ⁵⁾	Mio. DM	21,1	22,3	23,7	24,4	22,8	24,5	25,9	25,2	24,9	
Bruttogehaltssumme ⁶⁾	"	5,7	6,3	6,8	6,3	6,2	7,1	7,0	6,9	6,8	
Ausbaugewerblicher Umsatz ⁷⁾	"	59,1	68,6	92,5	57,3	60,7	74,5	87,0	68,5	85,0	
Öffentliche Energieversorgung											
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	463	556	422	319	446	571	384	323	382	
* Stromverbrauch	"	889	929	785	771	806	764	816	770	799	
* Gaserzeugung (brutto) ⁷⁾	Mio. m ³	17	25	57	65	33	61	42	67	21	
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (ohne Ausbaugewerbe)											
Produzierendes Gewerbe	1976=100	99,2	101,5	95,4	91,9	108,0	108,3	92,7	91,0	95,7	
davon Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	100,7	109,7	110,2	111,1	120,3	111,5	102,3	96,1	97,1	
Investitionsgütergewerbe	"	96,1	93,5	79,0	75,9	99,7	105,6	86,0	90,4	97,3	
Verbrauchsgütergewerbe	"	108,9	108,8	95,1	100,7	114,1	112,7	86,7	94,3	104,9	
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	96,9	91,6	89,1	78,2	91,4	95,1	84,5	80,2	82,5	
Bauhauptgewerbe	"	96,0	99,6	102,8	96,7	116,0	117,1	98,7	98,4	106,1	
Bau- und Wohnungswesen											
Baugenehmigungen											
Wohnbau											
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	208	152	188	148	178	149	163	97	118	
* dar. Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen	"	184	136	171	123	165	118	147	82	94	
* Rauminhalt	1000 m ³	257	178	199	169	199	222	210	153	250	
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	86,9	49,0	55,7	50,7	53,9	66,6	62,5	45,0	63,7	
* Wohnfläche	1000 m ²	49	34	38	35	37	44	36	29	44	
Nichtwohnbau											
* Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	44	30	40	41	40	30	40	39	21	
* Rauminhalt	1000 m ³	309	298	597	231	312	206	287	478	117	
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	55,1	49,1	63,5	40,3	28,7	73,2	59,6	59,7	22,6	
* Nutzfläche	1000 m ²	59	46	66	37	68	35	46	69	20	
Wohnungen											
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	511	372	375	348	374	512	387	368	538	
Baufertigstellungen											
Wohnbau											
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	191	145	77	77	134	133	113	92	111	
Nichtwohnbau											
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	38	33	13	18	27	15	16	27	22	
Rauminhalt	1000 m ³	290	278	334	155	98	100	137	146	127	
Wohnungen											
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	451	340	185	266	285	436	269	247	146	
Gebäude- und Wohnungsbestand⁸⁾											
Bestand an Wohngebäuden	1000	195	197	195	195	195	197	197	197	197	
Wohnungen	"	778	780	779	780	780	782	782	782	782	

¹⁾ einschließlich Bergbau, -²⁾ ohne Umsatzsteuer -³⁾ nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet, -⁴⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende, -⁵⁾ einschließlich Arbeitgeberzulagen aus Vermögensbildungstarifen, -⁶⁾ ohne Umsatzsteuer, -⁷⁾ umgerechnet auf den oberen Heizwert Ho = 35 169 kJ/m³ (8400 kcal/m³), ab Januar 1979 einschließlich Saldo aus Einspeisung und Entnahme aus dem Untergrundspeicher, -⁸⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Bau- und Wohnungswesen (Fortsetzung)										
Preisindizes für Bauwerke¹⁾										
Bauleistungen am Bauwerk	1976 = 100	110,5	118,7		120,7				131,6	
Wohngebäude insgesamt	"	110,7	118,8		120,8				132,0	
Ein- und Zweifamiliengebäude	"	110,4	118,7		120,8				131,4	
Mehrfamiliengebäude	"	110,4	118,5		120,6				131,2	
Gemischt genutzte Gebäude	"	109,4	117,3		119,2				129,1	
Bürogebäude	"	109,5	117,2		119,3				129,6	
Gewerbliche Betriebsgebäude	"									
Wohngeld nach dem Zweiten Wohngeldgesetz										
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	70 045	66 934	67 723	66 966	65 138	63 271	62 419	62 163	62 343
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1000 DM	5 923,7	6 185,0	6 084,8	5 960,2	5 720,6	5 741,8	5 645,5	5 602,1	5 635,3
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr										
Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels										
Einzelhandel	1970 = 100	161,7	167,6	141,7	152,2	157,4	144,4	153,1	145,4	s 155,0
davon Waren verschiedener Art ²⁾	"	175,2	185,6	146,0	170,5	176,9	139,6	157,3	160,8	s 170,0
Facheinzelhandel	"	157,2	165,4	150,8	147,3	154,0	157,2	163,0	150,5	s 160,0
Außenhandel										
* Ausfuhr aus dem Land Hamburg ³⁾ *)	Mio. DM	600	598	641	601	471	673	666	646	
davon Waren der										
* Ernährungswirtschaft	"	89	94	110	89	69	102	106	83	...
* Gewerblichen Wirtschaft	"	511	504	531	511	402	571	561	564	...
* davon Rohstoffe	"	4	5	5	6	4	7	5	6	...
* Halbwaren	"	102	108	131	116	90	142	136	147	...
* Fertigwaren	"	405	391	394	390	308	422	419	411	...
* davon Vorerzeugnisse	"	83	75	79	75	65	79	69	75	...
* Enderzeugnisse	"	343	316	315	315	243	343	350	335	...
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
Europa	"	391	409	431	408	328	486	470	449	...
* dar. EG-Länder	"	261	267	283	255	217	322	287	287	...
Außenhandel der Hamburger im- und Exporteure ³⁾										
Einfuhr	"	3 604	4 372	4 791	4 914	4 053	5 340	4 822	4 907	...
davon Europa	"	1 519	2 125	2 411	2 416	1 999	2 424	2 205	2 263	...
dar. EG-Länder	"	1 114	1 534	1 692	1 666	1 360	1 807	1 611	1 625	...
Außereuropa	"	2 085	2 247	2 380	2 498	2 054	2 916	2 617	2 644	...
Ausfuhr	"	1 411	1 530	1 533	1 427	1 128	1 828	1 931	1 638	...
davon Europa	"	892	1 022	991	935	782	1 347	1 340	1 060	...
dar. EG-Länder	"	595	685	645	562	499	904	830	591	...
Außereuropa	"	519	508	542	492	346	481	591	578	...
Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes										
* Gastgewerbe	1970 = 100	162,8	170,6	165,1	173,6	181,9	181,4	173,7	165,5	185,3
davon Beherbergungsgewerbe	"	161,5	172,8	165,4	171,4	204,5	206,9	189,9	186,4	238,7
Gaststättengewerbe	"	163,1	170,0	165,0	174,3	175,2	173,8	168,9	159,3	169,5
Fremdenverkehr⁴⁾										
* Fremdenmeldungen	1000	126,8	131,8	157,0	157,0	169,3	163,0	168,6	159,5	176,1
* dar. von Auslandsgästen	"	35,7	40,5	57,0	54,0	51,2	55,0	65,1	53,5	53,6
* Fremdenübernachtungen	"	223,2	234,7	270,0	283,0	299,2	283,0	287,5	289,8	327,6
* dar. von Auslandsgästen	"	63,9	72,4	93,0	94,0	91,9	99,0	112,0	102,8	112,5
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 386	1 325	1 364	1 342	1 370	s 1 365	s 1 250	s 1 225	s 1 280
Angekommene Schiffe	1000 t	4 550	5 221	5 475	4 991	5 184	p 4 945	p 5 058	p 5 122	p 4 505
Güterverkehr über See	"	3 301	3 897	4 189	3 655	3 877	p 3 461	p 3 687	p 3 714	p 3 133
davon Empfang	"	649	675	716	611	674	p 739	p 731	p 639	p 720
dar. Sack- und Stückgut	"	1 249	1 324	1 287	1 335	1 307	p 1 484	p 1 371	p 1 408	p 1 372
Versand	"	756	768	794	745	799	p 876	p 838	p 743	p 827
dar. Sack- und Stückgut	"	50 007	53 117	51 260	53 577	57 959	p 68 411	p 72 886	p 61 194	p 71 157
Umgeschlagene Container ⁵⁾	Anzahl	435	481	474	466	504	p 628	p 623	p 506	p 597
In Containern umgeschlagene Güter ⁶⁾	1000 t									
Binnenschifffahrt	"	392	363	466	432	453	p 461	p 408	p 420	p 433
* Gütereingang	"	560	498	570	538	512	p 539	p 590	p 538	p 521
* Güterversand	"									
Luftverkehr⁷⁾										
Starts und Landungen	Anzahl	5 310	5 445	6 216	6 379	5 766	p 5 595	p 6 165	p 6 231	p 5 822
Fluggäste	"	330 684	358 539	381 454	408 128	433 020	p 398 027	p 389 360	p 396 718	p 434 247
Fracht	t	2 077,6	2 206,8	2 103,6	2 139,1	2 233,3	p 2 314,5	p 2 408,4	p 2 241,4	p 2 366,8
Luftpost	"	596,3	808,7	856,1	870,1	846,4	p 792,3	p 921,1	p 847,5	p 872,5
Personenbeförderung im Stadtverkehr⁸⁾										
Schnellbahnen	1000	26 125	26 746	24 215	24 513	25 217	p 24 692	p 25 218	p 24 812	p 26 792
Busse und Straßenbahnen	"	22 309	22 620	20 743	19 551	20 844	p 19 755	p 20 754	p 19 248	p 21 311

¹⁾ für Neubau in konventioneller Bauart. - ²⁾ einschließlich Warenhäuser und Versandhandel. - ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. - ⁴⁾ Nachgewiesen werden nur die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. - ⁵⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die von Hamburger Firmen über hamburgische und außerhamburgische Grenzstellen ein- bzw. ausgeführt wurden. - ⁶⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. - ⁷⁾ umgerechnet auf 20 Fuß-Basis. - ⁸⁾ einschließlich Eigengewicht der beladenen Container. - ⁹⁾ gewerblicher Verkehr; ohne Transit. - ¹⁰⁾ ausgewählte Verkehrsmittel des Hamburger Verkehrsverbundes.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Verkehr (Fortsetzung)										
Kraftfahrzeuge										
Bestand an registrierten Kraftfahrzeugen ¹⁾	1000	544,0	602,1	600,9	599,2	601,2	615,8	614,8	616,0	617,4
dar. Personenkraftwagen ²⁾	..	489,8	538,6	538,4	536,4	538,0	548,7	547,3	549,4	550,5
je 1000 Einwohner	Anzahl	294	326	325	324	325	333
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	..	6 483	6 254	5 896	4 850	5 182	6 298	5 839	p 4 727	p 5 407
* dar. Personenkraftwagen ²⁾	..	5 821	5 520	5 188	4 059	4 513	5 393	4 959	p 3 984	p 4 724
* Lastkraftwagen	..	425	431	341	498	494	413	436	p 392	p 500
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	..	933	826	917	801	904	1 184	1 048	p 895	p 1 085
* Getötete Personen	..	24	19	21	14	22	21	16	p 19	p 13
* Verletzte Personen	..	1 207	1 055	1 171	1 031	1 159	1 514	1 339	p 1 140	p 1 375
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen³⁾										
* Kredite ⁴⁾ an Nichtbanken insgesamt ⁵⁾	Mio. DM	66 953,3	72 749,0	69 834,0	69 856,8	70 264,3	74 817,4	74 510,0	74 542,4	75 516,6
* dar. Kredite ⁴⁾ an inländische Nichtbanken	..	63 415,7	69 390,1	66 268,3	66 394,1	66 885,6	71 141,9	70 808,4	70 801,6	71 766,3
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschließlich)	..	12 886,4	14 575,6	12 914,7	12 709,9	13 051,0	14 471,5	13 954,0	13 713,3	14 240,3
* an Unternehmen und Privatpersonen	..	12 557,5	14 444,4	12 690,2	12 520,0	12 858,2	14 356,5	13 784,7	13 595,2	14 104,9
* an öffentliche Haushalte	..	328,9	131,2	224,5	189,9	192,8	115,0	169,3	118,1	135,4
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	..	6 987,8	7 502,8	7 543,3	7 491,0	7 553,2	7 589,3	7 542,8	7 545,5	7 563,3
* an Unternehmen und Privatpersonen	..	5 432,2	5 753,1	5 646,9	5 626,8	5 706,7	5 829,0	5 803,8	5 821,3	5 802,3
* an öffentliche Haushalte	..	1 555,6	1 749,7	1 896,4	1 864,2	1 846,5	1 760,3	1 739,0	1 724,2	1 761,0
* Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	..	43 541,5	47 311,7	45 810,3	46 193,2	46 281,4	49 081,1	49 311,6	49 542,8	49 962,7
* an Unternehmen und Privatpersonen	..	35 275,5	38 489,9	37 379,5	37 675,9	37 683,9	39 472,7	39 647,4	39 701,5	40 125,4
* an öffentliche Haushalte	..	8 266,0	8 821,8	8 430,8	8 517,3	8 597,5	9 608,4	9 664,2	9 841,3	9 837,3
* Einlagen und aufgenommene Kredite ⁶⁾ von Nichtbanken ⁵⁾	..	45 553,3	47 678,2	45 095,6	44 791,5	44 946,7	45 822,3	45 934,4	45 119,2	45 976,0
* Sichteinlagen und Termingelder	..	30 979,4	32 913,3	30 642,8	30 381,5	30 611,6	31 586,6	31 779,4	30 936,2	31 831,2
* von Unternehmen und Privatpersonen	..	25 250,3	27 299,1	25 176,5	24 715,2	24 912,2	25 959,4	26 377,9	25 809,3	26 187,5
* von öffentlichen Haushalten	..	5 729,1	5 614,2	5 466,3	5 666,3	5 699,4	5 627,2	5 401,9	5 126,9	5 643,7
* Spareinlagen	..	14 573,9	14 764,9	14 452,8	14 410,0	14 335,1	14 235,7	14 154,6	14 183,0	14 144,8
* bei Sparkassen	..	9 185,6	9 424,7	9 162,9	9 148,1	9 118,8	9 135,2	9 102,4	9 117,5	9 084,0
* Gutschriften auf Sparkonten ⁶⁾	..	770,7	745,3	865,5	723,9	620,6	766,8	949,7	899,3	704,6
* Lastschriften auf Sparkonten	..	730,9	772,5	991,7	766,7	695,5	747,4	1 022,5	678,3	742,8
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	25	26	36	20	25	25	31	11	34
* Vergleichsverfahren	..	-	-	-	-	-	-	2	-	-
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	..	419	365	348	331	321	319	367	326	363
* Wechselsumme	Mio. DM	2,9	3,8	2,6	3,5	2,3	2,6	3,3	2,6	3,1
Mahnverfahren										
Anträge auf Erlass eines Mahnbescheides ⁷⁾	Anzahl	26 661	25 032	24 183	25 255	22 919	24 195	25 731	22 299	23 691
Steuern										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
* Gemeinschaftsteuern	Mio. DM	1 111,0	1 355,6	1 174,9	1 193,9	1 847,0	2 006,5	1 026,5	1 248,7	1 870,7
* Steuern vom Einkommen	..	638,1	731,1	553,2	642,2	1 226,5	1 276,9	499,3	681,8	1 253,8
* Lohnsteuer ⁸⁾	..	377,0	396,2	304,8	473,4	478,0	575,9	302,9	493,0	498,5
* Veranlagte Einkommensteuer ⁹⁾	..	149,9	146,0	178,1	44,5	374,7	303,7	82,9	16,8	355,8
* Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ⁹⁾	..	28,9	36,4	152,1	114,3	12,2	15,1	223,5	139,2	11,5
* Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	..	82,4	152,5	81,8	10,0	361,7	382,2	109,9	32,9	388,0
* Steuern vom Umsatz	..	472,9	624,5	621,8	551,7	620,5	729,6	527,2	566,9	616,9
* Umsatzsteuer	..	218,6	304,6	299,4	235,2	248,2	288,2	127,7	164,5	236,2
* Einfuhrumsatzsteuer	..	254,3	319,9	322,3	316,5	372,3	461,3	399,5	402,4	380,7
* Bundessteuern	..	909,6	979,8	1 260,2	1 200,0	855,7	1 022,1	1 005,0	970,8	1 014,0
* Zölle (einschl. EG-Anteilzölle)	..	66,8	71,0	68,2	72,0	67,6	81,4	81,8	80,1	79,6
* Verbrauchsteuern	..	821,3	886,1	1 171,5	1 102,7	568,7	918,3	900,4	860,2	915,0
* Landessteuern	..	58,6	60,8	58,2	111,8	53,8	54,0	46,8	103,9	37,2
* Vermögensteuer	..	26,3	23,3	8,5	60,2	8,4	11,2	1,7	63,9	4,2
* Kraftfahrzeugsteuer	..	14,2	17,5	19,3	28,3	25,9	16,1	24,7	16,7	14,3
* Biersteuer	..	2,7	2,7	2,9	2,8	2,9	3,1	2,9	2,9	2,7
* Gemeindesteuern	..	140,9	157,2	112,9	295,5	107,3	70,4	41,1	301,9	39,3
* Grundsteuer A ¹¹⁾	..	0,1	0,1	-	-	-	-	-	-	-
* Grundsteuer B ¹¹⁾	..	17,2	17,5	7,4	44,3	21,1	2,3	24,7	43,6	1,0
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ¹²⁾	..	102,8	117,7	53,6	234,7	84,4	68,2	16,0	257,3	37,8
* Lohnsummensteuer ¹³⁾	..	20,4	21,5	51,7	15,3	1,5	0,2	0,3	0,2	0,3

¹⁾ Im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge; Stand Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und -post; Quelle: Zulassungsstelle für Kraftfahrzeuge. - ²⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. - ³⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio. DM betrug, sowie ohne die Postsparkassenämter. - ⁴⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. - ⁵⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts ist der Stand am 31. 12. und in den Monaten ist der Stand am Monatsende angegeben. - ⁶⁾ einschließlich Zinsgutschriften. - ⁷⁾ bis zum 30. 6. 1977: Zahlungsbefehl. - ⁸⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ⁹⁾ vor Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ¹⁰⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. - ¹¹⁾ einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten. - ¹²⁾ vor Abzug der Gewerbesteuerumlage. - ¹³⁾ wird ab 1980 nicht mehr erhoben.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt			Jul	August	September	Juni	Juli	August
Steuern (Fortsetzung)										
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes ¹⁾	Mio. DM	1 558,7	1 718,0	1 980,7	1 846,0	1 561,3	2 006,1	1 668,2	1 616,5	1 915,0
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	311,8	366,1	368,0	284,8	553,6	572,5	388,4	302,7	562,8
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	319,2	421,5	419,7	372,4	418,8	492,5	355,8	382,6	416,4
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	18,1	20,8	-	59,8	-	-	-	38,6	-
* Steuereinnahmen des Landes	"	382,4	432,7	216,8	472,9	726,7	775,0	154,3	465,3	722,6
* Anteil an den Steuern vom Einkommen ²⁾	"	254,1	291,7	133,0	284,8	538,0	569,8	78,3	292,0	555,8
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	51,6	59,3	25,5	16,5	134,9	151,2	29,2	30,8	129,6
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	18,1	20,8	-	59,8	-	-	-	38,6	-
* Steuereinnahmen der Gemeinde	"	172,1	184,9	162,2	248,5	226,7	202,3	69,0	301,1	167,4
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁴⁾	"	66,7	76,0	53,6	115,2	84,4	68,2	16,0	180,1	37,8
* Anteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer ⁵⁾	"	492,2	69,3	49,2	72,5	119,4	131,9	27,9	76,3	128,1
Hamburg verbleibende Steuereinnahmen ⁶⁾	"	492,2	558,2	368,0	709,9	744,3	1 061,7	210,0	753,1	825,9
Löhne und Gehälter										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
* männliche Arbeiter	DM	600	641	650	-	-	-	698	-	-
* dar. Facharbeiter	"	629	672	683	-	-	-	732	-	-
* weibliche Arbeiter	"	387	411	416	-	-	-	448	-	-
* dar. Hilfsarbeiter	"	359	382	388	-	-	-	413	-	-
Bruttostundenverdienste										
* männliche Arbeiter	"	14,14	14,98	15,18	-	-	-	16,39	-	-
* dar. Facharbeiter	"	14,75	15,62	15,86	-	-	-	17,12	-	-
* weibliche Arbeiter	"	9,62	10,17	10,29	-	-	-	11,12	-	-
* dar. Hilfsarbeiter	"	8,87	9,40	9,57	-	-	-	10,22	-	-
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
* männlich	"	3 274	3 513	3 536	-	-	-	3 883	-	-
* weiblich	"	2 378	2 517	2 537	-	-	-	2 737	-	-
Technische Angestellte und Meister										
* männlich	"	3 297	3 503	3 532	-	-	-	3 812	-	-
* weiblich	"	2 270	2 395	2 424	-	-	-	2 592	-	-
Bruttomonatsverdienste in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
* männlich	"	2 884	3 100	3 130	-	-	-	3 348	-	-
* weiblich	"	2 092	2 244	2 264	-	-	-	2 435	-	-
Öffentliche Sicherheit und Ordnung										
Feststellungen der Polizei										
Straftaten insgesamt										
	Anzahl	14 813	15 330	19 168	15 529	14 481	16 920	20 551	15 797	17 143
dar. Straftaten wider das Leben	"	7	5	9	4	1	8	11	3	11
Straftaten wider die sexuelle Selbstbestimmung	"	186	184	349	132	173	131	199	112	129
Rohheitsdelikte und Straftaten wider die persönliche Freiheit	"	1 024	1 273	1 487	1 371	1 108	1 506	1 668	1 529	1 376
Vermögens- und Fälschungsdelikte	"	1 974	1 875	1 737	1 747	1 361	1 741	1 923	1 849	1 847
Diebstahl	"	9 277	9 518	12 812	9 688	9 727	10 757	13 501	9 741	11 100
dar. unter erschwerenden Umständen	"	5 162	5 322	7 592	5 414	5 761	6 344	8 486	5 702	6 757
Außerdem Verkehrsvergehen	"	1 223	1 137	1 304	1 270	1 135	1 120	1 351	1 155	1 082
Einsätze der Berufsfeuerwehren										
Alarmierungen insgesamt										
	"	16 838	17 610	16 738	16 836	19 027	18 141	17 818	17 140	17 634
dar. Feueralarme	"	540	577	506	497	567	694	564	502	530
dar. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	143	155	130	150	177	191	181	130	148
Rettungswageneinsätze	"	15 097	15 509	14 969	15 042	14 978	15 795	15 795	15 236	15 827
dar. für Krankenbeförderungen	"	2 675	2 703	2 593	2 668	2 436	1 837	1 837	2 114	1 974
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren										
	"	185	217	202	257	214	568	464	376	237

¹⁾ ab 1979 ohne EG-Anteil Zölle. - ²⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ³⁾ nach Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ⁴⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - ⁵⁾ Steuereinnahmen des Landes und der Gemeinden und Gemeindeverbände / Länderfinanzausgleich und Lastenausgleichsabgaben (§ 6 LAG).

Hamburg im großräumlichen Vergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtsmonat	Berichtsmonat ¹⁾			
			1980			Hamburg
			Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschl. Berlin (West) –	
Bevölkerung						
Bevölkerung insgesamt						
Wohnbevölkerung	1000	Februar	1 651,7	12 184,2	p 61 480,7	1 661,9
Lebendgeborene	Anzahl	"	1 051	8 957	48 113	1 034
Gestorbene	"	"	1 684	11 785	57 715	2 269
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	"	- 633	- 2 808	- 9 602	- 1 235
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze	"	"	5 011	24 502	56 199	4 131
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze	"	"	4 706	20 526	29 191	4 316
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	"	"	+ 305	+ 3 976	+ 27 008	- 185
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	"	"	- 328	+ 1 168	+ 17 406	- 1 420
Ausländer						
Wohnbevölkerung	1000	September	p 144,9	p 564,2	p 4 453,3	132,3
Lebendgeborene	Anzahl	Februar	185	725	6 008	181
Gestorbene	"	"	22	90	731	20
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	"	+ 163	+ 635	+ 5 277	+ 161
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze	"	"	1 603	7 169	47 529	1 047
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze	"	"	1 005	4 372	25 439	940
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	"	"	+ 598	+ 2 797	+ 22 090	+ 107
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	"	"	+ 761	+ 3 432	+ 27 367	+ 268
Arbeitsmarkt						
Arbeitslose	Anzahl	Februar	25 841	226 975	992 520	31 832
und zwar Männer	"	"	14 161	117 479	526 532	17 788
Frauen	"	"	11 680	109 496	465 988	14 044
Teilzeitkräfte	"	"	3 765	39 325	162 599	4 727
Ausländer	"	"	3 762	18 849	114 630	4 205
Arbeitslosenquote	%	"	3,8	5,0	4,3	4,7
Offene Stellen	Anzahl	"	9 282	59 037	312 593	7 814
Kurzarbeiter	"	"	454	9 419	101 558	7 306
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)⁵⁾						
Beschäftigte	Anzahl	Februar	167 850	1 155 926	7 649 545	166 941
Geleistete Arbeitsstunden	1000	"	14 293	122 671	783 286	13 493
Brutto-lohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	483	2 910	19 082	450
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁶⁾	"	"	2 834	15 358	86 990	2 331
Gesamtumsatz ⁷⁾	"	"	5 584	19 518	97 531	4 293
darunter Auslandsumsatz	"	"	558	3 947	23 484	468
Bauhauptgewerbe						
Beschäftigte	Anzahl	Februar	30 850	253 257	1 209 334	29 871
Geleistete Arbeitsstunden	1000	"	2 824	24 624	126 028	1 725
Brutto-lohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	79	499	2 528	52
Baugewerblicher Umsatz ⁷⁾	"	"	145	952	5 126	87
Fremdenverkehr						
Fremdenmeldungen ¹⁾	1000	Februar	97	539	3 034	89
darunter von Auslandsgästen	"	"	26	67	467	23
Straßenverkehr						
Zulassungen fabrikneuer Pkw ⁸⁾	Anzahl	Februar	5 990	44 152	221 502	4 487
Steuern						
Steueraufkommen insgesamt	Mio. DM	Jan.-März	7 133,4	18 283,2	85 969,1	6 282,8
darunter						
Gemeinschaftsteuern	"	"	4 389,2	12 704,6	63 782,6	3 852,6
Landessteuern	"	"	165,6	705,1	3 743,9	160,9
Gemeindesteuern	"	"	460,8	1 867,4	9 499,1	392,0

¹⁾ Bei Bestandsdaten: Stand am Monatsende. – ²⁾ Bei Bestandsdaten: Durchschnitt der nachgewiesenen Monate. – ³⁾ Stand Ende September. – ⁴⁾ Prozentpunkte. – ⁵⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn / -post.

		Jahresbeginn bis Berichtsmonat (einschl.) ²⁾								
1979		1980			1979			Veränderung 1980 gegenüber 1979 in %		
Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschl. Berlin (West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschl. Berlin (West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschl. Berlin (West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschl. Berlin (West) –
12 175,1	61 319,6	1 651,8	12 183,6 ^p	61 472,0	1 662,6	12 176,4	61 321,1	- 0,6	+ 0,1	+ 0,2
8 310	43 803	2 091	17 905	96 903	2 039	16 622	89 474	+ 2,6	+ 7,7	+ 8,3
12 710	58 625	3 601	24 161	119 461	3 885	25 068	121 061	- 7,3	- 3,6	- 1,3
- 4 400	- 14 822	- 1 510	- 6 256	- 22 558	- 1 846	- 8 446	- 31 587	x	x	x
20 972	38 329	10 771	54 569	124 940	9 150	46 456	86 116	+ 17,7	+ 17,5	+ 45,1
19 092	26 502	10 642	45 291	61 045	9 758	41 899	56 541	+ 9,1	+ 8,1	+ 8,0
+ 1 880	+ 11 827	+ 129	+ 9 278	+ 63 895	- 608	+ 4 557	+ 29 575	x	x	x
- 2 520	- 2 995	- 1 381	+ 3 022	+ 41 337	- 2 454	- 3 889	- 2 012	x	x	x
515,3	4 143,8 ³⁾ p	144,9 ³⁾ p	564,2 ³⁾ p	4 453,3 ³⁾	132,3 ³⁾	515,3 ³⁾	4 143,8	+ 9,5	+ 9,5	+ 7,5
681	5 444	345	1 379	11 899	355	1 267	10 941	- 2,8	+ 8,8	+ 8,8
95	628	40	147	1 346	35	172	1 283	+ 14,3	- 14,5	- 4,9
+ 586	+ 4 816	+ 305	+ 1 232	+ 10 553	+ 320	+ 1 095	+ 9 658	x	x	x
4 724	30 953	3 625	15 727	104 741	2 525	10 539	70 041	+ 43,6	+ 49,2	+ 49,5
4 000	22 988	2 273	9 012	53 102	1 943	8 544	48 982	+ 17,0	+ 5,5	+ 8,4
+ 724	+ 7 965	+ 1 352	+ 6 715	+ 51 639	+ 582	+ 1 995	+ 21 059	x	x	x
+ 1 310	+ 12 781	+ 1 657	+ 7 947	+ 62 192	+ 902	+ 3 090	+ 30 717	x	x	x
268 102	1 134 060	25 937	230 307	1 014 520	31 735	266 984	1 152 707	- 18,3	- 13,7	- 12,0
149 876	629 458	14 065	119 530	541 945	17 524	147 066	637 326	- 19,7	- 18,7	- 15,0
118 226	504 602	11 872	110 777	472 575	14 211	119 918	515 381	- 16,5	- 7,6	- 8,3
45 033	185 091	3 845	39 639	164 118	4 809	45 926	188 919	- 20,0	- 13,7	- 13,1
20 321	117 266	3 785	18 817	115 028	4 119	20 089	118 193	- 8,1	- 6,3	- 2,7
6,0	5,0	3,8	5,1	4,4	4,7	6,0	5,0	- 0,9 ⁴⁾	- 0,9 ⁴⁾	- 0,6
50 330	266 894	8 848	54 791	297 409	7 592	46 808	252 327	+ 16,5	+ 17,1	+ 17,9
48 453	166 950	414	9 405	99 825	6 962	39 741	150 932	- 94,1	- 76,3	- 33,9
1 133 438	7 548 995	167 746	1 153 739	7 640 157 ^r	167 029	1 133 253	7 545 905	+ 0,4	+ 1,8	+ 1,3
113 479	750 478	28 478	245 819	1 574 382	27 520	233 815	1 535 321	+ 3,5	+ 5,1	+ 2,6
2 628	17 614	969	5 829	38 446	906	5 382	35 979	+ 7,0	+ 8,3	+ 6,9
12 388	71 864	5 684	30 523	171 781	4 711	25 151	145 064	+ 20,7	+ 21,4	+ 18,5
15 414	79 922	10 998	38 555	192 132	8 560	31 192	161 206	+ 28,5	+ 23,6	+ 19,2
3 006	19 145	1 059	7 547	45 634	915	5 818	37 740	+ 15,7	+ 29,7	+ 21,0
243 769	1 149 511	30 842	253 298	1 208 808	29 993	245 053	1 153 669	+ 2,8	+ 3,4	+ 4,8
10 912	78 876	5 250	41 982	217 776	3 725	22 644	138 987	- 40,9	- 85,4	+ 56,7
253	1 603	156	904	4 588	110	522	2 968	+ 41,8	+ 73,2	+ 54,6
598	3 365	394	1 960	10 832	284	1 445	7 509	+ 38,7	+ 35,6	+ 44,3
449	2 720	189	1 008	5 871	176	889	5 399	+ 7,4	+ 13,4	+ 8,7
55	417	48	119	883	44	103	796	+ 7,8	+ 15,5	+ 10,9
36 595	210 723	11 352	82 666	420 020	9 437	73 365	408 528	+ 20,3	+ 12,7	+ 2,8
16 277,1	79 315,4	7 133,4	18 283,2	85 969,1	6 282,8	16 277,1	79 315,4	13,5	12,3	8,4
11 160,9	57 874,7	4 389,2	12 704,6	63 782,6	3 852,6	11 160,9	57 874,7	13,9	13,8	10,2
726,3	4 058,0	165,6	705,1	3 743,9	160,9	726,3	4 058,0	2,9	- 2,9	- 7,7
1 617,7	8 550,9	460,8	1 867,4	9 499,1	392,0	1 617,7	8 550,9	17,6	15,4	11,1

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ²⁾ ohne Umsatzsteuer. – ³⁾ für Berichtsgemeinden. –

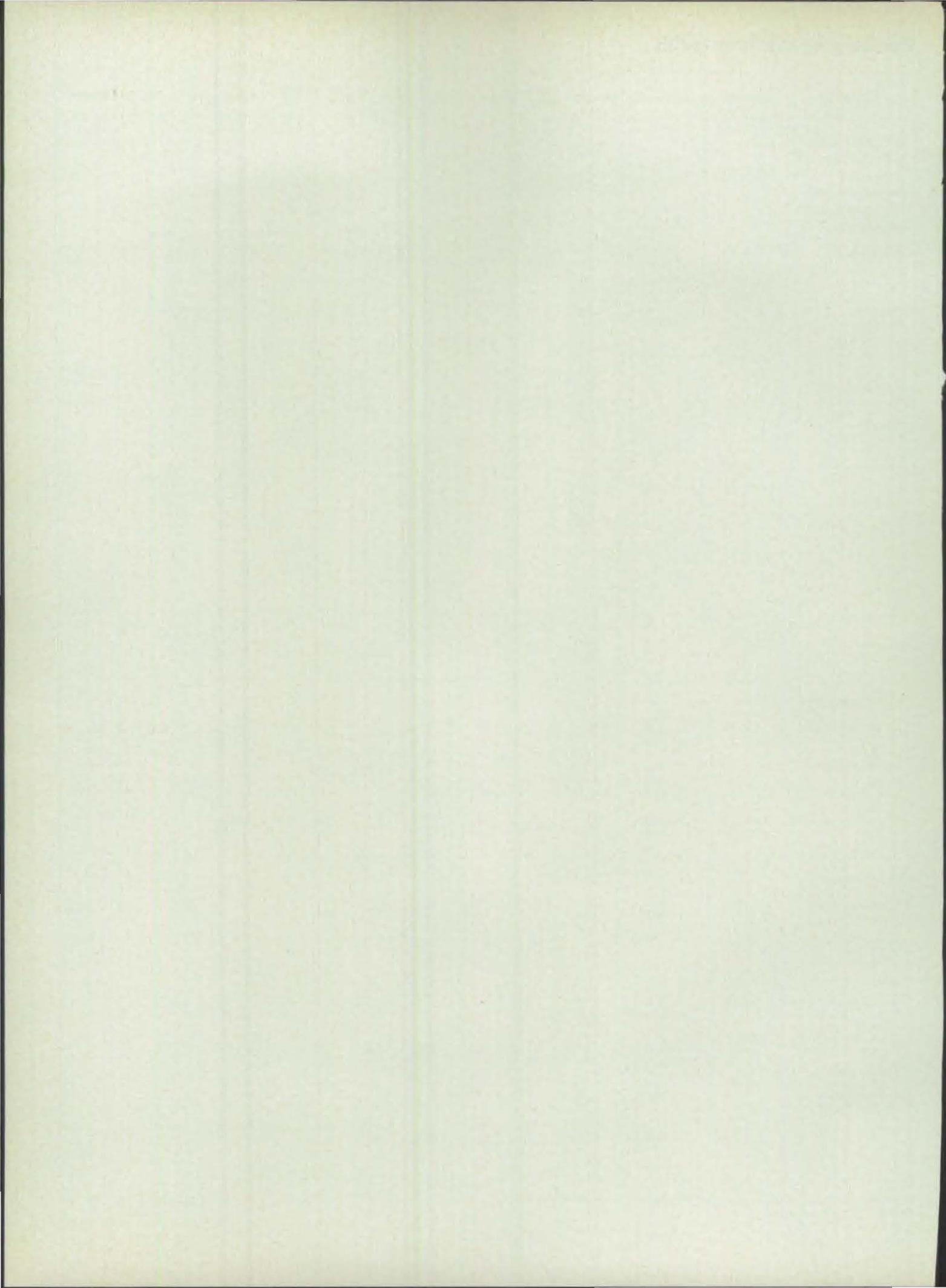
Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bevölkerung													
Wohnbevölkerung ¹⁾	1000	2. Vj. 80 1. Vj. 80	1 649 1 651	1 899 1 899	p 1 300 1 298	979 979	656 658	632 631	592 594	581 581	556 555	543 543	484 484
darunter Ausländer	%	2. Vj. 80 1. Vj. 80	8,5 8,4	11,6 11,6	p 16,8 16,6	13,7 13,5	5,9 5,8	20,9 20,6	11,7 11,6	17,2 16,9	6,1 6,3	9,4 9,1	11,3 11,0
Lebendgeborene	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	3 466 3 164	4 655 4 325	2 500 2 630	2 523 2 355	1 303 1 365	1 522 1 274	1 172 1 172	1 309 1 272	1 126 1 139	1 089 1 155	1 007 939
darunter Ausländer	%	2. Vj. 80 1. Vj. 80	18,5 18,0	23,5 23,7	28,2 28,6	30,5 29,9	15,0 13,3	40,1 38,9	26,2 25,3	30,0 32,1	15,2 14,0	25,8 21,8	24,1 23,4
Lebendgeborene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80 1. Vj. 80	8,4 7,8	9,8 9,2	p 7,7 8,2	10,3 9,8	8,0 8,4	9,7 8,2	7,9 8,0	9,0 8,9	8,1 8,3	8,0 8,6	8,3 7,9
Gestorbene	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	5 975 5 666	8 300 9 148	3 355 3 832	2 817 2 960	2 105 2 211	1 959 1 866	1 922 2 049	1 519 1 609	1 687 1 858	1 798 1 867	1 518 1 636
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80 1. Vj. 80	14,5 13,9	17,5 19,5	p 10,3 12,0	11,5 12,3	12,9 13,6	12,4 12,0	13,0 14,0	10,5 11,2	12,2 13,6	13,3 13,9	12,6 13,7
Geborenen- (+) / Gestorbenen-überschuß (-)	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	- 2 509 - 2 502	- 3 645 - 4 823	- 855 - 1 202	- 294 - 605	- 802 - 846	- 437 - 592	- 750 - 877	- 210 - 337	- 561 - 719	- 709 - 712	- 511 - 697
Zugezogene Personen	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	15 038 16 224	20 042 17 876	20 180 21 267	11 404 11 699	4 716 4 861	11 301 11 047	6 979 7 515	10 006 13 397	7 766 4 616	7 956 7 156	5 768 6 727
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80 1. Vj. 80	36,6 39,9	42,3 38,2	p 62,3 66,4	46,7 48,5	28,8 30,0	71,8 71,0	47,2 51,3	69,1 93,6	56,1 33,8	58,8 53,4	47,8 56,4
Fortgezogene Personen	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	14 693 15 759	16 944 15 819	p 17 358 21 508	11 017 11 409	5 279 5 306	10 687 10 426	7 345 8 291	9 797 12 552	6 129 5 398	7 061 7 165	4 898 6 366
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80 1. Vj. 80	35,7 38,7	35,8 33,8	p 53,5 67,2	45,1 47,3	32,3 32,7	67,9 67,0	49,7 56,7	67,7 87,7	44,2 39,5	52,1 53,5	40,6 53,4
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	+ 345 + 465	+ 3 098 + 2 057	p+2822 - 241	+ 387 + 290	- 563 - 445	+ 614 + 621	- 366 - 776	+ 209 + 845	+ 1 639 - 782	+ 895 - 9	+ 870 + 361
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80 1. Vj. 80	+ 0,8 + 1,1	+ 6,5 + 4,4	+ 8,7 - 0,8	+ 1,8 + 1,2	- 3,4 - 2,7	+ 3,9 + 4,0	- 2,5 - 5,3	+ 1,4 + 5,9	+ 11,8 - 5,7	+ 6,6 - 0,1	+ 7,2 + 3,0
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	- 2 164 - 2 037	- 547 - 2 766	p+1967 - 1 443	+ 93 - 315	- 1 365 - 1 291	+ 177 + 29	- 1 116 - 1 653	- 1 + 508	+ 1 078 - 1 501	+ 186 - 721	+ 359 - 336
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80 1. Vj. 80	- 5,3 - 5,0	- 1,2 - 5,9	p+ 6,1 - 4,5	+ 0,4 - 1,3	- 8,3 - 8,0	+ 1,1 + 0,2	- 7,6 - 11,3	- 0,0 + 3,5	+ 7,8 - 11,0	+ 1,4 - 5,4	+ 3,0 + 2,8
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	33 971 38 814	52 594 56 979	21 328 24 269	19 229 20 221	10 949 11 291	11 825 10 132	10 286 10 750	9 080 9 792	11 160 9 842	10 509 9 817	7 558 9 270
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80 1. Vj. 80	82,6 95,4	111,1 121,7	p 65,8 75,8	78,8 83,8	66,9 69,6	75,1 65,1	69,6 73,5	62,7 68,4	80,6 72,0	77,6 73,3	62,6 77,7
Arbeitsmarkt¹⁾													
Arbeitslose	Anzahl	1. Vj. 80 1. Vj. 80	19 992 24 514	30 470 36 418	20 525 21 949	23 378 22 922	13 145 13 237	12 123 12 577	10 415 9 909	5 057 6 148	10 910 11 643	13 423 14 202	8 697 9 074
und zwar Männer	"	2. Vj. 80 1. Vj. 80	10 219 13 454	15 963 20 863	8 357 9 810	12 860 12 712	7 782 8 052	6 067 6 451	5 607 5 365	3 023 3 928	5 370 5 837	6 352 6 983	3 695 3 916
Frauen	"	2. Vj. 80 1. Vj. 80	9 773 11 060	14 507 15 555	12 168 12 139	10 518 10 210	5 363 5 185	6 056 6 126	4 808 4 544	2 034 2 220	5 540 5 806	7 071 7 219	5 012 5 158
Teilzeitkräfte	"	2. Vj. 80 1. Vj. 80	3 210 3 506	3 381 3 373	4 584 4 506	2 759 2 723	1 786 1 717	1 879 1 974	1 374 1 293	501 627	1 878 1 938	2 293 2 236	1 857 1 837
Arbeitslosenquote	%	2. Vj. 80 1. Vj. 80	2,9 3,6	3,8 4,6	2,3 2,4	5,8 5,7	5,6 5,6	2,3 2,4	3,8 3,6	1,8 2,2	4,9 5,3	4,0 4,2	3,7 3,8
Arbeitslose Ausländer	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	2 931 3 758	4 725 6 414	3 358 3 903	6 084 5 836	1 138 1 102	2 669 2 980	1 910 1 798	2 114 3 093	1 636 1 712	1 723 2 152	1 951 1 915
Offene Stellen	"	2. Vj. 80 1. Vj. 80	11 778 9 558	12 609 9 849	19 695 17 628	6 222 5 765	2 795 2 602	10 605 9 133	5 972 5 163	9 966 8 383	4 109 3 259	5 857 6 708	5 459 4 739
Kurzarbeiter	"	2. Vj. 80 1. Vj. 80	329 511	743 1 413	704 605	16 330 15 466	127 293	982 924	68 50	25 101	1 260 1 445	25 313	955 699

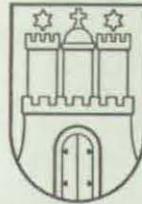
Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)²⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	2. Vj. 80	167 799	182 172	190 433	125 789	57 567	108 964	p 91 371	132 570	75 047	99 942	98 237
		1. Vj. 80	167 794	183 823	191 330	127 393	58 071	109 725	91 675	131 426	75 267	100 599	98 994
je 1000 Einwohner	Anzahl	2. Vj. 80	102	96	146	129	88	173	p 154	228	135	184	203
		1. Vj. 80	102	97	147	130	88	174	154	226	136	185	205
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	2. Vj. 80	1 620	1 482	1 814	1 242	534	1 118	p 938	1 394	645	863	769
		1. Vj. 80	1 477	1 379	1 736	1 152	510	1 001	833	1 250	602	797	730
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	Anzahl	2. Vj. 80	39	33	38	40	37	41	p 41	42	34	35	31
		1. Vj. 80	36	30	37	37	36	37	37	39	32	32	30
Umsatz aus Eigenerzeugung ³⁾	Mio. DM	2. Vj. 80	8 492	5 156	8 782	5 778	2 347	3 843	p 3 487	6 772	3 512	3 421	1 937
		1. Vj. 80	8 774	5 444	9 105	5 583	2 283	3 857	3 514	7 062	3 631	3 561	2 306
Gesamtumsatz ³⁾	Mio. DM	2. Vj. 80	17 831	5 432	9 472	6 821	2 711	5 221	p 3 927	7 634	3 990	3 704	2 936
		1. Vj. 80	16 742	5 714	9 761	6 566	2 596	5 086	4 005	7 965	4 212	3 831	2 501
darunter Auslandsumsatz ³⁾	Mio. DM	2. Vj. 80	1 712	457	3 175	1 907	341	1 818	p 1 223	2 450	614	1 157	659
		1. Vj. 80	1 718	734	3 185	1 810	318	1 789	1 127	2 711	710	1 160	559
Gesamtumsatz ³⁾	1000 DM je Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80	43	11	p 29	28	17	33	p 27	53	29	27	24
		1. Vj. 80	41	12	30	27	16	33	27	56	31	29	21
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	Anzahl	2. Vj. 80	426	120	199	218	189	192	p 172	231	213	149	120
		1. Vj. 80	405	126	207	209	181	188	177	246	227	154	102
Bauhauptgewerbe²⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	2. Vj. 80	26 142	33 943	38 593	13 678	11 796	18 378	p 12 460	14 523	10 837	9 206	10 384
		1. Vj. 80	25 801	33 189	37 209	13 691	11 641	18 498	12 910	14 430	10 899	8 955	10 971
Baugewerblicher Umsatz ³⁾	Mio. DM	2. Vj. 80	648	607	984	382	213	409	p 368	348	254	247	217
		1. Vj. 80	497	432	663	282	207	448	243	268	173	163	154
Fremdenverkehr													
Fremdenmeldungen	Anzahl	2. Vj. 80	447 527	399 199	646 354	246 037	45 505	412 313	183 800	119 351	76 767	133 656	131 616
		1. Vj. 80	301 082	276 216	540 521	191 830	49 697	364 841	191 793	113 075	66 144	101 706	101 625
Fremdenübernachtungen	Anzahl	2. Vj. 80	801 274	1 025 954	1 352 853	457 731	96 412	783 002	349 522	301 969	155 770	218 855	236 153
		1. Vj. 80	541 152	715 966	1 153 723	454 480	108 892	674 532	374 146	285 113	132 158	164 078	217 974
darunter von Auslandsgästen	Anzahl	2. Vj. 80	268 032	196 554	524 896	185 154	14 775	439 729	128 838	84 273	39 520	53 704	54 171
		1. Vj. 80	148 499	149 116	360 030	126 627	11 837	355 020	122 662	67 039	31 337	24 897	41 977
Fremdenübernachtungen je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	2. Vj. 80	1 949	2 167	p 4 173	1 876	589	4 973	2 386	2 086	1 124	1 616	1 956
		1. Vj. 80	1 329	1 529	3 604	1 884	670	4 333	2 556	1 991	966	1 225	1 827
Straßenverkehr													
Zulassung fabrikneuer Pkw	Anzahl	2. Vj. 80	17 525	16 109	18 135		7 867	16 691			5 683	6 058	5 602
		1. Vj. 80	18 589	15 869	16 799		8 047	16 223			6 091	5 345	5 422
Steuer-einnahmen													
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital – nach Abzug der Gewerbesteuerumlage u. ohne Lohnsummensteuer	Mio. DM	2. Vj. 80	276	95	225	171	59	213	109	103	73	84	110
		1. Vj. 80	333	117	197	153	70	244	149	170	72	96	173
DM je Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	2. Vj. 80	672	200	p 694	699	360	1 355	736	710	526	621	908
		1. Vj. 80	818	250	615	635	435	1 568	1 021	1 185	530	714	1 451
Lohn- und Einkommensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	2. Vj. 80	216	75	143	85	59	73	70	81	60	54	37
		1. Vj. 80	157	109	99	18	10	14	12	10	47	3	47
DM je Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	2. Vj. 80	525	159	p 440	350	358	464	475	561	431	401	303
		1. Vj. 80	385	232	309	74	62	87	83	67	347	26	398

¹⁾ am Ende des Berichtszeitraumes. – ²⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ³⁾ ohne Umsatzsteuer. – ⁴⁾ Arbeitsamtsbezirk. – ⁵⁾ einschl. Erkrath, Stadt ohne Hochdahl.



Hamburg in Zahlen



Zeitschrift des
Statistischen Landesamts
der Freien und
Hansestadt Hamburg

Heft 12. 1980

Das Statistische Stichwort	
○ HAMPAS	306
Die interessante Zahl	
○ Herkunftsgebiete	306
Statistik aktuell	
○ Zahl der Ausländer wächst	306
○ Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg 1979	
wieder positiv	306
○ Sparen nach dem 624-DM-Gesetz	307
○ Verkehrsunfallflucht	307
○ Mehr Beschäftigte und höhere Umsätze in der Investitions- güterherstellung	307
○ Winterbauförderung und Schlechtwettergeld	307
○ Abfall und Klärschlamm bringen Strom	307
*	
Beschäftigtenstruktur im Ver- arbeitenden Gewerbe 1978	
– Teil 1 –	308
Wie zufrieden sind die Hamburger mit ihren Wohnverhältnissen?	316
*	
Das interessiert in Hamburg	
○ Diagramme	322
○ Hamburg heute und gestern	322
○ Neue Schriften	323
○ Der Draht zum StaLa	323
*	
Hamburger Zahlenspiegel	324
Hamburg im großräumlichen Vergleich	330
Hamburg im Städtevergleich	332

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Verlag und Vertrieb:

Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11

Verantwortlich für den Inhalt:

Dr. Erhard Hruschka

Einzelpreis DM 2,50;

Jahresabonnement DM 20,—

Druck: Hermann Kampen, Hamburg 1

ISSN 0017-6877

Das Statistische Stichwort

HAMPAS

HAMPAS ist die Abkürzung für „Hamburgisches Planungsinformations- und Analyse-System“. Dieser Begriff umschließt ein System von Daten und Serviceleistungen, das den Informationsbedarf der planenden Stellen in der hamburgischen Verwaltung durch ein problemgerechtes Datenangebot aus Statistik und Verwaltung gezielt und schnell abdecken soll. Die Voraussetzungen hierfür sind standardisierte Daten aus laufenden Statistiken, Großzählungen (Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählungen) und der Regionaldatei in Verbindung mit flexiblen Datenverarbeitungsprogrammen. Dazu gehören Prognosetechniken und vielseitig verwendbare Software-Programme wie DABANK und APL. Der gegenwärtige Stand von HAMPAS ermöglicht es, Hamburger Dienststellen und anderen Konsumenten innerhalb weniger Tage die gewünschten Daten in problemgerechter Form entweder in Tabellen oder auf Datenträgern zu liefern. Der weitere Ausbau des Systems zielt in Richtung raumbezogener Auswertungen unter Einsatz eines räumlichen Koordinatensystems. Kurt Putensen

Die interessante Zahl

Herkunftsgebiete

Der für Hamburg im Jahr 1979 positive Wanderungssaldo für Ausländer von 7630 Personen legt einen Blick auf die Herkunftsgebiete nahe. Während die Hansestadt an ihr Umland (-262) sowie an das restliche Bundesgebiet (-199) Ausländer verloren hat, besteht ein stark positiver Saldo (+7969) gegenüber dem Ausland. Dieser ergibt sich aus einem Plus von 5383 Personen gegenüber europäischen Ländern (Schwerpunkt: Türkei +3581) und einem Überschuss von 2586 Personen gegenüber außer-europäischen Ländern (darunter per Saldo aus Asien +1716, aus Afrika +564 und aus Amerika +300 Personen).

Weist man die Wanderungen der Ausländer gegenüber den Ländern der Europäischen Gemeinschaft (ohne Griechenland) getrennt nach, so zeigt sich für Hamburg - mit Ausnahme von 1967 und 1975 - ein jährlicher Überschuss, der 1979 +1151 Personen betrug. Erhard Hruschka



Statistik aktuell

Zahl der Ausländer wächst

Am 20. September 1980 waren in Hamburg 154 813 Ausländer gemeldet. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres ergab sich ein Zuwachs um 13 901 nichtdeutsche Hamburger (+9,9 Prozent). Damit erhöhte sich der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung von 8,3 auf 9,2 Prozent. Jeder vierte Ausländer wohnt im Bezirk Hamburg-Mitte; mit 38 797 Personen sind das 16,1 Prozent der dortigen Wohnbevölkerung. In den Bezirken Altona (25 891 Ausländer) und Harburg (22 020 Ausländer) haben 10,8 bzw. 11,4 Prozent der Bürger eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit. Dem Hamburger Durchschnitt von 9,2 Prozent entspricht der Ausländeranteil im Bezirk Eimsbüttel (22 183 Ausländer), unter dem Durchschnitt liegt er in Hamburg-Nord (23 993 Ausländer = 8,0 Prozent) und besonders deutlich in Wandsbek (18 065 Ausländer = 4,7 Prozent) und Bergedorf (3864 Ausländer = 4,3 Prozent).

Den größten Ausländerzuwachs zwischen September 1979 und September 1980 verzeichnete Hamburg-Mitte (+13,8 Prozent); ein Drittel aller Ausländerzugänge in Hamburg sind allein dort registriert worden. Aber auch in Wandsbek und Harburg hat die Zahl der Ausländer mit 12,9 bzw. 11,0 Prozent überdurchschnittlich zugenommen. Jens Gerhardt

Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg 1979 wieder positiv

Ende 1979 lebten in der Region Hamburg (Hamburg und sechs Randkreise) 2 805 893 Menschen, 3220 mehr als im Jahr zuvor. Damit hat sich die seit 1974 zu beobachtende rückläufige Entwicklung 1979 nicht fortgesetzt. Die Einwohnerzahl Hamburgs belief sich auf 1 653 043, die der sechs Randkreise auf 1 152 850 Personen. Für Hamburg wurde mit einem Gestorbenenüberschuß von 11 038 und einem Wanderungsverlust von nur 224 Personen - 1978 hatte die Hansestadt noch ein Wanderungsdefizit von 4579 Personen zu verzeichnen - eine Abnahme um 11 262 Einwohner (0,7 Prozent) festgestellt. In den sechs Randkreisen führte ein Gestorbenenüberschuß von 1928 und ein Wanderungsgewinn von 16 410 zu einem Bevölkerungszuwachs von 14 482 Personen (1,3 Prozent). In den niedersächsischen Randkreisen Harburg und Stade hat die Zahl der Bewohner relativ etwas stärker zugenommen (+1,4 Prozent) als in den schleswig-holsteinischen Kreisen Hsgt. Lauenburg, Pinneberg, Segeberg und Stormarn (+1,2 Prozent).

Die im unmittelbaren Nahbereich Hamburgs gelegenen Gemeinden der sechs Randkreise trugen am meisten zum Bevölkerungswachstum des Umlands bei: 90 Prozent der Zunahme

entfiel auf die 258 Gemeinden, die im Umkreis bis 40 km um das Hamburger Stadtzentrum liegen, nur zehn Prozent auf die restlichen 157 Gemeinden.
Heinz Lohmann

Sparen nach dem 624-DM-Gesetz

Im Rahmen des Mikrozensus wurde ermittelt, daß das vermögenswirksame Sparen von etwa 67 Prozent der Hamburger Arbeitnehmer – 69 Prozent der Männer, 63 Prozent der Frauen – in Anspruch genommen wird. Arbeitnehmer im Sinne des 3. Vermögensbildungsgesetzes sind Arbeiter und Angestellte, Heimarbeiter, Beamte, Richter, Soldaten und Auszubildende. Ein Drittel der Anspruchsberechtigten hat somit das Angebot des Gesetzgebers nicht genutzt bzw. nicht nutzen können.

Unter den sechs möglichen Anlagearten, die einzeln oder kombiniert gewählt werden können, steht der Prämiensparvertrag an erster Stelle. 68 Prozent aller Sparer haben entsprechende Verträge mit Kreditinstituten abgeschlossen. Erst mit erheblichen Abstand folgt der Bausparvertrag, der im Rahmen des 624-DM-Gesetzes von rund 16 Prozent aller vermögenswirksam Sparenden gewählt wurde. Für die Verwendung der Sparbeträge zu einer Lebensversicherung haben sich 13 Prozent entschieden. Die übrigen Anlageformen sind wenig gefragt und machen nur knapp drei Prozent aus. Der Prämiensparvertrag ist bei den Frauen beliebter als bei den Männern. 73 Prozent aller weiblichen Sparer wählten diese Anlageart, wogegen unter den Männern nur knapp 65 Prozent einen solchen Vertrag hatten. Anders liegen die Verhältnisse bei denjenigen, die Beiträge für Lebensversicherungen geleistet haben; hier ist der relative Anteil der Männer fast doppelt so hoch wie bei den Frauen (15,8 Prozent).

Die Inanspruchnahme des Sparangebots ist nach der beruflichen Stellung unterschiedlich. Von allen Arbeitern und Angestellten beteiligten sich rund zwei Drittel am vermögenswirksamen Sparen, Beamte zu knapp drei Vierteln. Die Auszubildenden haben hiervon nur zu zwei Fünfteln Gebrauch gemacht.
Erwin Schmude

Verkehrsunfallflucht

In den ersten sechs Monaten des Jahres 1980 ereigneten sich auf Hamburgs Straßen rund 18 800 Straßenverkehrsunfälle. Bei jedem zehnten der registrierten 5300 Unfälle mit Per-

sonenschaden wurde Unfallflucht begangen. Noch höher war der Anteil bei den Unfällen, bei denen nur Sachschaden entstanden war: Nahezu jeder dritte der Beteiligten entfernte sich unerlaubt vom Unfallort.

Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres hat die Zahl der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden um ein Fünftel, die Zahl der bei diesen Unfällen flüchtigen Beteiligten dagegen um ein Viertel zugenommen. Angst vor einer möglichen Bestrafung oder aber auch nur dem Verlust des Prämienrabatts bei der Haftpflichtversicherung veranlassen immer wieder die betroffenen Verkehrsteilnehmer zu diesem Fehlverhalten.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß 1979 von den Hamburger Gerichten 1280 Personen, darunter 178 Frauen, wegen Flucht nach einem Verkehrsunfall (§ 142 StGB) rechtskräftig verurteilt wurden.

Walter Queren

Mehr Beschäftigte und höhere Umsätze in der Investitionsgüterherstellung

In den 450 Betrieben der hamburgischen Investitionsgüterherstellung (Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten) wurden im Monatsdurchschnitt Januar bis August 1980 rund 85 400 Personen beschäftigt; das waren 1,8 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Eine bessere Beschäftigungslage ergab sich vor allem im Bereich der Feinmechanik und Optik (plus 9,9 Prozent) sowie in der Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren (plus 4,1 Prozent). Aber auch im Straßenfahrzeugbau und in der Kraftfahrzeugreparatur (plus 3,5 Prozent) und im Maschinenbau (plus 2,2 Prozent) wurden mehr Personen beschäftigt, als im Durchschnitt der ersten acht Monate des Jahres 1979.

Günstig verlief auch die Umsatzentwicklung. Bei einem Gesamtwert (Umsatz aus Eigenerzeugung) von 5,7 Mrd. DM für die Monate Januar bis August 1980 wurde das Ergebnis vom Vorjahreszeitraum um neun Prozent übertroffen. Besonders starke Zuwachsraten ergaben sich für die Bereiche Feinmechanik und Optik sowie Stahl- und Leichtmetallbau (plus 24 bzw. plus 23 Prozent). Deutlich über dem Vorjahresergebnis lagen die Umsätze auch in der Stahlverformung und Oberflächenveredelung (plus 17 Prozent) sowie im Maschinenbau (plus 16 Prozent). Nur im Bereich der Elektrotechnik blieben die Umsätze geringfügig unter dem Vorjahresergebnis.
Günther Neuß

Winterbauförderung und Schlechtwettergeld

Zur Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft hat das Arbeitsamt Hamburg für die Zeit vom 1. November 1979 bis 31. Oktober 1980 insgesamt 66,2 Mio. DM ausgegeben; das waren 2,3 Mio. DM mehr als im entsprechenden Zeitraum ein Jahr zuvor.

Arbeitgeber erhielten im Rahmen der „Produktiven Winterbauförderung“ Mehrkostenzuschüsse für die auf ausreichend geschützten Baustellen geleisteten Arbeiten sowie Investitionskostenzuschüsse für erworbenes oder gemietetes Winterbaugerät. Die Ausgaben für diese Zuschüsse beliefen sich in Hamburg im Berichtszeitraum auf 4,75 Mio. DM bzw. 1,7 Mio. DM.

Arbeitnehmern wurden 22,5 Mio. DM an Wintergeld ausgezahlt, und zwar u. a. für geleistete Arbeitsstunden in einer Zeit, in der sie bei witterungsbedingtem Arbeitsausfall Anspruch auf Schlechtwettergeld hätten und für Trennungsbefreiungen, wenn wegen ungünstiger Witterung eine getrennte Haushaltsführung erforderlich war.

Für witterungsbedingten Arbeitsausfall sind Zahlungen von Schlechtwettergeld in Höhe von 28,3 Mio. DM geleistet worden. Außerdem erstattete das Arbeitsamt im Berichtsjahr Beträge in Höhe von 8,95 Mio. DM für Rentenversicherungsbeiträge von Schlechtwettergeldbeziehern. Jens Gerhardt

Abfall und Klärschlamm bringen Strom

Durch die bei der Verbrennung von rund 4,1 Mio. m³ Haus-, Gewerbe- und Sperrmüll freiwerdende Energie konnten im Jahr 1979 mehr als 73 000 Megawattstunden (MWh) Strom in das Versorgungsnetz eingespeist werden. Rechnerisch erbrachte ein Kubikmeter verbrannter Abfall fast 18 Kilowattstunden Strom. Neben der Müllverbrennung leistet auch das bei der Abwasserreinigung anfallende Klärgas einen Beitrag zur Energieversorgung, und zwar in Höhe von 17 000 MWh. Damit werden 1,4 Prozent aller in Hamburg erzeugten Elektrizität aus Müll und Klärschlamm produziert. Die mehr als 800 000 Privathaushalte in Hamburg verbrauchten im vorigen Jahr 3,2 Mio. MWh Strom. Geht man von einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von vier Megawattstunden je Haushalt aus, könnten allein aus der öffentlichen Abfall- und Klärschlammbehandlung mehr als 22 000 Wohnungen in der Hansestadt mit Elektrizität versorgt werden.

Rüdiger Lenthe

Beschäftigtenstruktur im Verarbeitenden Gewerbe 1978

Teil 1: Methodik und Gesamtüberblick

1 Untersuchungsziel

Die Beschäftigungsentwicklung in weiten Teilen der Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten ist dadurch gekennzeichnet, daß die Dienstleistungsfunktionen stark zugenommen haben und der Anteil der im Produktionsprozeß stehenden Beschäftigten gleichzeitig zurückgegangen ist. Dies läßt sich schon aus den Ergebnissen der verschiedenen Arbeitsstättenzählungen der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik nachweisen. Definiert man als Produzierenden Bereich die Wirtschaftsabteilungen 1-3 (Bergbau, die Energie- und Wasserwirtschaft, das Verarbeitende Gewerbe sowie das Baugewerbe) und als Dienstleistungsbereich die Wirtschaftsabteilungen 4-9 (Handel, Verkehr, Banken und Versicherungen, die sonstigen privaten Dienstleistungen, die Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie die öffentliche Verwaltung) so ergibt sich im Zeitablauf folgendes Verteilungsbild:

Jahr	Beschäftigte insgesamt	darunter im Bereich	
		Produktion	Dienstleistung
1000			
%			
Hamburg			
1950	649	45,2	54,4
1961	1 007	40,4	59,3
1970	971	35,4	64,3
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)			
1950	15 985	58,1	41,6
1961	23 011	56,2	43,5
1970	24 407	52,7	46,9

Die Übersicht läßt erkennen, daß in einer Großstadt mit den Metropolfunktionen Hamburgs der Dienstleistungsbereich naturgemäß viel stärker ausgeprägt ist als im Durchschnitt des gesamten Bundesgebietes (einschließlich Berlin-West). Daneben wird der genannte Strukturwandel – nämlich Ausbau des Dienstleistungsbereichs und Einschränkungen im Produktionssektor – sowohl in Hamburg als auch im Bundesgebiet insgesamt nachweisbar. Allerdings zeigt sich, daß die Geschwindigkeit, mit der dieser Struktur-

änderungsprozeß abläuft, in Hamburg sehr viel größer war als im Bundesgebiet. So ist in Hamburg der Anteil der produzierend Beschäftigten von 1950 bis 1970 um zehn Prozentpunkte zurückgegangen, während der Dienstleistungsbereich entsprechend zugenommen hat. Für das gesamte Bundesgebiet hat sich im Produktionsbereich dagegen nur eine Abnahme um gut fünf Prozentpunkte ergeben.

Mit Hilfe der Daten aus den Arbeitsstättenzählungen läßt sich der skizzierte Strukturwandel jedoch nur in groben Zügen nachzeichnen. Das tatsächliche Ausmaß des Verhältnisses von produzierenden zu nichtproduzierenden Tätigkeiten innerhalb der Wirtschaft vermag das Zahlenmaterial von Arbeitsstättenzählungen nicht wiederzugeben, da in diesen Zählungen grundsätzlich alle Betriebe und Unternehmen **institutionell** nach dem jeweiligen wirtschaftlichen Schwerpunkt zugeordnet werden. Zum Verarbeitenden Gewerbe rechnen beispielsweise alle Betriebe, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt in der Herstellung oder Verarbeitung von Gütern sowie ihrer Reparatur und Wartung liegt. Mit einer solchen Zuordnung von Betrieben werden gleichzeitig deren sämtliche Beschäftigte dem Verarbeitenden Gewerbe und damit dem Produktionsbereich zugeordnet. Auch die laufenden Statistiken im Produzierenden Gewerbe bieten im Hinblick auf das hier zu behandelnde Thema keine wesentlich besseren Informationen.

Das Vordringen von Dienstleistungsfunktionen ist aber ebenso **innerhalb** des Verarbeitenden Gewerbes zu beobachten, und zwar in der Weise, daß der Anteil der eigentlichen Produktionsvorgänge durch Rationalisierung infolge verstärkten Maschineneinsatzes und verbunden mit einer starken Erhöhung der Arbeitsproduktivität rückläufig ist, und daß die Verwaltungsfunktionen im weitesten Sinne immer größere Bedeutung gewinnen. Bedingt durch eine verstärkte direkte Beteiligung produzierender Firmen am internationalen Handel durch die Angliederung von Funktionen, die früher in der Regel von anderen wirtschaftlichen Institutionen wahrgenom-

men wurden, sowie durch Ausweitung der Produktionspaletten, sind heute immer mehr Beschäftigte mit Planung und Arbeitsvorbereitung, mit Logistik, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und anderen Verwaltungstätigkeiten und mit Handelsfunktionen beschäftigt. Solche Funktionen sind aber eigentlich dem Dienstleistungsbereich zuzurechnen.

Über derartige Prozesse, die innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes ablaufen, gibt es bisher keine quantifizierbaren Vorstellungen. Eine vom Statistischen Landesamt Hamburg im Auftrag der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft durchgeführte Beschäftigtenstrukturerhebung hatte zum Ziel, nähere Informationen über Umfang und Struktur der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe zu gewinnen. Es kam wesentlich darauf an, innerhalb dieses institutionell abgegrenzten Bereiches eine funktionale Gliederung der im einzelnen ausgeübten Tätigkeiten vorzunehmen, wobei die im eigentlichen Sinne produzierenden Tätigkeiten von denen zu trennen waren, die mehr dem Dienstleistungsbereich zugeordnet sind.

2 Berichtskreis und Erhebungsumfang

Adressat für die Beschäftigtenstrukturerhebung war der monatliche Berichtskreis für die Statistik im Verarbeitenden Gewerbe, d. h. alle Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Die Erhebung erfolgte zum Stichtag 31. Oktober 1978 auf freiwilliger Basis. Durch die Zusage strenger Geheimhaltung und verstärkte Mahnungen wurde ein fast lückenloser Rücklauf erreicht. Nur in wenigen Fällen wurden Schätzungen vorgenommen. Grundlage der Schätzungen bildete die Gesamtzahl der Beschäftigten aus dem entsprechenden Monatsbericht des Verarbeitenden Gewerbes. Die Aufgliederung der Beschäftigten auf die einzelnen Funktionen wurde dann an Hand von Ergebnissen der Beschäftigtenstrukturerhebung in der Weise vorgenommen, daß der Branchendurchschnitt des eigenen bzw. eines ähnlich gelagerten Wirt-

schaftszweiges Verwendung fand. Beim Rücklauf der Erhebungsbogen zeigte sich, daß die Beschäftigtenzahlen teilweise erheblich von denen des Monatsberichts abwichen. Durch telefonische Rückfragen konnte ermittelt werden, daß in diesen Fällen örtlich ausgegliederte Betriebsteile mit Handlungsschwerpunkten, die aber verwaltungsmäßig zu der betreffenden Produktionsniederlassung gehörten, mit aufgeführt waren. Nach der Methodik der Statistik im Verarbeitenden Gewerbe bleiben derartige örtlich getrennte Handelsniederlassungen jedoch unberücksichtigt. Andere Abweichungen kamen so zustande, daß Unternehmensteile oder Niederlassungen außerhalb Hamburgs fälschlicherweise von den Hamburger Betrieben in die Meldung einbezogen worden waren. In diesen Fällen wurde der Berichtskreis der Beschäftigtenstrukturerhebung dem des Monatsberichtes im Verarbeitenden Gewerbe auch vom Beschäftigtenumfang her angepaßt, weil

- derartige Abweichungen von der Regelung im Monatsbericht mit Sicherheit durch die angesprochenen Unternehmen nicht einheitlich gehandhabt wurden, so daß das sonst entstehende Ergebnis nur schwer zu interpretieren wäre und
- die aus der Beschäftigtenstrukturerhebung gewonnene Verteilung in den folgenden Jahren ohnehin nur auf die Ergebnisse der Monatsberichterstattung angewendet werden kann.

3 Frageprogramm:

Da die Beschäftigtenstrukturerhebung in ihrem Berichtskreis auf die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes abgestellt war, die laufend zum Monatsbericht melden, brauchte eine Reihe von Merkmalen nicht noch einmal gesondert erfragt zu werden. Vielmehr wurden einige Komplexe aus der monatlichen Berichterstattung übernommen:

- a) **Wirtschaftlicher Schwerpunkt** des Betriebes: Nachgewiesen wird nur die wirtschaftliche Tätigkeit, die den Schwerpunkt des Betriebes ausmacht (Hauptbeteiligungskonzept). Bei heterogener Tätigkeitspalette werden daher alle Nebentätigkeiten nicht berücksichtigt und wirtschaftssystematisch nicht gesondert nachgewiesen.
- b) **Betriebsart**, und zwar in der Gliederung nach Einbetriebsunternehmen und nach Niederlassungen

von Mehrbetriebsunternehmen, wobei insbesondere die in mehreren Bundesländern tätigen Unternehmen von Interesse sind. Bei diesen wurde weiter differenziert

- nach reinen Hauptverwaltungen,
- nach Niederlassungen, die ausschließlich produzieren und
- nach Niederlassungen, bei denen Produktion und Verwaltung kombiniert vorkommen.

Mit besonderen Fragebogen wurden folgende Merkmale erfragt:

c) **Betriebliche Funktionen:** Im einzelnen wurden hier gezielt Einsatzmöglichkeiten für die Beschäftigten abgefragt:

- Tätige Inhaber und Mitinhaber sowie mithelfende Familienangehörige. Diese Personengruppe wurde gesondert erfaßt, damit nicht versehentlich nur die im Betrieb tätigen Arbeitnehmer angegeben werden. Für Untersuchungen im klein- und mittelbetrieblichen Bereich muß die Gruppe der Inhaber und Familienangehörigen aber vollständig einbezogen werden.
- Unmittelbar im Produktionsprozeß tätige Arbeitnehmer: Hier sollte auch der Teil des Personals einbezogen werden, der für Arbeitsvorbereitungen, zur Serienproduktion, zur Qualitäts- und Materialprüfung, zur Erprobung und Standardisierung der Endfertigung, für Prozeßsteuerung sowie Montage eingesetzt wurde.
- Im Reparatur- und Wartungsdienst tätige Arbeitnehmer: Hierzu rechnete auch der technische Kundendienst; Betriebshandwerker oder Personen anderer Unternehmen, die im Auftrag Reparaturen ausführen, sollten hier jedoch eigentlich nicht eingetragen werden.
- Für Forschung und Entwicklung tätige Arbeitnehmer: Hierunter waren alle Mitarbeiter zu verstehen, deren betriebliche Tätigkeit überwiegend auf die Gewinnung neuer technischer und wissenschaftlicher Erkenntnisse (z. B. zur Herstellung neuer oder verbesserter Materialien, Geräte bzw. Produkte sowie zur Entwicklung neuer Produktionsverfahrenssysteme bzw. Dienstleistungen) ausgerichtet ist. In diese Gruppe gehören auch die Mitarbeiter in der Konstruktion sowie beim experimentellen Betrieb von Versuchsanlagen, bei Erpro-

bung von Prototypen und Testserien usw.

- In der Lagerhaltung tätige Arbeitnehmer (einschließlich Versand- und Ersatzteillager sowie Magazinverwaltung)
- Im Ein- und Verkauf tätige Arbeitnehmer (einschließlich Außendienstmitarbeiter)
- In sonstigen betrieblichen Verwaltungsfunktionen tätige Arbeitnehmer:

Hier waren die Beschäftigten in den eigentlichen Verwaltungsfunktionen wie Geschäftsleitung, betriebliches Rechnungswesen, Kalkulation, Datenverarbeitung, Rechtsabteilung, Werbung und Marktforschung anzugeben.

Die vorgegebene Gliederung war um eine offene Frage nach übrigen Funktionen ergänzt, die weitere Beantwortungsmöglichkeiten zuließ. Nach den Erläuterungen zum Fragebogen sollten hier die Beschäftigten im Fuhrpark, in der Kantine und Gebäudereinigung sowie Werkschutz, Hausmeister und Betriebshandwerker angegeben werden. Mit Hilfe dieser Frage konnten nach Rücklauf der Erhebungspapiere einige Funktionen, die besonders häufig vertreten waren, noch getrennt dargestellt werden:

- Fahrer, Fuhrpark
 - Kantine, Reinigungspersonal
 - Hausmeister, Pförtner, Gärtner
 - Betriebshandwerker
 - Bewachung und Werkschutz.
- d) Geschlecht der Beschäftigten
- e) Voll- bzw. Teilzeitbeschäftigung:

Die Aufgliederung der tätigen Personen nach betrieblichen Funktionen wurde in der Kombination nach Geschlecht und einer möglichen Teilzeitbeschäftigung erfragt. Damit bestand die Möglichkeit, dem Einfluß dieser Merkmale auf die Funktionsgliederung gezielt nachzugehen.

- f) Am Schluß des Fragebogens sollte zusätzlich angegeben werden, ob der Betrieb regelmäßig Funktionen für Niederlassungen desselben Unternehmens außerhalb Hamburgs ausübt, und wenn ja, welche und mit wieviel Beschäftigten. Als Pendant hierzu wurde umgekehrt auch gefragt, ob andere, außerhalb Hamburgs gelegene Niederlassungen desselben Unternehmens, regelmäßige Funktionen für den Hamburger Betrieb ausüben. Mit diesen Fragen sollte gegebenenfalls ein über- oder unterproportionaler Personalanteil in bestimmten Funktionen erklärt werden.

4 Gruppierungen für tabellarische Darstellungen

Um die Vielzahl denkbarer Merkmalskombinationen überschaubar zu halten, mußten eine Reihe von Gruppierungen verwendet werden. Bei wirtschaftssystematischen Gliederungen wurden die Aggregationsmöglichkeiten der Systematik im Produzierenden Gewerbe (Sypro) genutzt. Bei Untersuchungen über den Einfluß der Betriebsgröße war es aus Geheimhaltungsgründen notwendig, sich auf den Nachweis von vier Beschäftigtengrößenklassen (1 bis 49, 50 bis 99, 100 bis 499 und 500 und mehr tätige Personen) zu beschränken.

Die betrieblichen Funktionen wurden – vor allem bei kombinierten Tabellen – aus Gründen der Übersichtlichkeit zu folgenden Gruppen zusammengefaßt:

- Produktion (Unmittelbarer Produktionsprozeß, Reparatur und Wartung, Betriebshandwerker)
- Hilfsfunktionen der Produktion (Fuhrpark und Fahrer, Lagerhaltung)
- Verwaltung (Ein- und Verkauf, sonstige betriebliche Verwaltung, tätige Inhaber und Mitinhaber, mithelfende Familienangehörige, Forschung und Entwicklung)
- Betreuung von Mitarbeitern und Werkseinrichtungen (Kantine, Reinigung; Hausmeister, Pförtner, Gärtner; Bewachung, Werkschutz).

Bei der Abgrenzung bzw. Zuordnung der Einzelfunktionen zu den Funktionsgruppen ergaben sich teilweise Schwierigkeiten:

- Tätige Inhaber und Mitinhaber werden ebenso wie mithelfende Familienangehörige überwiegend in Geschäftsleitungsfunktionen und damit im Bereich der Verwaltung zu finden sein. Dies haben telefonische Recherchen bei ausgewählten Firmen ergeben. Die Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen können jedoch – vor allem bei kleineren Betrieben – auch unmittelbar im Produktionsprozeß mitarbeiten. Bei dieser Untersuchung sind sie jedoch schwerpunktmäßig dem Bereich „Verwaltung“ zugeordnet worden.
- Wegen der insgesamt zu geringen Häufigkeit im Bereich „Forschung und Entwicklung“ wurde darauf verzichtet, bei einer Aggregation zu Funktionsgruppen diese Tätigkeiten stets als gesonderte Position beizubehalten. Da sie dem unmittelbaren Produktionsprozeß kaum zuzurechnen sind, wurden sie dem Bereich „Verwaltung“ zugeschlagen. Diese

Zuordnung erscheint am ehesten vertretbar, obwohl Forschung und Entwicklung sicherlich auch nicht als Verwaltungstätigkeiten im engeren Sinne anzusehen sind.

- Die Lagerhaltung wurde generell den Hilfsfunktionen der Produktion zugeordnet, obwohl beispielsweise **Verkaufslager** auch anders hätten ausgegliedert werden können. Eine Trennung der Lagerhaltung nach unterschiedlichen Typen war jedoch im Fragebogen nicht vorgesehen und dürfte in der Realität auch schwer zu ermitteln sein. Dies hätte nur dann Zweck, wenn darauf abgestellt würde, die Handelsfunktion von Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes gesondert nachzuweisen. In diesem Fall wäre es zweckmäßig, zumindest die Verkaufslager gesondert darzustellen.
- Ähnliches gilt für die Funktion „Ein- und Verkauf“, die im vollen Umfang den Verwaltungstätigkeiten zugeschlagen wurde. Auch dies ist im wesentlichen nur für die Einkaufsseite vertretbar. Bei einem gesonderten Nachweis der Handelsfunktionen würde der Verkauf zumeist diesem Teilbereich zuzuordnen sein, insbesondere dann, wenn nebenbei auch Handelsware an Dritte abgegeben wird.
- Die Einzelfunktion „Fuhrpark, Fahrer“ ist der Gruppe „Hilfsfunktionen der Produktion“ zugerechnet worden, wobei unterstellt wurde, daß es sich hierbei überwiegend um Auslieferungs- oder Verkaufsfahrer handelt.
- Die Funktionen „Kantine, Reinigung“, „Hausmeister, Pförtner, Gärtner“ und „Bewachung, Werkschutz“ wurden zu einer Funktionsgruppe „Betreuung von Mitarbeitern und Werkseinrichtungen“ zusammengefaßt. Anzumerken ist, daß die Angaben für Kantine und Reinigung nicht getrennt werden konnten, da in vielen Betrieben beide Tätigkeiten zeitversetzt durch dasselbe Personal ausgeführt werden.
- Eine besondere Schwierigkeit ergab sich bei den „Betriebshandwerkern“. Ursprünglich war vorgesehen, diese bei den „Hilfsfunktionen der Produktion“ einzuordnen. Im Verlauf der Auswertung zeigte sich jedoch, daß eine Vielzahl von Betrieben
- im Gegensatz zu den Erläuterungen zum Fragebogen – ihre zur Instandhaltung und Pflege **eigener** Anlagen eingesetzten Arbeitskräfte mit in der Kategorie „Reparatur und Wartung“ und nicht als gesonderte Position angegeben hatte. Das Statistische

Landesamt stand daher vor der Alternative, entweder eine nochmalige telefonische Befragung sämtlicher Betriebe mit unklaren Angaben durchzuführen oder aber die Betriebshandwerker nicht als eigenständige Funktion auszuweisen, sondern sie generell der Position „Reparatur und Wartung“ zuzuschlagen – und zwar dann auch in den Fällen, in denen speziellere Angaben vorlagen. Überwiegend aus pragmatischen Erwägungen wurde die zuletzt genannte Variante gewählt. Dieses Verfahren ist in gewisser Weise unbefriedigend, da Betriebshandwerker häufig auch für Tätigkeiten eingesetzt werden, die nicht dem Produktionsprozeß zuzurechnen sind. (Instandhaltung des Hauses, Wartung von Büromaschinen).

5 Gesamtüberblick

Die Tatsache, daß in der Amtlichen Statistik Angaben über die Beschäftigten stets nur nach der schwerpunktmäßigen Zuordnung des Betriebes vorliegen, hatte in den bisherigen Betrachtungen immer zur Folge, daß alle Beschäftigten des produzierenden Bereichs gedanklich ohne Einschränkung als „produzierend tätig“ eingestuft wurden. Auch wenn man sich bewußt war, daß ein Teil der so zugeordneten Personen Dienstleistungsfunktionen im weitesten Sinne ausübte, war eine exakte Differenzierung wegen der fehlenden Information nicht möglich. Die Gliederung der Beschäftigten nach Arbeitern, Angestellten, Tätigen Inhabern, Mithelfenden Familienangehörigen, Auszubildenden usw. ist für die Beurteilung des Umfangs der innerhalb des produzierenden Bereiches erbrachten Dienstleistungsfunktionen wenig ergiebig. Das tatsächliche Verhältnis zwischen den unmittelbar produzierenden und den verwaltenden Tätigkeiten kann damit auch nicht annähernd umschrieben werden.

Überwiegend „produktive“ Tätigkeiten im Verarbeitenden Gewerbe

Betrachtet man in einem ersten groben Gesamtüberblick die funktionale Struktur der Beschäftigung innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes (Tabelle 1), so zeigt sich, daß der Großteil der insgesamt 170 000 Be-

Tabelle 1 Beschäftigtenstruktur im Verarbeitenden Gewerbe Hamburgs nach betrieblichen Funktionen und Wirtschaftshauptgruppen am 31. 10. 1978

Betriebliche Funktion	Beschäftigte insgesamt		davon in den Wirtschaftshauptgruppen: Herstellung/Reparatur von			
			Grundstoffen und Produktionsgütern	Investitionsgütern	Verbrauchsgütern	Nahrungs- und Genussmitteln
	Anzahl	%				
Produktion und Reparatur	102 516	60,3	50,8	66,0	75,5	45,4
davon						
Unmittelbarer Produktionsprozeß	79 939	47,0	41,3	46,8	72,3	39,6
Reparatur- und Wartungsdienst	22 577	13,3	9,5	19,2	3,2	5,8
Hilfsfunktionen der Produktion	10 676	6,3	6,5	5,4	4,7	10,3
davon						
Lagerhaltung	8 885	5,2	5,5	4,6	3,3	8,3
Fuhrpark und Fahrer	1 791	1,1	1,0	0,8	1,3	2,0
Betreuung von Mitarbeitern und Werkseinrichtungen	4 224	2,5	3,8	2,0	1,5	2,5
davon						
Kantine und Reinigung	3 029	1,8	2,5	1,4	1,2	2,1
Hausmeister, Pförtner, Gärtner	401	0,2	0,4	0,1	0,2	0,3
Bewachung, Werkschutz	794	0,5	0,9	0,4	-	0,1
Geschäftsführung, Verwaltung und Entwicklung	52 609	31,0	38,8	26,5	18,4	41,8
davon						
Tätige Inhaber und Mitinhaber	963	0,6	0,2	0,5	1,4	0,8
Mithelfende Familienangehörige	94	0,1	-	-	0,2	0,1
Ein- und Verkauf	16 981	10,0	13,3	6,8	6,0	18,6
Sonstige betriebliche Verwaltung	27 265	16,0	20,9	13,6	9,3	20,9
Forschung und Entwicklung	7 306	4,3	4,4	5,6	1,5	1,4
Alle Funktionen	170 025	100	100	100	100	100
			(42 965)	(86 223)	(17 257)	(23 580)

beschäftigten in den Funktionsbereichen Produktion und Reparatur konzentriert ist (60,3 Prozent). Knapp die Hälfte aller Beschäftigten (47 Prozent) ist im unmittelbaren Produktionsprozeß tätig, die restlichen 13 Prozent in Reparatur, Montage und Wartung. In diesem Zusammenhang sei angemerkt, daß in der Gruppe „Reparatur“ einige im Prinzip sich deutlich unterscheidende Funktionen angesiedelt sind. Zum einen waren hier die Reparaturen aufzuführen, die den eigentlichen Geschäftszweck des Unternehmens ausmachen. Als Musterbeispiel lassen sich hierfür die Betriebe des Kraftfahrzeugreparaturgewerbes anführen. Daneben gibt es aber auch eine Vielzahl von Betrieben, die – gleichermaßen als Nebenfunktion – die Montage, Reparatur und Wartung der von ihnen selbst hergestellten Produkte übernehmen und letztlich wurde in diese Position auch das Personal eingeordnet, das zur Wartung der eigenen Produktionsanlagen eingesetzt wird. Die mit „Hilfsfunktionen der Produktion“ umschriebene Gruppe von Tätigkeiten weist zusammen nur 6,3 Prozent aller Beschäftigten auf, wobei das Schwergewicht eindeutig bei der Lagerhaltung (5,2 Prozent) lag. Im Fuhrpark bzw. als Fahrer waren gut ein Prozent aller Arbeitnehmer beschäftigt.

Ein Drittel Verwaltungsbeschäftigte

Der zweite Schwerpunkt der Beschäftigtenstruktur liegt erwartungsgemäß in den Funktionen „Geschäftsführung und Verwaltung“, unter denen auch der Bereich „Forschung und Entwicklung“ subsumiert ist. Mehr als 52 600 Personen, etwa 31 Prozent aller Beschäftigten, sind in diesen Dienstleistungsfunktionen tätig. Auf die Problematik des Hinzurechnens von Tätigen Inhabern und Mitinhabern sowie von Mithelfenden Familienangehörigen zu diesem Bereich wurde bereits an anderer Stelle eingegangen. Da dieser Personenkreis jedoch nur 0,6 bzw. 0,1 Prozent der Gesamtbeschäftigten stellt, dürfte ein möglicher Zuordnungsfehler minimal sein. Innerhalb der Gruppe der Verwaltungstätigkeiten sind 17 000 Personen (zehn Prozent) im Ein- und Verkauf beschäftigt. Mit fast 27 300 Beschäftigten (16 Prozent) scheint die „sonstige betriebliche Verwaltung“ vergleichsweise stark besetzt zu sein. Hier handelt es sich jedoch um eine Sammelkategorie, deren weitere Aufgliederung über eine Fragebogenerhebung kaum mit hinlänglicher Genauigkeit zu realisieren ist. In dem hier umschriebenen Funktionsbündel ist das Management eines Betriebes ebenso enthalten wie Buch-

haltung, Schreibdienst, Datenverarbeitung sowie Marktforschung, Planung und Public Relations. Diese Gruppe bildet daher den eigentlichen Kern der Büro- und Verwaltungstätigkeiten. Abgerundet wird die Übersicht durch die Beschäftigten, die im Bereich „Forschung und Entwicklung“ tätig waren. Nach der hier zugrunde gelegten Definition sollten die befragten Betriebe alle diejenigen Mitarbeiter als Forschungs- und Entwicklungspersonal angeben, deren betriebliche Tätigkeit überwiegend auf die Gewinnung neuer wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse ausgerichtet ist (z. B. auf die Herstellung neuer oder verbesserter Materialien, Geräte und Produkte oder auf die Entwicklung neuer Produktionsverfahren). Dazu rechnet auch die Konstruktion und der experimentelle Betrieb von Versuchsanlagen sowie die Erprobung von Prototypen oder Testserien. Dagegen sollten diejenigen Personen nicht einbezogen werden, die z. B. in der Arbeitsvorbereitung, in der Nullserienproduktion, in der Qualitätskontrolle und der Materialprüfung, zur Standardisierung der Endfertigung oder in der Prozeßsteuerung tätig waren. Die zuletzt genannten Beschäftigten waren der Funktion „unmittelbarer Produktionsprozeß“ zuzurechnen. Insgesamt wurden 7300 Beschäftigte gezählt (4,3 Prozent aller tätigen Personen im Verarbeitenden Gewerbe), die mit Forschungs- und Entwicklungsaufgaben betraut waren. Damit wird das Ergebnis einer früheren Untersuchung¹⁾ deutlich übertroffen, was teilweise auf methodische Abweichungen in beiden Erhebungen (Definition, Berichtskreis) zurückzuführen ist, vor allem aber darauf, daß zwischen beiden Untersuchungen ein time-lag von zweieinhalb Jahren besteht. Man kann davon ausgehen, daß in dieser Zeit die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, nicht zuletzt auch unter dem Einfluß staatlicher Hilfen, intensiviert wurden. Die Zahl der Beschäftigten, die mit der **Betreuung von Mitarbeitern und Werkseinrichtungen** befaßt sind, nimmt sich mit insgesamt gut 4200 Arbeitnehmern (2,5 Prozent) neben den zuvor genannten Häufigkeiten vergleichsweise bescheiden aus. Zu über zwei Dritteln sind diese Beschäf-

¹⁾ H. Körner: „Forschung und Entwicklung in der Hamburger Wirtschaft“ – Auswertung einer Befragung im Verarbeitenden Gewerbe unter besonderer Berücksichtigung kleiner und mittlerer Betriebe, Hamburg, April 1978 (Untersuchung im Auftrag der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft in Zusammenarbeit mit dem Forschungsrat der Freien und Hansestadt Hamburg).

tigten in den Kantinen sowie bei der Haus- und Gebäudereinigung tätig. Für Bewachung und Werkschutz wurden etwa 800 Personen registriert, während auf die Position „Hausmeister, Pförtner und Gärtner“ rund 400 Beschäftigte entfielen.

Als Zwischenergebnis läßt sich festhalten:

60 Prozent aller Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe sind dem produzierenden Bereich zuzuordnen, also den Tätigkeiten, bei denen Güter hergestellt und/oder repariert werden. 27 Prozent aller Beschäftigten kann man demgegenüber zu den eigentlichen klassischen Verwaltungstätigkeiten rechnen. Die restlichen 13 Prozent entfallen auf Tätigkeitsbereiche, bei denen die Zugehörigkeit zu einem der zuvor genannten Bereiche schwieriger zu bestimmen ist.

Um trotzdem ein einprägsames Zahlenverhältnis zu gewinnen, wurden der Funktionsgruppe „Produktion und Reparatur“ auch die „Hilfsfunktionen der Produktion“ zugeschlagen; umgekehrt wurden die Tätigkeiten „Forschung und Entwicklung“ sowie der „Betreuung von Mitarbeitern und Werkseinrichtungen“, als nicht unmittelbar produktiv eingestuft und dem Verwaltungsbereich zugeordnet. Bei dieser hypothetischen Konstruktion ergibt sich eine Relation von ziemlich genau 2 zu 1 zugunsten der produktiven Tätigkeiten. Rund ein Drittel aller Beschäftigten ist demnach mit Tätigkeiten befaßt, die eher dem Dienstleistungsbereich zuzuordnen sind. Zur Zeit fehlen noch weitgehend Beurteilungsmaßstäbe dafür, ob der beachtliche Anteil an Dienstleistungsfunktionen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes in einer Großstadt vom Ausmaß Hamburgs als außergewöhnlich hoch anzusehen ist, oder ob diese Relation noch für „typisch“ gehalten werden kann. Zum Vergleich steht hier lediglich eine Stuttgarter Betriebsbefragung für die Jahre 1975/76²⁾, zur Verfügung, die auf einen Anteil von 30,3 Prozent aller Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes in verwaltenden Funktionen kommt. Dieses würde sich – unter Berücksichtigung der vorhandenen Abgrenzungsschwierigkeiten – in etwa mit den Hamburger Ergebnissen decken. Bei der Stuttgarter Erhebung waren die „verwaltenden Tätigkeiten“ nicht näher definiert.

Tabelle 2 Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe Hamburgs nach Funktionsgruppen und Art der Betriebe am 31. 10. 1978

Art des Betriebes	Beschäftigte insgesamt	Unmittelbarer Produktionsprozeß	Reparatur und Wartung	Verwaltung (einschl. Forschung und Entwicklung)	sonstige Tätigkeiten
	Anzahl	%			
Betriebe von nur in Hamburg tätigen Unternehmen ¹⁾	66 965	56,4	10,7	25,3	7,6
Mehrländerunternehmen	103 060	40,9	14,9	34,6	9,6
davon					
mit Unternehmenssitz in Hamburg	61 889	37,4	9,3	42,8	10,5
davon mit Produktion	47 482	48,0	11,5	28,3	12,1
reine Hauptverwaltungen	14 407	2,2	2,0	90,5	5,3
außerhalb Hamburgs	41 171	46,2	23,4	22,4	8,0
Alle Betriebe	170 025	47,0	13,3	30,9	8,8

1) einschl. Einbetriebsunternehmen.

Es ist zu vermuten, daß die Beschäftigten, die in Hamburg der Gruppe „Hilfsfunktionen der Produktion“ (Lagerhaltung und Fuhrpark) zugerechnet wurden, auch von den Betrieben in Stuttgart nicht dem Verwaltungsbereich zugeteilt worden sind.

6 Anmerkungen zur Höhe des Verwaltungsanteils

Jeder Versuch einer Wertung des Anteils der Verwaltungstätigkeiten innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes führt unmittelbar zu der Fragestellung, in welchem Umfang derartige Funktionen im Zusammenhang mit der in Hamburg erbrachten Produktionsleistung stehen. Es ist einsichtig, daß jegliche Produktion in den unterschiedlichsten Teilbereichen auch der sie unterstützenden Verwaltung bedarf. Auf der anderen Seite sind jedoch die Großstädte mit Metropolfunktionen häufig Sitz großer, über den regionalen Bereich weit hinausgreifender Unternehmen, in denen eine Vielzahl von Verwaltungsfunktionen für das Gesamtunternehmen angesiedelt sind. Insofern liegt die Vermutung nahe, daß in den Städten der Anteil der in verwaltenden Funktionen eingesetzten Beschäftigten besonders hoch ist.

Reine Hamburger Unternehmen – Mehrländerunternehmen

Von den 170 000 Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe Hamburgs arbeiten insgesamt 67 000 in Betrieben

von Unternehmen, die nur Niederlassungen innerhalb des Stadtgebietes aufwiesen. 103 000 Beschäftigte waren dagegen in Betrieben von Mehrländerunternehmen tätig. Bereits in dieser Differenzierung werden beträchtliche Unterschiede in der Beschäftigtenstruktur deutlich. Bei den Betrieben von nur in Hamburg tätigen Unternehmen ist mit 56 Prozent ein sehr hoher Teil der Beschäftigten unmittelbar im Produktionsprozeß eingesetzt. Hinzu kommen noch einmal knapp elf Prozent für Reparatur und Wartung, so daß 67 Prozent „produktive“ Aufgaben erledigen. Der Verwaltungsanteil (einschließlich Forschung und Entwicklung) beträgt 25 Prozent. Betrachtet man allein diese Zahlen, könnte man folgern, daß die „Norm“ für Verwaltungstätigkeiten etwa bei einem Viertel der Gesamtbeschäftigten anzusetzen ist. Diese Schlußfolgerung erweist sich jedoch als vordergründig. Aus Tabelle 3 ist nämlich ersichtlich, daß die Betriebe von Mehrländerunternehmen in mehrfacher Hinsicht eine deutlich abweichende Struktur gegenüber den Betrieben von rein Hamburger Unternehmen aufweisen:

– Die Betriebe von Mehrländerunternehmen sind mit 329 Beschäftigten im Durchschnitt etwa dreieinhalbmal so groß wie die Betriebe der nur in Hamburg tätigen Unternehmen. Besonders extrem sind die Unterschiede dabei in der Verbrauchsgüterindustrie.

– Während die Betriebe von Mehrländerunternehmen rund 75 Prozent aller in der Grundstoff- und Produktionsgüterherstellung Beschäftigten stellen, sind es im Investitionsgütersektor 59 Prozent, im Nahrungs- und

²⁾ Statistisches Amt der Stadt Stuttgart: „Die gewerbliche Wirtschaft in Stuttgart“ – Erste Ergebnisse der Betriebsbefragung 1975/6, in: Statistischer Informationsdienst, Sonderheft 1/1976, Stuttgart 1976.

Genußmittelbereich 56 Prozent und in der Verbrauchsgüterherstellung nur 38 Prozent.

Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Betriebsgröße und Verwaltungsquote ist nicht nachweisbar. Man wird aber auch nicht ohne weiteres den Verwaltungsanteil der nur in Hamburg tätigen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes auf die Mehrländerunternehmen übertragen und die Differenz zum tatsächlich nachgewiesenen Verwaltungsanteil als Beitrag für nicht aus Hamburg bezogene unternehmerische Aufgaben definieren können. Gliedert man die Mehrländerunternehmen danach, ob der Unternehmenssitz sich in Hamburg oder außerhalb Hamburgs befindet, so zeigt sich, daß bei Betrieben von außerhamburgischen Unternehmen der Verwaltungsanteil nur gut 22 Prozent beträgt. Dieser relativ niedrige Anteil macht deutlich, daß ein Teil der Verwaltungsaufgaben von der außerhamburgischen Zentrale wahrgenommen wird. Hier werden also Dienstleistungen zur Stützung hamburgischer Produktionsvorgänge in anderen Teilen der Bundesrepublik erbracht. Auffallend ist bei diesem Typ von Betrieben auch der ungewöhnlich hohe Anteil der Funktionsgruppe Reparatur und Wartung.

Bei den Betrieben von Mehrländerunternehmen mit Sitz in Hamburg lassen sich für die hier angestellten Überlegungen zwei Kategorien bilden:

- Betriebe, in denen neben Verwaltungstätigkeiten überwiegend Produktionsaufgaben wahrgenommen werden; bei diesen Betrieben ergab sich ein Verwaltungsanteil von etwas mehr als 28 Prozent (bei etwa 60 Prozent Beschäftigter für produktive Aufgaben).
- Reine Hauptverwaltungen von Unternehmen, die in mehreren Bundesländern tätig sind. In Hamburg existieren insgesamt 69 örtlich von Produktionsbetrieben getrennte Einheiten. In diesen waren 14 400 Arbeitnehmer beschäftigt, von denen 13 000 ausschließlich Verwaltungsaufgaben verrichteten. Insbesondere bei den Beschäftigten in diesen Hauptverwaltungen kann man unterstellen, daß ein großer Teil auch für solche Aufgaben zuständig war, die nicht direkt auf Hamburg bezogen werden können. Allerdings muß darauf verwiesen werden, daß es für viele Unternehmen unmöglich war, Verwaltungstätigkeiten, die das gesamte Unternehmen betreffen, regional aufzuteilen. Unter Einschluß der Forschungs- und Entwicklungs-

Tabelle 3 Betriebe und Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe Hamburgs nach Art des Betriebes und Wirtschaftshauptgruppen am 31. 10. 1978

Merkmal	Insgesamt	davon in den Wirtschaftshauptgruppen Herstellung/Reparatur von			
		Grundstoffen und Produktionsgütern	Investitionsgütern	Verbrauchsgütern	Nahrungs- und Genußmitteln
Betriebe von nur in Hamburg tätigen Unternehmen					
Betriebe	723	96	334	166	127
Beschäftigte	66 965	10 848	34 929	6 530	10 461
Beschäftigte je Betrieb	93	113	105	39	82
Betriebe von Mehrländerunternehmen					
Betriebe	313	89	124	39	63
Beschäftigte	103 060	32 117	51 294	10 727	13 119
Beschäftigte je Betrieb	329	361	420	275	208
darunter reine Hauptverwaltungen					
Betriebe	69	32	8	12	17
Beschäftigte	14 407	8 731	1 334	269	4 073
Beschäftigte je Betrieb	209	273	167	22	240

aktivitäten übe jeder vierte für Verwaltungsaufgaben eingesetzte Arbeitnehmer seine Tätigkeit in einer Hauptverwaltung aus.³⁾

Es deutet demnach einiges darauf hin, daß der für die regionale Produktion erforderliche Verwaltungsaufwand etwas höher als 25 Prozent, aber doch unter 30 Prozent liegt. Allerdings ist davon auszugehen, daß gerade der Anteil der Verwaltung sich mit der Zeit ändert.

Einfluß der Hauptverwaltungen

Insgesamt ist festzustellen, daß vor allem unter dem Einfluß der Hauptverwaltungen der Verwaltungsanteil der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in Hamburg in Relation zu der hier ausgeübten Produktionstätigkeit um einige Prozentpunkte zu hoch ausfällt. Andererseits sind die Verhältnisse im Verarbeitenden Gewerbe aber in vielen Großstädten mit Metropolfunktionen oder in anderen Ballungsgebieten ähnlich. Sicher sind in Großstädten Hauptverwaltungen gehäuft anzutreffen. Das Ausmaß dieser Konzentration läßt sich im einzelnen jedoch nicht bestimmen. Vom Beispiel Hamburgs ausgehend ist zu vermuten, daß es starke branchenmäßige Klumpungen gibt. In allen diesen Fragen wird man erst Sicherheit gewinnen, wenn ähnlich detaillierte Untersuchungen auch in an-

deren Großstädten durchgeführt werden.

7 Tätigkeiten für bzw. durch auswärtige Unternehmensteile

Der Fragebogen zur Beschäftigtenstrukturerhebung bietet aber noch einen anderen Ansatzpunkt für Überlegungen zur Höhe des Verwaltungsanteils. So waren von den befragten Firmen Angaben darüber erbeten worden, ob

- sie für auswärtige Unternehmensteile betriebliche Funktionen übernommen haben und wenn ja, welche Funktionen und mit wievielen Beschäftigten,
- von auswärtigen Unternehmensteilen für die Hamburger Niederlassungen Funktionen mit ausgeübt werden und welcher Art diese sind.

Beide Fragen richteten sich an die Betriebe von Mehrländerunternehmen, die immerhin rund 25 Prozent aller erfaßten Betriebe ausmachten. Mit Hilfe dieser Fragen sollte herausgefunden werden, ob die in Hamburg ansässigen Unternehmensteile auch Funktionen der außerhalb Hamburgs gelegenen Niederlassungen mit ausüben, so daß der hier nachgewiesene Anteil in einer Funktion als für den eigentlichen Hamburger Teil des Unternehmens „überhöht“ angesehen werden muß, bzw. umgekehrt, ob eine relativ schwache Besetzung bestimmter Funktionen in Hamburg damit zu erklären ist, das auswärtige Betriebe des gleichen Unternehmens Funktionen für die Hamburger Betriebe mit übernommen haben.

³⁾ In diesem Zusammenhang sind drei Hauptverwaltungen von nur in Hamburg tätigen Unternehmen unberücksichtigt geblieben, so daß die Zahl der Betriebe, die nur Hauptverwaltungstätigkeiten ausüben, insgesamt 72 beträgt.

Tabelle 4 Zahl der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe Hamburgs, die Aufgaben für auswärtige Unternehmensteile ausüben, und dafür eingesetzte Beschäftigte nach Wirtschaftshauptgruppen am 31. 10. 1978

Wirtschaftshauptgruppe	Betriebe	Beschäftigte		
		insgesamt	darunter in reinen Hauptverwaltungen	
			Anzahl	%
Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgüterherstellung	37	1 276	1 016	79,6
Investitionsgüterherstellung	41	1 484	26	1,8
Verbrauchsgüterherstellung	20	68	20	29,4
Nahrungs- und Genussmittelherstellung	30	2 332	2 057	88,2
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	128	5 160	3 119	60,4

Die Mehrheit aller Betriebe von Mehrländerunternehmen gab an, keine Tätigkeiten für auswärtige Unternehmensteile auszuführen. Bei den relativ wenigen Niederlassungen, die eine Funktionserfüllung für andere Filialen bejahten, wurden sehr unterschiedliche Verhältnisse festgestellt:

- Relativ einfach zu beantworten waren die Fragen, wenn eine spezielle, in sich abgegrenzte Funktion für eine oder mehrere auswärtige Niederlassungen mit übernommen wurde (z. B. Lohnbuchhaltung, zentrale Lagerhaltung). Hier konnten die dafür eingesetzten Beschäftigten (in aller Regel nur eine relativ geringe Anzahl) ohne Schwierigkeiten angegeben werden.
- Erhebliche Probleme gab es jedoch bei der Behandlung der vor allem in Hauptverwaltungen angesiedelten allgemeinen Unternehmensaufgaben (z. B. Logistik, Finanzen, Rechtsfragen, Public Relations usw.). Nach telefonischen Recherchen war nur in Einzelfällen die Organisationsstruktur der Unternehmen so angelegt, daß die Verwaltung quantifizierbare Aussagen über den Umfang ihrer Tätigkeit für andere Unternehmensteile machen konnte. Generell kann man davon ausgehen, daß nur die einigermaßen exakt abgegrenzte Funktionserfüllung für andere Niederlassungen angegeben worden ist. Die „allgemeinen“ Unternehmensaufgaben wurden dagegen in aller Regel als eigene Aufgabe der jeweiligen Verwaltungseinheit – meist der Hauptverwaltung – zugeordnet.

Insgesamt wurden die entsprechenden Fragen von 199 Betrieben von Mehrländerunternehmen beantwortet, wobei 107 für auswärtige Unterneh-

mensteile tätig waren. 71 Betriebe hatten Funktionen auf auswärtige Niederlassungen verlagert und 21 Betriebe beantworteten beide Fragen positiv.

Funktionsausübung für auswärtige Unternehmensteile

128 Hamburger Betriebe von Mehrländerunternehmen meldeten, daß sie zumindest teilweise Funktionen auch für andere Unternehmensteile ausüben. Für derartige Tätigkeiten wurden 5160 Beschäftigte eingesetzt, was nur drei Prozent aller Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe Hamburgs entspricht.

Tabelle 5 Funktionsausübung für bzw. durch auswärtige Unternehmensteile im Verarbeitenden Gewerbe Hamburgs am 31. 10. 1978

Betriebliche Funktion	Funktionsausübung		
		für	durch
		auswärtige Unternehmensteile	
		durch	für
		den Hamburger Betrieb	
	Beschäftigte	Zahl der genannten Funktionen	
Reparatur- und Wartungsdienst	332	13	7
Lagerhaltung	261	16	24
Ein- und Verkauf	1 286	71	59
Sonstige betriebliche Verwaltung	3 079	106	74
Forschung und Entwicklung	202	19	34
Insgesamt	5 160	1) 225	1) 208

1) enthält Mehrfachnennungen.

Gliedert man die Beschäftigten, die für auswärtige Unternehmensteile tätig sind, nach Wirtschaftshauptgruppen (Tabelle 4), so stellt man fest, daß das Schwergewicht überraschenderweise nicht in der beschäftigungsstärksten Investitionsgüterindustrie liegt, sondern im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe (45 Prozent) – was sicherlich mit der großen Zahl in Hamburg vorhandener Hauptverwaltungen zusammenhängt. Erst an zweiter Stelle rangiert die Investitionsgüterherstellung (29 Prozent) knapp vor dem Grundstoff- und Produktionsgüterbereich (25 Prozent).

Eine zusätzliche Auszählung der Fragebogen zielte darauf ab, festzustellen, in welchem Ausmaß die Hauptverwaltungen Träger der Funktionsausübung für auswärtige Unternehmensteile sind. Erwartungsgemäß zeigte sich, daß etwas mehr als 60 Prozent der mit derartigen Tätigkeiten Beschäftigten in reinen Hauptverwaltungen tätig waren. Besonders hoch erwies sich der Anteil im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und in der Grundstoff- und Produktionsgüterherstellung.

Bei der Gliederung nach der Art der betrieblichen Funktionen ergaben sich deutliche Schwerpunkte im Verwaltungsbereich. Infolge von Mehrfachnennungen wurden von den 128 Betrieben insgesamt 225 Funktionen angegeben, die sie für andere Niederlassungen ausüben. Mehr als 87 Prozent davon rechnen dabei zu den Verwaltungstätigkeiten. 106 mal wurden Funktionen der eigentlichen betrieblichen

Verwaltung, 71 mal der Ein- und Verkauf und 19 mal Forschung und Entwicklung genannt. Reparatur und Lagerhaltung spielten eine geringe Rolle. Noch stärker dominierten die Verwaltungsfunktionen bei Zugrundelegung der Zahl der Beschäftigten (89 Prozent). Weitere Einzelheiten können der Tabelle 5 entnommen werden.

Funktionsausübung durch auswärtige Niederlassungen

92 Hamburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes hatten angegeben, daß bestimmte Funktionen ihres Betriebes von anderen Niederlassungen des eigenen Unternehmens ausgeführt werden. Dabei wurden 208 ein-

zelne Funktionen genannt, wobei auch hier in der Gesamtsumme Mehrfachzählungen enthalten sind. Das entspricht einer fast ebenso großen Zahl von Funktionen wie im umgekehrten Fall bei der Funktionsausübung für andere Niederlassungen. Allerdings konnte bei den Hamburger Betrieben nicht erfragt werden, wieviele Beschäftigte von anderen Betrieben des eigenen Unternehmens dafür eingesetzt werden. Es ist kaum möglich, aus der etwa gleichgroßen Zahl an genannten Funktionen auf ein in etwa gleichwertiges Verhältnis in bezug auf die Beschäftigten zu schließen. Bei der Funktionsausübung für andere Unternehmensteile durch Hamburger Betriebe hatten wenige Hauptverwaltungen ein ausschlaggebendes Gewicht, was im umgekehrten Fall nicht ohne

weiteres angenommen werden kann. Der Hinweis auf EDV-Tätigkeiten in vielen Fragebogen gibt zudem einen Anhaltspunkt dafür, daß es sich nur um vergleichsweise wenige Beschäftigte handelt.

Bei den genannten Funktionen überwiegen wieder die Verwaltungstätigkeiten (80 Prozent). Bemerkenswert ist die höhere Zahl von Nennungen für den Funktionsbereich „Forschung und Entwicklung“ (16 Prozent), was darauf hindeutet, daß eine ganze Reihe von Firmen ihre Forschung in auswärtigen Niederlassungen zentralisiert hat. Auch die Lagerhaltung ist verhältnismäßig stark vertreten.

Weitere Ergebnisse der Beschäftigtenstrukturerhebung werden in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift vorgelegt.

Hans-Eckhard Stegen

Wie zufrieden sind die Hamburger mit ihren Wohnverhältnissen?

Ergebnisse der Wohnungsstichprobe 1978

1 Vorbemerkungen

Nachdem einige Teile des Wohnungsmarktes zeitweise bereits ausgeglichen schienen, mehrten sich in letzter Zeit die Anzeichen, daß vor allem in den Großstädten wieder Engpässe in der Wohnungsversorgung auftreten. Warteschlangen wohnungssuchender Haushalte bei weiter rückläufiger Neubautätigkeit – z. Z. sind in Hamburg über 50 000 Antragsteller auf eine öffentlich geförderte Wohnung registriert – kündigen von einer Versorgungslücke, die statistisch nur unzureichend nachzuweisen ist. Die Wohnungsnot, von der heute soviel die Rede ist, ist nicht zu vergleichen mit den akuten Mangelerscheinungen der frühen Nachkriegszeit. Noch 1956 standen für 700 000 Haushalte nur knapp 500 000 Wohnungen (Normalwohnungen!) zur Verfügung. Jeder vierte Haushalt in diesen Wohnungen wohnte zur Untermiete und die Zahl der Haushalte, die in Kellern, nicht für den dauernden Wohngebrauch hergerichteten Dachgeschossen oder ähnlichen Notwohnungen untergebracht waren, belief sich auf über 40 000. 1978 standen dagegen etwa 800 000 Haushalten nahezu 760 000 Wohnungen (in Gebäuden) gegenüber, die Untermieterquote lag unter sieben Prozent und die Zahl der Wohnungen in Unterküften war so gering, daß sie mit dem Mittel der Stichprobe nicht mehr genau nachgewiesen werden konnte. Aus quantitativer Sicht kann also heute kaum von einer Wohnungsnot gesprochen werden, wenngleich der Wohnungsbedarf von Personen, die einen eigenen Haushalt zu gründen beabsichtigen, in dieser Rechnung nicht berücksichtigt ist. Die derzeitigen Engpässe auf dem Wohnungsmarkt dürften zum großen Teil auf qualitativen Versorgungsausgleichgewichten beruhen, die auf die mit dem allgemeinen Wohlstand der Bevölkerung gestiegenen Ansprüche an die Wohnqualität zurückzuführen sind. Die hieraus resultierende effektive Wohnungsnachfrage ist nicht zu befriedigen, weil die Qualitätsstruktur des Wohnungsbestandes nicht diesen Bedürfnissen entspricht.

Wie sich die objektiven Wohnverhältnisse der Hamburger Bevölkerung in der Zeit von 1968 bis 1978 gewandelt haben, soll an einigen Zahlen gezeigt werden. Die Wohnfläche, die einem Hamburger im Durchschnitt zur Verfügung steht, ist von etwa 24 m² auf 31 m² gestiegen und die Zahl der Räume (einschl. Küche), die durchschnittlich für eine Person vorhanden ist, hat von 1,5 auf 1,8 zugenommen. Auch der Komfort der Wohnungen hat sich im Beobachtungszeitraum erhöht. 1968 waren erst 77 Prozent der Wohnungen mit einem Bad und nur die Hälfte mit einer Sammelheizung (Zentral- oder Etagenheizung) ausgestattet gewesen. Zehn Jahre später gehörte das Bad beinahe schon zum üblichen Wohnstandard; denn in etwa neun von zehn Hamburger Wohnungen war ein Badezimmer oder eine Duscheinrichtung vorhanden. Über eine Sammelheizung verfügten 1978 70 Prozent der Wohnungen. Neben diesen traditionellen Ausstattungsmerkmalen dürfte auch der Wunsch nach weiteren den Wohnkomfort steigernden Ausstattungseigenschaften zugenommen haben, wie nach einer zentralen Warmwasserversorgung, die 1978 erst in knapp 40 Prozent der Hamburger Wohnungen zur Verfügung stand oder nach Lärm- und Kälteschutzeinrichtungen in Form von Doppel-, Verbund- oder Isolierglasfenstern, die bisher nur in jeder vierten Wohnung eingebaut waren.

Zur Darstellung der objektiven Wohnverhältnisse der Haushalte gehören aber nicht nur die Größe und Ausstattung der Wohnungen, sondern auch die Kosten, die monatlich für das Wohnen aufzuwenden sind. Einige sehr grobe Orientierungszahlen sollen auch hier veranschaulichen, wie sich die Verhältnisse im Zeitablauf verändert haben. Die relative Knappheit an Wohnraum sowie die durch Neubautätigkeit und Modernisierungsmaßnahmen herbeigeführten qualitativen Verbesserungen des Wohnungsbestandes haben zur Folge gehabt, daß das Wohnen in Hamburg in den letzten zehn Jahren – nominal gesehen – beträchtlich teurer geworden ist. An (Bruttokalt-) Miete mußten die Hamburger Haushalte 1978 im Durchschnitt mehr als das Doppelte ausgeben wie 1968. Auch real hat sich das Wohnen in Hamburg verteuert. Bezieht man die von den Hauptmietern durchschnittlich gezahlte Monatsmiete auf das durch-

schnittliche Nettoeinkommen dieser Haushalte, dann wurden 1978 in Hamburg etwa 17 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens an Miete aufgewendet. 1972 hat die Mietbelastungsquote noch bei schätzungsweise 14 Prozent gelegen.

Neben Eigenschaften, die vor allem die Wohnung im engeren Sinne betreffen, werden zur Darstellung der Wohnsituation der Haushalte zunehmend auch Merkmale des Wohnumfelds der Wohnungen mit herausgezogen. Hierzu zählen unter anderem die Belastung der Wohngegend durch Lärm und Luftverschmutzung, die Bebauungsdichte sowie die Ausstattung des Wohnquartiers mit öffentlichen und privaten Versorgungseinrichtungen wie Verkehrsverbindungen, Einkaufsmöglichkeiten, Schulen und dergleichen. Leider stehen keine Angaben zur Verfügung, die aufzeigen könnten, wie sich auf diesem Gebiet die Wohnverhältnisse gewandelt haben.

Während die objektiven Wohnverhältnisse der Bevölkerung, vor allem in bezug auf die Wohnung, in größeren zeitlichen Abständen ziemlich regelmäßig in statistischen Erhebungen (Gebäude- und Wohnungszählungen, Wohnungsstichproben) ermittelt werden, ist über die Ansprüche, die die Haushalte an das Wohnen stellen, zumindestens in der amtlichen Statistik bisher recht wenig bekannt gewesen. Anlässlich der „Wohnungsstichprobe 1978“, einer im gesamten Bundesgebiet durchgeführten Erhebung von ein Prozent des Wohnungsbestandes, wurden die repräsentativ ausgewählten Wohnungsinhaberhaushalte zusätzlich danach befragt, wie sie ihre gegenwärtige Wohnsituation beurteilen. In Hamburg sind nahezu 7500 Haushalte in die Auswahl gelangt und interviewt worden. Die Ergebnisse dieser Befragung geben erstmals einigen Aufschluß über die Wohnzufriedenheit der Haushalte in der Hansestadt.

2 Beurteilung der Wohnung

Jeder Haushalt strebt im Prinzip danach, seinen Vorstellungen und Ansprüchen gemäß zu wohnen und ist folglich mit seinen Wohnverhältnissen in dem Maße zufrieden, wie sie mit seinen Erwartungen übereinstimmen.

¹⁾ einschließlich ca. 38 000 Wohnungen in Behelfsheimen mit 30 und mehr m².

Tabelle 1 Beurteilung der Wohnung durch Hamburger Wohnungsinhaberhaushalte

Frage: Wie beurteilen Sie Ihre Wohnung?

	Wohnungs- inhaber
a) Größe	
<u>Antwort:</u> reicht aus	75 %
könnte größer sein	21 %
ist eigentlich zu groß	3 %
ohne Angabe	1 %
	100 %
b) Ausstattung	
<u>Antwort:</u> entspricht den Bedürfnissen	70 %
sollte besser ausgestattet sein	26 %
ohne Angabe	4 %
	100 %
c) Kosten	
<u>Antwort:</u> sind angemessen	76 %
sind ziemlich hoch	17 %
sind niedrig	4 %
ohne Angabe	3 %
	100 %

Tabelle 1 zeigt, daß 1978 jeweils 70 bis 80 Prozent der befragten Haushalte mit der Größe, der Ausstattung und den Kosten ihrer Wohnungen einverstanden waren. Ein Fünftel bis ein Viertel der Wohnungsinhaber übte dagegen Kritik, weil die Wohnung zu klein ohne den gewünschten Komfort ausgestattet oder zu teuer gewesen ist. Sie werden tendenziell versuchen, ihre aktuellen Wohnverhältnisse den Ansprüchen anzupassen. Eine konkrete Zahl an Wohnungssuchenden kann allerdings aus diesen Ergebnissen nicht hergeleitet werden.

Obwohl nach den Wohnansprüchen der Haushalte nicht direkt gefragt worden war, lassen hierzu sich aus den ermittelten Meinungsäußerungen doch einige Rückschlüsse ziehen, wenn bekannt ist, unter welchen Wohnbedingungen die Haushalte ihre Beurteilungen abgegeben haben. Deshalb sollen im folgenden die Meinungen der Haushalte über ihre Wohnverhältnisse in Kombination mit den objektiven Wohngegebenheiten näher untersucht werden.

2.1 Beurteilung der Wohnungsgröße

Der Bedarf der Haushalte an Wohnfläche oder Wohnräumen ist abhängig von der Zahl der Personen, die in einem Haushalt zusammenleben.

Recht anschaulich läßt sich dieser Zusammenhang demonstrieren, wenn man die Ansprüche der Haushalte an die Wohnungsgröße an einer Belegungsformel mißt. Hierfür bietet sich die Wohnungsgröße an, die der Gesetzgeber für die Wohnberechtigung im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau zugestanden hat. Nach § 5 Abs. 2 Wohnungsbindungsgesetz ist die Wohnungsgröße in der Regel angemessen, wenn sie es ermöglicht, daß auf jedes Familienmitglied ein Wohnraum ausreichender Größe entfällt.²⁾ Definiert man als Wohnräume ausreichender Größe alle Wohn- und Schlafräume mit sechs und mehr m² Wohnfläche, dann bedeutet diese Norm bezogen auf die statistische Raumzahl einer Wohnung, zu der auch die Küche und gewerblich genutzte Räume mit sechs und mehr m² Fläche gehören, daß im Regelfall jedem Haushalt ein Raum mehr zur Verfügung stehen sollte als der Haushalt Mitglieder zählt. Ebenfalls als 'normal' belegt gelten in dieser Untersuchung Ein-Raum-Wohnungen, die von Einpersonenhaushalten bewohnt sind,

²⁾ Davon abweichend gilt in Hamburg eine Wohnung noch als normal belegt, wenn Jungverheiratete oder Bewohner von Genossenschaftswohnungen mit einem Wohnraum mehr als eine Belegungsformel vorsieht, versorgt sind.

da dieser Wohnungstyp sonst in keinem Fall der Mindestnorm entspräche, obwohl auf dem Wohnungsmarkt hierfür ein gewisses Interesse besteht. Weiter werden abweichend von der sonst üblichen Betrachtungsweise untervermietete Räume einer Wohnung die dem Wohnungsinhaber zur Verfügung stehenden Räumen hinzugerechnet, weil von den Haushalten die Größe der Wohnung und nicht die Zahl der selbstbewohnten Räume beurteilt werden sollte. Es kann heute davon ausgegangen werden, daß im allgemeinen Wohnungsinhaber nur dann untervermieten, wenn ihr Raumbedarf kleiner ist als die Raumzahl der Wohnung.

Die Ergebnisse der Meinungsbefragung zeigen, daß Wohnungen, die nach dieser Bedarfsnorm belegt sind, von etwa 70 Prozent der befragten Haushalte als ausreichend groß angesehen wurden. Drei von zehn Wohnungsinhabern, die auf diese Weise untergebracht waren, gaben an, daß die Wohnung größer sein könnte. Die Unzufriedenheit der Haushalte in 'so' belegten Wohnungen variiert mit der Haushaltsgröße. Während nur jeder vierte Einpersonenhaushalt in einer Ein- oder Zwei-Raum-Wohnung das Bedürfnis nach einer größeren Wohnung geäußert hat, wünschten sich von den Zweipersonenhaushalten in Drei-Raum-Wohnungen bereits 29 Prozent und von den Dreipersonenhaushalten in Vier-Raum-Wohnungen sogar 34 Prozent mehr Wohnraum.

Vermutlich hat ein Teil dieser Haushalte die Größe der Wohnung bereits im Hinblick auf einen geplanten Familiennachwuchs beurteilt, denn Haushalte mit vier und mehr Personen scheinen dagegen wieder etwas anspruchloser zu sein. Nur etwa ein Viertel von ihnen war der Ansicht, daß die Wohnung größer sein könnte.

Wesentlich günstiger bewerteten die befragten Haushalte die Größe ihrer Wohnung, wenn ihnen ein Raum mehr zur Verfügung stand als die hier als Maßstab herangezogene Bedarfsnorm vorsieht. Am zufriedensten äußerten sich in diesem Fall die Einpersonenhaushalte in Drei-Raum-Wohnungen. Für neun von zehn Befragten war die Wohnung ausreichend groß. Der Zufriedenheitsgrad nimmt auch bei dieser Belegungssituation mit der Größe der Haushalte etwas ab. Zweipersonenhaushalten genügte eine Vier-Raum-Wohnung noch in 87 Prozent der Befragungsfälle. Dagegen waren nur etwa 80 Prozent der Drei- und Vierpersonenhaushalte, die eine Fünf- bzw. Sechs-Raum-Wohnung besaßen, mit der Wohnungsgröße einverstanden.

Eine vergleichsweise große Unzufriedenheit hinsichtlich der Wohnungsgröße herrschte bei Haushalten, die in nach der Bedarfsnorm überbelegten Wohnungen untergebracht waren. Zwei von drei befragten Wohnungs-

habern, von denen die meisten mit einem Raum unter der Norm versorgt waren, gaben an, daß die Wohnung größer sein könnte. Dreipersonenhaushalte waren sogar noch etwas häufiger dieser Meinung, wogegen der geringfügig niedrigere Anteil der Unzufriedenen bei den Vierpersonenhaushalten dadurch zu erklären sein dürfte, daß ein Teil der Familien mit zwei Kleinkindern nur ein Kinderzimmer beansprucht hat.

Eine obere Bedarfsgrenze an Wohnraum läßt sich aus den Erhebungsergebnissen kaum mit hinreichender Genauigkeit herleiten, denn der Anteil der Haushalte, der angab, eigentlich in einer zu großen Wohnung zu wohnen, steigt mit dem Grad der Unterbelegung nur sehr langsam an. Nur etwa zehn Prozent der Haushalte, die mindestens über zwei Räume mehr verfügten, gestanden ein, daß ihnen die Wohnung zu groß sei.

Vergleicht man die in der Meinungsbefragung ermittelten Bedürfnisse der Haushalte nach Wohnraum mit den objektiven Versorgungsverhältnissen der Hansestadt, so wird deutlich, daß der Anteil der Haushalte, der die Größe der Wohnung für ausreichend hält, mit der Zahl der Haushaltsmitglieder abnimmt. Knapp 80 Prozent der Einpersonenhaushalte und 60 Prozent der Zweipersonenhaushalte hatten mehr als einen Raum zusätzlich zur Personenzahl zur Verfügung. Jeder dritte Einpersonenhaushalt war sogar Inhaber einer Wohnung mit vier und mehr Räumen. Vergleichsweise hoch war mit etwa 80 Prozent auch der Anteil derjenigen Ein- und Zweipersonenhaushalte, der mit der Wohnungsgröße zufrieden war. Von den Dreipersonenhaushalten lebten dagegen nur 30 Prozent in einer Wohnung mit fünf und mehr Räumen. 60 Prozent mußten sich mit einer Vier-Raum-Wohnung begnügen. Demzufolge sind auch nur zwei Drittel der Befragten mit der Größe ihrer Wohnung einverstanden gewesen. Noch ungünstiger stuften die Vierpersonenhaushalte, das sind in der Mehrzahl Familien mit zwei Kindern, ihre Wohnverhältnisse ein. Nur gut die Hälfte fand die Wohnung ausreichend groß. Dies ist verständlich, wenn man berücksichtigt, daß die Hälfte der befragten Vierpersonenhaushalte in einer nach der Bedarfsnorm überbelegten Wohnung wohnte und nur jeder Fünfte unter ihnen Inhaber einer Wohnung mit sechs und mehr Räumen war.

2.2 Beurteilung der Wohnungsausstattung

Bereits das Angebot an neu fertiggestellten Wohnungen zeigt, welche Grundanforderungen heute an einen modernen Wohnkomfort gestellt werden. Neun von zehn Wohnungen der Baujahre 1972 und später verfügten

Tabelle 2 Belegung der Wohnungen und Beurteilung der Wohnungsgröße durch Hamburger Wohnungsinhaberhaushalte in Abhängigkeit von der Belegung der Wohnungen

... Räume mehr als Personen im Haushalt	Bewohnte Wohnungen	Beurteilung der Wohnungsgröße durch Wohnungsinhaber					insgesamt
		reicht aus	könnte größer sein	eigentlich zu groß	ohne Angabe		
Wohnungsinhaberhaushalte insgesamt							
< 1	11	35	65	/	/	/	100
1	33	69	29	/	/	/	100
2	35	87	10	/	/	/	100
> 2	21	82	(5)	10	/	/	100
Zusammen	100	75	21	3	1		100
Ein- und Zweipersonenhaushalte							
< 1	/	/	/	/	/	/	100
1	29	71	27	/	/	/	100
2	43	88	9	/	/	/	100
> 2	26	83	(4)	11	/	/	100
Zusammen	100	81	14	4	(1)		100
Drei- und Mehrpersonenhaushalte							
< 1	33	34	66	/	/	/	100
1	43	67	31	/	/	/	100
2	15	81	(16)	/	/	/	100
> 2	9	82	/	/	/	/	100
Zusammen	100	59	39	/	/		100

über Bad, WC und Sammelheizung. Wohnungen ohne Bad oder Duscheinrichtung werden praktisch nicht mehr gebaut. Die Bedeutung dieser zum Mindeststandard zeitgemäßen Wohnens gehörenden Ausstattungsmerkmale spiegeln auch die Aktivitäten im Bereich der Wohnungsmodernisierung wider. An etwa 40 Prozent der Wohngebäude mit über 30 Prozent des Wohnungsbestandes sind zwischen 1973 und 1978 Modernisierungsmaßnahmen vorgenommen worden. Dabei standen die nachträgliche Ausstattung der Wohnungen mit Zentralheizung und Bädern hinter dem Einbau von lärm- und kalteschützenden Fensterverglasungen an zweiter bzw. dritter Stelle. Zum Komfort neuer Wohnungen gehört darüber hinaus heute auch überwiegend die zentrale Versorgung der Wohnungen mit Warmwasser – etwa 80 Prozent der seit 1972 fertiggestellten Wohnungen waren entsprechend ausgestattet – und insbesondere in Mehrfamilienhäusern das Vorhandensein eines Balkons, was bei 86 Prozent der Wohnungen dieses Typs der Fall ist.

Die von der Seite des Wohnungsangebots an die Ausstattung neu fertig-

gestellter Wohnungen gelegten Maßstäbe decken sich weitgehend mit den Ansprüchen, die Hamburger Haushalte heute an die Wohnungsausstattung stellen. In Tabelle 3 sind die drei wichtigsten Kombinationen der zur Grundausstattung zählenden Merkmale Bad, WC, Sammelheizung mit den subjektiven Beurteilungen der Wohnungsausstattung der befragten Haushalte in Beziehung gesetzt worden.

Bei der Interpretation der Zahlen ist jedoch zu beachten, daß von den befragten Haushalten die gesamte Wohnungsausstattung beurteilt werden sollte und nicht nur die in der Vorspalte der Tabelle angegebenen Merkmalskombinationen. In der Regel wird man aber davon ausgehen können, daß Wohnungen mit noch nicht vollständiger Grundausstattung keine zusätzlichen Komforteinrichtungen aufweisen, so daß die in der Tabelle 3 ausgewiesenen Ausstattungskombinationen in den meisten Fällen auch die beurteilte Ausstattung darstellen. Die Erhebungsergebnisse zeigen, daß das Vorhandensein der zur Grundausstattung gehörenden Einrichtungsmerkmale einen bedeutenden Einfluß auf die Wohnzufriedenheit hat. Vier von

Tabelle 3 Beurteilung der Wohnungsausstattung durch Hamburger Wohnungsinhaberhaushalte

Ausstattung der Wohnung	Beurteilung der gesamten Wohnungsausstattung			
	entspricht Bedürfnissen	sollte besser ausgestattet sein	ohne Angabe	insgesamt
	%			
mit Bad, WC, Sammelheizung	79	18	3	100
mit Bad, WC, ohne Sammelheizung	61	36	3	100
ohne Bad, mit WC in der Wohnung	39	54	6	100
übrige Ausstattungskombinationen	35	60	5	100
Zusammen	70	26	3	100

fünf Befragten, deren Wohnung mindestens mit Bad, WC und Sammelheizung ausgestattet war, gaben an, daß die Wohnungsausstattung den Bedürfnissen entspricht. Diese Meinung vertraten Haushalte, in deren Wohnung nur die Sammelheizung fehlte, noch zu fast 60 Prozent, während Wohnungsinhaber, die auch auf ein Badezimmer verzichten mußten, bloß in etwa 40 Prozent der Fälle dieser Ansicht waren. Hier überwog die Auffassung, daß die Wohnung besser ausgestattet sein sollte.

Weniger komfortabel ausgestattete Wohnungen wurden überwiegend von einkommensschwächeren Haushalten bewohnt. In drei Vierteln der Wohnungen ohne Badezimmer oder Duscheinrichtung lebten Haushalte aus der unteren Hälfte der Einkommensskala. Überdurchschnittlich häufig wurden in Wohnungen dieser Ausstattungskategorie ausländische Haushalte sowie nichterwerbstätige Wohnungsinhaber angetroffen. Einkommensschwächere Haushalte scheinen aber auch etwas anspruchsloser in bezug auf die Wohnungsausstattung zu sein. So zeigen die Ergebnisse der Befragung, daß eine Ausstattung mit Bad, jedoch ohne Sammelheizung, bereits von zwei Dritteln der Haushalte mit einem Nettoeinkommen unter 2000 DM als den Bedürfnissen entsprechend angesehen worden sind, während Haushalte mit einem höheren Einkommen nur zur Hälfte auf die Sammelheizung verzichten wollten.

2.3 Beurteilung der Wohnungskosten

Die Wohnzufriedenheit wird nicht nur durch die Größe und Ausstattung der Wohnung bestimmt. Auch hinsichtlich der Wohnungskosten haben die Haushalte Vorstellungen oder Erwartungen, deren Übereinstimmung mit den tatsächlichen Verhältnissen zufrieden stimmt oder deren Abweichung vom aktuellen Zustand Anlaß zum Überdenken der Wohnsituation gibt.

Eine nähere Untersuchung der Wohnzufriedenheit in bezug auf die Wohnungskosten durch die Gegenüberstellung von subjektiven Meinungen und objektiven Tatbeständen ist jedoch nur für Hauptmieterhaushalte möglich, da bei Eigentümerhaushalten keine Kostenbelastungen ermittelt worden sind. Insgesamt weichen die Meinungen der Eigentümerhaushalte nur geringfügig von den Angaben der Hauptmieter ab. Lediglich der Anteil der Befragten, der die Wohnungskosten für niedrig hielt, war bei den Wohnungseigentümern mit sieben Prozent mehr als doppelt so hoch wie bei den Mieterhaushalten. Somit kann vermutet werden, daß für die Wohnungseigentümer ein ähnlicher Zusammenhang zwischen Wohnzufriedenheit und Kostenbelastung gilt wie für Hauptmieter.

Die Zufriedenheit mit den Wohnungskosten sinkt erwartungsgemäß mit der Höhe der Kostenbelastung. Geht man von den absoluten Mietbeträgen aus, so hielten Hauptmieter Wohnungskosten, denen eine (Bruttokalt-) Miete bis zu einer Höhe von 400 DM zugrunde lag, in über 80 Prozent der

Fälle für angemessen. Bei Mieten unter 200 DM waren sogar fünf Prozent der Meinung, daß die Wohnungskosten niedrig seien. Dagegen werden Wohnungskosten, die auf Mietzahlungen von 400 DM und mehr basieren, nur noch von 60 Prozent der Betroffenen als angemessen empfunden. Mehr als jeder Dritte (38 Prozent) gab an, daß sie zu hoch seien. Beim Vergleich der Mietangaben mit den abgegebenen Meinungen über die Höhe der Wohnungskosten sind jedoch die unterschiedlichen begrifflichen Abgrenzungen zu beachten. Die erhobenen Mietbeträge enthalten reine Umlagen zur Heizung, Warmwasser, Garage usw. Dagegen sollten bei der Beurteilung der Wohnungskosten sämtliche Kostenkomponenten des Wohnens berücksichtigt werden.

Die Wohnzufriedenheit der Hauptmieterhaushalte wird jedoch nicht so sehr durch die absolute Höhe der Wohnungskosten beeinträchtigt, sondern vielmehr durch die Mietbelastung, d. h. den prozentualen Anteil der Mietkosten am Haushaltsnettoeinkommen. Aus Tabelle 4 ist zu ersehen, wie die Zufriedenheit, bezogen auf die Wohnungskosten, mit der Höhe der Mietbelastung abnimmt. Für die große Mehrheit der Hamburger Hauptmieterhaushalte sind Wohnungskosten, denen eine Mietbelastung bis zu 25 Prozent zugrunde lag, offenbar noch erträglich gewesen. Darüber hinaus gehende Belastungen des Haushaltsbudgets wurden dagegen wesentlich kritischer beurteilt. Nahezu 40 Prozent der Betroffenen hielten sie für ziemlich hoch. Auch hierbei ist zu berücksichtigen, daß die tatsächliche Wohnkostenbelastung aus den bereits erwähnten Gründen höher ist als die Mietbelastung angibt.

Nicht nur die absolute Höhe der Miete, sondern auch die prozentuale Belastung des Einkommens durch Wohnungskosten trifft einkommensschwächere Haushalte stärker als Haushalte mit höherem Einkommen. Aus diesem Grunde müßten eigentlich Haushalte aus niedrigen Einkommensgruppen

Tabelle 4 Beurteilung der Wohnungskosten durch Hamburger Hauptmieterhaushalte nach Höhe der Mietbelastung

Mietbelastung	Beurteilung der Wohnungskosten: Die Kosten sind				Zusammen
	angemessen	ziemlich hoch	niedrig	ohne Angabe	
	%				
unter 15 %	84	10	(4)	(3)	100
15 % bis unter 25 %	76	19	/	(3)	100
25 % und darüber	57	39	/	/	100
Insgesamt	76	19	(2)	3	100

höhere Mietbelastungen häufiger als zu hoch ansehen als besser verdienende Haushalte. Die Befragungsergebnisse zeigen jedoch das Gegenteil. Bei einer Mietbelastung zwischen 15 und 25 Prozent gaben Haushalte mit einem Nettoeinkommen bis zu 2000 DM in über 80 Prozent der Fälle an, daß sie die Wohnungskosten für angemessen halten. Die gleiche Meinung vertraten unter den finanziell besser gestellten Haushalten bei gleicher Mietbelastung nur zwei Drittel der Befragten. Auch bei Mietbelastungen von 25 Prozent und darüber ergeben sich zum Teil in den einzelnen Einkommensgruppen Unterschiede hinsichtlich der subjektiven Einschätzung der Belastung. So hielten Haushalte mit einem Nettoeinkommen unter 1000 DM Wohnungskosten, denen eine Mietbelastung von über einem Viertel des Nettoeinkommens zugrunde lag, noch zu über 60 Prozent für angemessen; Haushalte aus höheren Einkommensklassen waren dagegen nur zur Hälfte dieser Meinung. Dies mag zum einen darauf zurückzuführen sein, daß die Mietbelastung bei einkommensschwachen Haushalten zum Teil durch Wohngeldzuschüsse gemildert ist. Schätzungsweise 40 Prozent der Haushalte mit einem Nettoeinkommen bis zu 1000 DM und etwa jeder Zehnte in der Einkommensgruppe zwischen 1000 DM und 2000 DM bezog 1978 Wohngeld. Zum anderen ist bei der Interpretation der Zahlen auch zu berücksichtigen, daß aus der Fragestellung nicht eindeutig hervorgeht, unter welchem Gesichtspunkt die befragten Wohnungsinhaber die Kosten beurteilen sollten. So ist nicht auszuschließen, daß ein Teil der Befragten auch die Qualität der Wohnung, die er als Gegenwert für die Wohnungskosten besaß, mit in die Beurteilung einbezo-

gen hat. Die insgesamt gesehen recht günstige Beurteilung der Wohnungskosten durch die Hamburger Haushalte (siehe Tabelle 1) ist trotz spürbarer Kritik bei Mietbelastungen von 25 Prozent und darüber auf eine ziemlich ausgewogene Verteilung der Mietbelastung zurückzuführen. Jeweils rund 40 Prozent der Haushalte zahlten monatlich unter 15 Prozent bzw. 15 bis 25 Prozent ihres Nettoeinkommens an den Vermieter und nur jeder fünfte Hauptmieter mußte 1978 einen größeren Teil seines Einkommens für Wohnzwecke aufwenden. In dieser am stärksten belasteten Mietergruppe bezogen neun von zehn Wohnungsinhabern allerdings nur ein Haushaltsnettoeinkommen von unter 2000 DM, 62 Prozent waren Einpersonenhaushalte und 57 Prozent gingen keiner Erwerbstätigkeit nach. Ebenfalls mit hohen Wohnungskosten waren Haushalte belastet, die erst vor kürzerer Zeit eine Wohnung neu bezogen hatten. Nahezu jeder dritte Haushalt mit einer Mietbelastung von 25 Prozent und darüber wohnte 1978 höchstens zwei Jahre in der Wohnung.

3 Beurteilung der Wohngegend

Allgemein wird heute davon ausgegangen, daß die Wohnansprüche der Bürger nicht mehr nur durch ein ausreichendes Angebot an genügend großen, möglichst komfortablen und nicht zu teuren Wohnungen zu befriedigen sind, sondern daß mit steigendem Wohlstand auch zunehmend höhere Anforderungen an die Qualität der Wohnumgebung gestellt werden. Gedacht wird dabei in erster Linie an die

städtebaulichen Verhältnisse des Wohnumfeldes, wie die Bebauungsdichte, die Qualität der Bausubstanz, den Grad der Umweltbelastung durch Lärm und Luftverschmutzung sowie die Ausstattung der Wohngegend mit öffentlichen und privaten Versorgungseinrichtungen.

Die Befragungsergebnisse bestätigen, daß die Wohngegend für die Hamburger Haushalte von Bedeutung ist, denn auf die Frage, was ist Ihnen an Ihrer augenblicklichen Wohnsituation wichtiger: die Wohngegend oder Ihre Wohnung selbst? gaben zwar zwei von drei befragten Wohnungsinhabern der Wohnung den Vorzug, aber nur gut jedem Zehnten war die Wohngegend ziemlich egal. Dagegen hatte die Wohngegend beinahe für jeden dritten Haushalt sogar einen höheren Stellenwert als die Wohnung. Die Wohngegend wird aber anscheinend nicht nur aufgrund ihres städtebaulichen Erscheinungsbildes bevorzugt, denn auch für 27 Prozent der Wohnungsinhaber, die in Gebieten mit dauernd starken Straßenverkehrslärm lebten und für 24 Prozent der Haushalte, die über zu wenig Grün- und Freiflächen in ihrer Umgebung klagten, war die Wohngegend wichtiger als ihre Wohnung. Vermutlich haben weitere Kriterien, wie das soziale Milieu des Wohnquartiers, die Nachbarschaft und überhaupt die gewohnte Umgebung eine besondere Bedeutung für viele Menschen.

Die Wohngegend wurde, wie aus Tabelle 5 zu ersehen ist, in bezug auf die verschiedenen befragten Eigenschaften von den Haushalten recht unterschiedlich beurteilt. Während die Ausstattung mit Versorgungseinrichtungen, wie Grundschulen, Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel und Läden vorwiegend als gut bezeichnet

Tabelle 5 Beurteilung der Wohngegend durch Hamburger Wohnungsinhaberhaushalte

Frage: Wie beurteilen sie insgesamt Ihre Wohngegend in bezug auf	Lärm	Luftverschmutzung	Verkehrssicherheit für Kinder/Ältere	Anbindung an öffentliches Verkehrsnetz	Versorgung mit Grün- und Freiflächen	Einkaufsmöglichkeiten	Ärztliche Versorgung	Versorgung mit Grundschulen ¹⁾	Ausstattung mit öffentlichen Kinderspielflächen ¹⁾	Ausstattung mit Kindergärten ²⁾
Antwort:										
gut	41	54	42	78	64	60	72	72	45	51
mittelmäßig	26	21	24	11	18	19	13	12	19	(15)
sollte besser sein	17	11	21	7	11	16	7	6	21	(13)
unzumutbar	8	4	4	(1)	2	2	(1)	/	(3)	/
keine Meinung	5	8	7	(1)	3	(1)	4	8	10	(18)
ohne Angabe	3	2	2	2	2	2	3	/	/	/
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1) nur Haushalte mit Kindern unter 15 Jahren.
2) nur Haushalte mit Kindern unter 6 Jahren.

worden ist, fiel die Bewertung der Wohnumgebung hinsichtlich umweltstörender Einflüsse erheblich ungünstiger aus. So ist die Luftverschmutzung lediglich von der Hälfte der Befragten und die Lärmbelastung der Wohngegend sogar nur von etwa 40 Prozent der Haushalte mit gut beurteilt worden. Vor allem die durch den Verkehr hervorgerufenen Beeinträchtigungen der Wohnverhältnisse wurden relativ häufig kritisiert. Die Hauptlärmquelle, durch die sich die Bewohner belästigt fühlten, war der Straßenverkehr. Jeweils ein Drittel der befragten Wohnungsinhaber nahm in der unmittelbaren Umgebung seiner Wohnung dauernden oder gelegentlichen Lärm von der Straße wahr. Nahezu jeder Vierte empfand die Geräuscheinwirkungen durch den Autoverkehr sogar als dauernd stark. Auch Fluglärm wurde von knapp 40 Prozent der Befragten gelegentlich registriert und darunter von 14 Prozent als stark empfunden. Dagegen störten Industrie- und Gewerbelärm sowie Geräusche durch vorbeifahrende U-, S- oder Eisenbahnzüge nur einen geringen Teil der Wohnungsinhaber.

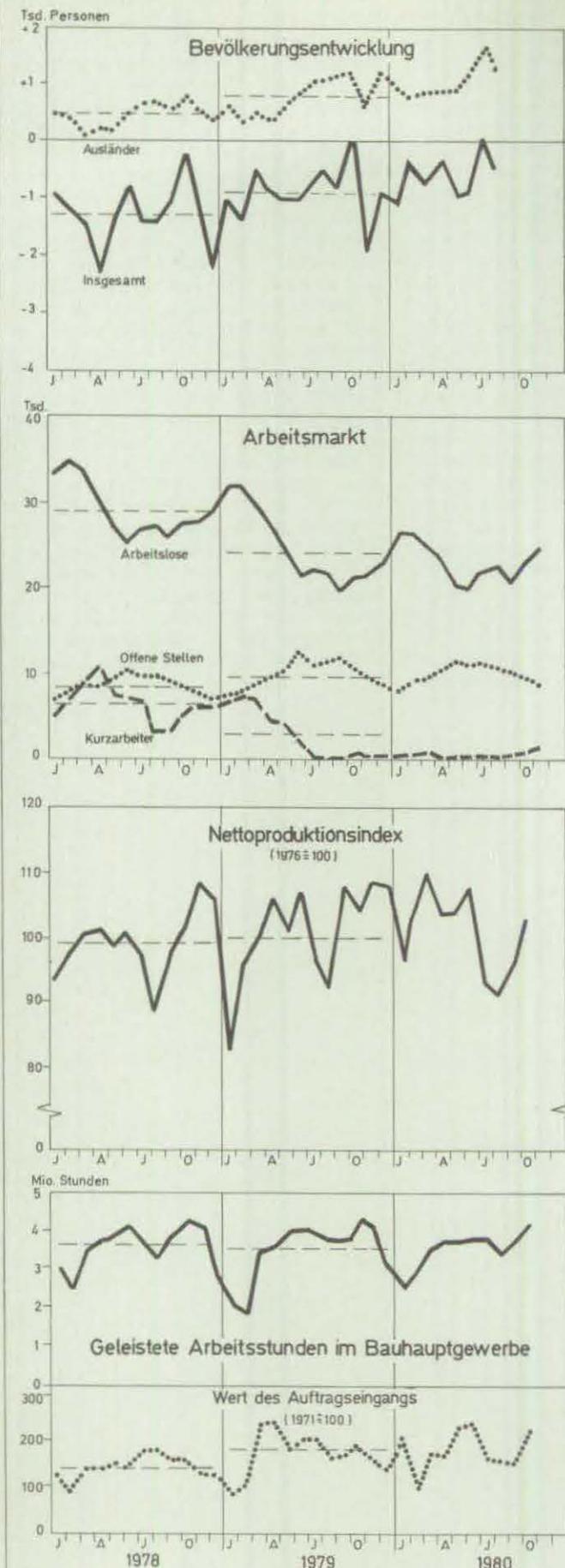
Der Straßenverkehr beeinträchtigt nicht nur die Wohnruhe, sondern stellt nach Ansicht vieler Haushalte auch eine Gefährdung für Kinder und ältere

Menschen dar. Insgesamt beurteilten nur vier von zehn Befragten – in Gebieten mit hoher Lärmbelastung und damit in der Regel starkem Autoverkehr sogar nur ein Viertel der Wohnungsinhaber – die Verkehrssicherheit für diesen Personenkreis in ihrer Wohngegend als gut. Jeder Vierte war der Meinung, daß in dieser Hinsicht Verbesserungen erforderlich seien. Insbesondere Haushalte mit Kindern unter zehn Jahren hielten mit einem Anteil von 33 Prozent die Verkehrssicherheit überdurchschnittlich oft nicht für ausreichend.

In diesem Zusammenhang kommt der Ausstattung der Wohngebiete mit öffentlichen Kinderspielplätzen eine besondere Bedeutung zu. Allerdings bieten nur nahe bei den Wohnungen gelegene Spielplätze den Kindern hinreichenden Schutz vor dem Straßenverkehr. Aus den Befragungsergebnissen ist zu folgern, daß etwa drei Viertel der Haushalte eine Entfernung bis zu fünf Gehminuten zum nächsten Kinderspielplatz noch für annehmbar halten. Jedoch nur etwa die Hälfte der Haushalte mit Kindern unter 15 Jahren gab an, in dieser Distanz einen Spielplatz erreichen zu können. In 14 Prozent der Fälle lag die nächste Einrichtung sogar über zehn Minuten entfernt.

Auch bei anderen Nahversorgungseinrichtungen besteht zwischen der Erreichbarkeit und dem Beurteilungsprädikat eine enge Beziehung. So bezeichneten 85 Prozent der Wohnungsinhaber die Versorgung mit Grundschulen in ihrer Wohngegend als gut, wenn die nächste Schule zu Fuß innerhalb von zehn Minuten erreicht werden konnte. Analoge Meinungen vertraten 80 Prozent in bezug auf die Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz und die Versorgung mit Grün- und Freiflächen. Dagegen scheinen weitere Fußwege zu den nächsten Einkaufsmöglichkeiten weniger toleriert zu werden. Nur 55 Prozent der Haushalte, die zu Fuß zwischen sechs und zehn Minuten unterwegs sein mußten, um zu den nächsten Läden zu gelangen, beurteilten ihre Wohngegend hinsichtlich der Ausstattung mit Einkaufsmöglichkeiten als gut. Bei einer Entfernung von höchstens fünf Minuten waren es jedoch 75 Prozent. Von der überwiegenden Zahl der Befragten (mindestens 75 Prozent) wurden die wichtigsten Einrichtungen innerhalb von zehn Gehminuten erreicht. Nur öffentlich zugängliches Grün, wie Parks, Grünanlagen oder Wälder war häufiger etwas weiter entfernt.

Hans-Jürgen Bach



Hamburg heute und gestern

Vor 120 Jahren, im Winter 1860/61, war der Verkehr im Hafen wegen Vereisung für 40 Tage unterbrochen. Viele Seeschiffe – fast ausschließlich hölzerne Segler – mußten in Hamburg überwintern.

Heute läuft der Verkehr – zumindest in der Großschiffahrt – selbst in strengen Wintern fast störungsfrei ab, da Hafenbecken und Unterelbe durch den Einsatz von Eisbrechern ständig befahrbar gehalten werden.

Fast jedes zweite Schiff, das im Hamburger Hafen festmacht, verkehrt im Rahmen eines regelmäßigen Liniendienstes. 1979 boten 324 Dienste 7284 Abfahrten nach rund 1100 Häfen in aller Welt.

Bereits im Jahr 1900 wurden 7213 Liniensabfahrten registriert, also nur 71 weniger als heute. Die Zahl der Linien hat sich allerdings in den acht Jahrzehnten nahezu verdreifacht; die eingesetzte Tonnage erreichte sogar fast das Sechsfache. Eine erhebliche Verlagerung hat sich innerhalb der Fahrtgebiete vollzogen. Entfielen zur Jahrhundertwende 88 Prozent auf den europäischen Bereich, so waren es 1979 nur noch 39 Prozent. Die Zahl der Abfahrten nach Außeuroopa hat sich in diesem Zeitraum verfünffacht. Sie stieg im Verkehr mit Amerika von 570 auf 1260 und im Afrikaverkehr von 160 auf 1400. Der stärkste Anstieg war in der Asienfahrt zu verzeichnen: Wurden vor 80 Jahren nur 135 Abfahrten registriert, so waren es 1979 mehr als 1600.

Eine Statistik aus dem Jahr 1909 weist aus, daß damals in Hamburg innerhalb von zwölf Monaten 244 „schädigende Ereignisse beim Verkehre mit Kraftfahrzeugen“ vorkamen. Um die gleiche Zeit waren in der Hansestadt 757 Kraftfahrzeuge re-

gistriert, von denen 651 „vorzugsweise der Personenbeförderung dienten“. Fast jedes dritte Fahrzeug war also an einem „schädigenden Ereignis“ beteiligt. Seither haben sich nicht nur Begriffe gewandelt, sondern auch die Dimensionen nachhaltig verschoben. Eine einfache Gegenüberstellung von Kraftfahrzeugbestand und Zahl der Straßenverkehrsunfälle ist bei dem heutigen Verkehrsaufkommen nicht mehr sinnvoll. Es ist aber festzustellen, daß trotz der gewaltigen Zunahme des Fahrzeugbestandes (am 1. Juli 1979 waren in Hamburg 620 000 Kraftfahrzeuge angemeldet) die Zahl der „schädigenden Ereignisse“ zum Glück nicht in dem gleichen Umfang gestiegen ist. 1979 ereigneten sich auf Hamburgs Straßen 9900 Unfälle mit Personenschaden und 19 000 Unfälle mit Sachschäden über 1000 DM.

Die Zahl der Krankenhausbetten hat sich in Hamburg – von geringfügigen Schwankungen abgesehen – seit 1952 nicht wesentlich geändert bzw. ist nur leicht rückläufig. Seinerzeit gab es 19 340 Krankenhausbetten für Akutkranke und für Kranke der Sonderversorgung. Ende 1979 waren es 19 070. Bezogen auf die Wohnbevölkerung Hamburgs entspricht dies 11,8 Betten je 1000 Einwohner im Jahr 1952, 10,8 Betten je 1000 Einwohner zur Zeit des Bevölkerungshöchststandes 1964 und 11,5 Betten im Jahr 1979. Beachtlich gestiegen ist während dieser Zeit die Zahl der behandelten Kranken: 1952 waren es rund 202 000 Patienten, 1979 über 314 000 (darunter 61 000 Patienten, die ihren Wohnsitz außerhalb Hamburgs hatten). Bedingt durch den kürzer gewordenen Krankenhausaufenthalt der Patienten, ist die Zahl der von den Krankenhäusern geleisteten Pflegetage von 5,9 Mio. auf 5,7 Mio. zurückgegangen.

rt in Hamburg

Im Jahr 1959 verbrauchten die Privathaushalte in Hamburg 725 Mio. Kilowattstunden (kWh) Strom. Durch die vermehrte Ausstattung der Haushalte mit technischen Geräten und durch die Nutzung der elektrischen Energie als Heizquelle stieg der jährliche Stromverbrauch bis 1979 um mehr als das Dreifache auf über 3,2 Mrd. kWh an. Noch stürmischer verlief die Entwicklung in der Industrie; die Steigerung von 974 Mio. auf knapp fünf Mrd. kWh bedeutete einen Zuwachs um gut das Vierfache.

Neue Schriften

Als Bundesratsdrucksache 464/80 vom 15. 07. 80 erscheint der „Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, 1. Teil: Analyse der bisherigen Bevölkerungsentwicklung und Modellrechnungen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung.“ Er wurde von der durch das Bundeskabinett eingesetzten interministeriellen „Arbeitsgruppe Bevölkerungsfragen“ unter Vorsitz des Bundesministers des Innern erarbeitet, die Informationen auch mit dem „Länderarbeitskreis langfristige Bevölkerungsentwicklung“ austauschte und Ergebnisse einer Anhörung von Bevölkerungswissenschaftlern des In- und Auslands berücksichtigte. Der Auftrag lautete auf Vorlage eines umfassenden und vertiefenden Berichts über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Dieser erste Teil des Berichts beinhaltet die Entwicklung in der Vergangenheit im In- und Ausland, eine Beschreibung der wichtigsten Einflußfaktoren des Geburtenrückgangs sowie Modellrechnungen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik.

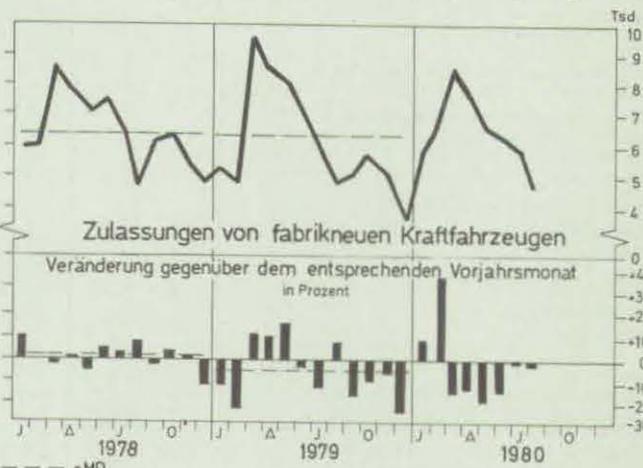
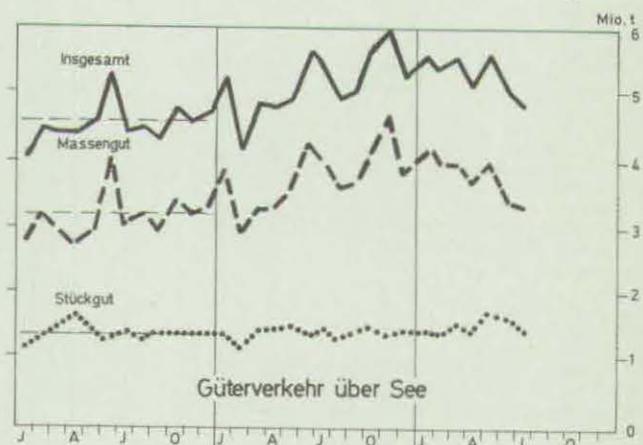
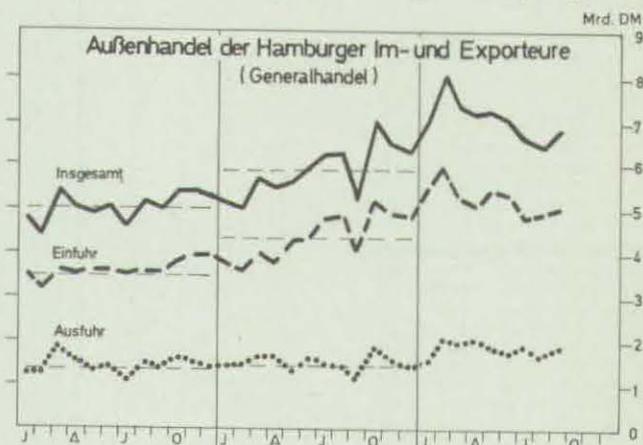
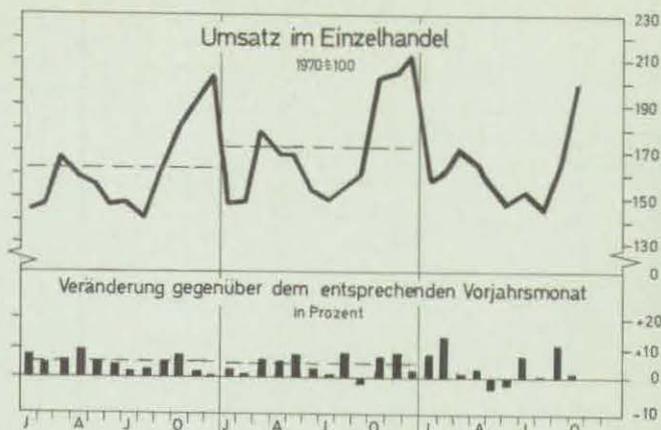
Das Heft 3/4. 1980 der Zeitschrift „Informationen zur Raumentwicklung“ – Herausgeber: Bundesforschungsanstalt für Landes-

kunde und Raumordnung – ist der Frage „Arbeitslosenquote als Indikator der Regionalpolitik?“ gewidmet. In den Beiträgen von Klaus Schliebe über „Gebiete hartnäckiger Arbeitslosigkeit im Konjunkturverlauf seit 1967“, Mieke Brinkmann über „Die regionale Verteilung der Problemgruppen bei den Arbeitslosen“ und Karl Ganser über „Die Arbeitslosenquote als Indikator erwerbsstruktureller Benachteiligungen“ sind auch für Leser in Hamburg interessante Ausführungen enthalten. Insbesondere werden die 142 Arbeitsamtsbezirke in der Bundesrepublik Deutschland unter verschiedenen Gesichtspunkten in eine „Rangfolge“ gebracht, aus der dann die Rangziffer des Arbeitsamtsbezirkes Hamburg abgelesen werden kann. Für folgende Kriterien ist u. a. eine solche Rangfolge dargestellt: Arbeitslosenquoten im September 1967, 1970, 1975 und 1979, Langzeitarbeitslosigkeit, Frauenarbeitslosigkeit, Teilzeitarbeitslose, Jugendarbeitslosigkeit, arbeitslose ältere Arbeitnehmer und Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen jeweils im September 1978 und 1979.

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Auswirkungen der europäischen Integration auf die großräumige Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland (Teilbereich Wirtschaft). Bonn 1979. 170 S. (Schriftenreihe „Raumordnung“ 06.038.)

Der Draht zum StaLa

Amtsleiter	3681-710
Auskünfte	3681-738
	644
	768
Veröffentlichungen	3681-719
Bibliothek	3681-742
Für Thema:	
„Beschäftigte“	3681-810
„Wohnverhältnisse“	3681-792



Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Meteorologische Beobachtungen										
Mittelwerte¹⁾										
Luftdruck	mbar ²⁾	1 014,0	1 013,9	1 013,7	1 019,1	1 017,0	1 011,5	1 014,6	1 018,3	1 009,8
Lufttemperatur	°C	9,1	8,4	16,6	14,3	9,4	16,2	17,4	15,1	9,5
Relative Luftfeuchtigkeit	%	77,2	78,3	74	77	73	80	75	79	81
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3,2	3,2	3	3	3	3	3	3	4
Bewölkung	„ ⁴⁾	5,8	5,6	5,5	4,7	3,9	5,7	5,1	4,2	5,3
Summenwerte										
Niederschlagshöhe	mm	69,6	63,7	95	39,0	18,0	159	117	74,0	76,2
Sonnenscheindauer	Std.	111,3	113,6	159	157	166	136	170	180	95
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	9,2	8,6	1	5	5	2	2	2	4
Tage mit Niederschlägen	„	21,0	19,3	16	15	14	25	21	16	24
Bevölkerung										
Bevölkerungsstand⁵⁾										
Wohnbevölkerung	1000	1 672,3	1 658,5	1 656,7	1 655,8	1 655,9	1 648,9	1 648,3
und zwar männlich	„	775,6	770,2	769,6	769,9	769,9	768,5	768,3
weiblich	„	896,6	888,3	887,1	886,4	886,0	880,4	880,0
Ausländer	„	122,6	129,7	131,1	132,2	133,6	142,4	143,7
Bezirk Hamburg-Mitte	„	227,0	225,2	224,9	225,0	225,2	225,2	225,0
Bezirk Altona	„	236,5	234,1	233,9	233,7	233,8	232,6	232,5
Bezirk Eimsbüttel	„	241,0	238,7	238,4	238,4	238,5	237,6	237,5
Bezirk Hamburg-Nord	„	304,4	300,3	299,6	299,3	299,3	296,8	296,9
Bezirk Wandsbek	„	382,0	382,0	381,8	381,6	381,4	380,2	380,2
Bezirk Bergedorf	„	89,1	88,1	88,1	88,0	87,9	87,8	87,6
Bezirk Harburg	„	192,3	190,1	190,0	189,8	189,7	188,7	188,6
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ⁶⁾	Anzahl	664	691	881	692	646	756	879
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	4,8	5,0	6,3	5,1	4,6	5,4	6,3
* Lebendgeborene ⁷⁾	„	1 051	1 060	1 103	1 114	1 062	1 242	1 101
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	7,5	7,7	7,8	8,2	7,6	8,9	7,9
* Gestorbene ⁸⁾ (ohne Totgeborene)	„	2 006	1 980	1 592	2 176	2 131	1 764	1 741
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	14,4	14,3	11,3	16,0	15,2	12,6	12,4
* im ersten Lebensjahr Gestorbene	„	17	13	13	17	14	12	11
* je 1000 Lebendgeborene	„	15,8	12,0	12,2	15,5	13,2	9,7	10,0
* Geborenen- (+)/Gestorbenenüberschuß (-)	„	- 955	- 920	- 489	- 1 062	- 1 069	- 522	- 640
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	- 6,9	- 6,7	- 3,5	- 7,8	- 7,6	- 3,7	- 4,6
Wanderungen										
* Zugezogene Personen	„	5 058	5 225	5 762	5 819	7 453	6 599	5 706
* Fortgezogene Personen	„	5 439	5 244	5 781	5 662	6 362	6 025	5 594
* Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-)	„	- 381	- 19	- 19	+ 157	+ 1 091	+ 574	+ 112
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	„	14 408	11 869	11 760	13 140	10 703	9 582	9 582
Nach Gebieten										
a) Zugezogene aus										
Schleswig-Holstein	„	1 429	1 388	1 452	1 455	1 734	1 519	1 311
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	„	971	935	968	889	1 016	988	968
Niedersachsen	„	919	879	898	951	1 336	920	836
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	„	333	320	334	327	341	323	330
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	„	1 215	1 173	1 208	1 149	1 933	1 344	1 208
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	„	1 495	1 785	2 204	2 264	2 450	2 816	2 351
b) Fortgezogen nach										
Schleswig-Holstein	„	2 032	2 058	2 302	2 034	2 425	2 249	2 233
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	„	1 562	1 597	1 798	1 508	1 911	1 682	1 702
Niedersachsen	„	1 252	1 149	1 221	1 341	1 457	1 384	1 248
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	„	667	611	650	723	734	749	648
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	„	1 137	1 122	1 217	1 216	1 470	1 289	1 127
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	„	1 018	915	1 041	1 071	1 101	1 103	986
c) Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-) gegenüber										
Schleswig-Holstein	„	- 603	- 670	- 850	- 579	- 691	- 730	- 922
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	„	- 591	- 662	- 830	- 619	- 895	- 694	- 734
Niedersachsen	„	- 333	- 270	- 323	- 390	- 121	- 464	- 412
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	„	- 334	- 291	- 316	- 396	- 393	- 426	- 318
Umland insgesamt ¹¹⁾	„	- 925	- 953	- 1 146	- 1 015	- 1 288	- 1 120	- 1 052
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	„	+ 78	+ 51	+ 9	+ 67	+ 463	+ 55	+ 81
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	„	+ 477	+ 870	+ 1 163	+ 1 193	+ 1 440	+ 1 713	+ 1 365
Bevölkerungsbewegung insgesamt										
Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (-)	„	- 1 336	- 939	- 508	- 905	+ 22	+ 52	- 528
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	- 9,6	- 5,6	- 3,6	- 6,6	+ 0,2	+ 0,4	- 3,8
Krankenhäuser und Bäder										
Krankenhäuser¹²⁾										
Patienten ¹⁴⁾	Anzahl	12 873	12 593,6	12 132	12 571	13 606	12 415	11 956	12 992	13 125
Betten ¹³⁾	„	15 878	15 651,8	15 635	15 639	15 649	15 365	15 347	15 291	15 267
Bettenausnutzung	%	82,7	83,2	79,6	82,7	86,2	83,3	78,5	82,7	86,6
Öffentliche Bäder										
Besucher insgesamt	Anzahl	720 082	632 879	755 968	653 537	567 118	739 376	802 497	643 212	551 275

¹⁾ errechnet aufgrund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0°C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ anstelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - ⁶⁾ Monatsende, Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung vom 27. Mai 1970. - ⁷⁾ nach dem Ereignisort. - ⁸⁾ von Müttern mit Wohnsitz in Hamburg. - ⁹⁾ mit letztem Wohnsitz in Hamburg. - ¹⁰⁾ Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. - ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹²⁾ die sechs angrenzenden Kreise zusammen. - ¹³⁾ staatliche, freigemeinnützige und private Krankenhäuser in Hamburg ohne psychiatrische Krankenhäuser und ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamtes und des ärztlichen Dienstes der Behörde für Inneres. - ¹⁴⁾ Bestand am Monatsende.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Büchereien und Museen										
Öffentliche Büchereien (einschl. Musikbücherei) Ausleihungen (Bücher, Kassetten, Spiele, Noten)	Anzahl	654 832	646 863	480 988	638 231	749 951	644 689	479 685	694 249	786 297
Wissenschaftliche Büchereien										
Staats- und Universitätsbibliothek	..									
Ausgeliehene Bände	..	36 125	36 483	33 878	32 160	43 535	40 624	30 755	41 538	40 588
Besucher der Lesesäle	..	7 960	8 521	7 182	8 182	10 021	10 249	6 804	8 339	10 394
WWVA – Institut für Wirtschaftsforschung	..									
Besucher der Bibliothek und Archive	..	3 884	3 804	3 371	3 484	4 193	3 897	2 991	4 330	4 662
Commerzbibliothek	..									
Ausgeliehene Bände	..	2 932	2 799	2 756	2 663	2 733	3 015	2 671	2 435	2 759
Lesesaalbesucher und Entleiher	..	1 191	1 175	1 110	1 129	1 302	1 331	1 277	1 145	1 332
Staatliche Museen und Schausammlungen										
Besucher insgesamt	..	91 396	93 846	86 224	78 676	124 833	95 854	83 602	75 707	129 240
dar. Hamburger Kunsthalle	..	13 736	14 471	13 076	9 530	36 358	10 269	8 250	8 177	53 427
Altonaer Museum in Hamburg	..									
Norddeutsches Landesmuseum	..	14 606	13 309	13 319	10 021	21 320	4 000	3 837	4 853	4 709
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	..	6 511	8 787	6 131	5 247	8 879	8 188	5 455	5 627	7 355
Helms-Museum	..	10 844	11 281	12 950	15 369	12 398	13 710	10 755	13 102	12 896
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	..	8 390	7 805	12 081	12 569	9 500	11 885	9 936	11 723	10 093
Museum für Hamburgische Geschichte	..	20 294	20 241	25 109	22 650	22 660	26 150	25 100	22 407	21 501
Museum für Kunst und Gewerbe	..	17 090	13 947	5 084	5 541	7 306	10 931	8 987	8 747	12 784
Planetarium	..	6 416	10 245	8 921	8 879	14 226	20 468	20 049	11 185	15 106
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose und Kurzarbeiter										
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	29 107	24 713	21 597	19 801	20 899	21 857	21 967	20 703	22 974
* davon Männer	..	15 260	11 929	11 107	9 552	10 336	10 954	10 862	10 684	11 921
Frauen	..	13 847	12 784	10 490	10 249	10 563	10 903	11 105	10 019	11 053
Arbeitslosenquote	%	4,3	3,6	3,1	2,9	3,0	3,2	3,2	3,0	3,4
Kurzarbeiter	Anzahl	6 319	2 677	22	40	659	180	201	283	649
Arbeitssuchende										
Arbeitssuchende ¹⁾ insgesamt	..	36 192	31 153	27 986	26 227	26 368	28 856	28 394	27 401	29 138
dar. Personen, die Teilzeitarbeit suchen	..	6 124	5 136	4 457	4 306	4 288	3 910	4 084	4 035	4 366
Offene Stellen										
..	..	8 565	9 703	11 109	10 861	10 160	11 368	10 469	10 127	9 357
Landwirtschaft										
Milcherzeugung der landwirtschaftlichen Betriebe										
* Kuhmilch	t	1 399	1 336	1 111	1 053	1 076	1 257	1 078	1 012	1 041
* dar. an Molkereien geliefert	%	94,4	94,1	93,8	89,3	89,1	97,1	94,6	89,5	89,9
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,5	11,9	9,7	9,5	9,4	11,8	10,1	9,8	9,8
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder (ohne Kälber)	1000 St.	4,9	5,2	5,4	5,8	8,4	4,9	4,8	7,5	9,5
* Kälber	..	1,7	2,1	2,0	1,7	2,3	1,4	1,7	1,9	1,6
* Schweine ²⁾	..	18,9	18,5	17,4	17,7	21,1	16,4	16,7	18,5	18,6
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ³⁾	t	3 123	3 218	3 183	3 265	4 412	2 909	2 912	3 893	4 401
* dar. Rinder (ohne Kälber)	..	1 362	1 424	1 451	1 566	2 352	1 351	1 284	2 068	2 625
* Kälber	..	210	254	269	219	279	179	229	255	198
* Schweine	..	1 532	1 521	1 441	1 462	1 758	1 358	1 370	1 537	1 545
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung										
Verarbeitendes Gewerbe⁴⁾										
Hauptbeteiligte Wirtschaftszweige										
* Beschäftigte	Anzahl	170 092	167 672	167 961	168 653	168 637	168 366	168 535	169 463	168 864
* dar. Arbeiter ⁵⁾	..	98 789	97 649	97 962	98 569	98 320	98 305	98 491	98 991	98 494
* Geleistete Arbeiterstunden ⁶⁾	..	14 013	13 862	13 122	13 395	14 971	13 290	12 455	14 010	15 109
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	235	247	257	235	260	272	267	264	283
* Bruttogehaltssumme	..	240	255	256	246	243	271	268	261	261
* Gesamtumsatz (einschließlich Verbrauchsteuer) ⁷⁾	..	3 964	5 094	5 072	5 414	5 635	5 449	5 532	6 208	6 430
dar. Auslandsumsatz	..	510	563	531	610	567	578	591	688	656
* Kohleverbrauch	1000 t (SKE ⁸⁾)	3	3	3	3	3	4	3	3	4
* Gasverbrauch ⁹⁾	1000 m ³	38 343	40 200	32 569	33 649	32 012	33 266	27 180	29 915	23 235
* Stadt- und Kokereigas	..	578	505	304	288	310	308	328	319	305
* Erd- und Erdölgas	..	37 765	39 695	32 265	33 361	31 702	32 958	26 852	29 596	22 930
* Heizölverbrauch	1000 t	47	43	31	31	40	33	34	35	41
* leichtes Heizöl	..	8	8	4	5	7	3	3	4	5
* schweres Heizöl	..	39	36	27	27	33	30	31	31	36
* Stromverbrauch	Mio. kWh	359	378	379	373	394	382	366	363	377

1) Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. – 2) gewerbliche und Hausschlachtungen. – 3) einschließlich Schlachttette, jedoch ohne Innereien. – 4) alle Betriebe der Industrie und des Verarbeitenden Handwerks von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten sowie Betriebe der Industrie und des Verarbeitenden Handwerks mit 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen anderer Wirtschaftsbereiche. – 5) einschl. Bergbau. – 6) einschl. der gewerblich Auszubildenden. – 7) einschl. der Arbeitsstunden der gewerblich Auszubildenden. – 8) ohne Umsatzsteuer; einschl. Umsatz aus sonstigen nicht produzierenden Betriebsteilen. – 9) 1 t Steinkohleneinheit (1 tSKE) gleich 1 t Steinkohle, Steinkohlenkoks oder -brikett gleich 1,5 t Braunkohlenbrikett. – 10) umgerechnet auf den oberen Heizwert Ho = 35 169 kJ/m³ (8400 kcal/m³).

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung (Fortsetzung)										
Beteiligte Wirtschaftszweige	Mio. DM	2 441	2 712	2 707	2 885	2 992	2 953	2 736	3 205	3 228
Umsatz aus Eigenenerzeugung ¹⁾ 2)	"	1 031	1 282	1 372	1 380	1 517	1 419	1 377	1 602	1 580
davon Grundstoff- und Produktionsgüter	"	711	717	646	843	715	798	696	888	869
Investitionsgüter	"	138	145	150	146	166	136	135	157	155
Verbrauchsgüter	"	560	569	539	517	594	600	528	558	624
Nahrungs- und Genußmittel	"									
Bauhauptgewerbe³⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	30 510	31 036	31 694	31 694	31 875	31 150	31 467	31 443	31 543
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	24 574	25 042	25 505	25 670	25 830	25 012	25 309	25 300	25 370
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	3 590	3 499	3 729	3 873	4 355	3 693	3 365	3 802	4 184
* davon für Wohnungsbauten	"	984	947	1 047	1 065	1 203	1 046	907	1 046	1 175
gewerbliche und industrielle Bauten	"	1 293	1 320	1 365	1 390	1 544	1 335	1 261	1 381	1 518
öffentliche und Verkehrsbauten	"	1 313	1 232	1 317	1 480	1 608	1 312	1 197	1 375	1 491
* Bruttolohnsumme ⁵⁾	Mio. DM	69,6	74,8	82,8	82,6	90,9	88,5	83,1	87,5	94,1
* Bruttogehaltssumme ⁶⁾	"	16,6	18,2	18,8	17,9	18,2	20,6	20,3	19,5	19,4
* Baugewerblicher Umsatz ⁶⁾	"	214,0	240,1	228,9	276,9	278,6	356,3	293,7	323,5	339,2
davon im Wohnungsbau	"	51,7	59,9	67,4	65,2	67,5	94,4	62,5	66,9	93,7
gewerblichen und industriellen Bau	"	81,4	100,8	75,2	137,0	111,4	130,2	135,6	109,6	115,7
öffentlichen und Verkehrsbau	"	80,9	79,4	86,3	74,7	99,7	131,7	95,6	147,0	129,8
Ausbaugewerbe										
Beschäftigte	Anzahl	10 547	10 710	10 912	10 967	11 008	10 718	10 871	10 991	11 046
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	8 367	8 479	8 663	8 737	8 786	8 497	8 665	8 773	8 819
Geleistete Arbeitsstunden	1000	1 334	1 332	1 314	1 377	1 472	1 330	1 275	1 374	1 482
Bruttolohnsumme ⁵⁾	Mio. DM	21,1	22,3	24,4	22,8	24,5	25,9	25,2	24,9	26,1
Bruttogehaltssumme ⁶⁾	"	5,7	6,3	6,3	6,2	6,2	7,0	6,9	6,8	6,7
Ausbaugewerblicher Umsatz ⁶⁾	"	59,1	68,6	57,3	60,7	76,7	87,0	68,5	85,0	86,0
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	463	556	319	446	534	384	323	382	557
* Stromverbrauch	"	889	929	771	806	957	816	770	799	955
* Gaserzeugung (brutto) ⁷⁾	Mio. m ³	17	25	65	33	7	42	67	21	24
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (ohne Ausbaugewerbe)										
Produzierendes Gewerbe	1976=100	99,2	101,5	91,9	108,0	103,5	92,7	91,0	95,7	103,0
davon Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	100,7	109,7	111,1	120,3	114,3	102,3	96,1	97,1	111,5
Investitionsgütergewerbe	"	96,1	93,5	75,9	99,7	91,9	86,0	90,4	97,3	95,5
Verbrauchsgütergewerbe	"	108,9	108,8	100,7	114,1	109,2	86,7	94,3	104,9	98,7
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	"	96,9	91,6	78,2	91,4	88,7	84,5	80,2	82,5	90,6
Bauhauptgewerbe	"	96,0	99,6	96,7	116,0	115,8	98,7	98,4	106,1	111,6
Bau- und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
Wohnbau										
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	208	152	148	178	267	163	97	118	172
* dar. Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen	"	184	136	123	165	256	147	82	94	134
* Rauminhalt	1000 m ³	257	178	169	199	239	210	153	250	305
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	66,9	49,0	50,7	53,9	65,9	62,5	45,0	63,7	95,2
* Wohnfläche	1000 m ²	49	34	35	37	44	36	29	44	58
Nichtwohnbau										
* Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	44	30	41	40	36	40	39	21	36
* Rauminhalt	1000 m ³	309	298	231	312	357	287	478	117	160
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	55,1	49,1	40,3	28,7	65,3	59,6	59,7	22,6	32,4
* Nutzfläche	1000 m ²	59	46	37	68	60	46	69	20	29
Wohnungen										
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	511	372	348	374	423	387	368	538	696
Baufertigstellungen										
Wohnbau										
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	191	145	77	134	101	113	92	111	109
Nichtwohnbau										
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	38	33	18	27	27	16	27	22	20
Rauminhalt	1000 m ³	290	278	155	98	174	137	146	127	134
Wohnungen										
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	451	340	266	285	246	269	247	146	262
Gebäude- und Wohnungsbestand⁸⁾										
Bestand an Wohngebäuden	1000	195	197	195	195	196	197	197	197	197
Wohnungen	"	778	780	780	780	780	782	782	782	783

¹⁾ einschließlich Bergbau. - ²⁾ ohne Umsatzsteuer - ³⁾ nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. - ⁴⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. - ⁵⁾ einschließlich Arbeitgeberzulagen aus Vermögensbildungstarifen. - ⁶⁾ ohne Umsatzsteuer. - ⁷⁾ umgerechnet auf den oberen Heizwert Ho = 35 169 kJ/m³ (8400 kcal/m³), ab Januar 1979 einschließlich Saldo aus Einspeisung und Entnahme aus dem Untergrundspeicher. - ⁸⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Jul	August	September	Oktober
Bau- und Wohnungswesen (Fortsetzung)										
Preisindizes für Bauwerke¹⁾										
Bauleistungen am Bauwerk	1976 = 100	110,5	118,7	120,7	.	.	.	131,6	.	.
Wohngebäude insgesamt	"	110,7	118,8	120,6	.	.	132,0	.	.	
Ein- und Zweifamiliengebäude	"	110,4	118,7	120,8	.	.	131,4	.	.	
Mehrfamiliengebäude	"	110,4	118,5	120,6	.	.	131,2	.	.	
Gemischt genutzte Gebäude	"	109,4	117,3	119,2	.	.	129,1	.	.	
Bürogebäude	"	109,5	117,2	119,3	.	.	129,6	.	.	
Gewerbliche Betriebsgebäude	"									
Wohngeld nach dem Zweiten Wohngeldgesetz										
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	70 045	66 934	66 966	65 138	68 552	62 419	62 163	62 343	...
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1000 DM	5 923,7	6 185,0	5 960,2	5 720,6	6 139,2	5 645,5	5 602,1	5 635,3	...
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr										
Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels										
Einzelhandel	1970 = 100	161,7	167,6	152,2	157,4 r	201,6	153,1	145,4 s	155,0 s	190,0
davon Waren verschiedener Art ²⁾	"	175,2	185,6	170,5	176,9 r	277,6	157,3	160,8 s	170,0 s	250,0
Facheinzelhandel	"	157,2	165,4	147,3	154,0 r	173,7	163,0	150,5 s	160,0 s	173,0
Außenhandel										
* Ausfuhr aus dem Land Hamburg ³⁾ 4)	Mio. DM	600	598	601	471	719	666	646	728	...
davon Waren der	"									
* Ernährungswirtschaft	"	89	94	89	69	105	106	83	104	...
* Gewerblichen Wirtschaft	"	511	504	511	402	613	561	564	624	...
* davon Rohstoffe	"	4	5	6	4	6	5	6	5	...
* Halbwaren	"	102	108	116	90	107	136	147	169	...
* Fertigwaren	"	405	391	390	308	500	419	411	451	...
* davon Vorerzeugnisse	"	63	75	75	65	94	69	75	83	...
* Enderzeugnisse	"	343	316	315	243	406	350	335	368	...
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
Europa	"	391	409	408	328	488	470	449	526	...
* dar. EG-Länder	"	261	267	255	217	334	287	287	371	...
Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure ⁵⁾										
Einfuhr	"	3 604	4 372	4 914	4 053	5 214	4 822	4 907	4 970	...
davon Europa	"	1 519	2 125	2 416	1 999	2 650	2 205	2 238	2 238	...
dar. EG-Länder	"	1 114	1 534	1 666	1 360	1 847	1 611	1 625	1 717	...
Außereuropa	"	2 085	2 247	2 498	2 054	2 564	2 617	2 644	2 732	...
Ausfuhr	"	1 411	1 530	1 427	1 128	1 948	1 931	1 638	1 824	...
davon Europa	"	892	1 022	935	782	1 334	1 340	1 060	1 266	...
dar. EG-Länder	"	595	685	562	499	903	830	591	860	...
Außereuropa	"	519	508	492	346	614	591	578	557	...
Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes										
* Gastgewerbe	1970 = 100	162,8	170,6	173,6	181,9	191,6	173,7	165,5 r	187,0	191,8
davon Beherbergungsgewerbe	"	161,5	172,8	171,4	204,5	213,1	189,9	186,4 r	238,3	231,7
Gaststättengewerbe	"	163,1	170,0	174,3	175,2	185,3	168,9	159,3 r	171,8	179,9
Fremdenverkehr⁶⁾										
* Fremdenmeldungen	1000	126,8	131,8	157,0	169,3	155,7	168,6	159,5	176,1	154,3
* dar. von Auslandsgästen	"	35,7	40,5	54,0	51,2	48,5	65,1	53,5	53,6	50,7
* Fremdenübernachtungen	"	223,2	234,7	283,0	299,2	281,5	287,5	289,8	327,6	282,8
* dar. von Auslandsgästen	"	63,9	72,4	94,0	91,9	86,7	112,0	102,8	112,5	97,9
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 386	1 325	1 342	1 370	1 480 s	1 250 s	1 225 s	1 280 p	1 230
Angekommene Schiffe	1000 t	4 550	5 221	4 991	5 184	5 728 p	5 058 p	5 122 p	4 505 p	5 232
Güterverkehr über See	"	3 301	3 897	3 655	3 877	4 180 p	3 687 p	3 714 p	3 133 p	3 843
davon Empfang	"	649	675	611	674	719 p	731 p	639 p	720 p	652
dar. Sack- und Stückgut	"	1 249	1 324	1 335	1 307	1 548 p	1 371 p	1 408 p	1 372 p	1 389
Versand	"	756	768	745	799	809 p	838 p	743 p	827 p	803
dar. Sack- und Stückgut	"	50 007	53 117	53 577	57 959	55 278	72 886	61 194	71 157	72 091
Umgeschlagene Container ⁷⁾	Anzahl	435	481	466	504	514	623	506	597	608
In Containern umgeschlagene Güter ⁸⁾	1000 t									
Binnenschifffahrt	"	392	363	432	453	435	408	420 p	433	...
* Gütereingang	"	560	498	538	512	630	590	538 p	521	...
* Güterversand	"									
Luftverkehr⁹⁾										
Starts und Landungen	Anzahl	5 310	5 445	6 379	5 766	5 759 p	6 165 p	6 231 p	5 822 p	5 704
Fluggäste	"	330 684	358 539	408 128	433 020	434 652 p	389 360 p	396 718 p	434 247 p	420 110
Fracht	t	2 077,6	2 206,8	2 139,1	2 233,3	2 367,7 p	2 408,4 p	2 241,4 p	2 366,8 p	2 572,0
Luftpost	"	596,3	808,7	870,1	846,4	954,5 p	921,1 p	847,5 p	872,5 p	1 003,9
Personenbeförderung im Stadtverkehr¹⁰⁾										
Schnellbahnen	1000	26 125	26 746	24 513	25 217	28 817	25 218	24 812	26 792	...
Busse und Straßenbahnen	"	22 309	22 620	19 551	20 844	24 594	20 754	19 248	21 311	...

¹⁾ für Neubau in konventioneller Bauart. - ²⁾ einschließlich Warenhäuser und Versandhandel. - ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. - ⁴⁾ Nachgewiesen werden nur die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. - ⁵⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die von Hamburger Firmen über hamburgische und außerhamburgische Grenzstellen ein- bzw. ausgeführt wurden. - ⁶⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. - ⁷⁾ umgerechnet auf 20 Fuß-Basis. - ⁸⁾ einschließlich Eigengewicht der beladenen Container. - ⁹⁾ gewerblicher Verkehr; ohne Transit. - ¹⁰⁾ ausgewählte Verkehrsmittel des Hamburger Verkehrsverbundes.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1978	1979	1979			1980			
		Monatsdurchschnitt			August	September	Oktober	Jul	August	September
Verkehr (Fortsetzung)										
Kraftfahrzeuge										
Bestand an registrierten Kraftfahrzeugen ¹⁾	1000	544,0	602,1	599,2	601,2	601,9	614,8	616,0	617,4	618,7
dar. Personenkraftwagen ²⁾	"	489,8	538,6	536,4	538,0	538,5	547,3	549,4	550,5	551,8
je 1000 Einwohner	Anzahl	294	326	324	325	325
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	"	6 483	6 254	4 850	5 182	5 795	5 839	4 727	5 407	5 862
* dar. Personenkraftwagen ²⁾	"	5 821	5 520	4 059	4 513	5 142	4 959	3 984	4 724	5 317
* Lastkraftwagen	"	425	431	498	494	480	436	392	500	365
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	933	826	801	904	1 020	1 048	895	1 085	1 123
* Getötete Personen	"	24	19	14	22	27	16	19	13	16
* Verletzte Personen	"	1 207	1 055	1 031	1 159	1 260	1 339	1 140	1 375	1 462
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen³⁾										
* Kredite ⁴⁾ an Nichtbanken insgesamt ⁵⁾	Mio. DM	66 953,3	72 749,0	69 856,8	70 264,3	70 551,3	74 510,0	74 542,4	75 516,6	76 134,6
* dar. Kredite ⁴⁾ an inländische Nichtbanken	"	63 415,7	69 390,1	66 394,1	66 885,6	67 293,7	70 808,4	70 801,6	71 766,3	72 319,5
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschließlich)	"	12 886,4	14 575,6	12 709,9	13 051,0	13 020,8	13 954,0	13 713,3	14 240,3	14 264,9
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	12 557,5	14 444,4	12 520,0	12 858,2	12 835,9	13 784,7	13 595,2	14 104,9	13 866,2
* an öffentliche Haushalte	"	328,9	131,2	189,9	192,8	184,9	169,3	118,1	135,4	398,7
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	6 987,8	7 502,8	7 491,0	7 553,2	7 603,6	7 542,8	7 545,5	7 563,3	7 671,9
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	5 432,2	5 753,1	5 626,8	5 706,7	5 776,3	5 803,8	5 821,3	5 802,3	5 797,4
* an öffentliche Haushalte	"	1 555,6	1 749,7	1 864,2	1 846,5	1 827,3	1 739,0	1 724,2	1 761,0	1 874,5
* Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	43 541,5	47 311,7	46 193,2	46 281,4	46 669,3	49 311,6	49 542,8	49 962,7	50 382,7
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	35 275,5	38 489,9	37 675,9	37 683,9	38 004,4	39 647,4	39 701,5	40 125,4	40 403,3
* an öffentliche Haushalte	"	8 266,0	8 821,8	8 517,3	8 597,5	8 664,9	9 664,2	9 841,3	9 837,3	9 979,4
* Einlagen und aufgenommene Kredite ⁴⁾ von Nichtbanken ⁶⁾	"	45 553,3	47 678,2	44 791,5	44 946,7	45 284,9	45 934,4	45 119,2	45 976,0	46 205,4
* Sichteinlagen und Termingelder	"	30 979,4	32 913,3	30 381,5	30 611,6	31 039,2	31 779,4	30 936,2	31 831,2	32 120,8
* von Unternehmen und Privatpersonen	"	25 250,3	27 299,1	24 715,2	24 912,2	25 373,3	26 377,9	25 809,3	26 187,5	26 891,5
* von öffentlichen Haushalten	"	5 729,1	5 614,2	5 666,3	5 699,4	5 665,9	5 401,9	5 126,9	5 643,7	5 229,3
* Spareinlagen	"	14 573,9	14 764,9	14 410,0	14 335,1	14 245,7	14 154,6	14 183,0	14 144,8	14 084,6
* bei Sparkassen	"	9 185,6	9 424,7	9 148,1	9 118,8	9 079,5	9 102,4	9 117,5	9 084,0	9 022,4
* Gutschriften auf Sparkonten ⁶⁾	"	770,7	745,3	723,9	620,6	687,9	949,7	699,3	704,6	734,7
* Lastschriften auf Sparkonten	"	730,9	772,5	766,7	695,5	777,2	1 022,5	678,3	742,8	794,9
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	25	26	20	25	34	31	11	34	43
* Vergleichsverfahren	"	-	-	-	-	-	2	-	-	-
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	419	365	331	321	336	367	326	363	392
* Wechselsumme	Mio. DM	2,9	3,8	3,5	2,3	2,5	3,3	2,6	3,1	3,4
Mahnverfahren										
Anträge auf Erlaß eines Mahnbescheides ⁷⁾	Anzahl	26 661	25 032	25 255	22 919	27 609	25 731	22 299	23 691	28 394
Steuern										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
* Gemeinschaftsteuern	Mio. DM	1 111,0	1 355,6	1 193,9	1 847,0	786,4	1 026,5	1 248,7	1 870,7	730,2
* Steuern vom Einkommen	"	638,1	731,1	642,2	1 226,5	219,8	499,3	681,8	1 253,8	164,9
* Lohnsteuer ⁸⁾	"	377,0	396,2	473,4	478,0	222,6	302,9	493,0	498,5	215,0
* Veranlagte Einkommensteuer ⁹⁾	"	149,9	146,0	44,5	374,7	67,5	82,9	16,8	355,8	15,1
* Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ⁹⁾	"	28,9	36,4	114,3	12,2	17,5	223,5	139,2	11,5	12,2
* Körperschaftsteuer ⁹⁾	"	82,4	152,5	10,0	361,7	87,8	109,9	32,9	388,0	77,5
* Steuern vom Umsatz	"	472,9	624,5	551,7	620,5	566,7	527,2	566,9	616,9	565,3
* Umsatzsteuer	"	218,6	304,6	235,2	248,2	229,8	127,7	164,5	236,2	164,0
* Einfuhrumsatzsteuer	"	254,3	319,9	316,5	372,3	336,9	399,5	402,4	380,7	401,3
* Bundessteuern	"	909,6	979,8	1 200,0	655,7	1 352,5	1 005,0	970,8	1 014,0	982,7
* Zölle (einschl. EG-Anteilzölle)	"	66,8	71,0	72,0	67,6	77,5	81,8	80,1	79,6	94,7
* Verbrauchsteuern	"	821,3	886,1	1 102,7	568,7	1 258,0	900,4	860,2	915,0	865,6
* Landessteuern	"	58,6	60,8	111,8	53,8	41,2	46,8	103,9	37,2	39,4
* Vermögensteuer	"	26,3	23,3	60,2	8,4	6,0	1,7	63,9	4,2	9,8
* Kraftfahrzeugsteuer	"	14,2	17,5	28,3	25,9	14,0	24,7	16,7	14,3	12,1
* Biersteuer	"	2,7	2,7	2,8	2,9	3,0	2,9	2,9	2,7	3,2
* Gemeindesteuern	"	140,9	157,2	295,5	107,3	88,9	41,1	301,9	39,3	21,7
* Grundsteuer A ¹⁰⁾	"	0,1	0,1	-	-	-	-	-	-	-
* Grundsteuer B ¹¹⁾	"	17,2	17,5	44,3	21,1	-	24,7	43,6	1,0	0,1
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ¹²⁾	"	102,8	117,7	234,7	84,4	35,0	16,0	257,3	37,8	21,2
* Lohnsummensteuer ¹³⁾	"	20,4	21,5	15,3	1,5	53,7	0,3	0,2	0,3	0,0

¹⁾ im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge; Stand Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und -post; Quelle: Zulassungsstelle für Kraftfahrzeuge. - ²⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. - ³⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. - ⁴⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. - ⁵⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts ist der Stand am 31. 12. und in den Monaten ist der Stand am Monatsende angegeben. - ⁶⁾ einschließlich Zinsgutschriften. - ⁷⁾ bis zum 30. 6. 1977: Zahlungsbefehl. - ⁸⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ⁹⁾ vor Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ¹⁰⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. - ¹¹⁾ einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - ¹²⁾ vor Abzug der Gewerbesteuerumlage. - ¹³⁾ wird ab 1980 nicht mehr erhoben.

Hamburg im großräumlichen Vergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtsmonat	Berichtsmonat ¹⁾			
			1980			Hamburg
			Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	
Bevölkerung						
Bevölkerung insgesamt						
Wohnbevölkerung ¹⁾	1000	März	1 651,0	12 184,6	p 61 497,3	1 661,3
Lebendgeborene	Anzahl	"	1 073	9 314	49 657	1 015
Gestorbene	"	"	2 065	12 939	61 756	1 693
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	"	- 992	- 3 625	- 12 099	- 678
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze	"	"	5 453	25 836	60 286	5 087
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze	"	"	5 117	21 788	31 572	4 979
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	"	"	+ 336	+ 4 048	+ 28 714	+ 108
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	"	"	- 656	+ 423	+ 16 615	- 570
Ausländer						
Wohnbevölkerung ²⁾	1000	September	p 144,9	p 564,2	p 4 453,3	132,3
Lebendgeborene	Anzahl	März	223	773	6 269	188
Gestorbene	"	"	23	91	717	17
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	"	+ 200	+ 682	+ 5 552	+ 171
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze	"	"	1 765	7 309	50 595	1 274
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze	"	"	1 100	4 385	26 970	927
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	"	"	+ 665	+ 2 924	+ 23 625	+ 347
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	"	"	+ 865	+ 3 606	+ 29 177	+ 518
Arbeitsmarkt						
Arbeitslose	Anzahl	März	24 514	199 724	875 909	29 648
und zwar Männer	"	"	13 454	96 919	434 333	16 288
Frauen	"	"	11 060	102 805	441 576	13 360
Teilzeitkräfte	"	"	3 506	37 792	157 182	4 413
Ausländer	"	"	3 758	17 749	110 365	4 108
Arbeitslosenquote	%	"	3,6	4,4	3,8	4,4
Offene Stellen	Anzahl	"	9 558	64 609	336 954	8 860
Kurzarbeiter	"	"	511	9 807	93 524	6 923
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)⁵⁾						
Beschäftigte	Anzahl	März	167 794	1 157 558	7 661 732	r 167 320
Geleistete Arbeitsstunden	1000	"	14 320	124 136	806 108	r 14 461
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	507	3 010	19 964	r 470
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁶⁾	"	"	3 090	16 536	93 276	2 643
Gesamtumsatz ⁶⁾	"	"	5 744	20 620	104 346	4 925
darunter Auslandsumsatz	"	"	659	4 213	25 637	632
Bauhauptgewerbe						
Beschäftigte	Anzahl	März	30 814	256 989	1 240 177	30 723
Geleistete Arbeitsstunden	1000	"	3 464	29 781	152 578	3 418
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	89	586	2 886	77
Baugewerblicher Umsatz ⁶⁾	"	"	183	1 393	7 143	149
Fremdenverkehr						
Fremdenmeldungen ⁷⁾	1000	März	113	687	3 644	116
darunter von Auslandsgästen	"	"	31	78	515	32
Straßenverkehr						
Zulassungen fabrikneuer Pkw ⁸⁾	Anzahl	März	7 237	56 301	282 557	8 671
Steuern						
Steueraufkommen insgesamt	Mio. DM	Jan.-März	7 133,4	18 283,2	85 969,1	6 282,8
darunter						
Gemeinschaftsteuern	"	"	4 389,2	12 704,6	63 782,6	3 852,6
Landessteuern	"	"	165,6	705,1	3 743,9	160,9
Gemeindesteuern	"	"	460,8	1 867,4	9 499,1	392,0

¹⁾ Bei Bestandsdaten: Stand am Monatsende. - ²⁾ Bei Bestandsdaten: Durchschnitt der nachgewiesenen Monate. - ³⁾ Stand Ende September. - ⁴⁾ Prozentpunkte. -

⁶⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn / -post.

		Jahresbeginn bis Berichtsmonat (einschl.) ²⁾								
1979		1980			1979			Veränderung 1980 gegenüber 1979 in %		
Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -
12 172,7	61 316,5	1 851,6	12 183,9	p 61 480,4	1 662,1	12 175,2	61 319,6	- 0,6	+ 0,1	p+ 0,3
8 800	47 329	3 164	27 219	146 560	3 054	25 422	136 803	+ 3,6	+ 7,1	+ 7,1
12 564	64 075	5 666	37 100	181 217	5 578	37 732	185 136	+ 1,6	- 1,7	- 2,1
- 3 864	- 16 746	- 2 502	- 9 881	- 34 657	- 2 524	- 12 310	- 48 333			
24 364	46 367	16 224	80 405	185 226	14 237	70 820	132 483	+ 14,0	+ 13,5	+ 39,8
22 980	32 739	15 759	67 079	92 617	14 737	64 879	89 280	+ 6,9	+ 3,4	+ 3,7
+ 1 384	+ 13 628	+ 465	+ 13 326	+ 92 609	- 500	+ 5 941	+ 43 203	x	x	x
- 2 480	- 3 118	- 2 037	+ 3 445	+ 57 952	- 3 024	- 6 369	- 5 130	x	x	x
515,3	4 143,8	³⁾ p 144,9	³⁾ p 564,2	³⁾ p 4 453,3	³⁾ 132,3	³⁾ 515,3	4 143,8	+ 9,5	+ 9,5	+ 7,5
723	5 880	568	2 152	18 168	543	1 990	16 821	+ 4,6	+ 8,1	+ 8,0
65	646	63	238	2 063	52	237	1 929	+ 21,2	+ 0,4	+ 6,9
+ 658	+ 5 234	+ 505	+ 1 914	+ 16 105	+ 491	+ 1 753	+ 14 892	x	x	x
5 408	37 034	5 390	23 036	155 336	3 799	15 947	107 075	+ 41,9	+ 44,5	+ 45,1
4 477	22 296	3 373	13 397	80 072	2 870	13 021	71 278	+ 17,5	+ 2,9	+ 12,3
+ 931	+ 14 738	+ 2 017	+ 9 639	+ 75 264	+ 929	+ 2 926	+ 35 797	x	x	x
+ 1 589	+ 19 972	+ 2 522	+ 11 553	+ 91 369	+ 1 420	+ 4 679	+ 50 689	x	x	x
225 534	957 711	25 462	220 112	968 316	31 039	253 167	1 087 708	- 18,0	- 13,1	- 11,0
115 297	481 631	13 861	111 993	506 074	17 112	136 476	585 428	- 19,0	- 17,9	- 13,6
110 237	476 080	11 601	108 119	462 242	13 927	116 691	502 280	- 16,7	- 7,3	- 8,0
42 926	178 222	3 732	39 023	161 806	4 677	44 926	185 353	- 20,2	- 13,1	- 12,7
18 465	105 910	3 776	18 461	113 474	4 115	19 547	114 099	- 8,2	- 5,6	- 0,5
5,1	4,2	3,7	4,9	4,2	4,6	5,7	4,8	- 0,9	- 0,8	- 0,6
60 867	302 495	9 085	58 064	310 591	8 015	51 494	269 050	+ 13,3	+ 12,8	+ 15,4
50 119	169 737	446	9 539	97 724	6 949	43 200	157 200	- 93,6	- 77,9	- 37,8
1 138 439	7 560 761	167 739	1 155 012	7 647 348	r 167 094	1 134 982	7 550 857	+ 0,4	+ 1,8	+ 1,3
124 515	815 900	42 792	369 955	2 380 490	41 983	358 330	2 351 221	+ 1,9	+ 3,3	+ 1,3
2 770	18 568	1 477	8 839	58 410	r 1 377	8 152	54 548	+ 7,3	+ 8,4	+ 7,1
15 180	85 226	8 774	47 058	265 057	7 354	40 331	230 290	+ 19,3	+ 16,7	+ 15,1
18 773	94 763	16 742	59 175	296 478	13 485	49 965	255 970	+ 24,2	+ 18,4	+ 15,8
3 791	23 376	1 718	11 760	71 272	1 546	9 609	61 117	+ 11,1	+ 22,4	+ 16,6
256 029	1 220 742	30 832	254 528	1 219 264	30 236	248 711	1 176 026	+ 2,0	+ 2,3	+ 3,7
27 959	146 505	8 714	71 763	370 354	7 143	50 603	285 492	+ 22,0	+ 41,8	+ 29,7
497	2 520	245	1 490	7 474	187	1 019	5 488	+ 31,0	+ 46,2	+ 36,2
900	4 871	577	3 353	17 975	433	2 345	12 380	+ 33,3	+ 43,0	+ 45,2
602	3 445	301	1 695	9 515	292	1 490	8 844	+ 3,3	+ 13,7	+ 7,6
73	484	79	198	1 398	76	176	1 280	+ 3,9	+ 12,1	+ 9,2
69 688	361 140	18 589	138 967	702 577	18 108	143 053	769 668	+ 2,7	- 2,9	- 8,7
16 277,1	79 315,4	7 133,4	18 283,2	85 969,1	6 282,8	16 277,1	79 315,4	13,5	12,3	8,4
11 160,9	57 874,7	4 389,2	12 704,6	63 782,6	3 852,6	11 160,9	57 874,7	13,9	13,8	10,2
726,3	4 058,0	165,6	705,1	3 743,9	160,9	726,3	4 058,0	2,9	- 2,9	- 7,7
1 617,7	8 550,9	460,8	1 867,4	9 499,1	392,0	1 617,7	8 550,9	17,6	15,4	11,1

Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - ³⁾ ohne Umsatzsteuer. - ²⁾ für Berichtsgemeinden. -

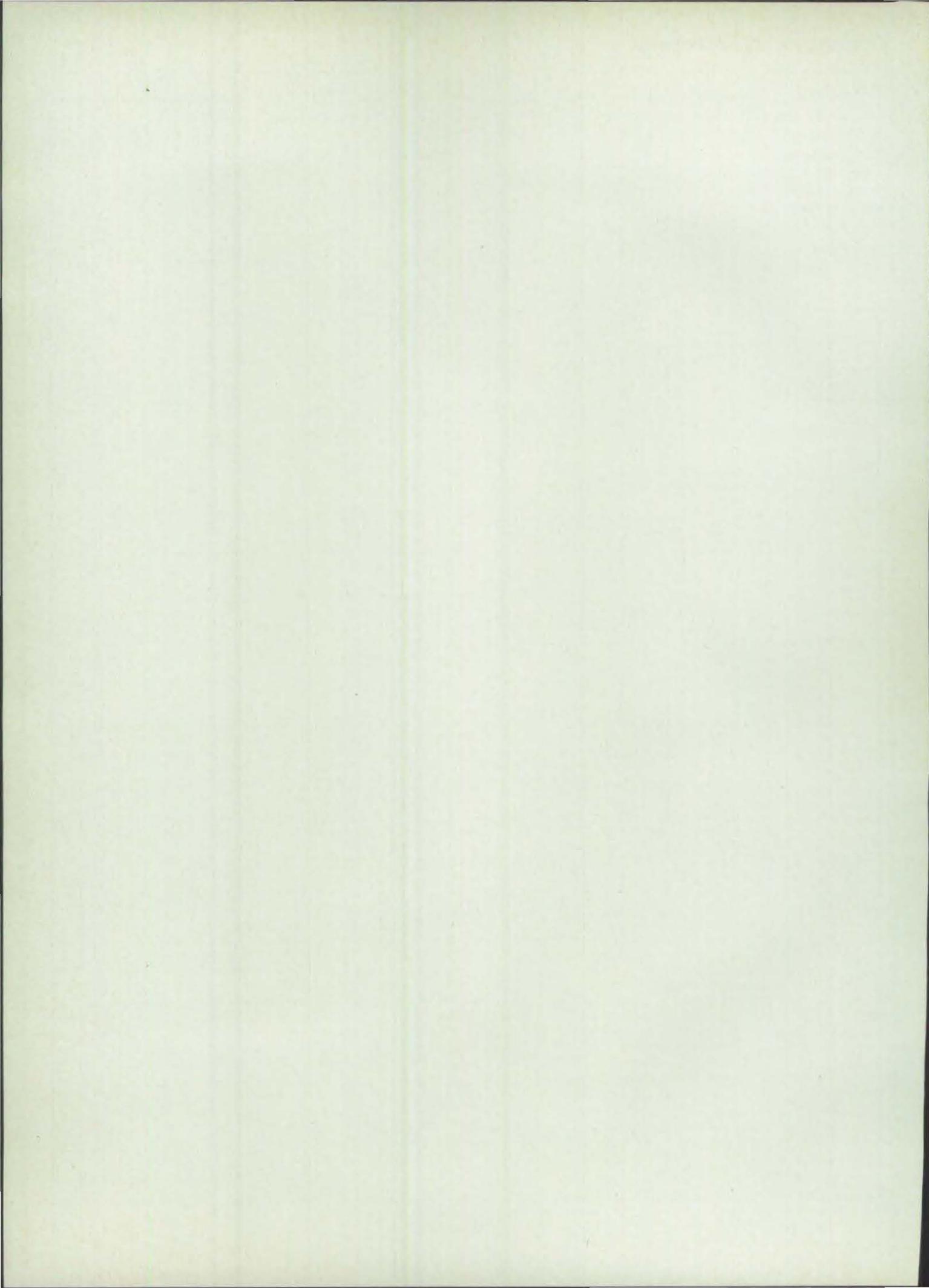
Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bevölkerung													
Wohnbevölkerung ¹⁾	1000	2. Vj. 80 1. Vj. 80	1 649 1 651	1 899 1 899	p 1 300 1 298	979 979	656 658	632 631	592 594	581 581	556 555	543 543	484 484
darunter Ausländer	%	2. Vj. 80 1. Vj. 80	8,5 8,4	11,6	p 16,8 16,6	13,7 13,5	5,9 5,8	20,9 20,6	11,7 11,6	17,2 16,9	6,1 6,3	9,4 9,1	11,3 11,0
Lebendgeborene	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	3 466 3 164	4 655 4 325	2 500 2 630	2 523 2 355	1 303 1 365	1 522 1 274	1 172 1 172	1 309 1 272	1 126 1 139	1 089 1 155	1 007 939
darunter Ausländer	%	2. Vj. 80 1. Vj. 80	18,5 18,0	23,5 23,7	28,2 28,6	30,5 29,9	15,0 13,3	40,1 38,9	26,2 25,3	30,0 32,1	15,2 14,0	25,8 21,8	24,1 23,4
Lebendgeborene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80 1. Vj. 80	8,4 7,8	9,8 9,2	p 7,7 8,2	10,3 9,8	8,0 8,4	9,7 8,2	7,9 8,0	9,0 8,9	8,1 8,3	8,0 8,6	8,3 7,9
Gestorbene	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	5 975 5 666	8 300 9 148	3 355 3 832	2 817 2 960	2 105 2 211	1 959 1 866	1 922 2 049	1 519 1 609	1 687 1 858	1 798 1 867	1 518 1 636
Gestorbene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80 1. Vj. 80	14,5 13,9	17,5 19,5	p 10,3 12,0	11,5 12,3	12,9 13,6	12,4 12,0	13,0 14,0	10,5 11,2	12,2 13,6	13,3 13,9	12,6 13,7
Geborenen- (+) / Gestorbenen-überschuß (-)	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	- 2 509 - 2 502	- 3 645 - 4 823	- 855 - 1 202	- 294 - 605	- 802 - 846	- 437 - 592	- 750 - 877	- 210 - 337	- 561 - 719	- 709 - 712	- 511 - 697
Zugezogene Personen	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	15 038 16 224	20 042 17 876	20 180 21 267	11 404 11 699	4 716 4 861	11 301 11 047	6 979 7 515	10 006 13 397	7 768 4 616	7 956 7 156	5 768 6 727
Zugezogene Personen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80 1. Vj. 80	36,6 39,9	42,3 38,2	p 62,3 66,4	46,7 48,5	28,8 30,0	71,8 71,0	47,2 51,3	69,1 93,6	56,1 33,8	58,8 53,4	47,8 56,4
Fortgezogene Personen	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	14 693 15 759	16 944 15 819	p 17 358 21 508	11 017 11 409	5 279 5 306	10 687 10 426	7 345 8 291	9 797 12 552	6 129 5 398	7 061 7 165	4 898 6 366
Fortgezogene Personen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80 1. Vj. 80	35,7 38,7	35,8 33,8	p 53,5 67,2	45,1 47,3	32,3 32,7	67,9 67,0	49,7 56,7	67,7 87,7	44,2 39,5	52,1 53,5	40,6 53,4
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	+ 345 + 465	+ 3 098 + 2 057	p+2822 - 241	+ 387 + 290	- 563 - 445	+ 614 + 621	- 366 - 776	+ 209 + 845	+ 1 639 - 782	+ 895 + 9	+ 870 + 361
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80 1. Vj. 80	+ 0,8 + 1,1	+ 6,5 + 4,4	+ 8,7 - 0,8	+ 1,6 + 1,2	- 3,4 - 2,7	+ 3,9 + 4,0	- 2,5 - 5,3	+ 1,4 + 5,9	+ 11,8 - 5,7	+ 6,6 - 0,1	+ 7,2 + 3,0
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	- 2 164 - 2 037	- 547 - 2 766	p+1967 - 1 443	+ 93 - 315	- 1 365 - 1 291	+ 177 + 29	- 1 116 - 1 653	- 1 + 508	+ 1 078 - 1 501	+ 186 - 721	+ 359 - 336
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80 1. Vj. 80	- 5,3 - 5,0	- 1,2 - 5,9	p+ 6,1 - 4,5	+ 0,4 - 1,3	- 8,3 - 8,0	+ 1,1 + 0,2	- 7,6 - 11,3	- 0,0 + 3,5	+ 7,8 - 11,0	+ 1,4 - 5,4	+ 3,0 + 2,8
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	33 971 38 814	52 594 56 979	21 328 24 269	19 229 20 221	10 949 11 291	11 825 10 132	10 286 10 750	9 080 9 792	11 160 9 842	10 509 9 817	7 558 9 270
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80 1. Vj. 80	82,6 95,4	111,1 121,7	p 65,8 75,8	78,8 83,8	66,9 69,6	75,1 65,1	69,6 73,5	62,7 68,4	80,6 72,0	77,6 73,3	62,6 77,7
Arbeitsmarkt¹⁾													
Arbeitslose	Anzahl	1. Vj. 80 1. Vj. 80	19 992 24 514	30 470 36 418	↗ 20 525 ↗ 21 949	23 378 22 922	13 145 13 237	↗ 12 123 ↗ 12 577	↗ 10 415 ↗ 9 909	5 057 6 148	10 910 11 643	13 423 14 202	8 697 9 074
und zwar Männer	..	2. Vj. 80 1. Vj. 80	10 219 13 454	15 963 20 863	↗ 8 357 ↗ 9 810	12 860 12 712	7 782 8 052	↗ 6 067 ↗ 6 451	↗ 5 607 ↗ 5 365	3 023 3 928	5 370 5 837	6 352 6 983	3 685 3 916
Frauen	..	2. Vj. 80 1. Vj. 80	9 773 11 060	14 507 15 555	↗ 12 168 ↗ 12 139	10 518 10 210	5 363 5 185	↗ 6 056 ↗ 6 126	↗ 4 808 ↗ 4 544	2 034 2 220	5 540 5 806	7 071 7 219	5 012 5 158
Teilzeitkräfte	..	2. Vj. 80 1. Vj. 80	3 210 3 506	3 381 3 373	↗ 4 584 ↗ 4 506	2 759 2 723	1 786 1 717	↗ 1 879 ↗ 1 974	↗ 1 374 ↗ 1 293	501 627	1 878 1 938	2 293 2 236	1 857 1 837
Arbeitslosenquote	%	2. Vj. 80 1. Vj. 80	2,9 3,6	3,8 4,6	↗ 2,3 ↗ 2,4	5,8 5,7	5,6 5,6	↗ 2,3 ↗ 2,4	↗ 3,8 ↗ 3,6	1,8 2,2	4,9 5,3	4,0 4,2	3,7 3,8
Arbeitslose Ausländer	Anzahl	2. Vj. 80 1. Vj. 80	2 931 3 758	4 725 6 414	↗ 3 358 ↗ 3 903	6 084 5 836	1 138 1 102	↗ 2 669 ↗ 2 980	↗ 1 910 ↗ 1 798	2 114 3 093	1 636 1 712	1 723 2 152	1 951 1 915
Offene Stellen	..	2. Vj. 80 1. Vj. 80	11 778 9 558	12 609 9 849	↗ 19 695 ↗ 17 628	6 222 5 765	2 795 2 602	↗ 10 605 ↗ 9 133	↗ 5 972 ↗ 5 163	9 966 8 383	4 109 3 259	5 857 6 708	5 459 4 739
Kurzarbeiter	..	2. Vj. 80 1. Vj. 80	329 511	743 1 413	↗ 704 ↗ 605	16 330 15 466	127 293	↗ 982 ↗ 924	↗ 68 ↗ 50	25 101	1 260 1 445	25 313	955 699

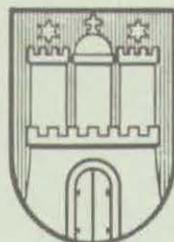
Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)²⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	2. Vj. 80	167 799	182 172	190 433	125 789	57 567	108 964	p 91 371	132 570	75 047	99 942	98 237
		1. Vj. 80	167 794	183 823	191 330	127 393	58 071	109 725	91 675	131 426	75 267	100 599	98 994
je 1000 Einwohner	2. Vj. 80	1. Vj. 80	102	96	146	129	88	173	p 154	228	135	184	203
		1. Vj. 80	102	97	147	130	88	174	154	226	136	185	205
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	2. Vj. 80	1 620	1 482	1 814	1 242	534	1 118	p 938	1 394	645	863	769
		1. Vj. 80	1 477	1 379	1 736	1 152	510	1 001	833	1 250	602	797	730
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	2. Vj. 80	1. Vj. 80	39	33	38	40	37	41	p 41	42	34	35	31
		1. Vj. 80	36	30	37	37	36	37	37	39	32	32	30
Umsatz aus Eigenerzeugung ³⁾	Mio. DM	2. Vj. 80	8 492	5 156	8 782	5 778	2 347	3 843	p 3 487	6 772	3 512	3 421	1 937
		1. Vj. 80	8 774	5 444	9 105	5 583	2 283	3 857	3 514	7 062	3 631	3 561	2 306
Gesamtumsatz ³⁾	Mio. DM	2. Vj. 80	17 831	5 432	9 472	6 821	2 711	5 221	p 3 927	7 634	3 990	3 704	2 936
		1. Vj. 80	16 742	5 714	9 761	6 566	2 596	5 086	4 005	7 965	4 212	3 831	2 501
darunter Auslandsumsatz ³⁾	Mio. DM	2. Vj. 80	1 712	457	3 175	1 907	341	1 818	p 1 223	2 450	614	1 157	659
		1. Vj. 80	1 718	734	3 185	1 810	318	1 789	1 127	2 711	710	1 160	559
Gesamtumsatz ³⁾	1000 DM je Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80	43	11	p 29	28	17	33	p 27	53	29	27	24
		1. Vj. 80	41	12	30	27	16	33	27	56	31	29	21
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	2. Vj. 80	1. Vj. 80	426	120	199	218	189	192	p 172	231	213	149	120
		1. Vj. 80	405	126	207	209	181	188	177	246	227	154	102
Bauhauptgewerbe²⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	2. Vj. 80	26 142	33 943	38 593	13 678	11 796	18 378	p 12 460	14 523	10 837	9 206	10 384
		1. Vj. 80	25 801	33 189	37 209	13 691	11 641	18 498	12 910	14 430	10 899	8 955	10 971
Baugewerblicher Umsatz ³⁾	Mio. DM	2. Vj. 80	648	607	984	382	213	409	p 368	348	254	247	217
		1. Vj. 80	497	432	683	282	207	448	243	268	173	163	154
Fremdenverkehr													
Fremdenmeldungen	Anzahl	2. Vj. 80	447 527	399 199	646 354	246 037	45 505	412 313	183 800	119 351	76 767	133 656	131 616
		1. Vj. 80	301 082	276 216	540 521	191 830	49 697	364 841	191 793	113 075	66 144	101 706	101 625
Fremdenübernachtungen	..	2. Vj. 80	801 274	1 025 954	1 352 853	457 731	96 412	783 002	349 522	301 969	155 770	218 855	236 153
		1. Vj. 80	541 152	715 966	1 153 723	454 480	108 892	674 532	374 146	285 113	132 158	164 078	217 974
darunter von Auslandsgästen	..	2. Vj. 80	268 032	196 554	524 896	185 154	14 775	439 729	128 838	84 273	39 520	53 704	54 171
		1. Vj. 80	148 499	149 116	360 030	126 627	11 837	355 020	122 662	67 039	31 337	24 897	41 977
Fremdenübernachtungen je 1000 Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80	1. Vj. 80	1 949	2 167	p 4 173	1 876	589	4 973	2 366	2 086	1 124	1 616	1 956
		1. Vj. 80	1 329	1 529	3 604	1 884	670	4 333	2 556	1 991	966	1 225	1 827
Straßenverkehr													
Zulassung fabrikneuer Pkw	Anzahl	2. Vj. 80	17 525	16 109	18 135	.	7 867	16 691	.	.	5 683	6 058	5 602
		1. Vj. 80	18 589	15 869	16 799	.	8 047	16 223	.	.	6 091	5 345	5 422
Steuer-einnahmen													
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital – nach Abzug der Gewerbesteuerumlage u. ohne Lohnsummensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	2. Vj. 80	276	95	225	171	59	213	109	103	73	84	110
		1. Vj. 80	333	117	197	153	70	244	149	170	72	96	173
DM je Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80	1. Vj. 80	672	200	p 694	699	360	1 355	736	710	526	621	908
		1. Vj. 80	818	250	615	635	435	1 568	1 021	1 185	530	714	1 451
Lohn- und Einkommensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	2. Vj. 80	216	75	143	85	59	73	70	81	60	54	37
		1. Vj. 80	157	109	99	18	10	14	12	10	47	3	47
DM je Einwohner und 1 Jahr	2. Vj. 80	1. Vj. 80	525	159	p 440	350	358	464	475	561	431	401	303
		1. Vj. 80	385	232	309	74	62	87	83	67	347	26	398

¹⁾ am Ende des Berichtszeitraumes. – ²⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ³⁾ ohne Umsatzsteuer. – ⁴⁾ Arbeitsamtsbezirk. – ⁵⁾ einschl. Erkrath, Stadt ohne Hochdahl.



HAMBURG IN ZAHLEN



Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Rückblick auf die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung 1980

Rückblick auf die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung

Merkmal	Maßeinheit	Stichtag Zeitraum	1980	1979	1978	Veränderung in %	
						1980 gegenüber 1979	1979 gegenüber 1978
Bevölkerung							
Einwohner	1000	31. 7.	1 649	1 657	1 671	- 0,5	- 0,8
dar. Ausländer	"	"	142	130	123	+ 9,4	+ 6,0
Lebendgeborene	Anzahl	Jan.—Sept.	10 157	9 692	9 635	+ 4,8	+ 0,6
Lebengeborene je 1000 Einwohner	"	"	6,2	5,8	5,8	x	x
Gestorbene	"	"	17 381	17 804	18 268	- 2,4	- 2,5
Gestorbene je 1000 Einwohner	"	"	10,5	10,7	10,9	x	x
Gestorbenenüberschuß	"	"	7 224	8 112	8 633	x	x
Zuzüge	"	Jan.—Juli	37 861	34 078	33 747	+ 11,1	+ 1,0
dar. aus dem Umland	"	"	9 084	8 933	9 201	+ 1,7	- 2,9
Fortzüge	"	"	36 477	34 983	36 877	+ 4,3	- 5,1
dar. ins Umland	"	"	15 032	14 750	15 238	+ 1,9	- 3,2
Wanderungsgewinn/-verlust	"	"	+ 1 384	- 905	- 3 130	x	x
Eheschließungen	"	Jan.—Sept.	6 673	6 254	5 994	+ 6,7	+ 4,3
Bildung							
Schüler in allgemeinbildenden Schulen	Anzahl	Sept./Okt.	p 226 408	227 905	231 752	p - 0,7	- 1,7
dar. Oberstufe von Gymnasien und Gesamtschulen	"	"	p 21 580	20 417	14 951	p + 5,7	+ 36,6
beruflichen Schulen	"	"	p 72 641	71 980	67 559	p + 0,9	+ 6,5
Studenten an Hochschulen	"	Sommer- semester	p 44 922	42 361	39 101	p + 6,0	+ 8,3
dar. an der Universität	"	"	32 149	30 853	28 497	+ 4,2	+ 8,3
Arbeitsmarkt							
Sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer	Anzahl	31. 3.	768 480	757 586	748 879	+ 1,4	+ 1,2
dar. Teilzeitbeschäftigte	"	"	81 104	78 318	76 018	+ 6,3	+ 0,4
Beschäftigte der öffentlichen Verwaltung ¹⁾	"	30. 6.	113 648	112 509	108 860	+ 1,0	+ 3,4
dar. Teilzeitbeschäftigte	"	"	21 332	20 634	19 583	+ 3,4	+ 5,4
Arbeitslose	" ²⁾	Jan.—Nov.	22 928	24 626	29 064	- 6,9	- 15,3
Arbeitslosenquote	% ²⁾	"	3,3	3,6	4,3	x	x
Kurzarbeiter	Anzahl ²⁾	"	440	2 899	6 355	- 84,8	- 54,4
Offene Stellen	" ²⁾	"	10 118	9 885	8 711	+ 2,4	+ 13,5
Wirtschaft und Verkehr							
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾							
Beschäftigte	Anzahl ²⁾	Jan.—Okt.	168 201	167 518	170 141	+ 0,4	- 1,5
Geleistete Arbeiterstunden	1000	"	138 389	138 714	140 397	- 0,2	- 1,2
Umsatz aus Eigenerzeugung	Mio. DM	"	29 388	26 430	23 991	+ 11,2	+ 10,2
dar. Auslandsumsatz	"	"	5 205	4 738	4 445	+ 9,9	+ 6,6
Bauhauptgewerbe ⁴⁾							
Beschäftigte	Anzahl ²⁾	Jan.—Sept.	31 143	30 910	30 393	+ 0,8	+ 1,7
Geleistete Arbeitsstunden	1000	"	30 928	30 381	31 785	+ 1,8	- 4,4
Baugewerblicher Umsatz	Mio. DM	"	2 293	1 912	1 616	+ 19,9	+ 18,3
Ausbaugewerbe ⁵⁾							
Beschäftigte	Anzahl ²⁾	"	10 717	10 634	10 431	+ 0,8	+ 1,9
Geleistete Arbeitsstunden	1000	"	11 767	11 783	11 800	- 0,1	- 0,2
Ausbaugewerblicher Umsatz	Mio. DM	"	616	551	447	+ 11,8	+ 23,3
Umsatz des Einzelhandels ⁶⁾	1970 \triangleq 100 ²⁾	Jan.—Okt.	162,5	155,2	.	+ 4,7	.
dar. Warenhäuser	"	"	149,6	149,9	.	- 0,2	.
Umsatz des Gastgewerbes ⁵⁾	"	"	174,0	164,5	.	+ 5,8	.
dar. Beherbergungsgewerbe	"	"	191,2	176,4	.	+ 8,4	.
Fremdenübernachtungen	1000	Jan.—Sept.	2 247	2 163	2 072	+ 3,9	+ 4,4
dar. von Auslandsgästen	"	"	744	670	593	+ 11,0	+ 13,0
Außenhandel Hamburger Im- und Exporteure							
Einfuhr	Mio. DM	Jan.—Sept.	47 485	37 470	31 696	+ 26,7	+ 18,2
dar. aus Europa	"	"	21 984	18 033	13 261	+ 21,9	+ 36,0
dar. aus EG-Staaten	"	"	16 222	13 077	9 829	+ 24,0	+ 33,0
Ausfuhr	"	"	16 849	13 311	12 503	+ 26,6	+ 6,5
dar. nach Europa	"	"	11 790	8 867	7 793	+ 33,0	+ 13,8
dar. in EG-Staaten	"	"	7 834	5 913	5 194	+ 32,5	+ 13,8

p = vorläufige Zahl
x = Nachweis nicht sinnvoll

in Hamburg 1980 im Vergleich zu 1979 und 1978

Merkmal	Maßeinheit	Stichtag Zeitraum	1980	1979	1978	Veränderung in %	
						1980 gegenüber 1979	1979 gegenüber 1978
Güterverkehr über See							
Empfang	1000 t	Jan.—Nov.	41 876	43 274	36 365	- 3,2	+ 19,9
dar. Stück- und Sackgut	"	"	7 793	7 491	7 128	+ 4,0	+ 5,1
Versand	"	"	15 873	14 622	13 872	+ 8,6	+ 5,4
dar. Stück- und Sackgut	"	"	8 724	8 556	8 521	+ 2,0	+ 0,4
Umgeschlagene Container	Anzahl	"	570 227	459 914	433 963	+ 24,0	+ 6,0
Bruttogewicht	1000 t	"	6 312	5 245	4 796	+ 20,3	+ 9,4
Transit	"	Jan.—Okt.	14 059	10 878	9 241	+ 29,2	+ 17,7
Güterverkehr in der Binnenschifffahrt	"	"	9 231	8 349	9 419	+ 10,6	- 11,4
Passagiere im Flugverkehr (ohne Transit)	1000	"	p 3 722	3 695	3 385	+ 0,7	+ 9,2
Fahrgäste im öffentlichen Personen- nahverkehr	"	Jan.—Sept.	p 433 331	441 274	431 285	- 1,8	+ 2,3
Zulassungen neuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	Jan.—Okt.	p 63 561	66 082	67 339	- 3,8	- 1,9
Kraftfahrzeugbestand ⁴⁾	"	1. 7.	629 083	620 087	592 834	+ 1,5	+ 4,6
Verkehrsunfälle mit Personenschaden	"	Jan.—Nov.	p 10 371	8 978	10 373	+ 15,5	- 13,4
Gebäude und Wohnungen							
Baugenehmigungen							
für Wohngebäude	Anzahl	Jan.—Okt.	1 433	1 480	1 952	- 3,2	- 24,2
umbauter Raum	1000 m ³	"	2 047	1 532	2 335	+ 33,6	- 34,4
für Nichtwohngebäude	Anzahl	"	312	275	424	+ 13,5	- 35,1
umbauter Raum	1000 m ³	"	2 238	2 727	2 739	- 17,9	- 0,4
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden	Anzahl	"	4 283	2 912	4 557	+ 47,1	- 36,1
Wohnfläche	1000 m ²	"	390	294	454	+ 32,7	- 35,2
Wohnungsbestand	1000	31. 10.	783	780	777	+ 0,4	+ 0,4
Verdienste und Preise							
Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter: Männer	DM	Juli	16,39	15,18	14,36	+ 8,0	+ 5,7
Frauen	"	"	11,12	10,29	9,77	+ 8,1	+ 5,3
Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter: Männer	"	"	698	650	615	+ 7,4	+ 5,7
Frauen	"	"	448	416	393	+ 7,7	+ 5,9
Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten in der Industrie: Männer	"	"	3 883	3 536	3 300	+ 9,8	+ 7,2
Frauen	"	"	2 737	2 537	2 401	+ 7,9	+ 5,7
im Handel: Männer	"	"	3 348	3 130	2 902	+ 7,0	+ 7,9
Frauen	"	"	2 435	2 264	2 116	+ 7,6	+ 7,0
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1976 \triangleq 100 ⁵⁾	Jan.—Nov.	116,7	110,6	106,4	+ 5,5	+ 3,9
Index der Baupreise	1976 \triangleq 100 ⁶⁾	Jan.—Sept.	128,9	117,4	109,8	+ 9,8	+ 6,9
Geld und Kredit							
Spareinlagen	Mio. DM	31. 10.	14 084,6	14 245,7	13 968,4	- 1,1	+ 2,0
Kredite an Nichtbanken	"	"	76 134,6	70 551,3	64 692,8	+ 7,9	+ 9,1
Konkurse von Erwerbsunternehmen	Anzahl	Jan.—Nov.	183	151	153	+ 21,2	- 1,3
Öffentliche Finanzen							
Steueraufkommen ⁷⁾	Mio. DM	Jan.—Sept.	21 881,0	21 435,6	18 825,5	+ 2,1	+ 13,9
dar. Lohnsteuer ⁸⁾	"	"	3 438,8	3 318,7	3 163,6	+ 3,6	+ 4,9
Veranlagte Einkommensteuer	"	"	1 245,9	1 307,1	1 324,1	- 4,7	- 1,3
Körperschaftsteuer ⁹⁾	"	"	1 076,2	1 248,7	776,2	- 13,8	+ 60,9
Umsatzsteuer	"	"	2 103,6	2 779,3	2 170,7	- 24,3	+ 28,0
Einfuhrumsatzsteuer	"	"	3 693,8	2 712,5	2 219,0	+ 36,2	+ 22,2
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	"	"	1 007,9	1 005,3	912,0	+ 0,3	+ 10,2
Gesamteinnahmen ⁹⁾	"	"	7 571,0	7 623,5	.	- 0,7	.
dar. Steuereinnahmen	"	"	5 128,0	5 401,7	4 913,1	- 5,1	+ 9,9
Gesamtausgaben ⁹⁾	"	"	7 886,0	7 384,3	.	+ 6,8	.
dar. Personalausgaben	"	"	3 164,5	2 979,2	.	+ 6,2	.
Investitionsausgaben	"	"	946,9	871,5	.	+ 8,7	.
Schuldenstand	"	30. 9.	9 263,7	8 888,7	8 347,7	+ 4,2	+ 6,5

¹⁾ einschl. staatlicher Krankenhäuser und Universitätskrankenhaus Eppendorf. — ²⁾ im Durchschnitt der Monate des Berichtszeitraums. — ³⁾ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. — ⁴⁾ nach den Ergebnissen der letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. — ⁵⁾ Wegen Veränderungen im Berichtskreis liegen für 1978 keine vergleichbaren Zahlen vor. — ⁶⁾ einschl. der vorübergehend abgemeldeten und zulassungsfreien Fahrzeuge. — ⁷⁾ im Durchschnitt der Quartale des Berichtszeitraums. — ⁸⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. — ⁹⁾ ohne staatliche Krankenhäuser und Universitätskrankenhaus Eppendorf.

